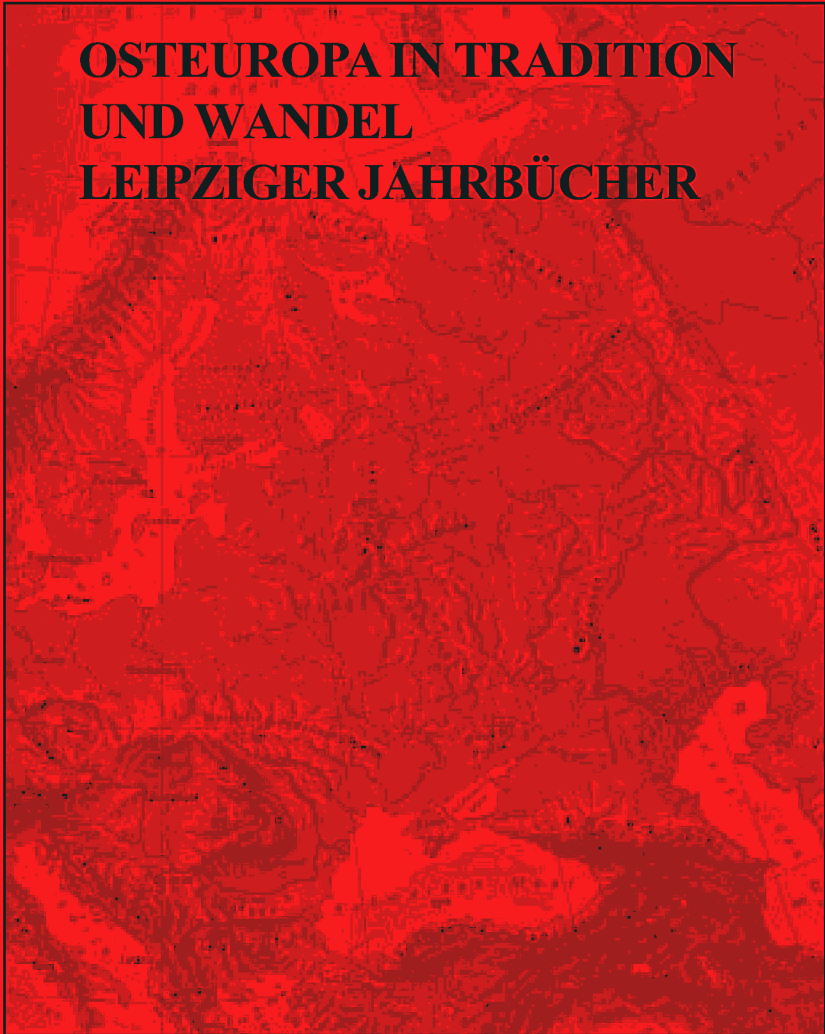


**OSTEUROPA IN TRADITION
UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**



ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2002

**OSTEUROPA IN TRADITION
UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2002

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V.
herausgegeben von
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 4

ISBN 3-89819-128-1

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2002
Harkortstr. 10
D-04107 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Editorial	5
I Aufsätze und Studien	9
Ernstgert Kalbe: Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa	9
– Eckart Mehls: Unterschiedliche Positionen zu Staat und Nation in den Konzeptionen der polnischen und tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung	55
– Erwin Lewin: Nation als Idee und Religion in Albanien aus historischer Sicht	63
– Sonja Striegnitz: »Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten«. Zur Debatte über die national-kulturelle Autonomie unter den Narodniki Rußlands (1907/1908)	85
Wolfgang Geier: Vergleichende Kulturgeschichte Südost-, Ost und Ostmitteleuropas. Zwischenergebnisse der Entwicklung und Anwendung eines methodischen Ansatzes für Lehre und Forschung	95
– Achim Engelberg: Das Erdbeben vor dem Krieg. Eine Reise nach Montenegro	129
Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. Zur Entwicklung von Staatskapitalismus und Marktwirtschaft 1989–1999	137
– Jens Becker: Der Balkan – eine Region des Bösen? Der Stabilitätspakt für Südosteuropa als Katalysator für ein tolerantes und multiethnisches Europa	169
Erhard Crome: Wohin geht Osteuropa? Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation	179

4 Inhalt

– Karl-Heinz Gräfe: Zur Transformation kommunistischer Parteien Osteuropas am Beispiel Polens	231
– Holger Politt: Störenfriede. Über den letzten östlichen Intellektuellen in Polen	247
II Berichte und Dokumentationen	263
Achim Beinsen: Islamismus und »Muslimanstvo« als Elemente bosnisch-muslimischen Partikularismus	263
Dokument: Alija Izetbegović: The Islamic Declaration	305
III Kritik und Information	353
Holger Politt: »Brückenland Sachsen. Chancen und Defizite der EU-Osterweiterung«. Bericht über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. (Bautzen, 7./8. Juni 2002)	353
Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2003	359
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen	361
Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kulturosoziologie zu Osteuropa-Themen	367
Zu den Autoren dieses Bandes	371

Editorial

Am 12. und 13. Oktober 2001 fand eine Konferenz des »Arbeitskreises Osteuropa« der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. statt, die sich mit der Thematik »Osteuropa in Tradition und Wandel. Nationale Formierungs- und soziale Transformationsprozesse – gestern und heute« in historischer und interdisziplinärer Sicht um aktuelle Fragen und Antworten zu den bewegenden Ursachen und Inhalten gegenwärtiger nationaler Konflikte und gesellschaftlicher Wandlungen bemühte. Damit stellte der Arbeitskreis zugleich Ergebnisse seines zehnjährigen Wirkens vor, die mit diesem Band 4 »Leipziger Osteuropa-Jahrbücher« einer interessierten Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Wie erwartet und beabsichtigt, führte das interdisziplinäre und methodisch pluralistische Herangehen an vier Problemkreise osteuropäischer Entwicklung – Nationwerdung und nationale Konflikte; vergleichende Kulturgeschichte; Spezifik sozioökonomischer Transformationen; Transformation staatssozialistischer Herrschaftsverhältnisse – zu unterschiedlichem methodologischen Herangehen, verschiedenen theoretischen Sichtweisen und fallweise auch gegensätzlichen Urteilen über aufgeworfene Fragestellungen.

Das impliziert, daß nicht alle vorgetragenen Standpunkte mit den Auffassungen der Herausgeber übereinstimmen; vielmehr bringen die Beiträge jeweilige Positionen in alleiniger Verantwortung der Autoren zum Ausdruck. Gerade in diesem Pluralismus erblicken die Herausgeber eine Stärke der interdisziplinären Zusammenarbeit im Leipziger Arbeits- und Gesprächskreis Osteuropa. Inhaltliche Wertungen bleiben allein dem Leser und seinen konkreten Erwartungen an politische Bildung überlassen.

Dabei reicht das Spektrum der vorgetragenen wissenschaftlich-theoretischen Standpunkte und politischen Optionen von der historischen Herleitung aktueller Entwicklungen in Osteuropa über die Begründung historischer Legitimität des osteuropäischen Sozialismusversuchs oder einer faktischen Totalverurteilung dieses Staatssozialismus bis hin zur optimistischen Erwartung einer demokratisch-marktwirtschaftlichen

Wende zu einer – mehr oder minder – gerechteren Ordnung der »westlichen Wertegemeinschaft«.

Das Letztere ist wohl durch das Überstülpen des Kapitalismusmodells in manchesterkapitalistischer Manier auf dafür kaum vorbereitete osteuropäische Gesellschaften, erst recht durch jüngste Entwicklungen zu neoliberaler Globalisierung, durch zunehmenden Demokratie- und Sozialabbau, durch hegemoniale Kriegspolitik der USA und NATO sowie eine EU-Gefolgschaft »uneingeschränkter Solidarität«, schließlich durch expansiven Staatsterrorismus als vorgebliche Antwort auf die durch imperiale Weltherrschaftspolitik mitverursachten, jedoch unverantwortlichen Akte des internationalen Terrorismus ad absurdum geführt worden.

So kristallisierte sich als *das Grundproblem* der Debatten die Frage nach dem historischen Ort des Realsozialismus im 20. Jahrhundert heraus, seinerseits um die Auseinandersetzung zweier Systeme zentriert, die sich im Gefolge zweier Weltkriege gegenüberstanden.

– Im Referat von *Ernstgert Kalbe* über Nationwerdung und nationale Konflikte in Osteuropa wie in den zugehörigen Beiträgen von *Eckart Mehls* (polnische und tschechische Nationalkonzeptionen), *Erwin Lewin* (nationale Idee und Religion in Albanien) und *Sonja Striegnitz* (Debatte der Narodniki über national-kulturelle Autonomie) ging es um Wege und Vorstellungen zu Nationwerdung und Staatenbildung in Osteuropa, die infolge später, unvollendeter gesellschaftlicher Entwicklung zum Kapitalismus und über diesen hinaus bis in die Periode des Staatssozialismus hinein, ja selbst bis in die Gegenwart reichen. Deshalb sind der Entwicklung osteuropäischer Gesellschaften bis zur Stunde objektiv determinierte Prozesse von Nationsformierung immanent, die jedoch nationalistisch instrumentalisiert werden und zur Schürung nationaler Konflikte wie zur Realisierung hegemonialer Herrschaftsstrategien genutzt werden können.

– Im Referat von *Wolfgang Geier* und dem zugeordneten Beitrag von *Achim Engelberg* stehen kulturgeschichtliche Prozesse in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im Mittelpunkt, die in vergleichender Betrachtung – dem methodologisch einzig tragfähigen Zugang zu gesellschaftlicher Gesetzeserkenntnis – wesentliche historische Implikationen und Konsequenzen für heutige Kulturen osteuropäischer Gesellschaften vermitteln. Während *Geier* ein weitgefaßtes Kulturverständnis methodisch an zwei Exkursen exemplifiziert, nämlich *erstens* Merkmalen, Verläufen und Folgen von Fremdherrschaften und *zweitens* Inhalten, Formen und Folgen des Stalinismus bzw. von »Stalinisierungen«, steuert *Engelberg* eine Mi-

niatur zu gegenwärtigen gesellschaftlichen Befindlichkeiten am Fallbeispiel Montenegros bei.

– Das Referat von *Jörg Roesler* über die Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse von der Plan- zur Marktwirtschaft geht der Anpassungskrise und Transformationskurve der neunziger Jahre nach, die nach einem langjährigen Abschwung in den späten neunziger Jahren zu einem differenzierten Aufstieg des Bruttoinlandsprodukts führte, wobei Polen, Slowenien, die Slowakei und Ungarn im Vordergrund, dagegen Lettland und Litauen, Rußland und die Ukraine, natürlich auch Jugoslawien am abgeschlagenen Ende liegen. Der sich in der Praxis durchsetzende Gradualismus des Übergangs zur Marktwirtschaft war überall, wenn auch in unterschiedlichem Maße, mit Formen des Staatskapitalismus, mit etatistischen Interventionen in den Übergang zur Marktwirtschaft verbunden. Dennoch hat sich die Schere hinsichtlich der erreichten Wirtschaftskraft zwischen westeuropäischer Union und osteuropäischen Transformationsländern weiter geöffnet. In den Kontext dieser Transformationsprozesse gehört auch der Beitrag von *Jens Becker* über den Stabilitätspakt für Südosteuropa, an den der Autor optimistische Erwartungen für ein tolerantes und multiethnisches Europa knüpft.

– Das abschließende Referat von *Erhard Crome* beleuchtet die Wege der Transformation kommunistischer Herrschaftsverhältnisse in pluralistisch-demokratische Politikstrukturen, wobei er dem historischen Ort des kommunistischen Systems, der Erosion seiner Herrschaft und – demgegenüber leider nur knapp – den politischen Ergebnissen des Systemwechsels nachgeht. Darin eingebettet ist eine ausführliche Fallstudie zum DDR-Beispiel, die sich auf vorliegende Literatur stützt und weitgehend der Diktion von Rainer Land und Ralf Possekel folgt. Die Behauptung, daß die Geschichte nach der kommunistischen Sackgasse wieder weithin offen sei, bedarf freilich historischer Verifizierung. Diesem Referat zugeordnet sind Beiträge von *Karl-Heinz Gräfe* über den Wandlungsprozeß kommunistischer zu reformsozialistischen Parteien, exemplifiziert vor allem am Beispiel der polnischen PZPR zur sozialdemokratischen Volkspartei (SdRP) und ihres Aufstiegs zur Regierungspartei in den späten neunziger Jahren, sowie eine essayistische Betrachtung von *Holger Politt* über die polnischen Intellektuellen Tadeusz Kroński und Czesław Miłosz, die quasi seitenverkehrt – von Warschau und Paris aus – die Anliegen, Grenzen und Möglichkeiten der beiden konträren Systeme reflektieren, was eine Ahnung von der Differenziertheit der Problematik vermittelt.

Der vorliegende Band bietet quasi ein Protokoll der Konferenzdebatte, auch wenn Ad-hoc-Meldungen wegen fehlender Textgrundlage nicht aufgenommen und die Beiträge von den Autoren nachträglich nochmals bearbeitet wurden.

Als Fazit bleibt zweierlei: *erstens* verbietet die Kompliziertheit der behandelten Problematik apodiktische Urteile, gar Verdikte über Wege einer osteuropäischen Gesellschaftsentwicklung *sui generis*, die sich in Bahnen aufeinander bezogener Traditionen und Wandlungen vollzog und vollzieht; *zweitens* ist es ein Gebot der Vermittlung historischer Kenntnisse und politischer Bildung, den Hintergründen und Ursachen *sowohl* des Aufstiegs *als auch* des Falls des osteuropäischen Staatssozialismus nachzugehen, die *beide* objektiv wie subjektiv verwurzelt sind.

Dieser weitgespannten Thematik will die III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Leipziger Stiftung im September 2003 nachgehen.

Im II. Abschnitt unseres Bandes – Berichte und Dokumentationen – werden ein Aufsatz von *Achim Beinsen* zu »Islamismus und ›Muslimanstvo« als Elemente des bosnisch-muslimischen Partikularismus« sowie ein Nachdruck des Dokuments von *Alija Izetbegović* »The Islamic Declaration« vorgestellt, denen sowohl hinsichtlich des Zerfallsprozesses Jugoslawiens als auch im Kontext mit islamistischen Konzeptionen und Aktionen in jüngster Zeit höchst aktuelle Bedeutung zukommt. Beide Texte machen überdeutlich, daß die von der bosnisch-muslimischen Bewegung des vormaligen bosnisch-herzegowinischen Vorsitzenden des Staatspräsidiums, *Alija Izetbegović*, beanspruchte bosnische »Opferrolle« im Jugoslawienkonflikt in keiner Weise den historischen Realitäten entspricht.

Damit setzen wir zugleich die Veröffentlichung von historisch-politischen Dokumenten zur Jugoslawienkrise fort, die wir mit der Publikation des »Memorandums der Serbischen Akademie der Wissenschaften« von 1986 im Band 2(7) 2000 begonnen haben und auch künftig fortsetzen möchten.

Abschließend machen wir auf den Konferenzbericht von *Holger Politt* über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 7./8. Juni 2002 in Bautzen aufmerksam, die sich mit »Chancen und Grenzen der EU-Osterweiterung« und der Rolle von »Brückenland Sachsen« in diesem Prozeß beschäftigt hat. Ihre Ergebnisse werden gewiß gesondert veröffentlicht.

Aufsätze und Studien

ERNSTGERT KALBE

Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa*

Ein Jahrzehnt ist vergangen seit dem Untergang des etatistischen Realsozialismus in Osteuropa, was eine Zeitenwende von einer bipolaren Welt der Systemkonfrontation zu einer unipolaren Welt marktkapitalistischer Globalisierung nach sich zog. Diese zehn Jahre waren eine Zeit des Nachdenkens über die Ursachen der Implosion des osteuropäischen Staatsozialismus ebenso wie über die Konsequenzen der Allmacht des globalisierten Kapitalismus in der Welt. Während ersteres die selbstkritische Analyse von Versagen, Defiziten und Fehlern des Staatssozialismus verlangt, ohne dabei den existentiellen Druck der imperialistischen Welt auf den Realsozialismus aus den Augen zu verlieren, gebietet letzteres die Aufdeckung der immanenten Ursachen imperialistischer Globalisierungspolitik, die bisher weder zu mehr Frieden und Sicherheit, noch zu weltweiter Freiheit und Demokratie geführt hat, sondern – im Gegensatz zu den verkündeten Prinzipien der westlichen »Wertegemeinschaft« – vielmehr neue soziale und nationale Konflikte, nationalistische Konfrontationen und kriegerische Aggressionen, terroristische Verbrechen und militärische Vergeltungsschläge eines Staatsterrorismus ausgelöst hat. Die vermeintliche »internationale Staatengemeinschaft« bleibt in vieler Hinsicht geteilt: in die privilegierte »G 7«, in die Supermacht USA und die EU, in die konträren, nur scheinbar peripheren Großmächte Japan und China, in die ungehemmt »out of area« agierende »Verteidigungsgemeinschaft« der NATO und in geächtete Schurkenstaaten, in das reiche westliche Abendland und neugebildete verarmte osteuropäische Protektoratsstaaten, in prosperierende asiatische Tigerstaaten, fundamentalistische islamische Gottesstaaten und halbkolonial ausgebeutete Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Vor unseren Augen vollzieht sich der Prozeß der Integration Europas nach westlichen Maßstäben, verbunden mit einer Desintegration Osteuropas, das auf das Niveau der »Dritten Welt« zurückgeworfen wird. Die forciert gebildeten osteuropäischen Mittel- und Kleinstaaten werden auf die Gesetze und Bedürfnisse der kapitalistischen Weltmarktlogik zuge richtet. Das gilt nicht nur für Ostmittel- und Südosteuropa, sondern auch für Osteuropa im engeren Sinne, d. h. für Rußland und die GUS-Staaten, wengleich in anderer Dimension hinsichtlich territorialer Größe und Bevölkerungszahl.

Es ist für den im östlichen Staatssozialismus sozialisierten Gesellschaftswissenschaftler nicht einfach, mit der gebotenen Objektivität sowohl die Ursachen des Untergangs des Realsozialismus selbstkritisch zu hinterfragen als auch die Konsequenzen der globalen Dominanz des Kapitalismus kritisch zu beleuchten. Dennoch ist das Eine ohne das Andere nicht möglich. Ersteres ohne Letzteres zu tun, das hieße, sich dem apologetischen Mainstream der vermeintlichen Sieger von heute auszuliefern; Letzteres ohne Ersteres zu tun, das aber hieße, die historischen Hintergründe für die erfolgte kapitalistische Restauration auszublenden.

Methodologischer Pluralismus verlangt das Bedenken unterschiedlicher wissenschaftlicher Denk- und Analysemethoden, er bedeutet nicht die Unverbindlichkeit theoretischer und methodischer Herangehensweise. Insofern kann es auch keine ideologiefreie Gesellschaftswissenschaft geben, da sie die gesellschaftliche Wirklichkeit stets vor dem Hintergrund realer und auch unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse befragt.

In diesem Sinne versucht unser seit zehn Jahren aktiver Arbeitskreis zur Osteuropaforschung, neubedachte marxistische Denktraditionen und Wissenschaftsmethodologie mit wissenschaftlicher Offenheit gegenüber anderen Denkschulen und analytischen Arbeitsmethoden zu verbinden.

Im Zentrum unserer zehnjährigen Arbeit stehen seither vor allem drei Untersuchungsfelder: *Nationwerdung und nationale Konflikte*; *Gesellschaftliche Transformationsprozesse*; *Kulturhistorische und kulturosoziologische Zäsuren in Osteuropa*. Die bisherigen Ergebnisse sind unseren beiden Publikationsreihen zu entnehmen »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« sowie »Kulturosoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente«.

I. ZEITENWENDE UND NATIONSVRSTÄNDNIS

Beginnen wir mit dem heute aktuellen Ende der Problematik: Die Gesellschaften in Ost- und Südosteuropa sind im Gefolge der vorrangig selbstverschuldeten Implosion des Realsozialismus und zugleich als Wertesatz für enttäuschte sozialistische Ansprüche mit einer politisch-kulturellen Woge nationaler Bewegungen und nationaler Identitätssuche konfrontiert, die man trotz nationalistischer Auswüchse im Inneren und kräftigen Schürens von außen nicht einfach als Wiederkehr atavistischer Nationalismen verketzern kann. Vielmehr spielen neben dem historisch vielfach belasteten Erbe und ungelösten Gegenwartsproblemen offenbar objektive Faktoren eine Rolle, wie z. B. langdauernde Fremdherrschaften, unvollendete bürgerliche Nationwerdung und der gescheiterte sozialistische Modernisierungsversuch.

Hinsichtlich der »sozialistischen Modernisierung« wäre z. B. zu konstatieren, daß sie den Typ der industriellen Produktivkräfte des 19. im 20. Jahrhundert weitgehend wiederholte, während die kapitalistische Welt den Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution und zur Informationstechnologie einleitete und vollzog. Dennoch bewirkte der Prozeß der sozialistischen Industrialisierung, verbunden mit einer soziostrukturellen Differenzierung und infrastrukturellen Modernisierung der früher wesentlich vorbürgerlich-bäuerlichen Gesellschaften zunächst gesellschaftlichen Fortschritt, der alsbald an seine extensiven Entwicklungsschranken stieß. Entgegen den hochgesteckten Erwartungen nach einer raschen Annäherung vermeintlich »sozialistischer Nationen« vollzog sich indessen ein Prozeß des »Aufblühens von Nationen« schlechthin, ein nachholender Prozeß nationaler Konstituierung überhaupt, der unter bürgerlichen oder vorbürgerlichen Verhältnissen und angesichts vielfältiger Pressionen der Vergangenheit keineswegs vollendet war.

Die subjektiven Träger dieser »Modernisierung«, die sich im Ergebnis der sozialökonomischen und sozialkulturellen Entwicklung im Staatssozialismus formierenden politischen und kulturellen »Eliten«, haben als sozialistische »Nomenklatura« ihre nationalen Ambitionen bereits in den letzten Jahrzehnten des Realsozialismus zunehmend artikuliert. Die mit dem Zusammenbruch und dem eingetretenen Werteverlust des osteuropäischen Sozialismus rasch gewendeten »nationalen Eliten« setzten jetzt verstärkt auf die Integrationskraft nationaler Identifikation und bedienten sich damit einer objektiven Entwicklungstendenz. Vieles spricht dafür, daß – gemessen an der erreichten sozialökonomischen Entwicklungsstu-

fe bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften des Westens – ein Nachvollzug von Nationwerdung in manchen demgegenüber zivilisatorisch rückständigen Gesellschaften Ost- und Südosteuropas vor sich geht.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß nationale Bewegungen auch von nationalistischen Konflikten und Konfrontationen begleitet werden, wie übrigens auch im 18./19. Jahrhundert in Westeuropa, zumal wenn diese – wie heute – von äußeren Mächten kräftig angeheizt werden.

Offenbar gilt Marxens Verständnis von historischen Gesetzen, wonach die Menschen immer nur herangereifte gesellschaftliche Aufgaben lösen können, d. h. »wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind«¹ auch für die Ausprägung von Nationen, deren Entwicklung durch die Revolution nur bedingt »die Sporen zu geben ist«. Das gilt erst recht, wenn deren soziale Triebkraft, sei es früher die Bourgeoisie oder später die Arbeiterklasse und die Intelligenz, durch avantgardistische Minderheiten oder Parteien längerfristig als Hegemonialersatz zu substituieren ist.

Die nationale Problematik wurde in der marxistischen Gesellschaftstheorie offensichtlich sträflich unterschätzt, indem sie undifferenziert einer wohl auch verkürzten Sicht auf die soziale Frage nach- und untergeordnet wurde. Freilich verbinden sich auch jetzt die nationale mit der sozialen Frage, wobei die gegenwärtige politisch-kulturelle Priorität nationalen Identifikationsstrebens zum Vehikel für den gesellschaftlichen Transformationsprozeß zum Kapitalismus wird, der in Osteuropa früher unausgereift blieb und heute restaurative Züge aufweist, eine Wende zur »Vendée«, um im Bilde des Leipziger Historikers Walter Markov zu bleiben.²

So wenig der Versuch gelungen ist, mit »großen Sprüngen« aus vorbürgerlichen in nachbürgerliche Verhältnisse zu gelangen, so wenig konnte eine dauerhafte Annäherung von Nationen vor deren Ausformung gelingen. Die Geschichte zieht offensichtlich niemals Sieben-Meilen-Stie-

* Überarbeitete und ergänzte Fassung des gleichnamigen Referats auf der Arbeitstagung des Osteuropa-Arbeitskreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und der Gesellschaft für Kulturosoziologie Leipzig e. V. am 12. und 13. Oktober 2001 in Leipzig, Stentzlers Hof.

- 1 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 13. S. 9.
- 2 Siehe Werner Berthold: Zwischen Revolution und »Vendée«. Walter Markov (5. Oktober 1909 – 3. Juli 1993) zum 85. Geburtstag. In: »Leipzigs Neue« vom 23. September 1994. S. 10. – Walter Grab: Walter Markovs Weg und Werk. In: Europäische Ideen. Hrsg. von Andreas W. Mytze. London, Berlin (1993)85. S. 23ff.

fel an, sondern macht stets nur den nächsten von mehreren möglichen alternativen Schritten.

Die Renaissance der nationalen Frage im gegenwärtigen Osteuropa erweist sich mithin als historischer Nachvollzug in der Vergangenheit unvollendet gebliebener Konstituierung der bürgerlichen Nation wie der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

In der aktuellen Debatte um Nationsformierung, Nation und Nationalismus bindet der Berliner Philosoph Peter Ruben das Wesen von Nation an die Kurzformel: Die »national economy« sei die ökonomische Realität der Nation wie die »Verfassung ihre politische Realität« sei. »Völker werden zu Nationen, indem ihre Individuen Staatsbürger werden, indem der Citoyen auftritt, der die Konstitution, die Verfassung, zur ideellen Bedingung seines politischen Verhaltens macht.«³ Damit plädiert er für ein Verständnis von Nation als bürgerliche Staatsnation und gegen die Auffassung von einer quasi zeitlosen, nicht an konkrete historische Bedingungen gebundenen ethnisch-sprachlichen Kulturnation.

In dieser Sicht sind Machtfrage und Staatlichkeit, politische Verfaßtheit von Staats- und Bürgerrechten, national-kulturelle Identifikation und sozialökonomische Infrastruktur (Warenproduktion, Marktbeziehungen, Verkehrs- und Kommunikationsnetz sowie Klassendifferenzierung) aus dem Prozeß der Nationsformierung nicht auszuklammern. Vielmehr erscheint nationale Staatlichkeit – in der marxistischen Nationstheorie unterschätzt – als wichtige Bedingung nationaler Konstituierung, womit über deren konkrete Gestalt – als Zentralstaat, Bundesstaat oder Staatenbund, Föderation oder Konföderation nationaler Teilstaaten – noch nichts ausgesagt ist. Davon ausgenommen sind lediglich fremdbestimmte Vielvölkerstaaten, in denen eine herrschende Nation die nationale Gleichberechtigung inkorporierter Völker negiert.

Der Berliner Historiker Hagen Schulze beschreibt in seinem Buch »Staat und Nation in der europäischen Geschichte« unterschiedliche Typen von Nationwerdung – nämlich Staatsnation, Kulturnation und Volksnation – wobei er die fördernde Rolle der Existenz bzw. die hemmende Rolle des Fehlens von Staatlichkeit für die Nationsformierung verdeutlicht. Für Osteuropa verweist Schulze auf die Dominanz transnationaler Großreiche, die Habsburger Monarchie, das russische Zarenreich und das Osmanische Reich, in denen »unter dem nivellierenden Druck der

3 Peter Ruben: Realität und Problem der Nation. In: Nation und Nationalismus. Edition »Berliner Debatte Initial«. Berlin 1993. S. 30.

jeweiligen Herrenvölker, der Deutschen, Russen und Türken, eine Vielzahl potentieller Nationalkulturen« schlummerte, denen »allerdings in aller Regel die Eliten fehlten, die in Mittel- und Westeuropa Träger kulturnationaler Identität waren, und die auf das Niveau ländlicher Volkskulturen zurückgedrückt waren, darunter solche, die« – entgegen Marxens Diktum von »geschichtlosen Völkern« – »in der Vergangenheit bereits weit auf dem Weg zu nationaler und kultureller Identität vorangekommen waren, wie etwa Polen, Böhmen, Ungarn oder Serben«. ⁴

Übrigens interessierten sich feudal-absolutistische oder feudal-despotische Territorialherrschaften weniger für die ethnische als vielmehr für die religiöse Bindung ihrer Untertanen, etwa für die Zugehörigkeit zur russischen orthodoxen Rechtgläubigkeit oder für die identitätsstiftende Wirkung des türkischen Millet-Prinzips. Priorität aber besaß für Feudalherrschaften die Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Untertanen bei Naturalabgaben und Frondiensten, der Stadtbürger beim Steueraufkommen oder die Kopfsteuer bei Fremdbläufigen.

Angesichts der weit in das 19. Jahrhundert nachwirkenden Faktoren und Elemente mittelalterlich-feudaler und fremdbestimmt-dynastischer Zentralstaatlichkeit in Ost- und Südosteuropa sowie der ethnisch-nationalen Gemengelage der Bevölkerung in ihren mosaikartigen Siedlungsräumen, blieb den hier entstehenden nationalen Bewegungen lange Zeit der Zugang zum westeuropäischen Verständnis der »Staatsnation« versperrt, das aus der Aufklärung und der Französischen Revolution hervorgegangen war und die Nation als Staatsbürgergemeinschaft begriff. Nach Abbe Sieyès war »die Nation eine Gesamtheit von vereinigten Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz stehen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten sind«. ⁵

Der Gedanke der Souveränität des Volkes trat an die Stelle des Gottesgnadentums des Monarchen. Bei dieser Sachlage kann es nicht verwundern, daß die ost- und südosteuropäischen Bewegungen des nationalen Erwachens, die sogenannten Wiedergeburtbewegungen (*voztro denie*) nicht die radikal-liberale Nations- und Staatsauffassung der französischen Aufklärung rezipierten, sondern vielmehr die gemäßigt-pietistische (A. H. Francke) und vielfach romantisch eingefärbte Vorstellung von der

4 Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München 1994. S. 149.

5 Emmanuel Joseph Sieyès: Politische Schriften 1788–1790. Hrsg. von Ernst Schmidt und Rolf Reichardt. Darmstadt, Neuwied 1975. S. 166f.

ethnisch-sprachlich geprägten Kulturnation annahmen, wie sie in der späteren mitteleuropäischen Aufklärung (Johann Gottlieb Fichte) und Romantik (F. W. J. Schelling) dominierte. Kein Wunder, daß Johann Gottfried Herders Slawenrezeption im berühmten Slawenkapitel seiner »Ideen zur Geschichte der Philosophie der Menschheit« wie in seinen »Stimmen der Völker in Liedern« von den slawischen »Erweckern« begeistert aufgenommen wurde und ihr Verständnis der Aufklärung prägte.⁶ Eine Sicht auf die ethnisch-sprachliche Kulturnation, die sich in Übereinstimmung mit den Realitäten deutscher Siedlungszerstreuung und territorialstaatlicher Zerrissenheit im amorphen »Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation« befand, entsprach eher der österreichisch-habsburgischen, der balkanisch-osmanischen sowie generell der osteuropäischen Wirklichkeit multinationaler und halbfeudaler Großreiche. Zu Recht merkt Hagen Schulze an, daß Herders Anschauung, die Staat und Verfassung hinter Kultur und Sprache zurückstellte, zu den historischen Spaltungen zwischen den Staaten und Völkern Mittel- und Osteuropas paßte, weshalb die slawischen Eliten Herder zum Propheten ihrer nationalen Identität erkoren. »Diese zwei Nationalideen, die subjektiv-politische der Französischen Revolution und die objektiv-kulturelle der deutschen Romantik, befruchteten sich gegenseitig, überkreuzten einander und verliehen dem tausendstimmigen Chor der europäischen Moderne den kontinuierlichen Grundton. – Die Idee der Nation hat religiöse Anklänge; da die Nation nicht unmittelbar sichtbare Realität ist, muß sie geglaubt werden; der Nationalismus ist die säkulare Religion des Industriealters.«⁷

Dennoch ist die Nation Realität, gerade wegen der in ihrem Rahmen wirksamen staatlich-politischen, marktwirtschaftlichen und sprachlich-kulturellen Kommunikationsbeziehungen. Freilich verweben sich im konkreten Geschichtsverlauf die Elemente von Nationwerdung miteinander: die kulturellen, ökonomischen und politischen Faktoren nationaler Bewegungen werden von deren Protagonisten nicht kategorial getrennt, sondern dialektisch miteinander verbunden wahrgenommen.

6 Siehe Holm Sundhaussen: Der Einfluß der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburgermonarchie. München 1973. – St. Stančev: Cherdur i slavjanstvoto. In: Ezik i literatura. Sofia (1973)1.

7 Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München 1994. S. 171f.

Ernest Gellner zufolge entstehen Nationen, wenn die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse »nach standardisierten, homogenen und durch staatliche Zentralgewalt geschützten Hochkulturen rufen – nach Hochkulturen also, die die Gesamtbevölkerung und nicht nur die Minderheiten der Eliten durchdringen –, eine Situation, in der klar definierte, durch Ausbildung sanktionierte und vereinheitlichte Kulturen fast schon die einzige Art Einheit bilden, mit der sich Menschen bereitwillig und häufig glühend identifizieren«.⁸ Daraus leitet Erhard Crome den Schluß ab, daß es müßig sei, die Frage nach der Priorität von entweder Nationalökonomie oder Staat oder Nation beantworten zu wollen, weil es sich um ein Verhältnis auf Gegenseitigkeit handele. Der historische Ort der Entstehung der Nation sei jedenfalls verbunden mit Kapitalismus, Nationalökonomie und moderner Massenbildung.⁹ Das aber bedeutet im Umkehrschluß, daß Nationen keine Gemeinschaften aus grauer oder mittelalterlicher Vorzeit sind, auch wenn ein solcher Zusammenhang aus Gründen erstrebter politischer Identifikation mittels der Berufung auf mittelalterliche Vorläufer und durch historische Mythenbildung immer wieder behauptet wird. Das spiegelt sich bereits in dem gegensätzlichen Gebrauch der Begriffe »nationale Wiedergeburt« mit seinem Vergangenheitsbezug oder »nationales Erwachen« mit seinem Gegenwartsbezug in den osteuropäischen Nationalbewegungen wider.

Während die »Staatsnation« zum Schmelztiegel auch verschiedener ethnisch-sprachlicher Nationalitäten werden und deren Integration oder Assimilation bewirken kann, wie das französische Beispiel beweist, tendiert die ethnisch-sprachlich definierte Kulturnation, die häufig in verschiedenen Staaten lebt, unter Berufung auf historische Vorgänger aus vornationaler Zeit zur territorialstaatlichen Vereinigung. Das kann bei ethnischer Gemengelage von Siedlungsräumen zu nationalen Konflikten, nationalistischer Konfrontation und territorialer Expansion führen.

In unserer Welt existieren gegenwärtig etwa 3.000 Ethnien – manche meinen sogar 8.000 Sprachen – aber nur rund 200 Staaten. Auch wenn Nationwerdung historisch ein objektiver, offenbar universeller Prozeß ist, der noch längst nicht abgeschlossen ist, sondern unter Bedingungen sozialökonomischer Rückständigkeit oder fremdherrschaftlicher Unterdrückung sehr lange, bis in die Gegenwart andauert, kann und darf

8 Ernest Gellner: Nationalismus und Moderne. Berlin 1991. S. 86f.

9 Erhard Crome: Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Studie. Berlin. April 2001. S. 27.

man angesichts fortschreitender Globalisierung von Wirtschaft, Politik und Multikulturalität nicht mit 3.000 Staaten rechnen. Freilich besteht die Gefahr, daß im Interesse hegemonialer Großmachtambitionen nationalistisch-sezessionistische Bewegungen stimuliert werden, nicht lebensfähige Kleinstaaterei zu forcieren. Dieser politischen Praxis, die sich auf das »nationale Selbstbestimmungsrecht« beruft, das sogar als vermeintliches Sezessionsrecht von Minderheiten gehandhabt wird, begegnen wir heute in Osteuropa auf Schritt und Tritt.

Die Interessenlage in nationalen Konflikten agierender Großmächte darf dabei keineswegs gering veranschlagt werden. Das gilt nicht nur für das 19. und 20. Jahrhundert, sondern gerade für die unmittelbare Gegenwart. In diesem Kontext ist nicht zu übersehen, daß den westeuropäischen Integrationsprozessen parallele osteuropäische Prozesse ethnisch-staatlicher Parzellierung gegenüberstehen, die vorgeblich im Interesse der »Befriedung« nationaler Konflikte lägen, jedoch die osteuropäischen Regionen fortlaufend in Protektorzonen einer allgegenwärtigen NATO- und EU-Kontrolle verwandeln. Die EU-Politik der »europäischen Regionen« bindet dabei häufig entwickelte mitteleuropäische mit schwächer entwickelten osteuropäischen Regionen zusammen. All das setzt den Entwicklungschancen der Völker Ost- und Südosteuropas in einer zunehmend globalisierten Welt a priori erneut enge Grenzen.

Selbst für den Fall einer angestrebten, aber weitgehend selektiv und über lange Fristen betriebenen Aufnahme osteuropäischer Länder in die EU-Strukturen, fest gebunden an politische und marktwirtschaftliche Forderungen sowie an monetäre Auflagen, wird dieser künftige Schritt seitens der Beitrittskandidaten mit überhöhten und illusionären Erwartungen verbunden.

Nochmals zurück zum wissenschaftlichen Diskurs über die Nation.

Der englische marxistische Historiker Eric Hobsbawm analysiert in seiner großen Monographie über »Nation und Nationalismus« die objektiven Kriterien wie subjektiven Definitionen von »Nation« und gelangt dabei zu der Feststellung, daß sich »Nation« nicht auf eine einzige Dimension reduzieren lasse. Vielmehr könne man dem historisch spät entstandenen Phänomen »Nation« nur bei Beachtung verschiedener Merkmale und Inhalte nationaler Bewegungen beikommen. Hobsbawm unterscheidet drei Phasen nationaler Formierung, nämlich *erstens* national-kulturelle Bewegungen intellektueller Eliten, *zweitens* politische Bewegungen für nationale (nationalstaatliche) Ideen und *drittens* breite Massenbewegungen zur Unterstützung nationalistischer Programme für

einen Nationalstaat. Hobsbawm verweist darauf, daß Nation als gesellschaftliche Einheit nur dann relevant ist, wenn sie sich auf eine bestimmte Form der Staatlichkeit bezieht, ohne die »Nation« inhaltslos werde.¹⁰

Der Münchener Südosteuropaforscher Mathias Bernath hat unter Berufung auf frühere Arbeiten von Friedrich Meinecke, Eugen Lemberg und Theodor Schieder bereits in den siebziger Jahren drei historisch unterschiedliche Wege der Nationsformierung resümiert: den Weg der Bildung von Staatsnationen durch national-demokratische Umformung des dynastischen Zentralstaates in den politischen Verfassungsstaat (Volkssouveränität); den Weg der Vereinigung ethnisch verwandter Territorialstaaten mit sprachlich-kulturellen Gemeinsamkeiten zum nationalen Volksstaat (Risorgimento-Typ); den Weg der Sezession von Nationalitäten aus übernationalen Staatsverbänden zu staatlichen Neubildungen auf ethnisch-sprachlichen Grundlagen und mit häufig strittigen territorialen Grenzen (Sezessionstyp).¹¹

Bei diesem von der Prozeßform her zutreffenden Bild, bei dem Nationwerdung in Ost- und Südosteuropa weitgehend zum Sezessionstyp gehören würde, bleibt m. E. indessen der Aspekt der materiellen, sozialökonomischen und geistigen, sozialkulturellen Voraussetzungen – darunter Prozessen sozialer Differenzierung – für die Konstituierung von Nationen unterbelichtet.

Die vorstehenden Betrachtungen verdeutlichen, daß »Nation« nicht allein auf ethnische oder sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeiten reduziert werden kann, sondern zugleich das Ergebnis sozialer, wirtschaftlicher, kultureller, politischer und staatlicher Formierungsprozesse darstellt.¹²

Umgekehrt darf man die nationale Frage auch nicht eindimensional den sozialökonomischen und sozialpolitischen Fragen zu- und unterord-

10 Siehe Eric Hobsbawm: Nation und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1870. Frankfurt am Main, New York 1992. S. 47.

11 Siehe Matthias Bernath: Nationalstaatsbildung in Südosteuropa. In: Südosteuropa-Mitteilungen. München 18(1978)3. S. 3ff. – Bernath bezieht sich insbesondere auf Friedrich Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat. München 1962 (Neuausgabe seiner Werke, Bd. 5) sowie auf Theodor Schieder: Nationalismus und Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung. München 1985.

12 Siehe auch Ernstgert Kalbe: Nationwerdung oder nationale Wiedergeburt in Südosteuropa. In: Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag. Hrsg. von Wolfgang Küttler. 2. Halbbd. (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät). Berlin 1999. S. 83ff.

nen, was der ethnischen und sprachlich-kulturellen Dimension von »Nation« ebenfalls nicht gerecht würde.

Im linken Diskurs über »Nation und Nationalismus« dominiert häufig eine teilweise ignorante Unterschätzung der nationalen Frage, gestützt auf eine letztlich verabsolutierte internationalistische Grundhaltung wie auf das Marxsche Diktum, wonach man dem Proletariat nicht nehmen könne, was es nicht besitze, ein Vaterland. Dieser Standpunkt, der auf die Hegemonie einer zunehmend reaktionären Bourgeoisie in der nationalen Frage bezogen ist, erscheint angesichts konfrontativer imperialistischer Expansionspolitik gegenüber fremden Nationen im 19./20. Jahrhundert durchaus verständlich, wurde jedoch zur illusionären Hypothek für sozialistische Politik, wenn sie von der Erwartung einer baldigen proletarischen Weltrevolution und der damit vermeintlich automatisch verbundenen Lösung der nationalen Frage ausging.

Wie die linke Arbeiterbewegung seit Beginn des 20. Jahrhunderts überhaupt die gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen für die sozialistische Revolution, zumal in Osteuropa, überschätzte, so unterschätzte sie zugleich auch die eigenständige Rolle der nationalen Frage für die Erringung der politisch-kulturellen Hegemonie in der Gesellschaft, worauf später Antonio Gramsci nachdrücklich hinwies.¹³

Oftmals ist in diesem Zusammenhang vom »nationalen Nihilismus« der Linken, insbesondere von Rosa Luxemburg die Rede, die sich mit der nationalen Problematik im Zusammenhang mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg und den russischen Revolutionen 1905 und 1917 beschäftigte.¹⁴

In ihrer Arbeit über »die Krise der Sozialdemokratie« – kurz Junius-Broschüre – verurteilt Rosa Luxemburg unter Berufung auf das Baseler Manifest der II. Internationale von 1912 den »schändlichen Burgfrieden« der deutschen Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie und die Katastrophe ihrer »verlogenen Vaterlandsverteidigung« als verräterische Preisgabe des Klassenkampfes für die Kriegsdauer und bezeichnete den Hinweis der SPD-Führung auf das »Selbstbestimmungsrecht der Natio-

13 Siehe Wolfgang Fritz Haug: Von Gramsci lernen für einen neuen Internationalismus. In: Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 4: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. S. 47ff.

14 Siehe dazu Ernstgert Kalbe: Rosa Luxemburg zur nationalen Problematik im Kontext von Krieg und Revolution. In: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimension ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. S. 179ff.

nen«, das gegen das Völkergefängnis des russischen Zarismus durchgesetzt werden müsse, zur Rechtfertigung ihrer Haltung als »tragische Donquichotterie«. ¹⁵ Obgleich der Sozialismus jedem Volke das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zugestehe, sei es ein wahrer Hohn auf sozialistische Politik, heutige kapitalistische Staaten als Verkörperung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes zu betrachten. Nur der Sozialismus könne nationale Selbstbestimmung gewährleisten, während es »im heutigen imperialistischen Milieu« weder nationale Selbstbestimmung noch nationale Verteidigungskriege geben könne. ¹⁶

Unter diesem Aspekt betrachtete Rosa Luxemburg, die im Gegensatz zu den Bolschewiki kein Gesamtkonzept zur nationalen Frage vorgelegt hat, auch das nationale Selbstbestimmungsrecht in den russischen Revolutionen von 1905 wie im Februar und Oktober 1917. In der Arbeit »Zur russischen Revolution«, geschrieben im Revolutionsjahr 1918, würdigte Rosa Luxemburg einerseits die revolutionäre Leistung der Bolschewiki als erwarteten Auftakt zur Weltrevolution und kritisiert andererseits deren Politik des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, »oder was hinter dieser Phrase in Wirklichkeit steckt: den staatlichen Zerfall Rußlands«. Rosa Luxemburg beurteilte das den Randländern eingeräumte Selbstbestimmungsrecht als Schwächung der Positionen des Proletariats in der Revolution: »Wie kommt es, daß es in allen diesen Ländern – gemeint sind Finnland, das Baltikum, Polen, die Ukraine und der Kaukasus – »plötzlich die Konterrevolution triumphiert? Die nationalistische Bewegung hat eben das Proletariat dadurch, daß sie es von Rußland losgerissen hat, gelähmt und der nationalen Bourgeoisie in den Randländern ausgeliefert.« ¹⁷

Ähnlich negativ beurteilte Rosa Luxemburg auch den »Frieden von Brest-Litowsk« sowie das Wilsonsche 14-Punkte-Friedensprogramm von 1918. Ersterer erschien ihr als stillschweigendes Zurückweichen der Bolschewiki vor dem deutschen Imperialismus und Militarismus, bezahlte mit der Okkupation der Ukraine, Finnlands, des Baltikums, der Krim, des Kaukasus und südrussischer Gebiete; letzteres ironisiert sie als »Harmonisierung der Klassen im Inneren der Nation« als vermeintliche Bedingung einer »Harmonie zwischen den Nationen«, die als Phönix

15 Siehe Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 53ff.

16 Ebenda. S. 136ff.

17 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Ebenda. S. 350.

aus der Asche des Weltkrieges im Völkerbund emporsteigen solle. »Nationalismus« sei der aktuelle politische Trumpf und immer neue Nationen und Natiöchen forderten ihre Rechte auf Selbstbestimmung ein. »Der Zerfall Rußlands, äußerlich und formell in seinen Resultaten: Bildung neuer kleiner Nationalstaaten – dem Zerfall Österreichs und der Türkei analog, birgt ein entgegengesetztes Problem«, schrieb Rosa Luxemburg in ihrem »Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution«: »einerseits Kapitulation der proletarischen Politik auf nationalem Maßstabe vor dem Imperialismus, andererseits kapitalistische Konterrevolution gegen die proletarische Machtergreifung«. ¹⁸ Ahnungsvoll erscheinen die Worte Luxemburgs, wonach alle diese kleinen Nationen, »die wie Lämmer weiß und unschuldig auf die Grasweide der Weltgeschichte hüpfen«, auf eine Abrechnung mit bolschewistischen Regungen in ihren Ländern, auf nationaler Ebene warten. Als erstes Opfer fürchtet sie um das bolschewistische Rußland, »über das sich die selbstbestimmten Nationen, Sieger und Besiegte zusammen, stürzen werden«. ¹⁹

Diese Position Luxemburgs als »nationalen Nihilismus« zu qualifizieren, geht m. E. an damals ersehnten revolutionären Chancen, am revolutionären Zeitgeist vorbei, der die russische Revolution als unmittelbaren Auftakt zu einer sozialistischen Weltrevolution begriff. Freilich war das eine euphorische Überschätzung der damaligen revolutionären Möglichkeiten, zugleich eine Unterschätzung der historischen Gestaltungskräfte bürgerlicher nationaler Bewegungen, insbesondere auch eine Überbewertung der objektiven materiellen Voraussetzungen wie der subjektiven Reife der revolutionären Triebkräfte für eine sozialistische Umwälzung, namentlich in Osteuropa.

Der gewiß verkürzten Perspektivsicht auf die historischen Möglichkeiten, in den noch rückständigen osteuropäischen Ländern eine sozialistisch-alternative Gesellschaft durchzusetzen, ist indessen mit dem Verdikt des »nationalen Nihilismus« kaum beizukommen. Eher schon verbirgt sich dahinter eine Fehleinschätzung des an die Ausprägung bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse gebundenen objektiven Prozesses von Nationsformierung, der im sozialökonomisch rückständigen Osteuropa kein historisch vergangenes, sondern ein sehr gegenwärtiges, ja künfti-

18 Rosa Luxemburg: Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution. In: Ebenda. S. 368.

19 Ebenda. S. 371f.

ges Phänomen war, an dem selbst der verkündete staatssozialistische Internationalismus nicht mit »großen Sprüngen« vorbeikam.²⁰

Als Fazit bleibt letztlich bestehen, daß Lenin und die russischen Bolschewiki trotz ihrer expliziten Programmatik in der nationalen Frage,²¹ weswegen sie Rosa Luxemburg für eine vermeintlich »bürgerliche Politik« der nationalen Selbstbestimmung kritisierte, während sie – die Bolschewiki – im Gegensatz dazu die demokratischen Rechte ansonsten gering schätzten und einem strengen Zentralismus huldigten, dennoch die Relevanz und Sprengkraft der nationalen Frage unterschätzten und schließlich keineswegs lösten.

Die versuchte Politik der nationalen »Korenizacija« in den zwanziger Jahren wurde später unter Stalin aufgegeben und im Gegenteil eine großrussische Politik betrieben, die Ende der dreißiger Jahre in die direkte Repression gegenüber vielen Nationalitäten mündete.

II. ZU DEN BEDINGUNGEN VON NATIONSFORMIERUNG IN OSTEUROPA

Die Herausbildung nationaler Gemeinschaften vollzieht sich in Osteuropa unter Bedingungen der Existenz multiethnischer Großreiche, in denen eine Nationalität die beherrschende Rolle spielt, während die beherrschten Völker verschiedenen Formen nationaler Unterdrückung ausgesetzt sind: leibeigenschaftlich-feudalen, administrativ-politischen und religiös-kulturellen Formen, die mit Methoden des *außerökonomischen Zwangs*, mit Mitteln einer mehr oder minder zentralistischen staatlichen Gewalt des uneingeschränkten Herrschers, d. h. eines despotischen oder absolutistischen Etatismus, praktiziert werden. Weder die russischen Zaren, die ihr Reich nach der Formel von »Autokratie, Orthodoxie, Volkstum (Patriotismus)« regierten, noch die osmanischen Sultane, seit 1460 als Kalifen (Chalif) zugleich geistliches und weltliches Oberhaupt des Islam, waren bis zur russischen Revolution von 1905 bzw. bis zur jungtürki-

20 Siehe dazu auch Ernstgert Kalbe: Nochmals zur Modernisierungsproblematik in Osteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Leipzig (1998)5. S. 7ff.

21 Siehe W. I. Lenin: Das nationale Programm der SDAPR. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 19. S. 535ff. – W. I. Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. In: Ebenda. Bd. 20. S. 395–461.

schen Revolution von 1908 – von der türkischen Episode 1876 abgesehen – durch konstitutionelle Verfassungsrechte eingeschränkt. Diese blieben auch danach – wie z. B. die Russische Duma – wesentlich auf Beratungsfunktionen beschränkt.

Auch die österreichischen Kaiser, seit Ende des 18. Jahrhundert am »aufgeklärten Absolutismus« Joseph II., daß heißt am zentralistischen Josephinismus orientiert, regierten ihre Kronländer und Landtage über den restaurativen »Wiener Kongreß« von 1815 hinaus – in der mit Metternichs Namen verbundenen Periode der »Heiligen Allianz« – bis zur bürgerlichen Revolution von 1848/49 ohne wesentliche verfassungsrechtliche Einschränkungen, die auch nach der Einberufung des Reichstages und »Oktroyierung« einer Reichsverfassung noch wiederholt suspendiert wurden.

Ohne hier zaristisches Rußland und das despotische Osmanenreich mit dem österreichischen Habsburgerreich gleichstellen zu wollen, weil sich in Österreich früher eine fortgeschrittene kapitalistische Produktionsweise samt ihrer politischen und kulturellen Konsequenzen herausbilden konnte, bleibt festzuhalten, daß die relative nationale und religiöse Toleranz der Habsburger – mit Ausnahme des »ungarischen Ausgleich« von 1867 – doch bis 1918 nirgends wieder zu national-administrativen Autonomierechten reichte, wie sie bereits der erste Slawenkongreß von 1848 in Prag eingefordert hatte oder wie sie sich in zentralistischen Staatskonzepten der Südslawen oder Tschechen im Rahmen der Habsburger Monarchie manifestiert hatten.²²

Im Unterschied zum Habsburger Österreich, dessen bürokratischer Etatismus der herrschenden Adelsklasse auf einer wesentlich westeuropäisch geprägten *grundherrschaftlichen* Feudal- und Sozialstruktur fußte, beruhte der militärisch-despotische Etatismus Rußlands wie des Osmanenreiches auf anderen sozialökonomischen Grundlagen, nämlich auf Elementen einer »asiatischen Produktionsweise«, die durch die überragende Rolle des Staates bzw. des Herrschers in Wirtschaft und Gesellschaft charakterisiert war.

Das türkische Feudalsystem, das dem Gebot des Korans zufolge auf der von Allah übertragenen Allmacht des Sultans beruhte, der damit zugleich der eigentliche Eigentümer allen Grund und Bodens war, schloß

²² Siehe Robert A. Kann: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. 2 Bde. Graz, Köln 1964.

somit prinzipiell eine wirtschaftsleitende Rolle des Staates, des Fiskus ein. Der vom Sultan für militärische und administrative Dienste auf Lebenszeit mit Grund, Boden und Bauern belehnte Adlige, der Spahi, war im feudalen Timar-System deshalb weniger Grundherr als dienstädtiger Militär oder Beamter, der die ansässigen Bauern mit Tribut-, Pacht- und Steuerzahlungen belegte. Erst im 19. Jahrhundert schlichen sich Elemente des Privateigentums in die sich zersetzende etatistische Feudalordnung ein, neben der Fortexistenz der patriarchalischen Familien- und Gemeindeordnung der südslawischen »Zadruga«.²³

Auch das Feudalsystem in Rußland weist damit verwandte Besonderheiten des zaristischen Etatismus auf, gekennzeichnet durch das Ausmaß der umfangreichen staatlichen Kronländereien, durch die Lehensbindung des adligen Gutsbesitzes an Staatsdienste, durch die hierarchische Subordination des nach Rangstufen strukturierten adligen Beamtentums als Staatsklasse, wie daneben durch die Existenz eines ausgedehnten Gemeindebesitzes der »Obschtschina«, die bäuerlich-patriarchalische Traditionen lebendig erhielt.

Der russische Staat war zugleich Eigentümer und Auftraggeber bei wichtigen Industrieunternehmen, bei der Grundstoffgewinnung sowie im Verkehrs- und Bankwesen. Die im späten 19. Jahrhundert entstehenden kapitalistischen Elemente beruhten somit wesentlich auf staatskapitalistischer Grundlage, was die etatistischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft verfestigte.

Der russische Philosoph Wadim Meshujew bringt diesen Sachverhalt auf den Punkt: »Die russische Geschichte ist vor allem die Geschichte der russischen Staatlichkeit. Der Staat war das wichtigste Subjekt des historischen Prozesses [...] Die Geschichte Rußlands ist eine Geschichte des immer weiter vorangetriebenen Verlustes jeder Autonomie. Insofern erinnert sie an asiatische Gesellschaften. Es gab hier keinen Feudalismus im westeuropäischen Sinne [...] Es entstand ein reiner Dienstadel, der für militärische Dienste gegenüber dem Staat mit Land und Bauern ausgestattet wurde. Dieser Dienstadel war eine Staatsklasse [...] Das Volk wurde aus der Geschichte ausgeschlossen. Der politische Überbau – hier ist der Begriff sehr angebracht – veränderte sich, aber das Volk blieb faktisch über Jahrhunderte in fast gleichen Verhältnissen

23 Siehe Ernst Werner: Die Geburt einer Großmacht – die Osmanen. Ein Beitrag zur Genesis des türkischen Feudalismus. Berlin 1966. Kap. VIII/2.

[...] In Rußland konnte alles nur als staatliche Institution existieren. Genauer noch: als Institution des Herrschers.«²⁴

Der Sowjetstaat setzte diese Tradition in mancher Hinsicht, vermittelte einer zentralistischen Administration in der Politik und einer geplanten staatlichen Kommandowirtschaft fort. Der Realsozialismus bediente sich des Etatismus als Modernisierungsinstrument. Nach Lenins Definition ist »Sozialismus [...] nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.«²⁵ Und an anderer Stelle: »Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das ganze Volk umfassenden Staatssyndikats.«²⁶ Diese Aussagen sind tatsächlich nicht weit von der Kritik Max Webers am Sozialismus entfernt, der »die Vereinigung von Fabrikssystem und universeller Bürokratisierung als Wesen des Sozialismus« bezeichnete.²⁷

Die Traditionen der »asiatischen Produktionsweise«, verbunden mit einem hierarchisch-bürokratischen Herrschaftssystem des absolutistischen Etatismus, entweder in Gestalt des Dienstadels oder der »Nomenklatura«, schließlich der Umstand, daß gesellschaftliche Innovation stets nur als Reform von oben, mittels *außerökonomischen Zwangs* möglich war, (und nicht wie in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften mit Methoden des *ökonomischen Zwangs*), verliehen den osteuropäischen Großreichen ihren halbfeudalen, vorbürgerlichen und rückständigen Charakter.

Das alles mußte sich auf die Spezifik der nationalen Frage, auf Hemmnisse und Besonderheiten der Nationwerdung in Osteuropa auswirken.

Die osteuropäischen Großreiche basierten auf territorialer Eroberung und Kolonialisierung der unterworfenen Völker, deren soziale Nivellierung sie betrieben: durch ursprüngliche Ausrottung ihrer Oberschichten, durch rechtliche Ungleichheit, durch fiskalische Knebelung, durch religiöse und ethnische Diskriminierung. Während die dominierende Religion

24 Wadim Meshujew: Rußlands Geschichte ist die Geschichte des russischen Staates. In: Michael Brie/Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992. S. 21ff.

25 W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 369.

26 W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Ebenda. S. 488.

27 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. 2. Hbd. Tübingen 1976. S. 834.

des jeweiligen Staatsvolkes als herrschende Ideologie durchgesetzt wurde, betrieb man jedoch aus fiskalischen Gründen keine durchgängige und gewaltsame Christianisierung oder Islamisierung. Nur »Fremdgläubige« oder »Ungläubige« konnten von Privilegien bzw. Rechten des eigenen Glaubensbekenntnisses ausgeschlossen oder mit zusätzlichen Steuern belastet werden, wie z. B. mit der Kopfsteuer, die Christen im Reich der Osmanen entrichteten.

Rußland, das nach der Abschüttelung des Tatarenjochs im 15./16. Jahrhundert zur zentralistischen Großmacht im Osten aufstieg und nach dem Untergang von Byzanz (1453) den missionarischen Anspruch erhob, als »Drittes Rom« zum Zentrum der Christenheit zu werden, verwandelte sich vom 17. bis 19. Jahrhundert durch Expansion nach Sibirien und in die Ukraine, in das Baltikum und nach Polen, in den Kaukasus und nach Mittelasien zu einem Nationalitätenstaat, dessen Völker sich zumeist noch nicht zu Nationen geformt hatten. Der Weg Rußlands in eine »kapitalistische Moderne« mitsamt »bürgerlichen Nationen« blieb unvollendet.²⁸ Das gilt um so mehr, als der »aufgeklärte Absolutismus« eines Peter I. oder einer Katharina II., selbst wenn sie die europäische Aufklärung partiell rezipierten, kaum etwas an ihrem autokratischen Herrschaftssystem änderte, ebenso wenig, wie die adlige russische Gesellschaft die Ideen der Aufklärung nachhaltig adaptierte. Statt dessen verband sich die Frage nach dem »woher und wohin« der russischen Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert zunehmend mit der Auseinandersetzung zwischen Slawophilen und Westlern, wobei die Slawophilen von Chomjakow und Kirejewski über Aksakow und Danilewski bis Katkow und Pogonin zunehmend einer panrussisch-allslawischen Mission das Wort redeten, welche der Zarismus seit dem Frieden von Kütschük-Kainardshi 1774 als christlich-orthodoxe Schutzmacht der Balkanslawen zu erfüllen vorgab. Das sollte der zaristischen Expansionspolitik die religiösen Weihen verleihen.²⁹ In diesen Sog gerieten auch die internationalen Slawenkongresse. Nach dem mehr austroslawischen Kongreß in

28 Siehe dazu Michael Wegner: Spannungen und Veränderungen. Rußlands beschwerlicher Weg in eine moderne Neuzeitgesellschaft. In: Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Rosa-Luxemburg-Verein e. V. und Jenaer Forum für Wissenschaft und Bildung. Leipzig 1997. S. 11ff.

29 Siehe Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996. S. 85ff. und 129ff.

Prag 1848 und dem Moskauer panslawischen Kongreß von 1867 mutierten die letzten Kongresse von Prag 1908 und Sofia 1910 zu einem politischen Panslawismus mit stärker antihabsburgischer und antiosmanischer Stoßrichtung.

Politische und ideologisch-religiöse Konstellationen, die Rußland bis tief ins 19. Jahrhundert als Vorreiter der »Heiligen Allianz« und als Gendarmen Europas in den revolutionären Aufständen von 1830, 1848/49 und 1863 sah, war der Entfaltung bürgerlicher Nationen in Osteuropa äußerst hinderlich. Das gilt auch für die innere Modernisierung des »Rossijskoj Imperii«, selbst nach den Reformen von 1861 und im Gefolge der Revolution von 1905.

Horst Schützler geht in seinem Literaturbericht über »die nationale Problematik in der Sowjetunion in der postsowjetischen Historiographie«³⁰ davon aus, daß selbst noch in der Sowjetperiode letztlich nur die Titularvölker von Unionsrepubliken als Nationen galten, hingegen die inhaltliche Definition von Nationalitäten bereits weitgehend offen war, während der Begriff der Völkerschaft unbestimmt blieb. Geht man auf die Endzeit des Zarismus oder die Revolutionszeit von 1917 zurück, so bleiben wohl nur wenige Nationen übrig, die sich im 18./19. Jahrhundert ausgeprägt hatten: neben den Russen und Ukrainern, Finnen und Polen wohl nur noch die baltischen Völker und die großen Kulturvölker des Kaukasus (Armenier und Georgier), während die mittelasiatischen Turkvölker eher noch als Nationalitäten mit Strukturen ethnischer Stammesverbände anzusprechen sind.

Stellt man die Frage nach den Gründen des Entwicklungsrückstandes Südosteuropas, das im Mittelalter durch hochentwickelte Feudalstaaten charakterisiert war – das ungarische Arpadenreich vom 11.–13. Jahrhundert, beide Bulgarenreiche von Boris und Simeon I. im 9./10. und der Asseniden im 12.–14. Jahrhundert, das serbische Nemanjidenreich im 13.–14. Jahrhundert – so wird offensichtlich, daß dafür nicht innere, sondern äußere Faktoren maßgeblich waren. Auch die römische Reichsteilung von 395 in Ost- und Westrom oder das schließliche Kirchenschisma von 1054 für die Spaltung Europas in eine östliche griechisch-orthodoxe und eine westliche römisch-katholische Kulturregion kann man nur bedingt für das spätere west-östliche Entwicklungsgefälle

30 Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion – in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3(2). Leipzig 2001. S. 251ff.

verantwortlich machen, zumal Byzanz bis zu seinem Untergang 1453 den Exodus Westroms um rund tausend Jahre überdauert.³¹

Die entscheidende Zäsur für Südosteuropa, die das Zurückbleiben gegenüber Westeuropa verursachte, war die Osmanische Expansion auf dem Balkan, die eine regional differenzierte 200- bis 500jährige Türkenherrschaft mit sich brachte und ihre feudal-bürokratische Militärdespotie und Elemente ihrer asiatischen Produktionsweise in der Balkan-Donau-Region implantierte.

Beginnend im 14. Jahrhundert, und mit den Schlachten auf dem Kosovo polje 1389 und bei Mohacs 1526 fortgesetzt, erschienen die Osmanischen Eroberer 1529 und 1683 vor den Toren von Wien und setzten sich im 16./17. Jahrhundert auf der geographischen Linie von Zadar und Knin entlang der Flüsse Una–Save–Donau bis Belgrad und von da in östlicher Richtung dem südlichen Karpatenbogen folgend bis zum Donaudelta fest. Zeitweilig gehörte ganz Mittelungarn bis Ofen (Buda) und Gran, Siebenbürgen bis in das Vorfeld des nördlichen Karpatenbogens und die Moldau bis zum Dnjestr in den Osmanischen Herrschaftsbereich.

Erst die Siege des polnischen Königs Jan III. Sobieski vor Wien 1683 und 1684 sowie die österreichisch-türkischen Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts drängten die Türken nach den Erfolgen des Prinzen Eugen von Savoyen mit den Friedensverträgen von Karlowitz 1699 und Passarowitz 1718 schrittweise zurück und verwandelten das seit der Schlacht von Mohacs multinationale Österreich endgültig in einen Vielvölkerstaat im europäischen Südosten.³²

In den historischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen findet schon seit langem ein Streit um die Bewertung der Türkenherrschaft auf dem Balkan statt, in dem diametral entgegengesetzte Aussagen getroffen werden.

Während die Literatur in den südosteuropäischen Ländern zumeist einen fortwährenden Niedergang sozialer Entwicklung, das Versinken in Rückständigkeit und nationale wie religiöse Unterdrückung betont, hebt die westeuropäische, amerikanische und natürlich türkische Literatur überwiegend vorhandene Kontinuitätsmomente gesellschaftlicher Ent-

31 Unübertroffen für den Einfluß von Byzanz auf die Entwicklung des Balkans noch immer Georg Ostrogorsky: *Geschichte des byzantinischen Staates*. München 1952 (besonders Kapitel IV und VIII).

32 Siehe dazu die Studien in Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): *Die Türkei in Europa*. Göttingen 1979.

wicklung hervor, wobei sie m. E. zu einer Überhöhung wirtschaftlicher und zivilisatorischer Leistungen der Türkenzeit gelangt.³³

Edgar Hösch schreibt in seiner »Geschichte der Balkanländer«, daß die Vorstellung eines ruinösen Entwicklungsbruchs auf dem Balkan nicht mehr dem modernen Bild der Forschung über die Türkenherrschaft entspreche.

»Die bewunderungswürdige organisatorische und staatsmännische Leistung, die die neuen Herren der Balkanhalbinsel [...] in der Führung und Bewahrung eines riesigen Vielvölkerreiches während mehrerer Jahrhunderte gezeigt haben, hat naturgemäß im historischen Bewußtsein der Balkanvölker nicht die gebührende Beachtung und unvoreingenommene Würdigung finden können.« Dagegen hätten die Verfallserscheinungen der Spätzeit und eine verständliche Erbitterung der Freiheitskämpfer der »Türkengreuelpropaganda immer wieder Nahrung gegeben, die bis in die unmittelbare Gegenwart hinein das Ansehen der Osmanischen Fremdherrschaft verdunkelt hat.«³⁴

Es ist hier nicht der Platz einer versuchten Gesamtbilanz der Türkenherrschaft in Südosteuropa, die in der seriösen Literatur aber hinlänglich begründet vorliegt und ein insgesamt negatives Resümee zieht. Man hat den Eindruck, daß eher heute relevante Aspekte der Bündnispolitik von EU und NATO mit der Türkei ein positives Urteil über deren Vergangenheit nahelegen.

III. NATIONSFORMIERUNG UND STAATSGRÜNDUNGEN IN OSTEUROPA

Unter derartigen Voraussetzungen entwickelten sich in der Niedergangsphase des Osmanenreiches im 18./19. Jahrhundert als »nationale Wiedergeburt« bezeichnete Bewegungen der Völker Südosteuropas, die sich ihrer hochmittelalterlichen Staatlichkeit besannen, sich auf den von der Französischen Revolution inspirierten »Illyrismus« wie auf die mitteleuropäische Aufklärung und Romantik bezogen, sich später neben den Revolutionen von 1848/49 auch auf die russischen revolutionären Demokraten, die

33 Siehe Josef Matuz: Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte. Darmstadt 1985. – Aus türkischer Sicht siehe Halil İnalcık: The Ottoman Empire: The Classical Age 1300–1600. New York 1973.

34 Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 1988. S. 94.

Rasnotschinnen, wie auf die utopischen Bauernsozialisten, die Narodniki, beriefen, obwohl wesentliche innere gesellschaftliche Grundlagen der genannten historischen Erscheinungen und Ideologien weitgehend fehlten. Eigene Geschichtstraditionen waren durch die lange Fremdherrschaft nachhaltig ausgelöscht, kapitalistische Formen der Warenproduktion befanden sich noch in einem embryonalen Stadium, Einflüsse des Humanismus und der Renaissance wurden durch die Türkenzeit weitgehend verdrängt; selbst reformatorische Kirchenbewegungen – wie zeitweilig in Regionen des römisch-katholischen Habsburgerreiches – fanden nicht statt. Schließlich wurde auch die europäische Aufklärung nur gebrochen rezipiert und adaptiert.

Walter Markov beantwortet die Frage danach, wer in Südosteuropa angesichts eines feudal-despotischen Regimes im Osmanenreich, eines aufgeklärten Absolutismus im Habsburgerreich und nur embryonaler kapitalistischer Produktionsformen eigentlich Aufklärung brauchte, damit, daß alle Aufklärung letztlich »auf Abtragung feudaler Hypotheken und Freilegung der bürgerlichen Nation« zielte. »Verschiedenartigkeit in den gesellschaftlichen Voraussetzungen führte indessen nicht nur zu zeitlichen Verschiebungen, sondern auch zu Veränderungen der konkreten Aufgabenstellung.«³⁵

Während sich balkanische Aufstandsbewegungen im 17./18. Jahrhundert – etwa der Hajduken oder Uskokon – vorzugsweise auf die Kriege Österreichs gegen die Türken stützten und noch kaum klare Ziele und Interessen verfolgten, begründeten die nationalen Wiedergeburtbewegungen im 18. und 19. Jahrhundert, die sich nunmehr an den russischen Kriegen gegen das Osmanenreich orientierten, sehr wohl national-kulturelle und national-revolutionäre Zielstellungen, die sich aus dem Zusammenfall von nationaler und sozialer Unterdrückung ergaben. Die Bewegungen des nationalen Erwachens (Wiedergeburt) in Südosteuropa werden zudem durch den immer deutlicheren Zusammenhang von Orientalischer Frage (gegen die Hohe Pforte) und Donaufrage (gegen die Habsburger) gekennzeichnet, der in dem Maße zutage tritt, wie die Einlösung des osmanischen Testaments das österreichische Testament aufrollt.³⁶ Des-

35 Walter Markov: Die Brücke der Aufklärung. In: Weltgeschichte im Revolutionsquadrat. Hrsg. von Manfred Kossok. Berlin 1982. S. 71.

36 Siehe Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse. Hrsg. von Fritz Klein und Irene Markov. Leipzig 1999 (im weiteren Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ...). S. 52ff. und 89ff.

halb ist die nationale Irredenta der Balkanvölker zugleich Ersatz für eine nach außen, gegen die Türkei und die Habsburger Monarchie, gerichtete bürgerliche Revolution im Spannungsfeld zwischen Mitteleuropa und dem Orient. Insofern muß man die südosteuropäische Aufklärung (Wiedergeburt) auch als einheitlichen Prozeß verstehen, der die griechische Hetairia (Rigas, Ypsilantis), die rumänische Fratria (Balçescu), die serbische Aufklärung (Obradović), die stammesübergreifende süd(jugo-)slawische Romantik (Prešeren, Karadžić, Petar Njegoš), den kroatischen Illyrismus (Gaj, Drašković), die serbische Omladina (Jovanović, Marković), den kroatischen Jugoslawismus (Strossmajer), die mazedonischen Aufklärer (Miladinovi) und die bulgarischen Nationalrevolutionäre (Rakovski, Karavelov, Botev, Levski) umfaßt.

Dabei begegnen uns in der südosteuropäischen Wiedergeburt bald bemerkenswert progressive Gesellschaftssichten, ja internationalistische Vorstellungen einer demokratischen *Balkanföderation*, gespeist aus Quellen eines demokratisch-utopischen Bauernsozialismus, die später von der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgenommen werden. Bald treten aber auch nationalistisch überhöhte Ideen von großgriechischen, großserbischen oder großbulgarischen Balkanmonarchien auf, die alte »Idea megal«, gespeist von einem neubelebten Geschichtsbewußtsein, dessen Sicht auf die graue Vergangenheit nicht frei ist von historischer Mythen- und Legendenbildung und in wechselseitigen territorialen Ansprüchen gipfelt.³⁷

Die verschiedenen Sichten auf die »nationale Wiedergeburt« als Ausdruck des Formierungsprozesses von Völkern zu Nationen soll nachfolgend an einigen Beispielen verdeutlicht werden:

An der Wiege der bulgarischen Wiedergeburt stand der Athos-Mönch Paisij Chilendarski, der in seiner »Slawobulgarischen Geschichte« 1762 fragt: »Warum schämst Du Dich, Dich Bulgare zu nennen und in Deiner Sprache zu sprechen? Hatten etwa die Bulgaren keine Zaren und keinen Staat? Wieviel Jahre haben sie geherrscht und waren auf Erden berühmt und geachtet! Und oftmals haben sie Steuern erhoben von den starken Römern und den klugen Griechen.«³⁸

37 Siehe Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 1(6). Leipzig 1999. S. 118ff. (besonders S. 122ff.).

38 Paisij Chilendarski: Slavjanobälgarska Istorija. Red. Petär Dinekov. Sofia 1972. S. 29.

Etwas später, 1783, betonte der serbische Aufklärer (Erwecker) Dositej Obradović, der übrigens in Halle – in der Schule Wolffs und Franckes – studierte, im Sinne einer politisch-kulturellen Wiedergeburt aller Südslawen: »Wer weiß nicht, daß die montenegrinischen, dalmatinischen, herzegowinischen, bosnischen, serbischen, kroatischen, slawonischen, Sremsker, Batschker, Banater (außer den Walachen) Einwohner dieselbe, eine Sprache sprechen [...] Brauchtum und Religion können sich verändern, aber Stamm (rod) und Sprache niemals.«³⁹

Der einflußreiche Ideologe und Politiker der serbischen Irredenta, Ilija Garašanin, propagierte dagegen unter Berufung auf die Vergangenheit Serbiens in seiner berühmten »Načertanie« von 1844 das Programm einer auf Sprache, Geschichte und gemeinsamem Schicksal beruhenden »Volksnation«, das den Zusammenschluß der Südslawen um die serbische Dynastie verfolgte und durchaus nationalistische Züge besaß: »Denn unsere Gegenwart wird nicht ohne Verbindung zur Vergangenheit sein, sondern sie werden ein zusammenhängendes, integriertes, aufeinander aufbauendes Ganzes darstellen, und darum steht das Serbentum, seine Nationalität und sein staatliches Leben, unter dem Schutz des heiligen historischen Rechtes. Unserem Streben kann man nicht vorwerfen, daß es Revolution und Umsturz sei, sondern jeder muß anerkennen, daß es politisch notwendig ist, daß es in sehr alter Zeit begründet wurde und seine Wurzel im geschichtlich-staatlichen Leben und nationalen Leben hat.«⁴⁰

Das ist eine der italienischen Einigungsbewegung, dem Risorgimento verwandte Sicht, freilich weniger die eines Mazzini, eher die eines Cavour.

Diese Geschichtsauffassung wird heute vielfach als Ausdruck eines quasi alten serbischen Nationalismus bewertet, obwohl es etwa in der national-romantischen deutschen Einigungsbewegung ganz ähnliche Diktionen gab.

Alle diese Begründungen heben auf ein ethnisches und sprachlich-kulturelles Nationsverständnis ab, das den vorbürgerlichen Gegebenheiten balkanischer Gesellschaften entsprach.

Für die nationalrevolutionäre und demokratische Tendenz des »Jugoslawismus« sei hier auf Svetar Markovičs Vision einer Balkanföderation

39 Zitiert nach Ferdo Čulinović: Dokumenti o Jugoslaviji. Historijat od osnivanja zajedničke drave do danas. Zagreb 1968. S. 6.

40 Zitiert nach Wolf-Dieter Behschnitt: Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830–1914. München 1980. S. 56f.

verwiesen, die in der linken serbischen Omladina verwurzelt war: »Der Gedanke unserer nationalen Einheit ist der revolutionärste Gedanke, der auf dem Balkan existiert. Er enthält in sich die Vernichtung Österreichs und der Türkei, das Aufhören Serbiens und Montenegros als selbständige Fürstentümer, die Revolution in allen Gebieten der Südslawen mit dem Ziel eines neuen gemeinsamen Staates.«⁴¹

Schließlich noch ein Hinweis auf das Programm des »Geheimen Bulgarischen Revolutionären Zentralkomitees« von 1870, das die weitestgehenden Pläne für eine südslawische, ja darüber hinausgehende Balkanföderation beinhaltete und von Ljuben Karawelow und Wasil Lewski ausgearbeitet wurde: »Wir erheben keinen Anspruch auf historisches, kanonisches, auf gekröntes oder religiöses Recht, und deshalb überlassen wir es dem Volk selbst, über sein Geschick zu entscheiden und zu erklären, welchem Teil des Bundes es sich anzuschließen wünscht: dem serbischen, dem bulgarischen, dem rumänischen oder dem griechischen, – folglich können bei uns keine Grenzfragen entstehen. Wir verlangen für uns nationale Freiheit, persönliche Freiheit und Religionsfreiheit, mit einem Wort Menschenrechte, und deshalb verlangen wir die gleiche Freiheit auch für unsere Freunde und Nachbarn. Wir wollen nicht über andere herrschen und deshalb gestatten wir nicht, daß andere über uns herrschen.«⁴²

Diese Auswahl macht bereits deutlich, daß in den Wiedergeburtbewegungen widersprüchliche Konzeptionen wirksam waren. Als konkurrierende nationale Identitätsprogramme begegnen uns frühzeitig der Illyrismus versus großkroatische oder großserbische Nationskonzepte, Pläne einer großbulgarisch-mazedonischen Identität oder Vorstellungen eines autonomen Mazedonismus, auch die offene Frage serbischer oder muslimischer Identität der Bosnjaken. Das ist bei der unausgereiften Sozialstruktur dieser Bewegungen keineswegs verwunderlich.

In aller Regel durchliefen die Wiedergeburtbewegungen drei miteinander verbundene Etappen: eine aufklärerische Bildungs- und Schulbewegung, eine nationalkulturelle Sprach- und Literaturbewegung, häufig mit nationalen kirchlichen Autonomiebewegungen verbunden, und end-

41 Zitiert nach Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 1988. S. 155.

42 Zitiert nach Istorija na Bălgarija. Glavna Red. Dimităr Kosev. T. 6: Bălgarsko Văzra: dane 1856–1878. Sofia 1987. S. 274f.

lich eine national-politische, revolutionär-demokratische oder liberale Bewegung für Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit.

Lediglich die späte albanische Wiedergeburtbewegung (Rilindja Kombetare) um die Gebrüder Frasheri, die im Sommer 1878 ausgerechnet im Kosovo die »Albanische Liga von Prizren« gründete, bewahrte wegen ihrer islamischen Bindung Loyalität gegenüber dem türkischen Sultan und forderte allein Autonomie eines ganzheitlichen albanischen Vilajets ein, das alle albanisch besiedelten Gebiete umfassen sollte. Dabei berief sich auch die »Liga von Prizren« auf den mittelalterlichen Vorläufer der antitürkischen »Liga von Kruja« unter Gjergj Kastrioti (Skanderbeg). Die Bestimmungen des Berliner Kongresses von 1878 und die Reformunfähigkeit der Türkei ließen die Autonomieforderung alsbald zum Verlangen nach Unabhängigkeit eskalieren. Es war jedoch noch ein weiter Weg, bevor der albanische Nationalkongreß in Vlora im November 1912 durch Ismail Qemali die Unabhängigkeit ausrufen und der Nationalkongreß von Lushnja im Januar 1920 die staatliche Unabhängigkeit realisieren konnte, freilich nicht im ethnischen albanischen Siedlungsraum, sondern in den durch die Balkankriege 1912/1913 markierten und von den Großmächten bestätigten Grenzen.⁴³

Damit sind wir an den Quellen heutiger nationaler Konflikte um das Kosovo und Nordwestmazedonien angelangt, die im Geiste grenzrevisio-nistischen Nationalismus kanalisiert und zugunsten egoistischer Großmachtinteressen geschürt werden.

Denkt man im Vergleich zu Südosteuropa dagegen an die russische Weltsicht, so sind deren Bezugspunkte in der eigenen Staatsgeschichte und orthodoxen Kirchentradition verwurzelt. Dabei fällt die Rezeption von sowohl europäischem Humanismus als auch Aufklärung relativ bescheiden aus, wenn man sich etwa an die Aussagen von Vater Sergej (Historiker) und Sohn Wladimir (Philosoph) Solowjow zum Verhältnis von Staat, Nation und Religion vor Augen führt. Dagegen besitzt die Auseinandersetzung zwischen Westlern und Slawophilen um die Orientierung auf »Europa« oder einen missionarischen »russischen Sonderweg« für die historische Verortung Rußlands gravierende Bedeutung.

43 Siehe Aleks Buda: Albanien und die Balkankrise der Jahre 1878–1881. Tirana 1966. – Stavro Skendi: The Albanian national awakening. 1878–1912. Princeton 1967. – Michael Schmidt-Neke: Entstehung und Ausbau der Königsdiktatur in Albanien (1912–1939). München 1987. S. 18ff. (Kapitel 2).

Die antiautokratischen Westler setzten vorzugsweise auf eine liberale Modernisierung Rußlands zur konstitutionellen Monarchie (Tschaadajew, Granowski), weswegen sich die revolutionären Demokraten (Herzen, Belinski) schließlich von ihnen trennten. Im Grunde kehrt diese Debatte um den Weg Rußlands bis heute in verschiedenen Varianten immer wieder.⁴⁴

Im fortschrittlichen Geistesleben Rußlands traten im 19. Jahrhundert – quasi zwischen Rasnotschitzen und Arbeiterbewegung – die Auffassungen der revolutionären Demokraten von Belinski bis Tschernyschewski und der Narodniki von Herzen über Bakunin bis Michailowski in den Vordergrund.

All diese Denker fußten indessen nicht auf Konzeptionen nationaler Emanzipation der Völker Rußlands, sondern auf der Suche nach dem historischen Standort des »Rossijskoj Imperii«.

Mit Ausnahme der polnischen Nationalbewegung und bei einigen wenigen Völkern kaukasischer Hochkultur lassen sich im 19. Jahrhundert kaum politische Nationalbewegungen nachweisen – schon gar nicht bei den stammesverfaßten Turkvölkern Mittelasiens. Selbst den Bemühungen eines Taras Grigorjewitsch Schewtschenko um eine ukrainische Literatursprache um die Mitte des 19. Jahrhunderts lagen wohl eher literarisch-intellektuelle denn nationale Ambitionen zugrunde. Selbst sofern uns nationale Bewegungen im 20. Jahrhundert zu Beginn und am Ende der Sowjetunion begegnen, zielten diese zumeist wohl eher auf autonome Partizipation ab denn auf nationale Separation.⁴⁵ Diese Anmerkung kann die Stalinschen Verbrechen der Verfolgung ganzer Nationalitäten in den späten dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts freilich nicht wegwischen.

Die Stalinsche Konzeption des »Aufbaus des Sozialismus in einem Lande« und der Abschottung gegenüber der westlichen Welt folgte in gewisser Hinsicht slawophilen Konzepten eines russischen »Sonderwegs« mit missionarischem Anspruch, wie umgekehrt die Politik der gesellschaftlichen Öffnung und Transformation von Gorbatschow bis

44 Siehe dazu auch Wolfgang Geier: *Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen*. Wiesbaden 1895. S. 97ff. (Kapitel 3.2).

45 Zur nationalen Problematik in Rußland siehe auch Andreas Kappeler: *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*. München 1992.

Jelzin in Anknüpfung an Sichtweisen der Westler auf europäische Modernisierung erfolgt.⁴⁶

Man könnte den Eindruck gewinnen, daß die Putin-Administration jetzt den Versuch unternimmt, marktkapitalistische Transformationskonzepte mit traditionellen etatistischen Lenkungsmethoden zu verbinden, um eine Balance zwischen spontaner Marktwirtschaft und wirtschaftlichem Dirigismus herzustellen. Das geschieht auch im Interesse eines Entwicklungsausgleichs innerhalb der beträchtlich geschrumpften Rußländischen Föderation, d. h. zwischen den 89 Föderationssubjekten unterschiedlichen Gewichts, darunter 21 Republiken und 17 autonomen Gebieten, Kreisen und Regionen, deren politische, darunter nationale Ambitionen – heute, nicht zuletzt als Folge staatssozialistischer sogenannter Modernisierungseffekte – beträchtliche Sprengkraft besitzen. Die administrativen Strukturgrenzen folgen indessen keineswegs immer nationalen Kriterien, denn Gouvernements, Republiken und nationale Gebiete sind keine kongruenten Kategorien. Die Ergebnisse auch dieses Experiments, jüngst durch sieben administrativ-kontrollierende Generalgouvernements (Nordwest-Bezirk: St. Petersburg; Zentraler Bezirk: Moskau; Nordkaukasus: Rostow-am-Don; Wolga-Bezirk: Nishni Nowgorod; Ural-Bezirk: Jekaterinburg; Sibirien: Nowosibirsk; Fernost: Chabarowsk) überdacht, müssen folglich offen bleiben.

Die Herausbildung dem Wesen nach bürgerlicher Nationen Osteuropas war unlöslich mit der Entstehung kapitalistischer Produktionsformen, dem Aufbegehren nationaler Bewegungen, der Entstehung halbbürgerlicher Nationalstaaten und der fortgesetzten Einmischung europäischer Großmächte in diesen Prozeß gekennzeichnet. Vorhandene Interessenkonflikte dieser Mächte wie zwischen den nationalen Bewegungen selbst verhinderten den kongruenten Verlauf von Nations- und Staatsbildung, die sich deshalb im Kräfteparallelogramm der handelnden Akteure, häufig nicht im Interesse der nationalen Emanzipation der osteuropäischen Völker vollzogen. Die Staatsgründungen erfolgten im Regelfalle im Gefolge von Kriegen und internationalen Konferenzen, bei denen die Gleichgewichtsinteressen der europäischen Mächte im Vordergrund standen. Die Staaten entstanden weniger in Verbindung mit bürgerlichen Revolu-

46 Zur Stalinschen »Modernisierung« Rußlands vermittels einer »Revolution von oben« siehe auch Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998. Kapitel V und VI.

tionen, abgesehen von wesentlich unvollendeten Erhebungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Freilich versuchte manche staatliche Konstituierung bürgerliche Umwälzungen zu kompensieren, so z. B. die serbische und griechische, später wohl auch die bulgarische Staatsgründung, wenngleich unter dem Schirm des russischen Zarismus.

Zudem wurde die entstehende Staatlichkeit letztlich nicht von den sozialen Trägern national-revolutionärer Befreiungsbewegungen übernommen, sondern von kleinadligen, vojevodisch-bojarischen oder bürgerlich-händlerischen Oberschichten, die nach Legitimation strebten und von ausländischen Protektoren abhingen. Damit wurden die Chancen demokratischer Staatlichkeit, die in den nationalen Wiedergeburt- und Einigungsbewegungen lagen, vertan und durch monarchische Lösungen ersetzt. Die politische Kultur und Struktur vieler ost-, besonders aber südosteuropäischer Staaten wurde durch verwurzelte patriarchalische Traditionen, absolutistischen Etatismus von Fremdherrschaften, auch den Caesaropapismus der byzantinisch-orthodoxen Kirchentradition geprägt, die wegen mangelnder Demokratieerfahrungen eben fehlender oder unvollendeter bürgerlicher Revolutionen weiterwirkten.

Nationwerdung wie Staatsgründungen beispielsweise der Völker Südosteuropas wurden vor allem durch ihre Einbindung in Konfliktfelder insbesondere des zaristischen Rußlands, des Habsburgerreiches und der Osmanischen Türkei, zunehmend auch Englands, Frankreichs und schließlich auch Deutschlands und Italiens wesentlich fremdbestimmt und dadurch deformiert. Das gilt seit dem Krimkrieg und der Orientalischen Krise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, namentlich seit dem Berliner Kongreß von 1878, auf dem Bismarck sagte, daß »zunächst die großen Kriegs- und Friedensfragen entschieden werden müssen. Das Andere, worunter auch das Los der Bevölkerung subsumiert«, sei ihm »gleichgültig und nicht Aufgabe des Kongresses«.⁴⁷

Deshalb setzte sich die nationale Irredenta über die ostrumelische Krise 1885, den mazedonischen Iljinden-Aufstand 1903, die jungtürkische Revolution und die bosnische Annexionskrise 1908, die Balkankriege 1912/1913, das Attentat von Sarajevo 1914 und den Ersten Weltkrieg bis zum Zerfall der Habsburger Doppelmonarchie fort. Dabei waren die Ansprüche der jungen Balkanstaaten – sowohl vor als auch nach 1918 – an jeweilige Nachbarn nicht gering. In der Wahl ihrer Mittel waren sie

47 Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas. Berlin 1990. S. 282.

nicht zimperlich, was besonders nationale Minderheiten empfindlich zu spüren bekamen. Walter Markov bemerkt dazu, daß auf dem Balkan jede Minderheit als staatsfeindlich identifiziert wird, gleich, ob es sich um politische oder nationale Minderheiten handelt: »Die nationale Minderheit traf dies am unmittelbarsten. Die Grade der Unterdrückung wechselten, wo es sich um unbedeutende Splitter wie die Slowaken, Juden, Zigeuner und teilweise die Deutschen handelte. Dort, wo kompakte Minderheiten wohnten, beschnitt man ihnen nicht nur, wie den Ungarn in Jugoslawien und Rumänien das Recht auf Eigenleben, sondern leugnete gerade bei den größten Gruppen vielfach das Vorhandensein einer Minderheit. Griechenland hat die Nationalität der Albaner und Mazedonier auf seinem Territorium nie anerkannt. Auf jugoslawischen Atlanten figurierten die Albaner als arnautisierte Serben; die Serben, Kroaten und Slowenen zog man zum jugoslawischen Staatsvolk zusammen, dem ungefragt auch die Mazedonier angehören durften.«⁴⁸

Der Untergang der Habsburger Monarchie und die Gründung der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns im Gefolge des Ersten Weltkrieges stehen wiederum auf einem anderen Blatt, auch wenn in ihrem Hintergrund verspätete national-revolutionäre Bewegungen standen.⁴⁹

Damit eilen wir chronologisch zwar etwas voraus. Aber gerade auch die »Friedensregelungen« der Versailler Vorortverträge 1919, später besonders die faschistische »Neuordnung« 1941, selbst die Nachkriegsregelungen der Abkommen und Verträge von Jalta und Paris 1945/1947, erst recht die aktuelle »Neuordnung« des Balkans durch NATO und EU 1991/1999 folgen den seit der Orientalischen Krise vorgegebenen Maximen: Anwendung übergeordneter Interessen agierender Großmächte, differenzierte Behandlung von Siegern und Besiegten, Grenzziehungen nach geostrategischen Zielsetzungen, nicht nach nationalen oder historischen Bindungen, was neue Verwerfungen und Konflikte, Teilungen und nationalistischen Revisionismus nach sich zogen und zieht.

Die teilweise alten Staatsgründungen in Ostmitteleuropa, z. B. Böhmens, Polens und Ungarns, können hier nicht erörtert werden, teils we-

48 Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ... S. 226.

49 Siehe dazu Richard Georg Plaschka/Karlheinz Mack (Hrsg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970. – Robert A. Kann: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. Bd. 1 und 2. Graz, Köln 1964.

gen der gänzlich anderen sozialökonomischen Gegebenheiten, teils wegen damit verbundenen anderen sozial-kulturellen Bindungen. Sie bedürfen späterer, gesonderter Betrachtung.

Was die südosteuropäischen Staatsgründungen anbetrifft, so vollzogen sie sich in mehreren Etappen im 19. und 20. Jahrhundert, was sowohl bei dem Leipziger Historiker Walter Markov als auch beim Münchener Historiker Edgar Hösch nachzulesen ist:⁵⁰

– die erste Etappe umschließt das erste Drittel des 19. Jahrhunderts, in dem im Zusammenhang mit russisch-türkischen Kriegen (1806/1812, 1828/1829) und als Folge von serbischen (1804/1806, 1815) und griechischen Aufständen der Philike Hetairia (1821) zuerst 1817 bzw. 1829 Serbien als autonomes Fürstentum sowie 1829/1830 Griechenland als souveränes Königreich entstand. Serbien erhebt später den Anspruch, als Piemont der südslawischen Einigung zu agieren;

– die zweite Etappe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte im Schatten des Krimkrieges zwischen 1859 und 1862 zur Vereinigung der Moldau und Walachei zum autonomen Fürstentum Rumänien; im Gefolge des russisch-türkischen Krieges 1877/1878 und im Ergebnis des Berliner Kongresses wird die volle Unabhängigkeit Serbiens, Rumäniens und des seit 1852 weltlichen Fürstentums Montenegro sanktioniert, während hinsichtlich Bulgariens – entgegen dem Vorfrieden von San Stefano – nur ein autonomes kleinbulgarisches Fürstentum im Norden und eine halbautonome Provinz Ostrumelien bestätigt werden. Damit löst der Berliner Kongreß irredentistische Bewegungen in Mazedonien, Thrazien und Albanien gegen die Türkei sowie in Bosnien-Herzegowina gegen die österreichische Okkupationsmacht aus, die die Lunte an das balkanische Pulverfaß legen;

– die dritte Etappe zu Beginn des 20. Jahrhunderts beinhaltet die Vollendung der antiosmanischen und den Aufschwung der antihabsburgischen Nationalbewegungen, was in den Balkankriegen zunächst zur Befreiung und danach zur Dreiteilung Mazedoniens führt; Albanien erlangt formale Unabhängigkeit, wird jedoch durch kriegführende Mächte wechselnd besetzt; wechselseitige territoriale Ansprüche verfeinden die innerbalkanischen Staatenbeziehungen endgültig und determinieren weitgehend deren jeweilige Positionen im Ersten Weltkrieg;

50 Siehe Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ... S. 49ff. (Teil I) und 140ff. (Teil II). – Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München 1988. S. 164ff. (Kapitel VI).

– die vierte Etappe während und im Gefolge des Ersten Weltkrieges bzw. des Versailler Vertragssystems wird durch die Vollendung der anti-habsburgischen Irredenta, den Zerfall der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn sowie durch die Entstehung der sogenannten Nachfolgestaaten, darunter Jugoslawien charakterisiert; Albanien erlangte im Widerstreit mit griechischen, serbischen und italienischen Ansprüchen 1920 die staatliche Unabhängigkeit, freilich ohne das Kosovo.

Die nachfolgenden Zäsuren von 1939/1941, 1945/1947 und 1991/1999, die Inhalte und Grenzen bestehender Staaten wiederholt verändern, sind nur bedingt, d. h. unter *dem Vorbehalt* als Etappen von Staats- oder Nationsformierung zu bezeichnen, als sie von *internationalen Mächtekonstellationen dominiert* werden, auf die die betroffenen Völker nur *geringen selbständigen Einfluß* haben, auch wenn innere Kräfte angesichts unvollendeter Nationwerdung für jeweilige Lösungen bzw. Entscheidungen mobilisierbar waren oder sind.

So vollzogen sich die Bildung des Nachfolgestaates Jugoslawien um das siegreiche Serbien, das die südslawischen Provinzen des Verlierers Österreich-Ungarn gewann, sowie die Entstehung des verkleinerten Ungarn, das seine slawischen Provinzen und Siebenbürgen verlor, vor allem entsprechend der Großmachtinteressen der Ententemächte und Bündnispräferenzen für die Kleine Entente. Die Grenzlinien im System der Versailler Vorortverträge von Trianon, St. Germain und Neuilly hielten sich weder an die historischen Bindungen noch an die ethnischen Siedlungsräume – eine in Mischregionen ohnehin fast unlösbare Aufgabe. Innenpolitisch schufen die Vertragsregelungen neue ethnisch-kulturelle Mischzonen, verschärften wirtschaftliche Disproportionen und aktivierten neue nationalistisch-irredentistische Bewegungen. Außenpolitisch begründete die Versailler Nachkriegsordnung in Südosteuropa neue Konfrontationen zwischen grenzrevisionistischen Verliererstaaten (Bulgarien und Ungarn) und antirevisionistischen Siegerstaaten (Jugoslawien, Rumänien und Griechenland), die sich im Zweiten Weltkrieg entluden. Die Haltung der südosteuropäischen Staaten zu den faschistischen Achsenmächten oder zur Antihitlerkoalition – in sich wiederum differenziert durch ihre Stellung gegenüber den Westmächten beziehungsweise gegenüber der Sowjetunion – wurde dadurch ganz wesentlich präjudiziert; erst recht gilt das für ihre Stellung zur »faschistischen Neuordnung«, von der sie entweder als verbündete Satelliten (Ungarn, Kroatien, Bulgarien und Albanien, bedingt auch Rumänien) profitierten oder unter der

sie als okkupierte Feindstaaten litten (Jugoslawien bzw. Serbien und Griechenland).⁵¹

Nach dem faschistischen Überfall vom 6. April 1941 wurde Jugoslawien als Staat zerschlagen und in zehn Okkupationsgebiete aufgeteilt, wobei neben Deutschland und Italien auch Ungarn (Vojvodina), Bulgarien (Mazedonien, Thrazien) und das italienische Protektorat Albanien (Kosovo, Nordwestmazedonien) territoriale Beute machten. Auch der katholische Ustaša-Staat Kroatien wurde als faschistischer Achsenpartner mit Bosnien-Herzegowina und auf Kosten Serbiens belohnt, wofür er sich mit Genozid an der serbisch-orthodoxen Bevölkerung bedankte.⁵²

Die Nachkriegsordnung der Antihitlerkoalition, fixiert in den Beschlüssen von Teheran, Jalta und den Pariser Friedensverträgen von 1947, stellte in Südosteuropa im wesentlichen den Status quo ante wieder her, modifiziert durch die sowjetischen Erwerbungen von 1940 (Bessarabien, Bukowina, Ruthenien, Karpatho-Ukraine). Bei der Wiedergeburt Jugoslawiens als Föderation oszillierten mitunter die Grenzen zwischen Entfaschisierung und Racheaktionen. Insgesamt blieben alte Widersprüche der Zwischenkriegszeit wirksam, neue Belastungen traten hinzu und wurden nur zeitweilig durch Bündnisse im Warschauer Vertragssystem überdeckt, die nach der Implosion des Staatssozialismus verschärft hervortraten.⁵³

Insgesamt ergibt sich die Folgerung, daß weder die Versailler noch die Pariser Friedensverträge die nationalen Probleme und zwischenstaatlichen Konflikte gelöst haben. Aber auch die heutige »Neuordnung« Südosteuropas unter dem Schirm von NATO und EU, die anstelle Jugoslawiens formal fünf, real acht kleinstaatliche Protektorate geschaffen hat, hat

51 Siehe dazu die unter zeithistorischem Eindruck des Zweiten Weltkrieges geschriebene Monographie von Hugh Seton-Watson: *Eastern Europe Between the Wars*. Cambridge 1945 (deutsch: *Osteuropa zwischen den Kriegen 1918–1941*. Paderborn 1948), die ganz Osteuropa, nicht nur Südosteuropa, in den Blick nimmt. Außerdem Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): *Südosteuropa im Spannungsfeld der Großmächte 1919–1939. Die Interdependenz politischer und wirtschaftlicher Entwicklung in der Innen- und Außenpolitik des Versailler Staatensystems 1919–1939*. Wiesbaden 1981.

52 Siehe den anlässlich der 3. Internationalen Historikerkonferenz zur europäischen Resistance in Karlovy Vary, September 1963, vorgelegten Studienband *Les Systèmes d'Occupation en Yougoslavie 1941–1945*. Red. Petar Brajović (Belgrade), Jovan Marjanović (Belgrade), Franjo Tudjman (Zagreb). Belgrade 1963.

53 Siehe für die Nachkriegsjahre wiederum Hugh Seton-Watson: *The East European Revolution*. New York 1951.

über bisher fünf oder sechs Kriege nationalistische Konfrontationen vielmehr angeheizt als aufgelöst.

Gerade im jugoslawischen Konflikt drängen sich mitunter Parallelen zu historisch tradierten Konstellationen auf. Unübersehbar sind Analogien der gegenwärtigen territorialen »Neuordnung« zur Neuordnungspolitik der Achsenmächte, namentlich im Verhältnis einerseits zu Kroatien und Serben, andererseits zu Serben und Albanern, auch wenn hypertrophierter Nationalismus von allen Beteiligten im Spiele ist.

IV. MODERNISIERUNG UND GLOBALISIERUNG ODER EUROPÄISCHE INTEGRATION UND OSTEUROPÄISCHE DESINTEGRATION

Gehören die heutigen nationalen Konflikte noch in den Kontext nationaler Formierungsprozesse? Soweit sie Ausdruck einer gerade durch die Großmächte deformierten Entwicklung von Nationen sind, die weder unter kapitalistischen noch unter sozialistischen Bedingungen störungsfrei verlief, kommt ihnen partiell wohl eine solche Rolle zu. Der Staatssozialismus vermochte es indessen nicht, die vielfältigen Defizite osteuropäischer Gesellschaften durch ein »etatistisches Modernisierungskonzept« dauerhaft zu überwinden. Diesen Begriff als heuristischen Arbeitsbegriff unterstellt, so scheiterte die »staatssozialistische Modernisierung« vor allem an strukturellen Demokratiedefiziten des politischen Systems, an Innovationsdefiziten des staatlichen Wirtschafts- und Sozialsystems, an Rückständen bei modernen Technologien bzw. in der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie an Defiziten eines innovativen Pluralismus in geistig-kulturellen Erneuerungsprozessen. Anders ausgedrückt: der Sprung mit Sieben-Meilen-Stiefeln aus vorbürgerlichen in nachbürgerliche Gesellschaftsverhältnisse konnte nicht gelingen.

Alle vorgenannten Faktoren, die zu den objektiven Komponenten nachholender Nationsbildung gehören, werden heute aber überlagert durch wiederum nicht organisch gewachsene, wiederum übergestülpte soziale Transformations- und nationale Formierungskonzepte in Richtung einer kryptokapitalistischen Restauration der Gesellschaft, die nur scheinbare Problemlösungen bietet. Auch wenn dazu gegenwärtig keine realen gesellschaftlichen Alternativen sichtbar sind, schlosse jedenfalls immer weiter fortschreitende ethnische Parzellierung – wie zuletzt 2001

in Mazedonien – jede lebensfähige nationale oder regionale Prosperität und Staatlichkeit aus.

Inwiefern jüngste Tendenzen der EU-Politik vermögen– nachdem diese das Gesetz des Handelns in Händen hält – die territoriale Integrität wenigstens der jugoslawischen Folgestaaten Bosnien-Herzegowina (nach Dayton), der Bundesrepublik Jugoslawien nach dem Regimewechsel (bezüglich des Kosovo bzw. Montenegros) und Mazedoniens (nach dem Ochrida-Kompromiß) zu bewahren, bleibt angesichts der Fortdauer von Krisen- und Konfliktsituationen abzuwarten; ihre Tragfähigkeit ist noch keineswegs erwiesen.

Ähnliche territorialstaatliche Desintegrationsprozesse entlang ethnisch-nationaler oder religiöser Bruchlinien sind – keineswegs zufällig – auch in der Kaukasusregion und jüngst wohl auch in ehemals sowjetischen Republiken Mittelasiens zu beobachten, worauf hier nur verwiesen werden kann.⁵⁴

Gerade im Hinblick auf die Konstituierung von Nachfolgestaaten der Sowjetunion stellte Gerhard Simon fest, daß nur »die Nation« als Bindemittel und Alternative zum kommunistischen Regime dienen konnten. »Die Nationen waren zunächst die einzige denkbare und erreichbare Alternative nach dem Zusammenbruch der alten politischen Macht. Nur sie konnten in das Machtvakuum eintreten und es mehr oder weniger angemessen füllen [...] Die Ideen von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft allein waren als Alternative nicht ausreichend. Ohne die Schubkraft der Nationalbewegungen hätte das alte Regime nicht leicht und rasch beseitigt werden können.«⁵⁵

Aus vielfältigen Gründen sind ernsthafte Vorbehalte gegenüber »Moderne«-Konzeptionen bezüglich Osteuropas angezeigt, die letztlich definitive Aussagen über strukturierende Macht- und Eigentumsverhältnisse im marxistischen Verständnis von Gesellschaftsformationen umgehen.⁵⁶ Einerseits werden zutreffend sozialpolitische Defizite und tradierte sozialökonomische Rückstände dieser Region konstatiert, andererseits jedoch

54 Siehe Sarkis Latchinian: Brennpunkt Kaspischer Raum. Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2000. S. 26ff.

55 Gerhard Simon: Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die Sprengkraft der Nationalbewegungen. In: Boris Meissner/Alfred Eisfeld (Hrsg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien. Baden-Baden 1995. S. 11.

56 Siehe Wolfgang Zapf: Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main, New York 1991. S. 23ff.

einem unbegründeten Optimismus gesellschaftlicher Modernisierung gehuldigt, der auf eine wenig erfolversprechende, weil einfach nachahmende Adaption westlicher Gesellschaftsmodelle abzielt, ohne die spezifischen Strukturen und Traditionen osteuropäischer Gesellschaften zu beachten.

Anton Sterbling, der einräumt, dass der Begriff »Modernisierung« häufig zum Modebegriff und zur Leerformel politischer Rhetorik verkommt, betrachtet sie dennoch als geeigneten Analysezugang für den Wandel osteuropäischer Gesellschaften. Dabei präferiert er die *historische* gegenüber der *systemtheoretischen* Modernisierungskonzeption, weil diese am ehesten Zugang zum komplizierten Verhältnis von Tradition und Modernität erlaube. Gerade aus diesem Blickfeld bestätigt er für die osteuropäische Region auch partielle sozialistische Modernisierung.⁵⁷ Sterbling beschreibt die überkommenen Strukturprobleme Südosteuropas als schwerwiegende Hindernisse für einen angestrebten Modernisierungs- und Demokratisierungsprozeß, zu dem sich die wichtigsten politischen Kräfte überall bekannt und entsprechende Veränderungen »mehr oder minder konsequent« eingeleitet hätten. »Dabei treten neben einer Reihe überkommener und sich fortschreibender Probleme und Schwierigkeiten, neue spezifische Probleme des Übergangs [zu kapitalistischer Marktwirtschaft und pluralistischer Demokratie – E. K.] hinzu, die die Prozesse belasten und retardieren und die zumindest in bestimmten Fällen die Aussichten der weiteren Entwicklung nicht allzu günstig erscheinen lassen.«⁵⁸ Folgerichtig merkt Sterbling an, daß erst aus größerer Distanz darüber zu befinden sein wird, ob das »denkwürdige Jahr 1989« tatsächlich »einen ›Epochenwechsel‹ oder ›Epochenbruch‹« markiert. »Das spätere historische Urteil über die ›Revolution in Europa‹ wird sicher maßgeblich von den weiteren Entwicklungsverläufen und insbesondere von den Erfolgen oder Rückschlägen in den angestrebten Modernisierungsprozessen abhängen.«⁵⁹

Nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Realsozialismus und der Dominanz einer weitgehend unipolaren kapitalistischen Welt fin-

57 Die Arbeit von Anton Sterbling bemüht sich um eine vorsichtig differenzierende Sicht auf den langfristigen gesellschaftlichen Strukturwandel in Südosteuropa (siehe Anton Sterbling: Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften. Hamburg 1993. S. 40ff. und 214ff.).

58 Ebenda. S. 217.

59 Ebenda. S. 293.

den heute umfassende wirtschaftliche, politische, militärische, technologische und kommunikative Globalisierungsprozesse statt, in denen die kapitalistischen Zentren – USA, EU und Japan – in Kooperation und Konkurrenz ihren Platz bestimmen. Diese Globalisierung, die dem Wesen der Sache nach die internationale Durchsetzung der kapitalistischen Weltmarktlogik bedeutet, und beziehungsreich von der Desintegration Osteuropas konterkariert wird, vollzieht sich nach den bisherigen Erfahrungen auf Kosten der implodierten sozialistischen, sogenannten Zweiten Welt sowie der Entwicklungsländer, der sogenannten Dritten Welt, auf deren Wertigkeit die osteuropäischen Länder zurückfallen.

Trotz aller Bereitschaft und Bemühungen fast aller Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, die Bedingungen für die Aufnahme sowohl in die EU als auch in die NATO zu erfüllen, begleitet von vielen bisher unerfüllten Illusionen und Erwartungen, betreibt die westliche EU-Gemeinschaft eine selektive und an politische und wirtschaftliche Vorbedingungen gebundene Aufnahmestrategie,⁶⁰ während die USA ihrerseits auf die Priorität eines raschen und kostenaufwendigen NATO-Beitritts drängen.

Schon heute sind die NATO und EU in Südosteuropa allgegenwärtig. Ihre »Schutztruppen« waren und sind als UNPROFOR, IFOR und SFOR, als KFOR, als »Task Force Essential Harvest« oder »Amber Fox«, als logistische oder Beobachtergruppen, als Trainingseinheiten oder Manövertruppen in Kroatien und Bosnien, in Albanien, Kosovo und Mazedonien, in den alten Mitgliedsstaaten Griechenland und Türkei wie den neuen Beitrittsländern Tschechien und Ungarn, selbst in solchen, die es erst werden wollen, wie Rumänien oder Bulgarien, stationiert.

Protectoratsverwaltungen des »Hohen Repräsentanten« der westlichen Gemeinschaft in Bosnien wie der UNMIK im Kosovo, von IWF und Weltbank, von Beobachter- und Schutztruppen schalten und walten in Sarajewo und Mostar, in Priština und Prizren, in Skopje und Tetovo.

Auffällig ist dabei das aktive Engagement deutscher und österreichischer Würdenträger als Balkankoordinatoren und Chefs des Balkanstabilitätspaktes von Wolfgang Petritsch über Bodo Hombach bis Erhard Busek, als Zivilverwalter von Mostar (Hans Koschnik), als KFOR-Befehlshaber (General Naumann) oder jüngst als UNMIK-Chef (Michael

60 Die EU-Bedingungen für Assoziierungsabkommen und spätere Beitrittsverhandlungen wurden mit den Kopenhagener Kriterien (Juni 1993) und dem Amsterdamer Vertrag (Oktober 1997 / Mai 1999) fixiert.

Steiner) im Kosovo, als Militärkommandeure der »Amber Fox«-Mission in Mazedonien.

Bereits im Vorfeld der EU-Ratstagung von 1999 hatte der deutsche Außenminister Joseph Fischer davon gesprochen, daß einem *Stabilitätspakt für den Balkan* ein integrativer Ansatz zugrunde liegen müsse, um längerfristig alle südosteuropäischen Staaten in das »Europa der Moderne« einzubeziehen. Inhaltlich gehe es dabei um eine umfassende Strategie zur Demokratisierung, zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus und zur Schaffung äußerer und innerer Sicherheit für diese Region. Im Gründungsdokument des Paktes vom 10. Juni 1999 auf dem von der EU initiierten Außenministertreffen wie auf dem internationalen Gipfeltreffen vom 30. Juli 1999 in Sarajewo wurde als Ziel formuliert, die »Staaten in Südosteuropa bei ihren Bemühungen um die Förderung des Friedens, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte sowie des wirtschaftlichen Wohlstands zu stärken, um Stabilität in der gesamten Region zu erreichen. Die Länder in der Region, die eine Integration in die euro-atlantischen Strukturen anstreben, sind ebenso wie eine Reihe von Teilnehmern des Paktes entschieden der Auffassung, daß die Durchführung dieses Prozesses die Erreichung ihres Zieles erleichtern wird.«⁶¹ Am 30. Juli 1999 wurde der Stabilitätspakt für Südosteuropa in Sarajewo von 32 Staats- und Regierungschefs, 17 hochrangigen Beamten und Bankern sowie 4.000 internationalen Delegierten feierlich besiegelt. Die Kosten der Veranstaltung mußte der damalige bosnische Außenminister Silajđić freilich nachträglich im Bettelgang bei den sogenannten Gebern einwerben.

Außenminister Fischer, der den Stabilitätspakt für Südosteuropa anfänglich mit dem Marshallplan verglich, ging damals von einer Mindestlaufzeit von zehn Jahren und einem erforderlichen Finanzrahmen von 100 Milliarden Dollar aus. Davon ist längst nicht mehr die Rede, zumal die letzten EU-Beitrittskandidaten kaum vor 2010 zum Zuge kommen und die EU-Hilfsprogramme für Südosteuropa inzwischen mit zehn Milliarden Euro bis 2006 rechnen. Davon entfallen 4,5 Milliarden Euro auf »Hilfsprogramme« seit 1991, also auf Zahlungen verschiedenster Verwendung vor der Annahme des Stabilitätspakts, darunter für die Unterstützung der

61 Stabilitätspakt für Südosteuropa. Beschlossen 10. Juni 1999 in Köln. Artikel 9. S. 2. Zitiert nach <http://www.dgap.org.IP/ip9908/stabilitätspakt.htm>. – Erklärung der Teilnehmer des Balkangipfels zum Stabilitätspakt am 30. Juli 1999 in Sarajewo. Artikel 7. In: Ebenda. Erkl. 300699.htm.

serbischen Opposition gegen Milošević. Also bleiben 5,5 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2000–2006. Da der Stabilitätspakt über keine größeren Eigenmittel verfügt, ist er zudem auf den guten Willen finanzstarker »Geberländer«, Banken und anderer Teilnehmer angewiesen und fungiert eher als Moderator für vereinbarte Maßnahmen.⁶² Jedenfalls soll der Frieden auf dem Balkan wesentlich weniger kosten als der Krieg; seine Finanzierung haben die USA bereits an die EU weitergereicht.

Bislang fanden zwei Regionalkonferenzen des Balkan-Stabilitätspaktes statt, deren erste am 29./30. März 2000 in Brüssel ein »*Schnellstartprogramm*« mit 244 Projekten und einem Finanzrahmen von 2,4 Milliarden Euro geschnürt hat, wovon bis Ende März 2001 201 Projekte angelaufen sein sollen. Die zweite Regionalkonferenz vom 25./26. Oktober 2001 in Bukarest, die nach dem Machtwechsel in Belgrad auch die Bundesrepublik Jugoslawien in den Pakt aufnahm, verabschiedete weitere Projekte im Umfang von drei Milliarden Euro, darunter 2,4 Milliarden für Infrastrukturprogramme und 0,5 Milliarden für Flüchtlingshilfe.⁶³

Es wäre demnach ein Irrtum zu glauben, daß die Finanzmittel des Stabilitätspaktes allein für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Entwicklungshilfe vorbehalten wären. Vielmehr ist vorgesehen, daß ausgereichte Mittel auf vier sogenannte Arbeitstische verteilt werden, nämlich den »Regionaltisch« Südosteuropa, der zur Projektkoordinierung vom Sonderbeauftragten Hombach geleitet wird, ein strategischer Managertisch also, den »Arbeitstisch Demokratisierung und Menschenrechte«, der eine glaubwürdige Demokratisierung, ein reformwilliges Verwaltungssystem und ein effizientes Rechtssystem fördern soll, danach den Arbeitstisch »Wirtschaftlicher Wiederaufbau, Entwicklung und Zusammenarbeit«, der landläufig mit dem Gesamtanliegen des Stabilitätspaktes identifiziert wird, und schließlich den »Arbeitstisch Sicherheitsfragen«, der, wie der Name sagt, für die Reorganisation der Sicherheitssysteme, Waffenkontrolle und Polizeireform zuständig ist.⁶⁴

62 Siehe Andreas Wittkowsky: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und die »führende Rolle« der Europäischen Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn vom 14. Juli 2000 (Nr. B 29–30) (im weiteren Andreas Wittkowsky: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ...). S. 9. Nach anderen Angaben wurden für 1991/1999 6,6 Milliarden Euro eingesetzt, wobei deren Verwendungszweck offen ist.

63 Siehe Special Co-Coordinator of the Stability Pact for South Eastern Europe. 2½ Years of Stability Pact: Lessons and Policy. Recommendations. December 2001. S. 7.

64 Siehe Andreas Wittkowsky: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ... S. 10.

In jüngster Zeit wurden Meldungen kolportiert, daß die EU-Außenpolitiker Chris Patton und Javier Solana den Stabilitätspakt auf den Westbalkan begrenzen sowie die Zahl der Schnellstartprojekte auf 50 reduzieren wollen.

Danach würden Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Slowenien aus dem Pakt verdrängt und allein auf »Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen« mit der EU verwiesen, was nach Bodo Hombach die regionale Kooperation in Südosteuropa gefährden würde. Aber auch andere Rückschläge sind spürbar:

Obwohl Außenminister Fischer Anfang 2000 ein dauerhaftes finanzielles Engagement Deutschlands auf dem Balkan als eine Frage der Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik bezeichnet hatte, wurden im Bundeshaushalt für die Jahre 2000 bis 2003 insgesamt nur 1,2 Milliarden DM (nicht Euro) ausgewiesen, d. h. jährlich 300 Millionen DM. Die CDU-Opposition im Bundestag merkte deshalb begründet an, die Regierung der Bundesrepublik, die über 2003 hinaus kein Geld für den Balkan eingeplant habe, nehme eine zunehmend passive Haltung ein und lasse den Stabilitätspakt nur noch auslaufen.⁶⁵

Kein Wunder, daß in den Ländern Südosteuropas zunehmende Besorgnis über Anliegen und Seriosität des Stabilitätspaktes um sich greift, der offenbar eher den Interessen der »Geberländer« als denen der »Nehmerländer« dient. Selbst der serbische Premier Zoran Djindjić, der EU-Gemeinschaft fest verbunden, beklagt skandalöse Verzögerungen und Bürokratie bei Hilfeleistungen und Kreditgewährung, ja sogar die Verrechnung von Stabilitätspaktmitteln mit ausstehenden Zahlungen im Schuldendienst.

Der Wiener Historiker, Politologe und Journalist Hannes Hofbauer schreibt: »Ziel des Stabilitätspaktes ist die Durchsetzung der Weltmarktlogik auf dem Balkan. Zehn Jahre nach dem Scheitern der kommunistischen Modernisierungsprojekte drängen EU und USA mit aller Macht in Richtung Osten. Ökonomisch bedeutet die Erweiterung: Kontrolle der nationalen Finanz- und Währungspolitiken mittels Geldverknappung und Herstellung einer Konvertibilität, Ausdünnung der budgetären Möglich-

65 Siehe Finanzielle Leistungen Deutschlands für die Staaten des Stabilitätspaktes Südosteuropa. Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Drucksache 14/5879. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Drucksache 14/5357. – Ursula Heinen (MdB): Bundesregierung mißachtet ihre Verantwortung für Südosteuropa. 1. November 2001. In: [http:// ursula-heinen.de/berlin/nachr.../stabilitaets-pakt_suedosteuropa_pf.htm](http://ursula-heinen.de/berlin/nachr.../stabilitaets-pakt_suedosteuropa_pf.htm).

keiten für die staatliche Politik durch radikale Sparprogramme, Schließung bzw. Zerstörung von Industriekombinaten aus budgetären Erwägungen bzw. aus Konkurrenzgründen, Zurichtung der Landwirtschaft auf die Bedürfnisse der Zentrumskräfte, Privatisierung der wirtschaftlichen Filetstücke und vor allem Öffnung der Märkte für Westwaren. Auf einen Nenner gebracht: Weltmarktlogik. Weltbank und Währungsfonds (IWF) üben die Aufsicht über das Projekt ›Osterweiterung‹.⁶⁶

Man kann den Stabilitätspakt folglich auch anders denn als Hilfsprogramm interpretieren, nämlich als Programm zur globalen Beherrschung des Balkans. Die Verwaltung dieses Balkanpaktes durch Chefinspektor Bodo Hombach (bzw. nunmehr Erhard Busek) läuft faktisch auf eine Kolonialisierung des europäischen Südostens hinaus, der zum Ende des 20. Jahrhunderts ein historisches *Déjà vu* erlebt: nämlich die Aufteilung von Ländern und Regionen unter Interessen imperialer Mächte, vornehmlich der USA und der EU, die ihrerseits widersprüchliche Ziele verfolgen. Das kann durchaus zu weiteren unerwarteten Konflikten führen: die USA betreiben den Ausbau einer West-Ost-Verbindung von der Adria über den Balkan an das Schwarze Meer und in die Türkei – entlang der alten *via Egnatia* –, um durch einen Pipeline-Korridor den Anschluß über die islamischen Staaten des Orients und Mittelasiens bis zum Kaspischen Meer herzustellen; die EU dagegen verfolgt vorrangig die Wiederherstellung einer nord-südlichen Donauverbindung von Mitteleuropa bis zum Schwarzen Meer und in die Türkei als möglichem EU-Vorposten.⁶⁷

Das Fazit von Hannes Hofbauer über diese Entwicklung lautet: »Und so endet das 20. Jahrhundert auf dem Balkan, wie es begonnen hat: mit dem Kampf um geopolitische Einflußsphären und ökonomischen Zugriff, geführt von den großen Mächten dieser Welt, die sich des mit nationalistischen Argumenten und Vorstellungen geführten Verteilungskrieges auf dem Balkan wie eh und je bestens zu bedienen wissen.«⁶⁸

In diesem Ringen werden bisher gültige Normen des Völkerrechts, wie sie in der UNO-Charta festgeschrieben sind, bedenkenlos beiseite geschoben, und neue Normen gesetzt, die auf Menschenrechte und Interventionsrecht der internationalen Staatengemeinschaft, sprich NATO

66 Hannes Hofbauer: *Neue Staaten – neue Kriege*. In: Hannes Hofbauer (Hrsg.): *Balkankrieg, Die Zerstörung Jugoslawiens*. Wien 1999. S. 193f.

67 Siehe Michel Chossudovsky: *Die ökonomische Rationalität hinter der Zerschlagung Jugoslawiens*. In: *Ebenda*. S. 245.

68 Hannes Hofbauer: *Neue Staaten – neue Kriege*. In: *Ebenda*. S. 194.

mit ihrer neuen Sicherheitsdoktrin, auch out of area, fixiert sind. Offen bleibt indessen dabei die Frage, in welchem Verhältnis Staatssouveränität und Menschenrechte, nationale Selbstbestimmung und Sezessionsrecht von Minderheiten stehen.

Ihre Beantwortung hängt offensichtlich nach wie vor mehr von Kräfteverhältnissen als von Völkerrechtsnormen ab. Das gilt sowohl hinsichtlich der »Friedensstifter« von Dayton 1995, derer von Rambouillet 1999 als auch jüngst derjenigen von Skopje 2001. Jedenfalls ist eine Umbewertung völkerrechtlicher Prinzipien und Normen im Gange, die auf ein Interventionsrecht selbsternannter Menschenrechts- und Sicherheitswächter hinauslaufen, die gleichzeitig als Ankläger, Untersuchungsbehörden, Richter und Exekutoren verhängter Urteile fungieren.

In diesem Zusammenhang sei an ein Gutachten des Kölner Ostrechtlers Georg Brunner über »Nationalitätenprobleme und Minderheitenrechte in Osteuropa« erinnert, der bereits 1996 darauf insistierte, daß »jüngste osteuropäische Entwicklungen hin zum Nationalstaat« völlig logisch »gerechtfertigte Forderungen nach ethnischen Grenzrevisionen« einschließen würden, die »rechtzeitig erkannt, sorgfältig geprüft und gegebenenfalls unterstützt werden« müßten. Ausgangspunkt dafür sei das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, woraus gegebenenfalls auch »nationalistische Grenzrevisionen« und Sezessionsrechte von Minderheiten abzuleiten seien.⁶⁹

Auch wenn die UNO-Menschenrechtsdeklaration von 1948 wie auch der »Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte« vom Dezember 1966 individuelle Menschenrechte und politische Freiheiten ohne rassische, sprachliche, geschlechtliche und religiöse Unterschiede verankert, werden jedoch keine kollektiven ethnischen Minderheitenrechte zugesprochen.

Erstmals fixierte die UNO-Deklaration über Minderheitenrechte vom Dezember 1992 (Resolution 47/135) vom Staate zu sichernde ethnische und kulturelle Minderheitenrechte, untersagte jedoch solchen Minderheiten zugleich alle Tätigkeiten, die gegen die territoriale Integrität von Staaten gerichtet sind. Auf den genannten Grundlagen wirkt die seit 1967

69 Georg Brunner: Gutachten über Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. Im Auftrage des Zentrums für angewandte Politikforschung (1996). In: Walter von Goldendach/Hans-Rüdiger Minow. Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas. Dokumentenanhang. 1.–3. Auflage. Berlin, München 1998/1999. S. 194ff.

existierende Menschenrechtskommission der UNO, deren zeitweiliger Beauftragter, Jiří Dienstbier, sich wiederholt kritisch zu dem antijugoslawischen »Menschenrechts-Aktionismus« der NATO geäußert hat.

Der Berliner Völkerrechtler Hermann Klenner hat darauf hingewiesen, daß die Aufnahme des Schutzes von Menschen- und Minderheitenrechten in das Völkerrecht der Gegenwart keine Aufhebung anderer gültiger Völkerrechtsnormen bedeuten kann. Danach habe das aktuelle Völkerrecht »den Schutz und die Förderung der Menschenrechte von Angehörigen ethnischer Minderheiten in seine Regelungsbereiche aufgenommen. Ethnische Minderheiten innerhalb eines Staates leben nicht in einem rechtsfreien Raum.« Jedoch seien »die Selbstermächtigung von Staaten oder Militärallianzen zum gewaltsamen, gar militärischen Eingreifen in die nationalen und internationalen Beziehungen [...] Akte von Willkür, nicht Recht, sondern Bruch des Rechts, blankes Unrecht, das zuweilen die Form von Verbrechen annimmt, von Kriegsverbrechen«. ⁷⁰

Die Kriege in Jugoslawien, die dieses Land in fünf bzw. acht Protektoratsstaaten filetierten, haben die Lage auf dem Balkan grundlegend erschüttert und den Entwicklungsrückstand des peripheren Südosteuropa als einer beherrschten Randzone des integrierten Westeuropa zementiert. Das betrifft nicht nur die ehemals jugoslawischen Länder, sondern auch alle Nachbarstaaten, die so oder anders in den Strudel der Kriegskrise einbezogen wurden.

Die Desintegration des kriegszerstörten Jugoslawien verursachte nicht allein dort enorme ökonomische Verluste, sondern potenzierte auch die wirtschaftlichen Krisensymptome in den Nachbarländern Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Kroatien, deren Exportgeschäfte, Transitrouten, Investitionschancen und Zahlungsbilanzen unmittelbar betroffen sind. Das gilt wegen der eingestellten Donauschiffahrt selbst für Österreich und Deutschland.

Dem Münchener Politologen Werner Weidenfeld ist durchaus zuzustimmen, wenn er einerseits die Stabilität auf dem Balkan beschwört, andererseits aber zunehmende Destabilisierung beklagt. Als Folgen des Krieges konstatiert er, »daß jeder von außen erfolgende punktuelle Eingriff in ein Balkanland – wie in einem System kommunizierender Röhren – politische und wirtschaftliche Effekte in den Nachbarländern auslösen kann«. Eine zukünftige politische Ordnungskonzeption müsse deshalb

70 Hermann Klenner: Ethnische Minderheiten im Völkerrecht. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Berlin 44(2001)1. S. 61.

»Regelungen für die gesamte Region erreichen und eng mit Strategien gegen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme verbunden sein«. ⁷¹

Der Balkanstabilitätspakt hat wenig Chancen, diese Funktion zu erfüllen.

Diese hier am Beispiel des Balkans erörterten Konflikte bestehen so oder anders auch für andere Regionen Osteuropas und die GUS-Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Die »Globalisierung« läuft auf die Befestigung der Vormachtstellung der »G7«, aber letztlich auf die Vorherrschaft der USA in der Welt hinaus, wobei die Konkursmasse des osteuropäischen Staatssozialismus als Spielgröße des Vordringens nach ganz Osteuropa und Mittelasien zählt. Nationalismus stellt dafür eine willkommene Reserve dar.

In diesen Kontext paßt auch die schrittweise Bindung der Ukraine, Georgiens und Aserbaidshans an Aktivitäten der NATO, sei es über »Partnerschaftsabkommen für den Frieden«, über Bündnisverträge von 1997/1999 zwischen den sogenannten GUUAM-Staaten ⁷² oder jüngst – nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington – mittels der Errichtung von Militär- und Flugzeugbasen der USA/NATO in Usbekistan, Kyrgystan und Tadshikistan.

Die USA haben auf eigene Rechnung übrigens im Kosovo ein riesiges militärisches Areal »gekauft« – von wem eigentlich: vom dort machtlosen Serbien, von der UNMIK-Verwaltung? – um eine große Militärbasis samt Flugplatz anzulegen, die den Namen »Bondsteel« trägt und wohin dem Vernehmen nach bereits Geschwader aus Ramstein verlegt wurden. Nachfolgend wurde mit der Djindjić-Regierung auch über einen Militärstützpunkt in Südserbien verhandelt.

Der zur Zeit in Ottawa lehrende Wirtschaftswissenschaftler Chossudowski beschreibt als aktuellen Trend der »neuen Weltordnung«, daß der Schutz von Pipelines, verdeckte Aktionen zur Unterstützung bewaffneter Erhebungen, Militarisierung strategischer Verbindungslinien und Rüstungsbeschaffung im Rahmen der »Partnerschaft für den Frieden« integraler Bestandteil der anglo-amerikanischen Achse und ihres Bestrebens sei, »die Öl- und Erdgasstrecken und Transportkorridore aus dem

71 Werner Weidenfeld: Nach dem Krieg – Stabilität auf dem Balkan. In: Internationale Politik. Berlin 54(Juni 1999)6. S. 2.

72 Nach den Anfangsbuchstaben der Teilnehmer benannte GUUAM-Gruppierung: Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan, Moldowa.

Kaspischen Becken und dem Schwarzen Meer durch den Balkan zu beherrschen. Allgemeiner gesprochen: In der größeren Region, die Osteuropa und den Balkan mit den früheren Sowjetrepubliken verbindet, findet ein unbarmherziger Kampf zwischen konkurrierenden Konglomeraten um die Kontrolle von nationalen Volkswirtschaften statt. Und dahinter steckt das Bemühen des Finanzestablishments der Wall Street – im Bündnis mit den Rüstungs- und Ölgiganten – die D-Mark (und den Euro) zu destabilisieren und in Mißkredit zu bringen, um den Dollar als einzige Leitwährung in der Region durchzusetzen.«⁷³

Der damalige US-Staatssekretär im State Departement, Thomas Pickering, hat die neue NATO-Strategie des Engagements »out of area«, die erst auf deren Jubiläumsgipfel im April 1999 verkündet wurde, bereits am 10. Februar 1999 in einer Rede vor Absolventen der amerikanischen Militärakademie in West Point auf den Punkt gebracht, d. h. wenige Wochen vor dem NATO-Angriff auf Jugoslawien. Pickering insistierte auf das Recht der Vereinigten Staaten, dort »wo beträchtliche amerikanische Interessen auf dem Spiel stehen«, von der traditionellen Diplomatie »zu einer Diplomatie der glaubwürdigen Androhung des Einsatzes von Gewalt und schließlich zum tatsächlichen Einsatz von Gewalt« überzugehen. Entgegen den Vorhaltungen selbst westlicher Bündnispartner, sich für militärische Interventionen der rechtlichen Grundlage eines UNO-Mandats zu versichern, beharrte Pickering auf einem angeblichen Recht der USA auf selbständige Entscheidung über den Einsatz von Gewalt. »Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, das Recht, Truppen in Gebiete wie den Balkan zu entsenden, hängt von einer Bewertung aller Umstände ab, einschließlich der Erwägung, ob ein direktes Risiko für die Bündnispartner besteht. Individuelle oder kollektive Selbstverteidigung ist gegenüber einem Aggressor angemessen, der Gewalt gegenüber anderen angewandt hat und wenn wichtige nationale Interessen auf dem Spiele stehen. NATO-Mitglieder haben das Recht, gemäß ihrer Pflichten aus dem Vertrag von Washington zu handeln. Würden wir uns darauf beschränken, nur nach ausdrücklicher Zustimmung des Sicherheitsrats zu handeln, räumten wir Rußland und China praktisch ein Vetorecht gegen alle NATO-Aktionen dieser Art ein. Das ist inakzeptabel. Unseres Erach-

73 Michel Chossudovsky: Pipeline-Korridore. Die USA auf Kriegspfad in Mazedonien. In: »Junge Welt«. Berlin vom 18. Dezember 2001. S. 10f. (Langfassung in Marxistische Blätter. Frankfurt am Main 5(2001)5).

tens müssen die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten entscheiden, wann es angebracht ist, zur Verteidigung des Bündnisses Gewalt einzusetzen.«⁷⁴

Trotz unstrittiger Verurteilung des antihumanen Terrorismus, gleich in welcher Gestalt er auftritt, ob als individueller, fundamentalistischer, geheimbündlerischer, politischer, staatlicher oder kriegerischer Terror, besteht die aktuelle Gefahr seiner undifferenzierten Instrumentalisierung zur Rechtfertigung von Gewalteskalation. Erleben wir doch gerade ein Lehrstück in imperialer und expansiver Globalisierung, die anstatt Konfliktursachen zu bekämpfen, auf verbrecherische Anschläge ihrerseits mit rechtswidrigen »Vergeltungsschlägen« antwortet.

74 Thomas Pickering: USA müssen ihren militärischen Auftrag in der Zeit nach dem Kalten Krieg überdenken. Rede vor der amerikanischen Militärakademie West Point. Teil I/II. In: USA – Europa. 10. Februar 1999. Teil II. S. 1.

ECKART MEHLS

Unterschiedliche Positionen zu Staat und Nation in den Konzeptionen der polnischen und tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung

Die Haltung der ideologischen Hauptvertreter der polnischen und der tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung unterscheidet sich auf vielen Gebieten signifikant.

Am auffälligsten und gravierendsten allerdings scheinen mir die Unterschiede hinsichtlich ihrer Auffassungen über die Rolle eines eigenen Staates für die nationale Entwicklung zu sein. Dies trifft im Prinzip für alle Flügel der jeweiligen Bewegungen zu, wobei gleich eingangs auf eine stärkere Differenzierung in den verschiedenen Strömungen in Polen hingewiesen sei, die im einzelnen hier jedoch außer Betracht bleiben müssen.

Weitgehende Übereinstimmung bestand bei fast allen gesellschaftlichen Kräften in den sogenannten böhmischen Kronländern (also Böhmen, Mähren und [Österreichisch]Schlesien) nahezu während der gesamten Zeit des Aufschwungs der nationalen Bewegung hinsichtlich der Auffassungen zur Rolle eigener Staatlichkeit. Konzeptionen, denen zufolge die Erringung nationaler Unabhängigkeit und Gleichberechtigung an die Schaffung und Existenz eines eigenen tschechischen (oder böhmischen) Staates gebunden wäre, spielten so gut wie keine Rolle. Im Gegenteil. František Palacký, 1848 als Vertreter der Tschechen zu den Beratungen der Frankfurter Nationalversammlung eingeladen, lehnte bekanntlich seine Teilnahme höflich und entschieden ab. In seinem Brief an die Delegierten in Frankfurt am Main machte er darauf aufmerksam, daß die böhmischen Lande zu keiner Zeit Teil des Deutschen Bundes gewesen seien. Das weitere Schicksal der tschechischen Nation müsse aus seiner Sicht im Rahmen der seit 1526 bestehenden Zugehörigkeit zur Habsburger Monarchie entschieden werden. Er begründete dies ausführlich mit seiner Befürchtung, daß ein außerhalb Österreichs bestehender selbständiger böhmischer Staat sich nur schwer gegen die bedrohliche Übermacht Rußlands oder Deutschlands würde behaupten können. Seine ausführliche Argumentation mündete in dem berühmt gewordenen Satz:

»Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.«¹

Dieser austroslawische Ansatz blieb, abgesehen von gewissen Nuancierungen, unmittelbar bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges gemeinsame Plattform aller wesentlichen tschechischen Bewegungen für die nationale Wiedergeburt, Gleichberechtigung und Unabhängigkeit. Und selbst nach Ausbruch des Krieges, in dem die österreichisch-ungarische Monarchie sich faktisch vollständig unter dem dominierenden Einfluß des von den slawischen Minderheiten der K.u.k.-Monarchie als bedrohlich empfundenen Pangermanismus des Deutschen Reiches befand, beharrte der größere Teil tschechischer Politiker nach wie vor auf diesem Standpunkt. Am 30. Mai 1917, als eine erste eigenständige Reaktion der Abgeordneten der böhmischen Länder im Wiener Reichsrat auf die Februarrevolution in Rußland, wurde von ihnen die Forderung erhoben, die nationale Gleichberechtigung aller benachteiligten und unterdrückten Völker auf dem Wege »der Umwandlung der habsburgisch-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat freier und gleichberechtigter Nationalstaaten« herzustellen und dadurch die »allseitige Entwicklung jeder Nation im Interesse des ganzen Reiches und der Dynastie« zu sichern.² Und noch in der aus Protest gegen die Verhandlungsführung durch die Vertreter Österreich-Ungarns bei den Verhandlungen über den Brest-Litewsker Frieden am 6. Januar 1918 beschlossenen sogenannten »Dreikönigsdeklaration« der Abgeordneten der böhmischen Länder wurden die in sehr nachdrücklicher Weise vorgetragenen Forderungen nach freier, unabhängiger und selbstbestimmter Entwicklung der Völker nicht mit der Forderung nach staatlicher Eigenständigkeit verbunden.³

Lediglich die um Tomáš G. Masaryk seit Ausbruch des Weltkrieges stets an (vor allem internationalem) Einfluß gewinnende politische Gruppierung des tschechischen Bürgertums betrachtete zu diesem Zeitpunkt nur noch die Gewinnung der vollen staatlichen Unabhängigkeit als die

1 Zitiert nach Robert A. Kann: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. Graz, Köln. 1964. Bd. 1. S. 172.

2 Prohlášení českého svazu poslaneckého ve Vídni dne 30.5.1917. In: Vznik samostatného československého státu v roce 1918. Svědectví a dokumenty. Praha. 1988. S. 354.

3 Deklarace generálního sněmu českých zemí proti Brest-Litewskému jednání (Tříkrálová Deklarace), přijata dne 6. ledna 1918. In: Ebenda. S. 355–357.

einzig erfolgversprechende Lösung der nationalen Frage der Tschechen und Slowaken.⁴

Ein ganz anderes Bild bietet sich nicht nur einem ersten Blick auf die Programmatik der polnischen Unabhängigkeitsbewegung, auf deren innere Differenzierung in dem hier gegebenen Rahmen nur aufmerksam gemacht werden kann. Im Unterschied zu den böhmischen Kronlanden führte in Polen nicht eine zu dem gegebenen Zeitpunkt wohlbegründete eigene Entscheidung zur Beendigung der staatlichen Eigenständigkeit, sondern deren von außen erfolgende Vernichtung im Zuge der polnischen Teilungen. Dies wurde während der gesamten Zeit des Ringens um Freiheit und Unabhängigkeit für alle Flügel der nationalen Unabhängigkeitsbewegung in Polen zum maßgeblichen Ausgangspunkt.

In der Adelstradition des mutigen, aufopferungsvollen patriotischen Kampfes standen zunächst mehrere nicht nur in den Nachbarländern mit Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgte Aufstandsversuche. Sie verfolgten unmittelbar das Ziel, als Ergebnis eines siegreichen Waffengangs gegen die Teilungsmächte einen starken polnischen Staat wiederherzustellen.

Die letzte große Niederlage 1863, gefolgt von spürbarer Zunahme nationaler Bedrückung vor allem in den russischen und preußischen Teilungsgebieten, war zugleich eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der polnischen Unabhängigkeitsbewegung. Neue soziale Kräfte, in erster Linie das sich trotz aller Hemmnisse in bescheidenem Umfang entwickelnde Bürgertum und schließlich auch das eigene Organisationen schaffende industrielle Proletariat, gewannen an Gewicht. Ungeachtet gewisser Nuancen ließen auch sie sich in erster Linie von dem Ziel der Zurückgewinnung polnischer Eigenstaatlichkeit leiten. Eine deutliche Ausnahme bildete allerdings die von den theoretischen Positionen Rosa Luxemburgs geprägte Richtung innerhalb der polnischen Arbeiterbewegung.⁵ Sie lehnte

4 Siehe Eckart Mehls: Kleine Staaten – große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen Tomáš Garrigue Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. In: Kultursoziologie (Aspekte – Analysen – Argumente). Wissenschaftliche Halbjahreshefte der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig. 10(2001)1. S. 73–94.

5 Siehe dazu Ernstgert Kalbe: Rosa Luxemburg zur nationalen Problematik im Kontext von Krieg und Revolution. In: Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus. Bd. III: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Berlin 2002. S. 179ff. – Holger Politt: Die polnische Frage bei Rosa Luxemburg. In: Ebenda. S. 200ff.

jedes Streben nach staatlicher Eigenständigkeit prinzipiell und vehement ab. In diesem Sinne führte sie nicht nur gegen das vom Bürgertum getragene Streben nach staatlicher Unabhängigkeit, sondern auch gegen den »Sozialpatriotismus« der Polnischen Sozialistischen Partei einen entschiedenen Kampf.⁶ Es muß in diesem Zusammenhang zugleich aber auch darauf verwiesen werden, daß diese Positionen den gesellschaftlichen Diskurs im Vorfeld der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit nicht in besonderem Maße bestimmten. Im Gegenteil, sie waren, verbunden mit auf ihnen fußenden politischen Fehlern der diesem Kurs verhafteten Kommunistischen Partei Polens nach 1918 mit für die stark eingeschränkten Wirkungsmöglichkeiten der polnischen Kommunisten in der II. Republik ausschlaggebend.

Für die überwiegende Mehrheit der nationalen Kräfte ergab sich aus der erfolgten gewaltsamen Zerschlagung des polnischen Staates und der daraus resultierenden Eingliederung von Teilen der Nation in drei unterschiedliche fremde Staatsgebilde ganz zwangsläufig, daß eine unabhängige, freie Entwicklung des polnischen Volkes als Ganzes in der Tat nur im Rahmen eigener Staatlichkeit denkbar war. Diese Dominanz des Staatsgedankens in den Konzeptionen der verschiedenen Flügel der nationalen Unabhängigkeitsbewegung erhielt ein noch größeres Gewicht angesichts der Tatsache, daß sich mit zunehmender Dauer der Teilung die Grenzen der Teilungsgebiete auch im nationalen Bewußtsein verfestigten. Zum Ende des 19. Jahrhunderts drohte, wie m. E. zu Recht von Ireniusz Ihnatowicz festgestellt wurde, »die Gefahr der Perspektive der Herausbildung dreier Nationalitäten«.⁷

Ihre deutlichste Ausprägung fand diese Tendenz der völligen Fixierung auf die Wiederherstellung eigener polnischer Staatlichkeit in den politischen Positionen der national-demokratischen Bewegung, die aus dem theoretischen Wirken Roman Dmowskis ihre entscheidenden Impulse erhielt. Bereits in einer seiner frühen Schriften, in den 1904 verfaßten »Gedanken eines modernen Polen«, begründete er die These, daß die gesamte nationale Bewegung, der neue Patriotismus, wie er sagte, auf »die wichtigste Sache, die staatliche Unabhängigkeit« gerichtet sein

6 Siehe dazu insbesondere die instruktive Erörterung dieses Problems durch Holger Politt: Die polnische Frage bei Rosa Luxemburg. In: Utopie kreativ. Berlin (Juli/August 2001)129/130. S. 604–613.

7 Ireniusz Ihnatowicz/Antoni Mączak/Benedykt Zientara/Janusz Żarnowski: Społeczeństwo polskie od X do XX wieku. Warszawa. 1999. S. 541.

müsse.⁸ Im gleichen Zusammenhang entwickelte er den oft zitierten Gedanken, daß nicht die Nation den Staat, sondern der Staat die Nation schaffe und daher der Kampf um einen polnischen Staat die allerhöchste Priorität besitze.⁹ Die sich daraus ergebende Folgerung, daß diesem Ziel alles Andere untergeordnet werden müsse, so also auch die sich in der Gesellschaft manifestierenden politischen und sozialen Differenzen und Widersprüche, wurde von Dmowski u. a. in seiner 1908 erschienenen programmatischen Schrift »Deutschland, Rußland und die polnische Frage« eingehend erläutert und in einer Schilderung der Situation der polnischen Abgeordnetengruppe in der I. Russischen Duma plastisch wie folgt vor Augen geführt: »Neben den Vertretern der Großgrundbesitzer, der Aristokratie, der Geistlichkeit und der städtischen Intelligenz saßen in ihr [der polnischen Gruppe – E. M.] von den gleichen Bestrebungen beseelte Bauern und Arbeiter. Diese Verbundenheit unterschiedlicher sozialer Elemente machte auf die russischen Abgeordneten einen unangenehmen Eindruck, sie erschien ihnen als nicht normal. Sie wandten sich auch an die polnischen Bauern und warfen ihnen vor, gemeinsame Sache mit den ›Herren‹ zu machen. Am häufigsten wurde ihnen darauf geantwortet, daß die Polen miteinander in einem polnischen Sejm abrechnen werden, vorläufig jedoch eint sie alle das Verlangen, daß ihnen gestattet werden möge, Herren im eigenen Lande zu sein.«¹⁰

Es war, generell betrachtet, also nicht die Frage, ob ein eigener Staat für die nationale Entwicklung unabdingbar sei – hierin waren sich alle Gruppierungen fast ausnahmslos einig. Die Unterschiede bestanden vor allem in den Vorstellungen über die konkrete Gestalt dieses künftigen eigenen Staates sowie hinsichtlich der zu diesem Ziel führenden Wege. Den Föderationsvorstellungen Piłsudskis auf der einen Seite stand als Gegenpol auf der anderen Seite in den programmatischen Vorstellungen Dmowskis und der um ihn gruppierten Nationalen Demokraten die Idee eines national inhomogenen Großpolens gegenüber. Dieses würde, so die Sicht Dmowskis, einer beherrschenden und kulturell überlegenen polnischen Mehrheit die Möglichkeit geben, ethnische Minderheiten zu integrieren und schrittweise zu assimilieren.

8 Roman Dmowski: *Myśli nowoczesnego Polaka*. In: Roman Dmowski: *Wybór pism*. Bd. 1. New York 1988. S. 95.

9 Siehe dazu auch Stanisław Mackiewicz (CAT): *Historia Polski od 11 listopada 1918 r. do 5 lipca 1945 r.* London o. J. S. 58.

10 Roman Dmowski: *Niemcy, Rosya i kwestya polska*. Lwów 1908. S. 122f.

Die Prädominanz der Forderung nach eigener Staatlichkeit, die sich in erster Linie aus der kurz skizzierten besonderen Situation Polens ergab, war, wie ich meine, auch in erheblichem Maße damit verbunden, daß, in deutlichem Unterschied zu den Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Tschechen in Böhmen, die Existenz der polnischen Nation in drei voneinander getrennten staatlichen Gebilden die Herausbildung einer modernen polnischen Gesellschaft erheblich behinderte. Die Entwicklung einer der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entsprechenden Klassen- und Sozialstruktur und der für sie typischen sozialen Verhältnisse und Antagonismen wies gewisse, von der besonderen nationalen Situation, geprägte Besonderheiten (fast könnte man zu sagen geneigt sein: Deformationen) auf. Nationale und aus ihnen erwachsende kulturelle Forderungen überdeckten und modifizierten die die Entwicklung moderner bürgerlicher Gesellschaften typischerweise prägenden politischen Auseinandersetzungen. Dies führte, auch das sei hier nur als weiter zu untersuchende und untermauernde These in den Raum gestellt, in gewisser Weise dazu, daß, und hier wieder der vergleichende Blick auf die Verhältnisse in den böhmischen Ländern, die polnische Nation sich in weniger ausgereiftem Zustand in der schließlich erlangten eigenen Staatlichkeit einzurichten hatte. Die ins Auge fallenden sehr verschiedenen politischen Verhältnisse in Polen und der ČSR zum Zeitpunkt der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit und unmittelbar danach sind mit Sicherheit zum größeren Teil hierauf zurückzuführen. Gemeint sind hier vor allem die ganz und gar voneinander unterschiedenen außenpolitischen Aktivitäten beider Staaten, die im Falle Polens für einen längeren Zeitraum von der Suche nach Antworten auf die Frage nach der territorialen Gestalt des neuen Staates, nicht zuletzt auch mit militärischen Mitteln, sowie durch eine starke Zuspitzung der im Prozeß des Ringens um politische Führerschaft eigentlich normalen politischen Auseinandersetzungen bis an den Rand des politischen Chaos ihre besondere Prägung erhielten. Konnten in der 1918 entstandenen ČSR als Folge einer weitgehend ausgereiften politischen und sozialen Entwicklung, die sich relativ unabhängig von der Frage nach staatlicher Eigenständigkeit als Prozeß des Ausreifens der Charakteristika der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vollzogen hatte, die Positions- und Machtkämpfe in verhältnismäßig ruhigem Fahrwasser ablaufen, bietet sich uns in Polen ein völlig anderes Bild. Der unbedingte Konsens, daß ein eigener Staat sein müsse, hatte offensichtlich die notwendigen Auseinandersetzungen darüber, wie dieser Staat sein solle, so überdeckt und in den Hintergrund

gedrängt, daß deren nachholende Austragung die II. Republik in ihren ersten Jahren in schwere politische Turbulenzen führte: Indizien dafür sind sicher die Ermordung des ersten Staatspräsidenten Gabriel Narutowicz, kaum daß er sein Amt angetreten hatte, wie auch die Tatsache, daß es innerhalb von nur acht Jahren zu 15 Regierungsneubildungen kam und diese Entwicklung direkt in den Staatsstreich Pilsudskis vom Mai 1926 mit dem Ergebnis der Errichtung eines autoritär-undemokratischen Systems mündete.

ERWIN LEWIN

Nationale Idee und Religion in Albanien aus historischer Sicht

Themen zu Albanien geraten gewöhnlich dann in den Blickpunkt, wenn sich im Land bzw. in seinem Umfeld Spannungen gewaltsam entladen. Doch bleibt die Sicht dabei nicht allzuoft an der Oberfläche hängen? Ich möchte die Aufmerksamkeit auf ein Problem lenken, daß auf den ersten Blick möglicherweise nicht so relevant erscheint: Ich meine das religiöse Moment, das ebenso die kulturelle, mentale und letztlich auch nationale Entwicklung beeinflußt hat. Meine Ausgangsfrage lautet: In welchem Maße prägte die religiöse Aufspaltung der Albaner den Prozeß der Identitätsfindung bzw. welches Gewicht hat die jeweilige Religion bei der Ausbildung geistig-kultureller Voraussetzungen der albanischen Wiedergeburtbewegung erlangt?

Die Bewohner des heutigen Albanien waren im Mittelalter zur Zeit der osmanischen Expansion auf dem Balkan konfessionell an die griechisch-orthodoxe bzw. an die römisch-katholische Kirche gebunden. Als die Vorfahren der Albaner im 11. Jahrhundert von dem byzantinischen Geschichtsschreiber Michael Attaliates erstmals als »Arvaniten« in einer Chronik erwähnt wurden, waren sie bereits christianisiert. Wenngleich keine schriftlichen Nachrichten darüber vorliegen, läßt die kirchliche Terminologie des Albanischen, die hauptsächlich aus dem Lateinischen entlehnt ist, vermuten, daß die Christianisierung von den romanisierten Küstenstädten ausgegangen ist. Dabei blieb dieser Raum kirchlich wie kulturell Grenzgebiet. In Durrës (Mittelalbanien) bestand z. B. sowohl der Sitz eines lateinischen als auch eines griechischen Erzbistums. Das hing damit zusammen, daß albanische Gebiete 395 bei der Reichsteilung politisch zu Byzanz gekommen, kirchlich jedoch unter der Jurisdiktion Roms verblieben waren; erst 732 wurden sie kirchlich Konstantinopel unterstellt. Dennoch blieb das Territorium auch nach der Kirchenspaltung (Schisma) von 1054 im Spannungsfeld zwischen West- und Ostkirche.¹

1 Siehe Peter Bartl: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1995. S. 39ff.

Nach dem gewaltsamen Vordringen der Osmanen, die ihr militär-bürokratisches Feudalsystem auf die Balkanländer übertrugen, verloren beide christliche Kirchen ihre bisherige Vormachtstellung. Mit der Ausweitung der politischen Macht des mohammedanischen Staates war die Ausbreitung des Islam aufs engste verknüpft, da nach der ursprünglichen Vorstellung des Propheten Religion und Staat ein untrennbares Ganzes bilden sollten. Die neue Religion erhielt in der albanischen Geschichte neben Ostkirche und Papsttum ein spezifisches Gewicht. Tatsächlich erlangte der Islam in keinem südosteuropäischen Land – mit Ausnahme Bosniens und einiger bulgarischer Gebiete – eine so große Verbreitung wie in Albanien, wo über zwei Drittel der Bevölkerung zum neuen Glauben konvertierte.²

Daran wird in der Literatur manchmal die Schlußfolgerung geknüpft, daß die genannten Völker eine privilegierte Stellung im Osmanischen Reich bekamen und an dessen Unterdrückung anderer Völkerschaften partizipierten, ja ihre Gönner nicht selten sogar übertrafen.³ Mir scheint das – auch wenn nicht bezweifelt wird, daß bei den orthodoxen Nachbarvölkern Vorbehalte entstanden – eine verkürzte Sicht, weil die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Islamisierung entweder ausgeblendet oder einseitig in einer freiwilligen Bekehrung gesehen werden. Gänzlich außer Acht bleiben die strategischen Interessen des türkischen Staates zur Sicherung der eroberten Balkanprovinzen.

Versucht man sich den Gründen resp. den weitreichenden Wirkungen zu nähern, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Ohne unzulässig zu vereinfachen, sei auf folgende Aspekte verwiesen:

ERSTENS

Anfangs wechselten Angehörige albanischer Adelsfamilien, soweit sie nicht vertrieben oder geflohen waren, die Konfession, weil sie sich davon materielle und politische Vorteile versprachen. Sie machten sich den

2 Siehe Roberto Morozzo della Rocca: *Nazione e religione in Albania (1920–1944)*. – Hier die albanische Ausgabe Roberto Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja në Shqipëri 1920–1944*. Tirana 1994 (im weiteren Robert Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja ...*) S. 21.

3 Siehe in letzter Zeit Gerhard Lozek: *Die ethnischen Konflikte auf dem Balkan in historischer Sicht*. Pankower Vorträge. Heft 27. Berlin 2000. S. 10.

Umstand zunutze, daß im islamischen Staat das geistliche wie weltliche Leben wesentlich durch den Koran geregelt wurde. Dieser bildete das Gesetz schlechthin: »Wer von den Untertanen des Sultans Moslem war, gehörte zum Staatsvolk der Osmanen.«⁴ Dabei war unerheblich, ob er als ein solcher geboren wurde oder von einem anderen Volk abstammte. Für Konvertiten bestanden durchaus Möglichkeiten, die höchsten Würden des Reiches zu erlangen. Es ist beispielsweise belegt, daß in den ersten Jahrhunderten von den 92 Großwesiren 25 albanischer Abstammung waren.⁵

Übrigens steht eine der bekanntesten albanischen Figuren aus dem 15. Jahrhundert dafür, Skanderbeg, der aus dem Adelsgeschlecht der Kastrioti in Nordalbanien stammend, bereits in jungen Jahren als Geisel an den Sultanshof gehen mußte. Dort trat er zum Islam über, wurde mit dem Beg-Titel ausgestattet und später als türkischer Militärbefehlshaber eingesetzt, bis er sich seit 1444 als Führer der Albanischen Fürstenliga von Lezhë erfolgreich den Angriffen, u. a. dreimalige Abwehr der Belagerung seiner Festung Krujë, durch die Sultane Murad II. und Mehmed II., widersetzte. Und der damit, was für unsere Thematik von Gewicht ist, die albanische Selbständigkeit verteidigt und das Volk nachhaltig in das Bewußtsein der Zeitgenossen gerückt hatte. Seine Person ist von den geistig-kulturellen und politischen Trägern der »Rilindja kombëtare« (Nationale Wiedergeburt) im 19. Jahrhundert wieder aufgenommen und zu einem regelrechten Skanderbeg-Kult gestaltet worden.⁶

Der Schluß, daß dies durchaus im Verständnis dafür erfolgte, daß es sich um eine Periode mit starker Virulenz der Bewußtseinsbildung handelte, ist wohl nicht von der Hand zu weisen. Die Symbolkraft des albanischen Nationalhelden wirkt bis in die jüngste Gegenwart fort, wie die Grundsteinlegung für ein Denkmal Skanderbegs in Prishtina im Sommer

4 Ernst Christoph Suttner: Das religiöse Moment in seiner Bedeutung für Gesellschaft, Nationsbildung und Kultur Südosteuropas. In: Südosteuropa Mitteilungen. Vierteljahresschrift der Südosteuropa-Gesellschaft e. V. München 37(1997)1 (im weiteren Ernst Christoph Suttner: Das religiöse Moment ...). S. 6.

5 Siehe Peter Bartl: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1995. S. 52.

6 Siehe Maximilian Lambertz: Die Albaner, ihre Sprache und ihre Kultur. In: Blick nach Osten. Zweiter Jahrgang. Bd. 1/2. Klagenfurt, Wien 1949. S. 16. – Der albanische Nationalheld diente auch als Leitmotiv westeuropäischer Literatur (siehe Gerhard Grimm: Deutsche Skender-Beg-Monographien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Studia Albanica Monacensia. München 1969. S. 109–114).

2001 belegt. Dabei wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß ein solches Monument für das langersehnte Ziel der Eigenstaatlichkeit Kosovas stehe.⁷

ZWEITENS

Größere Übertritte der übrigen christlichen Bevölkerung nach jenen des Großteils der Oberschicht zu dem neuen Glauben sind für die Frühzeit quellenmäßig nicht belegt. Zu Massenübertritten ist es dann auch erst im 17. und 18. Jahrhundert gekommen, und zwar weniger aus religiöser Überzeugung denn aus wirtschaftlichen und anderen Gründen. Nicht zu übersehen ist, daß es neben der genannten, mehr oder weniger freiwilligen, auch eine gewaltsame Islamisierung gegeben hat.⁸ So erstaunt es schon, daß ausgerechnet dort, wo sich die Bevölkerung erst nach ihren Nachbarn den osmanischen Eroberern unterworfen hatte, die neue Religion in solchem Umfang angenommen wurde.

Als ein wesentlicher Grund ist anzusehen, daß die Albaner als die zahlenmäßig kleinste ethnische Gruppe gegenüber Slawen und Griechen quantitativ kein großes Widerstandspotential aufbringen konnten, zumal sie bereits negative Erfahrungen aus ihrer Niederlage im 15. Jahrhundert gesammelt hatten.

Zu weiteren Mitteln gehörte diesbezüglich die diskriminierende türkische Steuerpolitik, insbesondere die Eintreibung der Kopfsteuer. Während diese bis zum 17. Jahrhundert in der gesamten Provinz Rumelien für Nichtmuslime pro Haushalt etwa gleich hoch war – nämlich 40 bis 50 akçe (Silbermünzen) im Jahr, änderte sich das in der Folgezeit für die albanischen sançaks gravierend. Im sançak Vlorë beispielsweise, wo bis zu diesem Zeitpunkt noch 10.741 christliche Familien dem Druck widerstanden hatten, wurde die Kopfsteuer Mitte des 17. Jahrhundert auf 325 akçe im Jahr heraufgesetzt.⁹ Die Steuereintreiber spielten dabei die christliche Bevölkerung gegeneinander aus, indem sie von einem Teil, rund zehn Prozent, bis zu 780 akçe, von 80 Prozent 390 akçe und von

7 Siehe »Bota Sot«, Zürich vom 3. Juli 2001. S. 3.

8 Siehe Georg Stadtmüller: Die Islamisierung bei den Albanern. In: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas. Bd. 3. München 1955. S. 404–429. – Siehe auch Peter Bartl: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1995. S. 52.

9 Siehe Historia e Shqipërisë. Vëll. I. Tirana 1959. S. 367.

den übrigen Haushalten 195 akçe pro Jahr nicht in Silber-, sondern in Goldmünzen verlangten. Die am stärksten belasteten Haushalte konnten diesen Forderungen nicht nachkommen und waren gezwungen, den Übertritt zu vollziehen. In den nordalbanischen Gebieten wurde die Kopfsteuer nicht pro Haushalt, sondern für jedes Dorf erhoben. Wenn eine Familie zum Islam übertrat, wurde sie von der Zahlung der Steuer befreit, deren Anteil jedoch von den anderen christlichen Dorfbewohnern übernommen werden mußte, und zwar so lange bis sie schließlich bereit waren, sich registrieren zu lassen.¹⁰

Druckmittel waren auch Zwangsumsiedlungen von unzuverlässigen Gruppen in muslimisch besiedelte Gebiete, und schließlich die Verfolgungen und Repressalien nach mißglückten Aufständen. So als sich katholische Albaner 1649 in Shkodër erhoben oder als 1689, während des Großen Türkenkrieges, österreichische Heere auf den Balkan vorgedrungen waren. Damals hatten sich neben Serben auch christliche Bewohner Nordalbaniens erhoben, die beim Rückzug der Österreicher fliehen oder den Islam annehmen mußten.¹¹ Natürlich richtete sich die türkische Unterdrückung ebenso gegen die christliche Bevölkerung in den angrenzenden Ländern, die jedoch ihre Religion nicht ablegte.

Als spezifische Begründung dafür, warum sich die Albaner dem Islam anschlossen, wird neuerdings verstärkt angegeben, daß sie durch die türkische Herrschaft vor der Assimilierung seitens der Slawen und Griechen gerettet worden seien.¹² Ohne auf die eher zweckgerichtete Argumentation näher einzugehen, bleibt: Der systematische Druck von seiten der türkischen Verwaltung drängte den Einfluß der christlichen Kirchen zurück. Deren Strukturen konnten nur schwer aufrechterhalten werden aufgrund der Tatsache, daß im 15./16. Jahrhundert Hunderttausende Menschen aus den albanisch besiedelten Gebieten flüchteten und nach Griechenland sowie Süditalien (Kalabrien) gingen. Von den 20 katholischen Klöstern und 120 Mönchen, die es am Vorabend der osmanischen Besetzung in Albanien gegeben hatte, waren im Jahre 1570 nur

10 Siehe ebenda.

11 Siehe Peter Bartl: Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1995. S. 52.

12 Siehe Hasan Kaleshi: Das türkische Vordringen auf dem Balkan und die Islamisierung – Faktoren für die Erhaltung der ethnischen und nationalen Existenz des albanischen Volkes. In: Südosteuropa unter dem Halbmond. Hrsg. Peter Bartl/H. Glassl. München 1975. S. 125–138. – Siehe auch Hysamedin Feraj: Skicë e mendimit politik shqiptar. Shkup (Skopje) 1999. S. 107ff.

noch vier Klöster und elf Mönche übrig geblieben. In einer ähnlichen Lage befand sich auch die orthodoxe Kirche.¹³

Der Priestermangel wirkte sich zweifellos am schwersten aus, doch ungeachtet der sich daraus ergebenden Gefahren war nicht zu übersehen, daß die christlichen Kirchen ihre Rivalitäten weiterführten im Bestreben, den eigenen Einfluß auf Kosten der jeweils anderen zu erweitern. In diesem Zusammenhang sei nur auf die Versuche des Vatikans verwiesen, im 16. Jahrhundert in Süd- und Mittelalbanien mit Hilfe von Basilianermönchen eine unierte Bewegung ins Leben zu rufen.¹⁴ Noch Ende des 17. Jahrhunderts sind – ausgehend von solcherart Traditionen – ähnliche Bestrebungen im Gebiet von Himarë belegt.¹⁵ Allerdings brachte das kaum Ergebnisse, weil die Versuche auf Widerstand beim griechisch-orthodoxen Patriarchat in Istanbul stießen.

Begünstigend für die Islamisierung wirkte das Fehlen einer albanischen Nationalkirche. In der albanischen Feudalgeschichte ist ebenso, wie es nicht zu einem Zentralstaat gekommen war, auf den sich die neu in die Gesellschaft eintretenden bürgerlichen Klassen und Schichten hätten berufen können, auch keine Nationalkirche entstanden. Damit fand der Widerstand der christlichen Bevölkerung zu wenig Rückhalt, denn es fehlte eine Kraft, die geistig-kulturelle oder staatliche Traditionen über die 500 Jahre währende türkische Herrschaft hätte bewahren können.

DRITTENS

Waren angesichts solcher Bedingungen nicht Defizite und Brüche für die Identitätsfindung in Albanien vorprogrammiert?

Das war zweifellos der Fall. Denn Identität erwächst wesentlich aus einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Erbe. Was ersteres anlangt, sind über einen längeren Zeitraum kaum substantielle Aussagen erfolgt. Das Denken und Handeln der Menschen ist durch religiöse Vorstellungen und Bräuche bestimmt worden und das Religionsbekenntnis begründete weitgehend das Gefühl der Zusammengehörigkeit.¹⁶ Die religiöse Bindung der Masse der Bevölkerung an den Sultan ist von der

13 Siehe *Historia e Shqipërisë. Vëll. I*. Tirana 1959. S. 373.

14 Siehe *Historia e popullit shqiptar. Për shkollat e mesme*. Tirana 1994. S. 77.

15 Siehe ebenda.

16 Siehe Johannes Faensen: *Die albanische Nationalbewegung*. Berlin 1980. S. 22.

türkischen Regierung zur eigenen Herrschaftslegitimation wie für ihre militärischen und politischen Ziele gegenüber anderen Balkanvölkern reichlich ausgenutzt worden.

Die staatlicherseits und mit dem Islam aufgezwungene fremde Identität führte dazu, daß bei vielen Menschen der Wille, sich zum eigenen Volk respektive zur entstehenden albanischen Nation zugehörig zu fühlen, kaum oder nur schwach ausgebildet wurde.

Hemmend auf die Formierung nationalen Gedankengutes wirkte für die Gläubigen die Gefahr, ethnisch assimiliert zu werden, auch wenn dies kein erklärtes Ziel des osmanischen Staates war. In diese Richtung zielten dagegen durchaus die Bestrebungen der griechisch-orthodoxen Kirche, gestützt auf ein aus byzantinischer Zeit herrührendes enges Einvernehmen zwischen Staat und Kirche (*Symphonia*), die Anwendung der albanischen Sprache in den Kirchen und Schulen zu verhindern.

Die religiöse Zersplitterung – wie die der albanischen Gesellschaft insgesamt – hat zu ständigen Konflikten und Krisen beigetragen und unter anderem die Entstehung eines Bewußtseins kultureller Zusammengehörigkeit behindert.¹⁷ Von Anfang an entstanden Schwierigkeiten, nicht nur die konfessionellen Unterschiede zu überbrücken, sondern angesichts der inneralbanischen Dialekt- und Kulturscheide zwischen Gegen im Norden und Tosken im Süden des Landes auch bei der Zusammenführung bzw. Herstellung historisch-kultureller Traditionen. Diese Faktoren haben eine im Vergleich zu den Nachbarn sichtbare Verzögerung der Identitätsfindung wie des historischen Prozesses bewirkt.

VIERTENS

Es erhebt sich die Frage: Wie konnten angesichts der religiösen Spaltung, durch die gegenseitiges Verständnis jedenfalls nicht gerade befördert wurde, Impulse für geistiges Zusammenwirken und die Herausbildung nationaler Ideen ausgehen?

Zweifellos gibt es auch Gründe, die Wirkung der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften nicht ausschließlich negativ zu betrachten.

Ganz allgemein ist davon auszugehen, daß auch unter den genannten Gegebenheiten Kirchen und Klöster bzw. religiöse islamische Schulen als

17 Siehe Nationalbewegungen auf dem Balkan. Hrsg. von Norbert Reiter. Wiesbaden 1983. S. 51.

alleinige Träger einer – wenn auch in bescheidenem Maße vermittelten – Bildung wirkten. Sie wurden zu Kultur- und Bildungsträgern, indem sie Teile der Bevölkerung durch die katechetische Einweisung ins kirchliche Leben einbezogen und sie zum Mitvollzug der religiösen Riten und kirchlich geformter Volksbräuche anleiteten. Das heißt, lange bevor es eine allgemeine Volksbildung im Sinn von Vermittlung eines Schulwissens gab, leisteten kirchliche Einrichtungen schon Bildung und Aufklärung im allgemeinen Sinn.¹⁸

In den albanischen Gebieten übernahmen eine solche Rolle neben den verbliebenen traditionellen kirchlichen Institutionen auch die Vertreter der neuen religiösen bzw. intellektuellen Führungsschicht nach der Flucht oder der Beseitigung der ehemaligen christlichen Eliten. Die Städte, von denen die Islamisierung ihren Ausgang genommen hatte, wurden seit dem 18. Jahrhundert Zentren von Handel und Handwerk sowie der orientalischen Kultur. Es setzte eine rege Bautätigkeit ein: Moscheen, Türben (Grabbauten), Hamams, Brunnen bildeten wichtige Objekte der städtischen Architektur. Neben Kultbauten entstanden Vorläufer islamischer Schulen, die sogenannten *mejtepet*, in denen Schüler, und zwar männlichen und weiblichen Geschlechts, im Alter von 6 bis 16 Jahren in die Anfänge der islamischen Religion eingeführt wurden. Diesen folgten höhere geistliche Schulen, die *medresetë* (Medressen).

Die Ausbildung übernahmen speziell dafür benannte Geistliche auf der Grundlage der arabischen Terminologie, doch zur Erklärung des Lehrstoffes benutzte man auch die einheimische Sprache. Der Koran stellte das Hauptfach dar, daneben wurden die Schüler gelegentlich mit den Anfangsgründen der Arithmetik und anderer Disziplinen vertaut gemacht. Aber es dauerte sehr lange, ehe es gelang, albanische Geistliche und Intellektuelle als Lehrer in den Schulen einzusetzen und eine Grundausbildung in Arithmetik, Geschichte oder Geografie in verstärktem Maße zu vermitteln.¹⁹

Einen spezifischen Anteil hatten die Derwische des liberalen Bektashi-Ordens. Die Bruderschaft der Bektashi, die zurückging auf eine im 13. Jahrhundert in Anatolien entstandene synkretistische Doktrin ihres Gründers Haxhi Bektash, war in Albanien weit verbreitet. Sie zählte zeit-

18 Siehe Ernst Christoph Suttner: *Das religiöse Moment ...* S. 9.

19 Siehe Ramiz Zekaj: *Zhvillimi i kulturës islame te shqiptarët gjatë shekullit XX*. Tirana 1997. S. 74ff.

weise, so Anfang des 19. Jahrhunderts, bis zu 100.000 Mitglieder.²⁰ Ihre Anziehungskraft beruhte vor allem darauf, daß sich in der Lehre der Bektashi sowohl schiitische Elemente, Volksglaube als auch Christliches (Beichte und Absolution, Kreuzzeichen, Dreifaltigkeitsglaube) erhalten hatten. Andererseits spielte eine Rolle, daß sie mit ihrem Gegenmodell zur sunnitischen Staatsreligion einer verbreiteten Stimmung unter der Bevölkerung und auch unter den führenden Schichten entgegenkam. Nach dem 1826 erfolgten Verbot des Bektashi-Ordens auf dem Gebiet des Osmanischen Reiches nahmen die Angehörigen der Bruderschaft zunehmend nationale Ideen in ihre Lehre auf. Die Derwischklöster (*teqetë*) in Südalbanien waren Bestandteil eines Netzes inoffizieller Schulen, wo man albanisch lesen und schreiben, wo Fibeln, Bücher und Zeitschriften in albanischer Sprache genutzt werden konnten. Sie unterstützten Freischärler, die gegen die Türken kämpften.²¹

Einer der bedeutendsten Vertreter der »Rilindja kombëtare«, Naim Frashëri (1846–1900), war Mitglied des Bektashi-Ordens. In seinem bekannten »Notizbuch der Bektashi«, das zugleich als eine maßgebende Quelle für die Lehre der Bektashi angesehen wird,²² äußerte er die Überzeugung, daß die unterschiedliche Religionszugehörigkeit die Albaner nicht entzweien sollte. Er trat u. a. für die Zusammenarbeit zwischen Muselmanen und Christen und dafür ein, ihre Kraft zum Wohle, für »das Beste« des Vaterlandes einzusetzen.²³ Den Bemühungen Frashëris, die albanische Sprache als Kultsprache bei den Bektashi durchzusetzen, kommt zweifellos eine über das religiöse Moment hinausgehende Bedeutung für die Herausbildung einer eigenen albanischen Identität zu.

Wichtig erscheint mir, in diesem Zusammenhang auf ein Moment hinzuweisen, das schon in den frühen Phasen der Christianisierung zutage getreten war. Auch unter der römischen Herrschaft wurden zuerst die ethnisch stark gemischten Bewohner der Küstenstädte christianisiert, während im Binnenland, wo das Stammesgefühl wohl schwerer wog als das der Religionszugehörigkeit, die Christianisierung sich über einen sehr langen Zeitraum erstreckte. Blickt man auf das späte Mittelalter, so kann

20 Siehe Robert Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja* ... S. 38.

21 Siehe Albanien zwischen Kreuz und Halbmond. Hrsg. von Werner Daum. Staatliches Museum für Volkskunde München. München 1998. S. 153ff.

22 Siehe Johannes Faensen: *Die albanische Nationalbewegung*. Berlin 1980. S. 104.

23 Siehe Norbert Jokl: *Die Bektaschis von Naim Be Frashëri*. In: *Balkan-Archiv*. Leipzig. 2(1926). S. 226–256.

man feststellen, daß die Städte und das flache Land hauptsächlich von der Islamisierung erfaßt wurden. In den nordalbanischen Berggebieten, in denen die türkische Verwaltung nur schwer Fuß fassen konnte, hielt sich das Christentum weit länger. Darüber hinaus trug die Islamisierung teilweise formalen Charakter, zumindest in der Anfangsphase.

Verschiedentlich wird dafür der ausgeprägte Individualismus bzw. Skeptizismus des Albaners verantwortlich gemacht. So gab Faik Konica (1876–1942), einer der bekanntesten albanischen Essayisten, der sich immer wieder kritisch mit der Rückständigkeit des gesellschaftlichen und geistigen Lebens seines Landes auseinandersetzte, dazu die Aussage eines türkischen Offiziers aus dem 18. Jahrhundert wieder: »Die Muslime sind hier keine wirklichen Muslime, ebenso wie die Christen keine echten Christen sind.« Und er kommentierte das wie folgt: »Ja, das war tatsächlich so, denn um gute Christen oder Muslime zu sein, hätte einer dem anderen an die Gurgel gehen müssen wie es in anderen Teilen des türkischen Reiches üblich war.«²⁴

Oft wurde der Glaubenswechsel nur durch das Familienoberhaupt vollzogen, während die übrigen Mitglieder am christlichen Glauben festhielten. Man erklärte sich den Behörden gegenüber als Muslim, lebte jedoch praktisch christliches Brauchtum weiter: Die Kinder wurden weiterhin getauft, man beging die christlichen Feiertage, es gab insbesondere in Nordalbanien Mischehen zwischen Christen und Muslimen. T. S. Hughes, ein angelsächsischer Kleriker und Zeitgenosse Byrons, schrieb 1830 über dieses Phänomen: »Der albanische Muslim übt die Lehren, Riten und Zeremonien der neuen Ordnung nicht eifriger aus als er früher die alten Zeremonien erfüllt hatte; deshalb wird er von den unnachgiebigen Osmanen mit Verachtung angesehen. Er nimmt sich oft eine Christin zur Frau und nimmt die Söhne mit in die Moschee, während die Töchter mit der Mutter in die Kirche gehen; auch er selbst besucht manchmal der Reihe nach beide Gotteshäuser.«²⁵

Die Erscheinung des religiösen Synkretismus,²⁶ einem gleichberechtigten Nebeneinander der verschiedenen Religionen und Kulte, belegt,

24 Faik Konica: *Shqipëria: Kopshti shkëmbor i Europës Juglindore dhe Ese te tjera*. Tirana 1993. S. 165.

25 Zitiert nach ebenda. S. 164.

26 Siehe Georg Stadtmüller: *Die albanische Volkstumsgeschichte als Forschungsproblem*. In: *Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa*. Leipzig 5(1941). S. 76. – Siehe auch Albanien zwischen Kreuz und Halbmond. S. 121.

daß es schwierig ist, heutige Begriffe schematisch auf das anzuwenden, was damals in Albanien geschah. Im Grunde genommen erweist sich der Begriff »Konversion« dafür als nicht gänzlich geeignet. Wer im heutigen Verständnis konvertiert, wendet sich ab von dem, was als fehlerhaft eingeordnet wird, und übernimmt die Lehre jener Kirche, der er sich zuwendet. Damals aber genügte ein Überwechseln unter die Zuständigkeit der neuen geistlichen und weltlichen Führungskraft. Tatsächlich blieben die Menschen ihrer Sprache, ihrem familiären und zum großen Teil auch ihrem religiösen Brauchtum nach weiter das, was sie waren.²⁷

FÜNFTENS

Starke Impulse für geistig-kulturelle Identitätsbildungen vermittelten römisch-katholische Priester in den nordalbanischen Gebieten, wo katholische Gläubige rund zehn Prozent der Bevölkerung ausmachten.²⁸ Die christlichen Diözesen im Norden gehörten zum Erzbistum Antivar bzw. in Mittelalbanien zu dem von Durrës und waren mit der 1622 geschaffenen Kongregation »de Propaganda Fide« in Rom verbunden. Von seiten des Vatikans gingen wiederholt Initiativen aus, um die Verbindungen zu den Gläubigen jenseits der Adria zu festigen. Nach dem Trienter Konzil, das von Papst Paul III. 1545 einberufen worden war, entstanden in Italien geistliche Schulen (Kollegien) mit dem Ziel, die bildungsmäßigen und theologischen Voraussetzungen für den Klerus zu verbessern.

Eines der ersten war das Kollegium des Hl. Athanasius, das 1572 unter der Leitung von Basilianermönchen in Rom gebildet und speziell für italo-albanische sowie griechische Schüler, die sich zur unierten Bewegung bekannten, eingerichtet wurde. Am »Illyrischen Kollegium« von Loreto wurden auch Vertreter albanischer Herkunft ausgebildet.²⁹ Man schickte diese nach abgeschlossener Ausbildung entweder als ordentliche Priester oder als Missionare in ihr Land, wo sie gewissermaßen »freie Hand« hatten, jedenfalls von den kirchlichen Obrigkeiten nicht daran gehindert wurden, ihre Aktivitäten auch in der Sprache der einhei-

27 Siehe Ernst Christoph Suttner: *Das religiöse Moment ...* S. 3.

28 Siehe Robert Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja ...* S. 65.

29 Siehe *Historia e Shqipërisë. Vëll. I. Tirana 1959.* S. 374.

mischen Bevölkerung zu entfalten. Vorausgesetzt, das kirchliche Ritual wurde in Latein vollzogen.

Die religiösen Einrichtungen nahmen außer den geistlichen auch – wenngleich nur begrenzt – Formen einer schulischen Bildung wahr. Einen wichtigen Beitrag leisteten albanische katholische Priester wie Dom Gjon Buzuku, der schon im Jahre 1555 mit seinem »Meshari« (Messbuch) das erste bekannt gewordene albanische Buch veröffentlichte, Lekë Matranga (1560–1619) mit seinem 1592 in das Albanische übersetzten Katechismus, Pjetër Budi (1566–1622), Pjetër Bogdani (1625–1689) oder Frang Bardhi (1606–1643), der 1635 ein Wörterbuch Lateinisch-Albanisch sowie eine entsprechende Grammatik ausgearbeitet hatte. Mit der Aufbereitung albanischen Wortmaterials – wenn auch in Form liturgischer Texte – entstand ein Grundstock für die Entwicklung und Verbreitung des Albanischen. Im Grunde wurde mit den religiösen Texten die Periode der Schriftsprache eingeleitet.

Diese Geistlichen begriffen ihr Wirken nicht allein im religiösen, sondern auch im didaktischen und patriotischen Sinn, was bei kirchlichen Leitungsinstanzen durchaus nicht auf Wohlwollen stieß, wie der gewaltsame Tod des Pjetër Budi belegt. Dennoch fielen ihre Bestrebungen, mit der Verbreitung des katholischen Glaubens und der Muttersprache pronationale kulturelle Identität auszubilden, auf fruchtbaren Boden.³⁰ Ihr Anliegen ist in der Folgezeit von Mitgliedern des Franziskaner-Ordens sowie dem der Jesuiten weiter verfolgt worden. Zu ersterem gehörten Kleriker albanischer Herkunft, die sich wie At Gjergj Fishta (1871–1940), eine der herausragendsten Gestalten der albanischen Literatur, große Verdienste um Sprache und Nationalbewußtsein erwarben.

Eine spezifische Rolle für die nordalbanische Kirchengeschichte in dem genannten Kontext spielte die österreichische Monarchie, die das schwache einheimische römisch-katholische Element als Stützpunkt für eigene Interessen zu nutzen suchte. Unter dem Schutz des Kultusprotektorats,³¹ das nach dem Frieden von Karlowitz 1699 mehrfach erneuert wurde, konnten durch Zahlungen an den Klerus und an Stammesführer sowie

30 Siehe ebenda. S. 375ff.

31 Siehe Zef Prela: Problemi kombëtar shqiptar dhe Kultusprotektorati austro-hungarez (Fundit i shek. XIX – Fillimi i shek. XX). In: Studime Historike. Tirana. 2(1965)3. S. 143–155. – Siehe auch Anna Hedwig Benna: Studien zum Kultusprotektorat Österreich-Ungarns in Albanien im Zeitalter des Imperialismus (1888–1918). In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs. Wien 7(1954). S. 13–46.

durch die Subventionierung von Schulen nicht nur die seelsorgerische Arbeit gefördert, sondern auch die Bedingungen für die so notwendige Bildung verbessert werden. Allerdings blieben die Aktionsmöglichkeiten für die einheimischen Bewohner und ihre Einrichtungen aufgrund der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wachsenden Rivalität zwischen Italien und Österreich-Ungarn am Westbalkan insgesamt doch sehr beschränkt.³²

SECHSTENS

Bewahrer und Träger geistig-kultureller Identität entfalteten sich auch in der griechisch-orthodoxen Kirche, zu der sich etwa 20 Prozent der Bevölkerung im Süden und Südosten Albaniens bekannte.³³ Seit dem 18. Jahrhundert standen einige mittel- und südalbanische Städte wie Elbasan, Durrës, Berat oder Vlorë in wirtschaftlicher Blüte, was die Entwicklung der Landessprache, besonders der geschriebenen Sprache, wesentlich beförderte. Der Bischof von Durrës, Grigor Durrsaku, übertrug 1761 das neue Testament ins Albanische. In Elbasan versuchte Dhaskal Todhëri, ein Vorkämpfer der albanischen Muttersprache, diese in den Gottesdienst einzuführen. Er übersetzte religiöse Werke, indem er in der Mundart seiner Geburtsstadt und unter Verwendung eines eigenen Alphabets schrieb. Sein Ziel, eine Druckerei in Elbasan zu errichten, vermochte er jedoch nicht zu realisieren.³⁴

Zu hoher Blüte gelangte in jener Zeit die Stadt Voskopojë bei Korçë, in der es rund 24 Kirchen, eine Bibliothek und sogar eine »Neue Akademie« gab. Dort wirkten eine Reihe von Persönlichkeiten, die Einfluß auf das geistliche und intellektuelle Leben der Stadt und darüber hinaus nahmen: Joan Halkeu, Lehrer an der Schule der Stadt; Sevast Leontiadi aus Kostur, unter dessen Leitung sich die Schule von Voskopojë 1744 zur »Neuen Akademie« reorganisierte; Eugen Vulgari, ein bekannter Übersetzer von Voltaire, der an fast allen bedeutenden orthodoxen Schulen des Osmanischen Reiches gelehrt hatte. Nicht zuletzt sind zu nennen

32 Siehe Kurt Gostenschnigg: Die Verflechtung von Wissenschaft und Politik am Beispiel der österreichisch-ungarischen Albanologie. In: Südostforschungen. Bd. 58. München 1999. S. 240ff.

33 Siehe Robert Moroco dela Roka: Kombësia dhe feja ... S. 46.

34 Siehe Historia e Shqipërisë. Vëll. I. Tirana 1959. S. 418.

Grigor Voskopojari, Mitbegründer der Druckerei und Übersetzer des Alten Testaments unter Verwendung eines eigenen Alphabets, sowie Theodor Kavalioti (1718–1789), der neben Schulbüchern 1770 in Venedig das »Protopiria«, ein dreisprachiges (griechisch-aromunisch-albanisch) Wörterverzeichnis veröffentlichte, und in seinen Auffassungen – in Anlehnung an Gottfried Wilhelm Leibniz – Religion und Wissenschaft zu vereinen suchte.³⁵

Im Unterschied zur katholischen Kirche wurde die Wirkung der orthodoxen weniger durch die Kirchenleitung denn von den Spannungen zwischen der niederen albanischen Geistlichkeit und dem griechisch-orthodoxen Patriarchat in Istanbul geprägt. Administrativ waren die albanischen orthodoxen Diözesen nach Auflösung des Patriarchats von Ohrid 1767 direkt dem Patriarchen unterstellt.³⁶ Dessen Haltung war indessen maßgeblich davon bestimmt, orthodoxes Religionsbekenntnis mit griechischer Nationalität gleichzusetzen. Daraus erwuchs mit der aufbrechenden »Rilindja kombëtare« ein tiefgehender Konflikt zwischen dem Patriarchat und den prägenden Gestalten der albanischen Wiedergeburt, die gerade die Erhaltung der Eigenständigkeit und die Entwicklung nationalen Bewußtseins auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Die Auseinandersetzung erfolgte auf zwei Hauptfeldern, der Schulbildung und der Formierung einer eigenständigen orthodoxen Kirche. Beide waren eng miteinander verknüpft. Die aus der byzantinischen Zeit übernommenen Regelungen, die von der Hohen Pforte nicht oder kaum angetastet worden waren, bewirkten eine Privilegierung des Patriarchats. Ihm oblag es, das Kirchennetz auszubauen und die Priester, vor allem die hohe Geistlichkeit, die sich vorwiegend aus griechischen Klerikern rekrutierte, einzusetzen. Die Kirchensprache war griechisch, der Gottesdienst, die gesamte Organisation der orthodoxen Glaubensgemeinschaft sowie Verfahren und Entscheidungen in kirchlichen Angelegenheiten erfolgten auf der Grundlage der griechischen Sprache und Kultur. In den orthodoxen Schulen wurde griechisch gelehrt, die Programme und Texte trugen spezifische griechische Inhalte und – nicht zuletzt – die Lehrer wurden in griechischen Klöstern bzw. Seminaren ausgebildet.

Über Sprache und Liturgie erfolgte ein starker Assimilationsdruck.

35 Siehe ebenda. S. 417. – Siehe auch Albanien zwischen Kreuz und Halbmond. Hrsg. von Werner Daum. Staatliches Museum für Volkskunde München. München 1998. S. 290.

36 Siehe *Historia e popullit shqiptar. Për shkollat e mesme*. Tirana 1994. S. 77.

Für das Patriarchat waren alle orthodoxen Albaner Griechen, während die anderen albanischen Bewohner lediglich Muslime, sogenannte »turkoalvanoï« (albanische Türken) waren.³⁷ Die Tatsache, daß es im Norden des Landes auch Katholiken gab, war dabei unerheblich, denn sie befanden sich außerhalb der vom Patriarchat gestellten Ansprüche. Aus dieser Sicht erschien es geradezu erforderlich, jeglichen Versuch albanischer Aufklärer, auch von orthodoxen Priestern, die albanische Sprache zu verbreiten oder entsprechende Schulen einzurichten, rigoros zu unterbinden.

Von der türkischen Regierung war diesbezüglich keine Unterstützung zu erwarten, denn sie verbot selbst – begründet mit der Priorität des Glaubens gegenüber der nationalen Zugehörigkeit – die Errichtung von Schulen und die Verbreitung albanischen Schrifttums für die muslimische Bevölkerung. Nicht selten erfolgte von den orthodoxen Kirchenkanzeln der Aufruf zum Kreuzzug gegen die Schaffung von Schulen verbunden mit der Forderung, die albanische Sprache auch in den Familien zu untersagen. Wiederholt kam es zu Kirchenausschlüssen, was zur Folge hatte, daß Gläubigen eine Bestattung auf christlichen Friedhöfen versagt blieb.³⁸ Viele Gläubige muslimischen wie orthodoxen und katholischen Verständnisses gingen auf kritische Distanz zu dieser Art von Umsetzung der christlichen Lehre.

Als Mittel, um den Hellenisierungsbestrebungen entgegenzuwirken oder zumindest den Einfluß der orthodoxen Kirchenführung zu neutralisieren, sahen die Aufklärer daher die einheimische Sprache und eine eigenständige albanische Kirche an. Die von Naum Veqilharxhi (1767–1846) 1846 in einem »Enciklikë« (Rundschreiben) an seine Landsleute übermittelte Botschaft, daß einem Volk, dem die Muttersprache vorenthalten wird, die Gefahr der Versklavung drohe,³⁹ fiel auf fruchtbaren Boden. Eine starke Triebkraft waren im Verein mit Aktivisten im Land kulturelle Gesellschaften und Klubs, die in Sofia, Bukarest, Istanbul sowie in den USA und anderen Emigrationszentren entstanden waren, die Einrichtung von Buchdruckereien und die Eröffnung laizistischer Schulen im Land, wie 1887 der ersten nationalen albanischen Schule in Korçë, die aus Spendenmitteln errichtet werden konnte.⁴⁰ Die Aufklärung

37 Siehe Robert Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja ...* S. 48.

38 Siehe 70 vjet të kishës ortodokse autoqefale shqiptare. Tirana 1993. S. 23ff.

39 Siehe *Historia e popullit shqiptar. Për shkollat e mesme*. Tirana 1994. S. 93.

40 Siehe ebenda. S. 115.

und das schwache – weil bedrängte – Zusammengehörigkeitsgefühl der Albaner konnten dadurch befördert werden.

Ebenso schwierig gestalteten sich die Bestrebungen zur Lostrennung bzw. – analog der Entwicklung in Serbien, Montenegro oder Bulgarien und Rumänien – zur Anerkennung der kirchlichen Autokephalie. Erste Versuche in diese Richtung erfolgten Ende des 19. Jahrhunderts, als die unierte Bewegung aus dem Mittelalter wieder aufflammte. Überliefert sind verschiedene Petitionen aus der Gegend um Shpat, beispielsweise an die katholische Mission der Lazarus-Brüder in Monastir (Bitola). Darin wurde der Bruch mit dem Patriarchat in Istanbul und eine Unterstellung der albanischen orthodoxen Gläubigen unter den Vatikan gefordert. Eben solche Forderungen erhob die orthodoxe Führungsschicht aus Elbasan im August 1897.⁴¹

Diese Aktivitäten verursachten seinerzeit international einen politischen Wirbel, da sich die Verfasser solcher Schriften auch an die diplomatischen Vertreter der europäischen Großmächte in Istanbul gewandt hatten. Um die geistlich-administrative Unabhängigkeit vom Patriarchat zu erreichen, hätte es der Unterstützung durch staatliche Institutionen eines katholischen Landes bedurft, was nicht geschah. Andererseits kamen wohl auch bei patriotisch gesinnten Kräften Zweifel daran auf, ob nicht durch eine Unterstellung der orthodoxen albanischen Untertanen des Sultans unter das päpstliche Primat einseitige politische Interessen im Spiel waren. Dennoch konnten die genannten Bestrebungen erst im Jahre 1907 endgültig unterbunden werden.⁴²

Etwa zeitgleich wandten sich Aktivisten der Gesellschaft »Drita« (Das Licht), wie Nikolla Naço, in Bukarest mit der Forderung an die türkische Regierung, sie möge den Gebrauch der albanischen Sprache in den orthodoxen Kirchen durchsetzen.⁴³ Als Begründung führten sie an, die Tätigkeit der griechischen Priester verletze die Interessen des Osmanischen Reiches. Doch schreckte die Pforte vor den politischen Auswirkungen einer solchen Erlaubnis zurück, so daß auch dieser Vorstoß scheiterte. Der Konflikt bestand also weiterhin und erst im März 1908 gelang es in Boston, eine eigenständige Kirchengemeinschaft in den USA zu begründen und das Albanische als Kirchensprache einzuführen, nach-

41 Siehe 70 vjet të kishës ortodokse autoqefale shqiptare. Tirana 1993. S. 26ff.

42 Siehe ebenda. S. 27.

43 Siehe ebenda. S. 26.

dem der russische Erzbischof von New York den Wegbereiter der Autokephalen Albanischen Orthodoxen Kirche, Fan Stilian Noli (1882–1965), zum Priester geweiht hatte, was von dem griechischen Würdenträger zuvor verweigert worden war.⁴⁴ Dank Noli und seines Wirkens, der in großem Maße liturgische Texte aus der griechischen in die albanische Sprache übersetzte, und dem Einsatz seiner Mitstreiter erhielten parallele Bemühungen in Albanien, so in Korçë und Durrës, Auftrieb.

Die Formierung der Autokephalie war ein natürlicher und notwendiger Prozeß, zumal im November 1912 der unabhängige albanische Staat ausgerufen worden war. Albanien blieb das einzige Balkanland ohne eine selbständige Kirche. Aber es sollte ein weiteres Jahrzehnt vergehen, bis die langjährigen Bestrebungen im September 1922 auf einem Kongreß in Berat von Erfolg gekrönt wurden.⁴⁵ Die inneren und äußeren Voraussetzungen waren zu diesem Zeitpunkt günstig: Albanien, dessen staatliche Existenz während und nach dem Ersten Weltkrieg stark bedroht war, wurde 1920 in den Völkerbund aufgenommen. Im November 1921 bestätigte die Londoner Botschafterkonferenz die 1913 im Protokoll von Florenz festgelegten Grenzen des Landes, wodurch sich seine politische Stabilität festigte. Hinzu kam, daß die vier orthodoxen Diözesen in den Wirren der Zeit ohne Metropolen geblieben waren und die albanische Regierung das Wirken hoher Geistlicher mit ausländischer Herkunft ablehnte.

Das Patriarchat in Istanbul konnte sich daher einer Neuregelung der Beziehungen zu den orthodoxen Gläubigen in Albanien nicht länger widersetzen.⁴⁶ Einhellig proklamierten die Kongreß-Delegierten in Berat die Autokephalie unter dem Patriarchat und erklärten das Albanische zur Kirchensprache; ebenso legte man fest, die Leitung und Organisation der orthodoxen Kirche in Albanien zu übernehmen sowie einheimische Priester einzusetzen. Im Hinblick auf die Bestimmung der Bischöfe forderte der Kongreß vom Patriarchat, zwei Metropolen albanischer Herkunft zu benennen.⁴⁷ Darüber kam es jedoch zu Unstimmigkeiten: Von griechischer Seite sind die Beschlüsse zur autokephalen Kirche nicht anerkannt worden, was in der Folge zu wiederholten Streitigkeiten führte, die über

44 Siehe Robert Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja* ... S. 49.

45 Siehe 70 vjet të kishës ortodokse autoqefale shqiptare. Tirana 1993. S. 11.

46 Siehe Robert Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja* ... S. 54.

47 Siehe 70 vjet të kishës ortodokse autoqefale shqiptare. Tirana 1993. S. 15ff.

eine erneute Ausrufung der Autokephalie 1929 erst 1937 mit der Anerkennung durch das Patriarchat endgültig ausgeräumt werden konnten.⁴⁸

FAZIT

Als Fazit aus dem Gesagten ist festzuhalten: Das von den Albanern angestrebte Ziel – Befreiung von der osmanischen Herrschaft – war eng damit verknüpft, religiös-kulturelle Unterschiede auszugleichen und ein Gemeinschaftsbewußtsein zu entwickeln. Bei aller Spezifik hinsichtlich ihres Gewichtes und ihrer Wirkung haben die verschiedenen Religionen die Herausbildung einer eigenen Identität und eines albanischen Nationalbewußtseins nicht verhindert. Die Dominanz religiöser gegenüber anderen Faktoren wirkte sich längerfristig keineswegs desintegrierend aus. Nicht zufällig setzten die Bestrebungen nach Reformen und Veränderungen des sozialistischen Systems in Albanien mit dem Ruf nach Religionsfreiheit ein. Gerade in Shkodër, einem katholisch geprägten Zentrum im Norden, begannen die ersten Kundgebungen, auf denen sich Katholiken wie Anhänger des Islam zusammenfanden, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Während christliche Religionsgemeinschaften in vergleichbaren Nachbarländern in einer Zeit, als sich noch kein modernes Nationalbewußtsein herausgebildet hatte, als Träger für eine kollektive Identität dienten, bestand bei den Albanern eine solche direkte Verbindung von Religion und Nation nicht. Hier wurde dieser Zusammenhang wesentlich durch die Sprache als einem unverwechselbaren Kennzeichen und Identifikationsmerkmal vermittelt.

Geschichtlich waren von kirchlichen Einrichtungen spezifische Impulse für die Pflege und Weitergabe der albanischen Sprache und Kultur ausgegangen. Wenngleich albanischsprachiges Schrifttum anfänglich nur im lateinischen, griechischen oder arabischen Alphabet geschrieben wurde, erfuhren und verinnerlichten alle, die überhaupt eine Schule besu-

48 Siehe Robert Moroco dela Roka: *Kombësia dhe feja ...* S. 64. Im Januar 1921 bzw. im März 1923 gaben sich auch die islamischen Kirchen in Albanien, also die albanische Bektashi-Gemeinschaft sowie die Muslimische Gemeinschaft nationale Satzungen. Letztere löste ihr Abhängigkeitsverhältnis zur Türkei und beschloß ihre Autokephalie (siehe *Historia e popullit shqiptar. Për shkollat e mesme*. Tirana 1994. S. 166). Die Autokephalie der katholischen Kirche wurde erst 1951 erreicht.

chen konnten, die Sprache als eines der wichtigen Kriterien der ethnischen Zugehörigkeit.⁴⁹ Insbesondere konnte durch Alphabetisierung, kirchliche Bildungsinitiativen und Buchdruck aktiv auf die Formierung der Schriftsprache eingewirkt werden. Mit dem Beitrag der Kirchen bzw. religiösen Gemeinschaften und den Vorleistungen für die albanische Schriftsprache, mit der bildungsbedingte, herrschaftspolitische und auch religiöse Trennungen reduziert werden konnten, entstanden auch Voraussetzungen eines kulturellen Zusammengehörigkeitsbewußtseins.⁵⁰

Es ist durchaus zutreffend davon zu sprechen, daß geistig-kultureller Aufbruch zum einen durch Religion und Kirchen positiv beeinflußt war. Bildlich ausgedrückt bildeten sie in gewisser Weise einen Katalysator, über den die ethnischen Albaner eine eigene Identität in verschiedenen Lebensformen und Tradition ausbildeten. Andererseits ist nationales Gedankengut originär aus der Kritik an der Kirche heraus entstanden.

Die Literaten, Sprachforscher, Übersetzer und andere Vertreter der Wiedergeburtbewegung knüpften an die von mir nur knapp skizzierten Überlieferungen an. Für die Aufklärer stand außer Frage, durch ihr Wirken, das sich auf die gemeinsame Sprache, gemeinsame Traditionen der Volkskultur, der Siedlungs- und Erziehungsweise sowie die Vorstellung von einer gemeinsamen Abstammung und Geschichte berief, zur Herausbildung eines nationalen Bewußtseins beizutragen. Angesichts dieser Entwicklung hat Walter Markov zu Recht den Schluß gezogen, daß konfessionelle Unterschiede für die nationale Bewegung eine untergeordnete Rolle spielten und religiöse Unterscheidungen das Bewußtsein von der albanischen Nationalität nicht verdrängen konnten.⁵⁰

Natürlich bedeutete das noch keineswegs ein ausgeformtes nationales Bewußtsein, wie es in Westeuropa spätestens seit der Konsolidierung des Bürgertums als Klasse selbstverständlich geworden war. Denn es ist nicht zu übersehen, daß sich Identitätsfindung und Nationsformierung in Albanien auch im Vergleich zu den benachbarten Völkern erheblich verspätet vollzogen. Die multireligiöse Situation bildete dafür keineswegs die alleinige Ursache.⁵¹

49 Siehe Johannes Faensen: Die albanische Nationalbewegung. Berlin 1980. S. 8ff.

50 Siehe Walter Markov: Akteure der Balkandiplomatie 1878–1912. In: Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen. II. Halle/Saale 1958. S. 241.

51 Siehe Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 1(6). Leipzig 1999. S. 103ff.

Die albanisch besiedelten Territorien befanden sich im Verlauf des historischen Prozesses aufgrund ihrer geostrategischen Lage wiederholt im imperialen wie regionalen Interessen-, Einfluß- und Machtbereich äußerer Kräfte. Bis weit in das 20. Jahrhundert gehörten die von religiösen, kulturellen sowie regionalen Trennlinien geteilten Siedlungsgebiete zum Osmanischen Reich. Damit ist ein weiteres für die albanische Entwicklung charakteristisches Moment verbunden: Der Widerspruch zwischen Fremdbestimmung durch äußere Mächte einerseits und den Möglichkeiten bzw. dem Gestaltungswillen albanischer Akteure auf der anderen Seite. Die Bedingungen für einen Interessenausgleich oder eine Verbindung von inneren und äußeren Elementen gestalteten sich denkbar ungünstig. Das bewirkte, daß Fremdes, da es nicht in friedlicher Absicht eindrang, kaum aufgenommen oder verarbeitet werden konnte, sondern sich innere wirtschaftliche, geistige und politische Faktoren stets von neuem auf die wechselnden Bedingungen einstellen – und da sie naturgemäß von schwächerem Gewicht waren –, zwischen unterschiedlichen Interessen- und Machtansprüchen lavieren mußten. Letztlich gerieten sie immer wieder in Abhängigkeiten, was einer progressiven Entwicklung nicht förderlich war.

In neueren albanischen Arbeiten wird dieses Moment verabsolutiert, wenn davon gesprochen wird, daß die Albaner in den letzten Jahrhunderten kaum einmal die Möglichkeit hatten, zwischen gut und böse – Freiheit und Besetzung –, sondern immer nur zwischen einem kleineren und einem größeren Übel – einem Eroberer und einem noch gefährlicheren Eroberer – zu wählen. Auf diese Weise seien über einen langen Zeitraum zwei mehr oder weniger beständige politische Traditionen entstanden: Die Tradition der Zusammenarbeit mit Fremdherrschern aus der Balkanregion, insbesondere slawischer oder griechischer Herkunft, gegen nichtbalkanische Eindringlinge und die Tradition des Zusammengehens mit nichtbalkanischen Eroberern – im konkreten Fall mit den Türken – gegen die Balkan-Nachbarn, die sich als existentielle Gefahr für das albanische Volk erwiesen.⁵²

So notwendig eine differenzierte Wertung der türkischen Herrschaft in Albanien ist, wobei in der bisherigen Geschichtsschreibung vorrangig die negativen Folgen herausgestellt wurden, so wenig hilfreich erscheint

52 Siehe Hysamedin Feraj: *Skicë e mendimit politik shqiptar*. Shkup (Skopje) 1999. S. 39 und 356.

eine einseitige und überhöhte Darstellung allein der positiven Leistungen und ihre Entgegensetzung zu Einwirkungen von slawischer oder griechischer Seite, die als regressiv und gefährlich charakterisiert werden. Als Forderung bleibt, den vielschichtigen wechselseitigen Zusammenhang von inneren und äußeren Faktoren nicht aufzubrechen. Denn zweifellos ließen die scheinbare Aussichtslosigkeit, angesichts äußeren Drucks mit eigenen Kräften grundlegende Änderungen zu erreichen, sowie der allgemeine, vor allem durch den Koran gespeiste Fatalismus national-politische Motive teilweise in den Hintergrund treten. So rückten über lange Zeiträume individuelle oder Familien- bzw. lokale Interessen in den Mittelpunkt. Die Folge waren mehr oder weniger isolierte Gemeinschaften, die kaum aus der Stagnation herauskamen und die nur schwerfällig nach Modernität und Einigung strebten.⁵³ Ebenso ist auf die von mir bereits erwähnte Eigenheit des Albaners, seinen ausgeprägten Individualismus, zu verweisen, wodurch die Ausprägung allgemeiner gesellschaftlicher Vorstellungen und Werte erschwert wurde.

Mit Weitsicht hatte Pashko Vasa (1825–1892), der das geistige Erwachen in der Rilindja-Zeit wesentlich beförderte, in dem Gedicht »O moj Shqypni« (Oh mein Albanien) seine Landsleute aufgefordert, die Aufspaltung zu überwinden und sich zusammenschließen zur Befreiung des Landes.⁵⁴ Eine differenzierte Sicht auf die innerlich widersprüchliche albanische Entwicklung führt zu der Feststellung, daß trotz vielfältiger Versuche namentlich der Rilindja-Vertreter, kollektives Bewußtsein herauszubilden und gewissermaßen als Vollendung die Eigenstaatlichkeit zu erreichen, dies nur über Umwege und erst mit der endgültigen Zerschlagung der türkischen Herrschaft durch die Balkankriege verwirklicht werden konnte, was bis in die Gegenwart keineswegs nur integrative Wirkungen für die gesamte Balkanregion auslöste.

53 Siehe Bernd J. Fischer: *King Zog and the Struggle for Stability in Albania*. New York 1984. S. 44.

54 Siehe Maximilian Lambertz: *Albanisches Lesebuch II*. Leipzig 1948. S. 23.

SONJA STRIEGNITZ

**»Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten«.
Zur Debatte über die national-kulturelle Autonomie
unter den Neonarodniki Rußlands (1907/1908)**

Heutzutage wird im Rückblick auf einschneidende aktuelle Ereignisse recht oft festgestellt, danach sei nichts mehr so wie zuvor. In bezug auf historische Ereignisse ist diesbezüglich eine größere Zurückhaltung zu beobachten, wemgleich die ihnen folgende Entwicklung weitaus eher und öfter solche Feststellungen vertragen könnte. So auch hinsichtlich der Wirkungen der ersten russischen Revolution. In der Vergangenheit dominierte in der Betrachtung der nachrevolutionären Geschehnisse, wie hinlänglich bekannt, der Akzent auf die Momente der zaristischen Innenpolitik, die auf die Wiederherstellung des Status quo ante zielten bzw. der Absicherung der Monarchie nach den revolutionären Erschütterungen dienten. In dieser Politik verbanden sich traditionelle Orientierungen mit reformerischen Versuchen und Schritten, wie das im Wirken von Pjotr Arkadjewitsch Stolypin namentlich sichtbar wurde. Also war tatsächlich selbst in der Innenpolitik nicht alles wie vorher. Die Revolution hatte auch ihre Wirkungen im geistig-kulturellen Bereich, im politischen Denken, in Denkrichtungen und -strukturen der Gesellschaft, in der »Öffentlichkeit«. Hier wurde vieles mitunter derart mobilisiert, daß eben auch nichts mehr so war wie zuvor. So ist beispielsweise die programmatische Bestimmung in den Parteien Rußlands weiter vorangetrieben worden, wurden zuweilen tiefgreifende Korrekturen geradezu »erzwingen« und führende theoretische Köpfe veranlaßt, neu oder nachhaltig sichtbar gewordene gesellschaftliche Probleme mit größerer Aufmerksamkeit weiter zu verfolgen, über einmal Festgeschriebenes (Parteiprogramme) hinauszublicken und dabei zugleich auch den Blick zu schärfen für das, was im geistigen Leben außerhalb der Grenzen Rußlands vor sich ging. Dem kam selbstverständlich entgegen, daß der Prozeß der Formierung politischer Öffentlichkeit im Sinne von Parteien zwar durch die revolutionären Ereignisse und die in ihrem Verlauf dem alten Regime

abgerungenen Zugeständnisse (Oktobermanifest) beträchtlich vorankam, aber bei weitem nicht abgeschlossen war.

In Kreisen der Neonarodniki und mit ihnen Ideenverwandter, russischer wie nichtrussischer (armenischer, georgischer, jüdischer, polnischer, ukrainischer), nahm auch nach dem Abebben des revolutionären Sturmes die Debatte über die Agrarfrage und ihre parteiprogrammatische Handhabung einen zentralen Platz ein. Daneben und oftmals sehr eng mit ihr verflochten, wurde noch mehrere Jahre intensiv über die nationale Frage und Programmatik gestritten. Anregend wirkte dabei einerseits der nicht abgeschlossene Formierungsprozeß vor allem nationaler Parteien vom Typus der Neonarodniki, andererseits ein beachtlicher theoretischer »Nachholbedarf«. In einem anderen Zusammenhang habe ich Aspekte dieses Problems berührt, dabei allerdings den chronologischen Rahmen der Revolutionsjahre nicht überschritten.¹ Hier sollen diese Grenzen nun ein wenig ausgeweitet werden.

Der »Nachholbedarf« bestand nicht nur hinsichtlich einer weiteren programmatischen Determinierung, sondern auch ganz praktischer Fragen des Verhältnisses zwischen der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands (PSR) als der bedeutendsten Neonarodniki-Partei und den in nichtrussischen Gebieten entstandenen ideenverwandten Parteien. Die kurze Zeit der »Oktoberfreiheiten« und die Führungsansprüche der russischen Sozialrevolutionäre verhinderten, daß es bis Mitte 1907, als die Monarchie wieder einigermaßen fest im Sattel saß, hierbei zu richtungweisenden und dauerhaften Ergebnissen gekommen war. Dabei hatten die Hauptanstrengungen der PSR insbesondere der Jüdischen Sozialistischen Arbeiterpartei (SERP) gegolten, die in relativ kurzer Zeit einen beachtlichen Zustrom an Mitgliedern verzeichnete und in Südrußland, in der Ukraine sowie im polnisch-litauischen Raum ihr Haupteinflußgebiet hatte. Spätestens seit dem II. (Außerordentlichen) Parteitag der PSR (Februar 1907) galt die Einschätzung, daß diese Partei von allen damals bestehenden SR-analogen Parteien den russischen Sozialrevolutionären am nächsten kam. Der Wunsch nach engsten, ja föderalen Bindungen zwischen der PSR und der SERP bestand auf beiden Seiten, von letzterer jedoch an die weitere Ausarbeitung des nationalen Programms geknüpft.²

1 Siehe Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 3(2). Leipzig 2001. S. 105ff.

2 Siehe Partija socialistov-revolucionerov. Dokumenty i materialy. Tom 1. 1900–1907 gg. Moskau 1996. S. 620.

Die PSR-Führung hielt es für angezeigt, ihren Organisationen nach dem Parteitag eine ausführliche Information über weltanschauliche, programmatische und taktische Gemeinsamkeiten bzw. Berührungspunkte zwischen beiden Parteien und Empfehlungen für praktisches Zusammenwirken zu geben. Obwohl ihr Programm und Taktik der SERP noch unfertig schienen,³ konstatierte die PSR-Führung eine merkliche Annäherung an eigene Positionen, namentlich in der Agrarfrage, und hob insbesondere hervor, daß die SERP den »politischen Terror unter bestimmten Bedingungen als ein mächtiges und zweckdienliches Kampfmittel« anerkannte.⁴ Den PSR-Organisationen wurde angeraten, enge Verbindungen zu den SERP-Komitees zu knüpfen, einen ständigen geistigen Austausch mit ihnen zu pflegen, in Armee, Gewerkschaften und unter der studentischen Jugend gemeinsam Propaganda zu treiben und für den Fall »irgendwelcher ernsthaften Massenbewegungen« Koalitionsräte zu bilden.⁵ Der hier sichtbare sozialrevolutionäre Aktionismus ergab sich aus der Analyse der Situation durch die Parteiführung, in der die sich abzeichnende Niederlage der revolutionären Massen und der damit einhergehende Niedergang der Partei vorerst keine Rolle spielten.

Den Anregungen des SERP-Vertreters auf dem II. Parteitag folgend,⁶ schlug das PSR-ZK zudem gemeinsame Konferenzen u. ä. zur Diskussion der nationalen Problematik vor, in der Hoffnung, so eine gemeinsame unerschütterliche Position durchsetzen zu können, »die mit den allgemeinen Prinzipien der PSR in der nationalen Frage übereinstimmt«.⁷ Die vorsichtige Wortwahl für die Orientierungen verdeutlichte den damaligen Stand der Debatte und den Grad der tatsächlichen Nähe zwischen beiden Parteien in dieser Frage. Der nachfolgende Gang der Ereignisse brachte keine weitere Annäherung, sondern legte bislang verborgene gebliebene Differenzen bloß.

Vom 16. bis 20. April 1907 fand unter Federführung der PSR die vom II. Parteitag empfohlene Konferenz der nationalen sozialrevolutio-

3 Die SERP gab sich bei Parteigründung 1906 ihr Programm (siehe Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 192ff.).

4 Im Programm selbst wird nichts über die Kampfform des politischen Terrors ausgesagt.

5 Partijnye Izvestija. St. Petersburg (1907)10. S. 6.

6 Siehe Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy. Tom 1. S. 620 und 623. – Die SERP war übrigens als einzige nationale Partei personell auf dem II. Parteitag der PSR vertreten.

7 Partijnye Izvestija. St. Petersburg (1907)10. S. 6.

nären Parteien zur Klärung der Positionen in der nationalen Frage statt. Es war die Absicht der PSR, dort ihre eigenen Auffassungen – bedingungslose Selbstbestimmung, völlige Gleichberechtigung aller Nationalitäten Rußlands, Aufbau politischer autonomer Strukturen für die größeren nichtrussischen Völkerschaften in einem künftigen demokratisch verfaßten, weitgehend dezentralisierten Staat – gegenüber der SERP und allen anderen dazumal bereits vorhandenen (fünfzehn) verwandten Parteien bzw. parteiähnlichen Gebilden durchzusetzen. Da die Konferenz jedoch auf dem Territorium des Russischen Reiches stattfand (wahrscheinlich in Finnland) und die Verfolgung antizaristischer Kräfte bereits auf Hochtouren lief, viele sozialrevolutionäre Parteiorganisationen einschließlich solcher in nichtrussischen Gebieten sowie Organisationen nationaler Parteien zerschlagen waren,⁸ fanden sich insgesamt nur 21 Teilnehmer von acht Parteien ein. Selbst die Veranstalter waren unterrepräsentiert. Man mußte sich, wie der Parteiführer Viktor Michailowitsch Tschernow in seinen Erinnerungen schreibt, mit einer »wenig autoritären Konferenz begnügen«.⁹

Die Konferenzteilnehmer wollten offenbar vor allem die Meinung der russischen Sozialrevolutionäre erkunden, und zwar nicht nur hinsichtlich der nationalen Programmatik, sondern auch der agrarprogrammatischen Vorstellungen. Bei einigen – den Belorussen, Georgiern, Polen – überwog sogar das Interesse für letztere: Sie interessierten sich namentlich dafür, wie das sozialrevolutionäre Prinzip der »Sozialisierung« des Bodens¹⁰ unter den konkreten Bedingungen ihrer Regionen zu verwirklichen sei. So wurden die russischen Sozialrevolutionäre wohl erstmals massiv mit einer Fragestellung konfrontiert, die in ihren theoretischen Überlegungen und deren schriftlichem Ertrag bislang keinerlei Rolle gespielt hatte: Vertraut ausgedrückt ging es um einen Aspekt des Wechselverhältnisses von nationaler und sozialer Frage. Es erstaunte sie nicht wenig, daß sie hier auf »beträchtliche Meinungsverschiedenheiten« stießen.¹¹ Die sich aber rasch »klärten«, weil es sich nach Meinung aus-

8 Siehe Aleksandr Ivanovič Spiridovič: Partija socialistov-revoljucionerov i ee predšestvenniki. 1886–1916. 2oe izd., dopoln. Petrograd 1918. S. 405ff.

9 Viktor Michajlovič Černov: Pered burej. Moskau 1993. S. 284f.

10 Über die »Sozialisierung« des Bodens siehe Sonja Striegnitz: Bauernsozialistische Ideen in Rußland: Viktor Michailowitsch Tschernow. Vielfalt sozialistischen Denkens. Ausgabe 5. Berlin 1999.

11 Partijnje Izvestija. St. Petersburg (1907)9. S. 5.

nahmslos aller nationalen Vertreter lediglich darum handelte, die Formen und Methoden der »Sozialisierung« des Bodens den »nationalen kulturellen Besonderheiten« anzupassen.¹² Befürchtungen russischer Sozialrevolutionäre, die nationale Problematik würde die Lösung der Agrarfrage gefährden, die Revolutionäre spalten, vom Klassenkampf, wie sie ihn verstanden, wegführen, ihn gegenstandslos machen, schienen somit entkräftet.

Die eigentlich gravierenden Meinungsverschiedenheiten sollten sich aber doch in den Auffassungen über die Lösung nationaler Probleme in Rußland zeigen. Hauptdiskussionspunkt wurde auf der Konferenz die »national-kulturelle Autonomie«, wie sie damals gerade von österreichischen sozialistischen Theoretikern (Austromarxisten) entwickelt und in die internationale sozialistische Debatte eingeführt worden war.¹³ Mark Borissowitsch Ratner, Mitglied des ZK der SERP und hier unter dem Pseudonym M. Borissow auftretend, der sich zu einem führenden Theoretiker seiner Partei in der nationalen Frage entwickelte, lieferte die wichtigsten Argumente dafür, weshalb sich die SERP so sehr von dieser Idee angezogen fühlte und warum sie ihr, verglichen mit der von den Sozialrevolutionären befürworteten territorialen, politischen Autonomie, akzeptabler erschien. »Ich persönlich und jene Partei, der ich angehöre, wir schätzen diese Idee der territorialen Autonomie als ein reales Mittel zur befriedigenden Lösung brennender politischer, ökonomischer und zum Teil auch kultureller Interessen der einzelnen Gebiete des Riesenlandes, die sich so sehr durch spezifische geographische, wirtschaftliche und soziale sowie kulturhistorische Besonderheiten unterscheiden. Für solche Gegenden malen wir uns in einem künftigen demokratischen, reorganisierten Rußland das Bild einer vollständigen Autonomie, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe in eine Föderation hinüberwächst.«¹⁴ Die territoriale oder Gebietsautonomie allein könne allerdings nicht verhindern, daß »in den einzelnen Gebieten stets mehrere Nationen vorhanden

12 Ebenda.

13 In postsowjetischer Zeit hat sich I. W. Tschurkina zur Aufnahme der Idee der »national-kulturellen Autonomie« in Rußland, namentlich durch Lenin, geäußert (siehe I. V. Čurkina: *Programma kul'turno-nacional'noj avtonomii: sozdanie i varianty*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (1999)4–5. S. 70ff.). – Auch S. W. Kretinin berührt diese Frage (siehe S. V. Kretinin: *Otto Bauer (1882–1938) i avstromarksizm*. In: *Novaja i novejšaja istorija*. Moskau (1997)2. S. 126ff. – Ebenda (1997)3. S. 187ff.

14 *Protokoly konferencii rossijskich nacional'no-socialističeskich partij 16–20 aprelja 1907 g.* St. Petersburg 1908. S. 44.

sein werden, daß ein und dieselbe Nation sich auf mehreren Gebieten befinden wird«. Sie würde vor allem auch nicht aufhalten können, daß die »unglückseligen, »exterritorialen« Nationen, die mehr oder weniger überall verstreut sind, vom Erdboden verschwinden werden«. Nationale Selbstverwaltung, Freiheit und Gleichberechtigung der Sprache, Schule usw., wie in den Programmen der Neonarodniki-Parteien vorgesehen, würden zum Schutz der Rechte und zur Wahrung der Interessen der nationalen Minderheiten gleichfalls nicht hinreichend sein. Allein eine »bestimmte konkretisierte Autonomie« – die exterritoriale national-kulturelle Autonomie würde die Lösung bringen. So die Auffassung der SERP, wie sie Ratner darlegte und als Berücksichtigung der »Gesamtheit aller kulturellen, ökonomischen und politischen Besonderheiten des jeweiligen Volkes« durch seine Partei definierte.¹⁵ Bemerkenswert, daß Ratner ausdrücklich darauf verwies, daß die SERP mit dem Bekenntnis zu diesen Grundsätzen erstmals die von österreichischen Sozialdemokraten entwickelte Idee der national-kulturellen Autonomie auf Rußland anwandte.¹⁶

Schließlich forderte er die PSR gar zur Übernahme der Losung von der national-kulturellen Autonomie in ihr Programm auf. Sie möge damit ähnlichen »Mut zum Kritizismus« gegenüber den »Verfechtern des Dogmas« beweisen (damit meinte er die bolschewistischen Sozialdemokraten, die bekanntlich die national-kulturelle Autonomie als raffinierte Erscheinung des bürgerlichen Nationalismus auf das Entschiedenste ablehnten) wie in der Agrarfrage.¹⁷ Dieses Ansinnen fand bei den Initiatoren der Konferenz indes wenig Verständnis. Mark Andrejewitsch Natanson (auf der Konferenz M. Bobrow), Leiter der russischen sozialrevolutionären Konferenzgruppe, lehnte staatsrechtliche nationale Verbände ab, weil sie gegen das Prinzip der Freiwilligkeit verstießen. Er befürchtete gar, das ganze System der nationalen Autonomie könnte dem

15 Ebenda. S. 45 und 47ff.

16 Siehe ebenda. S. 49f.

17 Ebenda. – Wladimir Iljitsch Lenin hat in seinen polemischen Schriften gegen die »national-kulturelle« Autonomie mehrfach unterstrichen, daß der »Urheber« dieser Idee, Otto Bauer, nachgewiesen hatte, daß man sie unmöglich auf die Juden anwenden könne, und er sie folglich aus seinem Plan einer »exterritorialen Autonomie« ausnahm. Ihre Verfechter in Rußland (neben der SERP war das vor allem auch der Bund) bezogen sie aber namentlich auf Rußlands Juden und »verschlechterten« somit das »österreichische Beispiel« (siehe W. I. Lenin: Über die »national-kulturelle« Autonomie. In: Werke. Bd. 19. S. 501. – Siehe auch W. I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage. In: Ebenda. Bd. 20. S. 22f.).

Geist des Nationalismus im gesellschaftlichen Leben Vorschub leisten und sich »schädlich auf die (Stoß)richtung des Klassenkampfes« auswirken.¹⁸ Der SERP-Vertreter hielt dem entgegen, seine Partei habe sich für diese Lösung der nationalen Frage entschieden, »um den nationalen Kampf in sein besonderes Gleis zu lenken und den Weg für den planmäßigen Klassenkampf frei zu machen«.¹⁹

Die Argumente schienen nicht überzeugt zu haben: Bei der Abstimmung über die Resolution, die da feststellte, die nationale Frage könne nicht ausschließlich durch territoriale Autonomie und örtliche Selbstverwaltung entschieden werden, es bedürfe dazu vielmehr als »notwendige Voraussetzung« der »Schaffung exterritorialer Organe nationaler Selbstverwaltung mit öffentlich-rechtlichem Charakter in den Grenzen des Russischen Reiches«, enthielten sich die Vertreter der PSR sowie der PPS der Stimme.²⁰ Wenngleich dies eher Hilflosigkeit verriet, war die Stellungnahme gegen staatsrechtliche Zwangsverbände von Nationalitäten und für das *politische* Prinzip der Autonomie doch realistischer als die Position der Vertreter der anderen Parteien.²¹

Einer zweiten Entschließung, die den Stand der Ausarbeitung der nationalen Problematik umriß und notwendige weiterführende Debatten darüber forderte, stimmten hingegen alle Konferenzteilnehmer einmütig zu.²² Im übrigen forderte gerade dies späterhin Tschernows Kritik heraus, der nicht auf der Konferenz anwesend war. In seinen Erinnerungen notierte er, Natanson sei bei dieser Einschätzung den Einflüssen von Józef Piłsudski erlegen und habe mit ihm gemeinsam diesen Beschluß durchgebracht.²³

Die Gesamteinschätzung des Konferenzertrags in der PSR – nur diese kann belegt werden – war von einem nicht zu übersehenden Zweckoptimismus gekennzeichnet, was mit den auch sonst in der Führungsspitze

18 Ebenda. S. 65f. und 74.

19 Ebenda. S. 74.

20 Ebenda. S. 143f. – Die PPS-Vertreter enthielten sich der Stimme, weil sie an der praktischen Realisierbarkeit der exterritorialen national-kulturellen Autonomie zweifelten.

21 Diese Tatsache hob Lenin trotz seiner kritischen Einschätzung der Konferenzergebnisse ausdrücklich hervor (siehe W. I. Lenin: Zur Geschichte des nationalen Programms in Österreich und in Rußland. In: Werke. Bd. 20. S. 90).

22 Siehe Protokoly konferencii rossijskich nacional'no-socialističeskich partij 16–20 aprelja 1907 g. St. Petersburg 1908. S. 143.

23 Siehe Viktor Michajlovič Černov: Pered burej. Moskau 1993. S. 285.

vorherrschenden Stimmungen fernab von der Wirklichkeit korrespondierte. Das Parteiorgan »Partijnye Izvestija« unterstrich die große Bedeutung der Konferenz und nannte in diesem Zusammenhang vor allem ihren Beschluß, periodisch (jährlich) solche Zusammenkünfte zu veranstalten. Wenn dort jedoch festgestellt wurde, die »Frage aufzuwerfen, bedeutet auf dem Wege ihrer Lösung zu sein«, so war dies nicht mehr als eine schöne Floskel.²⁴ Zu weiteren derartigen Beratungen kam es nicht.

Obwohl die nationale Programmatik als weiterhin diskussionsbedürftig eingestuft worden war, meldeten sich die russischen Sozialrevolutionäre, auch ihr anerkannter Theoretiker Tschernow, dazu unter ganz anderen Vorzeichen erst am Vorabend des Sturzes des Zarismus erneut zu Worte.²⁵ Die tieferen Ursachen für die zu beobachtende parteiinterne wie publizistische Enthaltensamkeit – nicht nur in dieser Frage – waren sicher dem Gesamtzustand der Partei nach der ersten russischen Revolution und namentlich nach Aufdeckung des Verräters und Ochranaspitzels im sozialrevolutionären Führungsgremium Jewno Fischelewitsch Azeŭ geschuldet.²⁶

Ratner, in der SERP inzwischen als Kenner der nationalen Problematik unangefochten, veröffentlichte hingegen 1908 in mehreren Nummern des »Russkoje Bogatstwo« eine umfangreiche Studie über »Die nationale Frage im Lichte der sozialistischen Weltanschauung«.²⁷ Das Journal, legales publizistisches Sprachrohr der 1906 entstandenen Volkssozialistischen Arbeitspartei, die im Vergleich zur PSR eher liberal ausgerichtet war, erwies sich ähnlich wie beim Entstehen parteipolitischer Ansätze aus dem Neonarodnitschestwo um die Jahrhundertwende abermals als ein Laboratorium der »Richtung«, nunmehr vor allem bezogen auf einen

24 Partijnye Izvestija. St. Petersburg (1907)9. S. 6.

25 Siehe Viktor Michajlovič Černov: Marksizm i slavjanstvo. (K voprosu o vnešnej politike socializma). In: Russkie Zapiski (= Russkoe Bogatstvo). St. Petersburg (1916)12. S. 86ff. – Viktor Michajlovič Černov: Pol'skij vopros pered sudom marksizma. In: Ebenda (1917)2–3. S. 42ff.

26 Siehe Istorija političeskich partij Rossii. Moskau 1994. S. 169ff. – Kirill Vladimirovič Gusev: V. M. Černov. Štrichi k političeskomu portretu. Moskau 1999. S. 30ff. – Boris Ivanovič Nikolaevskij: Istorija odnogo predatelja. Terroristy i političeskaja policija. Moskau 1991.

27 Siehe Mark Borisovič Ratner: Nacional'nyj vopros v svete socialističeskogo mirovozzrenija. In: Russkoe Bogatstvo. St. Petersburg (1908)2. S. 25ff. – Ebenda (1908)4. S. 156ff. – Ebenda (1908)5. S. 57ff.

ihrer Ableger. Unter Berufung auf Karl Renner und Otto Bauer breitete Ratner ausführlich und argumentativ die Auffassungen der SERP zur nationalen Frage und deren angestrebter Lösung aus. Dabei äußerte er einiges, was später auch Tschernow für die »Unfähigkeit« des Marxismus zur Lösung der nationalen Frage ins Feld führte. Er schrieb unter anderem, der Marxismus habe eine ziemliche Verwirrung in die Fragestellung hineingetragen, es liege im Wesen seiner Weltsicht, die nationale Frage zu ignorieren, ein indifferentes, herablassendes Verhältnis zu ihr zu haben. Der russischen sozialdemokratischen Programmatik kreidete Ratner an, daß sie die Gebietsautonomie entschieden zu weit fasse und demgegenüber keinerlei konkrete Hinweise über elementare Schritte zu deren praktischer Handhabung gebe, namentlich auch die Bildung in der Muttersprache ausklammere.²⁸ Diesen »Unterlassungen« stellte Ratner die Vorzüge jener Auffassungen gegenüber, zu denen sich die SERP bekannte. Gleichzeitig versuchte er, deren Wert und Platz durch eine gewisse Systematisierung von historischer Entwicklung und theoretischer Bewältigung der nationalen Frage in Kreisen der Neonarodniki zu bestimmen sowie eine analytische Bewertung von Positionen der bürgerlichen und anderen kleinbürgerlichen Parteien Rußlands außerhalb des Neonarodniki-Spektrums zu geben.²⁹

Der Autor bemühte sich redlich, den russischen Neonarodniki den oben genannten Konferenzbeschluß im Nachhinein schmackhaft zu machen und vor allem nachzuweisen, daß die nationale oder personelle (daß heißt exterritoriale) Autonomie die »einzige Lösung der nationalen Frage ist, die abgestimmt werden kann mit dem höchsten Ausdruck sozialen Denkens – mit der sozialistischen Weltanschauung«.³⁰ In der Redaktion des »Russkoje Bogatstwo« stieß Ratner damit auf Widerspruch. Nikolai Fjodorowitsch Annenski, führendes Gründungsmitglied der Volkssozialistischen Partei, warnte in einer Replik indirekt vor einer Hypertrophierung nationaler Gefühle, betonte aber einschränkend (unter Hinweis auf die ansonsten gleichartigen politischen und sozialen Ansichten der »Richtung«) daß es eigentlich nur über die »Zwangsverbände staatlichen Typs« Meinungsverschiedenheiten gebe.³¹ Annenskis Einwände gegen derartige

28 Siehe ebenda (1908)2. S. 40ff. – Ebenda (1908)4. S. 178f.

29 Siehe ebenda (1908)4. S. 157ff.

30 Ebenda. S. 167.

31 Nikolaj Fedorovič Annenskij: Dva slova po povodu stat'i M. B. Ratnera. In: Ebenda (1908)5. S. 144.

Einrichtungen klangen indes anders und realistischer als die sozialrevolutionären. Er meinte, die gesamtstaatlichen Interessen würden durch die Schaffung von territorialen Verbänden leiden, es müßten vielmehr solche Verbände gebildet werden, als deren Mitglied sich jeder Mensch, jeder Bürger betrachten könne, ganz gleich, ob er ausdrücklich den Wunsch dazu äußere. Ein solcher Verband könne der Staat selbst sein, natürlich ein demokratisierter. Aus den Aufgaben eines solchen Organismus könne man nicht »einen so wesentlichen Teil wie z. B. alle Fragen der Bildung und Kultur herauslösen [...] das dürfte kaum im Interesse der ihre individuelle Physiognomie wahren Nationalitäten sein und ist schon gar nicht im Interesse des allgemeinen Fortschritts [...] Man muß das Feld frei machen für die Entwicklung der nationalen Besonderheiten, aber man darf nicht danach trachten, jede davon um jeden Preis zu konservieren [...] Die Theorie der »exterritorialen Autonomie« ist leider in letzterer Hinsicht nicht frei von Sünden.«³² Obwohl die von Annenski artikulierte Sicht der Dinge für die Volkssozialistische Partei repräsentativ war, ist sie nicht bezugslos zu den sonst recht vorsichtig und gemäßigt formulierten Auffassungen in der nationalen Frage zu betrachten.³³

Die Auffassungen und programmatischen Grundsätze in der nationalen Frage blieben bei russischen Sozialrevolutionären wie Volkssozialisten von den Debatten über die national-kulturelle Autonomie, wie sie auf der genannten Konferenz sowie in der Publizistik im wesentlichen bis 1908 geführt wurden, grundsätzlich unberührt. Die russischen Neonarodniki-Parteien hielten an ihrem Bekenntnis zum *politischen* Inhalt der Autonomie fest. Auch in der historischen Perspektive – bis 1917 – erlebten ihre programmatischen Grundsätze wie die anderer ideenverwandter nationaler Parteien keinerlei Veränderung. Im praktisch-politischen Verhalten verhinderte dies indes keinesfalls Entwicklungen, die selbst den einmal festgeschriebenen Grundsätzen entgegenstanden.

32 Ebenda. S. 148f. und 150f.

33 Siehe Programmy političeskij partij Rossii. Konec XIX – načalo XX vv. Moskau 1995. S. 208ff. – Die Volkssozialisten hatten sich bis dahin kaum an den Debatten über die »national-kulturelle« Autonomie beteiligt, sie waren auch nicht auf der Konferenz vom April 1907 vertreten – zu weit hatten sie sich inzwischen von der revolutionären Demokratie entfernt. Die hier von Annenski geäußerten Auffassungen ähnelten in manchem den Argumenten der bolschewistischen Sozialdemokraten gegen die »national-kulturelle« Autonomie.

WOLFGANG GEIER

**Vergleichende Kulturgeschichte
Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas.
Zwischenergebnisse der Entwicklung und Anwendung
eines methodischen Ansatzes für Lehre und Forschung**

Zwischen 1989 und 1991 wurde, nach Vorarbeiten unter allerdings ganz anderen Bedingungen bereits in den siebziger und achtziger Jahren, ein methodischer Ansatz für die Lehre und Forschung in *Vergleichender Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas* entwickelt und in den folgenden zehn Jahren am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig, seit dem Jahre 2000 (und im Jahre 2002 fortgesetzt) am Institut für Geschichte an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Klagenfurt, insgesamt bisher in sechs verschiedenen Studiengängen/-richtungen, eingeführt. Die Anwendung dieses Ansatzes äußerte und äußert sich darüber hinaus in wissenschaftlichen Arbeiten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen in Deutschland und Österreich, so in Beiträgen für die Halbjahresbände der Zeitschrift *Kultursoziologie*, zu Kolloquia des *Leipziger Gesprächskreises Osteuropa* und in den *Leipziger Osteuropa-Jahrbüchern* der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., in Kolloquia und Publikationen der *Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, in den *Österreichischen Ostheften* sowie internationalen Konferenzen und Publikationen des *Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts*, der *Österreichischen UNESCO-Kommission*, in Vorträgen im *Lectorium Bulgaricum des Bulgarischen Forschungsinstituts in Österreich* sowie an der *Diplomatischen Akademie der Republik Österreich*, beide in Wien. In monographischer Fassung liegen bisherige Zwischenergebnisse der Lehre und Forschung zur *Vergleichenden Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas* in drei im Harrassowitz Verlag Wiesbaden erschienenen Büchern vor (siehe am Ende die Auswahlbibliographie).

VORBEMERKUNGEN

Erstens. Sowohl in einschlägigen wissenschaftlichen Abhandlungen als auch in den verschiedenen Inhalten und Formen der öffentlichen, veröffentlichten Meinung sowie im Alltagswissen sind die Geschichte und Kultur der Völker und Länder der östlichen Hemisphäre des imaginären Kontinents Europa nach wie vor weithin eine *terra incognita*. Das läßt sich in vielen Zusammenhängen nachweisen, und es zeigte sich um 1989/1991 sowie seither erneut und vor allem darin, daß alle möglichen Deutungen zu den Ursachen, Verläufen und Folgen des Zusammenbruchs des sozialistischen Staatensystems in Umlauf kamen, in denen erhebliche Unsicherheiten wie Unverständnisse erkennbar waren und sind. Es zeigt sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, besonders in der deutschsprachigen historiographischen Zunft und bei einigen ihrer Meinungsbildner ein Unvermögen, die weltgeschichtlich zweifellos beispiellosen Vorgänge dieses Gesamtzusammenbruchs aus der genauen Kenntnis der über tausendjährigen Geschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas hinreichend zu erklären. Dies äußert sich in Versuchen, geschichtswissenschaftliche Erklärungsschwächen mittels einer absonderlichen Revolutionslyrik, durch die Verwendung von Epitheta zu überspielen. Weil Rückgriffe auf klassische Revolutionen und ihre revolutionstheoretischen Deutungsmuster – von den englischen der zweiten Hälfte des 17., der Großen Französischen des ausgehenden 18., den mehr oder weniger erfolgreichen oder gescheiterten im 19. bis zu den russischen des beginnenden 20. Jahrhunderts – offenbar nicht griffen, war und ist nun von »gewaltlosen, stillen, unblutigen«, von »abgebrochenen, unvollendeten, verratenen«, von »samtenen, singenden, tanzenden« und anderen merkwürdigen »Revolutionen« die Rede. Wenn, wie gegen Ende des Jahres 2001, wieder einmal auf die »Gewaltlosig-/Unblutigkeit« hingewiesen wurde, geschah und geschieht dies mit dem Bedauern darüber, daß es sich hier um »Revolutionen ohne Guillotine« gehandelt habe und eben nicht doch einige »Aristokraten«, in diesem Falle Kommunisten »an der Laterne« gehangen hätten.

In einer geradezu grotesken Apotheose wird neuerdings mit dem Rückgriff auf Furet, der sich dagegen nicht mehr wehren kann, erklärt, »im Jahre 1989 habe die Aufklärung die Jahre 1789 und 1917 endgültig besiegt«. Wenn dies zuträfe, müßte mit der nun erfolgten »Vollendung der Aufklärung« gewissermaßen der Weg in ein »Goldenes Zeitalter« eröffnet worden sein. Die europa- und weltpolitischen Entwicklungen

und Ereignisse seither zeigen jedoch, daß die »Aufklärung nicht nur nicht vollendet« wurde, sondern daß ein Zeitalter begonnen hat, in welchem sich – mutatis mutandis – jene mit den bekannten Deutungen der »Dialektik der Vernunft« gemeinten Folgen und Wirkungen reproduzieren. Die Ereignisse seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts lassen befürchten, daß in ihm ein Rückfall hinter die Ergebnisse der europäischen Aufklärung eintreten und daß diese somit »endgültig besiegt« werden könnte.

Im übrigen: Die Versuche, Aufstieg und Fall des Realsozialismus, wenn überhaupt, welt-, europa- und systemgeschichtlich zu deuten, haben deutlich nachgelassen. In der offiziellen deutschsprachigen Zeitgeschichtsschreibung, deren ideologisch-apologetische Haltungen immer wieder hervortreten, werden andere Themen bevorzugt: Die besondere deutsche Rolle in der Osterweiterung von EU und NATO, die gewachsene deutsche Bedeutung in der Europa- und Weltpolitik, Führungsansprüche in Europa und Fügungsübungen im Verhältnis zu den USA – und, ein Jahrhundert nach dem diesen Schlachtruf auslösenden Krieg, erneut: *The Germans to the front!* – vom Balkan über das Horn von Afrika bis Afghanistan. Allerdings muß sich die deutsche Sozialdemokratie des beginnenden 21. Jahrhunderts nicht mehr gegen kaiserlich-imperialistische Aggressions- und Expansionsgelüste wehren und sie muß auch keine Verlegenheitsübungen bei der Bewilligung von Kriegskrediten machen; sie ist inzwischen selbst Kriegspartei und konkurriert in einem entsprechenden europa- und weltpolitischen Anspruch mit anderen noch sogenannten »Arbeiterparteien«.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus ist weithin zu einer Fußnote geworden, das Thema des immerhin vierzigjährigen Bestehens eines anderen deutschen Staates findet nicht einmal mehr das Interesse der tonangebenden Fachhistoriker beziehungsweise Zeitgeschichtler, es wird solchen Sachverständigen wie Biermann, Bohley, Schabowski überlassen.

Unsicherheiten zeigen sich in dem Beharren auf Abhandlungen zur Geschichte einzelner Länder und Völker, wobei die der letzteren eher Beiwerk als Gegenstand ist. Es werden Abneigungen gegen vergleichende und verallgemeinernde, regionen- und epochenübergreifende Darstellungen etwa auch qua Kulturgeschichte deutlich. Dies ist um so bezeichnender und gleichzeitig um so unverständlicher, als bereits die ersten großen historiographischen Ansätze des 18. (von Vico über Voltaire bis Herder), einige hervorragende des 19. (von Ranke über Fallmeayer bis Burckhardt) und des 20. (Dawson, Pirenne, Halecki, Braudel)

Jahrhunderts – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – sowohl vergleichend als auch sozial-, kultur- und mentalitätsgeschichtlich angelegt waren. Komparative methodische Konzepte sind etwa bei zeitgenössischen englischen, französischen Historikern und anderen mit (Themen aus) Geschichte, Gesellschaft, Kultur befaßten Geistes- und Sozialwissenschaftlern erkennbar, nur eben nicht in der arrivierten und etablierten, institutionalisierten und offiziellen bundesrepublikanisch-deutschen Historiographie.

Das wird allerdings erklärbar, wenn man sieht, daß hierzulande deren Amtsinhaber und Meinungsführer in der von ihnen okkupierten, parzellierten und reklamierten Behandlung osteuropäischer Gegenstände eine bemerkenswerte Mischung von Besserwissen und Vorurteilen, Arroganz und Ignoranz, in einigen Fällen schlichte Fehler und peinliche Irrtümer zeigen. Vollends deutlich wird diese Haltung dann, wenn hiermit bestimmte wissenschaftlich omnipotente Ansprüche, politische Attitüden und imperiale Ambitionen verbunden sind.

In der »Leipziger Universitätszeitung« vom 4. Juli 2001 war unter »Personalien« zu lesen: »Prof. Dr. Stefan Troebst [...] ist zum Vorsitzenden der internationalen Jury des »Carpathian Cross-border/Inter-regional Research Program« [...] berufen worden. Daneben wurde er vom Budapest College der Central European University zum Mitglied der internationalen Studiengruppe »Between Nationalism, War and Communism. Reappraising the History of Southeastern Europe in the 20th Century« berufen, die sich der »Entwaffnung« der Geschichtsschreibung in Südosteuropa durch Pluralisierung und Multiperspektivität verschrieben hat.« Man kann nicht annehmen, daß dieser Text vom Inhaber dieser und bereits anderer universitärer und außeruniversitärer, wissenschaftsinstitutioneller und -politischer Ämter nicht autorisiert wurde. Wenn allerdings von einer solchen Aufgabe internationaler wissenschaftlicher Gremien die Rede ist, muß es also einen Gegner geben, der »bewaffnet« und dessen »Entwaffnung« notwendig ist. Eine solche Äußerung ist jedoch ebenso beispiellos wie bezeichnend: Die von Troebst und den von ihm geleiteten Gremien beabsichtigte »Entwaffnung« ist wahrscheinlich als besondere flankierende Maßnahme zu dem irreführend als »Balkanstabilitätspakt« bezeichneten Okkupationsplan gedacht, mit dem diese Region in ein USA-/NATO-Protektorat unter besonderer deutscher Beteiligung verwandelt wird, eben auch, wie hier verkündet, wissenschaftspolitisch.

Vergleichende Geschichtsdarstellungen wie der hier zu erläuternde methodische Ansatz einer *vergleichenden Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas*, sind hierzulande kaum üblich, weil sie schwierig sind und überdies nicht dem vorherrschenden Meinungsbild und den so genannten elaborierten Konzepten entsprechen.

Eine Ausnahme stellt jedoch die von Michael Salewski im Jahre 2000 vorgelegte *Geschichte Europas* dar: Hier werden west- und osteuropäische geschichtliche Entwicklungen und Ereignisse durchgängig gleichgewichtig und vergleichend behandelt.

Zweitens. In den Jahren 1989/1991 und seither haben westdeutsche Historiker, Politologen und andere unisono, pauschal und apodiktisch erklärt, »niemand habe den Zusammenbruch des Ostblocks voraussehen können«, »alle seien von diesen Ereignissen überrascht und deshalb unvorbereitet gewesen«, und dies wird in verschiedenen Lesarten bis heute behauptet. Damit wurden zunächst die eigene Unfähigkeit, diese Entwicklungen wenigstens erahnt oder vermutet zu haben sowie der nun zunächst eingetretene Verlust der Deutungshoheit begründet. Weiterhin wurde und wird mit solchen Behauptungen negiert, daß es in den dann von diesen Zusammenbrüchen betroffenen Ländern durchaus mehr oder weniger begründete Überlegungen gab, die einen möglichen Kollaps, eine Implosion des Gesamtsystems annahmen.

Die Vorstellung, daß es sich hier nicht um eine »Explosion«, etwa verstanden als »Revolution«, sondern um eine »Implosion«, also einen erschöpften Zusammenfall – man könnte auch Analogien zum Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik herstellen – nach dem Verbrauch aller internen, systemeigenen Energien und Ressourcen und das völlige Ausbleiben externer Energiezufuhren handeln könnte, wurde übrigens, nachdem dies in einer Veröffentlichung des Autors im Jahre 1989/1990 überhaupt erstmals so bezeichnet wurde, dann von anderen mehrfach übernommen, allerdings ohne die Fundstelle/Quelle anzugeben.

Diskussionen über den möglichen Zusammenbruch des Gesamtsystems fanden nicht nur in Dissidentenzirkeln oder ähnlichen Gruppen, sondern in bestimmten wissenschaftlichen Öffentlichkeiten beispielsweise in der DDR oder während internationaler wissenschaftlicher Veranstaltungen in einigen sozialistischen Ländern statt. Sie bewegten sich im Verlaufe der achtziger Jahre zunehmend nicht mehr um die Fragen, »ob« mit einer solchen Implosion zu rechnen sei, sondern »wann« und vor allem »wie« sie in den einzelnen Ländern verlaufen würde: mit oder ohne Gewalt im Inneren und von außen.

Im übrigen hätten sich westdeutsche Politologen und andere von den Ereignissen »völlig Überraschte« in Veröffentlichungen ihrer Zunft umsehen sollen, so etwa bei James Burnham: »The Struggle for the World« (New York 1947) und »The Coming Defeat of Communism« (New York 1950, deutsch 1950) sowie bei Stefan T. Possony »A Century of Conflict. Communist Techniques of World Revolution« (Chicago 1953, deutsch 1956). Abgesehen von zeitgenössischen Meinungen über Burnham (Trotzkist, »Antikommunist«) und Possony (»antikommunistisch, antisowjetisch«) waren beide weder »blindwütige kalte Krieger« noch »Kremlastrologen«, sondern scharfsinnige Analytiker. Sie untersuchten unabhängig voneinander, mit verschiedenen Ausgangspunkten, Methoden und Befunden die Entstehung des von der KPdSU/UdSSR organisierten und dominierten politischen und militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems, seine mit der Entstehung bereits sichtbar werdenden inneren Antinomien und äußeren Antagonismen. Im Ergebnis dessen kamen sie zu einem im Ganzen ähnlichen, teilweise übereinstimmenden, in einzelnen Bereichen abweichenden Schluß, daß der »Coming Defeat« dieses Systems gegen Ende des »Centurys of Conflict« zu erwarten sei. Dies war offenbar keine abstruse Spekulation oder ähnliches, wenngleich von Zeitgenossen in der westlichen wie in der östlichen Welt so bezeichnet, sondern eine bemerkenswert genaue Verbindung von middle-range-analysis und long-term-prognosis. In den fünfziger bis achtziger Jahren gab es mehrere solche beachtenswerten, genauen Untersuchungen; sie wurden allerdings entweder als »antikommunistische Machwerke« abgetan oder aus Gründen tages- oder weltpolitischer Opportunitäten verschwiegen oder verworfen. Als die Krisenzeichen des Systems bereits unübersehbar waren und sowohl aus der westlichen wie aus der östlichen Welt immer beunruhigendere Analysen über seinen ständig desolater werdenden inneren und äußeren Zustand bekannt wurden, beeilten sich führende Politiker und Politologen der westlichen Welt, von einer »erstaunlichen Saturiertheit« und einer »hohen Stabilität« des Systems und seiner Bestandteile zu sprechen. In den achtziger Jahren war es in der BRD in allen politischen Lagern und von ihnen indoktrinierten wissenschaftlichen Gremien geradezu verpönt, galt es als unseriös und disqualifizierend, über den Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere ihres Kerns, sowie etwa über jenen der DDR und ihre mögliche, künftige »Wiedervereinigung« mit der – ihr, wie dann geschehen, erschöpftes Hineinfallen in die – BRD auch nur öffentlich nachzudenken; es widersprach sozusagen der »political correctness« und

galt unter führenden Intellektuellen, den »opinion leaders« geradezu als unanständig. Kein Wunder, daß die allgemeine Überraschung, Sprach- und Ratlosigkeit zunächst groß waren. Nach 1989 wollte dann keiner der verantwortlichen Politiker und tonangebenden Wissenschaftler mehr an frühere Einlassungen erinnert werden. Im Verlaufe der vergangenen zehn Jahre haben fast alle ihre Sprache wiedergefunden und die nun auch allein behauptete und vollzogene Deutungsmacht über die jüngste deutsche (Zeit-)Geschichte mit den ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten und Institutionen zurückerobert.

Drittens. Das im folgenden zu Skizzierende wurde und wird nicht als theoriestiftend, sondern als methodischer Ansatz für Lehre und Forschung, einschließlich der Ausarbeitung der erforderlichen Lehrsystematik und -didaktik angesehen. Insofern handelt es sich nicht um die »Konstruktion« oder »Rekonstruktion« von Geschichte, sondern um eine komparative, hermeneutische Aufarbeitung der Geschichte der Völker und Länder Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas, um eine vergleichende Erzählung oder auch narrative Komparatistik. Im folgenden methodischen Ansatz werden Epochen, Ereignisse und Entwicklungen sozial- und kultur-, real- und ideengeschichtlich, diachron und synchron geordnet dargestellt, wodurch eine Art Vierfeldertafel mit horizontalen, vertikalen und vektoriellen Aspekten, gewissermaßen in drei Dimensionen in einer hinzutretenden gedachten vierten entsteht.

Die Schwierigkeit vergleichender Betrachtungen liegt bekanntlich in der Bestimmung und Anwendung des *tertium comparationis*, in seiner instrumentalen Funktion, methodischen Valenz, bezogen auf das oben skizzierte methodische Schema, auf die Möglichkeiten historiographisch-komparativer Validierung. Die entstehenden methodischen Ansätze sind weder inhaltlich konsistent noch räumlich-zeitlich kongruent und sollen dies auch nicht sein. Vielmehr sind es Betrachtungszugänge, die während ihrer Anwendung fortgesetzter Erklärung und Überprüfung, also Verbesserung bedürfen. Daraus ergibt sich, vor allem in der Lehre, sowohl ihre methodische als auch didaktische Brauchbarkeit und Gültigkeit.

Nun ist in manchen Bereichen der Geschichtsschreibungen beziehungsweise -wissenschaften das Bemühen um vergleichende Betrachtungen ebenso unüblich und unbeliebt wie jenes, Lehrinhalte und -gebiete gewissermaßen fortwährend methodisch und didaktisch zu evaluieren. Daß es in den letzten Jahren auf das hier skizzierte Konzept unsachliche, um nicht zu sagen rüde Reaktionen gab, hat seine Ursachen vermutlich genau hier: Bestimmte Vertreter der Zunft vertragen nicht, daß jemand

eine grundlegend andere Meinung als sie vertritt und dann auch noch bemüht ist, diese in der Lehre anwendend fortwährend zu überprüfen und zu verbessern – und, was die Sache nach ihrer Meinung noch schlimmer macht, darüber zu veröffentlichen.

UNTERSUCHUNGSEBENEN

Im folgenden werden die Ebenen vergleichender kulturgeschichtlicher Untersuchungen zu Südost-, Ost- und Ostmitteleuropa genannt, einige etwas ausführlicher behandelt. Zunächst sind jedoch einige Erläuterungen zu den drei regionalen Begriffen erforderlich.

Die vorerst gewählte Reihenfolge Südost-, Ost- und Ostmitteleuropa ergibt sich aus den geschichtlichen raumzeitlichen Kennzeichen der Untersuchungs- beziehungsweise Darstellungsebenen. Die geo- und historiographischen sowie sozial- und kulturhistorischen Begründungen und Merkmale dieser Begriffsbildungen sind in einigen in der Auswahlbibliographie genannten Arbeiten des Verfassers gegeben. An dieser Stelle soll darauf verwiesen werden, daß sich diese regionalen Begriffe zunächst aus der gesamten europäischen Entwicklung in zwei Hemisphären des imaginären Kontinents und dann über jene historischen Markierungen und Zäsuren ergeben haben, die den Osten noch einmal in Südost-, Ost- und Ostmitteleuropa untergliederten. In diesem Sinne besonders schlüssige Darstellungen sind bereits mit dem Rückgriff auf die frühe, weiter zurückreichende Ideengeschichte der Begriffe »Osteuropa« und »Südosteuropa« sowie dann von der Mitte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts hinzutretend »Ostmitteleuropa« in der von Hans Helmolt in neun Bänden herausgegebenen *Weltgeschichte*, Leipzig 1899–1907, sowie in der bekannten, weiter unten genannten Arbeit von Oskar Halecki enthalten.

Die nun hier vorgenommenen Zuordnungen sind weder geopolitische oder politisch-historiographische Theoriebildungen noch ideologisch oder ähnlich intendierte Positionen; es sind einfach methodische Umschreibungen.

Südosteuropa umfaßt die Republiken Albanien, Bulgarien, Makedonien, Rumänien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina (mit ihren speziellen Strukturen), die Bundesrepublik Jugoslawien mit den Republiken Serbien und Montenegro sowie den Provinzen Kosovo und Vojvodina. Die Griechische und die Türkische Republik werden im allgemeinen nicht in die-

sen Begriff einbezogen; ihre Geschichte, insbesondere die ihrer byzantinischen und osmanischen Vorgänger, ist jedoch mit der Südosteuropas untrennbar verbunden. Die räumlich-zeitlichen Dimensionen können – abgesehen von der Vor-, Ur- und Frühgeschichte – mit der römischen Eroberung und Verwaltung der Provinzen entlang der Donau, zwischen der Adria, dem Schwarzen Meer und der Ägäis angesetzt werden. Entscheidend waren für diesen Raum die osmanische Herrschaft vom ausgehenden 14. bis zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie die Gegenbewegungen in Gestalt der österreichischen und russischen Türkenkriege mit ihren territorialen, ethnischen und sozialen, wirtschaftlichen und politischen, kulturellen und mentalen Begleiterscheinungen und bis heute erkennbaren Folgen; prägend waren die habsburgisch-österreichische Herrschaft über den Donaauraum, Teile Ostmitteleuropas und des nördlichen Südosteuropa einschließlich der Wirkungen des *Confinium Militare*, der Militärgrenze, wie die russische zwischen Dnjestr und Pruth, Donau und Karpaten, in der Moldau und Walachei. In ihren gegenwärtigen Gestalten und Zuständen sind die Staaten Südosteuropas schließlich auch Ergebnisse dieser geschichtlichen Umstände und Bewegungen, entstanden im 19. Jahrhundert durch Zurückdrängung der osmanischen Herrschaft einerseits und die gegensätzlichen Interessen und Aktivitäten der europäischen Groß- und der südosteuropäischen Mächte andererseits, einschließlich der Kriege gegen Ende des 19., am Beginn und im Verlaufe des 20. Jahrhunderts. Einige Staaten haben eine lange Vorgeschichte zwischen dem 10. und 14. Jahrhundert im Kroatischen (katholischen) Königreich, im Ersten und Zweiten (orthodoxen) Bulgarenreich und im (orthodoxen) Großserbischen Reich, andere wurden trotz einer ebenfalls langen Vorgeschichte und Zugehörigkeiten zu anderen Gebilden erstmals im 20. Jahrhundert selbständige Staaten.

Osteuropa umfaßt heute die Rußländische Föderation (europäischer Teil), die Estnische, Lettische, Litauische, Weißrussische, Ukrainische, Moldawische Republik sowie Transnistrien. Es sind neben Rußland und den Russen jene Länder und Völker, die zwischen dem Beginn des 18. und dem Ende des 20. Jahrhunderts durch verschiedene Umstände, in unterschiedlicher Dauer und Gestalt Bestandteile des Russischen Zarenreiches, später der UdSSR waren. Mit deren Zerfall wurden Estland, Lettland und Litauen (dieses abgesehen von der Bildung eines mittelalterlichen Großfürstentums, dann der Personal- und Realunion mit dem Königreich Polen) zum zweiten Mal in ihrer Geschichte und im 20. Jahrhundert selbständige Staaten, die Ukraine (abgesehen von geschei-

terten Versuchen zwischen 1917/1918 und 1920), die Belarus und Moldawien zum ersten Mal.

Die hier zu berücksichtigende Geschichte dieses Raumes beginnt mit der Entstehung der Kiewer Rus und ihrer griechisch-orthodoxen sowie der Königreiche Polen und Ungarn und ihrer römisch-katholischen Christianisierung zwischen 850 und 1000. Wesentliche Zäsuren stellen das Vordringen deutscher Ritterorden in baltische Gebiete und die spätere schwedische Expansion im östlichen Ostseeraum, die mongolisch-tatarische Herrschaft über weite Teile des europäischen Rußland zwischen der Mitte des 13. und dem Ende des 15. Jahrhunderts, der Aufstieg des Großfürstentums Moskau zum Zentrum des russischen Zartums nach 1480, dessen Expansionen in alle Himmelsrichtungen und die Herstellung seiner petrinischen, katharinensischen, alexandrinischen Grenzen zwischen 1721 und 1878, das Ende des Russischen Zarenreiches und die Entstehung der UdSSR sowie schließlich deren Zerfall dar.

Ostmitteleuropa umfaßt die heutige Polnische, Tschechische, Slowakische, Ungarische, Slowenische Republik. In ihrer gegenwärtigen Gestalt sind diese Staaten erst im 20. Jahrhundert entstanden: Polen, seit 1000/1025 katholisches Königreich, nach einem halben Jahrtausend der Union mit Litauen, über hundert Jahren der Teilung und staatlichen Vernichtung zwischen 1795 und 1918 als Polnische Republik sowie deren Beseitigung durch Hitler und Stalin zwischen 1939 und 1944, nach 1944/1945 »westverschoben« wiederhergestellt; die Tschechische und Slowakische Republik nach einer wechselvollen tausendjährigen großmährischen, böhmisch-tschechischen, polnisch-ungarisch und westeuropäisch-dynastisch, entscheidend durch Habsburg-Österreich geprägten Geschichte; aus der Tschechoslowakischen Republik der Jahre 1918 bis 1939, 1945 bis 1991; die Slowenische Republik aus dem Zerfall des SFRJ 1989/1991 erstmalig als selbständiger Staat der Slowenen; die Ungarische Republik nach einer ebenfalls tausendjährigen wechselvollen Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg und Zweiten Weltkrieg; alle genannten schließlich nach dem Ende ihrer volksdemokratisch-sozialistischen Phase in ihrer heutigen territorialen, politischen und rechtlichen Ordnung.

Die Geschichte dieser drei europäischen Großräume, ihrer Völker und Länder, ist durch umfassende Wirkungen einerseits griechisch-orthodoxer und andererseits römisch-katholischer Christianisierungen auf die Entstehung feudaler Staatswesen und ihrer kulturellen wie politischen Identität, jahrhundertelange Fremd- und Vorherrschaften, Kriege und Friedensschlüsse, Trennungen und Teilungen sowie territoriale, ethni-

sche, demographische, soziale und kulturelle Veränderungen und Verwerfungen größten Umfangs und schwerster Folgen unverhältnismäßig stärker geprägt als die anderer europäischer Regionen.

Die folgende *Skizze der Untersuchungsebenen* wird durch zwei Exkurse zu methodischen Gesichtspunkten der Themen Fremdherrschaften und Stalinismus ergänzt:

Erstens. Untersucht werden Zusammenhänge zwischen *süd-, ost-, südwest-, westslawischen und nichtslawischen Ethnogenesen* (Bulgaren, Russen, Serben; Kroaten, Polen, Ungarn), *frühfeudalen Staatsbildungen* (Erstes Bulgarenreich, Kiewer Rus, (Groß-)Serbisches Reich; Königreiche Kroatien, Polen, Ungarn) und *griechisch-orthodoxen* (Bulgaren um 865/870, Russen um 988, Serben um 1217/1219) einerseits sowie *römisch-katholischen* (Polen 965/1000, Ungarn um 1000, Kroaten 10./11. Jahrhundert) *Christianisierungen* andererseits.

Die griechisch-orthodoxen wie die römisch-katholischen Christianisierungen bilden die grundlegenden Verbindungen und Vermittlungen zwischen den Prozessen der Ethnogenesen und der Staatsbildungen, mit ihnen werden in einem umfassenden Sinne neue geistliche und geistige Grundlagen der entstandenen Gebilde geschaffen, sie erhalten eine neue historische und kulturelle Gesamtqualität und -identität.

Gleichzeitig bilden die Christianisierungen nicht nur die konfessionell-kirchliche, sondern die Kulturgrenze zwischen dem Westen (der Latinität, Romania, Katholizität) und dem Osten (der Slavica, Orthodoxie) Europas in einem grundlegenden, umfassenden und für ein Jahrtausend dauerhaften Sinne, später verstärkt durch die Wirkungen der Fremdherrschaften sowie die mit ihnen verbundenen Grenzmarkierungen (Antemurale Christianitatis, Confinium Militare), Trennungen und Teilungen.

Zweitens. Untersucht werden sozial- und kulturgeschichtlich prägende und verändernde Merkmale, Wirkungen und Folgen von *Fremd- beziehungsweise fremdbestimmten Vorherrschaften* in Ost-, Südost- und Ostmitteleuropa: der *mongolisch-tatarischen* über weite Teile des südlichen europäischen Rußland zwischen 1240 und 1480, der *osmanisch-islamischen* über Südosteuropa und nordwestlich/nordöstlich vorgelagerte Gebiete zwischen 1362/1389 und 1878/1918; der *russischen* über nicht-russische Völker und Länder zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer zwischen 1721 und 1917; der *habsburgischen, österreichisch-ungarischen* über Gebiete des Donau- und nördlichen Balkanraumes zwischen 1699/1716 und 1918.

Fremdherrschaften dieser Art, Dauer und Wirkung haben vergleichsweise zum Osten im Westen Europas nicht stattgefunden. Die arabisch-islamische über den Südwesten Europas, Teile des Mittelmeerraumes und insbesondere der iberischen Halbinsel hatte zwischen 711 und 1492 – abgesehen von dynastischen, ethnischen und religiösen Kämpfen zwischen den über die muslimischen Völker vom vorderen Orient bis zum Magreb jeweils Herrschenden – eine grundlegend andere Gesamtwirkung: Sie war ein in der europäischen Geschichte einmaliger Kulturtransfer zwischen dem ausgehenden Altertum und der beginnenden Neuzeit, mit über das gesamte Mittelalter hinweg im Süden, Westen und in der Mitte Europas über Jahrhunderte weiterreichenden Wirkungen in allen Bereichen kultureller Entwicklungen.

EXKURS FREMDHERRSCHAFTEN – EINIGE METHODISCHE GESICHTSPUNKTE:

Vergleichende Untersuchungen zu Merkmalen, Verläufen und Folgen von Fremdherrschaften können nach methodischen Gesichtspunkten erfolgen, die als eine Art komplexe qualitative Indikatoren – ähnlich jenen an anderer Stelle zur Untersuchung von Ursachen für den Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus wie von Kennzeichen der folgenden Umbrüche in den betroffenen Ländern und Gesellschaften verwendeten – verstanden werden.

Einige methodische Gesichtspunkte werden hier kurz, andere in vergleichenden Untersuchungen verwendete nicht beschrieben.

Ökologie

Politisch-staatliche Herrschaft über andere Länder und Völker ist mit Eingriffen in deren Lebensräume und -grundlagen verbunden. Grundlegende Veränderungen natürlicher Existenzbedingungen bewirken solche der sozialen und kulturellen Eigenschaften, Merkmale und Verfassungen fremdbeherrschter, -bestimmter Bevölkerungen. Zu untersuchen ist also, welcher Art diese Eingriffe sind, in welchem Umfang und mit welchen Folgen sie geschehen. Fremdherrschaft kann Landesausbau, Kultivierung (kennzeichnend für die arabisch-islamische Herrschaft über Südwesteuropa) oder Landesausbeutung, Devastierung (kennzeichnend für

die osmanisch-islamische Herrschaft über Südosteuropa) der Lebensräume und -grundlagen der betroffenen Bevölkerungen bedeuten. Es ist wesentlich zu ermitteln, welche langandauernden und -wirkenden Veränderungen der Zustände vor Beginn und während der Dauer der Fremdherrschaften stattfinden, wie Zusammenhänge zwischen Ökologie, Produktions- und Lebensweisen beschaffen sind und welche Folgen dies für die Zeiten nach Beendigung der Fremdherrschaften hatte und hat.

Demographie

Fremdherrschaften bewirken Veränderungen der demographischen Merkmale und Bewegungen betroffener Bevölkerungen. Es können Herausbildungen neuer Ober- und Unterschichten (hierarchischer Strukturen durch Unterordnungen, Angleichungen, Arbeitsteilungen, Symbiosen), Vermischungen der Allochthonen mit den Autochthonen und Austausch vorhandener beziehungsweise Entstehung neuer, vereinheitlichender wie unterscheidender sozialer und kultureller Merkmale, Strukturen und Institutionen ebenso geschehen wie ständige Unterdrückungen und allmähliche Auslöschungen sozialer und kultureller Eigenschaften der Unterworfenen (Identitätsverluste), Anpassungen oder Nachahmungen der Mentalitäten der Eroberer durch die Eroberten; es kann sich um ständigen staatlich-administrativen Terror (Strafexpeditionen, Deportationen, Ethno- und Genozide) sowie demographische Verwerfungen unumkehrbarer Art durch Kriegshandlungen, Verelendungen, periodische und systematische Dezimierung von Reproduktionspotentialen (euphemistisch als »Knabenlese« bekannt) handeln. Es ist zu untersuchen, auf welche Weise während der Dauer von Fremdherrschaften die demographische Existenz und Struktur betroffener Bevölkerungen erhalten, erweitert oder gefährdet, beschädigt wird, in welchem Umfang und Ausmaß Lebensräume ganzer Völker so einschneidend verändert werden, daß die Folgen nach Beendigung der Fremdherrschaften in den nächsten Generationen beziehungsweise Zeiträumen nicht nur schemenhaft erkenn-, sondern in den demographischen Reproduktionsbedingungen und -verläufen noch spürbar sind.

Sozialstruktur

Fremdherrschaften bewirken im Zusammenhang mit den oben beschriebenen Vorgängen wesentliche Veränderungen in den sozialen Strukturen sowohl jener die Herrschaft Übernehmenden als auch jener von ihr Erfaßten. Das trifft auf die im Grunde konstruktiv, progressiv ebenso wie auf die im Ganzen destruktiv, regressiv verlaufenden Fremdherrschaften zu. Die arabisch-islamische Herrschaft über Teile der iberischen Halbinsel bewirkte die Herausbildung einer sozial- und kulturgeschichtlich neuen, fortgeschritteneren Sozialstruktur aus beziehungsweise zwischen muslimischen Arabern, Berbern und anderen sowie jüdischen wie christlichen Bewohnern dieses Raumes. Es entstanden arbeitsteilig, verhältnismäßig vielschichtig gegliederte Bevölkerungen besonders in den Städten des südöstlichen Spanien mit teilweise hochdifferenzierten und -spezialisierten soziokulturellen Schichten, Gruppen, neuen administrativen und vor allem intellektuellen Eliten sowie den entsprechenden Institutionen.

Die osmanisch-islamische Herrschaft über die Balkanhalbinsel bewirkte im Grunde das Gegenteil: Die sozialen Gruppierungen, Schichtungen, Arbeitsteilungen der ihr vorausgehenden Jahrhunderte verschwanden fast gänzlich, die soziokulturellen Bewegungen oder Entwicklungen der betroffenen Bevölkerungen kamen weitgehend zum Stillstand; administrative und intellektuelle, geistliche und weltliche Eliten wurden (mit Ausnahme des kollaborierenden griechisch-orthodoxen Klerus und der Phanarioten) beseitigt, der autochthone (beispielsweise südslawische, bulgarische) Adel vernichtet; Anfänge eines städtischen Bürgertums (Gewerbe, Handel, Handwerk) waren kaum erkennbar.

Identität

Diese Vorgänge bewirkten wiederum grundlegende Veränderungen sozialer und kultureller Identitäten und Mentalitäten, besonders nachhaltig in den russischen während und in Folge der mongolisch-tatarischen sowie auch in den südslawischen Bevölkerungen als Gesamtwirkung der osmanisch-islamischen Fremdherrschaft. Es fanden Überformungen bereits entstandener sozialer und kultureller Merkmale statt, die teil- und zeitweise einen weitgehenden Identitätsverlust beziehungsweise die ständige Gefahr solcher Veränderungen bedeuteten. Gewaltsame Eingriffe in die natürlichen Lebensräume und sozialen Lebensumstände bewirkten

Verwerfungen in kulturellen Merkmalen wie Sprache, Religion, Alltagskultur, Mentalität. Während in den Deutungen bestimmter grundlegender Merkmale und Verläufe der russischen Geschichte nach Beendigung der mongolisch-tatarischen Fremdherrschaft immer noch und immer wieder die »asiatischen Erblasten« erschienen (und erscheinen), sind es in jenen der Geschichte südslawischer Völker, namentlich der Bulgaren, Makedonen, Serben, die Spuren und Folgen des »osmanischen Jochs«. Diese im geschichtlichen, gemeinsamen Bewußtsein auftretenden Figurationen können nicht einfach als ahistorische, anachronistische, irrationale Verirrungen und Verwirrungen abgetan werden. Wenn die Geschichte der politischen Kulturen, des Alltagsbewußtseins beziehungsweise der -kultur, der religiösen Kultur und anderer Inhalte und Formen geschichtlich-gesellschaftlicher Daseinsweisen und Bewegungen der Völker des östlichen und südöstlichen Europa – nicht von einem überhöhten/-heblichen mittel- oder westeuropäischen Standpunkt, sondern gewissermaßen von innen heraus überhaupt begriffen werden sollen – müssen diese besonderen Erscheinungen in der Geschichte dieser Völker mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit zur Kenntnis genommen und vergleichend untersucht werden, ebenso wie die aus ihnen folgenden höchst unterschiedlichen und widersprüchlichen Bewegungen und Bestrebungen zur (Wieder-)Gewinnung kultureller und nationaler Identität.

Drittens. Trennungen und Teilungen, Kriege und Friedensschlüsse haben von der Wende des 14. zum 15. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die gesamte Geschichte, insbesondere die sozialen und kulturellen, damit wirtschaftlichen und politischen Zustände und Entwicklungen in den genannten Regionen des Ostens ungleich stärker, verändernder geprägt als im Westen Europas.

Es waren nicht nur die mit den Christianisierungen und Fremdherrschaften verbundenen Grenzbildungen, sondern auch fortwährende Umverteilungen von Bevölkerungen und Gebieten, teilweise einhergehend mit massenhaften Fluchtbewegungen, mit Ethno- und Genoziden, deren Ausmaße und Folgen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa geradezu kataklystisch waren, während in einem sehr begrenzten Sinne vergleichbare Veränderungen im Westen vergleichsweise »gebremst, geordnet«, kaum oder gar nicht stattfanden.

Als einige Beispiele können die Umverteilungen der Gebiete und Bevölkerungen zwischen den mittleren Verläufen der Donau und Theiß, Drau und Save, zwischen Slawonien und Siebenbürgen, den pannoni-

schen Ebenen und den Bergländern des westlichen Balkan, die mit den Friedensschlüssen von Karlowitz und Passarowitz, Kütschük-Kainardshi, San Stefano und anderen beziehungsweise mit den polnischen Teilungen von 1772 bis 1945 verbundenen Teilungen von Bevölkerungen und Gebieten, die mit dem Zerfall des russischen Zartums und des sowjetischen Imperiums sowie der dazwischen liegenden Vor- und Nachgeschichte des Zweiten Weltkrieges verbundenen Staatenbildungen, ihren zeitweiligen Liquidierungen wie Rekonstruktionen genannt werden. Das gilt auch für den Rückfall des heutigen rußländischen Staatsgebildes besonders in seiner europäischen Gestalt auf vorpetrinische, -katharinensische, -alexandrinische Grenzen und die damit einhergehenden erneuten, wiederholten Umverteilungen von Gebieten und Bevölkerungen. Veränderungen in einem derartigen Ausmaß, in einer solchen langen Dauer und mit vergleichbaren sozialen und kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Folgen haben in der anderen Hälfte Europas so nicht stattgefunden. Hinzu kommt, daß diese Verwerfungen noch längst nicht zum Stillstand gekommen sind, wie die Ereignisse in Südosteuropa seit zehn Jahren zeigen.

Viertens. Gegenstand der Untersuchungen sind Vorläufer, Inhalte und Erscheinungsformen, Ergebnisse und Wirkungen der Entstehung *kultureller Identitäten* und *nationaler Formierungen* sowie ihrer *staatlichen* und *rechtlichen* Fassungen in den genannten Regionen, auch im Vergleich zu analogen Prozessen im westlichen und mittleren Europa.

Eine besondere Bedeutung haben hier jene *geistigen Bewegungen, in welchen die ersten Inhalte und Formen kulturellen, nationalen Bewußtseins* entstehen – sowohl die der »nationalen Wiedergeburten« (Bulgaren, Serben, Tschechen), des »nationalen Erwachens« (Slowenen, Ukrainer, Esten) als auch regionenübergreifende wie die des Panslawismus oder regionenspezifische wie die des Illyrismus und ihre *sozialen Träger* (geistliche und nichtgeistliche Personen, meistens Gelehrte, die dem Adel oder Bürgertum entstammen beziehungsweise die ersten Gruppen oder kleinen Schichten Intellektueller darstellen) wie die *geistlichen und weltlichen institutionellen, organisatorischen, medialen Formen ihrer Wirksamkeit*, beispielsweise die slowenische Academia Operosum, Laibach, im 18. Jahrhundert (mit deren Wirken Linharts »Geschichte Krains«, 1788, verbunden ist), die ukrainische Kiril-Metodianische Gesellschaft in Kiew mit Schewtschenko und Kostomarow, um die Mitte des 19., weitere kulturelle Gemeinschaftsbildungen des »geselligen« 18. und des »langen« 19. Jahrhunderts, die Matica-Gesellschaften (böhmische Vorläufer

1818, serbische 1831, kroatische 1842, sorbische 1847, galizisch-russische 1848, mährische 1852, slowenische 1863). Zu diesen Gemeinschaften und Einrichtungen zählen auch solche wie die Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften 1800–1832 in Warschau, ab 1832 in Paris, das seit 1817 bestehende polnische Ossolineum oder auch die 1841 gegründete Akademija Rossijskaja, verbunden mit dem seit 1828 in Petersburg bestehenden Rumjanzew-Museum.

Hinzu kommen weitere besondere, grundlegende und langwirkende Erscheinungen, wie in Osteuropa die Formierungen des russischen historischen Nationalbewußtseins von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Tatschschew, Lomonossow, Nowikow, Karamsin) und in Ostmitteleuropa der polnische Messianismus, welcher entgegen manchen Darstellungen nicht zu den Panslawismen gerechnet werden kann, sondern aus der besonderen Lage der »geteilten polnischen Kulturnation ohne Staat« entsteht.

Fünftens. Eine Ebene, in der sich sozial- und kulturhistorische mit kultursoziologischen Gesichtspunkten besonders verbinden, sind Untersuchungen zu den *sozialen Grundstrukturen* ost-, ostmittel- und südosteuropäischer Gesellschaften und von ihnen hervorgebrachten *Inhalten und Formen der politischen, rechtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, religiösen Kulturen und Alltagskulturen, Lebensweisen* in ihren regional vergleichbaren, ähnlichen oder unterschiedlichen beziehungsweise gegensätzlichen Merkmalen und Entwicklungen, unter Berücksichtigung der jeweiligen grundlegenden, sie dominierenden, strukturierenden und organisierenden politischen und staatlichen Bedingungen.

Hier spielen die von zahlenmäßig starken, in sich differenzierten Schichten des Adels geprägten Gesellschaften (Polen – »die Familien«/Magnaten, Szlachta, Ungarn – Magnaten, Gentry), die Gesellschaften ohne autochthonen Adel (Esten, Slowaken, Bulgaren), jene mit mehr oder weniger entwickelten Gruppen oder Schichten des städtischen Bürgertums und der Intellektuellen (Tschechen, Polen, Ungarn, Kroaten) ebenso eine Rolle wie die in sich gering differenzierten bäuerlichen Gesellschaften (Esten, Letten, Litauer, Slowaken, Slowenen, Rumänen, Bulgaren).

Weiterhin sind hier jene Gemeinschaftsbildungen von Interesse, in deren Entstehungen und Wirkungen sich spezifische wirtschaftliche, soziale und alltagskulturelle Funktionen, grundlegende Merkmale der regional unterschiedlichen Zusammenhänge von Produktions- und Lebensweise

verbinden – beispielsweise *mir* und *obschtschina* in Rußland oder die *zadruga* in Südosteuropa.

Sechstens. Im Ergebnis der Kriege und Friedensschlüsse, Trennungen und Teilungen des 20. Jahrhunderts haben in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa grundlegende politische und staatliche, rechtliche und wirtschaftliche, vor allem soziale und kulturelle Umwälzungen stattgefunden, welche die Inhalte und Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins der betroffenen Völker (oder Bevölkerungen), vor allem ihre politische und rechtliche Kultur, darüber hinaus alle anderen kulturellen Bereiche und wiederum besonders die Inhalte und Formen ihres nationalen Bewußtseins entscheidend beeinflußt, wesentlich umgeformt haben. Komplexe Veränderungen der politisch-staatlichen Ordnungen und Verfassungen, der Lebensräume und -grundlagen, der Bewußtseinslagen ganzer Völker haben in diesem tiefgreifenden Ausmaß in der westlichen Hälfte Europas so nicht stattgefunden. In diesem Zusammenhang sind die internationalen und nationalen, politischen und staatlichen Bedingungen entscheidend, unter denen diese sozialen und kulturellen Um- und schließlich Zusammenbrüche stattfanden: Sie reichen von den Ursachen, Verläufen, Wirkungen beider Weltkriege, den sie beendenden Friedensordnungen, den über das ganze Jahrhundert reichenden Folgen der Pariser Vorortverträge 1918/1919, die Friedensverträge zwischen Sowjetrußland und Estland, Lettland, Litauen, Polen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, die Wiener Schiedssprüche 1938/1940 über die Entscheidungen in Teheran 1943 und Jalta 1945 sowie die bilateralen Abkommen und Verträge nach dem Zweiten Weltkrieg, die Bildungen der politischen, militärischen, wirtschaftlichen Bündnissysteme und Blöcke bis zu den inneren Erschütterungen des sozialistischen Systems und seinem schließlichen Zusammenbruch.

Von ähnlichen, vergleichbaren politisch staatlichen wie sozial-kulturellen Verwerfungen waren in einer solchen Art, in einem solchen Ausmaß Völker und Länder des westlichen, nördlichen, südlichen und mittleren Europa (mit dem Ausnahmefall Deutschland) nicht betroffen. Es sind vor allem die Wirkungen der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts in ihren originären Erscheinungsformen sowie ihrer Mit- und Nachläufer, welche die politischen Kulturen, das kollektive Bewußtsein und das entsprechende politische Verhalten in den Völkern und Ländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas grundlegend prägten und noch prägen.

Insofern sind hier Kultur- und Zeitbrüche eingetreten, welche die seit einem Jahrtausend entstandenen und entstehenden Antinomien und

Antagonismen, Konfrontationen und Kollisionen zwischen dem »Westen« und dem »Osten« Europas weiter verschärft, die grundlegenden kulturellen Abstände und Gegensätze weiter vertieft haben.

Fragen nach Möglichkeiten und Zulässigkeiten sozial- und kulturhistorischer Vergleiche beider Diktaturen haben seit langem zu einer Art von Weltanschauungskriegen zwischen den, mitunter zu völligen Zerwürfnissen innerhalb der Beteiligten beziehungsweise ihrer Gruppen oder Lager geführt. Die hier behaupteten, weder historisch noch logisch begründbaren, sondern ideologisierend und moralisierend aufmontierten und exekutierten, einander (scheinbar) ausschließenden Argumente und Positionen haben bewirkt, daß bisher mit den kulturellen Grundkatastrophen, und das sind nicht lediglich die beiden Kriege »als solche«, sondern vor allem die Diktaturen des 20. Jahrhunderts – wiederum im Vergleich zwischen entscheidenden Merkmalen, Unterschieden und Gegensätzen in der Zeitgeschichte des westlichen und des östlichen Europa – keine nur annähernd annehmbare wissenschaftliche Beschäftigung begonnen hat. Hinzu kommt, daß diese Defizite durch den Zusammenbruch des Sozialismus teilweise überdeckt und inzwischen durch die eingangs erwähnte Unfähigkeit, nun diesen wissenschaftlich untersuchen oder dies überhaupt noch zu wollen, gewissermaßen kumulativ verlängert, vergrößert werden.

Siebentens. Das 19. Jahrhundert wird mitunter als das »lange«, vom Ausbruch der Französischen Revolution 1789 bis zu dem des Ersten Weltkrieges 1914, bezeichnet. Das 20. erscheint inzwischen als das »kurze«, begrenzt durch das Ende des Ersten Weltkrieges, die russischen Revolutionen des Jahres 1917 und die Bildung der UdSSR im Jahre 1922, dann des von ihr geführten Systems und seines Zusammenbruchs in den Jahren 1989/1991. Manche nennen es das »sowjetische«; vielleicht wäre es richtiger, von imperialer sowjetischer Hybris, Aufstieg und Fall einer Weltmacht zu sprechen. Das 21. wird möglicherweise jenes amerikanischer imperialer Hybris sein. Das steht dahin, die Zeichen der Zeit deuten dies an.

Vergleichende Untersuchungen und Darstellungen zur Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas haben in Gestalt des Stalinschen großrussischen Bolschewismus, folgend als (originärer) *Stalinismus* (KPdSU/UdSSR) bezeichnet, sowie der *Stalinisierungen* in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas einen zentralen Gegenstand.

Es sind historisch qualifizierende und differenzierende Analysen der ursprünglichen Ursachen, Merkmale und Erscheinungsformen des Stali-

nismus in der UdSSR zwischen 1925 und 1953, 1954 und 1985 und danach sowie dazu, in welchem Umfang und Ausmaß, mit welchen sozial- und kulturhistorisch relevanten, vergleichbaren Wirkungen die zunächst als volksdemokratisch, dann als sozialistisch bezeichneten Staaten und Gesellschaften Ostmittel- und Südosteuropas (die »mitteleuropäische« DDR eingeschlossen) stalinisiert wurden und waren.

EXKURS *STALINISMUS, STALINISIERUNG* – EINIGE METHODISCHE GESICHTSPUNKTE

Bolschewisierung

Der ursprüngliche wie der auf andere Parteien, Länder, Gesellschaften übertragene Stalinismus bestand vor allem in der Verkehrung des Verhältnisses von Masse–Klasse–Partei–Führung in ein autokratisch-hierarchisches Herrschaftsdogma/-prinzip von einem »Führer« und »Geführten«, der gewaltsamen Durchsetzung der Herrschaft einer sich als Mehrheit erklärenden bolschewistischen Minderheit gegen die menschowistischen, sozialrevolutionären und anderen, aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sowie anderen Parteien und Organisationen bestehenden Mehrheiten mittels der Divinisierung, damit der Legitimierung des »Führers« und der Verwandlung der von ihm als Person verkörperten Ideologie in eine säkularisierte Orthodoxie. Es war die mittels eines pseudolegalen Terrors, entsprechender Parolen und unter bewußter Liquidierung aller beschworenen Grundsätze sozialistischer Demokratie »im Namen und Auftrage der Partei, zur Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse und ihrer Partei« vollzogene Herrschaft einer Fraktion um und durch eine Person über die Partei, die Klasse, die Massen sowie die gewaltsame Übertragung dieser Usurpation der Macht auf die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien beziehungsweise ihre Zusammenschlüsse in den Volksdemokratien, vorbereitet bereits durch die Komintern bis 1943, vollzogen durch das Kominform von 1947 bis 1948/1952 und verstärkt durch die Schauprozesse 1948/1952.

Dies gründete auf der Einsetzung dieser Person, des »Führers«, als historischem, geistigem und politischem Erben der beanspruchten Gründerväter nun in der kanonisierten Formel »Marx-Engels-Lenin-Stalin«, in dem Dogma, daß nun dieser Erbe auch alle Deutungsmacht über die annektierte Weltanschauung, die konstruierte Ideologie habe, ihr Voll-

strecker und Vollender sei, in der pseudoreligiösen, säkular-orthodoxen Doktrin, daß in ihm die Verwirklichung der historischen Mission des Proletariats in Gestalt nun der bolschewistischen Revolution und der Arbeiterklasse des Sowjet-Sozialismus, der Sowjetmacht, des Sozialismus-Kommunismus, des Weltfriedens, der Zukunft der Menschheit schlechthin inkarniert seien. Die Beschreibungen der einzigartigen weltgeschichtlichen Sendungen, Leistungen und Bedeutungen der Person waren mit jenen ihrer einzigartigen (über)menschlichen Eigenschaften – »weise, gütig, allwissend, unsterblich« usw. und wiederum mit jenen der von dieser Person repräsentierten Lehre verbunden. Aus dieser Verbindung von Divinisierung der Person und Orthodoxisierung der Ideologie entstand ein bizarres monolithisches Konstrukt. Die Person war unfehlbar, jeder Zweifel an ihr wurde zu einer Mischung aus lebensgefährlicher, todeswürdiger Gotteslästerung und einen ebensolchen Majestätsverbrechen; die Ideologie galt als »wahr, also allmächtig« und »allmächtig, also wahr«.

Das Dilemma, das Paradoxon der Ursprünge dieses Versuches, im beginnenden 20. Jahrhundert eine neue Gesellschaftsordnung »im Weltmaßstab«, dann in »einem Lande« und schließlich – begünstigt durch Verlauf und Ende des Zweiten Weltkrieges – wenigstens in einem Teil Europas zu errichten, lagen sowohl in der historisch-logischen Verkehrung und Verkennung der Mehrheits-/Minderheitsverhältnisse, in einer ebensolchen Verzerrung einer im Grunde völlig unbegriffenen und für diesen geschichtlichen Träger demzufolge auch unanwendbaren Weltanschauung. Daraus entstanden die folgenden fortwährenden Versuche, diese wahrgenommenen oder erahnten oder von geschichtlich-gesellschaftlichen inneren und äußeren Antagonisten verdeutlichten Dilemmata und Paradoxien, Defizite und Antinomien gewaltsam »überwinden«, gewissermaßen außer Kraft setzen zu wollen, was letzten Endes stets mißlang und die Gesamtkatastrophe vergrößerte. Dieser so erzeugte und vollzogene Zwang zur Gewaltanwendung als einzigem Mittel der Politik, als ultima ratio nach innen und außen wider Rationalität, Humanität, Demokratie begann 1918 und endete schließlich 1991.

Die Entstehung dieses genuin antidemokratischen, konterrevolutionären Verständnisses von Machterwerb und -ausübung entsprach den Bedingungen und Verläufen der russischen Geschichte und insofern mußte dieser Jahrhundertirrweg hier beginnen und enden: In der absoluten personalen Macht des »Führers« der Partei wurde die Autokratie der

Zaren ebenso fortgesetzt wie die Verwendung der Orthodoxie als einziger und unantastbarer geistlicher Legitimation weltlicher Macht.

Die Bezeichnung »Personenkult« für diese Phänomene ist im Grunde euphemistisch; ihre Übertragung auf die »Führer der Bruderparteien« – die später ebenso euphemistisch als »regierende kommunistische« bezeichnet wurden – geriet allerdings stets zu einer grotesken, manchmal auch nur komischen Mischung aus Farce und Tragödie. Eine besondere Art von »Verübermenschlichung« fand im Grunde nur im Falle jenes südosteuropäischen Diktators statt, den seine Gefolgsleute dann eilends umbrachten, um ihr Überleben und ihre Zukunft zu sichern, was ihnen im übrigen auch gelang.

Sowjetisierung

Die so bezeichneten Merkmale und Folgen der Stalinisierung in der UdSSR und in den volksdemokratisch-sozialistischen Staaten bedeuten im Grunde die Verkehrung der ursprünglichen Vorstellungen von Wesen und Wirkung der »Sowjets« (der Räte) in ihr Gegenteil. Aus den historischen Traditionen der Pariser Sektionen bis 1793/1794, der Pariser Commune 1871 und anderen Vorläufern entstand das von führenden Menschewiki entworfene Programm, die Räte der Abgeordneten der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und Soldaten als basisdemokratische Selbstverwaltungsorgane zu den eigentlichen Trägern der gesamten Revolution und der folgenden Errichtung einer neuen gesamtgesellschaftlichen Ordnung zu machen. Mit der Machtübernahme der bolschewistischen Gruppierung um Lenin und andere, deren Kampf gegen die Menschewiki und die schließliche Verwandlung dieser Gruppierung in die »Gefolgschaft« (Drushina) des »Führers« (einschließlich neuer Formen des Dienstadels in Gestalt der Nomenklatura, wiederum als Fortsetzung bestimmter Prinzipien, Mechanismen und Privilegien der Petrinischen doppelten Dienst-/Rangklassenordnung) durch Stalin wurden aus basisdemokratischen Selbstverwaltungskörperschaften und ihren konstitutiven, konstruktiven Funktionen für den künftigen Staats- und Gesellschaftaufbau – lokale, regionale, zentrale Sowjets – durch Beseitigung ihrer verfassungsmäßigen Legitimationen und Kompetenzen schließlich Befehlsempfänger, »Transmissionsriemen« der zentralen, regionalen, lokalen Diktatur der Partei beziehungsweise ihrer »Führer« – von Stalin bis zu den Funktionären der Apparate. In den Jahren der Gründung der UdSSR wurde die

gerade erst entstehende »Macht der Sowjets« – die im übrigen entgegen der bekannten Losung nie die »ganze Macht hatten«, lediglich teil- und wenigstens zeitweise regional oder lokal an ihrer Ausübung beteiligt waren, unter Anwendung der oben bereits dargestellten Prinzipien und Instrumente gebrochen, exemplarisch im Kronstädter Aufstand, geführt von den Sowjets der Matrosen-, Soldaten- und Bauerndeputierten, und seiner Niederschlagung im Jahre 1921.

Zwischen ihrer Gründung Ende 1922 und der Inkraftsetzung der Stalinschen Verfassung Ende 1936 wurde die Sowjet-Union eine Union ohne Sowjets.

Mittels des die Diktatur der Partei, ihrer Führungscliquen und ihres »Führers« rechtfertigenden »demokratischen Zentralismus« wurden die Ansätze und Anfänge »sozialistischer Demokratie« in der Partei, im Staatsaufbau, in der Gesellschaft zerstört. Dies fand als ein Wesensmerkmal der Stalinisierung in den volksdemokratisch-sozialistischen Ländern zwischen 1947/1948 und 1952 sowie in den folgenden Jahrzehnten – exemplarisch in den ungarischen und polnischen Ereignissen von 1956 oder in den tschechoslowakischen 1968 – statt. Entscheidend für diese Stalinisierungen der politischen, staatlichen, gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen in den oben genannten Ländern war, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Organe der »sozialistischen Demokratie« denen der Partei nachgeordnet, ihre Befehlsempfänger wurden; ihr Fortbestehen in Gestalt lokaler, regionaler, zentraler Formen diente der »demokratisch-zentralistischen« Durchsetzung wie der »sozialistisch-demokratischen« Verschleierung der alleinigen Herrschaft der die Partei beherrschenden Führungsgruppen beziehungsweise Personen gleichermaßen.

In diesen grundsätzlichen Haltungen vor allem der Stalinschen Führung der Partei zu den bis 1917 als entscheidende Grundlagen der Revolution, als wesensbestimmende Voraussetzungen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft bezeichneten Sowjets äußert sich besonders das geradezu elementare wie fundamentale Unvermögen, selbst in der fortwährenden Abwehr und Verurteilung »bürgerlicher« als ihre historische Alternative nun den geschichtlich-gesellschaftlich neuen Typ »sozialistischer« Demokratie zu schaffen. Die stalinistisch-bolschewistische Führung der KPdSU wie die stalinistischen Gruppen in den Führungen der anderen Parteien waren im Grunde ihres Wesens gerade zu »sozialistischer Demokratie« unfähig. Die Vorstellung, Macht legal erwerben, mit anderen in Koalition und Konsens teilen und ausüben zu müssen, erfüllte sie mit geradezu panischer Aggressivität und hysterischen Aktivitäten

gegen alle und jeden, der ihren Machtanspruch auch nur konstruktiv diskutieren wollte, geschweige denn gegenüber jenen, die ihn in diesem Verständnis und dieser Ausübung prinzipiell in Frage stellten.

In welchem Ausmaße und Umfang dieses Merkmal der Stalinisierung in den verschiedenen volksdemokratisch-sozialistischen Ländern über ihre »regierenden kommunistischen Parteien«, die eine von der russisch-sowjetischen teilweise grundlegend unterschiedene Geschichte sowie entsprechende andere Erfahrungen hatten, wirkte und inwiefern es auch dort schließlich zum Zusammenbruch dieser Länder und ihrer Gesellschaftsordnungen führte, ist ein besonders wichtiges Feld vergleichender sozial- und kulturgeschichtlicher Untersuchungen, hier der Zusammenhänge von nationalkulturellen, sozialstrukturellen und politisch-kulturellen Gegebenheiten und Entwicklungen.

*Liquidierung nationaler, regionaler Konzeptionen und Alternativen;
»Wege«-Diskussionen*

Die nach dem Scheitern weltrevolutionärer Illusionen gegen Ende der zwanziger Jahre durch Stalin verkündete, zunächst strategisch-defensive Konzeption vom »Sieg des Sozialismus in einem Lande« wurde in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre in einer offensiven, expansiven Strategie fortgesetzt, deren Ziel die Beseitigung und Einverleibung der baltischen Freistaaten und Polens sowie die Inbesitznahme von oder Einflußnahme in Gebieten war, die für eine entsprechende Politik in Richtung Südosteuropa als wesentlich angesehen wurden. Im Ergebnis dessen wurde Polen erneut, nun zwischen Hitler und Stalin geteilt und als Staat erneut für fünf Jahre vernichtet, um dann »westverschoben« in der von Stalin durchgesetzten osteuropäischen Nachkriegsordnung wieder zu erscheinen. Estland, Lettland und Litauen wurden unter Bruch der seitens Sowjetrußlands in den Friedensverträgen 1918/1920 gegebenen »ewigen Bestandsgarantien« zunächst kurze Zeit, dann für Jahrzehnte in Sowjetrepubliken verwandelt. Die Zerschlagung und Besetzung Finnlands mißlang, Bessarabien bzw. Moldawien wurde in der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges die letzte europäische Sowjetrepublik.

Bereits gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in jenen Ländern, die nach seinem Ende Nachbarn der UdSSR sein und mindestens in ihrem Einflußbereich, wenn nicht unter ihrem Zugriff liegen würden, Vorbereitungen für ihre Bindung an die UdSSR und die KPdSU getrof-

fen. Auf der politischen und staatlichen Ebene geschah dies nach der Doktrin des proletarischen beziehungsweise sozialistischen Internationalismus zunächst mittels des Kominform und mit dem vollen Ausbruch des Kalten Krieges durch politisch-ideologische, staatliche, militärische, wirtschaftliche Bündnissysteme, welche alle in sie einbezogenen Parteien und Länder in Befehlsempfänger und Erfüllungsgehilfen der KPdSU und UdSSR verwandelten. In diesem Zusammenhang war es erforderlich, alle auch »national-kommunistischen« Selbständigkeitsbestrebungen, die Suche nach einem »eigenen Sozialismus« beziehungsweise die Versuche seiner Gestaltung, alle »Wege-Diskussionen« radikal zu unterbinden und zu beseitigen. Dies geschah unter den Vorzeichen des Kalten Krieges dadurch, daß alle diese und ähnliche Bestrebungen als »gegen die UdSSR und die KPdSU, als imperialistisch, konterrevolutionär, als gegen den Weltfrieden und die Zukunft der Völker« usw. bezeichnet und bekämpft wurden. Dies zeigte sich vor allem in der Liquidierung des von Dimitrow und Tito zwischen 1944 und 1948 verfolgten Konzepts einer Balkanföderation wie verschiedener nationaler, regionaler Überlegungen und Absichten in anderen Parteien und Ländern in Ostmittel- und Südosteuropa – besonders in dem von Stalin inszenierten Kampf gegen den so genannten Titofaschismus.

Mit dem Ende der vierziger, dem Beginn der fünfziger Jahre hatten Stalin und seine Gruppe in der UdSSR wie in den anderen Parteien und Ländern die Hegemonie der KPdSU und der UdSSR vollkommen und nunmehr unwidersprochen durchgesetzt. Seine Nachfolger, von Chruschtschow bis Gorbatschow wie ihre Gefolgsleute setzten diese Politik und damit ein Wesensmerkmal des Stalinismus einschließlich der in einigen Ländern eintretenden katastrophalen Bruchstellen oder besonders bizarren Verwerfungen kontinuierlich und konsequent fort.

Terror

Der pseudolegale, politisch-staatlich-rechtlich konstruierte und exekutierte Terror als entscheidendes Mittel der Innen- und Außenpolitik ist eines der wesentlichen Merkmale des originären Stalinismus in der UdSSR, teil- und zeitweise auch der Stalinisierungen in den anderen Ländern. Bereits in der Vorbereitung des »bewaffneten Aufstandes« und besonders dann zwischen November 1917 und September 1918 wurde unter der Führung Lenins jenes komplexe und komplette System des »Roten

Terrors« geschaffen, welches dann vor allem zum Wesensmerkmal des originären Stalinismus wie auch bestimmter Stalinisierungen wurde.

In seiner ideologischen und moralischen Begründung wie in der Schaffung der Mittel zur physischen Liquidierung aller vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner war, abgesehen von der Benennung und Bekämpfung innerer und äußerer Feinde aller Art, auffällig, daß exemplarische Übernahmen der Instrumente wie des Vokabulars der jakobinischen *terreur* stattfanden: die Verwandlung der Verfassung in ein massenhafte Tötungen nicht nur rechtfertigendes, sondern vorschreibendes Instrument; Ausnahmerecht, -gesetze und -gerichte, fliegende Anklage-, Verurteilungs-, Hinrichtungskommandos (damals die mit allen Vollmachten über Leben und Tod beliebiger und beliebig vieler Menschen ausgestatteten Konventskommissare, nun die Troikas und dann aus Gründen der Effektivierung der Exekutionen die Dwoikas, Sollvorgaben der Zentrale an die regionalen, lokalen Administratoren und Exekutoren über die Anzahl der zu »Exterminierenden« sowie in und über allem die »roten Terror« in allen seinen ideologischen, politischen, pseudojuristischen, schließlich literarischen Beschreibungen verliehene irrationale, mythische Bedeutung. »Roter Terror« wurde, auch in der Rückbindung auf die »Weisheit und den Willen des Führers« zu einer welthistorisch nobilitierten, revolutionären Hochkategorie und die »Vernichtung aller Feinde des Sowjetvolkes, des Sozialismus, des Weltfriedens, der Zukunft der Völker« usw. zur höchsten moralischen Pflicht. Bezeichnenderweise wurde auch das Feindbild dem extremen jakobinischen Vokabular entnommen: Aus zunächst so bezeichneten »Volksfeinden« (noch Menschen) wurden »Volksschädlinge« (schon Ungeziefer). Insgesamt sind im »revolutionären Kampf (Terror)« gegen die vermeintlichen oder tatsächlichen inneren Feinde mehr Menschen getötet worden als im Kampf (Krieg) gegen alle äußeren Gegner.

Die Personen und die Instrumente dieser Art von Machtausübung wurden absurd heroisiert und dies blieb so bis zum Ende des Realsozialismus. Die geistige, politische und moralische Spur des Terrors Stalinischer Prägung hat den realen Sozialismus bis zu seinem Ende, wenngleich in den einzelnen Ländern und ihren Gesellschaften in unterschiedlichem Ausmaß, so doch schwer gezeichnet und schließlich auch zu seiner Selbsterstörung beigetragen. In diesem Zusammenhang entsteht erneut die Frage nach dem grundsätzlichen Vergleich der beiden das 20. Jahrhundert prägenden und verwüstenden Diktaturen – auch danach, welcher Art der Terror Hitlerscher Prägung war und welche Spuren der

Verwüstung er in der deutschen und europäischen Geschichte hinterlassen hat.

Industrialisierung

Von Mitte bis Ende der zwanziger Jahre begann in der UdSSR, mit dem Beginn der fünfziger Jahre in den anderen Ländern die Industrialisierung nach Stalinschen Vorgaben durch eine extensiv (teilweise exzessiv) erweiterte – ohne Strategien zur intensiven – Reproduktion, den Verbrauch von Ressourcen ohne ihre systematische, kontinuierliche Wiederherstellung, durch eine planmäßige, vorrangige Entwicklung der sogenannten Abteilung I und eine planmäßige Vernachlässigung der Abteilung II der Volkswirtschaften, durch Gewinnung von Arbeitskräften und Boden mittels ideologischer Kampagnen und administrativen Zwang, durch geradezu exzessive Urbanisierungen und gerichtet auf eine durchgehende, grundlegende Militarisierung der Volkswirtschaft, die Schaffung eines strategisch-offensiven Rüstungs- und Waffenpotentials. Dies wurde eingeordnet in Maßnahmen, durch welche die anderen Länder über den Politischen Beratenden Ausschuß und das Gemeinsame Oberkommando des Warschauer Vertrages, die Perspektiv- und Operativpläne des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in das Stalinsche, sowjetische Industrialisierungs- und Rüstungskonzept beziehungsweise die entsprechenden Programme einbezogen, ihnen untergeordnet, für sie in Dienst gestellt wurden.

Die extensive Reproduktion (Industrialisierung), die planmäßigen Disproportionen zwischen den beiden Abteilungen der Volkswirtschaft, die exzessive Urbanisierung durch die Bildung großstädtischer Agglomerationen (Industriestandorte mit sie umgebenden Wohnsiedlungen), die Zwangsmigrationen und -rekrutierungen von Arbeitskräften und die Militarisierungen der Volkswirtschaften erreichten in den anderen Ländern natürlich nicht die quantitativen Ausmaße und Folgen wie in der UdSSR, die qualitativen Wirkungen waren jedoch, wenngleich in den einzelnen Ländern wiederum höchst unterschiedlich, ähnlich oder vergleichbar. Insgesamt erwies es sich für die UdSSR wie auch für ihre Bundesgenossen als verheerend und schließlich selbstzerstörerisch, sich aus weltmachtpolitischen Prestige Gründen und Hegemonialansprüchen alternativlos auf den so genannten Rüstungswettlauf einzulassen und ihn schließlich »totgerüstet« zu verlieren.

Stalin konnte unter den Bedingungen eines »heißen« Krieges im Rüstungswettlauf zunächst mit seinen Bundesgenossen, dann im »kalten« Krieg mit seinen Gegnern eine Zeit lang noch mithalten; seine Nachfolger konnten dies in dem auch von ihnen mit hergestellten »Gleichgewicht des Schreckens« nicht nur nicht mehr, sie begriffen vor allem angesichts einer sich von 1945/1950 bis 1960/1975 völlig verändernden Weltlage die dazu bestehenden realen welthistorisch-politischen friedlichen Alternativen und Chancen nicht.

Kollektivierung

Die Kollektivierung der Landwirtschaft erfolgte nicht als umfassendes Programm einer entscheidenden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zur vollständigen Sicherung der Ernährungsgrundlagen, sondern als Fortsetzung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln. Die Bolschewiki hatten mit den Dekreten über den Frieden und über den Boden eine Massenbasis in der Bevölkerung erhalten; nun wandte sich die Stalinsche Führung vor allem gegen jene Millionen Bauern, die vor wenigen Jahren, die meisten zum ersten Mal in der Geschichte, eigenen Boden erhalten hatten. Die repressive Kollektivierung mit einem bis dahin noch nicht bekannten Ausmaß des administrativen, politischen und staatlichen, physischen Terrors gegen die Mehrheit der eigenen – zunächst der ukrainischen, dann der kasachischen und anderen – bäuerlichen Bevölkerungen war verbunden mit massenhaften Deportationen, Liquidationen, mit Geno- und Ethnoziden durch Verschleppung und Hunger, mit Zuständen von Verelendung und Verwüstung, wie sie im Ersten Weltkrieg und in den Bürger- und Interventionskriegen nicht aufgetreten waren. Die Landwirtschaft in der UdSSR, vor allem die bäuerlichen Bevölkerungen in ihrer Generationsfolge haben sich von dieser weitgehenden Vernichtung ihrer Produktions- und Lebensweisen – ein Jahrzehnt später durch die Verheerungen im Zweiten Weltkrieg noch einmal potenziert – bis zum Ende dieses Staatswesens nicht wieder erholt.

Nach 1950 versuchten die Stalinsche Führung und ihre Nachfolger in der UdSSR wie ihre Gefolgsleute in den anderen Ländern, dort die »sozialistische Kollektivierung der Landwirtschaft« generell durchzusetzen. Die geschah zunächst mit ideologischen Kampagnen und administrativem Zwang, entgegen nationalen, traditionellen volkswirtschaftlichen Erfahrungen und aktuellen Möglichkeiten in höchst unterschiedlichem

Ausmaß und mit ebenso verschiedenen Folgen: Während die Landwirtschaft in Polen nur zu einem geringen Teil überhaupt kollektiviert wurde, war mit der weitgehenden Vergenossenschaftlichung in der DDR die Ernährung mit Grundnahrungsmitteln gesichert; in Rumänien und Bulgarien war dies seit dem Beginn der achtziger Jahre kaum noch möglich.

Ein besonderer Gegenstand vergleichender sozial- und kulturhistorischer wie auch kultursoziologischer Untersuchungen zum realen Sozialismus besteht in folgendem: Die (Wechsel-)Wirkungen zwischen extensiver Industrialisierung und repressiver Kollektivierung, extensiven Urbanisierungen und exzessiven Migrationen hatten sowohl in der UdSSR zwischen 1925 und 1985 als auch in den anderen Ländern etwa zwischen 1950 und 1985 zur Folge, daß sich die demographischen Proportionen und Relationen zwischen städtischen und ländlichen Bevölkerungsanteilen umkehrten: In der UdSSR im genannten Zeitraum von städtisch 30 und ländlich 70 auf städtisch 70 und ländlich 30, in den anderen Ländern von städtisch zwischen 30 und 40 und ländlich 70 bis 60 auf städtisch 70 bis 60 und ländlich 30 bis 40 Prozent. Diese, bezogen auf den Zeitraum wie die Größe der Gebiete und betroffenen Bevölkerungen, sozial- und kulturgeschichtlich beispiellosen Umwälzungen waren im Zusammenhang mit den oben genannten Prozessen »planmäßig« erzeugte Landfluchten, Wanderungsbewegungen, demographische und damit soziokulturelle Entvölkerungen ländlicher Gegenden. Sie bewirkten das Verlassen und Wüstfallen tausender Dörfer sowie ökologische Devastierungen auf dem Lande und ökologische, demographische, sozial- und infrastrukturelle Überlastungen der Städte. Mit der mehr oder weniger »planmäßigen« Verwandlung von ländlichen, bodenständigen bäuerlichen Gesellschaften beziehungsweise Gemeinschaften in städtische, mit entwurzelten Bevölkerungen (teilweise an den Rändern – »urban fringes« – von Großstädten, in Slumbildungen wie um Moskau, Warschau, Budapest, Bukarest, Sofia) wurden jahrhundertealte familiäre Bindungen und soziale Generationszusammenhänge(-verträge), die Weitergabe von sozialen und kulturellen Erfahrungen, Verhaltensweisen, Wertorientierungen, von solidarischen und subsidiären Familien- und Generations-, Verwandtschafts- und Nachbarschafts- sowie übergreifenden Gemeinschaftsbeziehungen zerstört. Damit entstanden soziokulturelle Destabilisierungen und Devastierungen, deren Folgen und Wirkungen heute besonders in der Rußländischen Föderation, in der Belarus, Ukraine, in Rumänien, Bulgarien und anderswo spürbar sind: durch aktuelle Transformationsprozesse potentierte Arbeitslosigkeit, Verelendung, so-

ziale und moralische Verwahrlosung, Devianz aller Art, in beträchtlichen Gebieten und Bevölkerungsteilen anomische und amorphe Zustände.

Russifizierung

In den petrinischen, katharinensischen, alexandrinischen Grenzen des russischen Zartums fanden über Jahrhunderte verschiedene Formen der Russifizierung mit unterschiedlichen Wirkungen statt. Entsprechende Anstrengungen während der Herrschaft Alexanders III. zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Schwarzen Meer wurden von Stalin und seinen jeweiligen Gehilfen gewissermaßen »ausgewertet«, wie im übrigen auch andere besondere Mittel einer reaktionären, repressiven Innenpolitik, etwa die Wirksamkeit der Ochrana oder die Erzeugung von »Volkszorn« zur Lenkung von Pogromen.

Versuche einer in der Tradition großrussischen Denkens stehenden russifizierenden Bolschewisierung und Sowjetisierung der Lebensweise, des öffentlichen gesellschaftlichen, geistig-kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens analog den Maßnahmen, die seitens der Stalinschen Führung vor dem Zweiten Weltkrieg in nichtrussischen Gebieten und Bevölkerungen, etwa nach Eingliederung der Ukraine, der Transkaukasischen Republik(en), Estlands, Lettlands, Litauens, Bessarabiens (Moldawiens) sowie nach dem Zweiten Weltkrieg in den zunächst militärisch besetzten, politisch verwalteten Gebieten oder Ländern unternommen wurden, um ihrem öffentlichen Leben sowjetisch-russische Prägungen zu geben, zeigten höchst unterschiedliche Wirkungen und hatten entsprechende Folgen für die verschiedenen Länder und Bevölkerungen.

Stalinismus und Stalinisierungen äußerten sich, verbunden mit den vorn genannten Vorgängen beziehungsweise als einer ihren inneren Wesenszüge, in der Erzeugung politischer, staatlicher, militärischer, wissenschaftlicher, kultureller Eliten (Nomenklaturen) mit spezifischen Analogien zur Petrinischen Dienstklassenordnung in Gestalt einer Doppelung, Zu- und Unterordnung politisch-staatlicher wie militärischer Ränge und Kompetenzen, der Bildung einer Art von Dienstadel, einer Funktionärskaste mit limitierten Privilegien in verschiedenen Abstufungen und Zuweisungen, der Entstehung eines besonderen Standes- und Selbstbewußtseins dieser Eliten, besonderen Mustern ihres Verhaltens im öffentlichen Leben, der mit der Höhe der Ränge zunehmenden Entfernung ihrer Le-

bensbedingungen und Lebensweise von jener der nichtprivilegierten Bevölkerungen, der »werktätigen Massen«. Damit entstanden vor allem soziale, moralische und kulturelle Gegensätze innerhalb der Staatsvölker sozialistischer Länder, die schließlich zu einer wachsenden Entfremdung der Herrschenden von den Beherrschten und umgekehrt, zu tiefgreifenden Selbstzerstörungen jener von den »regierenden kommunistischen Parteien« beschworenen »politisch-moralischen Einheit« der Bevölkerungen führten. Nicht eine »sozialistische Menschengemeinschaft« war das Ergebnis dieser Übernahme sowjetischer »Vorbilder«, sondern Wirklichkeitsverluste auf seiten der Eliten (Nomenklaturen) und Entfremdungen zwischen ihnen und der Mehrheit der Bevölkerungen sowie auch zwischen ihren Hauptgruppen – etwa der »Arbeiterklasse«, der »Klasse der Genossenschaftsbauern«, den »Schichten der Intelligenz« und anderen.

In den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbrüchen in den ehemals sozialistischen Ländern sind diese inneren Widersprüche noch vielfältig erkennbar.

Ein zentraler Gegenstand und ein Zielpunkt vergleichender Kulturgeschichte – nun für das 20. Jahrhundert – Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas sind begründete Erklärungen für Aufstieg und Zusammenbruch des Realsozialismus. Die Ursachen, Verläufe und Folgen dieses weltgeschichtlich beispiellosen Vorganges können offensichtlich mit den seit 1990 in der westlichen Welt verbreiteten »Großtheorien« verschiedenster Provenienz und Couleur nicht erfaßt werden. Zum Verständnis dieser Zusammen- und den ihnen folgenden Umbrüche müssen sowohl etwa eineinhalb Jahrtausende umfassende geschichtliche Zeiträume vergleichend einbezogen als auch und vor allem die inneren Ursachen des Zerfalls des Realsozialismus, insbesondere die Wirkungen des originären Stalinismus in der UdSSR und die Auswirkungen in den Stalinisierungen des Gesamtsystems hinsichtlich ihrer Merkmale, Ausprägungen und Folgen untersucht werden.

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

Um den Text nicht zu überladen, wurde auf Anmerkungen/Fußnoten verzichtet. Einige für die Entwicklung und Anwendung des methodischen Ansatzes vergleichender Kulturgeschichte grundlegende Arbeiten sowie dazu bereits vorliegende Veröffentlichungen des Autors werden in einer Auswahl genannt. Des weiteren finden sich in einigen dieser Publi-

kationen Titel zum Thema Stalinismus, die aus Platzgründen ebenfalls nicht noch einmal aufgenommen wurden.

- John Boyle: Geschichte Europas. Von der Vorgeschichte bis ins 20. Jahrhundert, München 1983.
- Fernand Braudel/Georges Duby/Maurice Aymard: Die Welt des Mittelmeeres. Zur Geschichte und Geographie kultureller Lebensformen. Frankfurt am Main 1991.
- Fernand Braudel (Hrsg.): Europa: Bausteine seiner Geschichte. Frankfurt am Main 1991.
- Jacob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Studium. Historische Fragmente. Leipzig 1985.
- Jacob Burckhardt: Die Kultur der Renaissance in Italien. Ein Versuch. Bern o. J. [1944].
- Werner Conze: Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert. München 1992.
- Benedetto Croce: Theorie und Geschichte der Historiographie (Teoria e storia della storiografia, Bari 1920). Tübingen 1930.
- Christopher Dawson: The Making of Europe. London 1932 und New York 1945.
- František Dvorník: The Making of Central Europe. London 1949.
- Otto Forst-Battaglia: Zwischen Europa von der Ostsee bis zur Adria. Teil I: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn. Frankfurt am Main 1954 (Teil II nicht mehr erschienen).
- Wolfgang Geier: Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen. Wiesbaden 1995.
- Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996.
- Wolfgang Geier: Bulgarien zwischen Ost und West vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten. Wiesbaden 2001.
- Wolfgang Geier: Geschichte und Kultur Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. In: Wieser Enzyklopädie des Europäischen Ostens. Vorausband. Klagenfurt u. a. 1999.
- Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas: methodologische Konzepte und disziplinäre Aspekte. Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte, In: Kultursoziologie. Ambitionen – Aspekte – Analysen. Leipzig 3(1994)Sonderband.
- Wolfgang Geier: Gesellschaft und Mentalitäten. In: Valeria Heuberger./Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil (Hrsg.): Der Balkan. Friedenszone oder Pulverfaß? (= Wiener Osteuropa Studien, hrsg. vom Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut, Bd. 7). Frankfurt am Main u. a. 1998.
- Wolfgang Geier: Multiethnische und multikulturelle Konfliktlagen im östlichen und südöstlichen Europa. In: Ernst-Peter Brezovsky/Arnold Suppan/Elisabeth Vyslonzil (Hrsg.): Multikulturalität und Multiethnizität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Frankfurt am Main u. a. 1999.
- Wolfgang Geier: Antemurale Christianitatis: Kreuzzug auf dem Balkan. In: Hannes Hofbauer (Hrsg.): Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens. Wien 1999.
- Bálint Balla/Wolfgang Geier (Hrsg.): Zur Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. In: Kultursoziologie. Ambitionen – Aspekte – Analysen. (Sonderband 1994). Münster, Hamburg 1994.

- Jacques Le Goff: Geschichte und Gedächtnis (= Historische Studien, Bd. 6). Frankfurt am Main, New York 1992.
- Jacques Le Goff: Das alte Europa und die Welt der Moderne. München 1996.
- Oskar Halecki: Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte (The Limits and Divisions of European History, New York 1950). Darmstadt 1957.
- Oskar Halecki: Grenzraum des Abendlandes. Die Geschichte Ostmitteleuropas (Borderlands of Western Civilization, New York 1952). Salzburg 1956.
- Georg G. Iggers: Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, 1976 (The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present, 1968). Wien, Köln, Weimar 1997 (siehe dort auch die Literaturhinweise auf S. 387–399).
- Jacques Pirenne: Les grands courants de l'histoire universelle. Neuchâtel 1945.
- Henri Pirenne: Geburt des Abendlandes. Untergang der Antike am Mittelmeer und Aufstieg des germanischen Mittelalters (Mahomet et Charlemagne, Paris-Bruxelles 1937). Nijmegen o. J. [1937/1939].
- Henri Pirenne: Geschichte Europas. Von der Völkerwanderung bis zur Reformation. Frankfurt am Main 1961.
- Henri Pirenne: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im Mittelalter. Tübingen 1986.
- Michael Salewski: Geschichte Europas. Staaten und Nationen von der Antike bis zur Gegenwart. München 2000.
- Jenő Szűcs: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt am Main 1990.
- Arnold J. Toynbee: A Study of History (Abridgement of Volumes I–VI by D. C. Somervell, 1946). New York und London 1947.

ACHIM ENGELBERG

Das Erdbeben vor dem Krieg. Eine Reise nach Montenegro des Jahres 2001

Wer von Dubrovnik zur montenegrinischen Grenze fährt, sieht eine Landschaft wie aus einem Reiseprospekt: Felsige Berge fallen schroff ins türkisfarbene Meer, neue Häuser glänzen hell im Sonnenlicht, Zypressen stechen zapfenförmig in den Himmel, wurzelartig verschlungene Olivenbäume und weit ausladende Pinien spenden Schatten, dazwischen gleißt und funkelt gelber Ginster. Nur ab und zu weist ein zerbombtes Haus, eine zerschossene Wand, auf den zeitlich noch nahen Krieg hin. Die neuen Häuser sind größer als die alten, die gesprengt wurden.

Der Grenzübergang besteht aus einem Haufen von Buden, Containern, Schranken. Auf der schmalen Straße schwitzen wartende Fahrer in ihren Lastern, uniformierte Beamte sitzen vor tonlosen Fernsehern, ein Radio leiert und plärrt Schlager, die Duty-Free-Verkäuferin betrachtet ihre bemalten Fingernägel. Eine montenegrinische Fahne hängt schlaff in der Mittagshitze. Aber nichts deutet darauf hin, daß man jetzt Jugoslawien betritt, zumindest den Rest davon, zu dem Montenegro offiziell noch gehört. Es herrscht Visapflicht, doch niemand kümmert sich darum – jedenfalls nicht bei EU-Bürgern.

Wer sich der weitverzweigten Bucht von Kotor nähert, dem südlichsten Fjord Europas und dem einzigen mit Palmen, sieht auch hier Häuserruinen – nur stammen sie nicht aus den Kriegen der neunziger Jahre, die nie auf dem Boden Montenegros ausgefochten wurden, sondern vom Erdbeben aus dem Jahre 1979. Immer wieder finde ich in den kommenden Tagen Überreste dieser Naturkatastrophe. Oftmals wird erst jetzt – nach mehr als zwanzig Jahren – wieder aufgebaut. Anschaulicher bekam ich niemals die Auswirkungen der Wirtschafts- und Gesellschaftskrise zu sehen, die Jugoslawien schon in den achtziger Jahren heimsuchte und die den Aufstieg von nationalistischen Diktatoren wie Milošević erst möglich machte. Das Erdbeben vor dem Krieg.

Ich habe Durst und kaufe eine Wasserflasche in einem Supermarkt. Zuerst will ich wie in Dubrovnik mit kroatischen Kuna bezahlen, halte

noch rechtzeitig inne und gebe der Verkäuferin den Betrag in der offiziellen Landeswährung. Es braucht ein paar Tage bis ich ohne Nachdenken mit DM bezahle. Seit verganginem Dezember gilt in Montenegro die jugoslawische Währung Dinar nichts und die Deutsche Mark alles. Die Preise sind zwar oft um die Hälfte billiger als bei uns, aber der Durchschnittslohn beträgt 200 DM (im offiziell dazugehörigen Serbien sind es nur 100 DM, ausgezahlt in Dinar). Fünfmärkstücke werden zurückgewiesen – wegen der vielen Fälschungsversuche. Der Fünfmarkschein jedoch wird so oft benutzt, als habe die Deutsche Bundesbank alle Fünfmarkscheine nach Montenegro gegeben.

Wird Montenegro nun unabhängig? Welche Perspektiven hat dieses Land? Um das herauszufinden, fahre ich in die Hauptstadt. Am Straßenrand stehen noch viele Schilder, die nach Titograd weisen, wie die Hauptstadt Podgorica einen Lidschlag der Geschichte lang hieß. Manchmal ist Tito durchgestrichen, aber nicht oft. Immer wieder sieht man in Amtsstuben Tito-Bilder, selbst bei Menschen, die für die sofortige Unabhängigkeit sind.

»Spielen Sie Domino?« – so berichtet ein westlicher, anonym bleiben wollender Diplomat – ist die ironische Frage, die er von den Anhängern der Unabhängigkeit hört. Es ist eine Anspielung auf die westliche Politikerfloskel, daß ein selbständiges Montenegro einen Dominoeffekt bewirken könne und den Unabhängigkeitsgelüsten etwa der Albaner im Kosovo neue Nahrung geben würde. Gerade Diplomaten vor Ort geben zu verstehen, daß sie dies für wenig wahrscheinlich halten. Oftmals höre er den Vergleich, daß das jetzige Restjugoslawien wie eine falsch zugeknöpfte Jacke sei, die geöffnet werden müsse, dann könne man sie richtig zuknöpfen. Auf drei Säulen solle das neue Haus stehen: der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik sowie einem gemeinsamen Markt.

Die DM-Einführung, so erläutert er, war notwendig, weil die serbische Notenbank oftmals in Not die Dinarpresse anschaltete und Inflationsgefahr drohte. Hier, in Montenegro, sei man schließlich ein gebranntes Kind und im Gegensatz zu Serbien schon seit einigen Jahren auf Reformkurs. Wahrscheinlich ist, daß Montenegro mit seinen rund 650.000 Einwohnern ein Versuchsgebiet wird wie die Länder Südosteuropas in die EU eingebunden werden können. Jedenfalls ist es nächstes Jahr das einzige Euroland ohne Eurokriterien.

Ein Problem bleibt, so mein Gesprächspartner, daß die westeuropäischen Staaten Montenegros Weg in Richtung Selbständigkeit fördernd applaudierten, solange Milošević in Belgrad an der Macht war. Einen

Umsturz später will man davon wenig wissen. So stoße man viele potentielle Verbündete vor den Kopf.

Pedja, der Fahrer, ist ein kräftig gebauter, bärenhaft-gemütlicher Mittdreißiger. Er zeigt mir eine Kopie der Vereinigungserklärung der serbischen und der montenegrinischen Kirche von 1918, die er ständig im Handschuhfach seines Autos hat. Diese beweise, so Pedja, daß man früher selbständig war und erst 1918 vereinigt wurde. Die schlimmsten Jahre wären dies gewesen. Er lebt, wie er sagt, für ein unabhängiges Montenegro.

Beim Blick aus dem Autofenster sieht man Felsenwälder. Wegen des steinigen Untergrundes kann man hier kaum Landwirtschaft betreiben, obwohl das Klima so günstig ist, daß aus jedem Erdhaufen auf dem Felsen ein Baum wächst. Hohe Berge begrenzen den Blick. Es wird mir klar, warum in der Geschichte dieses Landstriches Familienclans eine so bedeutende Rolle spielten. Als noch keine in die Berge gesprengten Straßen die Felsentäler verbanden, war man früher hier isoliert wie auf einer Insel. Das Felsenmeer bewirkte die Beschränkung auf das jeweilige Tal, auf die Großfamilie. Andererseits schirmte es die Bergmenschen vor den Begehrlichkeiten anderer ab – nur an der Küste konnten Türken und Venezianer regieren. Diese Landschaft nährte immer wieder den Wunsch nach Unabhängigkeit, nach dem Bewahren der Eigenständigkeit.

Die durch Fremdherrschaft geprägten Küstenstädte sind heute die große Hoffnung für ein unabhängiges Montenegro. Hier könnte wieder und verstärkt Tourismus Geld in die leeren Kassen bringen und Montenegro zum Wirtschaftswunderland des Balkans machen. Und neben der ungemein abwechslungsreichen Küste sind diese Altstädte Perlen, eingefafßt durch festungsartige Mauern. Enge Gassen führen durch ein schattiges Gebäudegewirr, verwitterte alte Häuser mit modernen Boutiquen, Restaurants und Cafés. Ab und zu öffnet sich ein Ausblick auf sonnige Plätze mit Palmen. Die außerhalb der alten Mauern gelegenen Neubauten sind weitläufig, abgewohnt und einfallslos. Meistens entstanden sie in den siebziger Jahren, grauer Beton auf zersiedelter Ebene, eine Moderne ohne historischen Boden. Auch hier zeigen die Ruinen des Sozialismus, daß er nicht wohnlich war.

Immer wieder beobachte ich den wachsenden Einfluß der beiden orthodoxen Kirchen, der montenegrinischen wie der serbischen. In Cetinje, der alten Hauptstadt des Landes, wimmelt es von Kindergruppen, die ins Kloster geschleust werden, und sich nach einer Erläuterung des Mönches in Reih und Glied aufstellen, Reliquien küssen, sich bekreuzi-

gen und einige Münzen auf einen Teller werfen. Der Mönch singt dazu mit tiefer schöner Baßstimme.

An einer Kirche in Kotor hängt eine übergroße Fahne – die vier Buchstaben darauf bedeuten: »Nur die Einigkeit rettet Serbien.« Mordende und plündernde Tschetniks benutzten sie während des Bosnienkrieges. Er kenne das Problem, antwortet der Stadtführer auf meinen Blick, aber da sollte man nicht weiter bohren. Es ist die Fahne der orthodoxen Kirche. Vor dem Krieg, ergänzt die Übersetzerin, habe man diese Flagge nirgends gesehen. Beim weiteren Stadtgang sehe ich die Zeichen auf der Fahne des öfteren als Graffiti.

Gegen Abend verschwindet die Sonne rasch hinter den wuchtigen Bergen, die still und dunkel liegen wie schlafende Fabelwesen; da versteht man, warum das Land wörtlich übersetzt dunkler Berg heißt und Mythen gebiert.

Die Übersetzerin erzählt mir von ihrem Abiturjahrgang. Niemand ihrer Schulkameraden starb in den Balkankriegen, aber jetzt, im kalten Frieden, verlieren viele den Boden unter den Füßen – keine Arbeit, keine Zukunftshoffnung, das Gefühl, nicht gebraucht zu werden. Einer sprengte sich mit einer Granate in die Luft, einer sprang von einem Hochhaus, einer ... Ich denke, es sind unsere Probleme, dramatisch radikalisiert.

Offiziell wird vieles schöneredet, aber hinter die Fassaden der Industriebetriebe sieht man rasch. So sagt der Leiter des Salzwerkes in Ulcinj, daß die Schwierigkeiten – mit verursacht durch die westlichen Sanktionen – gravierend seien, aber die Löhne weiter gezahlt würden. Die Gespräche mit Arbeitern entlarven es als Lüge, seit Monaten warten sie auf ihre kargen Löhne. Sie fühlen sich hilflos gegenüber einer Funktionärsschicht, die anscheinend nur sich selbst bereichert. Wahrscheinlich wissen die abgehärmten Arbeiter auch, daß sie wenig zu produzieren haben. Das Tuckern der rostigen, salzzerfressenen Anlagen klingt alt. Alles wirkt wie ein Schrotthaufen, nicht wie eine Fabrik mit Zukunft.

Besser, aber auch nicht zukunftssicher ist die Situation in der Werft von Bijela. Der Gesprächsraum stammt aus den siebziger Jahren. Große Kugellampen hängen von der Decke. Nur die Hochglanzbroschüre und die offerierte Coca Cola zeigen die neue Zeit an. Die Gewerkschaftsleitung und einige ausgewählte Arbeiter sitzen aufgereiht wie in einem sozialistischen Propagandafilm.

Besteckgeklapper, Stühlerücken, Gesprächsfetzen und Lachen klingen aus der nahen Großkantine. Die Beschäftigten essen zu Mittag auf

Kosten des Betriebes. Bei Überstunden, erläutert man, sei dies gang und gäbe. Zur Zeit liegen in allen Docks Schiffe zur Reparatur, ein großes ankert in der Bucht. Das sei nicht immer so, oftmals habe man nicht volle Kapazität. So waren im März 129 von den 750 Arbeitern und Angestellten beschäftigungslos auf der Warteliste, im April waren es 141.

Im Sozialismus war jeder in der Gewerkschaft. Sie zerfiel während der Kriege und den Sanktionen, wo man keine Arbeit hatte. Seit Mitte der neunziger Jahre baut man eine neue, reformierte auf, die den Weg vom Genossen zum Kollegen geht. Als Erfolg wertet man, daß hier die Löhne gezahlt werden. Dies geschieht auch, schränkt man später ein, um Facharbeiter zu halten, dadurch fehle wiederum das Geld für neue Technik. Dazu komme die Rezession auf dem Werftmarkt.

Offiziell liegt die Arbeitslosenquote im ganzen Land bei 30 Prozent. Wer die vielen ohne Lohn und die Arbeiter auf den diversen Wartelisten dazuzählt, erkennt das Ausmaß des wirtschaftlichen Desasters.

Auf einer von teils schneebedeckten Bergen umstellten Hochebene liegt das Weinkombinat »13. Juli«. Grüne hüfthohe Weinreihen stehen kilometerweit, durchbrochen von hohen dunkelgrünen Baumreihen, die den Wein vor rauen Winden schützen. Gute Tischweine werden hier massenhaft, 5.000 Flaschen pro Stunde, produziert. Ich erwähne kurz, daß mir des öfteren Rotwein mit Eiswürfel serviert wurde. Das Problem kenne man, antwortet einer traurig, die Weinkultur sei heruntergekommen. Man lerne viel von Italienern und Franzosen und sei zuversichtlich.

Im Hintergrund des Weinkombinates, das immer noch staatlich ist, sieht man den rostigen, dampfenden Schrott des Aluminiumwerkes – die größte Umweltsünde des Landes. Gerade als ich den Aussichtspunkt über die Weinrebenfelder betrete, steigt eine schmutzig-orange Wolke aus einer rostbraunen Anlage auf.

Der Industrieminister Djukanović, ein Namensvetter des Präsidenten, leitete jahrzehntelang einen Stahlbetrieb. Obwohl er schon im alten Jugoslawien Minister war, bezeichnet er sich als Ökonom, nicht als Politiker. Im Gespräch wird klar, daß sich sein Optimismus auf ein Übereinkommen mit Belgrad gründet, dazu auf westliche Kredite und einem Wirtschaftsaufschwung durch den Tourismus.

Noch blockiert Belgrad vieles, so der Minister, beispielsweise braucht ein Flugzeug aus Deutschland, das in Montenegro landen will, eine Genehmigung aus Belgrad. Bürokratie erschwere den Tourismus.

Dazu gibt es massive Störmanöver, indem Armeeflugzeuge über Urlaubsorte dröhnen.

Die Fahrt an der Küste gen Süden ist eine Fahrt entlang landschaftlicher Schönheiten in die Armut. Hinter Bar, der wichtigen Hafenstadt, werden die Häuser abgewohnter, die Straßen löchriger. An den Straßenkreuzungen betteln Roma-Kinder. Etliche Graffitis werben für albanische Parteien. Hier leben mehrheitlich Albaner; nah, und dennoch fern vom Mutterland. Manche haben Verwandte kilometernah hinter der Grenze; doch der einzige, von der Küste weit entfernte Übergang über die lange Grenze macht jeden Besuch zu einer beschwerlichen Reise. Die Regierung scheut sich, die Tür zum Armenhaus Europas weiter zu öffnen.

Ardita, eine junge Frau mit modisch lockigem Blondhaar, studierte Deutsch im Kosovo. Sie führt mich durch Ulcinj. Am Berghang über dem Stadtstrand steht ein übergroßes dreiteiliges Segel aus Beton – ein landesübliches Denkmal für den erinnerungswürdigen Partisanenkampf während des Zweiten Weltkriegs. Durchaus kein sozialistischer Realismus mit Patentproleten und Kalaschnikow. Dennoch auch hier das gleiche Phänomen: die sozialistische Kunst sollte eine der Bewegung, des Fortschritts sein. Doch selbst dieses Segel steht bunkerschwer im Raum – die reale Stagnation der Epoche widerspiegelnd.

Ardita freut sich, mit jemandem Deutsch sprechen zu können. Ihr Abschluß als Deutschlehrerin wird in Montenegro nicht anerkannt. Man wisse nicht, so sagen die Behörden, was sie wirklich im Kosovo von albanischen Professoren gelernt habe. Deshalb muß sie für wenig Geld in einer Bibliothek arbeiten, seit Januar erhält sie überhaupt keinen Lohn. Glücklicherweise hat ihr Mann ein Restaurant. Das alles erzählt sie in gutem Deutsch. Es wird klar, daß der kalte Krieg der Ethnien weitergeht. Erst wenn Tourismus wieder Geld hierher bringt, in den achtziger Jahren war Ulcinj eine Touristenstadt mit 5.000 Betten, wird es – möglicherweise – Versöhnung geben. Dahin ist noch ein weiter Weg.

Plötzlich knattert etwas los wie eine Maschinenpistole. Die schwangere Ardita lächelt, steckt mit einer Hand das Haar hinters Ohr und erläutert, oftmals feiere man mit Schüssen die Geburt eines Sohnes, um eine Tochter wird nicht soviel Aufsehen gemacht.

Im Auto erklärt der Fahrer, daß er auch bald Vater werde. Natürlich wünsche er sich einen Sohn. Die Dolmetscherin sagt, sie sei die dritte bruderlose Tochter. Über soviel unverschuldetes Pech kann er nur freundschaftlich fluchen. Meinem Vater, erläutert die Übersetzerin, habe

es nicht soviel ausgemacht – aber der Mutter, sie sehnte sich nach einem Stammhalter.

Der Skutari-See kommt näher, ein Dorf mit einigen hohen Gebäuden wird sichtbar. Auf Müllbergen gackern und stochern Hühner, etliche erdbebenzerstörte Ruinen bevölkern Bergziegen. Auf einem hoch gelegenen geländerlosen Balkon bespringt ein Bock eine Ziege, kurz vor dem Absturz ändert das Paar die Stellung. Eine Landschaft des pittoresken Zerfalls, wie aus einem Film von Emir Kusturica. Doch die nächste Ecke verändert den Blick: ein neu errichtetes 5-Sterne-Restaurant liegt anmutig im grünen Tal. Die riesige Fischplatte, die von zarten Forellen über Aal bis zu kräftigen, nach Kaßler schmeckenden Fisch reicht, ist überwältigend gut. Dazu gibt es montenegrinischen Chardonney, ein guter Tischwein, alles nur für 25 DM. Wenn in Kürze die im Hintergrund donnernden Preßlufthammer verstummt sind und die Bauarbeiter fertig sind mit ihrer Arbeit, kann man sich vorstellen, daß man es sich hier gut gehen lassen kann – viele hoffen auf besserverdienende Westeuropäer, die für einen Aufpreis auch dies oder jenes Wild schießen dürfen.

Der Wagen schlängelt sich auf einer in den Fels gesprengten Straße den Berg hinauf – vorbei an kleinen Dörfern mit Feldern zur Selbstversorgung, daneben erzählen verlassene Steinruinen die Geschichte vom nahen Ende der Bergbauern.

Der Fahrer zeigt auf eine M-förmig verschlungene Straße im fernen Tal. Der Architekt, so erzählt man, war verliebt in die Königin Milena, und habe deshalb die Straße so gebaut. Das sei vor 200 Jahren gewesen. Ja, das mythenreiche Montenegro zeigt sich nicht nur in kriegerisch-nationalistischer Rüstung, sondern auch im romantischen Gewand solcher Sagen.

Immer wieder liegen am Straßenrand Blumensträuße, sie scheinen oftmals durch frische ersetzt zu werden, manchmal ist daneben eine kleine Tafel mit einem Foto und den Lebensdaten angebracht. Wegen der ansteigenden Zahl von Verkehrstoten sieht man immer wieder Kontrollen uniformierter Polizisten. Trotz waghalsiger Überholmanöver in Haarnadelkurven vor dem jähem Abhang frage ich mich, nach dem Gespräch mit der Übersetzerin über ihren Abiturjahrgang, wie viele der Verkehrstoten verdeckte Selbstmorde sind?

Danilo Popović, der Chef der montenegrinischen Gewerkschaft, ist ein kantiger Kerl mit eigener Meinung, kein flexibler Bürokrat. Mit durchsetzungsfähiger Stimme erzählt er, daß er schon gegen den Krieg war, als viele heutige Europaanhänger Dubrovnik beschossen. Nationalisten

bedrohten ihn sogar, weil er der erste Offizielle war, der sich für die Beschießung entschuldigte. Während seine rechte Hand ruhig auf dem Tisch liegt, unterstützt seine linke seine Rede. Sachlich, doch nicht ohne sarkastischen Witz berichtet er von der Hyperinflation, die 1993 Montenegro verheerte. Ein Brot von 700 Gramm kostete auch 700 Gramm Geldscheine. Ein Großteil der Arbeitsplätze wurde zerstört, der Schwarzmarkt stieg auf zur entscheidenden Wirtschaftskraft. Auch heute noch bekommen nur 50% der Beschäftigten regelmäßig Lohn, besonders schlimm dran sind die Industriearbeiter. Er wisse zwar, ohne die Nato wären die Kriege nicht beendet worden, aber der Westen gäbe mehr für Militärationen aus als für die Ökonomie und die Infrastruktur. Das müsse geändert werden. Dramatisch sei die Situation vieler, die im Krieg groß wurden. Sie finden keine Arbeit, keinen Platz im Leben. Manche seien zehn Jahre nach ihrer Ausbildung immer noch arbeitslos. Der Frust gebiert Gewalt. Und das in einem Land, wo nach den Kriegen in fast jedem Haus ein Gewehr lagert.

Ihm ist klar, daß Montenegros langer Weg gen Westen nicht im superschnellen Ferrari der Kriegsgewinnler zurückzulegen ist. Deshalb warnt er vor neuen sozialen Erdbeben. Wenn man Montenegro nur als Billiglohnland sieht, wird es keinen Frieden geben. Die Armut ist das zentrale Problem. Auch während des Krieges gingen viele aus sozialen Gründen nach Dubrovnik plündern. Es ist wie überall in der Welt, Bürgerkriege gibt es nur in armen Ländern. Das, was alle Nationalisten eint, ist die Überzeugung, für alle reicht es nicht.

JÖRG ROESLER

Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. Zur Entwicklung von Staatskapitalismus und Marktwirtschaft 1989–1999

Unter Osteuropa werden im folgenden, der breiteren Definition folgend,¹ die Territorien der ehemaligen europäischen RGW-Länder verstanden.² Obwohl die Betrachtung sich auf alle heute dort existierenden Staaten bezieht, werden die Phänomene des Transformationsprozesses in erster Linie für Rußland, Polen, die Tschechoslowakei bzw. ihre Nachfolgestaaten, Ungarn und die DDR/Ex-DDR abgehandelt. Eine Untersuchung des sozioökonomischen Transformationsprozesses kommt nicht ohne statistische Daten aus. Als Maß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hat sich heute generell das auf dem statistischen SNA-System³ basierende Sozialprodukt durchgesetzt. In diesem Beitrag wird es als Variante des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Vergleich herangezogen. Diese Version des Sozialprodukts empfiehlt sich, da es – im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt – nicht die »aus ausländischer Produktion an Inländer geleisteten Einkommen« enthält. Diese Transferleistungen sind von Land zu Land sehr unterschiedlich. Ihre Berücksichtigung würde, besonders beim Vergleich der Ex-DDR mit anderen osteuropäischen Staaten, den Leistungsvergleich verzerren. Für die meisten osteuropäischen Staaten liegen inzwischen vergleichbare wirtschaftliche Entwicklungsdaten für den Zeitraum 1989/1990 bis 1999/2000 vor. Was die Angaben über die Ausgangsjahre betrifft, so handelt es sich um Daten, die aus dem

1 Also einschließlich Ostmitteleuropa und Südosteuropa. Siehe zur Begründung Erhard Crome. Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig (1995)2. S. 10–11.

2 Einschließlich des assoziierten Mitglieds Jugoslawien und Albanien, dessen Mitgliedschaft seit Anfang der sechziger Jahre ruhte.

3 System of National Accounts: Von der UNO und den westlichen Staaten seit Ende der vierziger Jahre benutztes statistisches Erfassungssystem, im Unterschied zu dem in allen RGW-Ländern benutzten »Material Product System« (MPS).

MPS-System in das SNA-System umgerechnet wurden. Über die generellen Schwierigkeiten bei der Erfassung der wirtschaftlichen Prozesse der osteuropäischen Länder informieren die meisten Forschungsinstitute in ihren Veröffentlichungen ausführlich.⁴ Nicht unerhebliche Probleme für den wirtschaftsstatistischen Vergleich ergeben sich zusätzlich daraus, daß die DDR bzw. Ex-DDR inzwischen von allen zur Wirtschaft Osteuropas veröffentlichenden Forschungsinstituten und Organisationen auch dann nicht mehr aufgeführt wird, wenn es um einen Vergleich der Ausgangssituation Ende der achtziger Jahre mit der wirtschaftlichen Situation Ende der neunziger Jahre geht. Das Statistische Bundesamt hat es bis heute versäumt, die unmittelbar nach der Wende versprochene Rückrechnung der MPS-Daten der DDR auf SNA-Daten vorzunehmen. Für den Autor war es deshalb nötig, sich auf Umrechnungsergebnisse des Deutschen Wirtschaftsinstituts⁵ bzw. anderen Autoren⁶ zu stützen und auf dieser Basis eigene Berechnungen durchzuführen.

1. GEMEINSAME HERKUNFT – UNTERSCHIEDLICHER ENTWICKLUNGSSTAND – GLEICHES ZIEL: DIE WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE 1989 UND DIE REFORMPROGRAMME VON 1990/1991

In den sechziger Jahren bildeten die Wirtschaften der osteuropäischen Staaten (von der DDR bis zur UdSSR) eine sozioökonomische Einheit. Die Produktionsfonds befanden sich zu mehr als 95% in Staatshand bzw. in der Hand von sozialistischen Genossenschaften. Nur Polen

4 Siehe z. B. Herbert Wilkens: Ein Hauptproblem der Analyse: die Statistik. In: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftsfrage und Reformprozesse in Osteuropa. Bonn 1998. S. 11–14.

5 Siehe Bernd Görzig: Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland. Dokumentation. Berlin 1991. – Bernd Görzig/Martin Gornig: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR. Berlin (1991)121. S. 11–18.

6 Siehe Frank Bönker/Hans-Jürgen Wagener: Ostdeutschland im mittelosteuropäischen Spiegel. Ein Vergleich gesamtwirtschaftlicher Transformationsergebnisse. In: Berliner Debatte INITIAL Berlin (1999)4/5 (im weiteren Frank Bönker/Hans-Jürgen Wagener: Ostdeutschland im mittelosteuropäischen Spiegel ...). S. 98–110. – Klaus Steinitz/Fritz Vilmar: Deindustrialisierung: die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 1989–1999. In: Fritz Vilmar (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000. S. 123.

machte mit einem Anteil von unter 80% wegen seiner überwiegend privat gebliebenen Landwirtschaft eine Ausnahme.⁷

In allen Ländern mit Ausnahme Jugoslawiens bildete der Staatsplan die Grundlage der Wirtschaftsentwicklung. In Ungarn war er zwar offiziell seit Ende der sechziger Jahre nicht mehr Hauptsteuerungsinstrument. Nichtsdestotrotz gestaltete der Zentralstaat auch dort weiterhin die makroökonomischen Wirtschaftsstrukturen.⁸ Generell kam dem Plan gegenüber dem Markt in den osteuropäischen Ländern eine primäre Funktion in der Wirtschaftsentwicklung zu. Selbst der Schwarzmarkt oder die – in Ungarn bereits weitgehend legalisierte – »zweite Wirtschaft«, die in den achtziger Jahren in fast allen osteuropäischen Staaten wuchs, hatte sich als Ergänzung zum Staatsplansystem etabliert.⁹ Der Markt bediente vor allem die durch den Plan nicht erfaßten Versorgungslücken. Versucht man den Markteinfluß an den freigegebenen Preisen zu messen, dann war seine Bedeutung in Ungarn, wo in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durch den Staat weniger als die Hälfte bzw. nur noch ein Viertel – freilich die entscheidenden Güter – preislich fixiert waren, am größten.¹⁰ In allen anderen osteuropäischen Ländern lag der Staatsanteil höher.

Weitaus größer als im Bereich der Produktionsverhältnisse waren in Osteuropa die *Niveau*unterschiede von Land zu Land im Entwicklungsstand der Produktivkräfte – sie waren es schon Mitte des Jahrhunderts gewesen und trotz jahrzehntelanger auf Angleichung des Wirtschaftsniveaus gerichteter Politik des RGW auch geblieben. An der Spitze der Leistungskraft stand die DDR, Albanien bildete das Schlußlicht. Mitte der achtziger Jahre lag nach Berechnungen des DIW das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, setzt man das Niveau der DDR gleich 100, in der ČSSR fast gleichauf bei 98%, gefolgt von Ungarn und der UdSSR (83%). Die wirtschaftliche Leistungskraft Bulgariens, Polens und Ru-

7 Siehe Statističeskij e egodnik stran-členov soveta èkonomičeskij vzajmopomošči (SÈV) 1986. Moskau 1986. S. 37.

8 Lászlò Csaba: Die dritte Etappe der ungarischen Wirtschaftsreform. In: Südosteuropa. München (1987)7–8. S. 437–441. – Andreas Wass von Czege: Wirtschaftsentwicklung und -system in Ungarn. In: Ebenda. S. 398f. und 402–405.

9 Siehe European Association for Comparative Economic Studies: Unofficial Ways of Private Sector Creation in Post Socialist Countries. In: Newsletter. Triest (1995)10. S. 3–4.

10 Andreas Wass von Czege: Wirtschaftsentwicklung und -system in Ungarn. In: Südosteuropa. München (1987)7–8. S. 407.

mäniens lag – in dieser Reihenfolge – zwischen 65% und 60% des in der DDR erreichten Niveaus. Das Bruttosozialprodukt der DDR je Erwerbstätigen wiederum, dies soll zur weltweiten Einordnung des in Osteuropa erreichten Niveaus noch angegeben werden, belief sich 1985 auf 61% des Niveaus der Bundesrepublik Deutschland.¹¹ Eine Einschätzung der Wirtschaftskraft der osteuropäischen Staaten, vorgenommen durch 46 Ökonomen führender Banken, Finanz- und Wirtschaftsinstitute des Westens kam mit Ausnahme der Sowjetunion zu der gleichen Rangfolge. Diese lautete: DDR, UdSSR, ČSSR, Ungarn, Bulgarien, Polen, Rumänien.¹²

Schaut man sich die *Wirtschaftsentwicklung* in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an, dann betrug die Zunahme des Nationaleinkommens 1986–1989 im Mittel aller RGW-Länder weniger als 1981–1985 (3,0%). Die Wachstumsraten der ersten Hälfte der achtziger Jahre lagen wiederum unter denen von 1976–1980 (4,1%).¹³ Eine Rezession, d. h. ein Minuswachstum verzeichneten 1989 Rumänien, das damals ebenso unter der Fuchtel Ceausescu als auch der Weltbank stand,¹⁴ aber auch Ungarn und Bulgarien.¹⁵

Angesichts des unbefriedigenden Entwicklungsstandes der Wirtschaft, vor allem angesichts des deutlichen Nachlassens des ökonomischen Wachstumstempos in den achtziger Jahren, wurde für einige osteuropäische Ökonomen die Idee, durch Übernahme des anderen Gesellschafts-systems einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen und auf diese Weise Wirtschaftskraft und Wohlstandsniveau kapitalistischer Staaten zu erreichen, attraktiv. Das lag nahe angesichts des geringen Erfolges der in den achtziger Jahren in Ungarn fortgeführten, in Polen wieder aufgenommenen¹⁶ und in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow unter dem Schlagwort »Uskorenie, Glasnost und Perestroika« neu entwickel-

11 Siehe Bernd Görzig/Martin Gornig: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR. Berlin (1991)121. S. 14.

12 Herweg E. Haase: Finanzpolitik vor der Öffnung: In: FS-Analysen. Berlin (1990)2. S. 37.

13 Statističeskij e egodnik stran-členov soвета èkonomičeskoj vzajmopomošči (SÈV) 1990. Moskau 1990 (im weiteren Statističeskij e egodnik ... 1990 ...). S. 5–15.

14 Thomas Kunze: Nicolae Ceaușescu. Eine Biographie. Berlin 2000. S. 302–313.

15 Statističeskij e egodnik stran-členov ... 1990 ... S. 46.

16 Zum politischen Hintergrund siehe Eckart Mehls: Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig (1995)2. S. 26–29.

ten Wirtschaftsreformpolitik, die sich den Übergang zur sozialistischen Marktwirtschaft zum Ziel gestellt hatte.¹⁷ Die Auffassung, dass die sozialistische Planwirtschaft nicht mehr zu reformieren sei und deshalb ihre Transformation in eine kapitalistische Marktwirtschaft auf der Tagesordnung stehe, fand deshalb 1989/1990/1991 nach mehr oder minder kurzem Zögern¹⁸ Eingang in die Programme der neuen, sich formierenden politischen Parteien der meisten osteuropäischen Länder – und fand Mehrheiten bei den freien Wahlen. Die Vorreiterrolle spielte dabei Polen.

Aus den (überwiegend) freien Wahlen in *Polen* vom Juni 1989 ging im September 1989 die von der bisherigen *Solidarność*-Opposition geführte Regierung von Tadeusz Mazowiecki hervor. Der Ministerpräsident verkündete Anfang Oktober 1989 seine Vorstellungen zur Transformation der polnischen Wirtschaft, wobei er sich auf die Programmatik von Leszek Balcerowicz stützte. Dieser polnische Ökonom mit »Westerfahrung« hatte 1989 seine Vorstellungen und Untersuchungen über eine notwendige Wirtschaftsreform in Polen vorgelegt. In diesen wurde neben der Privatisierung besonders die Notwendigkeit betont, die Wirtschaft auf eine Belebung durch Konkurrenz auszurichten. Als Ziel der Transformation sah Balcerowicz die Einführung der freien Marktwirtschaft an.¹⁹

Im Januar 1990 begann die Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms der polnischen Regierung. Mazowiecki hatte Balcerowicz, den führenden Kopf der radikal marktwirtschaftlich gesonnenen polnischen Ökonomen, als Finanzminister und Vizepremier nominiert und damit zum Chef des – nach der DDR – radikalsten Transformationsprogramms von der sozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft in Ostmitteleuropa gemacht. Der Verwirklichung des nach seinem geistigen

17 Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. Wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel in der Sowjetunion/Rußland 1985–2000. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3(2). Leipzig 2001. S. 9–35.

18 Die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern marktsozialistischer und marktkapitalistischer Anschauungen in den osteuropäischen Staaten 1989/1991 ist näher dargestellt in: Jörg Roesler: Wirtschaftliche Transformationsprozesse in der Ex-DDR und ihren östlichen Nachbarländern im Vergleich. In: Pankower Vorträge. Berlin (1995)3. S. 6–25.

19 Der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel erinnerte sich im Mai 1990: »Es war faszinierend, als ich vor einem Jahr zum ersten Mal [...] Balcerowicz traf und er mir sagte, die soziale Marktwirtschaft sei sein Vorbild für die künftige Gesellschaft in Polen. – Als ich ihn fragte, wo er sie denn habe erlernen können, sagte er mir, mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung.« (Der Staatsvertrag. Grundlage der deutschen Einheit. Bonn 1990. S. 99).

Vater bald als »Balcerowicz-Plan« bezeichneten Reformprogramms stand der polnische Ökonomieprofessor unter Mazowiecki und dessen Amtsnachfolger Bielecki bis zum Oktober 1991 vor.

In der *DDR* legte die Regierung Modrow im Januar 1990, zur selben Zeit, als in Polen die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft bereits begonnen hatte, ihr Reformprogramm vor, das den Übergang »von der Kommandowirtschaft einer zentralistischen Direktivplanung zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft« vorsah.²⁰ Für die Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung der *DDR* in der Wendezeit wurden jedoch die westdeutschen Vorstellungen ausschlaggebend. Anfang Februar 1990 traf das Bundeskabinett die Entscheidung, in der *DDR* die freie Marktwirtschaft bundesdeutscher Prägung einzuführen.²¹ Auffassungen von einer radikalen Transformation der ostdeutschen Wirtschaft in eine freie Marktwirtschaft, wie sie der dem »Kronberger Kreis« angehörende Ökonom und Kölner Ordinarius Hans Willgerodt vertrat, wurden rasch in der deutschen Öffentlichkeit dominant. In seinem im März 1990 für das Bundeskanzleramt gelieferten Gutachten »Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands« verlangte Willgerodt, in der *DDR* »die marktwirtschaftliche Ordnung mit allen Konsequenzen einzuführen, auch wenn das den Abschied von alten Vorstellungen über Volks- und Kollektiveigentum bedeutet«. Von den ordnungspolitischen Mindestbedingungen, so Willgerodt, »können keine Abstriche gemacht werden«.²²

Die Vorstellungen der Bundesrepublik zur Ablösung der Plan- durch die Marktwirtschaft in der *DDR* wurden in das Regierungsprogramm der im März 1990 auf Grund des Wahlsieges der »Allianz für Deutschland« an die Macht gekommenen Regierung de Maizière übernommen. »Die Umstellung von staatlichem Plandirigismus auf soziale Marktwirtschaft«, hieß es in de Maizierès Regierungserklärung am 19. April 1990, »muß mit hohem Tempo, aber auch in geordneten Schritten erfolgen.«²³

20 Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der *DDR*. Berlin 1990. S. 1.

21 In der Kabinettsvorlage »Schritte zur deutschen Wirtschaftseinheit« vom 2. Februar 1990 hieß es: »Zügiger Übergang von sozialistischer Planwirtschaft zu Sozialer Marktwirtschaft in der *DDR* – »Freiheit statt Sozialismus.« (Hanns Jürgen Küsters/ Daniel Hofmann (Bearbeiter): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/1990. München 1998. S. 752).

22 Hans Willgerodt unter Mitwirkung von Barbara Dluhosch und Malte Krüger: Gutachten: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Köln 1990. S. 70.

23 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der *DDR*. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 20. April 1990.

Dementsprechend wurde im Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion beider deutscher Staaten auch im Artikel 1 formuliert: »Grundlage der Wirtschaftsunion ist die soziale Marktwirtschaft (der Bundesrepublik) als gemeinsame Wirtschaftsordnung beider Vertragsparteien.«²⁴

In der *Tschechoslowakei* hatten das »Demokratische Forum« (Tschechien) bzw. die Bewegung »Öffentlichkeit gegen Gewalt« (Slowakei) im Ergebnis der »samtenen Revolution« vom November 1989 die Macht übernommen. Es dauerte jedoch weitaus länger als in Polen oder der DDR – bis Ende Mai 1990 – ehe die Regierung eine Transformationsstrategie entwickelte, die auf den Übergang zur freien Marktwirtschaft zielte. Wenig später fanden in der Tschechoslowakei freie Wahlen statt, welche die stärker marktwirtschaftlich orientierten unter den Siegern der »samtenen Revolution« bestätigten. Ministerpräsident wurde der »Radikalreformer« Václav Klaus, ein tschechischer Ökonom, der, wie Balcerowicz, über Westererfahrung verfügte.²⁵ Er legte am 1. September 1990 sein »Szenarium für eine Wirtschaftsreform« vor. Die bereits zuvor getroffene Entscheidung für die Einführung der freien Marktwirtschaft wurde durch Klaus programmatisch untermauert.²⁶

Die Verwirklichung des Wirtschaftsreformprogramms begann am 1. Januar 1991. Wie ein Jahr vor ihm bereits Balcerowicz in Polen, so hatte Václav Klaus Mitstreiter aus der Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die in den achtziger Jahren den Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft diskutiert hatten, in Schlüsselstellungen der Wirtschaftsadministration untergebracht.²⁷

In *Ungarn* gelang es im Mai 1988 den Vertretern der radikalen Reform unter Imre Poszgay und Rezső Nyers, in der herrschenden Partei (USAP) maßgeblichen Einfluß zu gewinnen. Zunehmend schien Ungarn

24 Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Erklärungen und Dokumente. Bonn 1990 (im weiteren Der Vertrag für die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ...). S. 74.

25 Es handelte sich um Aufenthalte in Italien und den USA (siehe Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): *Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe*. London, New York 1998. S. 368).

26 Karel Dyba/Jan Svejnar: *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. In: Oliver Jean Blanchard/Kenneth A. Froot/Jeffrey D. Sachs: *The Transition in Eastern Europe*. Vol. 1: *Country Studies*. Chicago, London 1994. S. 98f.

27 Ebenda. S. 260.

dasjenige ostmitteleuropäische Land zu werden, in dem eine Transformation durch die kommunistische Partei und unter geistiger Federführung der »offiziellen« wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen vollzogen werden würde.²⁸ Das 1988 von der Regierung entsprechend dem Reformprogramm der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler vom Jahr zuvor übernommene Konzept der Einheit von politischer und ökonomischer Reform führte im Februar 1989 zum Mehrparteiensystem und im März/April 1990 zu freien Wahlen.²⁹ Überraschungssieger wurde das »Ungarische Demokratische Forum« (UDF). Diese Partei hatte im Wahlkampf die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft zu einem ihrer wichtigsten Programmpunkte erhoben. Diese Forderung war allerdings noch nicht durch ökonomische Programme oder auch nur Konzepte unterlegt. Es dauerte daher ein Jahr, bis zum Mai 1991, ehe die Regierung Anteil ein Wirtschaftsprogramm vorlegen konnte.

Das »Programm der Umgestaltung und Entwicklung der ungarischen Wirtschaft« wurde vom Finanzminister der UDF-Regierung, Mihály Kupa, für den Zeitraum 1991–1994 erarbeitet und im Mai 1991 vorgelegt. Das Kupa-Programm orientierte vorrangig auf die Beschleunigung der Privatisierung, auf eine weitere Liberalisierung der Preise und Löhne sowie den Abbau von Export- und Importregelungen. Im Unterschied zu Polen und Ungarn konnte sich Kupa nicht auf eine Gruppe von Ökonomen stützen, die – wie in Polen und der Tschechoslowakei – bereits seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre damit beschäftigt gewesen war, sich auf die Transformation von der sozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft vorzubereiten. Die meisten ungarischen Ökonomen, die bis 1990 eine Intensivierung der sozialistischen Marktwirtschaft gefordert hatten und sich danach für die Ziele einer gemischten Wirtschaft erwärmen konnten, standen im Falle der von der UDF propagierten Einführung der freien Marktwirtschaft abseits.³⁰

In der *UdSSR* war angesichts der enttäuschenden wirtschaftlichen Ergebnisse der seit 1986 andauernden Reformen Gorbatschows am Ende

28 Siehe Erhard Crome: Politische Konstellationen im ungarischen Umbruch. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig (1996)3. S. 58–62 und 68–74.

29 Robert Weiß: Chronik eines Zusammenbruchs. Der »heiße« Herbst 1989 und seine Folgen in den Ländern des Warschauer Paktes. Berlin 1990. S. 68f.

30 Lázlò Szamuely/Lászlò Szaba: Economics and systemic changes in Hungary 1945–1996. In Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe. London, New York 1998. S. 199–203.

der achtziger Jahre die Bereitschaft in der Öffentlichkeit, sorgfältig die Ursachen für das Scheitern des bisherigen Reformkonzeptes zu analysieren, gering und der Drang, der Probleme durch immer weiteres »Vorwärtsschreiten« auf dem Wege der Reform zu lösen, groß. Deshalb wurden ab Ende 1989 verstärkt Reformvarianten diskutiert, die weit über den 1987 gefundenen Ansatz einer »sozialistischen Marktwirtschaft« hinausgingen. In den folgenden Monaten setzte sich die hektische Phase der Ausarbeitung neuer Wirtschaftsprogramme fort, die alle – mehr oder minder verklausuliert – den Übergang von der Regulierung über den Plan bei gemischtem, doch überwiegend staatlichem Eigentum zur Regulierung über den Markt bei Dominanz privaten Eigentums und damit die Konversion der sowjetischen Wirtschaft von einer sozialistischen in eine kapitalistische zum Inhalt hatten. Insgesamt sollen es 15 oder sogar 20 Programme gewesen sein, von denen im Gedächtnis der Öffentlichkeit eigentlich nur das von Gorbatschows wirtschaftspolitischem Berater Schatalin verfaßte Konversionsprogramm sowie Jawlinskis Plan eines Übergangs zum Markt innerhalb von 400 bzw. 500 Tagen geblieben sind.³¹

Gleichzeitig vollzog sich 1990 und 1991 innerhalb der Sowjetunion und verbunden mit ihrer zunehmenden Auflösung in Republiken und Regionen ein politischer Machtkampf, in dem Gorbatschow und Jelzin zu Hauptkontrahenten wurden. Er endete im Dezember 1991 mit der vollständigen Entmachtung Gorbatschows, der Auflösung der Sowjetunion und der Übernahme der politischen Macht im wichtigsten Nachfolgestaat der Sowjetunion, Rußland, durch Boris Jelzin.

Jelzin hatte sein Amt als Präsident der Russischen Föderation bereits im April 1991 angetreten. Seine Macht war im Oktober/November des Jahres soweit gefestigt, daß er die KPdSU auf »seinem« Territorium verbieten konnte. Damit war die letzte Struktur zerschlagen, mit deren Hilfe eine Rückkehr zu einer beschränkten Rolle des Staats und des Planes in der Wirtschaft hätte erreicht werden können. Für den Marktsozialismus in irgendeiner Form gab es keine strukturellen Voraussetzungen mehr.

In dieser Situation fanden jene sowjetischen bzw. russischen Wirtschaftswissenschaftler bei Jelzin Gehör, die gar nicht erst vom Staat

31 Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts. Frankfurt, New York 1999. S. 384f.

forderten, in die Wirtschaft noch regelnd einzugreifen, sondern die darauf bauten, daß »der Markt es schon richten würde«, wenn man ihm nur Gelegenheit dazu gäbe, d. h. wenn sich der Staat aus der Wirtschaft so weit wie irgend möglich zurückziehen würde. Zum bekanntesten Repräsentanten dieser Gruppe, die man auch in Rußland als »radikale Reforme« bezeichnete, wurde Jegor Gaidar.

Die durch Gaidar, den Jelzin zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister ernannt hatte, für den 2. Januar 1992 verfügte Freigabe der Konsumgüterpreise zu 90% und der Preise für Produktionsmittel zu 80%³² stellte ordnungspolitisch den endgültigen Durchbruch zum marktwirtschaftlichen System in der Sowjetunion/Rußland dar. Dafür, daß diese Marktwirtschaft eindeutig eine kapitalistische wurde, sorgten andere »radikale Reforme« unter Anatoli Tschubajs. Dessen proklamiertes Ziel war die Schaffung »einer breiten Schicht von Privateigentümern«. Dadurch sollte die Einführung der Marktwirtschaft und das Ende des Sozialismus in der UdSSR bzw. Rußland »unumkehrbar« gemacht werden.³³

In Rumänien hatte nach dem Sturz Ceauşescus im Dezember 1989³⁴ erst im Juli 1991 die »große Privatisierung« begonnen.³⁵ In Bulgarien gelangte das für den vollständigen Übergang zur Marktwirtschaft eintretende Oppositionsbündnis »Union der demokratischen Kräfte« (UdK) durch die Wahlen im Oktober 1991 in entscheidende Machtpositionen.³⁶

Hinsichtlich der Zielstellung »Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft« glichen sich die Zielsetzungen der osteuropäischen Staaten, nunmehr Reformländer genannt, nach anfänglichen Unterschieden bis Ende 1991 rasch an. Das war aufgrund des – bei aller Ähnlichkeit der abzuschaffenden sozialistischen Produktionsverhältnisse – recht differenzierten Entwicklungsstandes der Produktivkräfte nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Erklären läßt sich das Phänomen, daß die Regierungen das Transformationsziel in Bulgarien nicht anders formulierten als in der ČSFR/Tschechien oder der So-

32 Jingjie Li: The Characteristics of Chinese and Russian Economic Reform. In: Journal of Comparative Economics. East Lansing/USA 19(1994)1. S. 312.

33 Anders Åslund: How Russia Became a Market Economy. Washington 1994. S. 240.

34 Zum Charakter der rumänischen Revolution siehe Thomas Kunze: Nicolae Ceauşescu. Eine Biographie. Berlin 2000. S. 391.

35 Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa. Bonn 1995. S. 221.

36 Wolfgang Höpken: Bulgarien. In: Ebenda. S. 195f.

wjetunion/Rußland (oder für die Ex-DDR) nur aus der damals vorherrschenden Annahme, daß die Angleichung der Eigentums- und wirtschaftlichen Funktionsstrukturen der osteuropäischen Staaten an die Westeuropas mit nur wenigen Jahren Verzögerung auch zur Angleichung der Wirtschaftskraft und des Wohlstandsniveaus führen müßten – eigentlich unabhängig vom bis dahin im Osten jeweils erreichten Stand der Produktivkräfte. Diese Annahme sollte sich als eine der großen Illusionen der Wendezeit erweisen.

2. SCHOCKTHERAPIE ODER GRADUELLER WANDEL? ZU DEN UNTERSCHIEDLICHEN ANSÄTZEN FÜR DAS TRANSFORMATIONS-MANAGEMENT

Anders als im Falle des Transformationsziels differierte das Transformationsmanagement von Anfang an von Land zu Land – und zwar nicht zufällig, sondern gewollt. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre konnte kein wissenschaftliches Buch über die Transformation in Osteuropa erscheinen, das nicht zu den Vorzügen und Nachteilen von Schocktherapie einerseits, auch als »Big Bang«-Lösung oder »En-bloc-Einführung der freien Marktwirtschaft« bezeichnet, und Gradualismus, d. h. einer Schritt für Schritt zu vollziehenden Umgestaltung vom Plan zum Markt andererseits Stellung nahm.³⁷ Als wichtigste Felder dieses so oder so anzupackenden Wandels wurden makroökonomische Stabilisierung, mikroökonomische Liberalisierung und grundlegende institutionelle Umstrukturierung (einschließlich Privatisierung) bezeichnet.³⁸

Unter *Schocktherapie* verstand man die gleichzeitige Einführung möglichst vieler Transformationsmaßnahmen bereits in der ersten Phase des Transformationsprozesses, unter *Gradualismus* die Einführung der Reformmaßnahmen in mehreren zeitlich um Monate oder auch Jahre auseinanderliegenden Schritten, allerdings nach einem Gesamtkonzept.³⁹

37 Zur damaligen Diskussion siehe insbesondere Ben Slay: Rapid versus gradual economic transition. In: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report. München 1994(1). S. 31–42.

38 Leszek Balcerowicz: Economic Transition in Central and Eastern Europe: Comparisons and Lessons. In: The Australian Economic Review. Sydney (1994)1. S. 51f.

39 Siehe Herman W. Hoen: »Shock versus Gradualism« in Central Europe reconsidered. In: Comparative Economic Studies. East Lansing/USA (1996)3. S. 1–20.

Als klassischer Fall, in dem das Transformationsmanagement der Regierung zu den Mitteln der Schocktherapie griff, wurde die Balcerowicz-Reform in *Polen* angesehen.⁴⁰ Auch die Reformen von Václav Klaus in der *Tschechoslowakei/Tschechien* galten als Beispiel für die Nutzung der Schocktherapie. Als den klassischen Fall der graduellen Transformation betrachtete man dagegen die Reformpolitik der ungarischen Regierung.⁴¹

Balcerowicz selbst hat dagegen dem Autor gegenüber 1995 die Auffassung vertreten, daß es in keinem der osteuropäischen Staaten zur Anwendung der Schocktherapie gekommen ist, mit einer Ausnahme – der DDR.⁴² In der *DDR* sah die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft so aus, daß es ein – wenig beachtetes – »Gemeinsames Protokoll über Leitsätze« gab, das vom Tag der Währungsunion – dem 1. Juli 1990 – an, auf wirtschaftlichem Gebiet verbindlich wurde. Die zwischen beiden deutschen Staaten geschlossene Vereinbarung legte fest: »Unternehmerische Entscheidungen sind frei von Planvorgaben (zum Beispiel im Hinblick auf Produktion, Bezüge, Lieferungen, Investitionen, Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung).« Über die auf sozialem Gebiet eintretenden Veränderungen hieß es u. a.: »Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen werden nicht vom Staat, sondern durch freie Vereinbarungen von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Arbeitgebern festgelegt.« Ferner galt ab 1. Juli 1990: »Rechtsvorschriften, die besondere Mitwirkungsrechte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, von Betriebsgewerkschaftsorganisationen und betrieblichen Gewerkschaftsleitungen vorsehen, werden nicht mehr angewendet.« Um diese Gebote justitiabel zu machen, enthielt das »Protokoll über Leitsätze« in einer Anlage die Liste der gesetzlichen Bestimmungen der DDR, die am Tage der Währungsunion außer Kraft traten und derjenigen der Bundesrepublik, die ab 1. Juli 1990 auch in der DDR galten.⁴³

Eine derartig komplette Umstellung seines Wirtschafts- und Sozialsystems konnte sich schon aus rechtsorganisatorischen Gründen kein anderes osteuropäisches Land leisten. Nimmt man diese Art der En-

40 Siehe James Agresano: Poland after the Shock. In: Ebenda (1996)2. S. 87–112.

41 István Szekely/David M. G. Newbery (Hrsg.): Hungary: An Economy in Transition. Cambridge 1993.

42 Siehe Aufzeichnungen des Gesprächs mit Leszek Balcerowicz vom 15. Januar 1995 in Toronto (Material beim Autor).

43 Gemeinsames Protokoll über Leitsätze. In: Der Vertrag für die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ... S. 97–160.

bloc-Einführung eines anderen Wirtschaftssystems, nimmt man den 1. Juli 1990 als Tag des »Big Bang« zum Maßstab, dann handelte es sich bei den Transformationskonzepten aller osteuropäischen Staaten, selbst beim »Balcerowicz-Plan« von 1990, ebenso wie bei der weitgehenden Freigabe der Preise durch Gaidar in *Rußland* zum 2. Januar 1992 und erst recht bei Klaus' Reformpolitik in Tschechien⁴⁴ um graduellen Wandel. Der italienische Wirtschaftswissenschaftler und Osteuropaexperte Zecchini stellte Ende 1996 nüchtern fest: »Gradualismus wurde zu einer Sache der Notwendigkeit für alle Reformländer, da es technisch nicht möglich ist, auf einmal die Preise und den Handel zu liberalisieren, die Preise zu stabilisieren und einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Alle Reformländer haben [...] die schlimmsten Folgen ihrer Maßnahmen abgemildert und sind zum Gradualismus übergegangen – allerdings in unterschiedlichem Maße.«⁴⁵

Die Unterscheidung zwischen En-bloc- und gradueller Einführung der Marktwirtschaft hörte dann auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf, das große Streitthema unter Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern zu sein. Denn inzwischen war offensichtlich geworden, daß die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der eingeleiteten Transformation nicht nur positiv waren – und die sozialen noch viel weniger. Die Regierungen der osteuropäischen Staaten, selbst wenn sie konzeptionell an der Schocktherapie festhielten, waren immer wieder gezwungen, »Pausen« nur graduellen Wandels der Wirtschaft einzulegen. Wer sich von den Politikern nicht dazu durchrang, wurde früher oder später abgelöst. Das geschah auch den Verfechtern des »Balcerowicz-Planes«.

Die gesellschaftlichen Kosten der Reform erwiesen sich in *Polen* in deren Verlauf als viel höher als Balcerowicz und sein Team angenommen und angekündigt hatten. Das begann sich bereits im ersten Reformjahr (1990) abzuzeichnen. Der Leiter des die polnische Regierung beratenden »Ökonomisches Rates«, W. Trzeciakowski, kritisierte die Reaktion der Radikalreformer um Balcerowicz auf erste Wachstumseinbrüche und die dadurch hervorgerufene Unruhe unter der Bevölkerung folgendermaßen:

44 Geoffrey Swain/Nigel Swain: *Eastern Europe since 1945*. Houndmills 1998. S. 210.

45 Salvatore Zecchini: *Transition reproaches in retrospect*. In: Salvatore Zecchini (Hrsg.): *Lessons from the economic transition. Central and Eastern Europe in the 1990th*. Dordrecht, Boston, London 1997 (im weiteren Salvatore Zecchini (Hrsg.): *Lessons from the economic transition ...*). S. 16 und 30.

»In dieser Situation verkündeten die Anhänger der extrem liberalistischen Politik die unbedingte Priorität der gewählten Strategie mit dem Ziel eines schnellen Wachstums des nationalen Brotes. Die gerechte Teilung des Brotes stellten sie an zweiter Stelle. Sie überstimmten diejenigen, die darauf aufmerksam machten, daß eine gesellschaftlich akzeptierte Teilung des Brotes Spannung eliminiert, die Entwicklung stabilisiert und damit das Nationaleinkommen nicht verkleinert, sondern erhöht, was sowohl ein Wachstum der Konsumtion als auch der Investitionen ermöglicht hätte. Diese pragmatische Politik fand nicht die Unterstützung der Wirtschaftsleitung der zwei ersten Regierungen im Reformprozeß.«⁴⁶ Angesichts des Festhaltens der Radikalreformer um Balcerowicz an der Schocktherapie verlor die von dieser Gruppe befürwortete Transformationsstrategie – anders als das Transformationsziel freie Marktwirtschaft – in der Bevölkerung an Akzeptanz. »Der Grund für das Sinken der Popularität der Reformpolitik«, schrieb Trzeciakowski, »war der Fakt, daß die Gesellschaft nicht die Chance zur Wahl einer der Varianten der Wirtschaftspolitik der Regierung erhielt [...] Die Wirtschaftsführung unterbreitete eine liberalmonetaristische Version des Stabilisierungs- und Restrukturierungsprogramms, behauptend, daß es eine Alternative zu dieser Politik nicht gibt. Mir scheint, daß hier der Grundfehler steckt. Arten der Marktwirtschaft haben wir viele. Auch haben wir die Möglichkeit, unterschiedliche Tempi in Abhängigkeit von der Situation der Wirtschaft zu bestimmen und zu steuern.«⁴⁷

Balcerowicz, entschlossen an der Verfolgung seines Transformationsplanes festzuhalten, gehörte bald zu den unbeliebtesten Politikern Polens. »Für einen Teil der Bevölkerung und für einige populistische Kleinparteien wurde sein Name zum Symbol für alle negativen Erscheinungen der Übergangszeit.«⁴⁸ Balcerowicz kümmerte dies nicht, wohl aber die Regierungschefs. So wurde er – auch für die noch aus dem Solidarność-Block kommende dritte polnische Regierung – untragbar. Unter Premier Jan Olszewski mußte er von seinen Funktionen als Vizepremier und Finanzminister, die er 28 Monate lang in den Kabinetten von

46 Zitiert in Gerd Neumann: Vier Jahre Transformation in Polen. Analyse des Verlaufs der polnischen Wirtschaftsreform. Berlin 1994. S. 21f. (als Manuskript vervielfältigt).

47 Ebenda.

48 Elke Heller: Vater des polnischen Wirtschaftswunders. In: »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 28. Juli 1993.

Mazowiecki und Bielecki innegehabt hatte, zurücktreten. Das geschah im Herbst 1991. Olszewski und seine Nachfolger verzichteten auf eine weitere Verfolgung des Konzepts der Schocktherapie. Die marktwirtschaftlichen Reformen wurden danach schrittweise und unter stärkerer Berücksichtigung ihrer sozialen Folgen fortgeführt.⁴⁹

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die von der Regierung de Maizière mitgetragene Schocktherapie für die DDR, die sich entgegen allen wortreichen Ankündigungen von Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern als alles andere denn als Wachstumsförderer erwies, in ähnliche Schwierigkeiten geraten wäre und aus politischen Gründen hätte aufgegeben werden müssen, wenn nicht im Falle Ostdeutschlands die Transformation mit dem Anschluß des Landes an die BRD gekoppelt worden wäre.⁵⁰ Die Bundesregierung entschloß sich, als die Industrieproduktion innerhalb eines dreiviertel Jahres um zwei Drittel sank, zu massiven Finanztransfers. Die Entwicklung des Lebensstandards konnte auf diese Weise von der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt und die ostdeutsche Bevölkerung politisch »ruhiggestellt« werden.⁵¹

Somit hat sich in der wirtschaftlichen Praxis die Schocktherapie als ein nur unter Sonderbedingungen gangbarer Weg der Transformation erwiesen und die Alternative Schocktherapie versus Gradualismus als Scheinalternative, die historisch so nicht bestand.

3. »ANPASSUNGSKRISE« UND »AUFSCHWUNG OST«. ZUR WIRTSCHAFTLICHEN BEWÄLTIGUNG DES ÜBERGANGS VON DER PLAN- ZUR MARKTWIRTSCHAFT

Gerade die Anhänger der Schocktherapie waren davon ausgegangen, daß es eigentlich nur einer kräftigen sozioökonomischen Initialzündung bedürfe, um die in den achtziger Jahren zunehmend stagnierende Wirtschaft der osteuropäischen Länder wieder in volle Fahrt zu bringen. Der bereits zitierte Kölner Wirtschaftswissenschaftler Willgerodt versprach in seinem

49 Geoffrey Swain/Nigel Swain: Eastern Europe since 1945. Houndmills 1998. S. 205.

50 Siehe Jörg Roesler: Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Versuch einer historischen Einordnung. In: Deutschland Archiv. Leverkusen 1999(3). S. 431–440.

51 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer. Sondergutachten. Bonn vom 13. April 1990.

Gutachten vom März 1990 für Ostdeutschland einen sofortigen Wirtschaftsaufschwung, wenn man die Marktwirtschaft nur konsequent genug einführe. »Nach Öffnung der Grenze für den Freihandel mit der Bundesrepublik (zu der es dann am 1. Juli 1990 durch die Währungsunion kam), werden zahlreiche bisher die Produktion beeinträchtigende Engpässe aufgesprengt, weil es nicht mehr zu Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen kommen kann. Die Motivation zur Leistung wird wiederbelebt werden, sogar bevor irgendeine Hilfe aus der Bundesrepublik oder ein Kapitalbetrag zugeflossen ist. Das vervielfältigte Warensortiment und die zu erwartenden Preissenkungen bei höherwertigen technischen Verbrauchsgütern werden hierzu ebenso beitragen wie die Gewinnmöglichkeit für Klein- und Mittelbetriebe, denen eine kaum übersehbare ungestillte Nachfrage gegenübersteht. Die gerade zu Beginn der Reform zur erwartende Produktivitätssteigerung kann sehr hoch sein [...].«⁵² Ähnlich dachten »Reformökonom« und »Reformpolitiker« auch in Polen und der Tschechoslowakei, in Ungarn und der Sowjetunion. Der niederländische Wirtschaftswissenschaftler Hoen hat – aus der Sicht des Jahres 1997 – derartige Auffassungen als naiv charakterisiert. »Von der Marktwirtschaft wird erwartet, daß sie unverzüglich entsteht, oder doch wenigstens sehr schnell, indem man einen Knopf drückt.«⁵³

Statt des von Hans Willgerodt, Jeffrey Sachs, Anders Åslund u. a. ausländischen Beratern Ostdeutschlands, Polens bzw. der UdSSR prognostizierten steilen Aufschwungs der osteuropäischen Wirtschaft in den neunziger Jahren (nach langsamem Wachstum, Stagnation oder gar Rückgang in den achtziger Jahren) durchlief das Wirtschaftswachstum aller osteuropäischen Staaten von der Ex-DDR bis zur Sowjetunion eine »Transformationskurve«. Sie war gekennzeichnet durch einen deutlichen Verfall der wirtschaftlichen Leistungskraft mit Beginn der Transformation und durch einen allmählichen Wiederanstieg der Produktion im Verlaufe der neunziger Jahre. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gab es im Jahre 1990 mit Ausnahme der Tschechoslowakei, in der sich das Bruttoinlandsprodukt (real) auf dem Niveau des Vorjahres halten konnte, in Osteuropa nur Produktions- und Produktivitätseinbußen. Im Jahre 1991

52 Hans Willgerodt unter Mitwirkung von Barbara Dluhosch und Malte Krüger: Gutachten: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Köln 1990. S. 43f.

53 Herman W. Hoen: »Shock versus Gradualism« in Central Europe reconsidered. In: Comparative Economic Studies. East Lansing/USA (1996)3. S. 1.

ging das Wirtschaftswachstum in ausnahmslos allen Ländern zurück. Ein Jahr später verzeichneten nur die Wirtschaften zweier Staaten, Polens und der Ex-DDR, ein positives Wachstum; 1994 kamen Rumänien und Slowenien hinzu. Erst im Jahre 1996 hatte die Wirtschaft aller Transformationsländer, mit Ausnahme von Rußland und den meisten anderen aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten, den abwärts führenden Teil der Transformationskurve hinter sich gebracht.⁵⁴ Rußland benötigte dafür bis 1999. Der »Aufschwung Ost« erfolgte langsam und wurde in einigen Ländern für ein oder mehrere Jahre erneut durch Abschwünge unterbrochen, so in Rumänien und Tschechien 1997 bis 1999, von den in Kriege und Bürgerkriege verwickelten Nachfolgestaaten Jugoslawiens⁵⁵ und einigen der ehemaligen europäischen Sowjetrepubliken einmal ganz abgesehen.

Gemessen an der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts lag im Jahre 1999 Polen mit am deutlichsten über dem wirtschaftlichen Ausgangsniveau von 1989, gefolgt von Slowenien und der Slowakei. Ausnahmslos alle anderen osteuropäischen Staaten verfügten im Jahre 2000 über ein geringeres Bruttoinlandsprodukt als im Jahre 1989.⁵⁶ Bezüglich der Industrieproduktion sah die Situation nicht anders aus. Nur Ungarn und Polen produzierten im Jahre 1999 ein knappes Drittel *mehr* als 1989, Rußland dagegen etwas mehr als halb so viel, Bulgarien und Rumänien noch deutlich weniger.⁵⁷ Die Ex-DDR erreichte im Jahre 1999 – verglichen mit 1989 – ein Niveau des Bruttoinlandsproduktes von 94% bzw.

54 Nicholas Stern: The Transition in Eastern Europe and the former Soviet Union: some strategic lessons from the experiences of 25 countries over six years. In: Salvatore Zecchini (Hrsg.): Lessons from the economic transition ... S. 39. – Für die Ex-DDR siehe Frank Bönker/Hans-Jürgen Wagener: Ostdeutschland im mittelosteuropäischen Spiegel ... S. 102.

55 Zu deren Ursachen siehe Ernstgert Kalbe: Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig (1996)3. S. 37–54. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zur Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 1(6). Leipzig 1999. S. 103–136.

56 Peter Havlik: The transition countries in early 2000: Improved growth, but unemployment is still rising. In: Forschungsbericht des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Forschungsbericht 266. Wien vom Juni 2000 (im weiteren Peter Havlik: The transition countries in early 2000 ...). S. 2. – Siehe auch Tabelle 1 dieses Beitrages.

57 Ebenda. S. 5.

97%,⁵⁸ ihre Industrieproduktion belief sich dagegen nur auf 57% des Wertes von 1989, daß heißt sie lag bezüglich der Bewältigung der »Transformationskurve« im mittleren bzw. hinteren Feld der osteuropäischen Staaten (wieder mit Ausnahme der durch Krieg und Bürgerkrieg geschädigten südosteuropäischen Länder).⁵⁹

Wenn die Ex-DDR auch von der Absenkung der Reallöhne, wie sie alle Transformationsländer zu Beginn des Transformationsprozesses erlebten – Rußland sogar bis 1996⁶⁰ – dank der Transferzahlungen verschont blieb,⁶¹ so war sie von der Arbeitslosigkeit, der größten sozialen Geißel der Transformation, wahrscheinlich nicht weniger betroffen als andere Transformationsländer Ostmitteleuropas.⁶²

4. STAATSKAPITALISMUS UND MARKTWIRTSCHAFT

Balcerowicz sah in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik, wie sie sich in den achtziger Jahren, also nach Aufgabe der neokeynesianisti-

-
- 58 Erster Wert siehe John Hall/Udo Ludwig: *Economic Transition and Divergence in the German Economy*. Tabellenanhang: Tab. 1 (Manuskript, erscheint 2001 in *Cambridge Journal of Economics*. Cambridge/Mass.) – Der zweite Wert nach Klaus Steinitz/Fritz Vilmar: *Deindustrialisierung: die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 1989–1999*. In: Fritz Vilmar (Hrsg.): *Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen*, Berlin 2000. S. 123. – Die Differenz resultiert wahrscheinlich daher, daß im ersten Wert Ostberlin enthalten ist, während sich die Angaben zum zweiten Wert auf die fünf neuen Länder beziehen.
- 59 Berechnet nach Frank Bönker/Hans-Jürgen Wagener: *Ostdeutschland im mittelosteuropäischen Spiegel ...* S. 102. – Jörg Roesler: *Die Entwicklung der ostdeutschen Industrie in den neunziger Jahren*. In: Weißbuch. *Enteignung der Ostdeutschen*. Leipzig, Berlin 1999. S. 147–151. – Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): *Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung*. Ausgabe 2000. Köln 2000. S. 28f.
- 60 Siehe Peter Havlik: *The transition countries in early 2000 ...* S. 8f. – Frank Bönker/Hans-Jürgen Wagener: *Ostdeutschland im mittelosteuropäischen Spiegel ...* S. 101.
- 61 Siehe Siegfried Wenzel: *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz*. Berlin 2000. S. 177.
- 62 Allerdings ist wegen unterschiedlicher Definitionen von Arbeitslosigkeit und unterschiedlicher Sinnhaftigkeit, diese zu melden, ein direkter Zahlenvergleich nicht möglich. Offiziell ist die Arbeitslosigkeit dieser Staaten etwa halb so hoch wie in der Ex-DDR (siehe Peter Havlik: *The transition countries in early 2000 ...* S. 10. – Für die Ex-DDR: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): *Deutschland in Zahlen 2001*. Köln 2001. S. 14.)

schen Staatseingriffe in die Wirtschaft,⁶³ allmählich neoliberal strukturierte, das Vorbild für den Kapitalismus in Polen; Václav Klaus befürwortete von vornherein eine Marktwirtschaft ohne »Beimengungen«. Zur Verabschiedung des »Szenariums für eine Wirtschaftsreform« im September 1991 hatte Klaus, unter Berufung auf die von Ludwig Erhard in der Bundesrepublik initiierte »soziale Marktwirtschaft« erklärt: »Wenn ich einer Marktwirtschaft ohne jedwedes Attribut das Wort rede, dann polemisiere ich nicht mit Ludwig Erhard, sondern mit dessen heutigen Interpreten und Pseudointerpreten. Mit Hilfe des Adjektivs ›sozial‹ beabsichtigen diese, ökonomischen Dirigismus, Protektionismus und Interventionismus durchzusetzen.«⁶⁴

Großen Einfluß auf die Ausgestaltung des Zieles »Marktwirtschaft« hatten in vielen osteuropäischen Ländern, vor allem in der Sowjetunion und Polen, ausländische Berater wie z. B. Jeffrey Sachs, die die seit den achtziger Jahren in den USA und Großbritannien herrschenden neoliberalen Wirtschaftsvorstellungen auch und gerade in den osteuropäischen Ländern durchzusetzen versuchten.⁶⁵ Besonders deutlich wurde die Tendenz der Berater, in den osteuropäischen Ländern eine möglichst reine Marktwirtschaft und eine Gesellschaft aufzubauen, die noch stärker auf Privateigentum basierte, als sie bis Ende der achtziger Jahre selbst im Westen realisiert worden war, so Willgerodt. Seiner Meinung nach sollte in *Ostdeutschland* nicht einmal soviel Staatseigentum übrigbleiben, wie in der Bundesrepublik traditionell vorhanden. »Es ist aber keineswegs ausgemacht«, schrieb Willgerodt über die zukünftigen Eigentumsverhältnisse im Verkehrs- und Nachrichtenwesen der DDR, »daß in diesem Bereich vollständig die staatsmonopolistischen Strukturen der Bundesrepublik übernommen werden müssen.«⁶⁶

In den Ländern östlich der Ex-DDR wurden die individuellen Berater allmählich durch die institutionelle »Beratung« durch den Internationalen

63 Siehe Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro. Hamburg 1998. S. 185–192 und 319–323.

64 Siehe Jiří Kosta: Marktwirtschaft mit und ohne Attribut. Grabenkriege zwischen tschechischen Wirtschaftsexperten: Vier Wege, zwei Ziele. In: »Prager Zeitung« vom 29. Juli 1993.

65 Siehe Jeffrey D. Sachs/Wing Thye Woo: Experiences in the transition to a market economy. In: Journal of Comparative Economies. San Diego, New York, Boston, London, Sydney, Tokio, Toronto (1994)3. S. 271–275. – Jeffrey D. Sachs: Poland's Jump to the Market Economy. Cambridge/Mass. 1994.

66 Hans Willgerodt unter Mitwirkung von Barbara Dluhosch und Malte Krüger: Gutachten: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Köln 1990. S. 70.

Währungsfonds (IWF) und die Weltbank ersetzt, die ihre Auffassungen, wie das Transformationsmanagement in den osteuropäischen Staaten durchzuführen sei, über Zusage bzw. Verweigerung dringend benötigter finanzieller Mittel zu steuern in der Lage waren.⁶⁷

Während es in Ostdeutschland unter den bereits geschilderten Sonderbedingungen gelang, wesentliche Teile des Konzepts »Marktwirtschaft pur« durchzusetzen und auf »staatsmonopolistische« oder besser: staatskapitalistische Strukturen zu verzichten, erwies sich die Verwirklichung dieser Zielstellung in allen anderen osteuropäischen Staaten trotz allen Drucks von außen als letztlich undurchführbar.

Das galt selbst für Rußland: Jawlinski, einer der ersten sowjetischen Ökonomen, der 1990 für den vollständigen Übergang zur Marktwirtschaft plädiert hatte, kam in einer zusammen mit seinem Kollegen Braginski durchgeführten Analyse der russischen Wirtschaft der Jahre 1992 und 1993 zu dem Schluß, daß »das Versagen der Schock-Therapie teilweise ihrer schlechten (überstürzten) politischen Einführung geschuldet war. Aber der Hauptgrund für das Versagen besteht in Unzulänglichkeiten, die dem Herangehen selbst inhärent sind.«⁶⁸ Ohne das Eingreifen des Staates erwies es sich als unmöglich, die seit 1990 offensichtliche Wirtschaftskrise einzudämmen. Liquiditätsmängel der Betriebe führten in steigendem Maße – bis zu einem Dreiviertel – zur Ersetzung des Verkaufs durch den Austausch von Ware gegen Ware, den Barter-Handel.⁶⁹ Es trat eine paradoxe Situation ein: Mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vollzog sich in Rußland zunehmend die Ersetzung der Ware-Geld-Beziehungen durch den Naturalaustausch.⁷⁰

Aus diesem Phänomen haben die sowjetischen/russischen Wirtschaftswissenschaftler Jawlinski und Braginski die Schlußfolgerung ge-

67 Christine I. Wallich: What's right and wrong with World Bank involvement in Eastern Europe. In: *Journal of Comparative Economic Studies*. East Lansing/USA (1995)1. S. 57–94. – Siehe auch Geoffrey Swain/Nigel Swain: *Eastern Europe since 1945*. Houndmills 1998. S. 207f. für Ungarn, S. 219 für Rumänien und S. 222 für Bulgarien.

68 Grigori Jawlinskij/Sergej Braguinski: The Inefficiency of Laissez-Faire in Russia: Hysteresis effects and the need for policy-led transformation. In: *Journal of Comparative Economics*. East Lansing/USA (1994)1. S. 88–91.

69 Eugen Faude: Reformpolitik in Rußland: Stand und Perspektiven. In: *Osteuropa in Tradition und Wandel*. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 91.

70 Jan Amrit Poser: Barterisation and Demonetisation in FSU Economies. In: *Economic Systems*. München (1998)3. S. 235–255.

zogen: »Eine Laissez-faire-Politik allein kann die Wirtschaft nicht von ihrer ineffizienten Struktur befreien. Vielmehr setzt es diese ineffiziente Struktur selbst erst vollständig frei.« Ihr Fazit: »Um die wirtschaftlichen Probleme Rußlands zu überwinden, ist eine politisch, d. h. durch den Staat geführte Transformation notwendig.«⁷¹ Die beiden Wirtschaftswissenschaftler standen mit ihrer Meinung nicht allein. Auch international mehrten sich die Stimmen, die feststellten: »Rußland hat die Rolle des Staates zu früh geschwächt.«⁷²

Die Regierungen der meisten anderen osteuropäischen Staaten, die stärker von dem Votum der Wähler abhängig waren als der dank der russischen Präsidialverfassung fast unantastbare Jelzin, hatten schon früher erkannt, daß »Marktwirtschaft pur« und eine vollständige Privatisierung der Wirtschaft dem Volk nicht zugemutet werden konnten. In der Wirtschaft der osteuropäischen Staaten traten deshalb trotz fortgesetzter Marktrhetorik immer deutlicher staatskapitalistische Züge hervor. Diese bestätigt auch Zecchini in einer Analyse des Zustandes der osteuropäischen Transformationsländer Ende 1996. »Die Systemveränderungen haben in den Wirtschaften aller Reformländer gegriffen, aber sie sind noch nicht überzeugend genug. Die meisten dieser Volkswirtschaften müssen noch die Infrastruktur für eine Marktwirtschaft komplettieren, ein geeignetes Vertriebssystem entwickeln, das Niveau des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs heben, noch einige Preise (so z. B. Energiepreise) liberalisieren [...] Aus dem öffentlichen Sektor kommt noch ein großer Teil des Nationaleinkommens (selbst in den fortgeschrittensten Reformländern wird dieser Anteil noch auf zwei Fünftel geschätzt). Ferner: Trotz einigen Erfolgs beim Umbau der öffentlichen Unternehmen können sie zur Zeit noch nicht den Wettbewerb auf dem Markt aushalten und sich ohne weitere staatliche Unterstützung behaupten.«⁷³

Natürlich gab und gibt es bezüglich des Verhältnisses von staatskapitalistischen und Marktstrukturen nationale Unterschiede. Das Ausmaß der Staatsintervention im Transformationsprozeß war nach der Teilung der Tschechoslowakei in der Slowakei größer als in Tschechien und in

71 Grigori Jawlinskij/Sergej Braguinski: The Inefficiency of Laissez-Faire in Russia: Hysteresis effects and the need for policy-led transformation. In: *Journal of Comparative Economics*. East Lansing/USA (1994)1. S. 90.

72 Jingjie Li: The Characteristics of Chinese and Russian Economic Reform. In: *Journal of Comparative Economics*. East Lansing/USA 19(1994)1. S. 313.

73 Salvatore Zecchini (Hrsg.): *Lessons from the economic transition ...* S. 1.

Rumänien lange Zeit größer als in Bulgarien.⁷⁴ Besonders aufschlußreich bezüglich des Ausmaßes der staatlichen Regulierung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses ist ein Vergleich zwischen der Tschechoslowakei, einem der Länder, das den Transformationsprozeß mit Hilfe der Schocktherapie anging, und dem klassischen Land gradualistischer Reformen, Ungarn. Ungeachtet der Rhetorik von Václav Klaus über die Einführung der Marktwirtschaft »ohne Attribute« hat die tschechoslowakische Regierung (ab 1992 die tschechische) unterstützend mit gezielten Interventionen eingegriffen, wenn die Märkte nicht von selbst das gewünschte Ergebnis hervorbrachten. Wo es um die Ausreichung von Krediten an die Wirtschaft ging, kontrollierte die Regierung die Banken intensiv und half, wenn es nicht anders ging, mit beträchtlichen Kapitalinjektionen nach. Auf dem Arbeitsmarkt befürwortete die tschechische Regierung die direkte Lohnkontrolle auf der Grundlage korporatistischer, d. h. auf einen Konsens zwischen Unternehmern und Beschäftigten ausgerichteter Arbeitsbeziehungen.

Die Regierung in Ungarn dagegen setzte das von ihr verabschiedete Gesetz über Firmenbankrotte durch, wenn sie auch zunächst bei der Preisliberalisierung vorsichtiger vorging als die Tschechoslowakei.⁷⁵

Dieser Vergleich zeigt auch noch einmal, daß die Aussagekraft der Gegenüberstellung von Schocktherapie und Gradualismus relativ begrenzt ist. Jedenfalls bedeutete Schocktherapie, wie der Vergleich zeigt, nicht zwangsläufig ein Weniger und Gradualismus ein Mehr an staatskapitalistischen Zügen im Transformationsprozeß.

5. URSACHEN FÜR UNTERSCHIEDE VON LAND ZU LAND BEI DER ÖKONOMISCHEN BEWÄLTIGUNG DER TRANSFORMATIONSPROBLEME

Da der Abschied von der sozialistischen Planwirtschaft und die Entscheidung für die Transformierung der nationalen Wirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft auf ökonomischem Gebiet in allen Staaten wesentlich mit der zu geringen bzw. ständig nachlassenden Wirtschafts-

74 Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa. Bonn 1995. S. 153f., 164f., 197–208 und 219–222.

75 Herman W. Hoen: »Shock versus Gradualism« in Central Europe reconsidered. In: Comparative Economic Studies. East Lansing/USA (1996)3. S. 17.

kraft der RGW-Länder begründet wurde, ist es angebracht zu fragen, ob das Ziel der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums im ersten Jahrzehnt der Transformation erreicht wurde. Da in der Anfangsphase der Transformation die Produktion als Reaktion auf das Öffnen der Märkte und die Notwendigkeit, die Produktion entsprechend der gewandelten nationalen und internationalen Absatzsituation (Abkehr von den früheren Handelspartnern im RGW, Orientierung auf den westeuropäischen Markt) zurückgehen mußte, lautet die realistische Fragestellung: Wie rasch gelang es den osteuropäischen Wirtschaften, wieder Tritt zu fassen und das Ende der achtziger Jahre erreichte Produktionsniveau zu überschreiten?

Soweit die Antwort sich auf das quantitative Wachstum bezieht, ergibt sich für den osteuropäischen Raum folgendes Bild:⁷⁶

	Indeziffer	Platz in der Rangfolge
Polen	121,5	1
Slowenien	109,0	2
Slowakei	101,5	3
Ungarn	99,0	4
Ex-DDR	97,3	5
Tschechien	95,2	6
Estland*	85,1	7
Kroatien	75,1	8
Rumänien	77,8	9
Bulgarien	67,2	10
Litauen*	65,6	11
Lettland*	57,8	12
Rußland*	55,5	13
Jugoslawien	39,4	14
Ukraine*	39,2	15

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, ist eine generelle Antwort nicht möglich: Zu unterschiedlich sind die von Land zu Land erreichten Ergebnisse.

Die Frage nach den Ursachen der beachtlichen Differenzen – die Wirtschaft Polens war bei der Bewältigung der ökonomischen Transfor-

76 Tabelle 1: Reale Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes zwischen 1989 und 1999 (1989 = 100). – Siehe Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Forschungsbericht 266. Wien vom Juni 2000. S. 2. – Herangezogen habe ich auch eigene Berechnungen (* = Ausgangsjahr 1990).

mation etwa dreimal so erfolgreich wie Jugoslawien bzw. wuchs fast doppelt so schnell wie die Litauens oder Rußlands – ist bisher nicht befriedigend zu beantworten.⁷⁷ Darin stimmen die Wirtschaftswissenschaftler überein, die die Wirtschaftsentwicklung Osteuropas analysieren. Sie ist es aber wert, untersucht zu werden, insbesondere angesichts gleicher Transformationsziele und auf ähnlicher Grundlage beruhender nationaler Bewältigungsstrategien für die wirtschaftliche Transformation.

Im folgenden wird versucht, einige Erklärungen für das Phänomen der von Land zu Land stark differierenden ökonomischen Transformationsergebnisse zehn Jahre nach der Aufgabe der Planwirtschaft bzw. des Marktsozialismus zu geben.

Eine *erste* Frage ist die, ob der bis 1989 in fünfundvierzig bis siebenzigjähriger Entwicklung unter planwirtschaftlichen Vorzeichen erreichte Stand der Produktivkraftentwicklung entscheidend auch die Fähigkeit zur Bewältigung der Transformationsprobleme bestimmt hat. Sie kann wohl mit einiger Sicherheit mit »Nein« beantwortet werden. Polen, das – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den achtziger Jahren – deutlich hinter der Tschechoslowakei und Ungarn plazierte und mit Bulgarien und Rumänien etwa gleichlag, konnte seine Position gegenüber diesen Ländern eindeutig verbessern. Die Sowjetunion/Rußland, 1985 noch auf Platz 3 hinter der DDR und der ČSSR gelegen, ist im Verlaufe der neunziger Jahre im Vergleich zu den meisten ehemaligen RGW-Ländern in Europa deutlich abgefallen. Die DDR/Ex-DDR schließlich wurde von Platz 1 auf Platz 5 verdrängt.

Naheliegt *zweitens* die Vermutung, daß der Einfluß der Wirtschaftspolitik, des Reformmanagements für die Bewältigung der Transformation, von besonderer Bedeutung war. Eine eindeutige oder auch nur befriedigende Antwort läßt sich auf diese Frage allerdings ebenfalls kaum geben. Zwar ist es möglich, die einzelnen osteuropäischen Länder hinsichtlich der Inangriffnahme der Reformen noch relativ deutlich in Anhänger der Schocktherapie und des Gradualismus zu unterscheiden. Da aber mit einer Ausnahme kein osteuropäisches Land die Schocktherapie durchgehalten hat, verwischen sich die Konturen des Transformationsmanagements der osteuropäischen Staaten über zehn Jahre. Die einzig konsequente Anwendung der Schocktherapie erfolgte in der (Ex-) DDR.

77 Siehe Jeffrey Miller (Discussion): The Political Economy of reform failure and poor economic performance. In: Comparative Economic Studies. New York (1998)1. S. 103–105.

Die Ergebnisse im wirtschaftlichen Leistungsvergleich sprechen keineswegs zugunsten dieser Art des Transformationsmanagements.

Wie sieht es aber *drittens* mit dem Einfluß der Politik auf die Ergebnisse der Transformation in den osteuropäischen Staaten generell aus? Zu fragen ist dabei vor allem, ob politische Stabilität, d. h. eine Festigung der 1989/1990 geschaffenen demokratisch-rechtsstaatlichen Strukturen, sich positiv auch auf das ökonomische Transformationsgeschehen ausgewirkt haben, ein häufiger Regierungswechsel dagegen negativ? Wenn man von den in den neunziger Jahren zeitweise von Krieg oder Bürgerkrieg betroffenen Staaten, auf die gesondert einzugehen ist, abieht, dann haben sich im ostmitteleuropäischen Raum und im Baltikum bereits Anfang der neunziger Jahre stabile politische Strukturen entwickeln können. Das war nach den z. T. heftigen Auseinandersetzungen zwischen Herrschenden und Opposition und innerhalb der sich bildenden neuen Eliten in der Revolutions- oder Wendezeit keineswegs selbstverständlich. Für diese Ländergruppe, ganz besonders gilt dies für Polen, hat sich herausgestellt, daß ein häufigerer Regierungswechsel und die damit verbundene Machtübernahme durch die Opposition nicht destabilisierend wirkten. »Die postkommunistischen neuen Sozialdemokratien (beispielsweise in Litauen, Polen und Ungarn)«, schreibt Lamentowicz, »zerstörten die jungen demokratischen Strukturen nicht, als sie die Macht wiedergewannen.«⁷⁸ Sie stellten auch, so muß man ergänzen, das Transformationsziel – freie Marktwirtschaft – nie in Frage, änderten aber in der Regel das Transformationsmanagement. Anders sind die Zusammenhänge zwischen politischen Strukturen und ökonomischer Entwicklung in Südosteuropa gewesen. Dort gab es politische Instabilität auch außerhalb Jugoslawiens. Sie wirkte sich auch auf den wirtschaftlichen Transformationsprozeß aus.

In Bulgarien und Rumänien hatte bereits der über Parlamentswahlen zustande gekommene Wechsel der Parteien nachweisbaren negativen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum. In Bulgarien, in dem sich schon zwischen 1990 und 1994 Postkommunisten (BSP) und Bürgerliche (UdK) wiederholt als Regierungspartei abgewechselt hatten, kam es 1996 zu einer ernsthaften politischen Krise, die ihren Höhepunkt im

78 Wojtek Lamentowicz: Politische Instabilität in Ost- und Mitteleuropa: innenpolitische Gefährdungen der europäischen Sicherheit und Integration. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa. Bonn 1995. S. 88.

Frühjahr 1997 hatte und in beiden Jahren – entgegen dem sich aus der »Transformationskurve« ergebenden Trends – zu einer deutlichen Verminderung der wirtschaftlichen Leistungskraft des Landes führte.⁷⁹ In Rumänien wurden die verschiedenen, vom Präsidenten Ilescu inspirierten postkommunistischen Regierungen 1996 durch eine bürgerliche Regierungskoalition unter Ministerpräsident Ciorbea abgelöst. Diese änderte das Reformmanagement so weitgehend zugunsten einer (späten) Schocktherapie, das 1997 bis 1999 die Wirtschaft mit einer Rezession reagierte und um 15% schrumpfte.⁸⁰ In Rumänien nahmen in dieser Situation die politischen Auseinandersetzungen durch den wiederholten Marsch der Bergarbeiter auf Bukarest zeitweise turbulente Formen an und blieben nicht ohne ökonomische Folgen.

In Albanien kam es Anfang 1997 zu Unruhen mit beträchtlichen ökonomischen Konsequenzen. Auslöser war der Zusammenbruch der 1996 wie Pilze aus dem Boden geschossenen, die Spargelder der Bevölkerung verschlingenden »Pyramidensysteme«, die die albanische Regierung trotz Warnung der internationalen Finanzorganisationen gewähren ließ. Der finanzielle Schaden war immens, der politische kaum zu überschätzen. Die daraus folgenden Unruhen destabilisierten den Staat. Unmengen Waffen gerieten unkontrolliert in die Hände der Bevölkerung. Die Verluste an Produktionsmitteln durch Zerstörungen waren beträchtlich. Das reale Wirtschaftswachstum sank 1997 um schätzungsweise acht Prozent (Bruttoinlandsprodukt), die Industrieproduktion sogar um 24%.⁸¹

Bürgerkriegsähnliche Zustände in Albanien stellten keineswegs den Höhepunkt der Turbulenzen in diesem Teil der Balkans dar. In den neunziger Jahren wurden alle ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens bis auf diejenigen im äußersten Norden und Süden – Slowenien und Mazedonien – von kriegerischen Auseinandersetzungen heimgesucht.

Die hier *viertens* zu stellende Frage ist weniger die, ob eine kriegerische Verwicklung das Tempo der ökonomischen Transformation im Ver-

79 In Bulgarien sank das seit 1994 wieder Zuwächse ausweisende Bruttoinlandsprodukt 1996 um zehn Prozent und 1997 um sieben Prozent (siehe Peter Havlik: The transition countries in early 2000 ... S. 2).

80 Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Osteuropa. Bonn 1998. S. 65. – Peter Havlik: The transition countries in early 2000 ... S. 2.

81 Geoffrey Swain/Nigel Swain: Eastern Europe since 1945. Houndmills 1998. S. 216f. – Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Osteuropa. Bonn 1998. S. 118f.

gleich zu jenen den wirtschaftlichen Umgestaltungsprozeß friedlich vollziehenden Staaten negativ beeinflusste, als vielmehr die Frage nach dem Ausmaß der durch den Krieg eingetretenen Verzögerungen beim Wiedererreichen des einstmals innegehabten Produktionsniveaus. Die Frage läßt sich an Beispielen recht präzise beantworten. Krieg und Bürgerkrieg verheerten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre besonders Bosnien-Herzegowina. Bis 1996 lag das Niveau der Industrieproduktion dort unter zehn Prozent des Ausgangs- und Vorkriegsjahres 1990.⁸² Der negative Einfluß kriegerischer Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien⁸³ läßt sich aber am prägnantesten durch eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Wirtschaftsleistung in den beiden in den neunziger Jahren vom Krieg verschonten jugoslawischen Republiken – Slowenien und Mazedonien – mit zwei von kriegerischen Auseinandersetzungen unmittelbar betroffenen Republiken – Kroatien und Serbien-Montenegro (Restjugoslawien) demonstrieren. Erreichte das Bruttoinlandsprodukt in Slowenien im ersten Quartal 1999 109% des Niveaus von 1989 und Mazedonien immerhin 92%, so waren es in Kroatien 79% und in Restjugoslawien 39%.⁸⁴

Die Bundesrepublik Jugoslawien zerfiel in den neunziger Jahren in fünf Einzelstaaten.⁸⁵ Dabei trennten sich zwei mehr oder minder friedlich vom »Mutterland« Serbien.

Die Abtrennung vom Hauptland spielte auch noch in anderen Transformationsländern eine Rolle. Das wirft *fünftens* die Frage auf, ob Separationen (beziehungsweise umgekehrt Vereinigungen) Einfluß auf das Wirtschaftswachstum während der Transformation hatten. Die Tschechoslowakei löste sich in Tschechien und die Slowakei auf.⁸⁶ Alle 14 ehemaligen Sowjetrepubliken, darunter die drei baltischen Staaten sowie Moldowa, Belarus und die Ukraine trennten sich vom Hauptland der So-

82 Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftslage und Reformprozesse in Osteuropa. Bonn 1998. S. 102.

83 Ähnliches gilt für die Republik Moldowa, die jahrelang vom Bürgerkrieg heimgesucht wurde und deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 1999 bei einem Drittel des Niveaus von 1990 lag (siehe Peter Havlik: The transition countries in early 2000 ... S. 2).

84 Ebenda.

85 Über die historischen Ursachen siehe Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 7–29.

86 Siehe Oldrich Dedek u. a.: Czechoslovakia: An In-depth Economic Analysis. Aldershot, Brookfeld, Hongkong, Singapore, Sydney 1997.

wjetunion, von Rußland.⁸⁷ Eine Antwort geben die Erfahrungen der betroffenen Länder: Die Wirtschaft wurde von diesen neuen politischen Grenzziehungen mindestens insoweit betroffen, als für den jeweils selbständig gewordenen Landesteil bisherige Bezugsquellen und Absatzgebiete nunmehr im Ausland liegen und zwischenstaatlichen Regelungen unterworfen sind. Wegen der Kleinheit der unabhängig gewordenen Länder im Vergleich zu ihrem bisherigen Bezugs- und Absatzgebiet wurden nach der Unabhängigkeit besonders für Slowenien und Estland negative Auswirkungen auf das Wachstum beider Wirtschaften erwartet. Beide Länder gehören aber zu denjenigen, die bei der Bewältigung der Transformation erfolgreicher waren als andere, »ungeteilte« osteuropäische Staaten. Das ist natürlich einesteils darauf zurückzuführen, daß es der Slowakei und Tschechien nach der »samtenen Scheidung« 1992 gelang, ihren beträchtlichen Binnenaustausch nunmehr in Gestalt bilateralen Außenhandels aufrechtzuerhalten und Slowenien (1998), schon immer der Exportmeister Jugoslawiens, zwei Drittel der Ex- und Importe mit den Ländern der Europäischen Union abwickeln konnte.⁸⁸ Zusätzlich aber scheint es für die Wirtschaften beider Länder eine Art – ökonomisch schwer zu begründenden und zu quantifizierenden – »positiven« Separationseffekt gegeben zu haben. Damit ist gemeint, das die in beiden Fällen als »Befreiung« empfundene Trennung vom »Hauptland«⁸⁹ bei der Wirtschaftselite Aktivitäten ausgelöst und Ressourcen freigesetzt hat, die unter anderen Umständen womöglich ungenutzt geblieben wären.

Den vielfachen Separationen stand im osteuropäischen Raum ein einziger Fall von Vereinigung gegenüber: der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland.⁹⁰ Sieht man sich das Wachstum der trans-

87 Zu den Ursachen siehe Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig (1994)1. S. 27–51.

88 András Inotai: Interrelations between subregional co-operation and EU enlargement. In: Salvatore Zecchini (Hrsg.): Lessons from the economic transition ... S. 532f. – Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftsfrage und Reformprozesse in Osteuropa. Bonn 1998. S. 85f.

89 Siehe Jörg Roesler. Der Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Brüssel, New York, Oxford, Wien. S. 287–293. – Peer H. Lange: Die baltischen Republiken. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa. Bonn 1995. S. 245–246.

90 Jörg Roesler. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Versuch einer historischen Einordnung. In: Deutschland Archiv. Leverkusen (1999)3. S. 436–440.

formierten Wirtschaft im Anschlußgebiet an und berücksichtigt man insbesondere die beträchtlichen Transfers, die in dieses Gebiet aus dem westlichen Teil der nunmehr vereinigten Bundesrepublik flossen,⁹¹ dann kann man einen negativen Vereinigungseffekt vermuten. Dieser könnte etwas damit zu tun haben, daß die bis dahin im Osten herrschenden Eliten, einschließlich der Wirtschaftseliten, im Falle des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik und der damit verbundenen Übertragung des Wirtschaftsvermögens der DDR vor allem an westdeutsche Unternehmen, wenig Gelegenheit hatten, den Transformationsprozeß selbst zu gestalten.⁹²

Die *sechste* und letzte der hier aufzuwerfenden Fragen wäre demzufolge die, ob das Ausmaß der Privatisierung der Produktionsmittel an die bis 1989 herrschende Elite für das Wirtschaftswachstum nicht von Bedeutung war, ob das Ausmaß der Privatisierung der Wirtschaftsunternehmen an die Eliten des ehemals sozialistischen Staates nicht auch zur rascheren Bewältigung der wirtschaftlichen Transformationsprobleme und damit zur schnelleren Erholung der Volkswirtschaft beigetragen hat. Einige eindeutige Antwort ist z. Zt. noch nicht möglich. Die Erfahrung Polens spricht dafür,⁹³ die Erfahrung Rußlands aber ebenso deutlich dagegen.⁹⁴

Allerdings ist im Falle der Ex-DDR zu beachten, daß die Wirtschaftselite wenig Gelegenheit hatte, ihre Freude über die deutsche Einheit oder den Wegfall des für die DDR-Planwirtschaft der achtziger Jahren typischen Materialmangels (und der sich daraus ergebenden Warte- und Stillstandszeiten) in zusätzliche Aktivitäten und größere wirtschaftliche Effizienz umzuwandeln, da sie durch die Privatisierung, die sich in der Ex-DDR in der spezifischen Form des Vermögenstransfers von Ost nach

91 Diese Finanztransfers beliefen sich zwischen 1991 und 1999 auf 1,5 Billionen DM brutto und 1,175 Billionen DM netto (siehe Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz. Berlin 2000. S. 177).

92 Siehe Jörg Roesler: Der Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Brüssel, New York, Oxford, Wien. S. 216–251.

93 Siehe den Beitrag von Karl-Heinz Gräfe in diesem Band.

94 Siehe Helmut Steiner: Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Rußland. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Bd. 41. Berlin (2000)6. S. 15–32.

West vollzog, aus ihren Funktionen gedrängt⁹⁵ und ihr vielfach auch der Erwerb von Produktionsmitteln verwehrt wurde.⁹⁶

6. FAZIT

Wie soll man die Ergebnisse des Transformationsprozesses, die in den neunziger Jahren in Osteuropa erreicht wurden, einschätzen?

Eine Möglichkeit wäre, zu untersuchen, ob und in welchem Maße das allen 1989/1991 im Umbruch befindlichen Staaten gemeinsame Ziel des Übergangs von der sozialistischen Plan- in die kapitalistische Marktwirtschaft bis 1990 tatsächlich realisiert werden konnte. Grundsätzlich ist dieses Ziel erreicht worden. Die Abkehr von der realsozialistischen Planwirtschaft in den meisten dieser Staaten ebenso wie von den marktsozialistischen Strukturen in Ländern wie Ungarn, Polen und Jugoslawien wurde unumkehrbar gemacht. Das Ziel des Aufbaus marktwirtschaftlicher Strukturen und die Erreichung einer vom westlichen neoliberalen Vorbild geprägten Funktionsweise der Marktwirtschaft, die den Staat weitgehend aus der Wirtschaft verdrängt, gelang es dagegen mit Ausnahme des Sonderfalles Ex-DDR nicht zu verwirklichen.

Fragt man allerdings hinsichtlich der als Triebkraft der revolutionären Umwälzungen von 1989/1991 dienenden Ziele auf wirtschaftlichem Gebiet weiter und dringt tiefer ein, dann ergibt sich, daß der Übergang zur Marktwirtschaft außerhalb eines engen Kreises von Ökonomen vor allem als Vehikel gesehen wurde, durch die Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes den Lebensstandard des Volkes zu heben – und zwar auf das westeuropäische Niveau.

Die wichtigste Kennziffer, die Auskunft darüber gibt, wieweit es in den osteuropäischen Staaten mit Hilfe des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen, ist ein Vergleich der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts dieser Staaten zwischen dem

95 Siehe Hans-Ulrich Derlien: Elitenzirkulation in Ostdeutschland 1989–1995. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1998)5. S. 7–9.

96 Ulrich Busch: Eigentumstransformation via Vermögenstransfer. Die deutsche Lösung der Eigentumsfrage. In: Hans-Joachim Stadermann/Otto Steiger (Hrsg.): *Verpflichtungsökonomik. Eigentum, Freiheit und Haftung in der Geldwirtschaft*. Marburg 2001. S. 243–248.

Ausgang der achtziger und dem Ende der neunziger Jahre mit dem »Westniveau«, verkörpert durch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der 15 Länder der »Europäischen Union«.

Tabelle 2⁹⁷ zeigt, daß bezüglich der wirtschaftlichen Leistungskraft – auch nur quantitativ gesehen – von einem signifikanten Aufholprozeß gegenüber den westeuropäischen Marktwirtschaften nicht die Rede sein kann.

Staat	1990	1999	Veränderung
Polen	31	41	+ 10
Ungarn	49	53	+ 4
Slowenien	69	72	+ 3
Ex-DDR*	62	62	± 0
Slowakei	51	47	– 4
Bulgarien	33	24	– 9
Rumänien	37	28	– 9
Tschechien	69	59	– 10
Rußland	58	31	– 27

Für mehr als die Hälfte der in der Tabelle aufgeführten Länder hat der Übergang zum Staatskapitalismus bzw. zur Marktwirtschaft die Kluft zu Westeuropa dagegen noch vergrößert. Auch das Abschneiden des Ex-DDR ist wenig ermutigend. Stellt man diesem Ergebnis die Vision von den durch die Kombination von Vereinigung und Transformation erreichbaren »blühenden Landschaften« – nichts weiter als eine Metapher für die Erreichung des westdeutschen Niveaus auch im Osten⁹⁸ – gegenüber, die in drei bis fünf Jahren erreicht sein wollten, dann handelt es sich wirtschaftlich beim Transformationsprozeß in der DDR keineswegs um eine Vorbildlösung, nicht einmal um einen Sonderfall. Lediglich hinsichtlich des Wohlstandsgefälles West-Ost besteht für die Ex-DDR durch die West-Ost-Transfers insofern eine Sondersituation, als der Ab-

97 Tabelle 2. Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf (zu laufenden Preisen) als Prozentsatz des in den Staaten der Europäischen Union erreichten Niveaus 1990 und 1999 (EU jeweils = 100). – Siehe Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Forschungsbericht 266. Wien vom Juni 2000. S. 29. – Hinzugezogen habe ich auch eigene Berechnungen (* = Ausgangsjahr 1989).

98 Siehe Jörg Roesler: Die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. Legenden und Versuche einer Annäherung an die Wirklichkeit. In: Wolfgang Thierse/Ilse Spittmann-Rühle/Johannes L. Kuppe (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Einheit. Opladen 2000. S. 50–54.

stand zwischen alten und neuen Bundesländern bei den Bruttolöhnen und -einkommen der Beschäftigten geringer war als auf wirtschaftlichem Gebiet und 1999 bei 75,3% des westdeutschen Niveaus lag.⁹⁹

Das in den Jahren 1989/1991 populäre und damals vielfach auch den Durchschnittsbürger für die Umgestaltung mobilisierende Ziel, auf dem Gebiet der Wirtschaft und im Lebensstandard innerhalb kurzer Zeit die Länder Westeuropas durch Übernahme der Marktwirtschaft einzuholen, ist im ersten Jahrzehnt der Transformation von keinem Land erreicht worden. Das weit weniger hochgesteckte Ziel, den Abstand zu Westeuropa zu verkürzen oder doch wenigstens ein weiteres Auseinanderklaffen der Wirtschaftskraft in West und Ost zu verhindern, konnte nur von drei Ländern – Polen, Slowenien und Ungarn – realisiert werden. So kann man nicht umhin, den Transformationsprozeß der osteuropäischen Staaten in den neunziger Jahren – kurz- und mittelfristig zumindest – als enttäuschend zu bezeichnen. Das gilt insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß die 1989 von der Bevölkerung der osteuropäischen Staaten noch für selbstverständlich gehaltene Vollbeschäftigung offensichtlich ebenso unumkehrbar aus dem osteuropäischen Raum verschwunden ist, wie die Planwirtschaft.¹⁰⁰

Obwohl von den Regierungen der osteuropäischen Staaten kaum öffentlich zugegeben, ist die Hoffnung, daß das ursprüngliche Ziel der Angleichung an das westeuropäische Niveau mittels Weiterführung der Transformation aus eigener Kraft zu erreichen, längst aufgegeben worden. An die Stelle des Übergangs zur Marktwirtschaft als Mittel, das Wirtschafts- und Wohlstandsniveau des Westens zu erreichen, ist längst die Vorstellung getreten, dieses Ziel – wiederum quasi automatisch und innerhalb kurzer Zeit – mit dem Beitritt zur westeuropäischen Staaten- und Wirtschaftsgemeinschaft zu erreichen.

99 John Hall/Udo Ludwig: Economic Transition and Divergence in the German Economy. Tabellenanhang: Tab. 1 (Manuskript, erscheint 2001 in Cambridge Journal of Economics. Cambridge/Mass.).

100 Im März 2000 lag die Arbeitslosenquote (Anteil der registrierten Arbeitslosen an den wirtschaftlich aktiven Personen) in einem von acht ostmitteleuropäischen Staaten unter zehn Prozent (Tschechoslowakei: 9,5%), in fünf von ihnen zwischen zehn und 15 Prozent (Ungarn, Polen, Slowakei, Rumänien und Slowenien) und in zwei (Bulgarien und DDR) knapp unter 20 Prozent (siehe Peter Havlik: The transition countries in early 2000 ... S. 10). Für die Ex-DDR siehe Deutschland in Zahlen 2001. S. 14.

JENS BECKER

Der Balkan – eine Region des Bösen? Der Stabilitätspakt für Südosteuropa als Katalysator für ein tolerantes und multiethnisches Europa

Insbesondere die vier Kriege im ehemaligen Jugoslawien, aber auch bizarre Nachrichten in den 1990er Jahren über gewaltsame Auseinandersetzungen in Albanien, Hungerrevolten in Bulgarien und die skurrile Entwicklung Rumäniens nach Ceaușescus Hinrichtung durch seine ehemaligen Mitstreiter scheinen die These vom »andersartigen« Balkan, von der »dunklen Seite« Europas zu bestätigen. Seine Bewohner/innen, so das von George Kennan und anderen Diplomaten, Publizisten etc. gepflegte Klischee, scheinen sich nicht den Verhaltensstandards der »zivilisierten Welt« anpassen zu wollen.¹

Als Beispiel für die bildliche Aufbereitung negativ belegter Ereignisse auf dem »Balkan«, die einer Dämonisierung und Wiederaufbereitung balkanischer Chaostheorien dienen sollte, kann die Übertragung des blutigen Aufstandes Ende 1989 durch das rumänische Fernsehen gewertet werden. So bewirkte die mediale Berichterstattung über den Prozeß gegen Nicolae und Elena Ceaușescu und die anschließende Vollstreckung der Todesurteile die Renaissance moderner draculesker Dämonen, die übrigens in der Berichterstattung über den »Marsch auf Bukarest«, den der Chef der Schiltaler Bergarbeitergewerkschaft, Miron Cozma, initiierte, wieder auftauchten.² Zu Recht kritisiert Maria Todorova den vorherrschenden Reduktionismus und ein verbreitetes »Stereotypisieren des

1 Siehe *The Other Balkan Wars. A 1913 Carnegie Endowment Inquiry in Retrospect with a New Introduction and Reflections on the Present conflict* by George F. Kennan. Carnegie Endowment for International Peace. Washington D. C. 1993. S. 9ff.

2 Siehe Titus Faschina: *Macht macht Bild – Bild macht Macht: Das Bild und die rumänische »Revolution«*. In: Banatica. Hrsg. vom Kulturverband der Banater Deutschen. München, Düsseldorf (1996)4. S. 131–142. – Siehe auch Titus Faschina: *Hundert Jahre Grausamkeit. Oder: warum Ceaușescu noch immer Blut saufen muß*. In: *Kommune, Forum für Politik, Ökonomie und Kultur*. Frankfurt am Main (2001)1. S. 14–19.

Balkans«, wodurch der Blick vieler Beobachterinnen getrübt wird.³ Offenbar ist der »Balkan« heute sogar für jene zum Schimpfwort geworden, die ihn bewohnen. »Auch Begriffe machen ihre Karriere, und eine der traurigsten hat der ›Balkan‹ hinter sich.«⁴

Ferner haben die über die Jugoslawienkriege angestellten Vergleiche mit der Judenvernichtung, zu deren Symbol Auschwitz geworden ist, ihren Anteil am Negativimage der Region. Das negative »Balkanbild« wird nachhaltig durch die häufig praktizierte Einbettung der aktuellen Ereignisse in eine historische, nicht zu durchbrechende Kontinuität der Barbarei »balkanischer« Völker geprägt. So zeigt beispielsweise Imanuel Geiss eine »strukturelle Kontinuität« auf, »die sie [die ›Balkanländer‹] grundsätzlich vom lateinischen Westen trennt«.⁵ Eine »spezifische Massakertradition« kennzeichne noch immer den Balkan. Ohne spezifische Einflußnahme von außen, etwa durch Großmächte, lasse sich diese immer wieder reaktivieren. In diesen Kontext ordnet Geiss auch die Jugoslawienkriege ein: »Im Karussell kollektiver wie individueller Blutrachen belebten 1991 serbische Tschetniks und ›Jugoslawische Volksarmee‹ uralte Massakertraditionen des Balkans gegen Kroaten, später Muslime neu, provoziert von kroatischen Schikanen gegen Serben in der Krajina.«⁶

Edgar Hösch erwähnt eine Vielzahl von Wissenschaftlern, die den aggressiven Nationalismus und die vielfältigen bewaffneten Auseinandersetzungen in der »Balkanregion« als kulturelle und geschichtliche Determinante darstellen.⁷ Einer der prominentesten von ihnen, Samuel P. Huntington, rekurriert hierbei auf seine These vom »clash of civilizations«. Dagegen bezeichnet Todorova solche Thesen als ideologische Vorurteile des Westens. Das Schlagwort der »Balkanisierung« sei ein aus der Vergangenheit verfälscht abgeleiteter Begriff für primitive Rückständigkeit und Barbarei.⁸ Das Stigma, Bestandteil des Balkan zu sein, wird seitens Kroatiens und Sloweniens immer wieder zurückgewiesen. Mit

3 Maria Todorova: Die Erfindung des Balkan. Europas bequemes Vorurteil. Darmstadt 1999. S. 17.

4 »Neue Zürcher Zeitung«. Zürich vom 9. Februar 2000.

5 Imanuel Geiss: Der Balkan als historische Konfliktregion. In: Jürgen Elvert (Hrsg.): Der Balkan. Stuttgart 1997. S. 25.

6 Ebenda. S. 26.

7 Siehe Edgar Hösch: Kulturgrenzen in Südosteuropa. In: Südosteuropa. München (1998)12. S. 603–609.

8 Siehe Maria Todorova: Die Erfindung des Balkan. Europas bequemes Vorurteil. Darmstadt 1999.

Stolz verweist man in Zagreb oder Ljubljana auf die gemeinsamen Habsburger Bezüge und die Zugehörigkeit zu »Europa«.

DIMENSIONEN DES STABILITÄTSPAKTS

»Die Ergebnisse der ersten Dekade nach 1989/1991 waren ernüchternd bis erschreckend. Die ethnopolitischen Trennlinien hatten sich vertieft, die ethnizistischen Kräfte hatten ihre Positionen noch ausgebaut, die Nationalismen pöppelten sich fortwährend auf Kosten der Gesellschaften auf. Gebiete, die seit Jahrhunderten multiethnisch besiedelt waren, sind inzwischen – und offenbar auf Dauer – ethnisch homogenisiert: die Krajina, große Teile von Bosnien-Herzegowina, das Kosovo.«⁹

Dieser ernüchternde Befund prägt die Arbeit des Balkanstabilitätspakts. Er wurde unter dem Eindruck des Kosovo-Krieges am 10. Juni 1999 in Köln ins Leben gerufen. Er ist eine deutsche Initiative, die sich den von Frankreich angestoßenen »Pakt der Stabilität in Europa« von 1994 zum Vorbild nahm. Er hat sich die Stabilisierung der Region zum Ziel gesetzt. Bausteine hierzu sind die Förderung des Friedens, der Demokratie, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Achtung der Menschenrechte. In diesen Bereichen verpflichten sich die Teilnehmer zur Zusammenarbeit. Der Pakt verfolgt einen kooperativen und langfristigen Ansatz. Ein Memorandum des Auswärtigen Amtes vom 14. Januar 1999 gibt eine noch heute gültige Diagnose ab: »Bis zu einer selbsttragenden Stabilität, die die Region aus sich selbst leisten kann, müssen staatlicher Zusammenhalt, Frieden und Stabilität weiterhin von außen, nunmehr von den internationalen Organisationen [...] auf den Balkan projiziert werden.«¹⁰

Die dem Pakt zugrundeliegenden Prämissen, Stabilisierung durch regionale Kooperation und Stabilisierung durch Aufbauhilfe, korrelieren mit der Implementierung einer Freihandelszone. Im Juni 2001 haben sich Albanien, Bosnien Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Jugoslawien, Mazedonien und Rumänien dazu verpflichtet, bis 2002 ein WTO-kompati-

9 Magarditsch Hatschikjan: Die »großen Fragen« in Südosteuropa. Ein Balkan-Locarno für stabile Strukturen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (2001)B 13–14. S. 21.

10 Günter Joetze: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik. Stuttgart, München 2001. S. 17.

bles Netz von bilateralen Freihandelsabkommen¹¹ aufzubauen, woran die für 2008 vorgesehene südosteuropäische Freihandelszone anknüpfen soll. Ein antizipierter Markt mit 55 Millionen Konsumenten, so die Hoffnung, schaffe Anreize für ausländisches Kapital. Des weiteren ist dieser Handelsliberalisierungsprozeß ein wesentliches Element des Pakts, der die regionale Zusammenarbeit der noch nicht als EU-Beitrittskandidaten vorgesehenen Balkanstaaten vorsieht.

Sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten haben gegenüber dem Gesamtkontinent eine wertepolitische Verantwortung. Gemäß der Präambel des Vertrages über die Europäische Union vom 2. Oktober 1997 (Vertrag von Amsterdam) setzen sich die Mitgliedsstaaten für den »Prozeß der europäischen Integration« ein. Des weiteren bestätigten sie in der Präambel ihr Bekenntnis »zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit«. ¹² Im Sinne dieses Selbstverständnisses besteht für die EU-Staaten die Pflicht zu einer Integrationspolitik auch für die südosteuropäischen Staaten.

STABILISIERUNG DURCH DEN ERHALT MULTIETHNISCHER VIELFALT

Die Konflikte in Ex-Jugoslawien waren ethnisch-territoriale Konflikte. Die Beteiligten hatten die Absicht, die jeweils beanspruchten Gebiete ethnisch zu homogenisieren.¹³ Dieses wurde zum Teil auch realisiert. In Bosnien-Herzegowina und in Kroatien haben Flucht und Vertreibung die multiethnischen Strukturen weitgehend zerstört. Die Frage, ob letztere rekonstruierbar sind, worauf insbesondere die Pakt-Initiatoren bauen, ist Gegenstand einer noch anhaltenden wissenschaftlichen Diskussion.¹⁴

11 Das unter Schirmherrschaft des Balkanstabilitätspaktes abgeschlossene Vertragswerk sieht vor, daß zunächst 90% des Handels zwischen den Vertragsstaaten liberalisiert werden.

12 Siehe Vertrag über die EU vom 2. Oktober 1997. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Vertrag von Amsterdam. Bonn 1998. Präambel. S. 18.

13 Siehe Carsten Giersch: Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991–1995. Baden-Baden 1998. S. 38–56.

14 Siehe Stefan Troebst: Ist multiethnische Gesellschaft rekonstruierbar? In: Kommune, Forum für Politik, Ökonomie und Kultur. Frankfurt am Main (2000)9 (elektronische Fassung unter <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune9-20/atroebst.htm>).

Fest steht bisher: Auch wenn sich die internationale Gemeinschaft für die im Dayton-Vertrag festgeschriebene Rückführung der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimatorte einsetzt, lassen sich die Vorkriegsstrukturen nicht mehr herstellen. Die dagebliebenen oder zurückgekehrten Minderheiten haben häufig existentielle Probleme. Extremistische Kräfte versuchen die Kriegsstrategie der Vertreibung im kleinen weiterzuführen. Das haben Konflikte auf lokaler Ebene, beispielsweise im kroatischen Ostslawonien, in der Krajina sowie in beiden Entitäten Bosnien-Herzegowinas, immer wieder gezeigt. Besonders bedrohlich ist die Lage im Kosovo. Hier stehen sich nach den Fluchtbewegungen die verbliebenen Albaner und Serben im hohen Maße feindlich gegenüber. Selbst die Anwesenheit der KFOR kann die gewaltsame Auseinandersetzungen oft nicht verhindern.¹⁵ All dies läßt zunächst an der Strategie des Stabilitätspaktes, »die nationale und ethnische Vielfalt der Staaten in der Region zu erhalten«,¹⁶ zweifeln. Wenn die EU gewaltsame Vertreibungen (wie es insbesondere serbische und kroatische Akteure versucht haben) oder Umsiedlungen (wie sie der ehemalige slowakische Ministerpräsident Mečiar mit der ungarischen Minderheit angestrebt hat) für inakzeptabel hält, dann ist die Strategie der Multiethnizität ohne Alternative.¹⁷ Der Stabilitätspakt setzt voraus, daß in Südosteuropa die Siedlungsräume weitgehend ethnisch gemischt und ethnische Homogenisierungstendenzen inakzeptabel sind.

Da »neue ethnische Minderheiten«¹⁸ überall ernst genommen werden müssen, sammelt die internationale Staatengemeinschaft bei ihrem Versuch, einen friedlichen Umgang mit ethnischen Minderheiten in den süd-

15 Zu der Lage im Kosovo siehe David Rohde: Kosovo Seething. In: Foreign Affairs. New York 79(May/June 2000)3. S. 65–79.

16 Stabilitätspakt für Südosteuropa. § 10. Bonn, Berlin

17 Siehe Gerhard Wettig: Nation und Konflikt in Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1992. S. 9.

18 Die »neuen ethnischen Minderheiten« setzen sich aus Personen zusammen, die in den letzten Jahrzehnten aus ökonomischen oder humanitären Gründen in die westeuropäischen Länder eingewandert sind. Im Gegensatz dazu, sind die in Osteuropa lebenden »historisch ethnischen Minderheiten« die kulturell Überlebenden unvollständig gebliebener Nationalstaatsbildung und nicht ethnisch begründeter Grenzrevisionen. Diese Minderheiten sind im völkerrechtlichen Sinne »nationale Minderheiten« und besitzen darüber einen bestimmten Rechtsstatus (siehe hierzu Martin Brusis/Josef Janning: »Verhinderte Nationen« – Über den Umgang mit ethnischen Minderheiten. In: Internationale Politik. Berlin (1999)9. S. 1).

osteuropäischen Staaten zu organisieren, auch für ihre eigenen Innenpolitiken Erfahrungen. Der mit dem multiethnischen Ansatz verbundene Minderheitenschutz des Stabilitätspaktes wird auch im Kontext der demokratischen Entwicklung gesehen.¹⁹ Zentrales Motiv für eine explizite Minderheitenpolitik ist jedoch ihr möglicher Beitrag zur Lösung ethnischer Spannungen. Es gibt dabei verschiedene Formen der Konfliktregulierung. Erstens können, als Antwort auf zwischenstaatliche Minderheitenkonflikte, bilaterale Verträge bestimmte Minderheitenrechte erzielen. Ungarn hat jüngst mit dem sogenannten Statusgesetz, das erst nach langen – kontroversen – Verhandlungen mit Rumänien zustande gekommen ist, vorexerziert, wie sowohl der eigenen Volksgruppe im benachbarten Ausland als auch der dortigen – rumänischen – Mehrheitsbevölkerung Nutzen gebracht werden kann.²⁰ Existiert auf beiden Seiten die jeweilige »Volksgruppe« als Minderheit, sind solche Vereinbarungen im gegenseitigen Interesse. Ist nur eine einseitige Minderheitenpräsenz vorhanden, besteht die Möglichkeit, den Minderheitenschutz gegen Grenzgarantien durchzusetzen. Zweitens dienen Minderheitenrechte auch zur innerstaatlichen Konfliktbearbeitung. Sie müssen im rechtlichen Rahmen der einzelnen Staaten gesetzlich festgelegt werden. Dabei werden Minderheitenrechte in erster Linie als Rechte für Gruppenmitglieder angesehen. Zum einen können sie in den Verfassungen rechtlich verankert oder als spezielle Minderheitengesetze wie zum Beispiel als Schul-, Medien- oder Wahlgesetz ausgestaltet werden. Zum anderen können sie die Form von Antidiskriminierungsgesetzen haben oder als Gesetze formuliert werden, die den Minderheiten bestimmte Privilegien verschaffen, zum Beispiel garantierte Abgeordnetensitze in den nationalen Parlamenten. So sichert etwa die slowenische Verfassung der ungarischen und italienischen Minderheit (jedoch nicht der serbischen und kroatischen Minderheit) eine Beteiligung im Parlament durch eigene Abgeordnete. Darüber hinaus gibt es das Modell der Konkordanzdemokratie. Hierbei teilen sich zwei oder mehrere »Volksgruppen« die politische Macht im Staat (oder in einer Region) durch den Zwang, Entscheidungen im Konsens fällen zu müssen. Das politische System in Bosnien-Herzegowina ist der Versuch, über formal festgelegte Regeln die Kooperations- und Kompromißbereitschaft

19 Siehe Stabilitätspakt für Südosteuropa. § 10. Bonn, Berlin

20 Rumänische Staatsbürger bekommen jährlich eine dreimonatige Arbeitserlaubnis. Rumänen ungarischer Herkunft genießen nahezu gleiche Staatsbürgerrechte wie im ungarischen Kernstaat.

unter den drei »Volksgruppen« zu fördern. So müssen sich etwa Serben, Kroaten und Muslime die Macht auf der Ebene des Gesamtstaates im dreiköpfigen Staatspräsidium teilen.²¹ Weitere Ausprägungen der Konkordanzdemokratie sind die Quotierung von öffentlichen Ämtern, die Einführung von Vetorechten, Formen der Autonomie durch eigene Organe und Kompetenzen und Mechanismen der Streitschlichtung, zum Beispiel durch die Institutionalisierung eines Ombudsmannes oder von Schlichtungskommissionen. Der Stabilitätspakt unterstützt im Rahmen des ersten Arbeitstisches (Demokratisierung und Menschenrechte) solche Projekte. Darüber hinaus gibt es noch territoriale Regelungsmöglichkeiten. Eine Machtteilung kann in Form einer Territorialautonomie oder im Rahmen einer Föderation erfolgen. Territoriale Konzepte kommen dabei nur in Frage, wenn es in einem Staat lokale Bevölkerungsmehrheiten gibt, die nicht dem Mehrheitsverhältnis im Gesamtstaat entsprechen. Relevant könnten sie besonders für die Bundesrepublik Jugoslawien hinsichtlich der Zukunft des Kosovos und des Verhältnisses zwischen Serbien und Montenegro sein.²²

An dieser Stelle stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Staats- und Demokratieverständnis sowohl der südosteuropäischen Staaten als auch der westlichen Paktteilnehmer. Inwieweit macht es überhaupt Sinn, in ethnischen Kategorien zu denken? Zumal genaue Abgrenzungskriterien für die verschiedenen Ethnien fehlen beziehungsweise diese sich im Zeitablauf verändern. Dem kollektiven Ansatz des Minderheitenschutzes könnte der ausschließliche individuelle Schutz der durch den Rechtsstaat garantierten Menschenrechte entgegengesetzt werden. Im Stabilitätspakt findet eine Mischung beider Ansätze statt. Er zielt darauf ab, daß »die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören«,²³ in der Region garantiert werden. Damit wird ausdrücklich eine Politik für nationale Minderheiten formuliert. Neue ethnische Minderheiten werden nicht berücksichtigt. Ob neue oder nationale ethnische Minderheiten, in beiden Fällen entsteht das Problem, wer die ethnischen Kategorien wie

21 Wenn sich die Konfliktparteien nicht einigen können, regiert zur Zeit jedoch der Hohe Repräsentant der EU.

22 Zu den Modellen ethnischer Konfliktregulierung siehe Ulrich Schneckener: Regulierung ethnischer Konflikte in Südosteuropa. In: Internationale Politik. Berlin (1999)9. S. 7–20.

23 Ebenda.

definiert. Obliegt dem Staat die Definitions- und/oder Zuteilungskompetenz, können in erheblichem Maße Persönlichkeitsrechte der betreffenden Menschen verletzt werden. Zumindest ist die Entscheidung zur Gruppenzugehörigkeit gemäß der im Rahmen der KSZE verabschiedeten Grundsätze eine Privatsache: »Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit ist Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen und darf als solche für ihn keinen Nachteil mit sich bringen.«²⁴ In seiner Umkehrung beinhaltet dieser Grundsatz, daß kein Mensch gegen seinen Willen einer ethnischen Kategorie zugeordnet werden darf. Zudem ist es grundsätzlich fraglich, ob die Veränderung der negativen Diskriminierung in eine positive wünschenswert ist. Die Schwierigkeiten des ethnischen Denkens werden hier nochmals besonders deutlich. Die nationalstaatlichen Konstrukte, bei denen eine »Nation« ihren Staat begründet und die nicht zur Nation gehörenden Ethnien (die nationalen Minderheiten) schützt, sind vor diesem Hintergrund ebenso in Frage zu stellen. Zumal sie sich als wenig stabil erweisen könnten. Erich Röper bemerkt, daß kein Volk sich jemals seinen eigenen Staat gegründet hat. Es waren immer Fürsten, Diktatoren, Eroberer oder Kolonialherren, die dies taten. Die entstandenen Staaten schaffen kollektive Identitäten und darüber ihre Völker selbst.²⁵ In dem Zusammenhang kritisiert er auch die Inhaltsleere des Begriffes »Volk«: »Wie hohl dieser Begriff ist, zeigte zuletzt, daß Bosniens Muslime als Religionsgruppe zur ›Ethnie‹ ernannt wurden.«²⁶ Im bürgerlichen Rechtsstaat, wie ihn die Französische Revolution hervorgebracht hat, waren ethnische Gruppenunterschiede unerheblich.²⁷ Im Sinne der liberalen Verfassungsinterpretation werden die Mitglieder einer Gesellschaft auf der Grundlage der durch das Recht garantierten Gleichheit zusammengehalten. Hier wird die Nation nicht auf der Grund-

24 14. Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE: Dokument des Kopenhagener Treffens vom 29. Juni 1990, §32. In: Schweinfurth/Oellers-Frahm (Hrsg.): KSZE – Dokumente der KSZE. München 1993. S. 248.

25 Siehe Erich Röper: Staaten schaffen Völker, nicht Völker Staaten. In: Kommune, Forum für Politik, Ökonomie und Kultur. Frankfurt am Main (1999)12 (elektronische Veröffentlichung am 17. März 2000 unter <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune12-9/TROEPER.htm>).

26 Ebenda.

27 Siehe Eric J. Hobsbawm: Nation und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt am Main 1991. S. 29ff.

lage der völkischen Abstammung gebildet, sondern auf den Prinzipien der individuellen Freiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz.²⁸

Unverkennbar basiert das normative Gerüst des Balkanstabilitätspaktes auf zwei kommunitaristischen Prämissen, die abschließend folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

1. Die neuen Demokratien Südosteuropas brauchen eine Basis gemeinsamer Identität. Erforderlich ist ein permanenter Konsensbildungsprozeß, der ein gewisses Maß an gegenseitigem Vertrauen und einen hohen Grad an sozialem Zusammenhalt voraussetzt. Wenn ethnische Minderheiten das Gefühl haben, ihre legitimen Interessen nicht durchsetzen zu können, dann verlieren die getroffenen Entscheidungen an Legitimität. Demokratien beruhen auf dem Grundsatz, daß die Bereitschaft zur Einbeziehung aller auch von Dauer ist. »Dazu bedarf es einer Art gegenseitiger Verpflichtung. In der Praxis kann eine Nation nur dann eine stabile Legitimität garantieren, wenn ihre Mitglieder einander in hohem Maße verpflichtet sind kraft eines von allen geteilten Gefühls der Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft.«²⁹

2. Die Einsicht, daß sich die demokratischen Gesellschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch Migration und eine immer geringere Wirksamkeit von Assimilationspolitik unumkehrbar und unaufhaltbar kulturell vervielfältigen, korrespondiert mit der Bewahrung multiethnischer Vielfalt, wie sie im Balkanstabilitätspakt angelegt ist. Moderne Identitätspolitik basiert, kommunitaristischen Positionen zufolge, auf der Akzeptanz von Differenz, die sich aus der Würde des Menschen ableitet. Eine »Politik der Differenz« (Taylor) verlangt die wechselseitige Anerkennung der unverwechselbaren Identität eines Individuums oder einer Gruppe, kurz: ihre Besonderheit gegenüber anderen. Anders als der multikulturalistisch angelegte Entwurf der EU mit seinem Diktum, keine neuen Staaten und Staatsgrenzen in Südosteuropa zuzulassen, gesteht beispielsweise Michael Walzer Völkern das Recht zu, den Staatenverband zu verlassen.³⁰ Im Zweifel, so könnte man seine Argumentation zuspitzen, geht

28 Siehe Peter Lohauß: Widersprüche der Identitätspolitik in der demokratischen Gesellschaft. In: Walter Reese-Schäfer (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung. Opladen 1999. S. 65–90.

29 Charles Taylor: Demokratie und Ausgrenzung. In: Transit. Europäische Revue. Frankfurt am Main (1997)14. S. 82.

30 Michael Walzer: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Berlin 1992. S. 240.

das Recht auf Selbstbestimmung vor staatliche Souveränität und territoriale Integrität. Hingegen gilt in bezug auf die EU-Politik im Kosovo, was Günter Joetze, 33 Jahre im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland, vorsichtig als Option andeutet: Eine Neuziehung der Grenzen betrachtet er als allerletzten Ausweg, der »in vorsichtigster Dosierung und nur mit der Zustimmung aller Beteiligten denkbar« sei.³¹ Demgegenüber plädiert Stefan Troebst für eine rasche Entscheidung über den künftigen völkerrechtlichen Status des Kosovo, weil ein Hinausschieben, siehe Mazedonien, ein Eskalationspotential in sich berge. Troebst erkennt an, daß den Verfechtern des »Groß-Kosovo«-Konzepts in den beiden Jahren der Errichtung des Protektorats zwar nicht der politisch-militärische Durchbruch gelungen ist, sie aber doch einen beachtlichen Gewinn und Prestige, in Mazedonien auch an Terrain erzielt haben. Sie sind damit zum wichtigsten außerparlamentarischen Faktor unter den post-jugoslawischen Albanern geworden, ein Faktor, der im Eskalationsfall zum dominierenden werden könnte.³²

Unabhängig davon, ob neue Grenzziehungen und nachholende Nationenbildung auf dem Balkan opportun sind oder nicht, erweist sich die Garantie von multiethnischer Vielfalt als *conditio sine qua non* europäischer Politik. Dieses Prinzip dominiert das Stabilisierungsvorhaben. Der Balkanstabilitätspakt formuliert allgemeine Grundsätze, aber auch klare Bedingungen für eine EU-Beitrittsperspektive dieser Region. Damit besteht die Chance, daß der Balkan sein Image abstreift, Hort des Bösen mit einer Massakertradition zu sein. Seit dem Abgang des allenthalben dämonisierten Miloševićs besteht diese Chance auch für Serbien, dem entscheidenden Zwischenglied in Südosteuropa.

31 Günter Joetze: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik. Stuttgart, München 2001. S. 199.

32 Stefan Troebst: Kommunizierende Röhren. Kosovo, Serbien, Makedonien (Teil 2). In: Kommune, Forum für Politik, Ökonomie und Kultur. Frankfurt am Main (2001)8. S. 51.

ERHARD CROME

Wohin ging Osteuropa? Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation

Fukuyamas »Ende der Geschichte«¹ war keine zufällige Episode in der Geschichte des Nachdenkens über die real- und geistesgeschichtlichen Erträge des 20. Jahrhunderts. Es war Ausdruck des Selbstverständnisses der bürgerlichen Kräfte in der Welt und in den USA im besonderen, nunmehr »Sieger der Geschichte« zu sein und keine Alternative mehr fürchten zu müssen. Wahrscheinlich erklärt sich auch nur vor diesem Hintergrund jenes laute Erschrecken im Angesicht der Attentate des 11. September 2001. Es ist beileibe nicht alles anders als zuvor, wie zur Begründung gewaltsamen Handelns gern hervorgehoben wird, doch haben sich Entwicklungslinien zugespitzt, die ihre Wurzeln in den Tiefen der Geschichte haben, und dies nicht erst der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

»Der Zusammenbruch des Kommunismus hat die Menschen mitnichten in eine sichere demokratische Zukunft entlassen«, schreibt der US-amerikanische Politologe Benjamin Barber, der zu den gemäßigten Kritikern der neoliberalen Globalisierungsbestrebungen gehört.² Das gilt für die Weltverhältnisse von heute überhaupt, vor allem aber für die Analyse der ehemals kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa.

Unabhängig davon, in welchem Sinne Barber und andere den Begriff »kommunistisch« benutzen, wird er von mir im folgenden ausschließlich bezogen auf die Gesellschaftskonzeption und daraus hergeleitet das Herrschaftssystem, also typologisch verwandt. Ich folge hier einer theoretischen Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, wie sie vor dem Hintergrund der europäischen Geistesgeschichte sinnvoll ist: danach sind *Kommunisten* jene, die die soziale Frage, die mehr oder weniger drückende Kluft zwischen arm und reich, durch die Enteignung allen

1 Siehe Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.

2 Siehe Benjamin R. Barber: Coca-Cola und Heiliger Krieg. Der grundlegende Konflikt unserer Zeit. Bern u. a. S. 7.

wichtigen Produktiveigentums in der Gesellschaft und dessen Vergemeinschaftung lösen wollen; *Sozialisten* dagegen sind jene, die die soziale Frage lösen wollen, indem sie das Kapital der Kontrolle der Gemeinschaft unterstellen. Sie wollen über Gesetz und Staat dafür sorgen, daß das Kapital der Arbeit untersteht, und nicht umgekehrt.³

Die heutigen politischen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa sind nicht zu verstehen, ohne die Hinterlassenschaften des kommunistischen Systems einerseits und den Verlauf des Systemwechsels andererseits zu berücksichtigen. Zugleich muß nochmals auf den historischen Platz des kommunistischen Systems gesehen werden, um die seither vollzogenen Wandlungen zu verstehen. Daraus ergibt sich der Aufbau des nachfolgenden Textes. Aus Gründen, die mit den derzeitigen Debatten in Deutschland zusammenhängen, habe ich exemplarisch dem Ende der DDR besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

1. NOCHMALS ZUM HISTORISCHEN ORT DES KOMMUNISTISCHEN SYSTEMS

Theoretische Begründungen, weshalb Staatssozialismus nicht zu verwirklichen sei, sind so alt, wie die kommunistischen Konzeptionen selbst. Im Kontext der russischen Oktoberrevolution verwies beispielsweise Max Weber darauf, daß moderne Gesellschaften, wie man heute sagen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest »das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum [...] als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann«, im Staatssozialismus dagegen wären »beide Beamtenschaften ein einziger Körper mit solidarischen Interessen und gar nicht mehr zu kontrollieren«⁴ – und deshalb könne Kommunismus nicht funktionieren. Derartige Einwendungen haben dem Einfluß des kommunistischen Ansatzes keinen wirklichen Abbruch tun können, solange der Glaube an seine Realisierbarkeit in relevanten Teilen der Arbeiterschaft sowie der Intellektuellen verbreitet blieb und in den kommunistischen Parteien seinen

3 Siehe Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Berliner Debatte Initial. Berlin (1998)1. S. 5ff.

4 Max Weber: Der Sozialismus. In: Max Weber: Schriften zur Sozialgeschichte und Politik. Hrsg. von Michael Sukale. Stuttgart 1997. S. 248.

politischen Ausdruck fand. In Selbstdarstellungen der KPdSU oder der SED wurden immer gern Stimmen aus dem Jahre 1917 oder 1949 zitiert, wonach »der kommunistische Spuk« in wenigen Wochen oder Monaten vorbei sein werde – als vorgeblicher Beleg für die »Sieghaftigkeit des Sozialismus«. Offenbar gehörte der Kommunismus zu jenen historischen Erscheinungen, die nur in der Praxis zu widerlegen waren.

Eine Untersuchung des 1989/1991 zusammengebrochenen Herrschaftssystems kann es nicht damit bewenden lassen, sein »gesetzmäßiges« Scheitern von Anfang an zu behaupten, wie es in nachwendischer Publizistik immer wieder gern getan wird, sondern es sind zunächst seine historischen Entstehungsgründe in den Blick zu nehmen. Für Stefan Zweig etwa, als er im britischen Exil 1940 seine Memoiren schrieb, war völlig klar, daß der entscheidende Einschnitt im Jahre 1914 lag. Da ging die »alte Welt« Europas unter, Zweig nennt sie die »Welt von gestern«, an die er voller Melancholie zurückdenkt.⁵ In eben diesem Sinne spricht der Historiker Eric Hobsbawm – der einen Teil seiner Jugend in Wien verbrachte, bevor er in den 1930er Jahren ebenfalls nach Großbritannien kam – von dem »Kurzen 20. Jahrhundert«, das er von 1914 bis 1991 datiert.⁶ Sebastian Haffner hatte bereits vor dem Fiasko des Kommunismus betont, daß der Zweite Weltkrieg die Folge des Ersten war, und insofern das eigentlich einschneidende Ereignis des 20. Jahrhunderts.⁷ Ungeachtet dessen, daß ohne Zustimmung der deutschen Reichsleitung und speziell Ludendorffs Lenin 1917 natürlich nicht aus dem Schweizer Exil hätte nach Rußland kommen können,⁸ ist die russische Oktoberrevolution dennoch zuallererst nicht als Coup des deutschen Generalstabes, um Rußland aus der gegnerischen Kriegsfront herauszuberechnen, sondern als sozialhistorischer Vorgang zu betrachten.

Dennoch haben das Geborenssein aus den Gemetzeln des Ersten Weltkrieges und der sektenmäßige Geheimbundcharakter der Partei der Bolschewiki der realen Umsetzung jenes kommunistischen Versuchs unter Führung Lenins ihren Stempel aufgedrückt, der das von ihnen geschaf-

5 Siehe Stefan Zweig: Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers. Berlin und Weimar 1985.

6 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien 1994. S. 17.

7 Siehe Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick. München 1987. S. 10.

8 Das betont auch Haffner in ebenda. S. 128.

fene Herrschaftssystem bis zu seinem Untergang 1989/1991 geprägt hat. Insofern war dieses kommunistische System eines der bleibenden Resultate des Ersten Weltkrieges und einer der wesentlichen Akteure jenes »kurzen« 20. Jahrhunderts.

Zu historischen Voraussetzungen des kommunistischen Herrschaftssystems wurden daher:

1. Die soziale Frage hatte seit den 1830er Jahren die Gestalt der Arbeiterfrage angenommen: wie nehmen die Vermögenslosen, die ihr Einkommen durch Lohnarbeit erwerben, an der modernen, d. h. industriell fundierten Gesellschaft teil? Das hatte eine soziale Dimension, hier ging es um Löhne und Einkommen, soziale Sicherheiten, Absicherung der Familien, Wohnung, Bildung, Zugang zur Kultur. Und es hatte eine politische Dimension, hier standen das allgemeine Wahlrecht, Freiheitsrechte und Partizipationsrechte auf der Tagesordnung, am Ende die Frage nach der Macht im Staate. Die sozialistische Revolution, wie Marx, Engels, Lassalle und andere erwartet hatten, sollte beide Probleme lösen, durch Übernahme der Macht durch die Partei der Arbeiter und durch Enteignung der Kapitaleigner. Die »Sozial-Demokratie« war der politische Ausdruck dieses Bemühens, die soziale Frage im Sinne der Arbeiter und insgesamt der unteren sozialen Schichten zu lösen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei, zumal der deutschen, ging seit den 1890er Jahren der Streit darum, ob im Zweifelsfalle das Primat bei der Demokratie liegen solle, die nach Wahlen und Mehrheiten fragt, wenn es um die Macht geht, oder ob die Revolution im Sinne der raschen Enteignung der Kapitalisten Vorrang haben müsse vor den demokratischen Spielregeln.

2. Der Erste Weltkrieg wurde als eklatante Verschärfung aller inneren Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der es begleitenden politischen Systeme angesehen. Lange vor dem Ersten Weltkrieg war Allgemeingut innerhalb der Arbeiterbewegung, was August Bebel wie folgt formuliert hatte: »Nimmt man [...] die furchtbaren Störungen und Verwüstungen, die künftig ein europäischer Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet anrichtet, so darf man ohne Übertreibung sagen: Der nächste große Krieg ist der letzte Krieg [...] Der politisch-militärische Zustand Europas hat eine Entwicklung genommen, die leicht mit einer großen Katastrophe endigen kann, welche die bürgerliche Gesellschaft in den Abgrund reißt. Auf der Höhe ihrer Entwicklung hat diese Gesellschaft Zustände geschaffen, die ihre Existenz unhaltbar machen, sie bereitet sich den Untergang mit Mitteln, die sie selbst erst als

die revolutionärste aller bisher dagewesenen Gesellschaften schuf.«⁹ In diesem Sinne erschien der Erste Weltkrieg als die erwartete, vom Kapitalismus und seinem Imperialismus hervorgerufene Katastrophe, aus der »der Sozialismus« als die Erlösung hervorgehen mußte. Und da alle großen Staaten Europas, ob nun bürgerlich-parlamentarisch, wie Großbritannien bzw. Frankreich, oder mehr oder weniger autoritär verfaßt, wie Deutschland bzw. Rußland, in diesen großen Krieg verwickelt waren, erschien die Demokratiefrage als von untergeordneter Bedeutung.

3. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten sich in Deutschland, Frankreich, Rußland und anderen Staaten angesichts des Krieges 1914 auf die Seite ihrer respektiven Regierungen und deren Kriegsführung gestellt. Die Kongresse der II. Internationale in Stuttgart (1907) und Basel (1912) hatten zwar beschlossen, mit allen Mitteln für die Verhinderung des Krieges zu wirken und, wenn er dennoch ausbrechen sollte, die entstandene Lage zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu nutzen. Doch hatte sich dies 1914 als Illusion erwiesen, bzw. die Mehrheitssozialisten hatten Verrat geübt, was die Linken ihnen folgerichtig politisch zum Vorwurf machten. Von jenem Verrat 1914 her datiert denn auch die Spaltung der Arbeiterbewegung, die in der kommunistischen Strömung ab 1918/19 dann – neben der fortexistierenden Sozialdemokratie bestehend – ihren organisierten politischen Ausdruck findet.

4. Die Verheißungen von der neuen Gesellschaft waren seit Marx von der Vorstellung geprägt, daß Markt und Profit negativ besetzt seien und abgeschafft gehören und daß »sozialistische Planwirtschaft« als realisierte Wissenschaft möglich sei. So hatte August Bebel – den ich hier wieder als international anerkannten Parteiführer der alten Sozialdemokratie zitiere – geschrieben: »Die Menschheit wird in der sozialistischen Gesellschaft, in der sie erst wirklich frei und auf ihre natürliche Basis gestellt ist, ihre Entwicklung mit Bewußtsein lenken. In allen bisherigen Epochen handelte sie in bezug auf Produktion und Verteilung wie auf Bevölkerungsvermehrung ohne Kenntnis ihrer Gesetze, also unbewußt; in der neuen Gesellschaft wird sie mit Kenntnis der Gesetze ihrer eigenen Entwicklung bewußt und planmäßig handeln. Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.«¹⁰ Kommunistische Bewegung und alte Sozialdemokratie unterscheiden sich

9 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. Stuttgart 1913 (nach der 50. Auflage von 1909). S. 318f.

10 Ebenda. S. 508.

demzufolge nicht grundlegend in ihren Vorstellungen von der »Gesetzmäßigkeit« gesellschaftlicher Entwicklung, Abschaffung von Markt und Profit usw., sondern in der Betonung der Mittel – Demokratie versus Revolution – und in der Bewertung ihrer politischen Handlungen im und nach dem Ersten Weltkrieg, was sich als Konfliktlinie innerhalb der deutschen Linken im Grunde bis in die Gegenwart zieht. In bezug auf die deutsche Novemberrevolution von 1918 hat Haffner das Problem wie folgt formuliert: »Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.«¹¹ Tausende Revolutionäre wurden von den Freikorps mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteiführung umgebracht, angefangen bei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die die KPD begründet hatten. Den Kommunisten diente dies dann als Vorwand, um nach 1945 in der sowjetisch besetzten Zone bzw. in der DDR Sozialdemokraten einzusperren und umzubringen. Analoge Auseinandersetzungen fanden in anderen europäischen Ländern statt.

5. Die russischen Bolschewiki, nach der Oktoberrevolution 1917 einmal an der Macht, lösten auf Geheiß Lenins im Januar 1918 die gewählte Verfassungsgebende Versammlung Rußlands auf. Damit blieb der errichteten Sowjetmacht, typologisch jeder seither errichteten Macht kommunistischen Typs, der Verzicht auf die Gewinnung der numerischen Mehrheit innerhalb der »eigenen« Bevölkerung eingeschrieben. Rosa Luxemburg sah sehr hellsichtig die darin für die sozialistische Bewegung liegende Gefahr und warf den Führern der russischen Revolution, Lenin und Trotzki, die Abschaffung der Demokratie (in Gestalt der Auflösung der Konstituante) vor, die zu einem »Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande« und schließlich zu einer Diktatur, nicht des Proletariats, sondern »einer Handvoll Politiker« führen werde.¹² In diesem gleichen Sinne schrieb später, im Jahre 1936, Leo Trotzki: »Der demokratische Zentralismus machte bürokratischem Zentralismus Platz. Der Parteiapparat selbst wurde nunmehr von oben bis unten radikal umgekrempelt. Als Haupttugend des Bolschewiken galt der Gehorsam. Unter der Fahne des Kampfes gegen die Opposition fand eine Ersetzung

11 Sebastian Haffner: Der Verrat. Berlin 1993. S. 6.

12 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974 (im weiteren Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution ...). S. 362.

der Revolutionäre durch Beamte statt [...] Das Verbot der Oppositionsparteien zog das Verbot der Fraktionen nach sich; das Fraktionsverbot endete mit dem Verbot, anders zu denken als der unfehlbare Führer. Der Polizeimonolithismus der Partei brachte die bürokratische Straflosigkeit mit sich, die zur Quelle aller Formen der Zügellosigkeit und Zersetzung wurde.«¹³

So wurden (1) die Gemetzel des Ersten Weltkrieges und die darin zum Ausdruck kommende verbrecherische Macht- und Profitgier der alten herrschenden Klassen, (2) die Marxschen Verheißungen von der herrlichen neuen Welt nach der erfolgreichen Revolution, die die Erlösung von den Übeln jener kapitalistischen Welt des Krieges und der Ausbeutung bringen werde, (3) der chauvinistische Verrat der Führer der alten Sozialdemokratie, (4) die Wahrnehmung dieser drei Entwicklungen in der Perzeption jener Linken, die aus der Spaltung der Arbeiterbewegung hervorgegangen waren, und (5) die Logik der diktatorischen Machtausübung in Rußland, die nach der zahlenmäßigen Mehrheit in der herrschaftsunterworfenen Bevölkerung nicht fragte, zu Entstehungsbedingungen des kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems.

Neben diesem historischen Kontext ist der systematische, typologische von Bedeutung. Die Begründung des Herrschaftssystems war und blieb immer ideologisch. Deshalb wurde dem Wort und der »richtigen« Gesinnung stets ein zentraler Platz zugemessen, waren regelmäßige Überprüfungen der Parteimitgliedschaft, insbesondere ihrer Haltung zu den jeweiligen Verkündigungen des respektiven Generalsekretärs und Politbüros, und Parteischulung bis zum Schluß konstitutive Bestandteile der Herrschaft. Hier ist die Metamorphose des Gedankengebäudes entscheidend: aus den gesellschaftskritischen, streitbaren Ideen von Karl Marx machten Friedrich Engels und die Führer der alten Sozialdemokratie den »Marxismus« der Arbeiterbewegung (siehe oben Bebel's Folgerungen zum erwarteten »Sozialismus«). War dieser innerparteilich und gesellschaftspolitisch noch recht demokratisch angelegt, so formte Lenin daraus den Bolschewismus, der eine Zuspitzung hinsichtlich des Bekenntnisses zur »Diktatur des Proletariats« und zur Verstaatlichung des Produktiveigentums darstellte und vor allem mit dem Prinzip des »demokratischen Zentralismus«, der recht eigentlich die Abschaffung demokratischen Entscheidens innerhalb der Partei und die Etablierung einer innerparteilichen

13 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990. S. 111 und 117.

Befehlshierarchie von oben nach unten bedeutete, die Partei zu einer militärisch straff organisierten Kampforganisation machte. Stalin nannte dies dann »Leninismus« und ließ die dazugehörigen vereinfachten Glaubenssätze, deren Anzahl dann schon nicht mehr sehr groß war, Ende der 1930er Jahre, in der Zeit der großen Schauprozesse, kanonisiert festschreiben.¹⁴ Die Parteiideologie der meisten herrschenden kommunistischen Parteien in Europa – außer in Titos Jugoslawien – stellte bis zum Schluß eine in je unterschiedlicher Weise gemilderte Variante jenes Kanons dar. So war geistes- und politikgeschichtlich aus dem theoretischen Gebäude von Marx der »Marxismus«, aus diesem der »Leninismus« und schließlich die stalinistische Variante der kommunistischen Ideologie hervorgegangen. So hat Stalin mit Lenin, hat dieser mit der alten Sozialdemokratie von Bebel und Engels und haben diese mit Marx zu tun.¹⁵ Jeder Schritt dieser Metamorphosen ist bewußt vollzogen worden.

Es gab natürlich jeweils auch andere Möglichkeiten der Interpretation und Exegese. Insofern ist die gesamte Geschichte des Parteimarxismus auch eine Geschichte geistiger und politischer Kämpfe zwischen »Rechtgläubigen«, »Orthodoxen« und Häretikern, eine Geschichte von Inquisitionsgerichten, Verfolgung und Ermordung Andersdenkender. Es war zugleich eine Geschichte von Abspaltungen. Erinnert sei an den Streit Stalin–Tito, die Kontroversen Tito–Enver Hoxha, den Kampf Chruschtschow–Mao, der schließlich bis zu militärischen Auseinandersetzungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze eskalierte. Ulbricht wurde von Moskau aus abgelöst, als er sich als der neue Interpret des »Marxismus« präsentierte, indem er den Realsozialismus 1967 eine »relativ selbstständige sozialökonomische Formation«¹⁶ nannte, während man in der KPdSU-Führung weiter vom baldigen Kommen des Kommunismus (als der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft) schwadronierte.¹⁷

14 Siehe Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang (1938). Berlin 1949.

15 Siehe Helmut Fleischer: Epochenphänomen Marxismus. Frankfurt am Main 1993. – Wolfgang Ruge: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte. Berlin 1991.

16 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR. Berlin 1969. S. 38.

17 Hier sei daran erinnert, daß im Unterschied zu der von mir verwendeten Begrifflichkeit von *Sozialismus* und *Kommunismus* (siehe weiter oben) der Parteimarxismus von Marx und Engels bis zu Stalin und seinen Nachfolgern den »Sozialismus« als

Der Kampf um politische Richtungen nahm stets ideologische Formen an, wurde um Worte, Bilder und heilige Texte geführt, wie umgekehrt ideologische Unterschiede nicht ohne politische Konsequenzen blieben, die auch in der Erschießung bestehen konnten. Im Grunde muß Ideologieggeschichte des Kommunismus betrieben werden als Religionsgeschichte.

Dies allerdings ist schon bei Marx angelegt. Karl Löwith hob hervor, es sei kein Zufall, »daß der letzte Antagonismus der beiden feindlichen Lager, der Bourgeoisie und des Proletariats, dem Glauben an einen Endkampf zwischen Christus und Antichrist in der letzten Geschichtsepoche entspricht, und daß die Aufgabe des Proletariats der welthistorischen Mission des auserwählten Volkes analog ist. Die universale Erlösungsfunktion der unterdrückten Klasse entspricht der religiösen Dialektik von Kreuz und Auferstehung und die Verwandlung des Reiches der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit der Verwandlung des alten in einen neuen Äon. Der ganze Geschichtsprozeß, wie er im Kommunistischen Manifest dargestellt wird, spiegelt das allgemeine Schema der jüdisch-christlichen Interpretation der Geschichte als eines providentiellen Heilsgeschehens auf ein sinnvolles Endziel hin. Der historische Materialismus ist Heilsgeschichte in der Sprache der Nationalökonomie.«¹⁸ Auch Schumpeter reihte den Marxismus unter die Religionen: »Dem Gläubigen bietet er erstens ein System von letzten Zielen, die den Sinn des Lebens enthalten und absolute Maßstäbe sind, nach welchen Ereignisse und Taten beurteilt werden können; und zweitens bietet er sich als Führer zu jenen Zielen, was gleichbedeutend ist mit einem Erlösungsplan und mit der Aufdeckung des Übels, von dem die Menschheit oder ein auserwählter Teil der Menschheit erlöst werden soll [...] Einfach das Ziel zu predigen, wäre wirkungslos geblieben; eine Analyse des sozialen Prozesses hätte nur ein paar hundert Spezialisten interessiert. Aber im Kleid des Analytikers zu predigen und mit einem Blick auf die Bedürfnisse des Herzens zu analysieren, dies schuf eine leidenschaftliche Anhängerschaft und gab dem Marxisten jenes größte Geschenk, das in der Überzeugung

erste, niedere Phase einer einheitlich gedachten »kommunistischen Gesellschaftsformation« vorstellte. Insofern waren die Auseinandersetzungen darum, was denn »Sozialismus« sei, von zentraler Bedeutung – wie im alten Christentum die Frage nach Maria als »Gottesgebäerin«.

18 Karl Löwith: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie. Stuttgart 1990. S. 48.

besteht, daß das, was man ist und wofür man einsteht, niemals unterliegen, sondern am Ende siegreich sein wird.«¹⁹

Konstituierende Elemente des kommunistischen Herrschaftssystems waren daher:

1. Die utopische Verheißung von der schönen neuen Welt, die grundlegend unterschieden sei von der des schnöden Kapitalismus und die hier und jetzt begonnen habe, blieb Moment des kommunistischen Herrschaftssystems bis zu seinem Dahinscheiden. Es war seine unhintergehbare Letztbegründung.

2. Die kommunistische Staatspartei leitete ihr Selbstverständnis daraus ab: (1) »gesetzmäßig« vollziehe sich der »Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus«; dies sozial zu tragen sei (2) die »historische Mission« der Arbeiterklasse; es politisch zu realisieren sei (3) Auftrag der kommunistischen Staatspartei, die sich als »der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes«²⁰ definierte. Sie war in der Leninschen Tradition (4) nach dem Prinzip des »demokratischen Zentralismus« hierarchisch von oben nach unten organisiert. Das hatte zur Folge, daß die Parteiführung auf demokratischem, statuarischem Wege nicht absetzbar war. Politische Kämpfe hatten die Gestalt byzantinischer Palastrevolten, in deren Ergebnis – bis auf Chruschtschow – die unterlegene Seite in der Regel erschossen wurde. Später dann verschwanden die Unterlegenen im politischen Nichts, Chruschtschow in seiner Moskauer Wohnung mit Verbot, öffentlich aufzutreten, zuvor Molotow auf dem Botschafterposten in Ulan Bator.

3. Da die Politik der Partei die einzig wahre Realisation historischer Gesetzmäßigkeiten zu verkörpern beanspruchte, stand nie Politik als solche zur Debatte, sondern immer nur die Umsetzung des »richtigen« Kurses. Insofern wurde jede Form tatsächlicher Gewaltenteilung abgeschafft (ihre partielle Einführung, etwa in Gestalt von Verwaltungsgerichtsbarkeit in Polen in den 1980er Jahren, war eine Rückzugsoperation, die der Schwäche der Partei im Angesicht von »Solidarność« geschuldet war). Das höchste Organ der Partei, das Politbüro, war oberste Exekutive, oberste Legislative, oberste Judikative und oberste Glaubens-Kongregation in einem. Das Politikverständnis blieb instrumentell. Die Wissenschaft,

19 Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1987. S. 19 und 21.

20 So bis zum Schluß im Statut der SED (siehe Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, 18.–22. Mai 1976. Bd. 2. Berlin 1976. S. 267).

zumal im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, die nun Herrschaftswissenschaften waren, mit der Philosophie an der Spitze, sollte dem Prinzip der »Parteilichkeit der Wissenschaft« subordiniert sein.

4. In diesem Sinne stellte sich die Partei mit ihrer »führenden Rolle« auch staatsrechtlich verankert über die Verfassungsordnung. So hieß es im Art. 1 der Verfassung der DDR (von 1974), daß die DDR »die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei«²¹ sei. Das monistische Herrschaftssystem war mit seinen Staatsorganen um die Partei gruppiert und seinerseits nach dem Prinzip des »demokratischen Zentralismus« aufgebaut. In der DDR war dies im Artikel 47 der Verfassung ausdrücklich festgelegt.²² Auch zum Recht war das Verhältnis instrumentell. Regulative Idee war nicht der Rechtsstaat, die Herrschaft des Rechts, sondern die von Staat und Recht als »Machtinstrument der herrschenden Klasse«, praktisch des Politbüros.

5. Da Kapitalismus, und mit ihm der Profit, beseitigt sein sollte, wurden auch Basisinstitutionen der Moderne wie Zins, Kredit usw. abgeschafft, was letztlich dazu führte, daß »sozialistische Planwirtschaft« vordergründig als Zuteilung von materiellen Ressourcen und Erteilung von Produktionsaufträgen der Zentrale (d. h. des Politbüros als des einzig autorisierten Akteurs) an die Betriebe umzusetzen versucht wurde. Auch dort, wo mit finanziellen Steuerungsinstrumenten experimentiert wurde, wie in Ungarn, verzichtete die politische Führung letztlich nicht auf den Zugriff auf die Ressourcen; die Wirtschaftsreformen fanden stets dort ihre Grenze, wo die Betriebe wirklich die Kompetenzen zur Preisbildung, Lohnfestlegung und Entlassung hätten erhalten sollen. Die Unterordnung der Produktion unter die politische Führung hatte schließlich zur Folge, daß niemand eine wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung der Volkswirtschaft und der einzelnen Wirtschaftszweige bzw. Unternehmen anstellen konnte. Technische Innovation wurde erschwert. Die wirtschaftspolitischen Spielräume verengten sich immer mehr. Westliche Kredite sollten seit den 1970er Jahren die Engpässe ausgleichen. Am Ende stieg die Verschuldung, im Falle der DDR von zwei Milliarden »Valutamark« (= DM), die Ulbricht hinterließ, auf 49 Milliarden 1989 (laut Chef der Staatlichen Plankommission Schürer) bzw. 37 Milliarden (da laut Schalck-

21 Verfassung der DDR. Berlin 1974. S. 9. Ähnliche Formulierungen enthielten die Verfassungen auch der anderen kommunistischen Staaten.

22 Siehe ebenda. S. 43.

Golodkowski, der den Sonderwirtschaftsbereich des Westhandels der DDR geleitet hatte, auf Westkonten der DDR noch zwölf Milliarden Guthaben lagen). Auch die geringere Summe verkörperte einen Anstieg auf das 18,5fache. Das Wort »Bankrott« des europäischen Kommunismus hatte so nicht nur eine metaphorische Bedeutung.

6. Da das beschriebene Gefüge – Anspruch, eine »historische Mission« zu realisieren, eine »führende Rolle« zu spielen, immer recht zu haben, als der eigentliche Besitzer über die gesamte Volkswirtschaft zu verfügen, in der zugleich eine wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung verunmöglicht war – in jedem kommunistischen Land bestand, bewirkte dies, daß sich im kommunistischen Staatengefüge unterschiedliche, in sich geschlossene Staatsgebilde bzw. Nationalwirtschaften gegenüberstanden. Tatsächliche Preisbildung, wirkliche Integration fand nicht statt, weder politisch, noch wirtschaftlich. Bis zum Schluß wurde im RGW bilateral bilanziert, konnten Guthaben Ungarns gegenüber der DDR nicht mit Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion verrechnet werden. Wenn weltwirtschaftliche Arbeitsteilung unter der Voraussetzung der Moderne Entwicklungsstimuli freisetzen kann, was schon Marx wußte, so hatte das kommunistische System darauf verzichtet. Das Herrschaftssystem in seiner real existierenden Gestalt stand dem entgegen.

2. EROSION DER HERRSCHAFT

Die Art und Weise des Zusammenbruchs des kommunistischen Herrschaftssystems 1989/1991 ist nur zu verstehen, wenn die Eigenheiten dieses Systems in den Blick genommen werden. Seine Erosion vollzog sich schrittweise, in einem Wechselspiel zwischen den Herrschenden und den Beherrschten, der Spitzenbürokratie, die sich als »Neue Klasse«²³ hinter dem Rücken des Volkes konstituiert hatte, und dem herrschaftsunterworfenen Volk. Der Realsozialismus zielte – nach eigenem Bekunden – auf die Herstellung von Gleichheit unter der Voraussetzung der Herrschaft der Partei, die »immer recht« hat, und der Schaffung des »gesamtgesellschaftlichen«, praktisch staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln der respektiven Gesellschaft. Unter der dichotomischen

23 Ich folge hier der Begrifflichkeit und dem analytischen Verständnis von Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1957.

Annahme des Klassenantagonismus konnte es gesellschaftliche Organisiertheit nur im Sinne des realsozialistischen Systems geben.²⁴ Faktisch wurde daraus die Herrschaft der Spitzen-Nomenklatura; schon unter der Perspektive der Reproduktion des Mangels durch das geschaffene Planwirtschaftssystem: »Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen. So erwächst aus dem sozialen Bedürfnis ein Organ, das über die gesellschaftlich notwendige Funktion weit hinauswächst«, schrieb Trotzki bereits über die Sowjetunion der dreißiger Jahre, und er fügte hinzu: »Limousinen für die ›Aktivisten‹, gute Parfums für ›unsere Frauen‹, Margarine für die Arbeiter, ›Lux‹-Läden für die Vornehmen, der Anblick der Delikatessen durch die Schaufensterscheiben für den Pöbel – so ein Sozialismus muß den Massen wie ein gewendeter Kapitalismus erscheinen.«²⁵ Das galt im Grunde für alle Gesellschaften des Realsozialismus, wengleich in unterschiedlicher Ausformung je nach nationaler Besonderheit und historischem Zeitpunkt, bis zu ihrem Ende 1989/1991, soll hier aber nicht weiter thematisiert werden.

Bereits frühzeitig machte sich die marxistische Kritik an der Herausforderung dieser Klasse aus der kommunistischen Partei fest. »Der Stalinismus ist die Geißel der Sowjetunion geworden und die Pest der internationalen Arbeiterbewegung«, schrieb Trotzki im Jahre 1937. »Im Reiche des Geistes ist der Stalinismus ein Nichts. Dafür aber ist er ein grandioser Apparat, der die Dynamik der größten Revolution und die Tradition ihres Heroismus und ihres Sieges ausbeutet. Aus der schöpferischen Rolle der revolutionären Gewalt in einer bestimmten historischen Periode hat Stalin mit der ihn kennzeichnenden empirischen Beschränktheit die Schlußfolgerung gezogen von der Allmacht der Gewalt überhaupt. Unmerklich für ihn selbst ist er von der revolutionären Gewalt der Werktätigen gegen die Ausbeuter zur konterrevolutionären Gewalt gegen die Werktätigen übergegangen. So vollzieht sich unter den alten

24 So wurde im Nachschlagewerk »Kleines Politisches Wörterbuch« noch in der Ausgabe von 1985 unter dem Stichwort: »politisches System des Sozialismus« definiert: »gemeinsames politisches Wirken der unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu einem einheitlichen Komplex organisch verbundenen (vereinigten) staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen und Bewegungen der Werktätigen [...] mit dem Ziel der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des Aufbaus des Kommunismus« (siehe Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1985. S. 744).

25 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990. S. 125 und 131.

Namen und Formeln eine Arbeit zur Liquidierung der Oktoberrevolution [...] Der Sozialismus bedeutet eine absolut klare Gesellschaftsordnung, die auf der Selbstverwaltung der Werktätigen beruht. Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Regierer gegen die Regierten. Der Sozialismus bedeutet ständiges Wachsen der Gleichheit aller. Stalin hat ein System abscheulicher Privilegien aufgebaut. Der Sozialismus hat die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit als Ziel. Wo und wann war die Persönlichkeit so erniedrigt wie in der UdSSR?«²⁶ Die reale Macht liegt in den Händen jener Spitzenbürokratie. Trotzki nennt sie, in Anlehnung an die Entwicklungszyklen der Französischen Revolution von 1789, eine »Bonapartistische Macht«. Erwachsen sei sie »aus dem tiefgehenden Gegensatz zwischen Bürokratie und Volk wie aus dem Gegensatz zwischen den Revolutionären und den Thermidorianern innerhalb der Bürokratie. Stalin stützte sich bei seinem Aufstieg vorwiegend auf die Bürokratie gegen das Volk, auf die Thermidorianer gegen die Revolutionäre. Aber in gewissen kritischen Augenblicken war er gezwungen, Unterstützung bei den revolutionären Elementen zu suchen und mit deren Hilfe beim Volk gegen den zu ungeduldigen Angriff der Privilegierten.«²⁷

Auf die innere Logik dieser Entwicklung werden wir noch zurückkommen. Hier sei zunächst zweierlei vermerkt. Erstens mußte die Errichtung der Macht dieser »Neuen Klasse« hinter dem Rücken des Volkes und im Namen der Revolution und des Kommunismus erfolgen (ich setze hier meine sozialwissenschaftliche Terminologie an die Stelle der politischen Trotzki's; wo er »Sozialismus« schreibt, meint er das, was hier die kommunistische Herrschaft genannt wird). Es war dies Grundbedingung jener Macht überhaupt. Die zuweilen anzutreffenden ideologischen Attacken der stalinistischen Ideologen gegen Djilas und Trotzki während der Breshnewschtschina in Sachen »Neue Klasse« waren stets nur grobe verbale Verunglimpfungen, ohne jede Argumentation. In der Sache mühte man sich, eine Debatte zu dieser Problematik zu vermeiden. Erst in der Zeit der Perestroika wurde in der sowjetischen öffentlichen Diskussion das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten offen thematisiert. So meinte Anatoli Butenko, daß der Realsozialismus eine Festigung der Demokratie ebenso brauche wie eine Stärkung des Zentralismus, am Ende jedoch die »Kontrolle der Massen« über die

26 Leo Trotzki: Stalins Verbrechen. Berlin 1990. S. 323f.

27 Ebenda. S. 326f.

Regierenden verstärkt werden müsse.²⁸ Es war dies das größte Dilemma der »Neuen Klasse« in der finalen Krise des Herrschaftssystems: sie konnte sich ihres speziellen Eigeninteresses nicht wirklich bewußt werden, und wenn es einzelne ihrer Vertreter denn getan hatten, mußten sie dieses verbergen, es hinter dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft zu verschanzen suchen und sich als der Sachwalter dieser allgemeinen Interessen darstellen.

Zweitens ging schon Trotzki davon aus, daß es sich hier um eine Fehlentwicklung handele, die den eigentlichen Kommunismus entstellt habe. Das heißt, in seiner Vorstellung existierte weiterhin der wirkliche, gute Kommunismus im Sinne von Marx und Lenin, den es gegen die Angriffe der stalinistischen Bürokratie zu verteidigen gelte. Dies war auch die Herangehensweise des XX. Parteitages der KPdSU (Februar 1956) an das Problem des Stalinschen Herrschaftssystems. Es wurde parteioffiziell auf eine Frage des »Personenkultes« um die Person Stalins reduziert. Einige Monate später hieß es, da offensichtlich doch Verunsicherung im In- und Ausland um sich gegriffen hatte, nochmals nachdrücklich in einem Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU: »Trotz allem Schaden, den der Personenkult um Stalin der Partei und dem Volke zugefügt hat, konnte er die Natur unserer Gesellschaftsordnung nicht ändern und hat sie auch nicht geändert.«²⁹ Die Frage nach den systemischen Ursachen sollte ungestellt bleiben, das stalinistische Herrschaftssystem als Entartung, nicht als im Wesen der Ordnung angelegt erscheinen. Lediglich der damals bekannte Führer der italienischen Kommunisten, Palmiro Togliatti, hatte in seinem »Memorandum« aus Jalta, kurz vor seinem Tode im August 1964 verfaßt, diese Systemfrage sehr, sehr vorsichtig angedeutet: »Die Kritik an Stalin, das darf man nicht verhehlen, hat recht tiefe Spuren hinterlassen. Am schwerwiegendsten ist eine gewisse Portion von Skeptizismus, mit der auch uns nahestehende Kreise Berichte über neue wirtschaftliche und politische Erfolge aufnehmen. Darüber hinaus wird im allgemeinen das Problem der Ursachen des Kultes um Stalin sowie der Art und Weise, wie er entstehen konnte, als

28 Siehe A. P. Butenko: *Sovremennyj socialism. Voprosy teorii*. Moskau 1989. S. 111.

29 Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen. Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU vom 30. Juni 1956. In: *SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956*. Berlin 1990. S. 81.

ungelöst betrachtet. Man akzeptiert nicht, daß alles nur mit den ersten persönlichen Fehlern Stalins erklärt wird.«³⁰

Die Frage blieb unbeantwortet, zumindest in Kreisen der herrschenden Kommunisten und der internationalen kommunistischen Bewegung. Der Diskurs, ob und inwiefern die seit Marx gepflegten Annahmen über die schöne kommunistische Welt nach dem Fegefeuer der Revolution tatsächlich umsetzbar waren, blieb aus dieser Perspektive ein bürgerlicher Diskurs, ein fremder, feindlicher, jedenfalls war es nicht der eigene. So wurde noch in der Programmklärung des XXVIII. Parteitages der KPdSU (Juli 1990) formuliert: »Der tieferliegende Ursprung der Krise liegt nicht in der Unvollkommenheit der Idee des Sozialismus als solcher, sondern in jenen Deformationen, denen diese Idee in der Vergangenheit ausgesetzt war.«³¹ Folgerichtig hieß es dann: »Das Wesen der Umgestaltungspolitik besteht im Übergang von der autoritär-bürokratischen Gesellschaftsordnung zur Gesellschaft eines humanen, demokratischen Sozialismus [...] Die KPdSU ist eine Partei der sozialistischen Wahl und der kommunistischen Perspektive. Wir betrachten diese Perspektive als naturhistorische Ausrichtung der Entwicklung der Zivilisation.«³² Das bedeutet, daß die entscheidenden Kreise des Übergangs auf der Seite der Systemelite³³ ursprünglich nicht unter der Voraussetzung handelten, das kommunistische System aufgeben oder abwickeln zu sollen, sondern es zu erneuern. Deshalb das große Verwundern, etwa unter den Reformern aus der vormaligen Staatspartei in Ungarn Anfang der 1990er Jahre, daß der Systemwandel zum Systemwechsel geraten war. Bei manchen früheren Akteuren kommt die nachträgliche Rationalisierung dann darin zum Ausdruck, daß erklärt wird, man habe bei Spaziergängen über den Höhen des Kaukasus schon Anfang der 1970er Jahre beschlossen, jenes stalinistische System abzuschaffen. Aus den zeitgenössischen Bekundungen ist derlei nicht zu entnehmen. Bei allem Zynismus, der bei kom-

30 Palmiro Togliatti: Memorandum zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit. Jalta. August 1964. In: Palmiro Togliatti: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin 1977. S. 778.

31 Zu einem humanen, demokratischen Sozialismus. Programmklärung des XXVIII. Parteitages der KPdSU. In: Dokumente und Materialien. XXVIII. Parteitag der KPdSU. Moskau. 1990. S. 75.

32 Ebenda. S. 78f.

33 Ich verwende diesen Terminus im Sinne der einschlägigen Transformationsliteratur in einem soziologischen Sinne, nicht als Wertbegriff.

munistischen Machthabern zumal in der Spätzeit anzutreffen war, am Ende blieb ihr Denken im Rahmen des parteimarkistischen Weltbildes. Sie handelten unter der Voraussetzung, daß es nicht um die Abschaffung, sondern um die Erneuerung »des Sozialismus« ging.

Die tatsächlichen Entwicklungen in den kommunistischen Ländern wiesen in den 1980er Jahren jedoch längst über die Problemlösungskapazitäten des kommunistischen Herrschaftssystems hinaus. Insbesondere vier Grundprobleme traten hervor und entfalteten ihre Wirkung:

1. Die Ursprungsannahme von der naturhistorischen Notwendigkeit des Kommunismus war aus der Marxschen Kapitalismus-Analyse hergeleitet und vermeinte, daß »der Kapitalismus« die von ihm selbst geschaffenen Produktivkräfte von einem bestimmten Entwicklungsniveau an nicht mehr meistern könne und daher neue Produktionsverhältnisse notwendig würden. Nach verschiedenen politischen und intellektuellen Volten setzte sich in der kommunistischen Bewegung schließlich Stalins These vom »Sozialismus in einem Land« gegen Trotzki's Annahme, daß der Kommunismus nur vermittels der Weltrevolution realisierbar sei, durch. Da das real existierende Rußland, was jeder sehen konnte, nicht jene höchste Produktivität hatte, die Marx als Voraussetzung für die neue Gesellschaft angesehen hatte, lieferten die herrschenden Kommunisten Rußlands ihre Lesart nach: Man werde die bereits errichtete Macht nutzen, um Sowjetrußland an die Spitze der modernen Technik in der Welt zu bringen. Es blieb aber das definitive Diktum Lenins: »Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.«³⁴ Insofern galt die Industrialisierung der Sowjetunion aus der Sicht der Kommunisten als Bekräftigung der Richtigkeit der kommunistischen Macht. Neben den Arbeitsarmeen Strafgefangener war die utopische Kraft dieser Verheißung eine wesentliche Bedingung für die zunächst erzielten Erfolge, in der Sowjetunion wie nach dem Zweiten Weltkrieg in den anderen kommunistischen Ländern. Deshalb hob die sowjetische Propaganda die Bedeutung des ersten Sputniks (1957) und des ersten Menschen im All (1961) so besonders heraus. Der Westen empfand dies folgerichtig als Niederlage in der Systemkonkurrenz und setzte seinerseits auf den ersten Menschen auf dem Mond, was, nachdem die USA dies geschafft hatten, wiederum die sowjetische Führung als Schlappe betrachtete.

34 W. I. Lenin: Die große Initiative. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 29. S. 416.

Es war kein Zufall, daß die Abschwächung der Wirtschaftsdaten der osteuropäischen Länder in den 1970er Jahren einsetzt: In der Phase fordristischer Großinvestitionen konnte der Kommunismus sichtbare wirtschaftliche Zuwächse erreichen; als es um Computer, Fax und kleinteilige Serien in der Produktion ging, zeigten alle Daten den Rückgang. Das Herrschaftssystem stand der Produktivität im Wege. Die hohe Zentralisierung der strategischen Entscheidungen, die Dominanz politischer Erwägungen gegenüber wirtschaftlicher Rationalität verhinderten eine Verlagerung der wirtschaftlichen Entscheidungen auf die Produzenten, die Betriebe, und dies angesichts fehlender Kosten-Nutzen-Rechnung. In einem Zeitalter, da Informationen immer drängender Voraussetzung von Produktivität wurden, mußte ein System, das die Zuteilung von Information je nach Loyalität und Platz in der Macht- und Gesellschaftspyramide als Herrschaftsinstrument zur Voraussetzung hatte, immer deutlicher ins Hintertreffen geraten. Es blieb aber Lenins Wort von der Rolle der Arbeitsproduktivität. Es wurde im Parteilehrjahr unablässig wiederholt, aber nicht einmal mehr von den Lehrenden geglaubt. Der utopische Gehalt des Kommunismus war erschöpft. So hat jenes Herrschafts- und Gesellschaftssystem gerade auf diesem Felde »letztlich« seine Niederlage erlitten.

2. Das Herrschaftssystem, das seine Legitimation immer aus den Verheißungen des »Kommunistischen Manifests« zu ziehen versuchte, fragte nicht nach der zahlenmäßigen Zustimmung in der Gesellschaft. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki im Januar 1918 markierte – wie beschrieben – den historischen Verzicht der Kommunisten, in freien Wahlen Mehrheiten erreichen zu wollen. Es bedeutete zugleich die Abschaffung freier Medien und die Beseitigung einer wirklichen Öffentlichkeit. Aufstiegskanäle waren an politische bzw. ideologische Loyalitäten gebunden. Es stimmt nicht, wenn seit 1989 immer wieder behauptet wird, in den kommunistischen Staaten seien nur ideologische Dummköpfe in Positionen gewesen, die fachlich keine Ahnung hatten. Dennoch waren ideologische Kriterien stets Zugangsbedingung für wesentliche Positionen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Da alle wichtigen Personalfragen über die Staatspartei geregelt wurden, war Konkurrenz um Posten weitgehend ausgeschlossen. Im Ergebnis dessen gab es in den 1980er Jahren in allen kommunistischen Staaten Osteuropas ein Eliten-Problem: viele gut qualifizierte, meist jüngere Leute, deren Qualifikation nicht wirklich gebraucht wurde, denen Aufstiegsmöglichkeiten und Selbstverwirklichung außerhalb des of-

fiziellen Rahmens verschlossen waren. Von hier rekrutierten sich dann die Akteure der Systemopposition, die den Herbst 1989 und die Folgeentwicklung bestimmen sollten.

3. Dies verband sich zugleich mit einem immer offensichtlicheren Demokratie-Problem: die kommunistischen Verheißungen hatten sich in den 1980er Jahren zunehmend auch für jene als Illusion erwiesen, die zuvor das System getragen hatten. Damit war die offizielle Legitimationsgrundlage der führenden Rolle der kommunistischen Staatspartei, nämlich mit dem Marxismus-Leninismus immer alles besser zu wissen, als andere Menschen, zerbrochen. Immer mehr Menschen forderten die Einführung der Demokratie als Grundlage politischer Entscheidungsfindung, für die wiederum die persönliche Freiheit und eine unregulierte politische Öffentlichkeit Voraussetzung waren.

4. Der sowjetische Afghanistan-Krieg hatte zunehmend auch die Friedensrhetorik des kommunistischen Systems bloßgestellt. Damit konnten auch Forderungen in Polen und Ungarn, die »Jalta«, d. h. die geopolitische Subordination unter Moskau im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, in Frage stellen, zunehmend offener diskutiert werden. Insbesondere für die ostmitteleuropäischen Länder, Polen, Ungarn und Tschechien, war »Zurück nach Europa« eine zentrale Forderung des Umbruchs. Sie war stets auch kulturell gemeint, nicht nur auf den Wohlstand bezogen.

Gorbatschow wollte der Sowjetunion Erleichterung verschaffen, durch Abrüstung im Verhältnis zum Westen und durch Perestrojka und Glasnost im eigenen Herrschaftsbereich. Ziel war eine Reform des kommunistischen Systems (nicht seine Abschaffung). Letzteres mündete jedoch in die Unabhängigkeit zunächst der anderen Staaten des äußeren Imperiums. Daß dies im Wesen friedlich verlief, war vor allem Folge des politischen Handelns der damaligen Moskauer Führung unter Gorbatschow im Unterschied zu Stalin oder Breshnew. Durch den Prozeß der deutschen Vereinigung wurde die Idee der nationalen Unabhängigkeit im Osten gefördert. Sie mündete schließlich in den Zerfall der multinationalen Staaten: Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien. Das wichtigste politische Ergebnis des Systemumbruchs sind das Ende des Ost-West-Konflikts und die europaweite Übereinstimmung, daß Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft die gemeinsamen Grundlagen bilden.

3. DAS FALLBEISPIEL DDR

Anhand des Falles DDR will ich den Verlauf des Zusammenbruchs des kommunistischen Herrschaftssystems und seine Akteure etwas ausführlicher beschreiben. Zunächst zur Erinnerung: Das kommunistische Herrschaftssystem lief auf die Abschaffung der Demokratie hinaus, mußte zu einem »Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande« und schließlich zu einer Diktatur führen, nicht des Proletariats, sondern eben – wie Rosa Luxemburg den russischen Kommunisten bereits 1918 vorwarf – »einer Handvoll Politiker«. ³⁵ Dieses politische System, das Stalin sich mit dem Bild von »Transmissionsriemen« vorzustellen versucht hatte, beschrieb Trotzki wie folgt: »Die ehemalige Kommunistische Partei ist heute nicht die Vorhut des Proletariats, sondern die politische Organisation der Bürokratie. Die restliche Masse der Partei- und Komsomolmitglieder dient nur zur Aussonderung des ›Aktivs‹, d. h. als Reserve für die Selbsterneuerung der Bürokratie. Denselben Zielen dient auch das parteilose ›Aktiv‹.« ³⁶ Die Beseitigung einer Sphäre eigenständiger und sozial abgestützter Interessenartikulation und -wahrnehmung, die allenthalben nach dem Ende des Realsozialismus als Fehlen einer intermediären Sphäre oder als »Leere zwischen dem Staat und dem Volk« ³⁷ wahrgenommen wurde, war so systembedingt beabsichtigt und folgerichtig und für die Verlaufsformen der »Wende« in vielem konstitutiv.

Autonome, eigengeleitete Aktivitäten von politisch relevanten Akteuren kamen unter diesen Bedingungen nur auf zweierlei Wegen zustande. Erstens in Bereichen der Gesellschaft, die der Partei und ihren Organisationen vergleichsweise fernstanden, von dieser nicht offen durchherrschet werden konnten und in gewisser Weise Eigenständigkeit zu bewahren imstande waren. Idealerweise waren dies die Kirchen und unter ihrem Dach

35 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution ... S. 362 – Karl Kautsky hatte in diesem Sinne nur wenige Jahre später resümiert: »Wie immer die sozialistische Gesellschaft gestaltet sein mag, sie wird sich nur dann behaupten, nur dann ihrer großen historischen Aufgabe gerecht werden, die Errungenschaften des Kapitalismus zu höheren Lebensformen zu entwickeln, wenn sie der Gesamtheit der Menschheit nicht bloß Brot und Sicherheit der Existenz bringt, sondern auch Kultur und Freiheit.« (Karl Kautsky: Die proletarische Revolution und ihr Programm, Stuttgart, Berlin 1922. S. 338).

36 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990. S. 148.

37 Ralf Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa. Stuttgart 1990. S. 99.

arbeitende Gruppen, etwa in Polen die katholische und in der DDR die evangelische Kirche. Ihre Spielräume waren gleichsam die Kehrseite des Eingeständnisses der kommunistischen Staatspartei, ihr Wahrheits- und Herrschaftsmonopol nicht in vollem Maße durchsetzen zu können – in Polen nach den Volksaufständen von 1956, in der DDR angesichts der deutschen Zweistaatlichkeit und des 17. Juni 1953, nach dem bekanntlich das Politbüro des ZK der SED die vorher praktizierten Repressionen gegen die Junge Gemeinde einzustellen sich genötigt sah (im Gegensatz dazu hatte Enver Hoxha in Albanien öffentliche Religionsausübung schlichtweg verbieten und aus den Moscheen Lagerhallen machen oder sie anderen profanen Zwecken zuführen lassen).

Zweitens unterlagen auch die Aktivitäten innerhalb der hierarchischen Strukturen des politischen Systems Wandlungen, beginnend innerhalb der Partei. Anhand der Geschichte der kommunistischen Parteien ist dies deutlich nachvollziehbar. Als die Kommunisten sich in Deutschland, zumal der sowjetisch besetzten Zone, ab 1945 neu öffentlich formierten, wurden sie, trotz aller durchlittenen Repressalien in der Nazizeit, vielerlei Überprüfungen und dann der Schulung unterzogen, um sie auf den Kurs der aus Moskau kommenden Führung zu bringen.³⁸ Die Geschichte der stalinistischen Repressionen im Osten Deutschlands ist 1945 beginnend auch eine Geschichte von Repressionen gegen Kommunisten, die anders dachten oder handeln wollten, als die Ulbrichtsche Parteiführung. Ver-

38 August Thalheimer und Heinrich Brandler, die 1928 die KPD (Opposition) gegründet hatten und von der KPD bzw. der KPdSU und der Komintern bekämpft wurden, erhielten nach 1945 auch keine Einreise nach Deutschland. In ihren »Internationalen monatlichen Übersichten«, die 1945 bis 1948, bis zum Tode Thalheimers, nach Deutschland geschickt wurden, versuchten sie, einen eigenen kommunistischen Kurs zu formulieren. So hieß es etwa in der »Übersicht über Dezember 1947«: »Die angelsächsische Propaganda rühmt sich, daß sie die »kommunistische Welle« in West- und Teilen Mitteleuropas zum Stehen gebracht habe. Es ist nicht zu bestreiten, daß hier der amerikanische Dollar und die amerikanische Propaganda erheblich in die Waagschale gefallen sind. Aber nicht zuletzt auch die eigenen schweren Fehler der russischen Politik und der der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetsphäre. Nirgends außerhalb der Sowjetsphäre in Europa sind die großen revolutionären Ansätze und Möglichkeiten, die bei Kriegsende vorhanden waren, wirklich ausgenützt worden.« (Westblock – Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945–1948 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Hamburg 1992. S. 273). – Eine solche Position zu jener Zeit in der SED zu vertreten, hätte nicht nur den Parteiausschluß, sondern drakonische unangenehme Vergegenwärtigungen zur Folge gehabt.

stärkt wurde dies vor und nach dem »Vereinigungsparteitag« 1946 dann durch die Unterdrückung von Sozialdemokraten, die gegen den Zusammenschluß der Parteien zu kommunistischen Bedingungen und dann gegen die »Kommunisierung« der Partei eingestellt waren. Nach der Durchsetzung des Kurses zur »Partei neuen Typus« 1948/1949, verbunden mit dem obligatorischen Studium des »Kurzen Lehrganges« in allen Parteigliederungen, war dann die Stalinisierung der SED vollendet.

Das soll hier ebenfalls nicht zeitgeschichtlich nachvollzogen werden. Wichtig ist: Das System von Drohung und Belohnung begann schon innerhalb der Partei. Allerdings hatte es hier die Besonderheit der »Selbstunterwerfung unter Unsere Sache«,³⁹ weil – abgesehen von den wirklichen Karrieristen – viele um eines »sozialistischen Ideals« willen in diese Partei eintraten und die Zumutungen des real existierenden Sozialismus ertrugen, oder daran zerbrachen, in der Hoffnung, daß daraus dereinst ein »wirklicher« oder »besserer Sozialismus« hervorgehen werde. Auch hier zeigte sich, daß immer dann, wenn das Herrschaftssystem in eine Krise geriet oder eine Schwächephase durchlief – in der DDR etwa nach dem 17. Juni 1953 und nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 –, die mehr oder weniger offenen Diskussionen schon innerhalb der SED aufbrachen, die nicht mehr von der Parteiführung kontrolliert werden konnten bzw. erst nach mehreren ideologischen Volten und der exemplarischen Inhaftierung als »Feinde« entlarvter »Genossen« wieder unter Kontrolle gebracht wurden. Da die Beaufsichtigung der »Massenorganisationen« durch die Partei von der aktiven Kontroll-Tätigkeit der Mitglieder und Gremien der SED auf den verschiedenen Ebenen abhing, setzte sich diese Diskussionserweiterung dort fort. Auch hier war die Erweiterung von Spielräumen die Kehrseite von struktureller oder zeitweiliger Schwäche der kommunistischen Staatspartei, ihr Wahrheits- und Herrschaftsmonopol nicht in vollem Maße durchsetzen zu können.

Angesichts der Eigenarten des kommunistischen Herrschaftssystems, der Abschaffung von Öffentlichkeit, der Atomisierung bzw. Entdifferenzierung der Gesellschaft und ihrer eingeebneten Sozialverhältnisse kam den Diskursstrukturen eine herausgehobene Rolle zu. Affirmation und Distinktion im Verhältnis zum kommunistischen Herrschaftssystem erfolgten typologisch wesentlich auf dem Wege »kultureller Inszenierung

39 Siehe Erhard Crome: Selbstunterwerfung unter »Unsere Sache«. In: Berliner Debatte Initial. Berlin (1994)6. S. 39ff.

gen«.⁴⁰ Dennoch vollzog sich dies auch in der DDR nicht voraussetzungslos, wirkten unterschiedliche Sozialisierungserfahrungen auf die Formierung der politischen Generationen ein. Allerdings waren die – heute nur noch im Nachgang zu rekonstruierenden – Diskursstrukturen solche von Intellektuellen, die mit dem Arbeitermilieu in der DDR nicht eigentlich verbunden waren. Mit dem Arbeiteraufstand 1953 hatten sich die Intellektuellen nicht solidarisiert. Sigrid Meuschel meinte, daß sie dies deshalb nicht getan hatten, weil sie »unter dem Trauma des Nationalsozialismus« standen und »sich eher mit einer Partei, deren Antifaschismus sie teilten (wie sehr er auch zur Rhetorik verkommen war)«, solidarisierten, »als mit einer Gesellschaft, der sie nicht trauten«.⁴¹ Daran anknüpfend hält Wolfgang Engler den auf 1953 datierten Bruch zwischen kritischen Intellektuellen und Arbeiterschaft für das eigentliche Problem der DDR-Geschichte.⁴² Daß die beiden, im Herbst 1989 relevanten Fraktionen von Intellektuellen, er nennt sie »Aussteiger« und »Reformer«, dann »den Aufgaben, die ihnen die Zeit des Umbruchs stellte, nicht gewachsen« waren,⁴³ hing vor allem damit zusammen, daß sie die »schweigende Mehrheit« nicht zu verstehen und nicht zu vertreten vermochten.

3.1. Die politischen Generationen in der DDR

Zu den Eigenheiten der Umbruchsituation 1989/1990 gehörte, daß die Identifikation von politischen Akteuren und dann Wählern mit bestimmten politischen Gruppierungen oder Parteien nicht über politische Programme verlief, »sondern über Erzählungen. Erzähle mir deine Geschichte, und ich sage dir, ob ich mit dir gehe«.⁴⁴ Gemeint sind hier nicht individuelle Erzählungen, sondern sich im Grunde wiederholende Geschichten, über

40 Siehe dazu Leonid Ionin: *Russische Metamorphosen. Aufsätze zu Politik, Alltag und Kultur*. Berlin 1995.

41 Sigrid Meuschel: *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*. Frankfurt am Main 1992. S. 154.

42 Siehe Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin 1999. S. 85 und 106f.

43 Siehe ebenda. S. 339.

44 Rainer Land/Ralf Possekel: *Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR*. Bochum 1994. S. 11 (im weiteren Rainer Land/Ralf Possekel: *Namenlose Stimmen waren uns voraus ...*).

die sich Personenkreise identifizieren, über die gesellschaftspolitischen Sinn und somit politische Identitäten reproduziert werden, »Erzählungen über Sinn von Handeln, Nichthandeln und Erleiden in gesellschaftlichen Angelegenheiten«. Die »Erzählmengen bilden den Stoff für jeweils distinkte Diskurse«, die Individuen in Kommunikationsgemeinschaften führen, die »unterhalb der Schwelle von politischen Parteien- und Gruppenbildungen« liegen.⁴⁵ Und in genau diesem Sinne, als historisch gewachsene Voraussetzungen politischer Parteienbildung, waren in dem entscheidenden Herbst und Winter 1989/1990 die Diskursgemeinschaften von hoher Bedeutung.

Bereits beim Umreißen ihres Forschungsansatzes gingen Rainer Land und Ralf Possekel davon aus, daß sich unter den spezifischen Bedingungen der DDR zwei verschiedene Sozialisationspfade bzw. Intellektuellenkulturen ausbildeten: »die ›sozialistische‹ Intelligenz, auf deren Grundlage auch ein spezifischer Typus ›Parteintellektueller‹ entstand, und der Typus des im Staatssozialismus marginalisierten Intellektuellen«. ⁴⁶ Hier wiederum sind jeweils drei distinkte Diskurse in Folge auszumachen: im »Umfeld der Staatspartei« (1) der Diskurs der Altkommunisten, (2) der der Aufbaugeneration und (3) der »konspirative Avantgardismus« der dritten SED-Reformerdiskussion; im bürgerlichen Feld (4) das »Überwintern« in konservativ-bürgerlicher Identität, (5) der Diskurs unter der Rubrik »Kirche im Sozialismus« und (6) der alternative Diskurs der »Basisgruppen«. ⁴⁷

Die dem Diskurs der Altkommunisten zuzurechnenden Intellektuellen (1) kamen zumeist aus der Emigration nach Deutschland zurück und sahen sich in der moralisch stark aufgewerteten Position des »Kämpfers gegen den Faschismus«, ja fühlten sich den Siegern des Zweiten Weltkrieges zugehörig (Ulbricht hatte dann ja später die Idee, die ganze DDR zum »Sieger der Geschichte« zu erklären⁴⁸). Sie wurden gleichsam zu

45 Siehe ebenda. S. 79.

46 Rainer Land/Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR – Kulturelle Identität und Umbruch. In: Berliner Debatte Initial. Berlin (1992)1. S. 86 (im weiteren Rainer Land/Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR ...).

47 Dies ist auch die Struktur bei Rainer Land/Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus ...

48 Dazu merkte Stephan Hermlin dann Ende der siebziger Jahre an: »[...] jeder Bürger der DDR konnte sich nun als Sieger der Geschichte fühlen. Dadurch, daß man dem Volk diese Schmeichelei sagte und es entlastete, war es dann auch leichter zu regieren. Es ist schwer, auf die Dauer Leute zu regieren, die sich irgendwie schuldig fühlen.«

»Senior-Gründern« der DDR-Intelligenz; unter ihnen setzten sich, nicht ohne Zutun der sowjetischen Besatzungsmacht, schließlich personell und konzeptionell die zurückgekehrten Ostemigranten gegen die Westemigranten durch. Die in diesem Diskurs, insbesondere nach dem 17. Juni und dem XX. Parteitag, gehegten Hoffnungen wurden getäuscht; die einen brachen mit dem Stalinismus und wurden zu Dissidenten, die anderen lebten in »kommunikativem Schweigen«. ⁴⁹

Die »Aufbaugeneration« (2) war die »neue Intelligenz«, die über Neulehrerkurse, Arbeiter- und Bauern-Fakultäten usw. »massiv aus der nichtintellektuellen Bevölkerung, vor allem kleinbürgerlichen Schichten, Bauern und Arbeitern rekrutiert« wurde. Für sie bot der Wechsel in die »sozialistische Intelligenz« die Chance, eigene Erfahrungen in Hitlerjugend oder Wehrmacht zu beschweigen und bedeutete in der Regel einen enormen sozialen Aufstieg, ⁵⁰ »nicht allein als individuelle Leistung, sondern auch als Moment einer einmaligen, historisch legitimierten Umwälzung«, ⁵¹ was sie in aller Regel zu einem besonderen »Dank« gegenüber der Partei veranlaßte, den sie als »Diener« der Partei abstatteten. Der Reformversuch dieser Generation war der der sechziger Jahre; er scheiterte spätestens mit der Honeckerschen »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« und war nach 1970 in der DDR nicht mehr öffentlich thematisierbar.

Die Diskurse der dritten SED-Reformergeneration (3) begannen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre; ihre Akteure waren bereits in der DDR aufgewachsen, kamen meist aus Intelligenzler-Familien, als Kinder von Aufsteigern der Aufbau-Generation oder aus Elternhäusern mit längerer kommunistischer Tradition. Ihre Ausbildung war in der Regel gründlicher und besser als die der Eltern, und sie erlebten die DDR in relativ stabiler Existenz, deren Gesellschaft nicht mehr als Provisorium anzusehen war. Da eine einfache Neuauflage der Reformpolitik der sechziger Jahre ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht mehr zur Debatte stehen konnte, wollte diese Generation »Akteur einer anderen, wirklich sozialistischen Praxis werden«. Von den Jüngeren, nach 1965

(Gespräch mit Klaus Wagenbach. In: Stephan Hermlin: Äußerungen 1944–1982. Berlin, Weimar 1983. S. 399).

49 Siehe Rainer Land/Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR ... S. 86. – Rainer Land/Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus ... S. 33.

50 Siehe Rainer Land/Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR ... S. 87.

51 Rainer Land/Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus ... S. 34.

Geborenen – die sich in den späten achtziger Jahren »von vornherein um DDR, Sozialismus und Reformen keinen ›Schädel‹« mehr machten und ohne Bauchschmerzen zu gehen bereit waren, folglich »auf den Diskurs der Eltern weder positiv noch negativ, sondern gar nicht zu reagieren« sich angewöhnt hatten – unterschied sie allerdings, daß es ihnen unmöglich schien, »einfach aufzuhören«.⁵²

Die sich nach dem Zweiten Weltkrieg noch im Lande befindende bürgerliche Intelligenz war dem massiven Druck der Emigrationsrückkehrer ausgesetzt, wurde in den fünfziger Jahren aus wichtigen öffentlichen oder staatlichen Positionen der entstehenden DDR hinausgedrängt und vom Zugang zu den öffentlichen Medien ausgeschlossen. Wer nicht das Land in Richtung Westen zu verlassen bereit war, sah sich in einer marginalisierten Position. In Funk und Presse der DDR einen Gegendiskurs zur SED zu führen war verunmöglicht; auch die zugelassenen bürgerlichen Parteien waren über die »Nationale Front« auf die Einordnung in den herrschenden Diskurs verwiesen. Marxismus-Leninismus war Pflichtfach an allen Universitäten. Ein Teil der bürgerlichen Intelligenz hatte sich Distanz zu Macht und Staat schon während des Nationalsozialismus bewahrt und versuchte, eine solche Haltung auch angesichts des Realsozialismus einzunehmen. Als soziale Gruppe konnten sie bereits in den fünfziger Jahren immer weniger in Erscheinung treten; in den sechziger Jahren schien sie verschwunden. Allerdings ging dieser Prozeß offenbar mit »einer Reaktivierung ihrer traditionellen Werte und Sichten in relativ geschlossenen Kommunikations-Nischen wie der Kirche, einigen künstlerischen und literarischen Kreisen einher«,⁵³ und er korrespondiert mit einer engen Anbindung an die Medien der Bundesrepublik. »Dort fand das eigentliche Leben statt, dort wurden wichtige Argumente vorgetragen, intellektuelle Moden kreiert.« Darüber hinaus »ging es um die Wahrung von Handlungsräumen, in denen sich nicht-marxistische Identität auch dort realisieren konnte, wo sie zum herrschenden Diskurs im Widerspruch stand – z. B. das Ringen um die Unabhängigkeit der Lehrer an den Schulen und Hochschulen in den fünfziger Jahren, der Kampf um die Möglichkeit, Wehrdienst zu verweigern in den sechziger Jahren, die Erhaltung kirchlicher Einrichtungen, die Bemühungen um Reisefreiheit, um eine autonome Friedens- und Umweltschutzbewegung in den siebziger und achtziger Jahren«. Die marginalen

52 Ebenda. S. 39.

53 Rainer Land/Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR ... S. 88.

Handlungsräume waren mit marginaler Öffentlichkeit und Bezug auf die westdeutsche Öffentlichkeit verbunden. In kleinen, nichtöffentlichen Kreisen wurden bürgerliche und kleinbürgerliche Identität konserviert. Allerdings, im Familien- und Freundeskreis konnte über vielerlei geredet werden, reale Handlungsspielräume und eine sie begleitende, wenngleich eingeschränkte Öffentlichkeit ergaben sich nur im Umfeld der Kirchen, vor allem der evangelischen. Insofern ist die Geschichte der gesellschaftlichen Diskurse in der DDR außerhalb des »Partei-Diskurses« wesentlich eine der Diskurse im Umfeld der Kirchen.⁵⁴

Das »Überwintern« (4), das auch an einer traditionell autoritären Familien- und Gesellschaftsstruktur orientiert war, geriet in den fünfziger Jahren zunehmend in Widerspruch zu den sozialen Wandlungen im Lande und den Lebensvorstellungen der eigenen Kinder; nach dem Mauerbau war es zugleich politisch obsolet. Der neue Diskurs war der zur »Kirche im Sozialismus« (5), der, zumal nach der Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR 1968, auf die Verstetigung und Vergrößerung von Spielräumen angesichts der gegebenen realsozialistischen Gesellschaft zielte, und dies in einer weltgeschichtlichen Situation, da mit einem baldigen Ende des Ost-West-Gegensatzes nicht zu rechnen war. »Die Hoffnung auf echte Mitgestaltungsmöglichkeiten mußte allerdings trügerisch bleiben, weil die Grundkonstruktion des administrativ-bürokratischen »Realsozialismus« keine autonom agierenden gesellschaftlichen Subjekte bzw. Kräfte kennt – sie passen nicht in die Systemlogik, weil diese auf der unmittelbaren Verkopplung aller gesellschaftlichen Subsysteme mittels eines übergreifenden Apparates – der Staatspartei – beruht. Insofern mußte die Vorstellung einer autonomen Kirche mit eigenem gesellschaftlichem Gestaltungseinfluß eine Illusion bleiben. Von seiten der Staatspartei blieb es Taktik, auf seiten der Kirche erzeugte sie die Illusion, man könne vielleicht doch bestimmte Züge einer plural verfaßten westlichen Gesellschaft im Sozialismus etablieren.«⁵⁵

Der neue Diskurs, der der »Basisgruppen« (6) begann sich Ende der siebziger Jahre zu artikulieren. »Es gab keinen einheitlichen Ausgangspunkt und auch keine synthetisierende Struktur, obwohl mit der Zeit eine zunehmende Synchronisation räumlich und inhaltlich auseinanderliegender Bewegungen zu beobachten ist. Kristallisationspunkte waren die Bedrohung durch einen Konflikt der Supermächte und die Bedrohung durch

54 Siehe Rainer Land/Ralf Possekkel: Namenlose Stimmen waren uns voraus ... S. 51f.

55 Ebenda. S. 59.

eine infolge rücksichtsloser industrieller Produktion zerstörte Umwelt. Eine wichtige Rolle im Prozeß des Zusammenführens spielte der konziiliare Prozeß, [...] der drei Leitideen verfolgte: ›Frieden‹, ›Gerechtigkeit‹, ›Bewahrung der Schöpfung‹.⁵⁶ Dies erfolgte zugleich in kritischer Distanzierung zur bisherigen Politik der Amtskirche. Während die Kirchen, auch angesichts der Erfahrungen der fünfziger Jahre, die kirchlichen Spielräume unter der Voraussetzung der bestehenden Machtverhältnisse zu erweitern suchten, ohne grundsätzliche Fragen nach der Rechtmäßigkeit der Machtverteilung zu stellen, gingen die »sozialethisch engagierten Gruppen« zwar ebenfalls von der Gegebenheit der Machtverhältnisse aus, waren aber nicht bereit, sich auf Dauer mit ihnen abzufinden. Sie bestanden »auf der Notwendigkeit grundlegender Machtumverteilungs- und Demokratisierungsprozesse, obwohl sie um die begrenzte Wirksamkeit ihres Engagements wußten«.⁵⁷

Motiv war immer wieder der Anspruch, ein herrschaftsfreies Leben führen zu wollen. Infolgedessen entstanden hier keine neuen Systemwürfe. Land und Possekel stellen fest: »Gesellschaftsmodelle als solche standen im Unterschied etwa zur frühen Arbeiterbewegung bzw. zum Marxismus nicht mehr zur Debatte, es ging viel eher um praktische Lösungen für konkrete Probleme auf einer Ebene unterhalb grundsätzlicher Modelle. Dies korrespondiert mit der Verankerung aller Alternativvorstellungen letztlich am bzw. im Individuum – anstelle der in marxistischen Bewegungen üblichen Zentrierung um gesellschaftliche Verhältnisse bzw. um ›Systeme‹.« Hier sehen beide auch den »Hauptunterschied – konzeptionell wie kulturell – zwischen den DDR-kritischen Oppositionsbewegungen im Umfeld der Kirche und den Reformbewegungen im Umfeld der SED. Letztere haben immer eine systemzentristische Betrachtung von Reformbewegungen zum Ausgangspunkt.«⁵⁸

56 Ebenda. S. 60.

57 Detlef Pollack/Christiane Heinze: Zur Funktion politisch alternativer Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR. In: Wolf-Jürgen Grabner/Christiane Heinze/Detlef Pollack (Hrsg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Berlin 1990. S. 86.

58 Rainer Land/Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus ... S. 63 und 64.

3.2. *Wer aber waren die Bürgerbewegungen?*

Über die Veranstaltung in der Berliner Gethsemane-Kirche am Abend des 19. September 1989 wurde wie folgt berichtet: »Die Veranstaltung zeigte, daß die Arbeit neuer und alter Gruppen in der DDR weit entfernt ist von effektiver Oppositionsarbeit. Die [...] veröffentlichten Berichte über die ›Opposition‹ in der DDR sind übertrieben und aufgebauscht. Bärbel Bohley konnte keine Orientierung geben, ihr amateurhaftes Auftreten zeigt deutlich die Schwierigkeiten bei inhaltlicher und organisatorischer Umsetzung ihrer Ziele. Der Teilnehmerkreis bestand, soweit erkennbar, ausschließlich aus Intellektuellen, unter denen keine politischen Talente sichtbar wurden, die eine solche Versammlung zu einheitlicher Willensbekundung führen könnten [...] Selbst einfachste Organisationsformen waren nicht bedacht worden [...] Das Neue Forum wird durch derartige Veranstaltungen kaum zur Mobilisierung beitragen.« Das ist nicht etwa dem pejorativ formulierten Bericht des zuständigen Berichterstatters der Staatssicherheit, um vor dem 40. Jahrestag der DDR den Genossen Mielke zu beruhigen, entnommen, sondern dem Fernschreiben des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin an den Chef des Bundeskanzleramtes.⁵⁹

Nimmt man diese Bewertung als authentische Beschreibung des historischen Vorganges, so bestätigt er, daß die Bürgerbewegungen in der ausgehenden DDR in der Tat Bewegungen der Bürger waren, die sich von der Bevormundung durch die SED zu befreien suchten. Nicht langfristig vorbereitete, dann machtvolle illegale Organisationsstrukturen und ausgefeilte Programmdokumente traten einfach an das Licht der Öffentlichkeit, sondern es begann der mühsame Prozeß politischer Artikulation und Selbstorganisation meist zwar gebildeter, doch »normaler«, unorganisierter Menschen, die sich darin einig waren, daß es nicht wie bisher weitergehen konnte. Aus der Rückschau wird bestätigt: »Ich glaube, ein Problem ist gewesen: Wir waren schlecht organisiert. Wir, die Bürgerbewegung, waren nur wenige. Wir hatten keine Konzepte darüber, wie es

59 Siehe Nr. 43: Fernschreiben des Staatssekretärs Bertele an den Chef des Bundeskanzleramtes, Berlin (Ost), 20. September 1989. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/1990. München 1998. S. 410. – Um diese Edition vorzulegen, hatte die frühere Bundesregierung extra die gesetzlich vorgeschriebene Sperrfrist für Regierungsakten aufgehoben.

hätte anders sein sollen. Wir waren nicht homogen und wollten nicht alle das Gleiche. Wir wollten schon ein verändertes System, einen anderen, irgendwie menschlichen Sozialismus. Es gab Zeiten, da haben wir geglaubt, wir brauchen an der Spitze nur ein paar Köpfe auszutauschen, und dann würde alles anders werden [...] Sehr wichtig war, daß die Leute, aus welchen Gründen sie auch immer auf die Straße gingen, plötzlich von Hoffnungen angesteckt waren. Das Problem war nur, daß wir nicht so richtig wußten, worauf wir eigentlich hoffen sollten oder was für uns nach einer Wende kommen sollte.«⁶⁰

Der innenpolitische Druck hatte sich in der DDR immer weiter erhöht. Die Berichte aus der Sowjetunion ermutigten nach anfänglicher Skepsis auch die oppositionellen Kreise. Das gemeinsame Papier von SED und SPD »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«⁶¹ brach mit überkommenen Ideologemen der SED und stellte auch für die unabhängige Friedensbewegung eine Berufungsgrundlage dar. Die SED-Führung bemühte sich in den Monaten nach der Veröffentlichung, eine breitere öffentliche Debatte zu unterbinden, konnte das von ihr selbst akzeptierte Dokument schlechterdings jedoch nicht wieder zurücknehmen. So traf die Aktion einiger Bürgerrechtler, auf der traditionellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 mit dem Wort von Rosa-Luxemburg: »Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« zu agieren, auf eine vergleichsweise hilflose DDR-Führung. Die Aktion während der Demonstration wurde rasch unterbunden, die Akteure wurden in gewohnter Weise verhaftet. Es kam dann, wie de Maizière betonte, aber »nicht zu Verurteilungen [...], sondern zu den berühmten Abschiebungen. Denjenigen, die damals inhaftiert wurden, habe ich gesagt: Hier passiert etwas Neues! Man wage es nicht mehr, sie zu verurteilen. Noch fünf Jahre vorher, zehn Jahre vorher, wären mehrjährige Haftstrafen verhängt worden und die Sache wäre erledigt gewesen.«⁶² Statt dessen hat man die Verhafteten nach Großbritannien und anderswohin ausreisen lassen, und es wurde noch vereinbart, daß sie mit DDR-Pässen reisen, nicht ausgebürgert werden und später zurückkehren dürfen. Die gleichsam schärfste Strafe, die das Herrschaftssystem Anfang 1988 noch gegen seine Gegner bzw. Herausforderer zu

60 Anne Voss, Landessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Revolution oder Implosion?* Berlin 1999. S. 18.

61 »Neues Deutschland«. Berlin vom 28. August 1987.

62 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Revolution oder Implosion?* Berlin 1999. S. 9.

verhängen vermochte, war die Ausreise in den Westen, die es umgekehrt der Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor verweigerte. Insofern war in jenem Vorgang die spätere Konstellation »Wir sind das Volk!« vorweggenommen, die ja einen Nachsatz hatte: »Wir bleiben hier!«

Insgesamt war jene Verhaltensweise der SED-Führung Teil des Versuchs, die Lage durch Öffnung von Ventilen, durch Erweiterung von Spielräumen zu entspannen. Dazu gehörte beispielsweise auch die etwas freizügigere Handhabung von Privatreisen in die Bundesrepublik. Das führte jedoch weder zu einem Rückgang der Zahl der Ausreisewilligen, eher im Gegenteil, noch zu wachsender Zufriedenheit der Reisenden – das reale Anschauen der Bundesrepublik wirkte den Propagandabildern letztlich entgegen; der Mangel an real verfügbarem Geld machte das individuelle Devisenproblem noch spürbarer und schließlich war die Willkür der »Organe Inneres« nach wie vor spürbar: Wer dreimal im Westen und brav zurückgekommen war, wußte auch beim vierten Mal nicht, ob er reisen durfte. Es blieb Bittstellerei gegenüber dem Staat und war kein Recht. So bestätigte die späte DDR der achtziger Jahre jene schon in anderen Transformationsprozessen, etwa in Spanien und Portugal, gesammelte Erfahrung, daß das alte Regime, um die innenpolitischen Spannungen zu reduzieren, Repressionen zurücknimmt, Öffnungen anbietet, diese jedoch nicht zur Minderung der Spannungssituation führen, sondern zu einer Zunahme der Bestrebungen um demokratische Veränderungen. Sind die wirkliche Opposition, diejenigen, die auch Haft und Folter in Kauf zu nehmen bereit sind, um ihrer politischen Ziele willen, immer nur kleine Minderheiten in jeder Gesellschaft, so kommen die Verhältnisse dann in Bewegung, wenn auch der »normale« Bürger, der in »normalen« Zeiten ruhig und unauffällig seinem Tagewerk nachgeht, auf die Straße geht, um Veränderung einzufordern.

War Erich Honecker nach dem 1. Mai 1989 noch der Auffassung, die massenhafte Teilnahme an der Maidemonstration in Berlin sei Zustimmung zu seiner Politik, so sollte sich die Lage rasch ändern. Bereits am 7. Mai 1989 fanden die Kommunalwahlen statt, die dann als gefälschte ausgemacht werden konnten. Wahrscheinlich ist bei allen Wahlen, seit den Land- und Kreistagswahlen am 20. Oktober 1946 unter sowjetischer »Aufsicht«, in der SBZ bzw. DDR anders mitgeteilt als gezählt worden. Das war jedoch stets nur Vermutung. Nach der abendlichen Auszählung in den Wahllokalen, die auch in der DDR öffentlich war, um den »demokratischen Charakter« des Vorgangs zu unterstreichen, teilte der Vorsitzende des Wahlausschusses anschließend mündlich

den Anwesenden das Ergebnis der Zählung mit, auch die Zahl der in diesem Wahllokal abgegebenen Nein-Stimmen. Nun hatten sich Mitglieder oppositioneller Gruppen am 7. Mai 1989 verabredet, diese mündlich mitgeteilten Zahlen eines ganzen Berliner Stadtbezirks zu hören und anschließend zusammenzurechnen. Als dann das »offizielle« Berliner Wahlergebnis mitgeteilt wurde, lagen die angegebenen Nein-Stimmen für diesen Bezirk deutlich unter den gezählten. Damit waren die Herrschenden beim Lügen über ihre eigenen Verhältnisse ertappt, und sie hatten zudem gegen geltendes DDR-Recht verstoßen. Insofern nutzten alle Befehle des MfS-Ministers Mielke nichts, die Klagen der Oppositionellen einfach zu unterdrücken. Die gefälschten Kommunalwahlen bleiben eine offene Wunde des Herrschaftsgefüges der SED, die sich bis zur Wende nicht schließen ließ.

Die sich beschleunigende Ausreisewelle aus der DDR im Sommer 1989 über Ungarn und verschiedene Botschaften der Bundesrepublik wurde von Honecker mit dem in einen ND-Kommentar vom 2. Oktober hineinredigierten Satz versehen, man werde den Flüchtlingen »keine Träne nachweinen«. Die Antwort waren die Rufe auf der Leipziger Montagsdemonstration am Abend des 2. Oktober: »Wir bleiben hier«, die mit Forderungen nach Meinungsfreiheit und Reformen verbunden waren. Fortan äußerten sich die öffentlichen Willensbekundungen immer stärker in Demonstrationen. War es am 4. Oktober noch zu massiver Gewaltanwendung gegen Demonstranten am Dresdner Hauptbahnhof gekommen – Honecker hatte die glorreiche Idee gehabt, daß aus Gründen der Achtung der Souveränität der DDR die Botschaftsflüchtlinge aus Prag über DDR-Territorium in die BRD ausreisen sollten, was sich in der DDR natürlich herumgesprochen hatte, so daß ausreisewillige DDR-Bürger die entsprechenden Strecken und Bahnhöfe stürmten – und am 7. Oktober, dem Staatsfeiertag, in Berlin, so lastete ein gewaltiger Druck auf der erwarteten Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig. Trotz der großen Angst vor einer »chinesischen Lösung« nahmen etwa 75.000 Menschen an der Demonstration teil, und es wurde erreicht, daß keine Gewalt angewendet wurde. Damit war das Demonstrieren zu einem faktischen Recht der Bürger geworden. An der friedlichen Demonstration in Berlin am 4. November 1989 nahmen dann etwa 700.000 Menschen teil. Der Höhepunkt der Demonstrationen war erreicht. Die SED-Führung unter Egon Krenz ließ am 9. November 1989 die Mauer öffnen und trat wenige Wochen später ab.

Die organisatorischen Strukturen, die in der Publizistik und dem wissenschaftlichen Schrifttum als »Bürgerbewegungen« ausgemacht werden, bildeten sich in dieser »revolutionären« Situation heraus bzw. traten – einige seit längerem in kleinsten Gruppen in der Illegalität, marginalisiert und von der Staatssicherheit verfolgt existierend, andere soeben konstituiert – an das Licht der Öffentlichkeit. Am 9./10. September 1989 unterzeichneten im Hause der Witwe Robert Havemanns Mitglieder der Friedensbewegung, darunter Bärbel Bohley, Rolf Henrich und Jens Reich, den Gründungsaufwurf »Neues Forum«, legten am 19. September Unterschriftslisten aus und beantragten die Zulassung. Der Gründungsaufwurf der Bewegung »Demokratie Jetzt« wurde von Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Ulrike Poppe u. a. am 12. September unterzeichnet, anschließend wurde ein Thesenpapier vorgelegt und am 14. September ein »Flugblatt für die Demokratie« veröffentlicht. Das Entstehungsdatum der Gruppe »Demokratischer Aufbruch«, mit Wolfgang Schnur, Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer, wird mit dem 1. Oktober angegeben, zunächst auf soziale und ökologische Zielsetzungen und einen »Dritten Weg« gerichtet, landesweit am 30. Oktober vorläufig, am 16. und 17. Dezember endgültig als oppositionelle Partei konstituiert. Nachdem bereits am 12. September eine Initiativgruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) aufgerufen hatte, erfolgte die Konstituierung durch eine Gruppe vor allem evangelischer Pfarrer am 7. Oktober 1989 im märkischen Dorf Schwante im evangelischen Gemeindehaus. Die »Initiative Frieden und Menschenrechte«, mit Gerd Poppe und Wolfgang Templin, seit 1985 unter starkem Verfolgungsdruck, konstituierte sich am 28. Oktober als landesweite Organisation. Die »Grüne Partei«, mit Matthias Platzeck und Vera Wollenberger, wurde am 24. November in Berlin gegründet, im November auch die »Vereinigte Linke«.⁶³

63 Alle Angaben nach Hans Georg Lehmann: Deutschland-Chronik 1945–1995. Bonn 1996. S. 365ff. – Uwe Thaysen, der als wissenschaftlicher Beobachter an allen Sitzungen des Runden Tisches teilnahm und in diesem Zusammenhang während der hier behandelten Ereignisse Gespräche mit den verschiedenen Akteuren hatte, gibt im Grunde die gleichen Daten an, nennt aber z. T. frühere Daten zu Vorläufern. So nennt er ein Bestehen von »Demokratie Jetzt« seit 1987 (einer Vorform in Gestalt eines kirchlichen Diskussionskreises?); das Wirken von Initiativgruppen für die Gründung des Demokratischen Aufbruchs und der SDP seit Juni 1989; bei der Grünen Partei das seit Jahren aktive Wirken des »Grün-ökologischen Netzwerks Arche« (siehe Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Opladen 1990. S. 28).

Es waren diese sieben Organisationen, von denen zunächst die Initiative zur Konstituierung des Runden Tisches in der DDR (des »Zentralen Runden Tisches«) ausging. Sie strebten an, auf gleicher Augenhöhe mit den Parteien der Volkskammer über die Zukunft der DDR zu verhandeln. Die Konstituierung am 7. Dezember erfolgte dann mit je 15 Stimmen: Neues Forum drei, die anderen je zwei auf Seiten der neuen Kräfte; die fünf Parteien SED, CDU, LDPD, NDPD und DBD je drei auf Seiten der alten Kräfte. Auf der zweiten Sitzung am 18. Dezember kamen der »Unabhängige Frauenverband« und die »Grüne Liga« bei den neuen und der FDGB sowie die »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« bei den alten Kräften hinzu,⁶⁴ so daß nun jede Seite 19 Stimmen hatte. Die Bürgerbewegungen (im Sinne der genannten und anderer Gruppierungen) waren das originäre Endergebnis des nichtmarxistischen Diskurses in der DDR; ihre Akteure kamen jedoch nicht nur aus diesem, sondern unter ihnen waren auch Personen, die aus dem SED-nahen Diskurs kamen, mit diesen Zusammenhängen aber gebrochen und sich während der achtziger Jahre in die unabhängige Friedens- bzw. Umweltbewegung eingebracht hatten. Die Kirchen als Institutionen hatten gerade auch das Zustandekommen des Runden Tisches befördert, um den friedlichen Gang der Veränderungen in der DDR zu sichern.

Die organisatorische Fragmentierung der Bürgerbewegungen bei zunächst vergleichsweise großer programmatischer Nähe verweist auf die Kontextbedingungen der Gründungssituation. Freie Artikulation von Positionen vor dem Herbst 1989 war nicht möglich, damit auch kein breiterer Zusammenschluß von Personen; zugleich waren die relativ kleinen Diskussionskreise unter dem Dach der Kirche Voraussetzung für dieses nun öffentliche Wirken. Obwohl es weder ein übergreifendes Konzept zur weiteren Entwicklung der DDR noch zentrale, charismatische Identifikationsfiguren gab, waren die öffentlich agierenden Bürgerbewegungen in der Zeit etwa von November bis Mitte Dezember 1989 die entscheidende Kraft, die den Veränderungen in der DDR öffentlich Ausdruck gaben. Doch sie hatten kein eigenes Verhältnis zur Machtfrage. Ihr jahrelanger Diskurs orientierte darauf, »den absoluten Machtanspruch der SED durch Verweigerung als kollektive Einmischung in Frage zu stellen«. Ihr Tun setzte »die Perspektive einer gegebenen Macht voraus, der man die eigene Identität und die gesellschaftliche Partizipation abringen mußte«. Als die kommunistische Herrschaft im Dezember

64 Siehe ebenda. S. 25ff.

1989 jedoch gefallen war, war man auf den Rollenwechsel nicht vorbereitet. »Man sah sich als Gegenmacht, die den Staat attackiert, um ihn zu beschränken und zu kontrollieren. Es wurde nicht wahrgenommen, daß ein Staat, den man demokratisch kontrollieren und partizipatorisch gestalten konnte, überhaupt erst konstituiert werden mußte. Auf die Frage, wie das geschehen könne, wie Macht neu zu etablieren und zu verfassen sei, gab es keine Antwort.«⁶⁵

Bei den Leipziger Montagsdemonstrationen am 4. und 11. Dezember 1989 rückte dann die Forderung »Wir sind ein Volk« in den Mittelpunkt; deren Zusammensetzung und Redner sollten sich rasch verändern – und bald die ersten Reichskriegsflaggen auftauchen, damals noch als Skurrilität belächelt. Die Bürgerstimmung rückte vom demos zum ethnos, und hier hatten die Gruppierungen der Bürgerbewegung nicht viel anzubieten. Im Januar erreichten sie noch die Abschaffung der Staatssicherheit bzw. aller Sicherheitsdienste; auf der Tagesordnung standen jedoch mittlerweile die deutsche Frage und die politischen Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Volkskammerwahl am 18. März 1990. Hier entschied sich die Mehrheit bekanntlich für die rasche Vereinigung zu westdeutschen Bedingungen. »Damit konnte die Bürgerbewegung von all ihren politischen Vorstellungen nur eine nachhaltig in die neue Republik einbringen: den Kampf gegen die SED. Dies wurde dann auch die bleibende Erinnerung an die Revolution.«⁶⁶

3.3. *Die SED und ihr Machtverlust*

In dem Maße, wie die SED über längere Zeit hinweg Macht ausübte, schien das von ihr geprägte Staatswesen seinen provisorischen Charakter zu verlieren. Der 17. Juni 1953 machte deutlich, daß diese Gesellschaft zumindest so lange Bestand haben mußte, wie die Sowjetunion ihre machtpolitischen Interessen lieber an der Elbe als am Bug wahrnehmen wollte. Nach dem 13. August 1961 blieb der Mehrheit der Bevölkerung auch die individuelle Abwanderung verwehrt. Damit mußte jeder DDR-Bürger entscheiden, ob er seine Lebensplanung auf ein Arrangement mit

65 Rainer Land/Ralf Possekel: *Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den achtziger Jahren*. Berlin 1998. S. 204f. (im weiteren Rainer Land/Ralf Possekel: *Fremde Welten ...*).

66 Ebenda. S. 207.

den gegebenen Verhältnissen aufbauen, oder ob er den schweren Weg der Fundamentalopposition gehen wollte, mit vielerlei Nachteilen im Beruf und für die Familie. Daher drängten in die SED mehr und mehr auch Menschen um ihres beruflichen, gesellschaftlich akzeptierten Fortkommens willen. In immer mehr Berufen war die Wahrnehmung immer niedrigerer Leitungsfunktionen an die Mitgliedschaft in der SED gebunden.

Die PDS hat im Zusammenhang mit den Austrittswellen aus der Partei Anfang 1990 diesen Vorgang einseitig negativ besetzt und erklärt, viele verließen die Partei aus den gleichen Gründen, aus denen sie eingetreten waren; um die sei es also nicht schade. Eine solche Argumentationslinie geht am Wesen der Sache vorbei. In jeder Gesellschaft entstehen, und bestehen dann, geschriebene und ungeschriebene Regeln, Verhaltensmuster, um in ihr Voranzukommen, Karriere zu machen. So war es in der DDR mehr und mehr üblich, Mitglied der SED zu sein, um bestimmte Plätze in der hierarchisch strukturierten Gesellschaft einzunehmen.

Das hatte zwangsläufig eine Ausgrenzung oftmals ebenfalls befähigter Menschen, die den Schritt in die Partei (oder in eine der anderen Blockparteien) nicht zu gehen bereit waren, zur Folge. Es bedeutete aber andererseits nicht, daß alle Leitungsfunktionen in der DDR mit lediglich politisch zuverlässigen, aber fachlich inkompetenten Personen besetzt waren. Im Gegenteil: je mehr Mitglieder der SED zur Auswahl standen (am Ende eben 2,3 Millionen Menschen), je mehr Menschen also die formal gleichen politischen Zugangsvoraussetzungen hatten, desto mehr entschied am Ende doch fachliche Kompetenz über die Eignung für die jeweils zu besetzende Stelle. Oftmals war es sogar so, daß in bestimmten Bereichen, etwa der Kommunalpolitik, mancher schneller Karriere machte, wenn er Mitglied einer der anderen Blockparteien war. In Bereichen der normalen staatlichen Verwaltung etwa wurden Funktionen nach einem bestimmten Parteienproporz besetzt. Beispielsweise wurden in Gemeinden und Städten, in denen der Bürgermeister nach den Gemeinde- bzw. Stadtverordnetenwahlen 1946 von der CDU gestellt wurde, diese Funktionen in der Regel bis 1989 immer wieder von Vertretern dieser Partei wahrgenommen. Andere Bereiche dagegen, wie Staatssicherheit, Inneres, Landesverteidigung, im Laufe der Jahre zunehmend auch Außenpolitik, blieben SED-Mitgliedern vorbehalten.

Unabhängig von der Ausgangsmotivation: jeder, auch der nur aus Gründen persönlichen Fortkommens in die SED eintrat, verhielt sich, und sei es nur äußerlich, systemkonform. Er trug zur Aufrechterhaltung

der bestehenden Verhältnisse bei. Unter dem Gesichtspunkt der Stabilität der Gesellschaft ist dieses systemimmanente Karriereverhalten ein nützliches Element. Es stabilisiert die bestehende Gesellschaft und bewirkt ein konservatives, ein Trägheitsmoment, das weitreichenden, etwa gar revolutionären Veränderungen der betreffenden Gesellschaft entgegenwirkt. Nur unter sehr außergewöhnlichen, drastisch über das normale Maß verschlechterten, zugespitzten ökonomischen, sozialen und/oder politischen Bedingungen kommt es zu dem massenhaften Willen, die Verhältnisse grundsätzlich zu verändern, zu einer Revolution.

Im Herbst 1989, in der schärfsten Krise der DDR, war die SED selbst ein großer, eigenartiger sozialer Organismus. Und dieser Organismus war bereits tödlich krank. Eine wirkliche politische Partei, die als Ganzes hätte politisch handeln können, war die SED zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr. Die Krankheitsursachen waren ähnliche, wie bei der Staatssicherheit. Dort hatte man am Ende alle und jeden überwachen wollen und häufte Millionen von Akten, Berichten, Analysen auf, die dann niemand mehr sinnvoll aufarbeiten und verwerten konnte. Indem das Mißtrauen als allgemeines Prinzip weiter auswucherte, fraß es seine eigenen Grundlagen auf. Hier hatte man in einem Lande von 16,5 Millionen Einwohnern eine Staatspartei von 2,3 Millionen Einwohnern. Die vier anderen Blockparteien hatten 1989 485.000 Mitglieder. 2,8 Millionen Menschen waren so in den fünf staatstragenden Parteien organisiert. Nahezu alle wichtigen Funktionen in Staat, Wirtschaft, Bildungswesen usw. waren mit Mitgliedern der SED (und punktuell der anderen Parteien) besetzt.

Auf Grund der massenhaft gewandelten Motivation des Parteibeitritts war dies aber inzwischen fast ebensogut, als ob niemand in der Partei wäre. Die Kreis- und Bezirksleitungen sowie die Abteilungen des Zentralkomitees der SED häuften ihrerseits personale Mitgliederunterlagen über Millionen Mitglieder der SED auf. Aus den Angaben über Bildungsweg, früher wahrgenommene Leitungsfunktionen in der Partei oder in den verschiedenen Massenorganisationen, Parteisulbesuch usw. war jedoch am Ende auch keine gesicherte Aussage über die politische Zuverlässigkeit aus der Sicht der SED-Führung zu gewinnen. Zumal die Parteileitungen in den Betrieben, Hochschulen usw. Techniken entwickelt hatten, auch die Kaderunterlagen stets so auszufüllen, wie es jeweils gewollt war.

Damit war der Spielraum der Leitungen relativ groß, und sie reproduzierten die Partei nach ihrem Bilde. Waren es Leitungen, zum Beispiel auf der Ebene der Grundorganisationen oder ihrer Gliederungen, wie Abteilungsparteiorganisationen oder Parteigruppen, in denen stalinistische Betonköpfe das Sagen hatten, wurden Menschen nach deren Bild zur Übernahme von Funktionen vorgeschlagen. Waren es dagegen Menschen, die die Ideen der Perestroika für sich angenommen hatten, schlugen sie andere vor, die ihren Vorstellungen entsprachen. Da jene, die Veränderung wollten, dies durchschauten, hatten gerade nach 1985 vielfach solche SED-Mitglieder sich um die Übernahme von Funktionen auf den verschiedenen Ebenen bemüht. Insofern gab es, von der Basisebene über Kreisleitungen, Bezirksleitungen und zum Teil bis hinein in die Abteilungen des ZK völlig unterschiedliche Funktionsträger: einerseits Stalinisten, die nur darauf lauerten, andere anzuschwärzen, auszuschalten, Exempel zu statuieren, und andererseits reformerisch oder demokratisch gesinnte Menschen, die auf Veränderungen harrten, und die Zeit, bis diese eintreten, so zu überbrücken hofften, daß sie die Aktivitäten der Stalinisten zu konterkarieren versuchten. Nach außen und vor allem nach oben wurde das Ritual der »Treue zur Partei und zur Sache des Sozialismus« befolgt. Hinter dieser Fassade verbargen sich jedoch völlig konträre Auffassungen, Konzepte und Verhaltensweisen.

Auch der Parteischulbesuch hatte seine ursprüngliche Funktion, einen der Parteiführung ergebenen, besonders treuen Kaderstamm zu schaffen, eingebüßt. In der »Honecker-Ära« war das System des Parteischulbesuches weiter bürokratisch perfektioniert worden. Kreis- und Bezirksparteischulen sowie Parteihochschule bildeten ein eigenständiges System gestaffelter Schulung innerhalb der Partei. Dessen Absolvierung war schließlich in den achtziger Jahren Pflicht für jedes Parteimitglied, das eine bestimmte Leitungsposition in Staat, Wirtschaft, Massenorganisationen, Bildung usw. ausüben wollte. Dabei war die Ebene des notwendig abzuleistenden Parteischulbesuches definiert entsprechend der funktionalen Ebene. Wer also in die SED eingetreten war, um in der Gesellschaft vorwärtszukommen, mußte auch akzeptieren, gegebenenfalls um dieses Zieles willen eine Parteischule zu besuchen. Wer als Betriebsleiter oder Abteilungsleiter im Betrieb o. ä. einen Nachwuchskader für eine rein fachliche Funktion im Betrieb, die mit einem Parteimitglied besetzt werden sollte, brauchte, mußte akzeptieren, daß dieser erst diesen Schulbesuch zu leisten hatte, bevor er für seine neue fachliche Arbeit zur Verfügung stand. Im Gegenzug wurden die inhaltlichen und

ideologischen Anforderungen dieses Parteischulbesuches so niedrig gehalten, daß in der Regel jeder einen »guten« Abschluß bekam.

Da nun in den achtziger Jahren weder die Mitgliedschaft in der Partei, noch die Funktionsebene, noch der Parteischulbesuch letztlich als Kriterium für die politische Zuverlässigkeit im Sinne der SED-Führung angesehen werden konnten, wurden von dieser zwei Wege beschritten. Zum einen wurden immer mehr Funktionen, die von der Sache her von unterschiedlichen staatlichen, Wirtschafts-, Hochschul- usw. Leitungen wahrzunehmen bzw. zu entscheiden waren, von Parteiinstitutionen übernommen. Zum anderen wurde die gegenseitige Kontrolle der Apparate erhöht. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren alle gesellschaftlichen Leitungs- und Kontrollfunktionen nicht nur gedoppelt, sondern faktisch mindestens verdreifacht, und zwar erstens bei den normalen staatlichen, Wirtschafts-, Hochschul- u. a. Leitungen, zweitens beim Parteiapparat und drittens bei der Staatssicherheit. Damit wurde das normale Funktionieren in den Sachbereichen jedoch weiter untergraben und das Kompetenzwirrwarr vergrößert.

Im Herbst 1989 schließlich war die SED keine politisch einheitlich handlungsfähige Größe. Risse und Spannungen, die die DDR-Gesellschaft durchzogen, gingen auf spezifische Weise auch durch die Partei. Die wachsende Spanne zwischen propagierten Zielen und täglich spürbaren Problemen hatte den praktizierten realsozialistischen Weg in einem Maße entzaubert, daß auch innerhalb der SED die Akzeptanz weiter zusammenschmolz. Der Eigensinn und die Weltferne der alten Männer an der Spitze von Partei und Staat hatten zu einer Sinnkrise jedes Handelns für diese DDR geführt. Es wuchs die Stimmung in der Partei, vor allem auch unter jenen, die es mit dem sozialistischen Ideal ernst meinten, für diese Führung keinen Finger mehr zu rühren. Jene redete von »Konterrevolution«. Doch manche Mitglieder der SED sprachen es im Sommer 1989 auch so aus: Die »eigentlichen Konterrevolutionäre« saßen in der Parteiführung. Die Zeitgleichheit der Krisen- und Reformprozesse in den anderen osteuropäischen Ländern wies auf den übergreifenden, nicht DDR-spezifischen Hintergrund der Krise hin. Gorbatschows Perestroika hatte Denkanstöße gegeben, die auch in der SED als auf die Grundstrukturen des sozialistischen Modells, nicht nur auf diese oder jene Variante seiner Praktizierung zielend aufgenommen wurden. Das SED-SPD-Papier hatte seinerseits vor allem in der denkenden Parteimitgliedschaft den Prozeß des Neubedenkens der sozialistischen Ziele und Wirklichkeiten befördert.

So waren innerhalb der SED bei Anbruch des schicksalhaften Herbstes 1989 im wesentlichen drei Gruppen oder Strömungen zu unterscheiden:

Die *erste* Gruppe bildeten gewissermaßen die Idealisten, jene, die noch immer an ein sozialistisches Ziel glaubten und meinten, dieses in der und mit der SED in die Tat umsetzen zu können. Bei ihnen hatte sich die Unzufriedenheit mit der entstandenen Lage im Lande, beschleunigt und angeregt durch Gorbatschows Perestroika-Kurs, seit 1985 deutlich verstärkt. Sie wollten eben um der sozialistischen Ideale willen eine andere – naturgemäß sozialistische – Gesellschaft, als die, die im Herbst 1989 den »realen Sozialismus« in der DDR ausmachte. Das Gefühl griff um sich, daß die Vorwürfe der Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahl vom Mai 1989 zutreffend waren, daß die wirtschaftliche Situation immer weniger den mitgeteilten Erfolgsmeldungen entsprach, daß überhaupt die restriktive Medienpolitik immer mehr Lügen und damit Unwillen produzierte, und daß die SED-Führung insgesamt keine Konzepte hatte. Vergrößert wurde die Unzufriedenheit der kritischen Parteimitglieder mit der praktizierten Politik durch die sich verstärkende Ausreisewelle aus der DDR. Sie empfanden diese als eklatante Niederlage der SED, der DDR und des Sozialismus mit weitreichenden Folgen.

Die *zweite* Gruppe waren die Zyniker. Dies waren Leute, die vielleicht auch einmal an sozialistische Vorstellungen geglaubt hatten, denen dieser Glaube aber mittlerweile abhanden gekommen war bzw. bei denen dieser immer noch oder auf eigenartig neue Weise eine Stalinsche Ausformung hatte. Sie waren bereit, jeden beliebigen »Auftrag« zu erfüllen. Sie wurden, wenn es von ihnen verlangt wurde, auch zu Technologen ggf. brutaler Machtausübung, hatten keine Skrupel in der Anwendung der Mittel, um das vorgegebene Ziel zu erreichen.

Die große *dritte* Gruppe rekrutierte sich aus all jenen, die aus Gründen ihrer Karriere in der SED waren. Im praktischen Handeln gab es durchaus Überschneidungen zwischen der zweiten und der dritten Gruppe. Hier waren nur die Motive anders gelagert, und sie galten lediglich so lange, wie man von der Dauerhaftigkeit der bestehenden Verhältnisse ausging und sich in der SED eine weitere Karriere versprach.

Nun ist diese Gruppenbildung eher idealtypisierend angelegt. Die Grenzen zwischen den Gruppen waren in der Realität eher fließend, bzw. sie gingen vielfach durch das einzelne Individuum hindurch, weil sich in seinem Denken und Handeln verschiedene Seiten mengten oder überschnitten. Auf der einen Seite waren auch solche Menschen Mitglie-

der der SED geworden, die die Absicht hatten, die Dinge für die Menschen zu erleichtern und zum Besseren zu wenden. Daß dies meist mit Illusionen über die Lebensfähigkeit und Machbarkeit einer so gearteten sozialistischen Gesellschaft verbunden war und oft in einen Kampf gegen Windmühlenflügel mündete, tut den Motiven und dem von ihnen getragenen Handeln keinen Abbruch. Auf der anderen Seite handelten an vielen Stellen Parteilose oder Mitglieder anderer Blockparteien beschränkter und »orthodoxer«, als es manche SED-Mitglieder getan hätten oder auch haben. Rein administrative, bürokratische Leitungstätigkeit war erstens bequemer, als eine mehr demokratische, und entsprach zweitens deutschen Traditionen und Gewohnheiten von vor 1945.

Die Hauptlinie der Auseinandersetzung innerhalb der SED im Jahre 1989 bzw. bis zum Herbst 1989 verlief zwischen den Trägern – aus stalinistischem Eifer, aus einfältiger Unbedarftheit oder auch aus Feigheit, Trägheit bzw. Eigennutz – des orthodoxen und verknöcherten, auf Abgrenzung gegenüber Gorbatschow und der Perestrojka zielenden Kurses Erich Honeckers einerseits und den Gegnern dieses Kurses andererseits.

Letztere waren verstreut, nicht organisiert, in vielem furchtsam, von falscher Loyalität oder Disziplin gegenüber der Partei und damit deren Führung geleitet, inkonsequent und unentschlossen.

Bezüglich des Sturzes der Honecker-Führung gab es eine breite Übereinstimmung unter den Idealisten, besser den reformorientierten Kräften in der SED und ihrem Umfeld, und die Demonstrationen der Parteimitglieder vor dem ZK-Gebäude und im Berliner Lustgarten trugen dann auch zum Abtreten von Krenz und der gesamten alten Parteiführung bei. Wo aber war ein neues Gesellschaftskonzept, auf das man eine neue Politik hätte aufbauen können?

3.4. Exkurs über die »SED-Reformer« im Herbst 1989

Mit dem Projekt »Moderner Sozialismus« mit Michael Brie, Dieter Segert, Rainer Land u. a., die auch mit Rosi Will, Hans-Peter Krüger, Wilfried Ettl in Verbindung standen, war in Berlin »ein später Versuch der Synthese verschiedener Reformansätze« unternommen worden.⁶⁷ Aber

67 Siehe Rainer Land/Ralf Possek: Namenlose Stimmen waren uns voraus ... S. 46.

auch seine Akteure hatten bis zum Spätsommer 1989 in kleinem Kreise konspirativ gearbeitet. Im Unterschied etwa zu den starken eigenen landesweiten Strukturen der Reformen in der ungarischen Staatspartei, aus denen dann die Ungarische Sozialistische Partei nach Auflösung der Staatspartei hervorging, gab es keine übergreifenden Beziehungsgeflechte, auf die sie sich hätten stützen können. So blieb nur die Publikation theoretischer Texte in kleiner Auflage und der gelegentliche Versuch, mit einzelnen Aufrufen in die Medien zu kommen. Zur konzeptionellen Dimension des Projekts schreibt Rainer Land: »Für uns als Teil einer faktisch in die SED-Staatspartei integrierten und in dieser sozialisierten Generation von Parteintellektuellen bedeutete ›Sozialismus‹ gerade nicht das Moment radikaler Gesellschaftskritik, die es im Kapitalismus und vielleicht mit Abstrichen auch in der BRD bedeutete. ›Sozialismus‹ codierte das Moment des Konsens und der Akzeptanz der vorgefundenen Verhältnisse und ihrer Vorgeschichte. Das wissenschaftlich Interessante und politisch Wichtigere am Projekt ›Moderner Sozialismus‹ war nicht der ›Sozialismus‹, sondern das ›Moderne‹. Es codierte zunächst ein dissentes Moment im Verhältnis zur älteren Generation, wenn auch versteckt. ›Modern‹ sagt immerhin, daß es ein anderer Sozialismus sein soll als der real existierende. Die Evolution des Sozialismus wird als Modernisierung bestimmt, Sozialismus – das Projekt der Gegenmoderne per se – und Moderne erscheinen in Synthese. Die versteckte Radikalität bestand darin, die Institutionen der Moderne sukzessive wieder einzuführen, zum Kapitalismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Verfassungs- und Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung zurückzukehren, diese zum Angelpunkt einer Reform des Real-Sozialismus zu machen. Aber zurückzukehren nicht auf dem Wege einer Konterrevolution, sondern auf dem Wege der Evolution der vorgefundenen ›sozialistischen Gesellschaft‹ selbst, auf dem Wege einer kontrollierten, folglich gestalteten, nicht spontanen und die Folgen stets im Griff behaltenden Einführung der Institutionen der Moderne. Die Macht selbst soll Instrument dessen werden, sich dabei aus der Diktatur des Proletariats in eine moderne Verfassungsdemokratie transformierend. Dazu brauchte man die Macht, ihr Sturz lag nicht im Programm.« Und deshalb war auch ein Wechsel auf die Seite der Bürgerrechtler ausgeschlossen.⁶⁸

Als dann die Parteierrschaft im Dezember 1989 fiel, gelang es nicht mehr, eine öffentliche Debatte über Wege einer moderneorientierten Ge-

68 Siehe ebenda.

sellschaftsreform durchzusetzen. Mit Vorstellungen eines »Dritten Weges« wurde eine Formel geschaffen, die die Versöhnung des modernistischen Reformkonzepts mit den Reformvorstellungen der Alten in der Partei ermöglichte. Mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 zeigte sich, »daß die Partei wichtiger war als die Gesellschaft. Die Partei zu retten und dafür mit den anderen Strömungen der SED zusammenzugehen, hatte Vorrang vor dem schwierigen Versuch, mit der ungeliebten Bürgerbewegung die Konstitution einer neuen Macht ohne SED zu versuchen. Die Konsolidierung der Partei rangierte vor der Radikalisierung des eigenen Konzepts und einer politischen Selbstfindung, sie rangierte vor dem Erfordernis, dem Staat DDR zusammen mit allen anderen politischen Kräften überhaupt erst einmal eine legitime Grundlage zu geben. Mit dem auf dem Außerordentlichen Parteitag verbreiteten Argument, man müsse die Regierungsfähigkeit der Modrow-Regierung sichern und dürfe daher nicht die »Regierungspartei« auflösen, verspielten die SED-Reformer die Revolution, die ursprünglich auch die ihre gewesen war, nun aber nicht mehr als ihre erinnert werden wird.«⁶⁹

Nicht die kritischen oder reformerischen SED-Mitglieder haben die großen Wandlungen in der DDR, in Deutschland herbeigeführt, sondern die demokratische Opposition in der DDR, schließlich das Volk, gestützt auf die weltpolitischen Veränderungen im Gefolge von Gorbatschows Perestroika-Politik. Aber sie haben ihrerseits dazu beigetragen, daß die SED im Herbst 1989 nicht mehr als Instrument einer stalinistischen Politik verwendbar war. Die bewaffneten Gliederungen der DDR waren so nicht mehr gegen die Volksbewegung instrumentierbar. Die SED bzw. dann PDS und die von ihr getragene Regierung Modrow stellten sich auf den Standpunkt, wonach eine Partei, die für das Volk da sein will, nicht Waffen gegen dieses Volk einsetzen kann. Die Wendung hin zum »demokratischen Sozialismus«, die aus den Reihen der SED heraus entstand und zur PDS geführt wurde, war die Konsequenz dieser in Übereinstimmung mit Gorbatschows Politik getroffenen Entscheidung des Herbstes 1989, mit der Folge, das demokratische Votum der Wähler zu akzeptieren. Das erging dann am 18. März 1990. Ohne diese Entwicklungen innerhalb der SED hätte der Herbst 1989 in der DDR aber nicht jenen friedlichen Verlauf nehmen können, der ihn schließlich prägte. Es war dies ein Faktor neben einer Reihe anderer, jedoch ein unerläßlicher.

69 Rainer Land/Ralf Possekkel: Fremde Welten ... S. 209.

3.5. *Das Geheimnis der »Blockflöten«*

Im Wahlkampf zur Volkskammerwahl 1990 hatte die SPD Plakate kleben lassen, wer jahrzehntelang Blockflöte gespielt habe, könne nicht die erste Geige spielen. Die Prognosen der Wahlforscher sagten einen deutlichen Vorsprung für die Sozialdemokraten voraus – und erwiesen sich als grundfalsch. Die Christdemokraten (und Liberaldemokraten) spielten die »erste Geige«.

Die Rolle der (anderen) ehemaligen Blockparteien im Umbruchprozeß 1989/1990 ist ein in der einschlägigen Literatur vielfach unterbelichtetes Thema. Sie scheinen, wie in anderen Revolutionen auch, die »falschen« Gewinner, nachdem die »richtigen« Revolutionäre der Ersten Stunde beiseitegedrängt sind. Im Unterschied zu den Bürgerbewegungen haben sie aber einen festen Platz in der deutschen Parteiengeschichte. Wer unterstellt, die »Ossis« hätten 1990 nur die Banane gewählt, unterschätzt genau diesen Faktor. Nicht zufällig entstanden nach 1945 in allen Besatzungszonen Deutschlands die gleichen Partei-Formationen: die Sozialdemokraten, die Liberalen (unter unterschiedlichen Namen zunächst, dann im Westen als »Freie Demokraten«, im Osten als »Liberaldemokraten«), die Christdemokraten (mit Herkunft vom katholischen Zentrum, aber konfessionsneutral, lediglich an christlichen Werten orientiert) und die Kommunisten als zunächst deutschlandweit organisierte Partei. Diese Formationen entsprachen den in der deutschen Parteiengeschichte herausgebildeten politischen Lagern – unter der Voraussetzung des Verschwindens des ursprünglichen national-konservativen Lagers, das in die Naziherrschaft eingeflossen war. So blieben das liberale, das Zentrums-Lager, nun in Gestalt der Christdemokraten, und das sozialistische Lager, seit 1918 gespalten in Kommunisten und Sozialdemokraten, nach dem Kriege im Osten dominiert von den Kommunisten, im Westen nach Wahlniederlage der Kommunisten 1953 und Verbot 1956 dominiert von den Sozialdemokraten.⁷⁰

Durch die Spaltung Deutschlands gab es die Parteien dann jeweils in beiden deutschen Staaten, im Westen als Konkurrenzparteien im bürgerlich-parlamentarischen System, im Osten überformt von der Blockpolitik und der »führenden Rolle« der kommunistischen Partei in Gestalt der

70 Diese Darstellung lehnt sich an Karl Rohe: *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. Und 20. Jahrhundert.* Frankfurt am Main 1992. S. 19ff.

SED. Dabei waren die unbotmäßigen Führungen der originären bürgerlichen Parteien CDU und LDP im Osten mehrmals durch die Besatzungsmacht ausgewechselt worden, bis dann endlich die subordinierten Kooperationspartner der »führenden« SED verfügbar waren. Als während der Block-Krise 1948 erwogen wurde, sie ggf. zu verbieten, wurden die Nationaldemokratische (NDPD) und die Bauernpartei (DBD) geschaffen, die bereitstehen sollten, das jeweils entsprechende Parteienspektrum abzudecken, allerdings mit Personal, das von vornherein die Gewähr der Verlässlichkeit aus Sicht der SED bot (hier ist nun interessant, daß die Zusammenschlüsse der Parteien auf dem Wege zu einem gesamtdeutschen Parteiensystem genau nach dieser Prägung erfolgte: nicht nur die LDP, auch die NDPD gingen zur F.D.P.; neben der Ost-CDU ging auch die DBD zur CDU, mit dem Resultat, daß in Ostdeutschland heute die CDU auf dem Lande besonders dort stark ist, wo ihre örtlichen Gliederungen vorwiegend von ehemaligen Mitgliedern der DBD getragen werden). Hernach wurden im Parteiensystem der DDR der NDPD und der DBD spezielle Aufgaben zugewiesen, die einen sollten sich um die ehemaligen Nazis, die anderen um die Kleinbauern und Landarbeiter kümmern.

Die Mitglieder der LDP und der CDU, die um der ursprünglichen Ziele der Parteien willen in diese eingetreten waren, und nicht für einen wie auch immer gearteten Sozialismus, standen vor der Frage nach der weiteren Mitgliedschaft; viele traten 1949 und 1950 aus; Verhaftungen und verschiedene Repressionen waren an der Tagesordnung. Insofern waren die Blockparteien in der DDR tatsächlich beides, sie regierten auf allen Ebenen mit und hatten stets auch Funktionen zu vergeben und sie waren zugleich eine Art Nische für das Gespräch Gleichgesinnter, u. a. mit der Nebenwirkung, daß man am Arbeitsplatz nicht mehr genötigt wurde, doch in die SED einzutreten.

Die Anerkennung bzw. das faktische Hinneigen der »führenden Rolle« war an die Stärke der SED und des von ihr geprägten Herrschaftssystems gebunden, an einen »starken Sozialismus«. Die allgemeine Gesellschaftskrise der DDR, die zur Entstehung der Opposition und zum Erstarken der Bürgerbewegung, zur Neugründung der SPD und zur Aktivierung der SED-Mitgliedschaft zum Sturz der alten Parteiführung geführt hatte, entließ gleichsam auch die Blockparteien in die Eigenständigkeit. Die alten Führungen wurden auch hier ausgewechselt. Paradigmatisch ist der Wechsel in der CDU zu Lothar de Maizière. Mit ihm übernimmt die Führung der Partei ein Mann, der in der alten CDU nie

Funktionen innehatte, dafür jedoch als Synodaler der Evangelischen Kirche. Folgerichtig ist er es, der in der letzten Sitzung des Demokratischen Blocks am 28. November die faktische Annahme der Einladungsgestaltung für den Runden Tisch gemäß den Vorstellungen der Bürgerbewegungs-Gruppen und der Evangelischen Kirche erwirkt. Es folgen die Änderungen der Verfassung der DDR am 1. Dezember, insbesondere mit der Streichung der »führenden Rolle« der SED. Am 4. Dezember scheidet die CDU als erste der Blockparteien aus dem Demokratischen Block aus, auch im Hinblick darauf, daß es ein Abstimmungsgremium neben dem Runden Tisch nicht geben sollte, letztlich jedoch aus prinzipiellen Erwägungen, die de Maizière am 28. November bereits in der Blocksitzung erläutert hatte.⁷¹ In der Modrow-Regierung taktierte er immer dann, etwa mit Austritt aus der Koalition drohend, wenn es um die Durchsetzung weitergehender Entscheidungen im Sinne des Runden Tisches ging, so um Ende Januar 1990 eine Vorverlegung der Wahlen vom 6. Mai auf den 18. März sowie eine Allparteienregierung unter Einbeziehung der Gruppierungen des Runden Tisches zu erreichen. Am Runden Tisch hatten alle vier Blockparteien von Anfang an eigenständig abgestimmt; von alten Kräften auf der einen und neuen auf der anderen Seite – wie die Gruppen der Bürgerbewegungen bei der Konzipierung dieses Möbels gemeint hatten – konnte keine Rede sein.

Angesichts der Krisensituation der DDR und der Tatsache, daß die Demonstrationen und Kundgebungen der »einfachen« Bürger auf der Straße immer eindeutiger nach deutscher Einheit und D-Mark riefen, mußte sich die CDU entscheiden. Entweder versuchte sie gemeinsam mit SED-PDS und/oder Teilen der Bürgerbewegung für eine eigenständige DDR zu wirken. Dann mußte sie sich nicht nur gegen »die Straße« stellen, sondern auch gegen die Deutschland-Politik der Bundesregierung, und sie hätte sich dezidiert auf die nach wie vor existierenden DDR-Institutionen stützen müssen, die allerdings in Jahrzehnten alle von der SED aufgebaut und geprägt worden waren, denen sie also weitgehend mißtraute. Oder sie stützte sich auf die »Schwesterpartei« im Westen und die »Straße« und wurde zum Vollzieher der deutschen Einheit. Am 5. Februar 1990 wurde im Westberliner Gästehaus der Bundesregierung unter Mitwirkung Helmut Kohls die »Allianz für Deutschland« gegründet als Wahlbündnis zur Volkskammerwahl von CDU, Demokratischem Auf-

71 Siehe Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Opladen 1990. S. 39ff.

bruch und der nicht am Runden Tisch präsenten, erst im Januar 1990 in Leipzig gegründeten christlich-konservativen Deutschen Sozialen Union. Kohl, der auch aus innenpolitischen Erwägungen die rasche Einheit wollte, hatte nun im Osten eine funktionierende Parteistruktur, die bis ins letzte Dorf reichte, und versah diese zugleich mit der Aura der oppositionellen Bürgerbewegung und Neugründung. Er revanchierte sich als der Wahlredner der CDU mit der größten Anziehungskraft; an seinen Wahlkundgebungen in der DDR soll etwa eine Million Menschen teilgenommen haben.⁷²

Als der Wahlgewinner von 1990 agierte die CDU im Osten als die Partei, die den Bestrebungen nach deutscher Einheit politischen Ausdruck gegeben hatte, und zwar zu den von Westdeutschland gestellten Bedingungen. Die Weichenstellungen dazu, daß es eine Parteiendemokratie werden sollte, hatten die Bürgerbewegungen mit gestellt, als sie die Bedingungen für den Runden Tisch formulierten. Und als sie dies mit dem ihnen eigenen moralischen Impetus taten, hatten sie übersehen, daß Wahlen zu Konkurrenzbedingungen Wahlkampf bedeuten, und daß man dazu einen »Apparat« braucht. Die CDU hatte ihn, die PDS, nachdem sie Grundsatzdebatten über die weitere Politik ab Dezember 1989 hintangestellt hatte, ebenfalls, die Neugründer aber nicht. Dies erklärt zum Teil auch das schlechte Abschneiden der SPD und der Bürgerbewegungen im März 1990.

»Bürgerbewegungen und SED-Reformer haben den historischen Augenblick verpaßt, in dem vielleicht mehr möglich gewesen wäre als der Sturz des alten Regimes. Die Neuverfassung des Staates DDR stand im Herbst 1989 auf der Tagesordnung. Mit der Unfähigkeit, diese Frage aufzuwerfen, wurde die Chance vertan, das Verhältnis zur Bundesrepublik souverän mitzubestimmen. Nur nach einer Neuverfassung des Staates und einer Reorganisation der Staatsmacht hätte die deutsche Vereinigung trotz gravierender wirtschaftlicher Ungleichgewichte auf der Basis politischer Gleichheit konzipiert und unter gleichberechtigter Kontrolle, bei gleichen Interventionsmöglichkeiten vollzogen werden können.«⁷³ Das aber war die Chance der CDU.

72 Siehe ebenda. S. 190.

73 Rainer Land/Ralf Possekkel: Fremde Welten ... S. 210.

4. NACH DEN VERÄNDERUNGEN

Die heutigen politischen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa sind nicht nur von den Hinterlassenschaften des kommunistischen Systems geprägt, sondern auch durch den Verlauf des Systemwechsels im engeren Sinne. Polen war das entscheidende Land, in dem die Öffnung des kommunistischen Herrschaftssystems historisch erzwungen wurde. Nach der Unterdrückung von »Solidarność« als öffentlich agierender Organisation mit dem Kriegszustand Anfang der 1980er Jahre gelang es der kommunistischen Führung Polens unter General Jaruzelski nicht wieder, das kommunistische System in der herkömmlichen Weise zu stabilisieren. Die Lösung wurde schließlich in einem Elitenkompromiß gesucht (übrigens so ähnlich, wie in Spanien am Ende des Franco-Regimes): der kompromißbereite Teil der Elite des alten Systems und der moderate Flügel der Systemopposition vereinbarten den *Runden Tisch*, um einen Ausweg aus der Patt-Situation zu finden – die Kräfte des alten Systems konnten nicht wie zuvor herrschen, die neuen Kräfte nicht gegen deren Willen die Macht übernehmen. Von Polen aus wanderte dann das Möbel auch nach Budapest und (Ost-)Berlin.

Der *Runde Tisch* traf in allen Fällen wesentliche Entscheidungen: das Volk sollte entscheiden, wie es weitergeht. Dazu sollten freie Wahlen stattfinden, für die wiederum Koalitionsfreiheit und unregulierte Öffentlichkeit sowie Mediengriff Voraussetzung waren. Bereits dies bedeutete historisch den Verzicht auf den kommunistischen Anspruch, das Eingeständnis der historischen Niederlage. Zugleich wurde damit vereinbart, daß die alten Eliten mit ihren Parteien sich an diesen Wahlen beteiligen, sie blieben also – auf der Grundlage der Anerkennung der demokratischen Regeln – Bestandteil des politischen Spiels in allen Reformländern. Im Zuge dieser Vereinbarung wurden dann bereits vor den *Founding Elections* die »führende Rolle« der kommunistischen Staatspartei aus der Verfassung gestrichen, ein demokratisches Wahlrecht und entsprechende Parteiengesetze geschaffen.

Die Systemwechselprozesse in den verschiedenen Ländern beeinflussten sich gegenseitig. Ein Bonmot aus jener Zeit – es stammt wohl aus Prag – sagt: »Es« dauerte in Polen zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen, in der Tschechoslowakei zehn Tage und in Rumänien zehn Stunden. Dann war der Weg frei zu den neuen politischen Verhältnissen.

Die Parteiensysteme in den Reformländern konstituierten sich aus dieser Konstellation heraus, wie sie am Ende des kommunistischen Systems bestand und sich in der »Founding«-Phase ausprägte. Dabei wirkten drei Konstellationen:

1. Die bereits im alten System bestehenden Parteien setzten ihr Wirken unter den neuen Bedingungen fort. Die ehemaligen kommunistischen Staatsparteien wandelten – nach dem historischen Scheitern der kommunistischen Gesellschaft – ihre Programmatik und wurden zu sozialistischen bzw. demokratisch-sozialistischen Parteien. Im Falle Polens und Ungarns wurden sie auch in die Sozialistische Internationale aufgenommen, was im deutschen Fall, bezüglich der PDS, nicht möglich erschien, weil die alte, historische Sozialdemokratie schon da ist und eigentlich sozialistische Konkurrenz nicht mag. Die anderen, bereits früher bestehenden Parteien, die sogenannten ehemaligen »Blockparteien« machten sich überall, wo sie bestanden hatten, selbständig und versuchten, auf dem neuen politischen Markt zu konkurrieren. Die polnische Bauernpartei beispielsweise stellte bereits 1993 den Ministerpräsidenten. Die CDU der DDR hatte 1990 die Wahlen zur DDR-Volkammer gewonnen und trat mit der deutschen Vereinigung der westdeutschen CDU bei.

2. In einigen Fällen wurden »historische« Parteien wiedergegründet, die mit der Stalinisierung der politischen Verhältnisse in den 1940er Jahren unterdrückt worden waren. Die »Partei der Kleinen Landwirte« und die Christdemokratische Partei in Ungarn, die sich 1989 wieder konstituierten, setzten zunächst sogar die Parteistatuten von 1945 wieder in Kraft.

3. Die Vertreter der Systemopposition gründeten neue Parteien, die in Programmatik und Selbstverständnis in der Regel an westeuropäische Muster angelehnt wurden. So entstanden liberale, konservative, auch »grüne« Parteien. Sie erreichten jedoch nur dann die Zustimmung der Wähler und eine längerwirkende Akzeptanz, wenn sie tatsächlich mit den Präferenzen der Wähler korrespondierten und ihnen Problemlösungskompetenz zugemessen wurde. Parteien, die in der Endphase des kommunistischen Systems eine wichtige Rolle gespielt hatten, konnten sich so auch zunächst durchsetzen, wie etwa das »Ungarische Demokratische Forum« 1990.

Für diese Parteiensysteme wurde am Ende charakteristisch, daß sie sich, ungeachtet der oben genannten unterschiedlichen Herkunft, auf einem Links-Rechts-Kontinuum verorten lassen. Die einzelnen Komponenten dessen – wie sind die politischen Positionen zu den demokratischen Freiheitsrechten, wie ist es mit den sozialen Sicherungssystemen usw. –

unterscheiden sich jedoch von denen in Westeuropa. So sind die Sozialistischen Parteien Polens und Ungarns beispielsweise Vertreter eines zielstrebigen Umbaus der Wirtschaftssysteme in Richtung EU-Kompatibilität.

Hinzu kommt, daß die Systeme der politischen Parteien in diesen Ländern nicht auf einer bereits bestehenden Sozialstruktur aufbauen. Diese bildet sich ja erst mit den entstehenden Verhältnissen der Marktwirtschaft heraus. Insofern ist es, besonders in der »Founding«-Phase, charakteristisch, daß die individuelle Entscheidung, sich einer sozialistischen, konservativen oder liberalen Partei anzuschließen, auf einer kulturellen Ebene der persönlichen Präferenz getroffen wird. Wobei sich hier nach über zehn Jahren jedoch zeigt, daß familiäre Traditionen dabei eine Rolle spielen. So wird Ungarn beispielsweise heute von den »Enkeln« der nach 1945 entmachteten und enteigneten alten Führungsschichten regiert.

Die »Founding-Elections« 1989/1990 brachten – zumindest in Mitteleuropa – in der Regel einen Wahlsieg jener Kräfte mit sich, die die größte Gewähr dafür boten, daß das »kommunistische Experiment« beendet wird. Das waren die Konservativen vom »Demokratischen Forum« in Ungarn, die »Solidarność«-Kräfte in Polen und die CDU in der DDR. Die Bruchlinie (cleavage) Kommunismus-Antikommunismus spielte jedoch nur in diesen Founding-Elections eine zentrale Rolle. Spätere Versuche, diesen weiter zu instrumentalisieren, scheiterten in allen Fällen. Am deutlichsten zeigte sich dies, als Lech Wałęsa, der Führer von »Solidarność« von 1980, gegen den Sozialisten Kwaśniewski 1995 die Präsidentenwahl verlor. Die Wähler interessierten sich nicht mehr in erster Linie für die Konfliktlinien der Vergangenheit, sondern dafür, daß die Katholische Kirche nunmehr versuchte, die Zivilgesellschaft zu dominieren und beispielsweise die Schwangerschaftsunterbrechung zu verbieten.

Die Bruchlinien »wanderten« mit den späteren Wahlen. Entscheidend wurden die Problemfelder der Privatisierung (»Wie wird das Eigentum gerecht privatisiert, oder geht es wieder nach den jeweiligen Parteibüchern?«), die Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherheit und vor allem die Anbindung an den Westen, vor allem hinsichtlich NATO- und EU-Beitritt.

Differenziert man die post-kommunistische Welt, so zeigen sich unterschiedliche Ergebnisse des Systemwechsels in Ostmitteleuropa, im Osten (Rußland und andere frühere Sowjetrepubliken) und in Südosteuropa; hier vor allem auch vor dem Hintergrund der Zerfallskriege Jugoslawiens. Der Systemwechselprozeß ist in Ostmitteleuropa (Polen,

Ungarn, Tschechien, Slowakei; Estland, Lettland, Litauen; Slowenien) wohl bisher am erfolgreichsten verlaufen. Man kann nun darüber streiten, ob diese Länder deshalb so erfolgreich waren, weil sie sich von Anfang an auf den EU-Beitritt orientierten, oder ob sie deshalb auf der Liste der Beitrittskandidaten stehen, weil sie im inneren Systemwechsel so erfolgreich sind. Die Parteien in diesen Ländern bzw. die politischen Eliten stimmen weitgehend darin überein, daß sie ihre Länder möglichst rasch in die EU bringen wollen. Die öffentliche Zustimmung in den Beitrittsländern nimmt jedoch ab, je länger das *Procedere* dauert. Oder, wie es ein ungarischer Politikwissenschaftler ausdrückte: »Wir sind seit 1990 immer zwei Jahre vor dem Beitritt.«

Die sozialökonomischen Verhältnisse in den post-kommunistischen Ländern sind wieder »normal« kapitalistisch. Der Entwicklungsrückstand Osteuropas (im weiteren Sinne) zum Westen hat sich erneut reproduziert. Das Produktiveigentum wurde reprivatisiert. Trotzki hatte über die Perspektive der Neuen Klasse geschrieben: »Gelingt es der Bürokratie, durch Umwandlung der Form des Eigentums aus sich heraus eine besitzende Klasse zu schaffen, dann wird diese ihre eigenen, mit keiner revolutionären Vergangenheit verbundenen und – gebildeteren Führer finden.«⁷⁴ So hat es denn in Rußland und in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken stattgefunden. Der Teil der Neuen Klasse, der die Verantwortung für die kommunistischen Verhältnisse abstreifen wollte, hat die Verteilung des Produktivvermögens unter sich vorgenommen, während in der Öffentlichkeit über Freiheit und Demokratie geredet wurde. Die Jelzinsche Verfassung schreibt diese Ordnung fest. Das ist der eine Pol: Die Neue Klasse mausert sich zur neuen alten Klasse der Kapitaleigner. Der andere Pol wird von der Entwicklung in Ostdeutschland gebildet: Die demokratischen Wahlsieger des Jahres 1990 geben ihre Verantwortung bei der konservativen politischen Klasse der Bundesrepublik ab und hoffen, daß jene die sozialen Probleme des Übergangs löst. Deren Beauftragte in der »Treuhandanstalt« wiederum hatten nichts Eiligeres zu tun, als die DDR-Konkurrenz abzuwickeln und den Rest der Eigentumstitel hauptsächlich unter ihren westdeutschen bürgerlichen Klienten zu verteilen. Die Alimentierung der so freigesetzten ostdeutschen Bevölkerung durfte der deutsche Steuerzahler – in West und Ost – übernehmen. In den anderen postkommunistischen Ländern haben die alten und neuen Eliten die Eigentumstitel je nach politischem Kräfteverhältnis untereinan-

74 Leo Trotzki: *Stalins Verbrechen*. Berlin 1990. S. 327.

der verteilt und hoffen auf den Westen. Die Zeche zahlt allemal das gemeine Volk.

Der Kommunismus war eine Sackgasse der Geschichte. Und die Geschichte ist wieder offen, vielleicht offener denn je. Allerdings unter der Voraussetzung eines globalen Zusammenwachsens und globaler Problemlagen von neuer Qualität. Das aber ist bereits ein anderes Thema.

KARL-HEINZ GRÄFE

Zur Transformation kommunistischer Parteien Osteuropas am Beispiel Polens

Der Osteuropaexperte Heinz Timmermann behauptete 1992, bei den kommunistischen Nachfolgeparteien Osteuropas handele es sich »eher um Restgrößen des alten Regimes oder der alten Eliten«, die »kaum Zukunft haben werden. Es sind Parteien, die ihre Kraft vornehmlich aus den mit der Transformation verbundenen Problemen sowie aus der Zustimmung jener Gruppen beziehen, die sich zu den Verlierern des Systemwechsels zählen.«¹ In geheimen Umfragen, die im Westen veröffentlicht wurden, war vorausgesagt worden, daß die kommunistischen Parteien in freien Wahlen kaum mehr als bis zu fünf Prozent der Wählerstimmen erreichen. Zwar konstatierte 1997 der Politologe Klaus von Beyme angesichts dieser sichtbaren Fehleinschätzung, daß sich die kommunistischen Parteien – angeblich nur unter neuen Namen – »besser als erwartet« hielten, ohne jedoch schlüssige Erklärungen dafür zu finden, warum deren »Niedergang nicht so total war, wie vielfach prognostiziert«.² Offenbar wurden mindestens drei Momente in der Umbruchszeit nicht bedacht:

Erstens die katastrophalen ökonomischen Folgen und die bisher ungekannten sozialen Zerklüftungen, die mit dem Transformationsprozeß einhergingen, geben auf soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Parteien eine langanhaltende Chance. Nach repräsentativen Umfragen des Wiener Instituts für die Wissenschaft des Menschen von Januar bis März 1995 hielten von den Befragten in Ungarn 51 Prozent, in Polen 39 Prozent und in Tschechien allerdings nur 23,4 Prozent das neue Herrschaftssystem für schlechter oder etwas schlechter als das realsozialistische, hingegen

1 Heinz Timmermann: Die KP-Nachfolgeparteien in Ostmitteleuropa. Struktur, Programmatik, Einflußzonen. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln (1992)27. S. 15.

2 Siehe Dieter Segert/Richard Stöss/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas. Opladen 1997. S. 17ff.

besser oder viel besser in Ungarn 26,4 Prozent, in Polen 43,9 Prozent und in Tschechien 57,7 Prozent. Zwischen 17 und 22 Prozent der Befragten sahen keinen Unterschied zwischen dem alten und neuen Regime. Das Verhältnis zwischen Gewinnern und Verlierern im Transformationsprozeß wurde Mitte der neunziger Jahre in Ungarn mit 12,3 zu 58,8 in Polen 19,6 zu 48,3 und in Tschechien 27,9 zu 31,0 Prozent angegeben.³

Das hatte zweitens zur Folge, daß generell der Niedergang der einstigen Staatsparteien nicht so umfassend wie erwartet war, denn sie hatten (wenn auch auf niedrigem Niveau) ein gewisses Maß an sozialer Gerechtigkeit in einem halben Jahrhundert ihrer Herrschaft geschaffen – immer gemessen an den Ausgangspositionen der Zwischenkriegszeit oder des Kriegsendes, auch ungeachtet mancher Gleichmachereien, teilweiser ökonomischer Ineffizienz, der damit verbundenen enormen Aufwendungen zur Systemerhaltung unter den Bedingungen des Kalten Krieges sowie nicht zuletzt ob ihres historischen Erbes als Peripherieregion des europäischen Kapitalismus (ausgenommen die Tschechoslowakei und die DDR).

Drittens gab es bei aller Gemeinsamkeit der herrschenden kommunistischen Parteien »neuen Typs« national bedingte und historisch entstandene Unterschiede. Sie reagierten auf nationale Grundinteressen und herangereifte Reformbedürfnisse unterschiedlich. So erhielt der reformkommunistische Flügel vor allem in der PVAP und in der USAP seit der Krise 1956 dauerhaften Einfluß, während er in der KPČ nach dem »Prager Frühling« 1968 rücksichtslos ausgeschaltet wurde oder innerhalb

3 Siehe Jörg Jacobs: Alltag oder Vergangenheit. Einstellung zur herrschenden politischen Ordnung in den Neuen Bundesländern, Polen, Tschechien und Ungarn. In: Politische Vierteljahresschrift. Wiesbaden 42(2001)2. S. 223ff. – Die ablehnende Haltung zum Transformationsprozeß ist u. a. darauf zurückzuführen, daß im Zuge des reformkommunistischen Kurses in Richtung einer sozialistischen Marktwirtschaft in Ungarn ab 1968 die sozialen Zerklüftungen weiter fortgeschritten waren als in der DDR oder der Tschechoslowakei. Nach dem Systemwechsel 1989 erfolgte der Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft in Ungarn weitgehend ohne Schocktherapie. Aber erst 1993 war das Produktionsvolumen im Vergleich zu 1989 bei 81,3 Prozent, die Realeinkommen bei 87,3 Prozent angelangt. Infolge der Schocktherapie Balcerowicz in Polen fielen Produktionsvolumen bzw. Realeinkommen von 1989 bis 1990 auf 30 bzw. 25 Prozent und offenbarten die jahrzehntelange soziale Demagogie der »Solidarność«-Führer (siehe Jörg Roesler: Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig (1996)3. S. 7ff.).

der SED bis 1989 weitgehend einflußlos blieb. Wenn auch graduell verschieden, formierte sich aus reformkommunistischen Flügeln der meisten kommunistischen Staatsparteien neue sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien.

Der durchgängige radikale Übergang vom Staatssozialismus zum liberalen Kapitalismus durch Schocktherapie, aber auch durch Gradualismus machte beträchtliche Teile der Bevölkerung zu den tatsächlichen Verlierern der von ihr einst gewollten Wende in Richtung Demokratie, sozialer Marktwirtschaft und europäischer Integration. Da er andererseits die kommunistischen Staatsparteien (wenn auch in unterschiedlichem Maße) fähig waren, sich zu erneuern und den veränderten Bedingungen anzupassen, blieben sie im Ergebnis freier Wahlen zunächst an der Macht (Serbien/Jugoslawien seit 1990 bis 2000, Rumänien bis 1996, Bulgarien mit Unterbrechungen 1991/1994 bis 1997) oder eroberten sie erneut zurück (Ungarn 1994–1998, Polen 1993–1997 und seit 2001, Litauen 1992–1997, Rumänien seit 2001) bzw. stellten das einflußreiche Amt des Staatspräsidenten (Slowenien seit 1990, Polen seit 1995 und 2000, Litauen 1992–1997). Dort, wo undemokratische Verfassungen ihre Machtrückkehr verhinderten, stiegen sie zur stärksten Parlamentsfraktion ohne Regierungsmacht (Rußland seit 1995) auf. Es handelt sich dabei aber keineswegs um die Rückkehr zum Staatssozialismus sowjetischen Typs, denn die einstigen marxistisch-leninistischen Parteien wandelten sich hinsichtlich ihrer politischen Programmatik, ihrer organisatorischen Struktur und ihres Klientel beträchtlich, einige von ihnen wurden einflußreiche Volksparteien.

Wie erklärt sich an der Wende zu den neunziger Jahren die Alternativlosigkeit zur Implosion des Staatssozialismus und die weitgehende Zustimmung reformkommunistischer Kräfte für eine Weichenstellung zur kapitalistischen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration?

Die völlig veränderte internationale Kräftekonstellation nicht zuletzt infolge Aufgabe des sowjetischen Hegemonialanspruchs in Osteuropa seit Gorbatschow, aber auch die viel zu spät versuchte Erneuerung der kommunistischen Parteien gaben einer Transformation des Staatssozialismus in einen demokratischen Sozialismus so gut wie keine Chance. Der faktisch erzwungene Übergang zum politischen Pluralismus 1989/1990 (auch dort, wo er noch unter Initiative der kommunistischen Parteien eingeleitet worden war – wie in Polen, Ungarn oder Slowenien), vor allem aber die inzwischen vertiefte sozialökonomische Krise des Realsozialismus sowie der ideologische, politische, soziale und ökonomi-

sche Anziehungskraft der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas und der USA stärkten nicht nur die antikommunistische Opposition, sondern drückten dem Umwandlungsprozeß der ehemaligen Staatsparteien in sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien den Stempel auf und beeinflussten deren teilweise radikal veränderte Strategie. In einem überschaubaren Zeitraum war an einen Übergang des Staatssozialismus in Richtung demokratischen Sozialismus nicht zu denken.

Die Chance der erneuerten kommunistischen Nachfolgeparteien bestand bestenfalls darin, sich in dem erstrebten oder aufgezwungenen politischen Pluralismus mehr oder weniger Einfluß in der Gesellschaft zu sichern, um die kaum mehr aufzuhaltende Transformation in Richtung kapitalistischer Marktwirtschaft effektiv und sozial gerecht für die Bevölkerungsmehrheit zu gestalten sowie rechtsextremistische Kräfte zurückzudrängen. Deshalb traten sie für eine stabile parlamentarische Demokratie und einen funktionsfähigen Rechtsstaat ein. Nicht zuletzt aus der Sicht des grundlegend veränderten internationalen Koordinatensystems, d. h. des Übergangs von der Bipolarität der Supermächte zu einem stark von den USA geprägten Unilateralismus (dessen Einfluß weit nach Osteuropa reicht), sind die außenpolitischen wie innenpolitischen Spielräume der politischen Eliten Osteuropas, auch die der kommunistischen Nachfolgeparteien, generell eingeschränkt. Es gibt offenbar gegenwärtig kaum eine Alternative zu dem von den westeuropäischen Großmächten bzw. den USA vorgegebenen Rahmen der Osterweiterung der EU und der NATO. Nicht zuletzt wohl auch wegen der Erfahrungen, die die osteuropäischen Völker und Staaten mit der zaristischen Großmacht Rußland und der sowjetischen Supermacht gemacht haben, die einen von Warschau bis Sofia reichenden und unterschiedlich ausgeprägten Antirussismus bzw. Antisowjetismus hervorbrachten.

ZU POLEN: VON DER KOMMUNISTISCHEN STAATSPARTEI IN EINE SOZIALDEMOKRATISCHE OPPOSITIONSPARTEI

Die Umwandlung der kommunistischen Staatspartei Polens (PZPR – Polska Zjednoczona Partia Robotnicza) in eine sozialdemokratische Volkspartei als Kern einer einflußreichen parlamentarischen Linksallianz (SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej) ist nicht allein aus dem Transformationsprozeß seit 1989 erklärbar, sondern hat auch geschichtlichen Ursachen, begründet in der Eigenart der sozialdemokratischen, sozialistischen

und kommunistischen Bewegungen Polens. Bereits zwischen 1944 und 1948 war das gleichberechtigte Aktionsbündnis von Kommunisten (PPR – Polska Partia Robotnicza) und Sozialisten (PPS – Polska Partia Socjalistyczna) für einen eigenständigen nationalen polnischen Weg in Richtung eines demokratischen Sozialismus ein wesentliches Element der volksdemokratischen Nachkriegsentwicklung Polens. Erst unter den Bedingungen des Kalten Krieges und im Zusammenhang mit der Durchsetzung des sowjetischen Hegemonialanspruchs in Osteuropa wurde dieser Weg abgebrochen. Die Ablösung der von Gomułka repräsentierten Fraktion der PPR, die einen demokratischen und nationalen Weg zum Sozialismus erstrebte, stellte 1948 die Weichen zur Stalinisierung der polnischen Gesellschaft.⁴ Mindestens seit der tiefen Gesellschaftskrise des Staatssozialismus 1956 gewann der reformkommunistische Flügel in der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) seit der Rückkehr Gomułkas an die Macht mit seinem starken nationalen Einschlag vorübergehend größeren Einfluß, unterbrochen von wiederholten Rückschlägen. Erst die Entstehung der Massenbewegung »Solidarność« 1980/1981 sollte den Reformprozeß des politischen Systems in Bewegung bringen. Zwischen den gemäßigten Eliten der »Solidarność« (Lech Wałęsa) und der staatstragenden PZPR (Wojciech Jaruzelski) bahnten sich Verhandlungen zur Lösung der gesamtnationalen Krise im »Rat der nationalen Verständigung« an, die allerdings infolge des Kriegszustandes unterbrochen wurden. Unter den Bedingungen der sowjetischen Perestroika und der polnischen Dauerkrise seit Mitte der achtziger Jahre wurden erste Verhandlungen zwischen dem reformkommunistische Flügel der PZPR und den moderaten Kräften der »Solidarność« wieder aufgenommen (August 1988).

Das 10. Plenum der PZPR (Dezember 1988 und Januar 1989), das sich zu politischem Pluralismus, zu Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung bekannte, sowie die Gründung des »Bürgerkomitees bei Lech Wałęsa« im Dezember 1988 stellten die Weichen für den »Runden Tisch« (Februar bis April 1989). Jaruzelski vertrat 1992 die Ansicht, daß das 1981 verhängte Kriegsrecht diesen Weg zum Dialog freigemacht habe und »in einem gewissen Sinne die 1980/1981 gebildete sozialpolitische Konstellation eingefroren und sie in eine andere historische Zeit und

4 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Die nationalen Wege und das sowjetische Modell des Sozialismus. Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus unter Gomułka (1944–1948). In: Utopie kreativ. Berlin (1998)96. S. 71 ff.

eine andere geopolitische Dimension übertragen« hätte. Aus seiner Sicht ist der Runde Tisch (Februar–April 1989) »in seinem Wesen eine Neuauflage des Konzepts des Rates der Nationalen Verständigung«. ⁵ In einem Gespräch mit Erich Honecker erläuterte General Jaruzelski im Mai 1989 das strategische Ziel der PZPR. Die Partei sei nach einer tiefgründigen Analyse zur Schlußfolgerung gelangt, »daß es nicht gelingen werde, mit alten Methoden die entstandenen und herangereiften Probleme zu lösen«. Es seien schon 1956, 1970 und 1980 Veränderungen nur durch gesellschaftliche Erschütterungen und Niederlagen erzwungen worden. Er gestand auch ein, daß die Zentrale Bauernpartei (ZSL – Zjednoczone Stronnictwo Ludowe) und die Demokratische Partei (SD – Stronnictwo Demokratyczne) »oft nicht so behandelt« worden seien, »wie man das mit einem Koalitionspartner und mit einem Verbündeten tut«. Es bestünde die Gefahr, daß beide Blockparteien zu »unzuverlässigen Partnern« würden. Jaruzelski ging auch auf die Schwierigkeiten ein, die sich für seine Partei mit dem Übergang zum politischen Pluralismus ergeben. Er habe schon früher erklärt, »man müsse heute so arbeiten, als ob morgen bereits sogenannte freie Wahlen stattfinden, das heißt wie unter Bedingungen der Existenz von Oppositionsparteien, die um die Macht kämpfen«. Da es schwer sei den Ausgang der Wahlen vorauszusagen, habe man sich durch die ausgehandelten 65 Prozent der Mandate im Sejm für die Koalition von PZPR, ZSL, SD und für die drei christlichen Abgeordnetengruppen Garantien für den Machterhalt geschaffen. Man rechne zudem auch noch damit, 15 Prozent der für die Opposition vorbehaltenen Mandate (35 Prozent) zu gewinnen. ⁶

Die ersten halbfreien Wahlen im Juni 1989 (frei nur bezüglich der Senatswahlen und im Hinblick auf 35 Prozent der Sejmmandate), ⁷ machten deutlich, daß die Strategie der PZPR eine Illusion gewesen war und auf einer Fehleinschätzung des politischen Kräfteverhältnisse beruhte. In den freien Wahlen zum Senat erreichte die Solidarnośćopposition 99 der 100 Sitze. Sie wurden für jede der 49 Wojewodschaften an jene zwei (Katowice und Warszawa je drei) Kandidaten vergeben, die auf Wojewodschaftsebene die absolute Mehrheit erhielten. Die am Runden Tisch vereinbarten Garantien der Machtsicherung der PZPR im Sejm basierten

5 Wojciech Jaruzelski: Stan wojenny dlaczego. Warszawa 1992. S. 310.

6 Niederschrift über das Gespräch des Genossen Erich Honecker mit dem Genossen Wojciech Jaruzelski am 22. Mai 1989. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte. Köln, Weimar 3(1999)2. S. 325 und 327ff.

jedoch auf einer Koalition mit den beiden Blockparteien (festgelegt wurde, daß erst nach der dann abgelaufenen Wahlperiode auch der Sejm frei gewählt wird). Die von »Solidarność« aufgestellten Kandidaten erhielten 161 unabhängige Sejmsitze (mit durchschnittlich viermal soviel Stimmen wie die Kandidaten von PZPR, ZSL und SD). Bereits die Wahl Jaruzelskis zum Staatspräsidenten durch Senat und Sejm am 19. Juli 1989 offenbarte eine hauchdünne und fragile Mehrheit der bisherigen Regierungskoalition gegenüber der »Solidarność«-Opposition (Fraktion Bürgerklub): Von den 544 abgegebenen Stimmen waren für Jaruzelski 270, gegen ihn 233 bei 34 Stimmenthaltungen und sieben ungültigen Stimmen. Selbst 26 Abgeordneten der beiden Blockparteien stimmten gegen ihn. Die Regierungsbildung war noch komplizierter. Zunächst wurde General Kiszczak (PZPR) am 2. August 1989 mit 237 gegen 173 Stimmen zum Premier gewählt. Doch schon fünf Tage später unterbreitete Lech Wałęsa, der eine Mitarbeit der Opposition in einer kommunistisch geführten Regierung ablehnte, der ZSL und der SD die Offerte für eine von Solidarność geführte Koalitionsregierung, die rein rechnerisch die absolute Mehrheit (57 Prozent) im Sejm hinter sich hatte. Das ZK der PZPR, das mit diesem Schachzug kaum gerechnet hatte, sah darin einen Bruch der am Runden Tisch ausgehandelten »Vereinbarungen über das politische Kräfteverhältnis in der Struktur des Sejm«. ⁸ Ungeachtet dessen entschied sich am 24. August 1989 auf Vorschlag von »Solidarność«-Führer Wałęsa eine Mehrheit des Sejm (378 von 423 abgegebenen Stimmen) für den nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki.

-
- 7 Von 1985 bis 1989 hatten die PZPR 245, die ZSL 106 und die SD 35 Sitze inne. Zudem waren 74 Mandate für Parteilose vorbehalten; dazu gehörten auch die fünf Vertreter der Gruppierungen PAX (seit 1947), Christlich-Soziale Vereinigung seit 1957 (CHSS – Chrześcijańsko-Stowarzyszenie Społeczne), seit 1989 Christlich-Soziale Union (UCHS – Unia Chrześcijańsko-Społeczna), Polnische Katholisch-Soziale Vereinigung seit 1981 (PZKS – Polski Związek Katolicko-Społeczny). Gemäß den am Runden Tisch getroffenen Vereinbarungen war der Sejm im Ergebnis der noch nicht freien Wahlen vom Juni 1989 wie folgt zusammengesetzt: PZPR – 173 Sitze (37,2%), ZSL – 76 Sitze (16,5%), SD – 27 Sitze (5,9%), PAX – zehn Sitze (2,2%), UCHS – acht Sitze (1,7%), PZKS – fünf Sitze (1,1%), Parteilose (durch freie Wahl) – 161 Sitze (35,4%) (siehe Holger Burmeister: *Parteienvielfalt und Partizipationschwäche*. In: Dieter Segert/Csziall Machos (Hrsg.): *Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteur*. Opladen 1995. S. 124. Tabelle 17.).
- 8 Standpunkt des ZK der PVAP zur Berufung einer neuen Regierung und zur aktuellen Situation vom 19. August 1989. In: *Polens Gegenwart*. Warszawa (1989)9. S. 39.

Nur durch Einflußnahme der USA und der UdSSR wurde erreicht, daß auch vier kommunistische Minister in die Regierung eingebunden wurden (Inneres, Verteidigung, Transport und Außenhandel), ohne daß die PZPR Koalitionspartner wurde. In der vom neu gewählten Präsidenten Wałęsa (Dezember 1990) ernannten neuen Regierung (Januar 1991) waren sie jedoch bereits nicht mehr vertreten.⁹

Die Niederlage in den ersten halbfreien Wahlen am 4. und 18. Juni 1989 und der damit einhergehende Machtverlust der Staatspartei auf allen Ebenen löste ihren bis dahin größten Wandlungsprozeß aus. Grundtenor der innerparteilichen Diskussion war: »Die PVAP muß sich verändern. Die Wahlen haben es als Illusion entlarvt, daß die Mehrheit der Bevölkerung [...] die Anstrengungen der 45 Jahre anerkennt, die auf dem Wege des zivilisatorischen Fortschritts Polens unternommen wurden.«¹⁰ Auf dem 13. Plenum (30. Juni und 28.–30. Juli 1989) kam es zu personellen Veränderungen im Führungsgremium der PZPR: Wojciech Jaruzelski trat als Parteichef zurück, aus dem Politbüro schieden Stanisław Ciosek, Józef Cyrek, Kazimierz Barcikowski und Alfred Miodowicz aus. In geheimer Abstimmung wählten 171 der 212 ZK-Mitglieder Mieczysław Rakowski in das Amt des Ersten Sekretärs der Partei. Mitglieder des Politbüros wurden Leszek Miller, Manfred Garywoda und Janusz Kubasiewicz. Rakowski gestand einen Tag nach der Bildung der ersten nicht-kommunistischen Regierung Nachkriegspolens unter Tadeusz Mazowiecki in seiner Fernsehansprache am 13. September 1989 ein: »Es ist also eine Regierung entstanden, in der die PVAP lediglich eine von mehreren Kräften ist, die die Verantwortung für den Staat tragen [...] Der eingetretene Wechsel hat bei einem Teil der PVAP-Mitglieder Verbitterung, Unmut und Ungewißheit bezüglich der Zukunft hervorgerufen [...] Warum, wird gefragt, habt ihr so leicht und schnell nachgegeben? Die Antwort darauf verlangt, daran zu erinnern, daß die Politik der nationalen Verständigung, der Reform und der Demokratisierung der politischen Beziehungen ein Werk der PVAP ist. Auf dem 10. Plenum des Zentralkomitees ist die Partei der Zeit vorausgeeilt. Daraus resultierte die große Öffnung – die Rundtischgespräche und ihrer Festlegung. Diese Politik [...] verleiht ebenfalls gesellschaftlichen Bestrebungen Ausdruck und ist kein leeres Gerede, sondern ein Beweis, daß die PVAP imstande ist, ihre Fehler

9 Siehe Klaus Ziemer: Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen II. Vom Runden Tisch zur IV. Republik? In: Osteuropa. Stuttgart 39(1989). S. 957ff.

10 »Polityka«. Warszawa(1989)26.

eingestehen und auf das Machtmonopol zu verzichten [...] Die Auffassung der PVAP, daß die bisherige Opposition die Hauptverantwortung für die Regierung übernehmen sollte, ist eine natürlich Folge des Wegs, den wir nicht in den letzten paar Monaten, sondern bereits früher eingeschlagen haben. Sie resultiert aus den von der Partei angenommenen Spielregeln.« Für Parteichef Rakowski stand die Zukunft der PZPR offen. Gewissermaßen war durch die Bildung einer Koalitionsregierung von »Solidarność« und den beiden Blockparteien der Konsens am Runden Tisch aufgehoben worden. In Polen bestünde das Bedürfnis einer neuen polnischen Linken mit einer breiteren politischen Basis als »Gegengewicht zu konservativen, engstirnigen, nationalistischen, von Rückständigkeit und Intoleranz gefärbten Tendenzen«.¹¹

Auf dem vorzeitig einberufenen XI. und letzten Parteitag der PZPR am 27. Januar 1990 stimmten 1.159 der 1.228 Delegierten im Warschauer Kongreßpalast für die Auflösung ihrer Partei. Kurz darauf entschieden 1.049 Delegierte am gleichen Ort die Neugründung der Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP – Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej) und wählten den ehemaligen Jugend- und Sportminister und maßgeblichen Teilnehmer am Runden Tisch 1989, den intellektuell wendigen und charismatischen 36 jährigen Aleksander Kwasniewski (* 1954) zum Parteivorsitzenden und den ehemaligen 1. Sekretär der PZPR der Wojewodschaft Skierniewice (seit 1989 im Politbüro) Leszek Miller (* 1946) zum Generalsekretär. Die SdRP bezog sich auf die von Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski 1892 gegründete »Sozialdemokratie des Königreichs Polen«, aber auch auf jene von Gomułka geführte PPR bis 1948 und den reformkommunistischen Flügel der PZPR seit 1956. Die SdRP bekannte sich in ihrer Gründungsdeklaration vom 28. Januar 1990 zum demokratischen Sozialismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Rechtsstaat, zur sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration. In ihrem sozialökonomischen Programm von 1991 – gewissermaßen als Antwort auf die von Leszek Balcerowicz (* 1947, 1969–1982 Mitglied der PZPR) federführend organisierte Schocktherapie – heißt es u. a.: »Die Zeit bestätigt die Notwendigkeit eines alternativen Programms für eine Wirtschaftspolitik, das die Interessen der Menschen zur Grundlage hat, die von ihrer eigenen Arbeit leben. Die jetzigen ideologischen Grundlagen des Liberalismus und die einer restriktiven, monetarischen

11 Zitiert in deutscher Sprache nach Mieczysław Rakowski: Das Wohl Polens bestimmt unser Handeln. In: Polens Gegenwart. Warszawa (1989)10. S. 1f.

Politik untergeordnete Regierungspolitik führten nicht nur zu einer tiefen Wirtschaftsrezession, sondern verletzten auch das Gefühl für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit [...] Die Sozialdemokratie der Polnischen Republik unterstützt den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft, die sich von dem übergeordneten Grundsatz leiten läßt: Nichts ohne den Willen der Menschen der Arbeit [...] Das ist eben der ›dritte Weg‹.« Die SdRP bekennt sich zur Aufarbeitung der Geschichte der Volksrepublik Polen, aber widerspricht »gleichzeitig der tendenziösen, einseitigen und die Menschen der Arbeit beleidigenden Bewertung der gesamten Nachkriegsvergangenheit Polens [...] Alles was wertvoll aus dem bisher geschaffenen ist, muß vor Zerstörung bewahrt werden.«¹²

Obwohl sie ihre Wurzeln im reformkommunistischen Flügel der aufgelösten Staatspartei hat, wurde die SdRP vom Verfassungsgericht nicht als Nachfolgepartei anerkannt, weil der formelle Gründungsbeschluß erst nach dem Vollzug der Selbstauflösung der PZPR erfolgt war. Am 9. November 1990 entschied der Sejm mit 167 gegen 120 Stimmen, 95 Prozent des Parteivermögens der ehemaligen PZPR zu enteignen. Die SdRP erhielt von den 1.900 Liegenschaften nur 23, obwohl 156 Gebäude aus Mitteln der PZPR auf staatlichen Grundstücken errichtet worden waren. Die auf dem letzten Parteikongreß der PZPR ebenfalls gegründete Polnische Sozialdemokratische Union (PUS – Polska Unia Socjaldemokratyczna) um Tadeusz Fiszbach (* 1935, ehemaliger 1. PZPR-Sekretär der Wojewodschaft Gdańsk, Kandidat des Politbüros seit 1980), die sich nicht als Nachfolgepartei betrachtete, lehnte Ansprüche auf deren Vermögen ab. Nach ihrer Auflösung 1992 vereinten sich Teile der PUS mit der linken Solidarität der Arbeit (SP – Solidarność Pracy) von Ryszard Bugaj (* 1944, »Solidarność«-Aktivist und Teilnehmer am Runden Tisch) zur Arbeitsunion (UP – Unia Pracy, ca. 8.000 Mitglieder), die für eine soziale Marktwirtschaft, den Schutz des polnischen Marktes und für die Gleichberechtigung der Wirtschaftssektoren eintritt. Sie gehört seit 1996 – ähnlich wie die SdRP – der Sozialistischen Internationale an.

12 Polska postępu i demokracji. Program społeczno-gospodarczy Socialdemokracji Rzeczypospolitej Polskiej. In: »Trybuna«. Warszawa vom 27. März 1991.

DER AUFSTIEG DER POLNISCHEN SOZIALDEMOKRATIE IN DIE REGIERUNGSVERANTWORTUNG WÄHREND DES TRANSFORMATIONSPROZESSES

Von den 2,1 Millionen Mitglieder der PZPR (1985) waren 1990 noch 20.000 übrig geblieben. Trotz des starken antikommunistischen Drucks und anfänglicher gesellschaftlicher Isolierung verdreifachte die SdRP ihre Mitgliederzahl in den neunziger Jahren auf 62.000 und wandelte sich in eine einflußreiche Wählerpartei, die nahezu das gesamte parteipolitische linke Potential in Gestalt der Demokratischen Linksallianz SLD vereinte. Ihr gehören 28 linke Gruppen an, u. a. der Gewerkschaftsverband OPPZ (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, etwa 4,5 Millionen Mitglieder), der sozialistische Jugendverband (ZSMP – Związek Socjalistycznej Młodzieży Polskiej), die Polnische Sozialistische Partei (PPS – Polska Partia Socjalistyczna), der Bund Polnischer Kommunisten (ZKP – Związek Komunistów Polskich mit 2.500 Mitgliedern), die Lehrgewerkschaft, die Demokratische Frauenunion, die Bewegung der Werktätigen. Das Durchschnittsalter der Parteimitglieder betrug 1997 42 Jahre. Die Fraktion der Jungen Sozialdemokraten umfaßt etwa 6.000 Personen.

In einem längeren Erneuerungs- und Mobilisierungsprozeß entwickelte sich die SLD zu einer einflußreichen Wählerpartei. Die ersten freien Wahlen auf kommunaler Ebene im Mai 1990 verdeutlichten noch ihren geringen politischen Einfluß (wobei allerdings 66,2 Prozent der wahlberechtigten Polen den Wahlurnen fernblieben): Sie erhielt 9,5% der Sitze (700 Mandate) in den Gemeindeparlamenten.

Immer massiver wurden seit Frühjahr 1990 die Forderungen nach Neuwahlen des Präsidenten und des Sejm. Hundert Sejmabgeordnete wandten sich im Juli 1990 an Präsident Jaruzelski und erklärten, daß die »Festlegungen des Runden Tisches zum Hindernis für die weitere Entwicklung der Republik«¹³ werden. Sie verlangten seinen Rücktritt und Direktwahlen des Staatsoberhauptes. Im zweiten Wahlgang (Dezember 1990) wurde »Solidarność«-Führer Wałęsa mit übergroßer Mehrheit (74 Prozent) zum Staatspräsidenten gewählt. Der Vorsitzende der SLD, der ehemalige Parteisekretär der Warschauer Universität Włodzimierz Cimoszewicz (* 1950), erhielt als linker Präsidentschaftskandidat nur 9,21 Prozent der Wählerstimmen. Auch bei den ersten freien Parlamentswah-

13 »Gazeta Wyborcza«. Warszawa vom 30. Juli 1990.

len im Oktober 1991 (denen allerdings auch 57 Prozent der Wahlberechtigten fernblieben) wurde die Demokratische Linke zweitstärkste Kraft (11,98% und 60 Sitze der 460 Abgeordneten) vor der Demokratischen Union (UD – Unia Demokratyczna) Mazowieckis.

Die Entwicklung der SLD zu einer Volkspartei war schon 1993 erkennbar, als sie wider Erwarten aller Wahlprognosen 20,41% der Wählerstimmen (Wahlbeteiligung 53%) erhielt und als stärkste Fraktion in den Sejm einzog (171 Abgeordnete). Das ermöglichte ihre Rückkehr an die Regierung durch eine Koalition mit der aus der »gewendeten Blockpartei« ZSL hervorgegangenen Polnischen Bauernpartei (PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe, 190.000 Mitglieder), die 15,4% der Wähler erreichte und 132 Abgeordnete erhielt. Eine Zusammenarbeit mit der linken Arbeitsunion (7,28% der Wählerstimmen und 42 Abgeordnete) kam nicht zustande; sie wirkte lediglich durch einen Minister in der Regierung mit. Die Wahl Aleksander Kwasniewskis zum Staatspräsidenten (51,7%) 1995 wurde zum größten politischen Erfolg der SLD, deren Wählerklientel vor allem aus dem nordwestlichen Polen einschließlich Warschau und Łódź (außer den Hochburgen der antikommunistischen Parteien Gdańsk, Poznań und Kraków) stammt. Auf welche gesellschaftlichen Kräfte stützt sich die SLD? Es entstanden von Anfang an feste Verbindungen zu den neuen polnischen Unternehmern, die seit 1987 zu 57% (in Ungarn sogar 66%) aus der PZPR-Nomenklatura hervorging. Schon in den Wahlen 1993 entfielen 17% der Befürworter der Linkskoalition auf die »roten Kapitalisten«. Zum Klientel der Linksallianz gehören aber vor allem 35% der Fach- und Hilfsarbeiter, 47% Angestellten mit oder ohne Hochschulabschluß, 22% der Rentner und 15% Studenten, aber auch 16% der Hausfrauen und 8% der Landwirte.¹⁴ Der Polenexperte Dieter Bingen kam aufgrund dessen zum Schluß, daß die Programmatik der Linksallianz in allen gesellschaftlichen Gruppen Polens Zustimmung fand, die »größte in der Staatsverwaltung, aber ebenso unter den sogenannten Geschäftsleuten sowie unter Arbeitern und in der Intelligenz. Das bedeutet, daß die SLD ein Programm hat, das vielleicht zu einem bestimmten Grad inkohärent ist, jedoch so beschaffen, daß jedes Segment der Gesellschaft seine Ansichten darin wiederfindet [...] Durch die Vielfalt der Flügel bzw. Gesichter erhielt die Allianz bisher

14 Siehe Edmund Wnuk-Lipiński: *Left turn in Poland. A Sociological and Political Analysis*. Institut of Political Studies. Polish Academy of Sciences. Warszawa 1993. S. 18.
– I. Szelenvi u. a. (Hrsg.): *Elity w Polsce, w Rosji i na Węgrzech*. Warszawa 1995.

kein widersprüchliches, sondern ein ausgeglichenes und reicheres Image.«¹⁵ Die Demokratische Linksallianz SLD umfaßt unterschiedliche politische und ideologische Strömungen und Integrationsfiguren: Der radikale marktwirtschaftliche Flügel (»rote Thatcheristen«, New Labour) um Wiesław Kaczmarek (* 1958, Privatisierungsminister) und Marek Borowski (* 1946, 1993/1994 Finanzminister und Vizepremier) setzt auf liberale Marktwirtschaft. Eine stärker auf soziale Gerechtigkeit und soziale Marktwirtschaft ausgerichtete Strömung innerhalb der SLD ist die Gewerkschaft OPPZ (4,5 Millionen Mitglieder), die etwa ein Drittel Sejmsitze der SLD stellt. Kontinuität zur einstigen PZPR verkörpern solche Parteiführer wie der gegenwärtige Ministerpräsident Leszek Miller (seit 1993 Arbeitsminister, seit 1996 Innenminister, 1997 Parteivorsitzender und SLD-Fraktionschef) oder der ehemaligen Sekretär des Jugendverbandes ZSMP (1984–1989) und zeitweiliger Generalsekretär der SdRP (1993–1997), der heutige Verteidigungsminister Jerzy Szmajdzinski (geboren 1952). Es scheint mir unrichtig, diese Politiker als Vertreter eines konservativen Flügels zu bezeichnen, nur weil sie sich auf die »Er rungenschaften der Volksrepublik« beziehen und aus dem kommunistischen Parteiapparat kommen.¹⁶ Es handelt sich wohl eher um linke pragmatische Politiker. Das erklärt wohl auch, daß die SLD während ihrer Regierungstätigkeit in Koalition mit der Polnischen Bauernpartei (PSL) weiter an Einfluß und Profil gewann. Bei den Sejmwahlen vom 21. September 1997 konnte sie zwar ihren Stimmenanteil von 20,4% (1993) auf 27,1% weiter erhöhen, aber die Koalition mit der erheblich geschwächten PSL (ihr Stimmenanteil fiel von 15,4% 1993 auf 7,3%) war obsolet geworden. Die Regierungspolitik der Allianz Wahlaktion »Solidarność« (AWS) in den Jahren 1997–2001 war nicht unwesentlich daran beteiligt, daß sich das linke Lager weiter konsolidierte und an Einfluß gewann. Das zeigte sich schon bei den Präsidentschaftswahlen 2000, die Aleksander Kwasniewski bereits im ersten Wahlgang mit 53% der Wähler gewann, während Lech Wałęsa den Tiefpunkt seiner politischen Karriere (mit nur einem Prozent) erreichte. Dieser Aufwärtstrend

15 Dieter Bingen: Die polnische Sozialdemokratie. Erbe und Wählerauftrag. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln (1998)16. S. 22f.

16 Siehe ebenda. S. 8f. – Klaus Ziemer: Das Parteiensystem Polens. In: Dieter Segert/Richard Stöss/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas. Opladen 1997. S. 62.

der Linken wurde schließlich bei den Parlaments- und Sejmwahlen im September 2001 erneut bestätigt. In der Wahlkoalition mit der Union der Arbeit (Marek Pol, * 1953) erreichte sie 41,04% der Wählerstimmen (davon entfielen allerdings nur 4,74% auf die UP) und 220 der 460 Sejmmandate. Durch die Koalition mit der Bauernpartei PSL (42 Abgeordnete) konnte sie erneut an die Regierungsmacht zurückkehren. Allein die PSL bot sich wiederum als Partner einer Regierungskoalition (8,98% der Wählerstimmen) an.

Die Rückkehr an die politische Macht hängt allerdings auch mit einer anderen Tatsache zusammen: Die einstige Wählerpartei »Solidarność« splitterte sich erneut in zahlreiche kleine, sich gegeneinander befehdende Parteien und Strömungen auf. Die rechten politischen Hauptströmungen der Liberalen und Rechtskonservativen (einschließlich eines Teils der extremen Rechten) traten vor jeder Wahl unter neuen Parteinamen und Wahlkoalitionen auf. Als sich dann nahezu die gesamte Rechte (Prawica) 1996 in der Parteienallianz Wahlaktion »Solidarność« (AWS – Akcja Wyborcza »Solidarnośći«) zusammenschloß, gelang ihr allerdings nochmals eine Rückkehr zur Macht: Bei den Parlamentswahlen 1997 erreichte sie 33,38 Prozent der Wähler und zog als stärkste Fraktion in den Sejm ein (201 der 460 Mandate). Aber danach zerfiel das rechte Lager wiederum und gruppierte sich erneut in Parteien und Wahlbündnisse um, von denen lediglich die neoliberale Bürgerplattform (PO – Platforma Obywatelska) einen größeren Stimmenanteil erhielt (13 Prozent). Die rechtskonservative AWS, die sich den Namenszusatz P (Prawica) gab, erreicht nur noch fünf Prozent und verschwand aus dem parlamentarischen Leben. Allerdings formierte sich die extreme Rechte neu und konnte nunmehr einen größeren parlamentarischen Einfluß zurückgewinnen: die europafeindliche katholisch-fundamentalistische Glaubenspartei Liga der Polnischen Familien (LPR – Liga Polskich Rodzin) – ein Stoßtrupp von »Radio Maryja« um Pater Rydzyk – und die rechtsradikal-nationalistische »Law and Order«-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS – Prawo i Sprawiedliwość) der Zwillingsbrüder Lech und Jarosław Kaczyński (* 1949) mit sieben bzw. neun Prozent der Wählerstimmen und 35 bzw. 47 Parlamentssitzen. Ein besonderes Phänomen ist der Wahlerfolg des radikalen Populisten Andrzej Lepper (* 1954, bis 1990 Mitglied der PZPR). Seine Bauernvereinigung Selbstverteidigung (SO – Samoobrona Chłopska) bekam zehn Prozent der Wählerstimmen (1993 nur 2,78 Prozent und bei den Präsidentschaftswahlen 2000 mit drei Prozent immerhin mehr als

Wałęsa) und zog mit 52 Abgeordneten in den Sejm ein.¹⁷ Daß solche Parteien trotz des Wahlerfolgs der Linken in das Parlament gelangten, hängt wahrscheinlich in erster Linie mit der lang anhaltenden Politikverdrossenheit zusammen, die sich im gesamten Transformationsprozeß im Zusammenhang mit fast unumkehrbaren sozialen Ungerechtigkeiten wie Massenarbeitslosigkeit, Korruption und Bereicherung der Politiker und Unternehmer herausgebildet hat. Sie äußert sich nicht nur in der Nichtteilnahme der Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung an den Wahlen,¹⁸ sondern auch im mangelnden Vertrauen zu den etablierten Politikern und Parteien und in der stärkeren Zuwendung zu den politisch »Unverbrauchten«, die bisher noch nicht an der Macht gewesen waren. Dazu gehört nicht nur die klerikalfundamentalistische Partei LPR, sondern vor allem auch der Populist Andrzej Lepper, dessen Partei SO im Osten und Nordwesten Polens bis zu 15 Prozent der Wähler anzog. Gerade wegen der katastrophalen Folgen, die die rechtskonservative Regierung zwischen 1997 und 2001 hinterlassen hat, und den Zwängen, die mit der Aufnahme Polens in die EU verbunden sind, wird die sozialdemokratisch dominierte Miller-Regierung mit der SO im Nacken »immerhin zu einem Versuch gezwungen sein, soziale Gerechtigkeit ›etwas wahrer‹ werden zu lassen«.¹⁹

Die polnische Sozialdemokratie und die von ihr geprägte Wahlpartei SLD hat wesentlichen Anteil daran, daß das rechte und rechtsextremistische Lager in Polen zurückgedrängt bzw. in Schach gehalten,²⁰ Rechts-

17 Siehe »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 27. September 2001. S. 3. – »Das Parlament«, Bonn vom 28. September 2001.

18 Ein Indiz der Grenzen demokratischer Partizipation durch freie Wahlen ist die Teilnahme der wahlberechtigten Bevölkerung Polens an Wahlen. Bei den Sejmwahlen 1989 waren es noch 62 Prozent, zu den Präsidentschafts- und Kommunalwahlen 1990 dann 53 bzw. 52 Prozent. 1991 und 1993 betrug die Wahlbeteiligung bei den Sejmwahlen 41 bzw. 52 Prozent. Bei den Kommunalwahlen 1994 gingen 34 Prozent der Wahlberechtigten an die Wahlurnen, bei den Präsidentschaftswahlen 1995 waren es 68 Prozent. Die Wahlbeteiligung zu den Sejmwahlen 1997 betrug 48 Prozent, zu den Kommunalwahlen 1998 dann 34 Prozent; im Jahre 2000 lag die Wahlbeteiligung zu den Präsidentschaftswahlen bei 61 Prozent, 2001 zu den Sejmwahlen bei 46 Prozent.

19 Julian Bartosz: Sitzen im Sejm »Demagogen«? In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 23. Oktober 2001.

20 Zum Platz der extremen Rechten im öffentlichen Leben Polens siehe Karl-Heinz Gräfe: Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt. In: Utopie kreativ. Berlin (2001)131. S. 801ff. – Georg W. Strobil: Das andere Polen. Struktur

staatlichkeit durch die neue Verfassung (1997) gesichert, eine stabile parlamentarische Demokratie schrittweise durchgesetzt wurde (allerdings mit all den schon in Westeuropa typischen Symptomen der Politik- und Parteienverdrossenheit) sowie die soziale Komponente im Transformationsprozeß in einen bestimmten Umfang Berücksichtigung fand. Trotz geringen politischen und sozialökonomischen Spielraums war erstmals wieder während der Linkskoalition 1993–1997 ein Wachstum der Bruttoindustrieproduktion von vier auf sieben Prozent und der Reallöhne von minus drei auf sieben Prozent sowie ein Rückgang der Arbeitslosenrate von 16 auf zehn und der Inflationsrate von 35 auf 15 Prozent zu verzeichnen. In diesem Zeitraum verringerte sich auch die Zahl der Streiktage von 580.400 auf 27.800.²¹ Das weitgehend geschlossene linke Lager orientiert nicht allein auf die wirtschaftliche, politische und militärische Integration im Rahmen der EU und der NATO. Nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Supermacht und jahrhundertelangen Erfahrungen mit der Einflußnahme Rußlands auf die Geschicke Polens ist eine andere, den nationalen Interessen Polens vielleicht besser entsprechende außenpolitische Alternative auf absehbare Zeit nicht denkbar. Die polnische Sozialdemokratie ist zugleich die einzige politische Kraft, die aus wohlverstandenen nationalen Interessen Polens gleichberechtigte Partnerbeziehungen zu den östlichen Nachbarn Rußland, Ukraine, Belarus und Litauen anstrebt. Wider alle antikommunistische Rhetorik der polnischen Rechten ist die SLD – wie die Soziologin Mirosława Marody bemerkt – keine »maskierte PZPR«, sondern eine neue Partei, die ein Gefühl für gesellschaftliche Probleme hat, effektiv und diszipliniert arbeitet, sich pragmatisch gibt und für das Regieren geeignet ist.²²

und Selbstverständnis der rechten und rechtsextremen Kräfte in der polnischen Politik. In: Osteuropa. Stuttgart 51(2001)3. S. 260ff. – Szymon Rudnicki: Nationalismus und Extremismus in Polen von heute und ihre historischen Wurzeln. In: Transodra. Potsdam (2000)21. S. 8ff.

21 Siehe Jakob Juchler: Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen. In: Osteuropa. Stuttgart 50(2000)2. S. 191.

22 Mirosława Marody: Dlaczego wygra SLD. In: »Gazeta Wyborcza«. Warszawa vom 4. April 2001.

HOLGER POLITT

Störenfriede. Über den letzten östlichen Intellektuellen in Polen

»Was bleibt aber stiften die Dichter.«
(Hölderlin)

SCHRECKLICH, ABER MIT IHNEN IST DER WELTGEIST!

In unmittelbarer Nachkriegszeit fanden die zwei Briefschreiber – Tadeusz Kroński und Czesław Miłosz – jeweils in einem Umfeld sich wieder, dem sie, obwohl es den Einzelheiten nach durchaus als ein ihnen vertrautes bezeichnet werden durfte, eigenartig entblößt und verstört gegenüberstanden. Hätten sie den Ort ihres damaligen Aufenthalts einer Rochade gleich tauschen können, kein Biograph hätte später daraus viel Aufhebens gemacht. Der eine, aus Paris die Vorgänge im mitteleuropäischen Raum mit nüchternem, aller falschen Illusion entledigtem Blick betrachtend, erfaßte als Marxist und als ein unter den damaligen Polen eher selten anzutreffendes Exemplar eines beharrlichen Hegelverehrerers den Prozeß, der die gesamte soziale und territoriale Architektur der dortigen Staatenwelt und darin Polens von Grund auf zu verändern drohte, allein als großartigen Moment geschichtlicher Notwendigkeit, mit dem sich gründlich vertraut zu machen gehöre. Das dürfte den in eigener, spezifischer geistiger Tradition großgewordenen Polen schwer genug fallen, doch hätten sie zu bedenken, daß es an praktikabler Alternative mangle. Der Weg, unter diesen Umständen möglichst viel aus der bisherigen kulturellen Praxis ans neue Ufer zu bringen, setze zunächst einmal die schlichte Anerkennung des Gegebenen voraus, ohne aber zugleich alle möglichen Bataillone zur nationalen Fahne rufen zu wollen. Keine Frage, daß ihm durchaus Mickiewicz vor Augen stand, der seinerzeit den Ausbruch des Novemberaufstands zunächst als großes Unglück empfand, bevor er selbst schwach wurde und, wenn auch vergeblich, zu den Fahnen eilte, deren Untergang danach verzweifelt zu besingen ihm bleibenden literarischen Ruhm einbrachte. Dem Marxisten war be-

ußt, daß Mickiewicz selbst diesen literarischen Ruhm für überaus fragwürdig hielt.

Auch jetzt, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sei eine Schlacht geschlagen, im Ergebnis für viele Vertreter des geistigen Lebens des Landes allerdings mit zweifelhaftem Ertrag. Die erste Regung, sich mit aktuellen Umständen nicht abfinden zu wollen, finde schnell geistige, den Polen im Unterschied zu vielen anderen durchaus wohlschmeckende Nahrung. Die Wahl zwischen dem eher barbarischen Osten und dem zivilisierteren Westen – so der Marxist – bestehe nur in der Annahme dieser Köpfe, denn in Wirklichkeit wählten sie zwischen nüchterner, unbarmherziger und häufig wehtuender Wirklichkeitsanalyse und bequemen, weil vertrauten, liebgewonnenen Illusionen. Freiheit, so die oberste Maxime, könne nur durch Verstehen und Akzeptanz der historischen Notwendigkeit erreicht werden. Alles andere sei Ablenkung billigerer Sorte, die jedoch in einer Gesellschaft, die das unbequeme Streben nach Tiefe des Gedankens immer mehr aufgegeben habe, aber umsomehr nach handgreiflichen Ergebnissen lechzt, gut gehandelt werde und auf fruchtbarem Boden falle. Für Polen bedeute dies vor allem Verzicht auf das unterschiedlichste »nationalistische« Blendwerk, dem selbst das philosophische Denken Tribut zollen mußte. Der neue Anfang verheiße hier Besserung, auch wenn er seiner Form nach grobschlüchtig, unfertig und überaus verbesserungsbedürftig daherkommen mag. Die Aufgabe des Kulturmenschen sei es deshalb, innerhalb dieses als notwendig sich erweisenden Prozesses die nötigen Schneisen zu hauen, durch die Kulturgut aus der alten, dem Untergang preisgegebenen Gesellschaft der Rettung (der Hegelschen Aufhebung) zugeführt werden könne. Rettung bedeute jedoch nicht die bloße Übernahme des alten Mobiliars, es müsse vielmehr den Verhältnissen gemäß zurechtgestutzt, angepaßt und zugeschnitten werden. Diese Aufgabe werde es dem Intellektuellen zugleich ermöglichen, nicht durch die breite, ungehobelte und in Teilen noch kulturlose Masse aufgesogen zu werden. Sie ist also zugleich dessen Pflicht und dessen einziger Schutz!

Der Briefpartner, ein leidenschaftlicher und in Polen bereits bekannter Dichter, alles andere als Marxist, ja nicht einmal Sympathisant der in Polen immer deutlicher nach sowjetischem Vorbild sich durchsetzenden gesellschaftlichen Ordnung, fand sich nach Kriegsende dennoch im Dienste der neuen, in weiten Kreisen der alten Elite höchst umstrittenen Republik wieder, wenn auch auf privilegiertem Posten in diplomatischem Auftrag. So wie der in Paris weilende Freund ihn um die zumindest insti-

tutionelle Nähe zu den weltgeschichtlich bedeutenden Ereignissen beneidete, so neidete der Dichter diesem vorerst den rein verstandesmäßigen, die geschichtliche Notwendigkeit des Geschehens ungetrübt erkennenden Blick auf die Vorgänge. Ohne in den beschwerlichen und oft entmutigenden Alltag des Landes eingebunden zu sein, konnte er Kurs halten und zielgerichtet an die Umsetzung der ihm wichtigsten Aufgabe denken, nämlich das durch ihn und seinesgleichen zur Rettung bestimmte Kulturgut an das Ufer der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zu bringen.

Tadeusz Kroński,¹ der Marxist, traf aber 1949 aus Paris kommend für immer in Warschau ein, wo er in den ersten Jahren als Philosophielehrer sich betätigte, zunächst für einige Zeite am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP, wo er u. a. auf Bronisław Baczko und Leszek Kołakowski traf, mit denen zusammen er das philosophische Denken in Polen zu revolutionieren hoffte.² 1957 übernahm er den Lehrstuhl für Geschichte der neuzeitlichen Philosophie an der Warschauer Universität, der bis dahin durch den über marxistische Diskussion erhabenen Altmeister Władysław Tatarkiewicz geleitet wurde. Tatarkiewicz, einstmals sogar Universitätslehrer Krońskis, wurde mit dem Lehrstuhl für Ästhetik »entschädigt«. Kroński, der überzeugte Hegelianer, der ein solcher schon alleine deshalb gewesen wäre, weil er im romantisch-messianistisch geprägten Ausweichen vor den unbequemen Wahrheiten des Hegelschen Denkens einen entscheidenden geistigen Zug bei der Herausbildung der sogenannte nationalen Philosophie der Polen im 19. Jahrhundert ausmachte, erwies sich als hartnäckiger Gegner seines Amtsvorgängers, den er für ein nicht mehr in die neue Zeit und zu deren Aufgaben passendes Überbleibsel einer auf den Untergang zuge-

1 Tadeusz Kroński (1907–1958) studierte in der Zwischenkriegszeit an der Warschauer Universität u. a. bei Władysław Tatarkiewicz Philosophie. 1937/1938 weilte er für zwei Semester in Prag, wurde u. a. mit dem Phänomenologen J. Patočka bekannt. Nach Kriegsausbruch blieb er in Warschau, geriet nach Niederschlagung des Warschauer Aufstands im Sommer 1944 in deutsche Gefangenschaft, kam ins KZ, ging nach Kriegsende nach Paris und kehrte 1949 nach Warschau zurück. 1958 starb er in Warschau plötzlich an einer Herzattacke.

2 Während Kołakowski nicht vorgestellt zu werden braucht, erlangte Baczko im Ausland längst nicht den Bekanntheitsgrad wie in seiner polnischen Heimat. Auch nach der Ausreise in den Westen, er siedelte 1969 nach Frankreich über, änderte sich daran nur wenig. Auf dem bundesdeutschen Buchmarkt erschienen zwei seiner besten Bücher: »Weltanschauung, Metaphysik, Entfremdung. Philosophische Versuche« (Frankfurt am Main 1969) sowie »Rousseau. Einsamkeit und Gemeinschaft« (Wien, Frankfurt am Main, Zürich 1970).

henden Kultur hielt. Er sah in ihm alles andere als einen potentiellen Partner für das in Paris gereifte Programm der Bergung möglichst vieler kultureller Werte im Interesse der neuen Gesellschaft. Dieses Programm basierte immerhin auf der Vorstellung, der Mensch müsse unter den neuen, ihm weniger Ausflüchte ermöglichenden Verhältnissen einfach philosophischer werden. Darunter verstand er in erster Linie, sich von der Idee zu verabschieden, als gäbe es eine wie auch immer geartete besondere Philosophie der Polen. Jetzt hatte sich diese Vorstellung in der täglichen Praxis unter den Bedingungen des »sozialistischen Aufbaus« zu bewähren.

Czesław Miłosz, der Dichter, zog indes 1951, allen Dienst am neuen Staate aufgebend, in umgekehrter Richtung von der Weichsel an die Seine. Dieser Schritt war das Eingeständnis, daß er keine Möglichkeit für sich erblickte, an der als notwendig erachteten Bergung der sinnvollen Teile der aus alten Verhältnissen überkommenden kulturellen Tradition mitzutun. Er hatte resigniert, weil er von der Unmöglichkeit, diese Absicht in realistischer Frist und mit akzeptablem gesellschaftlichen Ergebnis umzusetzen, sich überzeugt hatte. Seine Selbstaufgabe machte er zum Thema eines ausführlichen Pamphlets, mit dem er selbst und im Gefolge auch die Geschichte seines die Dinge völlig anders einschätzenden Freundes berühmt werden sollte. Die 1953 im Pariser Verlag »Kultura« herausgegebene Schrift »Verführtes Denken« enthielt zwar noch keinen einzigen namentlichen Hinweis auf Kroński, doch sollte Czesław Miłosz wenige Jahre später in »West und Östliches Gelände« das Geheimnis lüften, widmete er seinem inzwischen verstorbenen Freund, den er Tygrys (Tiger) zu nennen pflegte, immerhin ein eigenständiges Kapitel, das fortan in der polnischen Diskussion richtigerweise als Fortsetzung oder Vervollständigung von »Verführtes Denken« betrachtet wird. Tadeusz Kroński beeindruckte vor allem durch seine persönliche Ausstrahlung, wogegen die Wirkung seiner wenigen schriftlichen Arbeiten vergleichsweise bescheiden zu nennen wäre.³ »Die Faszination, die

3 1960 erschien in Warschau postum ein Band ausgewählter Schriften mit dem Titel »Rozważania wokół Hegla«, der von seinen engen Mitstreitern Baczko und Kołakowski zusammengestellt wurde. Die 1954 geschriebene Abhandlung »Filozofia mesjanistyczna i katolicka w Polsce połowy XIX wieku« (siehe Tadeusz Kroński: Rozważania wokół Hegla. Warszawa 1960. S. 157–227) gilt als erste umfassendere marxistische Auseinandersetzung mit der »nationalen Philosophie« Polens, über die allerdings kaum noch ein Wort verloren wird. Kroński ist im Unterschied zu seinem

von seiner Persönlichkeit ausgeht, läßt sich [...] kaum in Worten ausdrücken. Tygrys war das Gegenteil eines Berufsphilosophen [...] Er philosophierte unaufhörlich, und zwar mit dem ganzen Körper [...] Er tanzte philosophische Systeme durch, und statt sie zu beweisen, erklärte er sie mit dem Verhalten der Menschen, die ihnen anhängen.«⁴

Diesem eigenwilligen, den menschlichen Unzulänglichkeiten zutiefst mißtrauenden Denker, der sich weit in die Höhle des Löwen hineinwagte, der unbedingt Parteimitglied werden wollte und später wurde, der Parteiversammlungen jener Zeit als Veranstaltungen beschrieb, denen ein »Geruch höllischen Schwefels« beigegeben sei, der nach Erfahrung von Vorkriegszeit und Krieg überzeugt war, daß das Wirken der geschichtlichen Notwendigkeit für ihn und seinesgleichen den besten Schutz vor den unberechenbaren Handlungen der Mitmenschen biete, auch wenn die Primitivität der neuen Ordnung allenthalben zu spüren war, der deshalb später äußerst distanziert auf die allzu lauten Wortführer der Tauwetterperiode schaute, da sie ihm einer viel zu einfachen und falschen Lösung der angestauten Probleme das Wort redeten, verdankte Miłosz die Anregung zu seinem im Westen zunächst ausschließlich als Abrechnung mit dem Zustand im Osten verstandenen und gefeierten Essay. »Ich bin Tygrys begegnet, so wie ein Fluß, der sich durch eine Ebene sein Bett gräbt, einem anderen Fluß begegnet: seit langem war es vorausbestimmt und ganz natürlich. Denn das ›Tigerartige‹ war eine Philosophie des Wirkens, jedoch so schwierig, daß sie nur wenigen zugänglich war, die der Meister selbst als würdig erkannt und gnädig erwählt hatte.«⁵

Gemeinsam war ihnen der Widerwille einer Kultur gegenüber, in der philosophisches Denken und Dichtung als unpraktische Tätigkeiten eher verlacht als geschätzt wurden. Sie mißtrauten der spiritualistischen Maskerade, hinter der die unerbittliche Materie um so uneingeschränkter herrschen konnte. Der Philosoph der Notwendigkeit zeigte sich überzeugt, daß die neu heraufkommende Ordnung, die auf breitestes Verständnis ihres inneren Zusammenhangs angewiesen sein werde, Dichter und Denker nicht ungestraft wird mißachten können, vorausgesetzt, die-

Freund tatsächlich ein Fall für die Geschichte geworden, der seine Bedeutung einerseits aus der heute überraschend wirkenden Wertschätzung durch den berühmten Dichter, andererseits aus der einstigen persönlichen Nähe zu Kołakowski und Baczkó erhält.

4 Czesław Miłosz: West und Östliches Gelände. München 1986. S. 300.

5 Ebenda. S. 300f.

se stellten die Fundamente und Stützen dieser Ordnung nicht in Frage.⁶ Auch der Dichter mißtraute nicht von ungefähr einem System, welches dem Intellektuellen im ideellen und materiellen Sinne ein vergleichsweise stiefmütterliches Dasein zumute. Noch in »Verführtes Denken« spürt der Leser den tiefsitzenden Kummer: »Man kennt im Osten die Rücksichtslosigkeit des Westens gegenüber den Männern der Kunst und Wissenschaft, und man fürchtet sie. Es ist besser, mit einem intelligenten Teufel zu tun zu haben, als mit einem gutmütigen Trottel – so sagen sie. Der intelligente Teufel versteht, daß sie ein gegenseitiges Interesse verbindet, und gestattet dem Dichter und Künstler, von seinem Handwerk zu leben; der gutmütige Trottel dagegen versteht das gegenseitige Interesse nicht, er gibt nichts und fordert nichts, was in der Praxis einer höflichen Grausamkeit gleichkommt.«⁷

WAS FÜR EIN MONSTRUM, DIESE »HISTORISCHE NOTWENDIGKEIT«!

Miłosz' Wechsel in jenen Teil der Welt, der seine Künstler und Denker mehr oder weniger direkt dem Kräftespiel des Marktes überantwortete, ihnen aber damit zugleich weitgehende Freiheit von aller außerökonomischer Beeinflussung zusicherte, ist nur als Überzeugungstat vorstellbar. Er tauschte das Risiko, beim Umgang mit den Sachwaltern der »historischen Notwendigkeit« unter die Räder der Geschichte zu kommen, gegen das ihm nicht weniger Ängste bereitende Risiko ein, als lebensuntüchtiger Künstler im Westen zu stranden. Zu stranden, weil die eigentlich profane Aufgabe, für die notwendigen Mittel der bürgerlichen Existenz zu sorgen, nicht in jedem Falle mit der Radikalität und den Ambitionen des Künstlers sich vereinbaren ließen. Was ihm als letzter Ausweg dann bliebe, wäre die jeglichem materiellen Interesse enthobene Aufopferung für sein Werk. Aber wollte Miłosz überhaupt radikal sein? War sein Weg-

6 Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht ein wohl immer wiederkehrender Gedanke Krońskis, den Andrzej Walicki nachzeichnete: »Er sagte mir, daß er ein Anhänger des späten Hegels sei, schätze er doch Bürokratie und Polizei, da einzig eine starke und aufgeklärte Herrschaft Intellektuelle richtig zu würdigen wisse, daß Demokratie in Polen (anders als bei den Tschechen) auf eine Regierung des Pöbels hinauslaufen würde, wovon die antisemitischen und andere Ausschreitungen der Vorkriegszeit zeugten.« (Andrzej Walicki: *Zniewolony umysł po latach*. Warszawa 1993. S. 93).

7 Czesław Miłosz: *Verführtes Denken*. Köln, Berlin 1953. S. 51.

gehen in den Westen nicht eher zu verstehen als Versuch, der drohenden Radikalität als einer möglichen Verhaltensweise im Osten zu entkommen? Weshalb also sollte er nun im Westen die Karte der Radikalität, diesmal die der allen widrigen Lebensumständen trotzens und unbeirrt das allein sie beherrschende Ziel suchenden Künstlerseele spielen?

Die Argumente Krońskis, seines philosophischen Lehrmeisters, hatten ihre unmittelbare Wirkung verloren. Während die Öffentlichkeiten in Ost und West seinen Schritt entweder ausschließlich als Verrat oder als unausweichliche Konsequenz zur Kenntnis nahmen, strebte der Dichter danach, der gefällten Entscheidung im nachhinein einen gültigen sprachlichen Ausdruck zu geben. Nachdem er 1953 sein Ergebnis der westlichen Öffentlichkeit vorlegte, bestätigten die ersten Reaktionen, daß hier von den eigentlichen Beweggründen und Hintergründen des Seitenwechsels erstaunlich wenig verstanden wurde.⁸ Eine bessere Bestätigung für die Richtigkeit seiner Wahl hätte Kroński, der Denker des Absoluten, nicht erfahren können. Doch er schwieg in Polen, keiner erfuhr von der innigen intellektuellen Freundschaft zu dem abtrünnigen Dichter. Erst nach dem plötzlichen Tod Krońskis lüftete Miłosz das gemeinsam behütete Geheimnis. Nun wurde deutlich, daß der Autor im langen Abschnitt mit der merkwürdigen Überschrift »Der Westen vom Osten aus gesehen« Zwiesprache hielt mit dem einstigen Freund, den als geistreichen Verfechter der Idee von der historischen Notwendigkeit bei aller tiefen Skepsis gegenüber der Idee selbst er so überaus schätzte.

Natürlich fuhr Miłosz großes Geschütz auf, als er den Mechanismus des zunehmenden Infiltrierens des Alltags durch eine neue Ideologie mit Hilfe einer Figur zu erklären suchte, die Witkacy bereits in der Vorkriegszeit in die Literatur eingeführt hatte. Im Roman »Unersättlichkeit« fungiert der seltsame mongolische Philosoph Murti-Bing, dessen herausragende Leistung die Erfindung einer Wunderpille ist, nach deren Einnahme nachgerade jedermann zum Neuen Glauben bekehrt werde.

8 Ein Dokument erschreckender Naivität, der vollständigen Blendung durch den politischen Ost-West-Gegensatz ist das Vorwort von Karl Jaspers zur deutschsprachigen Ausgabe: »Die Sklavenschaft des Geistes in totalitären Staaten, die wir Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus äußerlich in den Redewendungen, Gebärden und Handlungen des damaligen Alltags, innerlich in der Anschauung dessen, was in den einzelnen Menschen vorging, erfahren haben, wird hier an den Erscheinungen der östlichen Volksdemokratie, besonders Polens, in einer Weise gezeigt, die wahrhaft ergreift, uns Deutsche vielleicht mehr noch als die westlichen Völker, denn wir sind Mitwisser dessen, was hier in polnischer Abwandlung gezeigt wird.« (Ebenda. S. 7).

Witkacy stellte der dekadenten, weltanschaulich zerrissenen, zivilisationsmüde gewordenen westlichen Welt ein mongolisch-chinesisches Reich entgegen, in dessen Einflußbereich durch die Wirkung der Pille des Murti-Bing eine organische Weltanschauung vorherrscht, die den Bewohnern Zufriedenheit, Glück und Zuversicht verheißt. Fast noch wichtiger ist die Wirkung in den neu eroberten Gebieten, in denen die Bevölkerung dank Einnahme der Wunderpille innerhalb kurzer Zeit mit den neuen Gegebenheiten auffällig sich arrangiert. Dem hat der heillos aus den Fugen geratene, selbstgefällig sich verlierende Westen nichts vergleichbares mehr entgegenzusetzen. Witkacy, dessen Roman 1930, seinerzeit fast unbeachtet veröffentlicht wurde, nahm sich am 17. September 1939 nach dem Vormarsch der Roten Armee auf ostpolnisches Gebiet das Leben. Er hatte offenbar kein Verlangen, selbst von der Pille des Murti-Bing zu kosten. Grund genug für Miłosz, ihn als unverdächtigen Mann in den Zeugenstand zu rufen, wenn es um die Frage ging, was für ein Monstrum denn diese »historische Notwendigkeit« sei, die »meinen Zeitgenossen in die Beine gefahren war«.⁹

In der Romanwelt des Witkacy ist die Zahl der ästhetischen und philosophischen Verirrungen einfach bestürzend – ein Ausweg ist nicht in Sicht. Selbst jeder ehrlich gemeinte Versuch, der Besserung des unbefriedigenden Zustands zu dienen, verdeutlicht desto nachdrücklicher die ausweglose Situation. Als sei die Pille Murti Bings der eigentliche Zweck des siegreichen östlichen Heeres, denn nur ihre Einnahme vermag die Leiden am Zustand der eigenen, siechen Zivilisation zu lindern. Ganz ähnlich las Miłosz die Ereignisse, die zu dem die Befreiung Polens von der deutschen Besetzung bedeutenden Vormarsch der Roten Armee führten. Wer die Geschichte kennt weiß, wie komplex und widersprüchlich der soeben mit den Worten unschuldig-naiv benannte Vorgang tatsächlich gewesen ist. Landesgrenzen wurden neu festgelegt, die Bewohner ganzer Landstriche tauschten sich aus, eine wichtige Bevölkerungsgruppe war nahezu vollständig vernichtet worden, schließlich und letztendlich wurde eine gesellschaftliche Ordnung etabliert, die den Befreiern genehm war. Das unabhängige Polen, so schien es nicht wenigen, sei wieder einmal zwischen die Mühlsteine der Geschichte geraten, auch wenn deren Vollstrecker Deutschland und Rußland gegeneinander einen Kampf auf Leben und Tod sich lieferten. Der Dichter war sich bewußt, daß die politische und gesellschaftliche Ordnung Vorkriegspolens nicht

9 Czesław Miłosz: West und Östliches Gelände. München 1986. S. 312.

ohne berechtigten Grund zusammengebrochen war. Er war auch damit sehr einverstanden, daß nach dem Krieg nicht nahtlos an das Sanacja-Regime angeknüpft werden konnte.

Nach der Beseitigung der territorialen Existenz eines polnischen Staats im Herbst 1939 wechselte Miłosz, wenn man so will, beinahe freiwillig die Seiten: aus Wilna, dessen Übergang in die sowjetische Welt sich abzeichnen begann, ins deutschbesetzte Generalgouvernement nach Warschau. Im Rückblick begründete er diese Entscheidung überaus plausibel: »Wenn ich aus dem Staate Stalins geflohen war, so doch darum, weil ich einige Probleme selbständig durchdenken wollte, statt mich einer importierten Weltanschauung zu fügen. Hier jedoch herrschte vollständige Freiheit, und zwar deshalb, weil der Nationalsozialismus intellektuell gleich Null war.«¹⁰ An Wilna hatte er die Distanz geschätzt, die hier trotz aller gegenläufigen Tendenzen gegenüber dem übereifrig propagierten Prinzip des Nationalstaats immer zu spüren war. Staatlich zu Polen gehörend, führte es doch ein eigentlich separates Dasein, verglichen mit den unmittelbarer auf das Polentum fixierten Zuständen anderswo. Nach sowjetischer Einverleibung wollte er an die Möglichkeit zu solch einer Distanz nicht recht glauben. Andererseits war das deutsche Okkupationsregime in Polen eine fürchterliche Bedrohung für die physische Existenz, erreichte aber nicht die Hirne der Menschen. Zugleich war er umständehalber auch geschützt gegen aufdringliche Attacken nationalistischer polnischer Kreise, denen er als überzeugter Litauer polnischer Zunge stets aus dem Weg zu gehen trachtete. Diesem Freiraum zuliebe nahm der Dichter die Gefahr auf sich, durch unvorhersehbare Handlungen eines gleichermaßen brutalen wie törichten Regimes getötet zu werden. Er überlebte, konnte die Zeit in seinem Sinne nutzen und befand später: »Trotz des Mangels an jeder Art von legalen Publikationen [...] war die intellektuelle Bewegung stark, eine Evolution ging vor sich, und am Ende des Krieges unterschieden sich viele von uns so sehr von ihrem früheren Selbst, als ob eine ganze geologische Ära vergangen wäre.«¹¹

In seinem Buch über das verführte Denken hielt Miłosz allerdings seine Enttäuschung über das Verhalten vieler Kollegen nicht zurück. In Fallstudien skizziert er die Veränderungen bei vier namhaften Schriftstellerkollegen, die er als überzeugende Beispiele für die umwerfende Wir-

10 Ebenda. S. 266.

11 Ebenda. S. 267.

kung der Murti-Bing-Pille gebrauchte. Letztendlich warf er ihnen vor, aus Gründen des persönlichen Ehrgeizes oder schlicht und einfach aus Opportunität einen Pakt mit dem Teufel geschlossen zu haben. Daß die Vertreter der Macht sich ihnen gegenüber verstellten, hätte durchschaut werden müssen. Überhaupt gelangte Miłosz zu der Annahme, daß die gegebenen ideellen Freiräume innerhalb der neuen Gesellschaft lediglich als Köder gedacht waren für bestimmte Vertreter der geistigen Elite der Gesellschaft, um sie in eine Situation zu führen, in der sie, wenn schon keinen unmittelbaren Nutzen für die neue Ordnung bringend, zumindest nicht mehr stören konnten.

Miłosz ging folglich nicht außer Landes, weil es für einen wie ihn keinen Freiraum mehr gegeben hätte, wie in völliger Verkennung der Lage im Westen meistens gemeint wurde. Nein, er mißtraute den tatsächlich vorhandenen Freiräumen und der vergleichsweise großzügigen materiellen Absicherung des Wirkens der Künstler wegen der unweigerlichen Konsequenz – der abgeforderten Zustimmung zur Grundrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung. Miłosz hielt es für einen gelungenen Schachzug der neuen Machthaber, daß sie erst allmählich den Druck zu erhöhen suchten auf die Künstler, um zum Programm des sozialistischen Realismus sie zu bekehren. Das war also der Preis, den zu zahlen als Gegenleistung für soziale Absicherung und zugebilligter Publikumsgunst gefordert wurde, was Miłosz als unannehmbare Zumutung ablehnte. Als Verweigerung verstand der Dichter Anfang der 1950er Jahre die Ausreise ohne Wiederkehr.¹²

Andererseits verstand er den wichtigsten Beweggrund seines Freundes nur zu gut, nach Warschau zu gehen und zwar ebenfalls ohne Rückfahrchein. Denn das Leben in der Emigration hatte Kroński gelehrt, daß es für Leute wie ihn im Westen keinen Bedarf gab: »Wenn der kapitalistische Westen imstande gewesen wäre, solchen Leuten wie Tygrys eine sichere Grundlage zu geben, statt ihren Erfolg oder Mißerfolg vom Zu-

12 In einem aufschlußreichen Interview mit Adam Michnik aus dem Juni 1996 betonte Miłosz, daß er geistig großgeworden ist mit dem Fatalisten Witkacy, dessen letzten beiden Romane (»Unersättlichkeit« und »Abschied vom Herbst«) mit dem Einmarsch der Armee aus dem Osten endeten. »Ich überlebte das und sah es später in Polen – alles hat sich bewahrheitet. Ich verfaßte ›Verführtes Denken‹, weil ich mich aus dem Fatalismus befreien wollte. Und doch konnte ich nicht erwarten, daß dieses System noch in meiner Lebenszeit zusammenbrechen sollte.« (Czesław Miłosz: Rozmowa z Adamem Michnikiem i Ireną Grudzińską-Gross. In: »Gazeta Wyborcza«-Online-Ausgabe vom 29. Juni 1996 (www.gazeta.pl/archiwum).

fall abhängig zu machen, dann wäre er nicht das gewesen, was er war. Die Bedürfnisse Tygrys' und seiner Frau, dieser zwei Büchermotten, waren bescheiden.«¹³

RÜCKBLICK, VIELE JAHRE SPÄTER

Wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Ordnung in Europa stellte Andrzej Walicki den polnischen Lesern eine Publikation vor, die bereits im Titel den Bezug auf das mit Abstand bekannteste Miłosz-Buch deutlich akzentuierte: »Zniewolony umysł po latach«, also Rückblick auf »Verführtes Denken« nach vielen Jahren.¹⁴ Walicki gilt heute in Polen als unbestechlicher und scharfsinniger Kritiker der Legende der »Solidarność«-Zeit. Selbst 1981 aus Polen weggegangen, nutzte er die zumindest räumliche Distanz zu den dramatischen Ereignissen jener Zeit für eine besonnene, in vielfacher Hinsicht aufschlußreiche Analyse des Verhaltens und des Auftretens namhafter Intellektueller Polens in der Öffentlichkeit. Die Aufnahme seiner Kritik erinnert den aufmerksamen Beobachter an die Verwunderung, mit der seinerzeit in der polnischen Öffentlichkeit auf die 1910 veröffentlichte Schrift »Legenda Młodej Polski« des Kritikers Stanisław Brzozowski reagiert wurde. Brzozowski schwang sich in dieser mittlerweile berühmtesten Streitschrift jener Zeit zu einer unmißverständlichen Kritik am Verhalten der als gesellschaftliche und künstlerische Avantgarde sich verstehenden polnischen Intellektuellen auf, denen er ein alles andere als schmeichelhaftes Zeugnis ihres gesellschaftlichen Wirkens ausstellte. In vielen Bereichen sei die gesellschaftliche Entwicklung über deren Problemhorizont hinweggegangen, wobei Polens über alle Maßen komplizierte Lage diesen Mißstand einseitig überdeckte. Zwei Grundfehler machte Brzozowski ausfindig – einmal die ebenso törichte wie leichtfertige Überheblichkeit der Welt der Arbeit gegenüber, zum anderen den Hang, die Angelegenheiten der Weltentwicklung romantisch zu verklären. Indes haftete dem das eigene Netz

13 Czesław Miłosz: West und Östliches Gelände. München 1986. S. 304f.

14 Andrzej Walicki: Zniewolony umysł po latach. Warszawa 1993. – Das Buch setzt sich aus mehreren, zwischen 1981 und 1991 geschriebenen Texten zusammen, die mit der Situation polnischer Intellektueller in verschiedenen Phasen der Volksrepublik sich befassen. Den titelgebenden Beitrag hielt Walicki im Herbst 1989 in den USA auf einer der unzähligen Totalitarismuskonferenzen jener Zeit.

beschmutzenden Manne damals ein Vorwurf an, der ihn in den Augen breitester Öffentlichkeit bereits vor Erscheinen des Buches erledigt hatte – in früheren Jahren, so tönte es unisono aus vielen Blättern, sollte er Spitzeldienste für die Ochrona geleistet haben. Der Vorwurf konnte bis heute weder recht bestätigt noch restlos ausgeräumt werden. Und erst in den 1970er Jahren setzte sich in der Diskussion die vorrangige Beschäftigung mit dem kritischen und theoretischen Werk als Maßstab für die Bewertung der Leistungen Brzozowskis endgültig durch.¹⁵

Wie Brzozowski die Seinen, so griff auch Walicki das in den 1980er Jahren eifrig kolportierte typische Selbstbild polnischer Intellektueller an. Er sah sich dazu veranlaßt, weil ihm der Hang zu Selbstgerechtigkeit, die Tendenz zu unzulässiger Vereinfachung, zur überwiegend moralisch ausgerichteten Kritik mit dem politischen System vor allem der späten Volksrepublik unerträglich wurde. Seine Kritik galt zudem als unverdächtig, war er doch, anders als beispielsweise Kołakowski oder Baczko, zu keiner Zeit ein aktiver Verfechter der realsozialistischen Ordnung. Er selbst versteht sich durchaus als überzeugter Antikommunist, der froh darüber ist, daß das System der Volksrepublik gänzlich untergegangen ist. Allerdings weiß sein Antikommunismus sich in Grenzen zu fügen, die durch den kritisierten Gegenstand bestimmt sind. Insofern mag man auch von einem vernünftigen Antikommunismus sprechen, bei dem zumindest nicht vergessen wird, daß der so heftig angefeindete und abgelehnte »Kommunismus« ein Kind der kapitalistischen, der bürgerlichen Gesellschaft ist. Auch wenn es als illegitimes Kind betrachtet wird, so steht doch die Elternschaft außer Frage.

Je länger die Volksrepublik währte, desto manifester wurde ein anderer, entgegengesetzter Gedanke. Der einheimische »Kommunismus« sei ausschließlich zu denken als Teil des »Imperiums«, worunter Rußland samt Unionsrepubliken und Satellitenstaaten verstanden wurde. Nicht aus der eigenen Geschichte, auch nicht aus der Geschichte des Westens heraus sei die Existenz dieses »Reiches des Bösen« zu erklären. Das Denken in Polen war wieder angekommen bei einem vertrauten Thema – Rußland als teuflischer Nachbar, dem grundsätzlich zu mißtrauen sei. Vor allem der aus Unkenntnis geborenen Nachlässigkeit und Unachtsamkeit westlicher Führer sei es zuzuschreiben gewesen, daß nach dem

15 Maßgeblichen Anteil daran hatte Andrzej Walicki, der mit der Abhandlung »Stanisław Brzozowski – drogi myśli« (Warschau 1977) als einer der besten Brzozowski-Kenner sich auswies.

Zweiten Weltkrieg das Imperium große Teile Mittel- und Südosteuropas vereinnahmen konnte. Nicht wenige polnische Intellektuelle gaben der Versuchung nach, den Westen aufklären zu wollen über das Wesen dieses Imperiums, dessen tiefere Kenntnis aus der Nähe und der eigenen leidvollen Geschichte entspringe. Geradeso argumentierte 1921 auch Florian Znaniecki, der dem Westen weitgehende Unkenntnis der russischen Verhältnisse vorwarf.¹⁶ Nur hatte er einen gänzlich anderen Ansatz: Er kritisierte den im Westen vorherrschenden Hang, den Bolschewismus allein und ausschließlich als russisches Phänomen begreifen zu wollen. Umgekehrt, so seine Forderung, wäre der Sache gründlicher beizukommen, nämlich wenn Rußland durchaus als Teil der abendländischen Kultur begriffen werde, der allerdings wegen der spezifischen Schwäche erstes Opfer der bolschewistischen Revolution geworden sei. Wenn der Westen nicht aufpasse und aus dem Vorfall nicht die richtigen Lehren ziehe, könnten sehr schnell weitere Opfer folgen. Der Autor der ersten antikommunistischen Schrift in Polen hatte zumindest in dieser Frage keine, dem nationalen Dünkel geschuldeten Illusionen. Den Vorteil der kenntnisreichen Nähe wollte er vor allem zur Warnung, nicht zur Selbstbespiegelung gebraucht wissen. Tat Witkacy mit seinem letzten katastrophistischen Roman nicht dasselbe? Und Miłosz? Wollte er berichten über die gar zu schrecklichen Zustände hinter dem im Westen so bezeichneten »Eisernen Vorhang«, wie Jaspers – ein kritischer Intellektueller immerhin – meinte? Wollte er nicht viel eher seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, wie schnell und gründlich ein gesellschaftliches System sich durchsetzte, das eigentlich die wenigsten gewollt hatten und das dennoch durchaus mit breitester Zustimmung rechnen konnte? Er mißtraute dem neuen System grundsätzlich, führte die Tatsache der verbreiteten Zustimmung exemplarisch auf die Einnahme der märchenhaften Pille des Murti-Bing zurück. Er vergaß auch nicht die Kunst der inneren Verstellung, mittels der ein hohes Maß an Anpassung erreicht werden konnte. Bei all dem vergaß er jedoch auch seinen Freund Kroński nicht, durch den er mit dem Geheimnis der unerbittlich wirkenden Notwendigkeit vertraut war. Die Pille des Murti-Bing wirkte nur deshalb so rasch und radikal, weil die Krankheit, gegen die sie verschrieben wurde, bereits so weit und umfassend fortgeschritten war.

16 Siehe Florian Znaniecki: *Upadek cywilizacji zachodniej*. In: Florian Znaniecki: *Pisma filozoficzne*. Tom 2. Warschau 1991. S. 927–1108.

Walicki war der erste, der seinen Kollegen in Polen vorwarf, sie gebrauchten das Bild der Murti-Bing-Pille mißverständlich, um nicht zu sagen fälschlicherweise. Denn, so Walicki eindeutig, die Zustandsbeschreibung bei Miłosz bezog sich auf die in Polen herrschende Situation in der Zeit von 1948 bis 1953, längstens aber bis 1956. Sein eigener Werdegang nach 1953 wäre ansonsten die gründlichste Widerlegung der wichtigsten Thesen in »Verführtes Denken«. Anders gesagt: Die Tatsache einer ausgesprochen erfolgreichen wissenschaftlichen Karriere, in der Walicki bis 1968 zusammen mit Kołakowski, Baczeko und anderen beispielsweise die heute vielgerühmte sogenannte Warschauer Schule der Ideenhistoriker ins Leben rief, läßt sich nämlich nicht mehr mit den durch Miłosz geschilderten Sachverhalten in Einklang bringen. Weit davon entfernt, die Situation im geistigen Leben Polens nach 1956 schönzureden, erklärte Walicki unmißverständlich, daß die totalitäre, auf vollständige Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens zielende Herrschaft in Polen spätestens mit dem Herbst 1956 endete. Insbesondere argumentierte er gegen diejenigen, die Polens 1980er Jahre und die Tatsache der Ausrufung des Kriegszustandes als Beweis für die ununterbrochene Fortdauer des Totalitarismus bis zum letzten Tag der Volksrepublik werteten und gewöhnlich bis auf den heutigen Tag werten.¹⁷ Walicki sprach von einer »ernsthaften Verzerrung der Perspektive«, nämlich der Auslegung der Niederlage der »Solidarność« im Dezember 1981 und der Verkündung des Kriegsrechts als Sieg des »kommunistischen Totalitarismus«.¹⁸

In der Folge dieser Verzerrung führte die »Solidarność«-Elite einen eigenartig zu nennenden Kulturkampf gegen die »kommunistische Herrschaft«, indem sie sich weitgehend der Zusammenarbeit mit offiziellen

17 Zur rühmlichen Ausnahme zählt Adam Michnik, heute Chefredakteur der »Gazeta Wyborcza«, der auflagenstärksten Tageszeitung Polens. Michnik war einer der bekannten Organisatoren der Studentenproteste im März 1968 und bekam danach die ganze Härte des Gesetzes zu spüren. Während eines Gefängnisaufenthaltes in den 1980er Jahren verfaßte er das Buch »Z dziejów honoru w Polsce«, das 1985 im Pariser »Kultura«-Verlag erschien. Walicki kritisierte dieses Buch recht scharf, da sein Verfasser für sich den Schutz eines durch Totalitarismus Verfolgten deklamierte, nicht aber bemerken wollte, daß das Monopol für gesellschaftlichen Druck längst nicht mehr auf Seiten der politischen Macht, sondern bereits eindeutig und unumkehrbar in den Händen der »Solidarność«-Leute sich befand. In den 1990er Jahren gehörte Michnik zu jenen, die der anderen, nunmehr vollständig geschlagenen Seite ihre Hand ausstreckten. Seine Treffen mit Wojciech Jaruzelski gehören wohl zu den besten Beispielen für hohe politische Kultur im heutigen Polen.

18 Siehe Andrzej Walicki. *Zniewolony umysł po latach*. Warszawa 1993. S. 369.

Gremien, Verlagen und Einrichtungen, kurz mit allen als »kommunistisch« verschrienen Institutionen verweigerte. »Darin bestand eigentlich die Grundlage der ›unabhängigen Kultur‹, die nicht als Bereicherung der ›offiziellen Kultur‹ verstanden wurde, sondern als ›totale Absage‹ an die durch das verhaßte Regime (allerdings nur in der Theorie) kontrollierten kulturellen Institutionen. Es ging also nicht darum, der Gesellschaft eine größere Auswahl kultureller Güter anzubieten (denn das war sogar im Rahmen der ›offiziellen Kultur‹ möglich), sondern darum, im Kampf um die ideologische Delegitimation des bestehenden Staats zu siegen.«¹⁹ Und doch glaubten die meisten Streiter dieses bereits ungleich gewordenen Kampfes, bei dem die regierende Seite lediglich noch versuchte, den für die Gesellschaft unsinnigen Beinahe-Boykott aus der Welt zu schaffen, sie hätten es immer noch mit der Verschreibungspflicht der Murti-Bing-Pille zu tun, wogegen sie sich wie einst Miłosz zur Wehr setzten, durch die Kunst der Verstellung sich raffiniert schützen mußten. Deutlich schrieb Walicki diesen verhinderten Antitotalitarismuskämpfern den Unterschied ins Stammbuch: »Die Oppositionellen der achtziger Jahre stellten sich vor, sie kämpften mit dem ›Totalitarismus‹, hatten es im wesentlichen jedoch mit einem weitaus weniger gefährlichen Gegner zu tun. Miłosz und Kroński jedoch wurden dem Druck eines authentischen Totalitarismus ausgesetzt und hatten keinen Grund zu der Annahme, daß es sich lediglich um eine Übergangssituation handelt. Im Gegenteil: Miłosz betrachtete sich als einen, der ›für immer im Inneren des totalitären Systems gefangen‹ sei.«²⁰

Schließlich warf Walicki diesen stolzen Ehrenmännern sogar vor, sie blieben bis zuletzt einer Auffassung treu, die ansonsten nicht einmal die politischen Erben der einstigen stalinistischen Herrschaft noch sonderlich interessiere. Denn während die PVAP-Führung spätestens in den 1980er Jahre aufgehört habe an die Chimäre zu glauben, eine Nation könne und müsse zwangsläufig ideologisch geführt werden, ließen die meisten »Solidarność«-Intellektuellen sich weiterhin von der Einstellung leiten, man müsse das nationale Vorstellungsvermögen unbedingt und vollständig unter die eigene Kontrolle bringen. »Unschwer zu erkennen ist der Zusammenhang dieser Überzeugung mit dem totalitär-kommunistischen Glauben an die Allmacht der Propaganda und der daraus entspringenden Praxis, die Künstler als für das System unabhkömmliche

19 Ebenda. S. 373.

20 Ebenda. S. 341.

›Ingenieure der Seele‹ zu behandeln.«²¹ Die tatsächlich vorhandenen Freiräume, die anders als zu Miłosz' Zeiten nicht mehr Zeichen eines raffiniert eingefädelten Spiels waren, konnten nicht als Freiräume der Gesellschaft wahrgenommen werden, wurden kurzerhand einem omnipotenten politischen System zugeschlagen, das nur noch in der Vorstellung der ideologisch ausgerichteten Kämpfer existierte.

Krońskis Entscheidung, 1949 nach Polen zurückzukehren, war dem Wunsch geschuldet gewesen, das Land im eisernen Griff einer zwingenden Notwendigkeit erleben zu wollen. Ein anderes, weitaus liberaleres Polen hätte ihn, den eingefleischten Hegelianer weitaus weniger gereizt. Am Westen stieß ihn vor allem die Gleichgültigkeit ab, mit der dieser seine Intellektuellen strafte und sie zugleich zu einer Existenz am Rande der Gesellschaft verurteilte, was freilich durch eine angenehme und kaum begrenzte Autonomie in geistiger und künstlerischer Hinsicht abgegolten wurde. Dieser Ausgleich konnte einen Mann wie Kroński, der nicht darauf aus war Bücher zu schreiben und zu publizieren, wenig reizen. Er sah den Gegenentwurf im Osten trotz manch niederträchtiger Zustände und nicht zu übersehendem barbarischen Einschlag dennoch als große Chance für einen wie ihn. Er hätte sich, eine Formulierung Gramscis aufgreifend, als ein unverzichtbarer Bestandteil des Gesamtintellektuellen sehen und verstehen wollen, weil dieser Wille, wenn er nur konsequent durch die Partei geführt wird, immerhin den Anspruch erhob, das gesellschaftliche Leben nach den Erfordernissen der Vernunft zu gestalten.

21 Ebenda. S. 373.

Berichte und Dokumentationen

ACHIM BEINSEN

Islamismus und »Muslimanstvo« als Elemente des bosnisch-muslimischen Partikularismus

Die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York und Washington haben ein politisches Phänomen schlagartig in den Mittelpunkt des weltpolitischen Geschehens gerückt, das seit dem Sturz des iranischen Schahregimes im Jahr 1979 auf der internationalen politischen Agenda steht, zumindest in Deutschland jedoch eher als ein regionales Problem in den Ländern des Orients wahrgenommen wurde. Es handelt sich hierbei um ein Konglomerat politischer Bewegungen und Ideologeme, welches sowohl in den öffentlichen Debatten als auch partiell in den Nominaldefinitionen der beteiligten Protagonisten selbst als »Islamismus« bezeichnet wird. Charakteristisch für islamistische Positionen ist die Gegnerschaft zu den aus der europäischen Aufklärung hervorgegangenen Politikentwürfen, die sich einerseits in den westlichen Demokratien und andererseits in den sozialistischen Utopien und den daran orientierten, inzwischen bis auf wenige Ausnahmen zerfallenen oder transformierten Gesellschaftssystemen vergegenständlichten sowie der Versuch, eine auf den religiösen Prinzipien und Vorschriften des Islam – im Mittelpunkt steht dabei insbesondere das islamische Rechtssystem, die »šarī'a« – basierende Gesellschaftsordnung zu errichten. Dabei haben sich innerhalb des Islamismus Dogmen, Aktionsformen und Märtyrerkulte entwickelt, die unter islamischen Rechtsgelehrten durchaus umstritten sind.¹

Geheimdienste und Journalisten spüren nun den internationalen Netzwerken des mutmaßlichen Hintermannes der Massenmorde in den USA,

1 Siehe Navid Kermani: Der Garten der Märtyrer. In: »taz. Die Tageszeitung«. Berlin vom 20. November 2001. S. 15f.

Osama Bin Laden und der von ihm finanzierten islamistischen Organisation, »Al Qaida«, nach.

Den bosnisch-islamistischen Verbindungen wurde während und nach dem Krieg in der bundesdeutschen Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist daher auch kaum bekannt, daß der Islamismus in Bosnien nicht nur eine militärische und logistische, sondern auch eine ideelle Basis hatte. Neben dem vermeintlich berüchtigten »Memorandum« der »Serbischen Akademie der Wissenschaften und der Künste« aus dem Jahr 1986² war es insbesondere Alija Izetbegovićs »Islamische Deklaration«, welche vor und während des Zerfalls der jugoslawischen Föderation nicht unerheblich zur Polarisierung der jugoslawischen Gesellschaft, zur Entstehung gegenseitigen Mißtrauens sowie gegenseitiger Verdächtigungen und Beschuldigungen zwischen den sich formierenden partikularistischen Gruppen beitrug. Während das »Memorandum« im »Mainstream« insbesondere der deutschen Rezipienten jedoch als Manifest einer aggressiven Neuauflage des serbischen Nationalismus gewertet wird, besteht hier gleichsam die Neigung, den nicht minder brisanten Inhalt der »Deklaration« zu bagatellisieren oder dessen antiwestliche Radikalität zu einer serbischen Propagandalüge zu stilisieren. Für Victor Meier, langjähriger Südosteuropa-Korrespondent der »Süddeutschen« und Verfasser eines populärwissenschaftlichen Standardwerkes über den Zerfall Jugoslawiens, »wirkt das Memorandum als ein Konglomerat von weinerlicher Selbstbemitleidung, gepaart mit Aggressivität und Feindseligkeit gegenüber allen anderen Mitbewohnern Jugoslawiens«. Alija Izetbegović hingegen habe in seiner Schrift lediglich versucht, »islamische Prinzipien mit den Erfordernissen der modernen westlichen Zivilisation in Übereinstimmung zu bringen«.³ Dieser »Versuch« soll nunmehr im Kontext der jüngeren politisch-historischen Entwicklungen der muslimischen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina näher betrachtet werden.

2 Siehe Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaft und der Künste. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 209–272.

3 Victor Meier: Wie Jugoslawien verspielt wurde. 3. Aufl. München 1999. S. 96 und 46.

DIE BOSNISCHEN MUSLIME IM KONTEXT DER NATIONALITÄTENPOLITIK DER »SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK JUGOSLAWIENS (SFRJ)«

Die föderalen und sozialistischen Grundlagen des zweiten jugoslawischen Staates⁴ wurden am 29. November 1943 auf der Tagung des »Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens«, eines politischen Zusammenschlusses kommunistisch geführter Organisationen und Partisanenverbände, im bosnischen Jajće paraphrasiert.⁵ Vor diesem Hintergrund bildete die Niederlage der deutschen Okkupanten und ihrer Verbündeten im Jahr 1945 gleichsam den Beginn eines Staatsaufbaus, dessen Selbstverständnis sich aus dem »multiethnischen« Partisanenkampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer und gegen den kroatischen faschistischen Ustaša-Staat⁶ speiste und die Ächtung von Nationalismus und Völkerhaß zum Staatsprinzip erhob.⁷ Ein wesentliches »essential« der politischen Strukturen Jugoslawiens bildeten die bereits in den fünfziger Jahren eingeleiteten Dezentalisierungsmaßnahmen und die 1971 und 1974 durchgeführten Verfassungsänderungen, worin den Föderationsrepubliken und Autonomen Provinzen weitreichende

-
- 4 Jugoslawien bestand aus den Republiken Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina sowie den Autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina, letztere als Bestandteil der Republik Serbien.
 - 5 Siehe Holm Sundhaussen: *Experiment Jugoslawien*. Mannheim 1993. S. 97. – Siehe auch Wolfgang Libal: *Das Ende Jugoslawiens*. Wien 1991. S. 61.
 - 6 Ante Pavelić, der Begründer der faschistischen Ustaša-Bewegung, kam aus der kroatischen Rechtspartei, welche die Vereinigung aller kroatischen Gebiete einschließlich Bosnien-Herzegowinas in einer eigenständigen Republik forderte. Den damaligen jugoslawischen Staat lehnte er ab, da dieser ohne die Zustimmung des kroatischen Volkes entstanden sei. Pavelić verteidigte zunächst die »Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation«, die Mazedonien von Jugoslawien lösen und an Bulgarien anschließen wollte. Nach Proklamation der Königsdiktatur gründete er die sogenannte »Revolutionäre Kroatische Aufstandsorganisation« (»Ustaša«). Das Ziel der Organisation bestand in der Separation Kroatiens, welches durch einen bewaffneten Aufstand erreicht werden sollte. Der Inhaftierung konnte sich Pavelić durch die Emigration (Wien, dann Bulgarien, später Italien) entziehen. Nach der Zerschlagung Jugoslawiens durch die deutsche Wehrmacht im Jahr 1941 wurde Pavelić Chef des kroatischen Marionettenstaates (siehe Wolfgang Libal: *Das Ende Jugoslawiens*. Wien 1991. S. 30ff.).
 - 7 Siehe Marie-Janine Calic: *Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina*. Erw. Neuauflage. Frankfurt am Main 1996. S. 54. – Siehe auch Ernstgert Kalbe: *Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa*. Berlin 1974. S. 199ff.

Kompetenzen gegenüber den Bundesinstanzen eingeräumt wurden.⁸ In diesem Zusammenhang kam den partikularen Nationalitäten eine staatskonstituierende Bedeutung zu. Gegenüber dem bürgerlich-monarchistischen Zwischenkriegsjugoslawien in den Jahren von 1918 bis 1941 verkörperte der Jugoslawismus der SFRJ nunmehr lediglich ein föderales staatliches Prinzip. Eine eigenständige nationale Konzeption beinhalte er nicht mehr. Da die partikularen Identifikationen jedoch aufgrund der gesellschaftlich-sozialen Wirklichkeit nicht durchgehend den realen Erfahrungen der Menschen entsprachen, bot der Jugoslawismus einem Teil der Menschen trotz (!) der offiziellen Nationalitätenpolitik eine alternative Identifikationsmöglichkeit.⁹ Das staatsoffizielle Nationalverständnis begünstigte indes die Aufrechterhaltung partikularistischer Identifikationen. Gegenüber Slowenen, Kroaten, Serben, Mazedoniern und Montenegrinern wurden die serbokroatisch sprechenden Muslime Bosnien-Herzegowinas auf der II. Tagung des »Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens« jedoch nicht als eine staatskonstituierende Nation berücksichtigt. Entgegen anfänglichen Vorschlägen, Bosnien und die Herzegowina lediglich als »Autonome Provinzen« zu konstituieren, wurde Bosnien-Herzegowina zu einer der sechs Föderationsrepubliken, die sich, wie es parteioffiziell hieß, aus Teilen der serbischen und der kroatischen Nation »sowie der bosnischen Muslime« bilde.¹⁰ In diesem Zusammenhang wurden die bosnischen Muslime zunächst als eine national noch unbestimmte Gruppe bezeichnet, »die sich unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen gleichberechtigt mit Serben und Kroaten entwickeln und sich national definieren kann«.¹¹ Dabei ging man allerdings von einem freiwilligen Plebiszit für die serbische oder kroatische Nationalzugehörigkeit aus.¹² Die Hoffnung jedoch, daß die bosnischen Muslime sich sukzessiv mit dem Kroaten- oder dem Serbentum identifizieren würden,

8 Siehe Monika Beckmann-Petey: *Der jugoslawische Föderalismus*. München 1990. S. 180f.

9 Siehe Marie-Janine Calic: *Ethnische Konflikte in Bosnien-Herzegowina – eine strukturelle Analyse*. In: Gerhard Seewann (Hrsg.): *Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa*. München 1995. S. 155.

10 Siehe Wolfgang Höpken: *Die jugoslawischen Kommunisten und die bosnischen Muslime*. In: Andreas Kappeler/Gerhard Simon/Georg Brunner (Hrsg.): *Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität–Politik–Widerstand*. Köln 1989 (im weiteren Wolfgang Höpken: *Die jugoslawischen Kommunisten ...*). S. 194.

11 Čolaković nach ebenda.

12 Siehe Noel Malcolm: *Geschichte Bosniens*. Frankfurt am Main 1996. S. 230.

erwies sich als trügerisch. So wählte der weitaus größte Teil der Muslime Bosnien-Herzegowinas im Rahmen der Volkszählung des Jahres 1953 die Option, sich als »Jugoslawe mit unbestimmter Nationalität« zu deklarieren.¹³

Verschiedene Faktoren führten zu Beginn der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts zu einer Änderung in der offiziellen Haltung hinsichtlich des nationalen Status der bosnischen Muslime. Ab den frühen sechziger Jahren verfolgte der »Bund der Kommunisten Jugoslawiens« (BdKJ) eine Politik, welche auf die Ausweitung der staatsrechtlichen und politischen Selbständigkeit der Föderationsrepubliken zielte. Auch hatte sich mittlerweile eine Elite muslimischer Funktionäre im bosnischen Parteiapparat etablieren können, die auf eine Aufwertung des Status der Muslime in den gesellschaftlichen Institutionen hinwirkte.¹⁴ Ein entscheidender Impuls für die jugoslawische Nationalitätenpolitik im Hinblick auf die Muslime Bosnien-Herzegowinas ging gleichsam von der außenpolitischen Orientierung des Landes auf die blockfreien Staaten aus. Nicht zuletzt zielte die Politik der jugoslawischen Staats- und Parteiführung darauf ab, im Lager der »Blockfreien« eine führende Rolle zu erlangen und dadurch die eigene Position zwischen dem östlichen und dem westlichen Lager zu stärken. Die jugoslawischen Muslime sollten dabei die Funktion eines Bindegliedes in den Beziehungen zu den arabischen Staaten einnehmen. Ab den sechziger Jahren konnten die muslimischen Eliten Jugoslawiens und Bosniens ihren politischen Einfluß daher entscheidend verbessern. Eine gesellschaftliche Aufwertung und Konsolidierung erlangten in diesem Zusammenhang auch die religiösen Institutionen der Muslime Jugoslawiens, von denen die Muslime Bosnien-Herzegowinas die größte Gruppe bildeten.¹⁵

Eine Revision der Haltung gegenüber den Muslimen deutete sich auf dem III. Kongreß des »Bundes der Kommunisten« (BdK) Bosnien-Herzegowinas an. Zunächst mußte eingeräumt werden, daß ein nationales Bekenntnis für das Serben- oder das Kroatentum häufig nur aus Gründen der politischen Opportunität, wo diese jedoch nicht erforderlich gewesen sei, gar nicht erfolgt wäre. Als Konsequenz wurde den Muslimen

13 Siehe Wolfgang Höpken: Die jugoslawischen Kommunisten ... S. 195.

14 Siehe Noel Malcolm: Geschichte Bosniens. Frankfurt am Main 1996. S. 231.

15 Siehe Alexandre Popović: Islamische Bewegungen in Jugoslawien. In: Andreas Kappler/Gerhard Simon/Georg Brunner (Hrsg.): Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität-Politik-Widerstand. Köln 1989. S. 277f.

in der Präambel der bosnisch-herzegowinischen Verfassung im Jahr 1963 ein Status als selbstständige »ethnische Gruppe« zugebilligt, wobei man den Terminus »Nation« und damit die volle Gleichstellung mit Serben und Kroaten weiterhin vermied.¹⁶ Der IV. Kongreß des BdK Bosnien-Herzegowinas kam zu der Auffassung, daß die Frage der nationalen Zugehörigkeit der Muslime nunmehr gelöst, und die Muslime den anderen Nationen als Volk gleichgestellt seien.¹⁷ Die muslimische Elite insistierte jedoch weiterhin auf eine nominelle Aufwertung zur »Nation«, da dies nicht zuletzt eine Verbesserung der Positionen innerhalb des nationalen Proporzsystems bei der Besetzung von Ämtern und Positionen verhiess. Erstmals wurde im Jahr 1967 seitens des exponierten Universitätsprofessors Muhammed Filipović die parteioffizielle Anerkennung eines eigenständigen Nationalstatus für die bosnischen Muslime gefordert.¹⁸ Filipović begründete die nationale Eigenständigkeit mit den kulturellen Dimensionen des muslimischen Glaubens und dem »Bosniakentum«, der vermeintlich »ethnischen« und politisch-territorialen Kontinuität Bosnien-Herzegowinas seit dem Mittelalter.¹⁹ Dieser Aspekt, als Ausdruck eines »muslimischen Nationalismus«, wurde von Teilen der muslimischen Intelligenz innerhalb und außerhalb der Parteiorganisation vertreten.²⁰ Dabei traf sich das Interesse der muslimischen Eliten an einer Aufwertung ihres kollektiven Status letztlich mit den Intentionen der Parteiführung auf Bundesebene. Hier insistierte man darauf, durch die Verbesserung des Status der Muslime ein Gegengewicht gegen die sich verstärkt artikulierenden nationalen Sonderinteressen der serbischen und der kroatischen Seite herzustellen. Denn die mit der Ausweitung der Republikskompetenzen seit den sechziger Jahren einsetzende Aufwertung nationaler Zugehörigkeit und nationaler Partikularinteressen hatte den Versuch kroatischer und serbischer Institutionen hervorgerufen, an Einfluß über die Republik Bosnien-Herzegowina zu gewinnen.

»Auf gesamtjugoslawischer Ebene konnte ein wesentlich durch Muslime politisch bestimmtes Bosnien, so offenkundig die Überlegungen der zentralen Parteiinstanzen, zudem durch deren quasi natürlichen Antago-

16 Siehe Noel Malcolm: *Geschichte Bosniens*. Frankfurt am Main 1996. S. 231.

17 Siehe Wolfgang Höpken: *Die jugoslawischen Kommunisten ...* S. 198.

18 Siehe Aydin Babuna: *Die nationale Entwicklung der bosnischen Muslime*. Frankfurt am Main. 1996. S. 294.

19 Siehe Smail Balić: *Das unbekannte Bosnien*. Köln 1992.

20 Siehe Aydin Babuna: *Die nationale Entwicklung der bosnischen Muslime*. Frankfurt am Main. 1996. S. 296.

nismus gegen potentiell kroatisches und serbisches Einflußstreben, die Rolle einer die zentralen Instanzen stabilisierende Stütze spielen – eine Funktion, die Bosnien schon kurze Zeit später in der Tat übernahm, als es sich rückhaltlos an die Seite Titos stellte in dessen Aktionen gegen die kroatische und serbische Parteiführung.«²¹

Der Widerstand gegen die Konstitution einer muslimischen Nation in Jugoslawien kam in erster Linie aus der kroatischen Kulturorganisation »Matica Hrvatska«, die sich in den sechziger Jahren zu einem Katalysator für nationalistische Tendenzen in Kroatien entwickelte hatte, sowie aus den Leitungsgremien des serbischen BdK. Der Schriftsteller Dobrica Ćosić und der Historiker Jovan Marjanović kritisierten eine Überbetonung des Nationalen gegenüber »einem vernünftigen [...] ›Jugoslawismus««,²² deren Ausdruck nicht zuletzt die Anerkennung einer neuen muslimischen Nation in Jugoslawien sei. Dabei sollte es zur Ironie der Geschichte werden, daß gerade Ćosić sich als einer der Protagonisten des serbischen Nationalismus exponierte, dessen Werk der Entstehung und Aufwertung ethnonationalistischer Diskurse in Serbien Ende der achtziger- und Anfang der neunziger Jahre eine wesentliche Dynamik verlieh.²³

Trotz der vereinzelt Widerstände wurde den bosnischen Muslimen im Mai 1968 seitens des Zentralkomitees der bosnisch-herzegowinischen Sektion des BdK der Status einer staatskonstituierenden Nation zuerkannt. Diese Entscheidung wurde im Jahr 1971 seitens der jugoslawischen Bundesinstanzen bestätigt.²⁴ Aufgrund dieser nun offiziell sanktionierten Etablierung einer muslimischen Nation und dem damit verbundenen Zugewinn an gesellschaftlichen und politischen Partizipationsmöglichkeiten, verorteten sich im Rahmen der Volkszählung des Jahres 1971 ca. 39 Prozent der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas als Muslime. In 13 der gut hundert bosnisch-herzegowinischen Gemeinden kam es dadurch zu Verschiebungen der Mehrheitsnation. Die Muslime bildeten nun demographisch die stärkste Bevölkerungsgruppe. In 42 Gemeinden stellten sie die Mehrheitsbevölkerung, während die Serben in 39 und die Kroaten in 27 Gemeinden dominierten. Durch die Anerkennung der Muslime als staatskonstituierende Nation veränderten sich auch die personellen und

21 Wolfgang Höpken: Die jugoslawischen Kommunisten ... S. 200.

22 Ebenda.

23 Siehe Christopher Bennett: Yugoslavia's Bloody Collapse. New York 1995. S. 79.

24 Siehe Irena Reuter-Hendrichs: Der Islam in Jugoslawien. Ebenhausen 1988. S. 25.

strukturellen Konstellationen in den Organisationen und Institutionen Bosnien-Herzegowinas. Der Anteil der Muslime im ZK des bosnischen BdK stieg von 25% im Jahr 1965 auf ca. 40% im Jahr 1974. Ein ähnlicher Anstieg war in den politischen Gremien auf Republiks- und Gemeindeebene zu verzeichnen. Der Historiker Wolfgang Höpken stellt fest:

»Das Prinzip national proportionierter Kandidatenlisten hat dabei vor allem das früher dominierende serbische Element zurückgedrängt und die Muslime zu einem Faktor erheblichen politischen Einflusses gemacht.«²⁵

Die bosnischen Muslime nahmen in der offiziellen Definition nunmehr den Rang einer Kulturnation ein, wobei man sich bemühte, die säkulare nationale Bedeutung gegenüber dem religiösen Gehalt der Bezeichnung »Muslim« abzugrenzen. Man einigte sich darauf, diesen Status in der Diktion durch die Großschreibung des ersten Buchstaben als Subjekt, »Musliman«, zu kennzeichnen, während die Glaubensrichtung adjektivisch durch eine Kleinschreibung, »musliman«, ausgedrückt werden sollte.²⁶ Nach der staatsrechtlichen Etablierung einer muslimischen Nation wurden mithin auch die konfessionellen Strukturen der Muslime stärker gefördert. Muslime erhielten nun Gelegenheit, an arabischen Universitäten zu studieren und religiöse Pilgerfahrten nach Mekka zu unternehmen.

Die wachsende Bedeutung des Islam in Jugoslawien führte u. a. dazu, daß seit dem Ende der sechziger Jahre immer mehr Bewerber an die Fakultät für Islamische Theologie in Sarajevo drängten, so daß die Kapazität der Universität schon bald nicht mehr ausreichte. Viele Studierwillige machten daher von der neuen Möglichkeit Gebrauch, in einem der arabischen Länder Theologie zu studieren. Seitens des BdK wurde diese Entwicklung jedoch zunehmend skeptisch betrachtet. Man befürchtete einen steigenden Einfluß panislamistischer Konzepte auf die im arabischen Ausland ausgebildeten neuen islamischen Eliten.²⁷ In der Tat nahmen die Verbindungen zwischen islamischen Ländern und den islamischen Kräften und Institutionen Jugoslawiens in den siebziger Jahren zu. Die Neuerrichtung und Restaurierung jugoslawischer Moscheen wurden in erster Linie durch finanzielle Zuwendungen aus arabischen Ländern und seitens internationaler islamischer Organisationen getragen.

25 Wolfgang Höpken: Die jugoslawischen Kommunisten ... S. 201.

26 Siehe Noel Malcolm: Geschichte Bosniens. Frankfurt am Main 1996. S. 231.

27 Siehe Irena Reuter-Hendrichs: Der Islam in Jugoslawien. Ebenhausen 1988. S. 32.

Irena Reuter-Hendrichs hebt hervor, daß der jugoslawische und bosnisch-herzegowinische Islam in den siebziger und achtziger Jahren eine regelrechte Renaissance erlebte. Die neuen religiösen Eliten waren gegenüber ihren Vorgängern immer weniger zu Kompromissen mit der politischen Führung des Landes bereit.²⁸ Auch in den bosnisch-herzegowinischen Institutionen und selbst im BdK schlugen sich diese Entwicklungen nieder. Ab Mitte der siebziger Jahre, so konstatiert Alexandre Popović, begannen sich die muslimischen Aktivitäten insgesamt gegenüber der Staats- und Parteiführung zu verselbständigen. Die muslimischen Eliten »stellten den Sozialismus stärker denn je nicht nur als eine Art von Nebenerzeugnis der islamischen Ideologie hin, sondern als ein mangelhaftes Nebenprodukt, dem etwas wesentliches fehlte, nämlich eine spirituelle Komponente«.²⁹

Innerhalb und außerhalb der staatlichen Institutionen formierten sich, begünstigt durch die Aufwertung des Islam im Kontext der staatsrechtlichen Etablierung einer »muslimischen Nation« sowie den zeitweilig engen politischen Kontakten Jugoslawiens zu islamischen Ländern, kleine urbane Gruppen islamistisch orientierter Intellektueller, deren Einfluß insbesondere in der Phase des zunehmenden ökonomischen und symbolischen Verfalls der jugoslawischen Gesellschaft und ihrer politischen Paradigmen während der achtziger Jahre zunahm. Sie sollten im Kontext der weiteren Zerfallsprozesse eine wichtige politische Bedeutung erlangen.

ISLAMISMUS ALS MOBILISIERUNGSFAKTOR DES »MUSLIMANSTVO« (MUSLIMANENTUM)

Einer der Hauptakteure dieser Entwicklung war Alija Izetbegović, der Anfang der neunziger Jahre zu den Gründern der bosnisch-muslimischen SDA, »Stranka Demokratske Akcije« (Partei der Demokratischen Aktion) gehörte, und nach den Parlamentswahlen im Jahr 1990 Mitglied des bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidiums wurde. Mit Ausbruch des Bürgerkrieges wurde Izetbegović allgemein als Präsident Bosnien-Herzegowinas bezeichnet, dieses Amt existierte jedoch in der Verfassung des

28 Siehe ebenda. S. 30 und 34f.

29 Alexandre Popović: Islamische Bewegungen in Jugoslawien. In: Andreas Kappeler/Gerhard Simon/Georg Brunner (Hrsg.): Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität–Politik–Widerstand. Köln 1989. S. 278.

Landes offiziell nicht. Statt dessen stand Izetbegović bis 1992 dem letzten Staatspräsidium Bosnien-Herzegowinas innerhalb der jugoslawischen Föderation vor.³⁰

In der Figur Izetbegović vereinigt sich sowohl die Formulierung einer theoretischen Konzeption des politischen Islam in Jugoslawien, als auch der politische Protagonismus für die Mobilisierung der Muslime auf der Basis des Islam selbst, wobei die politischen Interventionen Izetbegovićs einer gewissen Widersprüchlichkeit nicht entbehrten, wie noch zu zeigen ist. Im Zusammenhang mit der Politisierung des »Muslimanstvo«, des »Muslimanentums«, d. h. der kollektiven Identifikation auf der Basis des »Muslimseins« und dessen Politisierung, welches in der historischen Tradition der muslimischen Autonomiebewegung in der österreichisch-ungarischen Phase steht, kommt Izetbegović eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus wurde Izetbegović aber auch zum Symbol für die Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas.

Izetbegović, geboren am 8. August 1925, nahm während der vierziger Jahre an Aktionen bosnischer Muslime gegen die Partisanenverbände teil. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Izetbegović Mitglied der in der Illegalität operierenden Organisation »Mladi Muslimani« (Junge Muslime), die das Ziel der Mobilisierung der Muslime auf islamischer Grundlage verfolgten.³¹ Wegen »panislamischer Agitation« wurde er im Jahr 1946 zu drei Jahren Haft verurteilt. Danach studierte er Jura und arbeitete ab Mitte der fünfziger Jahre als Jurist in Sarajevo.³² Auch während dieser Zeit engagierte er sich in islamischen Organisationen.

Die Anfang der siebziger Jahre (!) verfaßte, jedoch zunächst nicht publizierte »Islamska Deklaracija« (Islamische Deklaration) sowie sein in den USA veröffentlichtes Werk »Islam between East and West« stellen in unterschiedlicher Akzentuierung die konzeptionelle Basis der Reaktualisierung des »Muslimanstvo« im ehemaligen Jugoslawien dar.³³ Wäh-

30 Siehe · eljko Vuković: Alija Izetbegović – ein Gefangener seiner Mission. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Frankfurt am Main 41(1994)5 (im weiteren · eljko Vuković: Alija Izetbegović ...). S. 426.

31 Siehe ebenda. S. 424.

32 Siehe Hans-Joachim Hoppe: Das Dayton Abkommen und die neue Führungselite in Bosnien-Herzegowina. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1988. S. 8.

33 Siehe Mira Beham: Das Familienoberhaupt. Alija Izetbegović und die Menschwerdung der bosnischen Moslems. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Frankfurt am Main 42(1995)12. 1112–1115.

rend die »Islamska Deklaracija« in der Rezeption häufig als ein Dokument des Islamismus gewertet wird, repräsentiert sein publizistisches Hauptwerk »Islam between East and West« angeblich eine Korrektur dieser Position und eine Öffnung des Islam zur westlichen Welt.³⁴ Diese Beurteilung erscheint, wie gezeigt werden soll, problematisch. In Frankreich wurde das Werk im Jahr 1994 immerhin als so bedrohlich empfunden, daß man es als »staatszersetzend« klassifizierte und verbot.³⁵

Die »Islamska Deklaracija«, Anfang der achtziger Jahre im Rahmen der staatlichen Maßnahmen gegen die muslimische Opposition bei einer Hausdurchsuchung Izetbegovićs gefunden, brachte ihrem Verfasser im Jahr 1983 ein Urteil über vierzehn Jahre Haft wegen »Aufruf zur Zerstörung Jugoslawiens« ein.³⁶ Im Jahr 1988 wurde Izetbegović vorzeitig aus der Haft entlassen. War die »Islamska Deklaracija« vor der Verurteilung ein lediglich in den inneren Kreisen der muslimischen Opposition zirkulierendes Dokument ohne größere Verbreitung in Jugoslawien, so erhielt sie erst durch die staatlichen Maßnahmen selbst eine öffentliche und politische Aufwertung. In islamischen Staaten dagegen wurde der »Islamska Deklaracija« bereits in den siebziger Jahren eine große Aufmerksamkeit zuteil. 100.000 Exemplare wurden allein in Kuwait in arabischer Sprache gedruckt und verkauft.³⁷ Nach der Verurteilung Izetbegovićs im Jahr 1983 zunächst in der in London erscheinenden Zeitung »The South Slav Journal« als zeitgeschichtliches Dokument in englischer Sprache veröffentlicht, wurde die Deklaration in Bosnien-Herzegowina im Jahr 1990, also zu einem Zeitpunkt, an dem sich die ethnationale Polarisierung zuzuspitzen begann, der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht und als politisches Programm für Bosnien-Herzegowina verstanden.³⁸

34 Siehe Hans-Joachim Hoppe: Das Dayton Abkommen und die neue Führungselite in Bosnien-Herzegowina. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1988. S. 9.

35 Siehe Mira Beham: Das Familienoberhaupt. Alija Izetbegović und die Menschwerdung der bosnischen Moslems. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Frankfurt am Main 42(1995)12. S. 1112.

36 Siehe ebenda. S. 1113.

37 Siehe Mira Beham: Der Jongleur von Sarajevo. In: »Die Woche«. Hamburg vom 26. Mai 1994. S. 19.

38 Siehe Alija Izetbegović: The Islamic Declaration. In: The South Slav Journal, Dosity Obradovich Circle. Bd. 3-15. London 1983 (im weiteren Alija Izetbegović: The Islamic Declaration ...). S. 56-88. – Alija Izetbegović: Islamska deklaracija. Sarajevo 1990. – Das zweite Kapitel der »Islamska Deklaracija« wurde unter dem Titel »Die Islamische Ordnung« im Jahr 1993 von Peter Gerlinghoff in der »Edition Neue

Sowohl die »Islamska Deklaracija« wie auch das Werk »Islam between East and West« verkörpern islamistische Artikulationsformen, die seit den achtziger Jahren einem sogenannten »islamischen Fundamentalismus« zugeordnet werden.³⁹ Eine Beurteilung der politischen Implikationen und der Bedeutung der neueren islamischen Diskurse und Bewegungen in ihren internationalen Dimensionen sowie der Kategorie »Fundamentalismus« kann hier nicht erfolgen. Es sollen jedoch kurz die wesentlichen inhaltlichen Charakteristika des in der wissenschaftlichen Diskussion als »Islamismus« bezeichneten Phänomens betrachtet werden.

ASPEKTE DES ISLAMISMUS

Die Grundlage des islamischen Glaubens bilden der Koran und die Sunna. Letztere stellt das in »Hađithen«, Aussprüche des Propheten Muhammed, überlieferte Vorbild für die Ordnung der muslimischen Urgemeinde dar. Der Islam anerkennt keine Mittler zwischen den Gläubigen und Gott, eine eigene Priesterkaste wird daher abgelehnt.

»Es gibt keine Mittler zwischen Allah und dem Menschen. Allahs Leitung ist in Form seines Buches, des Koran, und im lebendigen Beispiel Seines Propheten, der Sunna, für alle verfügbar. Sie liefert in aller Klarheit die Ideale, Werte und Prinzipien, die der Mensch braucht, um sein individuelles und gemeinschaftliches Leben auf Wahrheit und Gerechtigkeit zu bauen.«⁴⁰

So existiert zwar eine islamische Theologie, deren Akteuren kommt jedoch nicht die Funktion einer priesterlichen Vermittlung, sondern vielmehr die Aufgabe der Auslegung des islamischen Rechtswesens, der »šarī'a«, zu. Dieses gilt als das wesentliche Element des Islam.⁴¹ Für die

Wege« in Berlin herausgegeben (siehe Alija Ali Izetbegović: Die Islamische Ordnung. Aus dem politischen Programm des bosnischen Praesidenten. Hrsg. von Peter Gerlinghoff. Berlin 1993. S. 3–26).

39 Siehe Ursula Spuler-Stegemann: Islamisten und Extremisten. In: Ursula Spuler-Stegemann: Muslime in Deutschland: Nebeneinander oder Miteinander. Freiburg im Breisgau 1998 (im weiteren Ursula Spuler-Stegemann: Islamisten und Extremisten ...). S. 60–100.

40 CIBEDO (Hrsg.): Universal Islamic Declaration/Politisch-religiöse islamische Grundsatzerklärung. In: CIBEDO Texte. Christlich-Islamische Begegnung. Dokumentationsleitstelle Köln vom 15. Juli 1980 (Nr. 4). S. 9.

41 Markus Hattstein: Weltreligionen. Köln 1997. S. 101f.

Islamisten endet, im Gegensatz zu den Anschauungen der islamischen Traditionalisten, das »goldene Zeitalter« der muslimischen Gemeinschaft mit dem Tod des vierten Kalifen, eines Verwandten des Propheten Mohammed, bereits 24 Jahre nach dessen Tod. Die späteren Entwicklungen des islamischen Rechtssystems, der »šarī'a«, haben daher für die Islamisten kaum Bedeutung, vielmehr sei eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Werte des Islam erforderlich.⁴²

Im Mittelpunkt der islamistischen Diskurse steht die Einheit von Religion und sozialer Ordnung und die Einheit der spirituellen und der weltlichen Dimension der Existenz! Eine Trennung zwischen Religion, als persönliches Glaubensbekenntnis und Privatangelegenheit der Individuen, und den gesellschaftlich-sozialen Strukturen des Staates lehnen die Islamisten ab. Der Islamismus wendet sich daher gegen einen Islam, der sich als reine Religion versteht und in diesem Zusammenhang gegen islamische Institutionen, deren Zweck lediglich in der Religionsausübung und in der Religionslehre besteht.⁴³

Der Islamismus präsentiert sich gegenüber dem orthodoxen Traditionalismus als dynamisch und zukunftsorientiert. Er nimmt für sich in Anspruch, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu verkörpern und stellt sich nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme als die einzige Lösung dar, mittels derer die Menschheit vor dem weiteren sozialen und moralischen Verfall gerettet und in eine gerechtere Welt geführt werden kann. Die Erneuerung der islamischen Gemeinschaft erfordere gleichzeitig eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Lehren des Islam. Die Muslime sollen sich auf dieser Grundlage von allen fremden Einflüssen befreien und gleichzeitig den Wissenserwerb und die Beschäftigung mit den Wissenschaften auf allen Gebieten vertiefen, denn nur so lasse sich die westliche Überlegenheit auf technologischem und militärischem Gebiet überwinden und eine sich auf Wohlstand und soziale Gerechtigkeit basierende islamische Gesellschaft gründen. Der Wissenserwerb in allen Bereichen, auch in der westlichen Philosophie und in den Sozialwissenschaften, hat daher für die Protagonisten islamistischer Bewegungen eine hohe Bedeutung.⁴⁴

42 Siehe Ursula Spuler-Stegemann: *Islamisten und Extremisten ...* S. 60.

43 Siehe Peter Antes: *Der Islam als politischer Faktor*. Hannover 1997. S. 10f.

44 Siehe Ursula Spuler-Stegemann: *Islamisten und Extremisten ...* S. 61 und 64.

DIE »ISLAMSKA DEKLARACIJA«

Alija Izetbegovićs Schrift »Islamska deklaracija« stellt die Mobilisierung der jugoslawischen Muslime implizit in den Kontext einer weltweiten islamischen Erneuerungsbewegung. Izetbegović sympathisiert insbesondere mit dem sich als »islamisch« bezeichnenden pakistanischen Staat.

»Speaking of Islamic government it is not possible to overlook the example of Pakistan as the only declared Islamic republic today (im Jahr 1970 – A. B.). We salute Pakistan, regardless of certain failures and difficulties, because it is the fruit of these aspirations to establish an Islamic order and also those who conceived Pakistan, like those who created it, were guided by the true Islamic idea. Pakistan is a dress rehearsal for the introduction of an Islamic order under modern conditions and the present level of development. The protagonists of Islam must, and can, learn from the example of Pakistan what they must and must not do.«⁴⁵

Ohne direkt auf die Muslime Jugoslawiens Bezug zu nehmen, wendet sich Izetbegović an die »Welt des Islam«, um die Muslime für den Aufbau einer islamischen Ordnung, orientiert am Beispiel Pakistans, mit der islamischen »šari'a« als allgemein verbindlichem Rechtssystem zu gewinnen. Izetbegović will mit der Deklaration daher nicht die Überlegenheit des Islam, die er zweifellos voraussetzt, beweisen. Vielmehr richtet er sich mit einem Appell an die Muslime, um sie für seine islamische Erneuerungsbewegung zu mobilisieren und sie dazu zu bewegen, »... to act in accordance with the obligations imposed by their love and adherence«.⁴⁶ Denn Izetbegović konstatiert eine Umbruchssituation in der islamischen Welt, ein Aufbegehren und ein Ende der vermeintlichen Phase des Stillhaltens und der Passivität.

»Whatever this world will look like in the future, onething is certain: it will no longer be the world of the first half of this century. The epoch of passivity and inaction is gone forever [...] Everyone tries to take advantages of this period of chance and movement and partulary so the powerfull foreigners in the East and West.«⁴⁷

Auch nach der Befreiung vom Kolonialismus ist die Welt des Islam Izetbegović zufolge fremden Mächten ausgesetzt, die ihren Einfluß nun

45 Alija Izetbegović: The Islamic Declaration ... S. 80.

46 Ebenda. S. 57.

47 Ebenda.

nicht mehr militärisch, sondern mittels des Exports von Ideologie und Kapital geltend machen und damit das Ziel verfolgen, »... to maintain their presence and to continue to hold the Moslem peoples in a state of spiritual impotence and material and political dependence«. ⁴⁸ Eine explizite geopolitische Abgrenzung jener Länder und Regionen, die er der islamischen Welt zurechnet, nimmt Izetbegović dabei nicht vor. Er fordert dazu auf, die nicht näher definierte »Welt des Islam« von den Fremdmächten und deren weltanschaulichen Einflüssen zu befreien. Denn als mindestens ebenso gravierend wie soziale und ökonomische Abhängigkeiten beurteilt Izetbegović den negativen Einfluß nichtislamischer Ideen und nichtislamischen Denkens:

»As an Islamic country, Turkey ruled the world. As a fake European country, Turkey is a third-rate power among the hundreds of such in the world [...] A people, as well as an individual, which has embraced Islam, is incapable afterwards of living or dying for an other ideal. It is inconceivable for a Moslem to sacrifice himself for any king or ruler, or whatever he is called, or the glory of a nation, party or similar, because with the strongest Islamic instinct, recognizes in it a kind of godlessness and idolatry. A Moslem may only die with the name of Allah on his lips or for glory of Islam – or he must flee the battlefield.« ⁴⁹

Die islamische Welt kann seiner Überzeugung nach daher nur unter dem Islam als politisch-sozialer Kraft erneuert werden. Die Originalität seiner Deklaration sieht er darin, die Ideen und Pläne einer organisierten Aktion dem Zweck ihrer Verwirklichung zuzuführen. ⁵⁰

Nach dieser appellativen Einleitung und der Benennung der äußeren Gegner der islamischen Erneuerung, nimmt Izetbegović Bezug auf die von ihm identifizierten Kontrahenten innerhalb der islamischen Länder und Institutionen selbst. Sowohl islamische Konservativisten wie westorientierte Modernisten macht Izetbegović für die von ihm konstatierte Misere in der islamischen Welt verantwortlich. Beide Kräfte betrachten, so Izetbegović, den Islam lediglich als eine Religion und engen ihn daher auf ein Glaubenssystem ein, anstatt ihn auch auf die physische Welt zu beziehen. Dieses Denken beinhaltet jedoch ein westliches Religionsverständnis, von dem Izetbegović sich ausdrücklich abgrenzt. Innerhalb der konservativen islamischen Institutionen habe sich zudem, unter Mißach-

48 Ebenda.

49 Ebenda. S. 58.

50 Ebenda. S. 58 und 57.

tung des ausdrücklichen Verbots einer weltlichen Vermittlungsinstanz zwischen Gott und den Gläubigen durch den Koran, eine spezielle Priesterschaft herausgebildet, die zudem die Koraninterpretation monopolisiere. Der islamische Konservatismus, so Izetbegović, ist nicht in der Lage, den Islam für die Lösung der aktuellen sozialen und gesellschaftlichen Probleme nutzbar zu machen. Vielmehr weise dieser eine größere Nähe zum Mystizismus denn zum zeitgenössischen wissenschaftlichen Fortschritt auf und kompromittiere dadurch gleichsam eine wesentliche Essenz der islamischen Lehre, den Monotheismus.⁵¹

Unter impliziter Bezugnahme auf panarabisch-nationalistische sowie sozialistische Einflüsse in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die hier seit den fünfziger bis weit in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein populär waren,⁵² beklagt Izetbegović darüber hinaus den schädlichen Einfluß »sogenannter progressiver, westorientierter und modernistischer« Kräfte, die seiner Auffassung zufolge besonders stark in den Verwaltungen, im Erziehungssystem und im öffentlichen Leben islamischer Länder vertreten sind und daher die Öffentlichkeit dazu nutzen, den Islam und alles, wodurch er repräsentiert wird, zu desavouieren. Diese Kräfte, so Izetbegović, sind in Europa ausgebildet worden und mit einem tiefen Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem begüterten Westen in die islamische Welt zurückgekehrt. Sie seien der Auffassung, durch die Zerstörung des eigenen Glaubens, der Traditionen, Bräuche und Konventionen über Nacht die westliche Welt kopieren zu können. Für schädlich hält Izetbegović dabei nicht das westliche Wissen als solches, sondern die vermeintliche Unfähigkeit, dieses im eigenen Interesse zu nutzen und den Fortschritt mit den islamischen Traditionen zu verbinden. Die Modernisten bringen seiner Auffassung nach nicht die nützlichen Dinge mit, sondern die schädlichen Nebenprodukte des Zivilisationsprozesses, die westliche Lebensweise mit ihren Degenerationserscheinungen.⁵³ Sowohl Konservativisten als auch Modernisten verkörpern Izetbegović zufolge daher den tiefen Verfall islamischen Denkens. Für die von Izetbegović apostrophierte Phase der Stagnation und des geistigen, ökonomischen und moralischen Niedergangs macht er den Autoritätsverlust des Korans verantwortlich. Zwar werde der Koran gelesen, interpretiert und eine

51 Siehe ebenda. S. 59.

52 Siehe Peter Antes: *Der Islam als politischer Faktor*. Hannover 1997. S. 16.

53 Siehe Alija Izetbegović: *The Islamic Declaration ...* S. 60.

Auslegungswissenschaft entwickelt, dabei unterlasse man es jedoch, ihn auch in der Praxis anzuwenden.

»The whole reality of the Moslem world, with its discrepancy between word and deed; its dissoluteness, filth, injustice and cowardice; its monumental but deserted mosques; its big, white turbans without ideals and courage, its hypocritical Islamic slogans and religious poses; and its empty shell of faith, is only outward expression of this fundamental contradictions in which the Koran figures, and in which zealous respect for this book has been gradually combined with an absolute disregard for the applications of its principles.«⁵⁴

In dieser reduzierten Rolle des Korans sieht Izetbegović den Hauptgrund für die vermeintliche Kraftlosigkeit der muslimischen Völker. In diesem Zusammenhang beklagt er das Fehlen eines genuin islamischen Erziehungssystems. Das Bildungssystem in den islamischen Ländern dient seiner Auffassung zufolge dem Einfluß fremder Mächte und sichert dadurch den Fortbestand fremder Herrschaft über die islamische Welt.⁵⁵ Laizismus und Nationalismus, so Izetbegović, verkörpern ein der islamischen Welt und ihren Menschen fremdes Denken und können daher keine positive Wirkung entfalten. Sie stellen seiner Überzeugung nach die Negation muslimischer Traditionen dar und sind gleichsam verantwortlich für die vorherrschende spirituelle Armut. Unter diesen Einflüssen verfallen die Muslime, die sich Izetbegovićs Einschätzung zufolge eine islamische Aktion wünschen, in Lethargie und Gleichgültigkeit. Izetbegović erachtet die Entstehung einer avantgardistisch-islamistisch orientierten Intelligenzschicht für notwendig, um die Menschen für die islamische Umwälzung zu begeistern. Denn »... the leading group is the will and the mind, the people the heart and blood of every deep-rooted movement«. Der Aufbau der islamischen Ordnung lasse sich daher nur unter Führung einer islamischen »Intelligentsia« realisieren.⁵⁶

Den Kern der Schrift Izetbegovićs bildet das zweite Kapitel, worin er die von ihm angestrebte Islamische Ordnung detailliert beschreibt. Izetbegović charakterisiert sie als »... unity of faith and law, upbringing and strenght, ideal and interest, the spirital community and state, willingness and compulsion«. Der Muslim müsse sich eine muslimische Umgebung

54 Ebenda. 64.

55 Siehe ebenda. S. 64.

56 Siehe ebenda. S. 65f.

schaffen, um als Muslim leben zu können. »He must change the world or he himself will be changed.«⁵⁷

Als Voraussetzung für die Errichtung der Islamischen Ordnung betrachtet Izetbegović jedoch das Vorhandensein einer muslimischen Gesellschaft, denn ohne die muslimische Gesellschaft stelle die Islamische Ordnung lediglich eine andere Form von Gewaltherrschaft dar. In der muslimischen Gesellschaft allerdings sei, als Voraussetzung für den Aufbau der Islamischen Ordnung, zunächst die Staatsmacht zu erobern. Es gibt daher im Denken Izetbegovićs keine wirkliche islamische Bewegung, die nicht zugleich auch eine politische Bewegung ist:

»History does not know a single truly Islamic movement which was not simultaneously a political movement. This is because Islam is a religion, but at the same time it is also a philosophy, a morality, a social order, a style, an atmosphere – in a word, a comprehensive way of live. It is impossible to believe in Islam and yet work, earn of living, amuse oneself in a non-Islamic way.«⁵⁸

Izetbegović apostrophiert in diesem Zusammenhang zunächst einen grundlegenden Unterschied zwischen der westeuropäischen und der islamischen Denkweise. Die westeuropäische Denkweise ist ihm zufolge von der Auffassung durchdrungen, eine Gesellschaft lasse sich mit Hilfe von Gesetzen optimal gestalten. Diese Tradition sieht er repräsentiert in den Utopien von Platons »Politeia« bis zum Marxismus. Hier wird, so Izetbegović, nach einem Schema gesucht, mittels dessen sich durch die Veränderung der Beziehungsstruktur zwischen den Menschen eine ideale Gesellschaft errichten läßt. Izetbegović insistiert dagegen auf die Erziehung der Menschen durch den Koran, worin sich seiner Auffassung nach weniger Gesetze und statt dessen mehr echter Glauben und praktische Verhaltensanforderungen finden:

»A multitude of laws and complex legislation is usually a sure indication of ›rot‹ in a society and that it is necessary to stop introducing laws and to begin educating people. When the corruption of a society becomes excessive, laws become impotent. They either fall prey to a corrupt judiciary or become the object of overt and/or covert evasion by a venal society.«⁵⁹

57 Ebenda. S. 66f.

58 Ebenda. S. 67.

59 Ebenda.

Eine mittels komplexer Gesetzgebung regulierte Gesellschaft offenbart durch diesen hohen Regulierungsbedarf nur ihre »Verdorbenheit«, so die Auffassung Izetbegovićs. Einen Ausweg sieht er in der strikten Anwendung der Prinzipien des Korans. Denn der Islam wird nicht lediglich als ein religiöses Ideal begriffen, sondern soll eine Lehre der Totalität des Lebens darstellen. Daher unterscheide sich der Islam von anderen Religionen und Philosophien. Er integriert, so Izetbegović, inneres und äußeres, geistiges und physisches Leben und repräsentiert damit ein Prinzip, welches durch das Nebeneinander von Fabrik und Gebetshaus gekennzeichnet ist. Die Erziehung der Menschen und das Ziel, ihr Leben durch Wissenschaft und Arbeit zu erleichtern, betrachtet Izetbegović als zusammenhängende Bestandteile der Islamischen Ordnung.⁶⁰ Eine wesentliche Schlußfolgerung aus den Prinzipien der Islamischen Ordnung ist deren Inkompatibilität mit nichtislamischen Systemen.

»The first and most important of these is certainly the one that concerns the incompatibility of Islam and non-Islamic systems. There is no peace or co-existence between the ›Islamic faith‹ and non-Islamic social and political institutions.«⁶¹

Die häufigen Umwälzungen und die Dysfunktionalität der Regime in vielen islamischen Ländern basieren Izetbegović zufolge auf dem Umstand, daß die Prinzipien des Islam und seiner Ordnung in ihnen nicht beachtet werden, sie stellen eine Folge der apriorischen Opposition gegen den Islam dar. Durch die Verbundenheit von Wissenschaft, Glauben, Politik, Moral sowie Individualität, Kollektivität und Geistigem wie Materiellem, repräsentiere der Islam hingegen eine vermittelnde Idee und gebe Antworten auf die Probleme, »which have divided the present-day world ...«. ⁶² Der Islam verspricht Religion ohne Mystik sowie Wissenschaft ohne Atheismus und kann daher alle Menschen unterschiedslos für sich interessieren, so Izetbegović, der den Islam damit gleichsam als universelle Lösung anbietet. ⁶³ Izetbegović kennzeichnet die islamische Gesellschaft als eine unmittelbar perzeptiv verbundene Gemeinschaft der Gläubigen. ⁶⁴ Dem Staat kommt in diesem Modell nur eine nachgeordnete Bedeutung zu. Denn innerhalb der unmittelbar durch den Islam und die

60 Siehe ebenda. S. 68.

61 Ebenda.

62 Ebenda. S. 69.

63 Siehe ebenda.

64 Siehe ebenda.

»šarī'a« verbundenen Gemeinschaft ist eine weitere vermittelnde und regulierende Instanz nur noch bedingt akzeptabel. Vielmehr sollen die islamischen Verhaltensnormen zur kollektiven Selbstverpflichtung der Gemeinschaftsangehörigen werden. Vergleichbar mit dem radikalen Protestantismus des Christentums transformiert sich die äußere Macht damit zu einer inneren Instanz und die Unterwerfung zu einem individuellen Verlangen.⁶⁵ In diesem Akt der kollektiven Unterwerfung werden sich gleichsam alle sozialen und nationalen Unterschiede nivellieren. So absolut und antagonistisch die Unterscheidung zwischen der islamischen und der nichtislamischen Gemeinschaft gesetzt ist, so absolut wird mithin die Gleichheit innerhalb der islamischen »community« selbst apostrophiert. Dieser Islam – als umfassendes Vergemeinschaftungsmodell – strebt nach der Vereinigung der Muslime in eine einzige kulturelle, politische und religiöse Gemeinschaft:

»Islam contains the principle of the ummet, [...] that is, the tendency to unite all Moslims in a single religious, cultural and political community. Islam is not a nationality but a supra-national community.«⁶⁶

Daher stellt der Islam gleichzeitig eine Grenze dar zwischen dem Diesseitigen, welches das genuin Wesenhafte und Klare der islamischen Welt verkörpert, und dem Jenseitigen, dem Verdorbenen und Fremden.

»Islam and Pan-Islamism define the border line between Islamic and non-Islamic tendencies in the present Moslem world. A community is Islamic in proportion to the degree in which Islam determines its internal relations, and Pan-Islamism its external relations. Islam is its ideology and Pan-Islamism its policy.«⁶⁷

Für eine solche Gemeinschaft, worin die Spiritualität und die Physis des muslimischen Individuums wie des muslimischen Kollektiv gleichermaßen konzeptionell aufgehoben sind, bedeutet Pluralität der Werthaltungen, Lebensweisen und politischen Auffassungen ein Einfallstor für das eben noch exkludierte Fremde und Schädliche. Die innere Repräsentanz des Glaubens als individuelle wie kollektive Selbstverpflichtung bedarf deshalb ihrer äußeren Flanke, welche nicht zuletzt in der medialen Hegemonie über die Öffentlichkeit wurzelt, denn – so Izetbegović – die Islamische Ordnung ist ein unverletzliches Ziel, daß nicht Gegenstand irgendeiner Abstimmung sein kann:

65 Siehe ebenda. S. 70.

66 Siehe ebenda. S. 70f.

67 Ebenda. S. 71.

»It should not be permitted that these media should be seized by corrupt and degenerate people – as is normally the case – to transmit the senseless and emptiness of their own lives to others. What can be expected if completely contradictory messages come from the mosque and the television?«⁶⁸

Die Islamisierung der Öffentlichkeit stellt für Izetbegović daher ein wichtiges Element der Islamischen Ordnung dar. Aber auch dies dient im wesentlichen dem Ausschluß von Störungen der subjektiven, inneren Formierung. Denn die Realisierung der islamischen Imperative verlangt die innere, selbsttätige Hinwendung der Muslime an eben diese. Vor die politische Machtübernahme setzt Izetbegović daher die religiöse Revolution, die für ihn ein Prozeß der Selbstfindung und kollektiven Entdeckung der eigenen Stärke darstellt. Wenn die muslimischen Menschen zu sich selbst, d. h. zu ihrem wirklichen Wesen finden, entwickeln sie damit die Reife für die »Vollendung der Demokratie« in der Islamischen Ordnung. Denn diese verkörpert die »... realization of the deepest aspirations of the Moslem people and the ordinary man ...«⁶⁹ und damit deren spirituelle und gesellschaftlich-soziale Erlösung. Jene aber fällt den Muslimen nicht zu, sondern muß in einer mühseligen Phase der Katharsis, der Reinigung von Korruption, Passivität, Heuchelei und Aberglauben, dem Fremden, Nichtislamischen mithin, errungen werden:

»There are too many things begging to be destroyed. Therefore, these will not be days of prosperity but days of dignity. A people that sleeps can only be aroused with blows. Whoever wishes good to our community must not spare it strain, danger and misfortune. On the contrary, he must do everything so that this community uses all of its strength as soon as possible to test its potential to take risks, in a word, not to sleep but to live.«⁷⁰

Dabei müssen die Protagonisten der islamischen Erneuerung, so fordert Izetbegović, zuerst Prediger und dann Soldaten sein. Der Kampf um die Islamische Ordnung kann nur auf der Basis einer gefestigten und einheitlichen Organisation Erfolg haben.⁷¹ Izetbegović entwirft einen politisch und spirituell formierten Organisationstyp, welcher durch die innere Selbstdisziplin seiner Protagonisten und die Führung einer avantgardisti-

68 Ebenda. S. 73.

69 Ebenda. S. 74.

70 Ebenda. S. 75.

71 Siehe ebenda. S. 79.

schen islamischen Intelligenzschicht eine alle kulturellen und sozialen Unterschiede transzendierende Kohärenz gewinnt. Dieser Entwurf muß sich notwendig gegen konkurrierende Ideologismen abgrenzen. Er geriert sich daher antinational. Der Nationalismus ist den Muslimen fremd, so Izetbegović, denn er ist antiislamisch und stellt lediglich einen Ersatz für den Islam, dort, wo die Muslime noch unter fremden Einflüssen leben, dar. Nationalistische Bewegungen seien daher immer importiert.⁷² In den Protagonisten des Nationalismus im Nahen Osten erkennt Izetbegović westlich beeinflusste syrische Intellektuelle und libanesischen Christen. Während der Nationalismus ein fremdes Element in der islamischen Welt repräsentiert, kommt der Panislamismus aus den Herzen der muslimischen Menschen selbst, so Izetbegović.⁷³

Die »Islamska Deklaracija« Izetbegovićs ist ein Dokument des modernen Islamismus, in welchem sich ausnahmslos alle verallgemeinerbaren Elemente finden, die diesen kennzeichnen.⁷⁴ Möglicherweise stellt sie, bereits zu Beginn der siebziger Jahre, also noch vor den Umwälzungen im Iran verfaßt, eines der ersten modernen islamistischen Manifeste überhaupt dar. Dies wäre im Rahmen einer Untersuchung über die Anfänge und Entstehungsbedingungen islamistischer Bewegungen zu überprüfen. Belegt ist immerhin der hohe Verbreitungsgrad, den die »Islamska Deklaracija« bereits früh in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens gefunden hat.⁷⁵

»ISLAM BETWEEN EAST AND WEST«

Beinhaltet die »Islamska Deklaracija« ein an Muslime gerichtetes politisches Programm, so wendet sich Izetbegović mit »Islam between East and West« an eine breite Öffentlichkeit. In den Mittelpunkt rückt Izetbegović hier die Auseinandersetzung mit den geistesgeschichtlichen Implikationen der monotheistischen Religionen, der westlichen Philosophie und der westlichen Lebensweise. Die Menschheitsentwicklung ist seiner Auf-

72 Siehe ebenda. S. 82.

73 Siehe ebenda. S. 84.

74 Siehe Abschnitt »Aspekte des Islamismus«. Auch Izetbegović hält die Periode der ersten vier Kalifen für die bisher einzig authentische Islamische Ordnung (siehe ebenda. S. 72).

75 Siehe Mira Beham: Der Jongleur von Sarajevo. In: »Die Woche«. Hamburg vom 26. Mai 1994. S. 19.

fassung nach gekennzeichnet durch den Dualismus von Zivilisation und Kultur. Dabei verkörpert die Zivilisation das weltliche Substrat der menschlichen Geschichte, die biologische Evolution der Menschheit bis hin zu deren Fähigkeit, selbst die Naturgesetze mittels der Wissenschaften zu erforschen. In diesem zivilisatorischen Aspekt entdeckt Izetbegović die geistesgeschichtliche Entsprechung des Atheismus. Die evolutorische Perfektionierung bringt aus der Sicht Izetbegovićs jedoch lediglich ein intelligentes Tier hervor. Der Mensch erschafft sich als Mensch erst durch die Hervorbringung einer Kultur; diese stellt den genuinen Ausdruck des Menschseins dar. So setzt Izetbegović die »civilisation« analog zur äußerlichen und naturhaften Welt, »culture« hingegen ist Kennzeichen des spirituellen Seins und damit Ausdruck der menschlichen Religiosität, die sich immer als das zentrale Element der Kultur entfaltet. Der atheistisch artikulierte Sozialismus, so Izetbegović, ist daher lediglich eine Organisationsform des hochentwickelten »sozialen Tieres«. Durch die Negation der menschlichen Spiritualität und Religiosität und die Konzentration auf Wissenschaft und zivilisatorischen Fortschritt negiert der Sozialismus seiner Auffassung zufolge gleichsam das Menschsein selbst.⁷⁶

Begreift Izetbegović die Kultur als Ausdruck menschlicher Spiritualität und Religiosität, so gilt ihm die sogenannte Massenkultur als einzig auf die äußerlichen Bedürfnisse degenerierter Ausdruck einer ihrer Spiritualität verlustig gegangenen westlichen Welt. Nicht zuletzt die manipulative Wirkung moderner Television reduziert die Menschen auf Äußerlichkeiten, so die Sicht Izetbegovićs. In dieser Perspektive stelle jenes Medium durch seine dehumanisierende Wirkungsweise eine Bedrohung und Versklavung der Menschen schlechthin dar und es müsse eine Macht geschaffen werden, welche imstande ist, diese Bedrohung zu beseitigen.⁷⁷ Nicht allein der Sozialismus erscheint mithin als Negation des Menschen, auch die westliche Welt hat in der Diktion Izetbegovićs unter dem Einfluß des Atheismus und der Verabsolutierung der zivilisatorischen Seite der menschlichen Entwicklung ihre Spiritualität und damit ihre Humanität verloren. Als Derivat der Sinnlosigkeit, die das Leben in der westlichen Welt beherrscht, verweist Izetbegović auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen und die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. In der Dominanz des zivilisatorischen sind

76 Siehe Alija Ali Izetbegović: *Islam between East and West*. Reprint. Indiana 1994. S. XIII.

77 Siehe ebenda. S. 55.

gleichsam alle Kräfte erstickt, die zu einer Erneuerung und einer paradigmatischen Wende fähig wären, so Izetbegovićs Auffassung. Der Wandel könne daher nur durch einen äußeren Impuls, durch eine kulturelle Erneuerung indiziert werden.⁷⁸

Nachdem Izetbegović den Dualismus menschlicher Entwicklung und dessen Implikationen sowie seine zeitgenössischen Ausdrucksformen umrissen hat, wendet er sich den darauf bezogenen geistesgeschichtlichen Äquivalenzen zu. In einer deutlich antisemitischen Diktion verortet er die weltliche und materielle Tendenz der menschlichen Entwicklung im Judentum. Die Juden seien letztlich unfähig, die Idee des ewigen Lebens anzuerkennen. Die von ihm als zivilisatorisch und weltzugewandt charakterisierten Ideen und Gesellschaftsformen, kumulierend in der Vorstellung von der Errichtung des Paradieses auf Erden, denunziert er sämtlich als genuin jüdisch. Jüdisch ist, so Izetbegović, auch die positivistische Freimaureridee der ethischen Renaissance der Menschen durch die Wissenschaften. In diesem antisemitischen Kanon fehlt auch der Verweis auf den vermeintlich jüdischen Charakter des »world commercial development« nicht:

»The history of Judaism, according to Sombart, is the history of world commercial development. Nuclear science was first known as »jewish science«. Political economy could also bear this title. It is no coincidence that the greatest names in atomic physics, political economy, and socialism are almost without exception Jewish.«⁷⁹

Während Juden die Träger des äußeren Fortschritts und des Materialismus gewesen seien, richtete sich Izetbegović zufolge der menschliche Geist im Christentum auf sich selbst. Durch das Christentum kehrte sich die menschliche Energie nach Innen. Das Credo des Christentums laute, so Izetbegović, daß der Mensch nicht zugleich für die Seele und für weltliche Güter Sorge tragen könne.⁸⁰ Die Religion sei jedoch nur dann imstande, etwas in der wirklichen Welt zu verändern, wenn sie sich selbst der Welt zuwendet und an der Politik teilhat. Damit kommt Izetbegović zum eigentlichen Anliegen, zur Darstellung seines Islam-Verständnisses und der diesem zugemessenen Rolle bei der Lösung von Menschheitsproblemen. Der Islam, so Izetbegović, verkörpert ein auf die Welt orientiertes Christentum, ihm ist sowohl die weltliche wie die

78 Siehe ebenda. S. 69.

79 Ebenda. S. 189.

80 Siehe ebenda. S. 190.

spirituelle Seite des Lebens inhärent. Izetbegović beschreibt den Islam als eine Kraft, die bereits in der frühen Periode begann, zu einer sozialen Bewegung zu werden und die Unterstützung der Armen zu einer zwingenden Vorschrift zu machen. Auch die heutigen Krisen in den kapitalistischen Ländern erfordern intensive soziale Interventionen, die seiner Auffassung zufolge zeitweilig auch gewisse Einschränkungen der Freiheit rechtfertigen können. Die Beseitigung sozialen Elends benennt Izetbegović, der damit implizit den Versuch unternimmt, sozialen Protest und Islam artikulatorisch zu verbinden, in diesem Kontext als herausragendes islamisches Ziel.⁸¹

Izetbegović charakterisiert den Islam als eine bipolare Religion, welche natürlicherweise zu der Integration von weltlichem und geistigem Leben tendiere.⁸² Die größte Figur im Islam ist der »shaheed«, ein Kämpfer auf dem Weg Gottes, ein Heiliger und ein Krieger in einer Person. Was im Christentum in klösterliche und in ritterliche Prinzipien zerfällt, ist im Islam vereint in der Figur des Heiligen Kriegers, in der Einheit von Geist und Blut, so Izetbegović.⁸³ Der Islam trage dem Erfordernis Rechnung, das physische und das spirituelle Leben, die äußere und die innere Welt zu integrieren.

Der dualistische Charakter des Islam stellt, so Izetbegović, kein philosophisches Prinzip dar, vielmehr verkörpert er den Dualismus des Lebens selbst. Die Moschee stellt Izetbegović als einen Ort des umfassenden sozialen Lebens vor, welcher in den ersten Jahrhunderten des Islam nicht nur dem Gebet diene, sondern gleichzeitig eine Schule, ein Club und ein Markt war. Sie müsse daher eine Doppelfunktion einnehmen und sowohl der religiösen Unterweisung wie auch den Wissenschaften dienen. Izetbegović verweist affirmativ auf Beispiele in den Ländern Pakistan und Iran, in denen religiöse Eliten auch Aufgaben der allgemeinen Bildung übernehmen.⁸⁴

81 Siehe ebenda. S. 285.

82 Siehe ebenda. S. 211.

83 Siehe ebenda. S. 213.

84 Siehe ebenda. S. 123.

DER ISLAM ALS POLITISCHES UND SOZIALES PRINZIP IN DEN INTERVENTIONEN IZETBEGOVIĆS

Insgesamt ist Izetbegović der Auffassung, daß nur das dualistische Prinzip des Islam, die Integration religiöser, sozialer und technologischer Erfordernisse auf der Grundlage der Offenbarungen und Normen des Korans, die allgemeinen kulturellen und sozialen Verfallserscheinungen in der Welt stoppen kann. Die Implikationen der »Islamska Deklaracija« und des Werkes »Islam between East and West« weichen daher kaum voneinander ab. Die Kernaussage des Werkes »Islam between East and West«, in einer theologisch-philosophischen Diktion verfaßt und, im Gegensatz zur »Deklaration«, auf Außenwirkung orientiert, bildet der Verweis auf die allgemeinen moralischen und sozialen Verfallserscheinungen in der Welt, die nur durch einen integralen und letztlich politisierten Islam, d. h. einer Politik, die sich auf die Durchsetzung der islamischen Normen gründet, aufgehalten werden können. Der Islam, in Form seiner Offenbarung, des Korans, enthält dabei gleichzeitig alle sozialen Prinzipien und Verhaltensvorschriften, auf deren Grundlage eine geistige und soziale Erneuerung der Welt vorstellbar sei.⁸⁵ Eine Trennung von Staat und Religion, säkularen und religiösen Institutionen lehnt Izetbegović ab. Damit enthalten beide Schriften alle Kennzeichen eines »modernen Islamismus«, wie sie weiter oben skizziert worden sind. Während jedoch die Deklaration mit dem Ziel der politischen Intervention verfaßt wurde, stellt das Werk »Islam between East and West« einen diskursiven Eingriff auf der Ebene der Kultur und der Philosophie ohne vordergründig politische Absichten dar.

Wie sich Izetbegović die Organisation der islamischen Gemeinschaft und den Aufbau der Islamischen Ordnung in Bosnien-Herzegowina vorstellte, läßt sich nicht schlüssig beantworten. Denn Izetbegović reagierte auf diesbezügliche Fragen in der Regel mit dem Hinweis, daß eine solche Option derzeit nicht real sei. Er bestritt dabei jedoch nie ausdrücklich, dieses Ziel anzustreben.⁸⁶ Izetbegović hob in seiner »Islamischen Deklaration« hervor, daß sich die Islamische Ordnung nur in Ländern verwirklichen lasse, in denen mehrheitlich Muslime leben. Mira Beham erwähnt, daß es in der SDA, der 1990 gegründeten bosnisch-muslimischen Partei, Pläne gegeben habe, die Muslime aus dem Sandak in Ser-

85 Siehe ebenda. S. 211.

86 Siehe · eljko Vuković: Alija Izetbegović ... S. 425.

bien und Montenegro in Bosnien anzusiedeln, um so den Anteil der Muslime zu erhöhen und die Voraussetzungen für ein islamisches Bosnien zu schaffen.⁸⁷ Offiziell wurde eine solche Politik jedoch nicht propagiert.

Insbesondere die »Islamska Deklaracija« stand vor und während des Zerfalls Jugoslawiens jedoch im Zentrum eines islamistischen Diskurses, auf dessen Basis zunehmend breitere Bevölkerungsschichten in Bosnien-Herzegowina politisch mobilisiert wurden. Der Islamismus stellte dabei die radikalste Variante des bosnisch-muslimischen Partikularismus dar. Er wurde zunächst (!) panislamistisch artikuliert und läßt sich daher nicht a priori als »nationalistisch« bezeichnen. Indes verkörperte dieser Diskurs einen radikalen Populismus und einen radikalen Bruch mit den gesellschaftlich-sozialen Strukturen Jugoslawiens.

Wiewohl Izetbegović in der »Islamska Deklaracija« explizit den anti-nationalen Charakter des Islam als ideologischem Focus einer politisch-sozialen Massenbewegung hervorhebt, haben die jüngeren Entwicklungen im Kontext des Zerfalls der staatssozialistischen Systeme gezeigt, das Islamismus und Nationalismus in einer spezifisch diskursiven Form durchaus eine Verbindung eingehen können. Die Hervorbringung derartiger Verbindungen stehen im Zusammenhang mit der jeweiligen Form und dem jeweiligen Verlauf gesellschaftlich-sozialer Auseinandersetzungen und der Art und Weise ihrer Artikulation. Es handelt sich dabei um Prozesse, denen eine diskursive Anordnung zugrunde liegt. Die Bedeutung von Diskursen als gesellschaftlich-sozialer Sinn- und Bedeutungsproduktion ist daher kurz zu skizzieren.

DISKURSIVE PROZESSE UND GESELLSCHAFTLICH-SOZIALE SINNPDUKTION

Für Michel Foucault ist der Diskurs eine bestimmte Art und Weise, über Dinge zu sprechen oder zu schreiben und durch die Art und Weise, wie über die Dinge gesprochen wird, eine ganz bestimmte Beziehung zwischen ihnen herzustellen.⁸⁸ Durch diesen Akt wird den Dingen Bedeutung zugeschrieben. Der Diskurs ist gleichzeitig Produktion von Wissen

87 Siehe Mira Beham: Der Jongleur von Sarajevo. In: »Die Woche«. Hamburg vom 26. Mai 1994. S. 19.

88 Siehe Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses. Erw. Ausg. Frankfurt am Main 1991. S. 11.

und die Produktion dessen, wie die Menschen etwas über die Dinge, und was die Menschen über die Dinge wissen. Damit ist der Diskurs Bedeutungsproduktion durch Sprache. Der Diskurs produziert mittels sprachlicher Akte Bedeutungen und damit die Wirklichkeit selbst. Für Foucault gibt es keine außerdiskursive Wirklichkeit, d. h. die Wirklichkeit ist ein diskursives Konstrukt. Weil auf der Grundlage des Diskurses Wahrheiten, Zugehörigkeiten, Wirklichkeit und damit nicht zuletzt Hegemonie und die Bedingungen gesellschaftlichen Handelns, bzw. die Bedingungen für das Handeln in der Gesellschaft, produziert werden, sind die Diskurse und die diskursiven Ordnungsmächte immer auch umkämpfte Bastionen. Der Diskurs, so Foucault, ist nicht lediglich die Versprachlichung von gesellschaftlichen Prozessen, vielmehr ist er auch »dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht«. ⁸⁹ Über die Diskurse, d. h. die Erzeugung von Bedeutungen durch sprachliche (gesprochene und geschriebene) Akte und über die Kontrolle der Diskurse durch diskursive Ordnungssysteme und diese verkörpernde Institutionen, wird somit Macht ausgeübt. Der Foucaultsche Machtbegriff weist damit weit über die Wirkungsweise lediglich repressiver Kontrollinstanzen hinaus.

Die Problematik, die den Diskursbegriff Foucaults kennzeichnet, besteht einerseits darin, daß er die Produktion von Bedeutungen primär auf der sprachlichen Ebene erfaßt und andere Formen der Sinnproduktion begrifflich nicht einbezieht (und daher für andere Formen der Sinnproduktion zusätzliche Kategorien benötigt), sowie daß in ihn ein gewisser Determinismus – das Subjekt als durch die diskursiven Zwangssysteme umfassend kontrolliertes und determiniertes, ohne gestalterische Handlungsspielräume – hineingelesen werden kann und hineingelesen wurde.

Der Diskursbegriff des an der Sorbonne lehrenden marxistisch orientierten Sozialwissenschaftlers Ernesto Laclau weist über den Foucaultschen, auf sprachliche Akte der Sinnerzeugung bezogenen Diskursbegriff hinaus. Laclau versteht unter dem, wie er sagt, »Diskursiven«, nichts, was sich im engeren Sinn auf Texte bezieht, sondern »das Ensemble der Phänomene gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet«. ⁹⁰ Diskurse sind nach Laclau gesellschaftlich-soziale Praxen, auf deren Grundlage Sinn produziert und um gesellschaftliche

89 Ebenda.

90 Ernesto Laclau: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus–Faschismus–Populismus. Berlin 1981. S. 176.

Hegemonie gerungen wird. Der Sinn eines jeden diskursiven Eingriffs, so Laclau, besteht dabei in der Differenz in bezug auf die Bedingungen seiner Produktion. In diesem Zusammenhang unterscheidet Laclau zwischen antagonistischen und einfachen differentiellen Diskursen. Während die Bedingungen ihrer Hervorbringung – bzw. deren Verkörperungen – in den antagonistischen Diskursen absolut negiert und delegitimiert werden und dabei nur noch ein System negativer Äquivalenzen, eine negative Abstraktion, ohne eigene Substanz, darstellen, behalten sie in den differentiellen Diskursen eine zwar gegensätzliche, aber dennoch substantielle und legitime Position.⁹¹ Der antagonistische Widerspruch, so Laclau, verkörpert nicht primär den realen Gegensatz zweier unvereinbarer Pole, sondern stellt die Negation des antagonistisch artikulierten Phänomens dar. Diese Negativität ist »durch bestimmte Systeme von Positionen der diskursiv konstruierten Gegenstände«⁹² definiert. Zur Verdeutlichung verweist Laclau auf einen Text des argentinischen Schriftstellers D. F. Sarmiento aus dem 19. Jahrhundert, in dem dieser das historische Dilemma Lateinamerikas als den Gegensatz zwischen Zivilisation und Barbarei bezeichnet:

»Sarmiento beginnt mit einer Gleichsetzung von Barbarei und spanischer Tradition, aber einige Seiten weiter setzt er den Hispanismus mit der asiatischen Tradition gleich. Er bildet also eine Reihe von gleichförmigen Äquivalenzen [...].«⁹³

Diese jedoch bereichern nicht etwa den begrifflichen Zusammenhang, vielmehr erfolgt eine Abstraktion von den bedeutungsunterscheidenden Merkmalen der verschiedenen Begriffe, die gleichgesetzt werden. Die einzige Gemeinsamkeit dessen, womit Barbarei charakterisiert wird, ist das Nichteuropäische. Gleichzeitig stellt der Text eine strikte Kongruenz zwischen Europäertum und Zivilisation her. Dadurch, so Laclau, reduziert sich der Antagonismus Zivilisation versus Barbarei auf die Widerspruchsbeziehung Zivilisation versus Nichtzivilisation. Gegenüber der dezidiert ausgearbeiteten Kategorie der Zivilisation wird die Barbarei als ein System von Äquivalenzen bestimmt, denen eine eigene kategoriale Bestimmung, eine eigene Positivität, fehlt. Damit wird die Negativität zur bestimmenden Differenz eines der involvierten Begriffe.

91 Siehe ebenda. S. 178f.

92 Ebenda. S. 178.

93 Ebenda. S. 179.

Demgegenüber stellt z. B. der Trade-Unionismus das Beispiel eines nichtantagonistischen differentiellen Diskurses dar. Lohnabhängige und Besitzer von Produktionsmitteln erscheinen zwar auch hier als voneinander unterschiedene Subjekte des Diskurses, sie weisen jedoch beide eine eigene Legitimität und eine eigene Bestimmung auf. Zwischen den unterschiedlichen Interessen beider Seiten kann und muß, so lautet eine zentrale Botschaft dieses Diskurses, vermittelt werden.⁹⁴

Auf der Grundlage dieses Diskursbegriffes und dessen beider Qualitäten analysiert Laclau, z. B. anhand des deutschen Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus, aber auch des argentinischen Peronismus, wie und auf welche Weise in den Diskursen gesellschaftlich vorhandener Sinn und gesellschaftlich vorhandene Bedeutungselemente aufgenommen und strukturiert werden. Laclau eröffnet eine Vorstellung von dem prozeßhaften Charakter der Diskurse, eine Vorstellung davon, daß es in den Diskursen um die An- und Neuordnung, Verdichtung und Verbindung diskursiver Elemente geht, die als solche eine spezifische Bedeutung haben, welche im Kontext des Diskurses ihrerseits in einer neuen oder übergeordneten Bedeutung aufgehen können. Er interessiert sich insbesondere dafür, wie sich soziale Lagen seitens der Kollektive, Klassen und Schichten, und deren Interessen in Bedeutungssysteme übersetzen. Er geht dabei, als Marxist, von einem zentralen Interessengegensatz zwischen den subordinierten Klassen und Schichten, für ihn zusammengefaßt in der Kategorie Volk, und den mit Macht und Verfügungsgewalt über Eigentum und politisch-soziale Verhältnisse ausgestatteten Klassen und Schichten, für ihn zusammengefaßt in der Kategorie Machtblock, aus. Dabei versucht er zu zeigen, wie es bestimmten politischen Bewegungen des Machtblocks, z. B. im Faschismus, gelingt, populäre Positionen in den eigenen Diskurs einzubinden.

Die Konstruktion von Diskursen ist auf dieser Grundlage begreifbar als eine transformatorische Artikulation gesellschaftlich-sozialer Strukturzusammenhänge via Schaffung spezifischer diskursiver Bedeutungssysteme. Es geht darum, wie die Systeme von Differenzen artikuliert sind und welche Diskurse zu hegemonialen Diskursen werden!⁹⁵

94 Siehe ebenda. S. 182f.

95 Die sozialistischen und kommunistischen Bewegungen rangen viele Jahrzehnte darum, die gesellschaftlichen Differenzen und Ungleichheitsverhältnisse in einen Antagonismus des populistischen Bruchs gegen die herrschende Ordnung zu transformieren und diese diskursive Artikulationsweise hegemonial zu verankern. Auch faschistische Bewegungen versuchten, populäre Positionen aufzugreifen und sie in spezifischen

IMPLIKATIONEN ISLAMISTISCHER DISKURSE

Der Islamismus ist in diesem Kontext als ein Diskurs des antagonistischen Bruchs charakterisierbar, der sich im wesentlichen durch die Abgrenzung zu unterschiedlichen Elementen definiert, die in ihrer Verschiedenheit nichts substantiell Eigenes mehr darstellen: Kapitalismus, Sozialismus, Freimaurertum, Judentum, Christentum, westliche Dekadenz und andere Elemente bezeichnen nur noch das Nichtislamische, Fremde, mithin die Negation des Islam. Die diskursiven Interventionen der Islamisten zielen dabei einerseits auf die Absorption von sozialem Protest und Gesellschaftskritik und versuchen darüber hinaus, liberalistisch wie sozialistisch konnotierte Bedeutungselemente und populäre Positionen, soziale Gleichheit, Gerechtigkeit, technischen Fortschritt im Interesse der Gesellschaft, Eigenverantwortlichkeit des Individuums etc. mit dem Islam und dessen normativem System als zentralem Topoi des Diskurses zu verbinden. Dabei nimmt der islamistische Diskurs nicht zuletzt auch ein antistaatliches Element auf, indem die Islamische Ordnung als eine sich selbst regulierende Gemeinschaft selbstverantwortlicher Subjekte artikuliert wird.

ISLAMISMUS UND MUSLIMANENTUM IN DER BOSNISCH-HERZEGOWINISCHEN SDA

Vor diesem Hintergrund ist nun zu zeigen, welchen Einfluß der Islam und der islamistische Diskurs der Kräfte um Izetbegović auf die politische Entwicklung der muslimischen Gemeinschaft Bosnien-Herzegowina während des Zerfalls Jugoslawiens genommen hat.

Anfang der neunziger Jahre mündeten die zentrifugalen Prozesse, die den endgültigen Zerfall der SFRJ einleiteten, auch in Bosnien-Herzegowina in die Entstehung ethnonational orientierter Parteien. Am 26. Mai 1990 wurde die bosnisch-muslimische Partei SDA (Stranka Demokratske Akcije) als erste der partikularistisch orientierten Parteien Bosnien-Herzegowinas gegründet. Die ethnonational orientierten bosnisch-serbischen Kräfte folgten mit der Gründung ihrer Partei, der SDS, »Srbska Demo-

Äquivalenzketten, in denen sich, wie Laclau in bezug auf den italienischen Faschismus darstellt, autoritäre Positionen mit sozialen Protestformen verbinden konnten, gegen die bürgerlich-demokratischen Systeme zu artikulieren (siehe ebenda. S. 184f.).

kratska Stranka« (Serbische Demokratische Partei) etwa zwei Monate später.⁹⁶ Kurz darauf erfolgte mit der HDZ, »Hrvatska Demokratska Zajednica« (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) die Parteigründung der kroatischen Seite.⁹⁷ Muslimische Kräfte in Bosnien-Herzegowina waren mithin die Pioniere der parteipolitischen Neustrukturierung nach ethn nationalen und partikularen Kriterien. Dabei bildete die SDA zunächst ein Sammelbecken für bürgerlich-demokratische, nationalistische und islamistische Kräfte innerhalb der muslimischen Gemeinschaft Bosnien-Herzegowinas. Das Muslimanentum, d. h. die sich um den Islam und dessen Institutionen und Symbole anordnende kollektive Identifikation und deren Politisierung, stellte jedoch innerhalb der SDA von Beginn an einen einflußreichen Faktor dar.

Die Protagonisten und Anhänger des Islamismus um Izetbegović rekrutierten sich zunächst aus kleinen urbanen Gruppen Intellektueller sowie religiöser Eliten, die in den siebziger Jahren auf der Grundlage der zeitweilig engen Beziehungen Jugoslawiens zu den arabischen Ländern mit islamistischen Konzeptionen in Berührung gekommen waren.⁹⁸ Große Teile der ländlichen Bevölkerungsgruppen hingen demgegenüber einem eher traditionalistisch orientierten Islam an. Bis zum Zeitpunkt der politischen Polarisierung in Bosnien-Herzegowina hatte der Islam für diese Bevölkerungsgruppen, im Gegensatz zu den Islamisten, keine politische Bedeutung. Für sie stellten die tradierten soziokulturellen Lebenspraxen integrale Elemente des Islam dar.⁹⁹ Die Anhänger dieses traditionellen, spezifisch bosnischen Islam-Verständnisses, lassen sich daher kaum als Islamisten, in der hier verwendeten Definition dieses Begriffes, bezeichnen. Sie waren jedoch potentiell für islamistische Diskurse, insbesondere für die Konzeption einer Restrukturierung des gesellschaftlich-sozialen Lebens auf der Grundlage des Korans, des islamischen Normensystems und der »šarī'a«, erreichbar.¹⁰⁰ Die symbolischen Angebote der politi-

96 Siehe Hans Krech: *Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992–1997)*. Berlin 1997. S. 35.

97 Siehe Laura Silber/Allan Little: *Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe*. Köln 1995. S. 247. – Siehe Hans Krech: *Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992–1997)*. Berlin 1997. S. 35.

98 Siehe Tone Bringa: *Being Muslim. The Bosnian Way*. New Jersey 1995. S. 197.

99 Siehe ebenda. S. 213–224.

100 Siehe Yahva Sadowski: *Bosnia's Muslims? A fundamentalist threat?* *Brooking Review* January 1995. In: http://www.kentlaw.edu/cgi-bin/Idn_news/-h+law.listserv.bosnet+1044. S. 2.

schen Protagonisten wurden von den Menschen in der immer unsicherer werdenden Situation der ethnonationalen Polarisierung, der ökonomischen Krise und des Zerfalls der politischen und symbolischen Kohäsivkräfte Jugoslawiens aufgegriffen und erhielten von dieser Seite gleichzeitig eigene Akzente.

Hobsbawm konstatiert, daß sich in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der Nationalismus der unteren Mittelschichten zu einer »chauvinistischen, imperialistischen und fremdenfeindlichen Bewegung« der radikalen Rechten transformierte, während der Begriff der Nation in den Konzepten der bürgerlichen und intellektuellen Protagonisten der Aufklärung und der Romantik mit Liberalismus und der »Linken« in Verbindung gebracht wurde.¹⁰¹ Dabei war es insbesondere ein Zustand der Ungewißheit über den zukünftigen Status und der Stellung in der Gesellschaft sowie die Reaktion auf eine als bedrohlich empfundene Situation, so Hobsbawm, wodurch die Verbindung der unteren Mittelschichten mit einem militanten Nationalismus Auftrieb erhielt. Auch der Islamismus erhielt durch die Ausweitung seines politisch-sozialen Einflusses im zerfallenden Jugoslawien eine spezifische Transformation. So erlangten die auf der Basis islamistischer Diskurse radikalisierten ländlichen, traditionalistisch orientierten Schichten sowie darüber hinaus städtische und kleinstädtische Mittelschichten zunehmende Bedeutung, die primär auf ein islamisch dominiertes Bosnien sowie dem damit verbundenen Zugewinn an Macht und Einfluß, und kaum auf die vagen Perspektiven einer islamistischen Politik für Gesamtjugoslawien orientiert waren.¹⁰² Der Antikommunismus und Antisozialismus der Islamisten erhielt durch den Einfluß dieser Gruppen einen ausgesprochen antijugoslawischen Akzent. Dies stellte gegenüber der antisozialistischen Orientierung der Islamisten, die zunächst auf die Vereinigung aller jugoslawischen Muslime rekurrten, eine neue Qualität dar.

Die islamistischen Diskurse luden sich durch den Masseneinfluß mit ethnonationalen Elementen auf und rekurrten auf ein ethnisch konzipiertes »autochthones bosnisches Volk«.¹⁰³ Damit knüpfte man an die

101 Siehe Eric J. Hobsbawm: *Nationen und Nationalismus*. Frankfurt am Main 1996. S. 143.

102 Siehe Adil Zulfikarpašić: *In dialogue with Milovan Djilas and Nadežda Gaće*. In: *The Bosniak*. London 1998. S. 141.

103 Aydin Babuna: *Die nationale Entwicklung der bosnischen Muslime*. Frankfurt am Main. 1996. S. 299.

ethnonationale Konstruktion des »Bošnjaštvo«, des Bosniakentums, an. Allerdings verteidigten die Anhänger des »Muslimanstvo« zunächst vehement die Bezeichnung »Musliman« gegenüber der Bezeichnung »Bosniake« als Nominaldefinition des »bosnisch-muslimischen Volkes«. Es wurde die Auffassung vertreten, das Konzept des »Bošnjaštvo« weise Ähnlichkeiten mit dem Jugoslawismus auf und stelle den Versuch dar, eine Identitätskategorie zu konstruieren, die alle drei der großen bosnisch-herzegowinischen Bevölkerungsgruppen, Serben, Kroaten und Muslime, einschliesse. Dadurch entstünde die Gefahr der Dominanz einer Gruppe und der Versuch, die Muslime innerhalb der anderen Gruppen zu assimilieren.¹⁰⁴ Panislamistische Konzeptionen gerieten dabei jedoch durch die Orientierung auf ein islamisches Bosnien immer stärker in den Hintergrund und wurden durch ethnonationale Elemente des Bosniakentums verdrängt.

ZUR NATIONALEN KONZEPTION DES BOSNIAKENTUMS

Ansätze eines Bosniakentums als ein ethnisch konzipiertes nationales Programm der bosnischen Muslime entwickelten sich bereits, ohne eine breitere Basis finden zu können, während der Periode der österreichisch-ungarischen Okkupation Bosnien-Herzegowinas am Ende des 19. Jahrhunderts. Aber erst auf der Grundlage der geschichtswissenschaftlichen und publizistischen Aktivitäten ab den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrund der bosnisch-muslimischen Bemühungen, als staatskonstituierende Nation gleichberechtigt neben Serben und Kroaten anerkannt zu werden, bekam diese Konzeption deutliche historiographische Konturen. Die Konstruktion einer muslimischen Nation stellte dabei eine Verselbständigung gegenüber der serbischen und kroatischen Geschichtsschreibung dar. Die Protagonisten des Bosniakentums bemühten sich insbesondere um den Nachweis einer vorosmanischen geistesgeschichtlichen Kontinuität Bosniens, die sie in den bosnischen Muslimen verkörpert sehen.¹⁰⁵ Der Islam und das um den südslawischen bosnischen Islam sich rankende bosnische Kulturerbe knüpft in dieser Diktion an die kulturelle und geistesgeschichtliche Tradition der mittelalterlich-bosnischen, häretischen Kirchenbewegung, auch

104 Siehe Tone Bringa: *Being Muslim. The Bosnian Way*. New Jersey 1995. S. 35.

105 Siehe Smail Balić: *Das unbekannte Bosnien*. Köln 1992. S. 40f.

als Bogumilismus oder Patarenertum bezeichnet, an.¹⁰⁶ Wie allerdings Srećko D' aja in sehr detaillierten Quellenstudien nachgewiesen hat, handelt es sich dabei, wie im übrigen auch im Fall der serbischen und kroatischen Nationalkonstrukte, um geschichtsmythologisierende Konstruktionen aus einer gegenwärtigen Perspektive des Nationalen, in der die Geschichte selbst immer nur als eine nationale betrachtet werden kann – und in diesem Zusammenhang um die Herstellung von nationalem Sinn durch die Historisierung der sozialen Gemeinschaft.¹⁰⁷ In dem Diskurs des »Bošnjaštvo« ordnen sich die wesentlichen Elemente der ethnischen und nationalen Bestimmungen um den Islam als Kristallisationskern und Symbol der historisch-genetischen und kulturellen Signifikanz sowie der vermeintlich immanenten Wesenhaftigkeit einer bosnischen Nation. Mit dem Verweis auf die kulturelle und geistesgeschichtliche Verankerung des Volkes in der gemeinsamen Vergangenheit und Herkunft, der nationalen Bewußtwerdung der Angehörigen der Nation innerhalb eines schwierigen Prozesses der nationalen Selbstfindung und der Symbolisierung des nationalen Charakters des Volkes in den Hervorbringungen seines nationalen Erbes, enthält das »Bošnjaštvo« dabei wesentliche Elemente eines »modernen« Nationalismus. Das »Bošnjaštvo« stellt die säkulare Variante der bosnisch-muslimischen Nationaldiskurse dar, die bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens in weiten Teilen durchaus im Einvernehmen mit der offiziellen jugoslawischen Nationalitätenpolitik stand.¹⁰⁸ Ab 1991 bildete diese Konzeption die Basis eines partikularen bosnisch-nationalen Diskurses, der ausdrücklich prowestlich artikuliert war und in diesem Zusammenhang den Anschluß der bosnischen Muslime und des bosnischen Islam an die Prämissen der westlichen Wertegemeinschaft zum Ausdruck bringen sollte. Andererseits wurde das »Bošnjaštvo« ab Beginn der neunziger Jahre explizit gegen das Serbentum artikuliert, wel-

106 Siehe ebenda. S. 94f.

107 Siehe Srećko M. D' aja: *Bosnien-Herzegowina in der österreichisch-ungarischen Epoche (1878–1918)*. München 1994. S. 16f.

108 D' aja nennt folgende Hauptvertreter der Konzeption des »bošnjaštvo«: Enver Red' ić: *Prilozi o nacionalnom pitanju*. Sarajevo 1963. – Salim Čerić: *Muslimani srpskohrvatkog jezika*. Sarajevo 1968. – Smail Balić: *Kultura Bošnjaka. Muslimanska komponenta*. Wien 1973 (dt. 1978). – Muhammed Hd' ijahić: *Od tradicije do identiteta*, Sarajevo 1974. – Muhammed Hd' ijahić/Mahmud Traljić: *Islam i Muslimani u Bosni i Herzegovini*. – Siehe Srećko M. D' aja: *Konfessionalität und Nationalität Bosniens und der Herzegowina*. München 1984. S. 14.

ches im zweiten Jugoslawien systematisch versucht habe, die nationale und kulturelle Identität der Bosnier zu ersticken.¹⁰⁹

ISLAMISMUS UND BOSNIAKENTUM

Im Kontext der ethnonationalen Polarisierung und der Verdichtung mit konzeptionellen Elementen des Bosniakentums erfuhr der Islamismus eine wesentliche diskursive Transformation. In den offiziellen Artikulationen Izetbegovićs und anderer bosnisch-muslimischer Protagonisten wurde der Islam als politisch-soziale Identitätsbasis nunmehr auf das islamische Glaubensbekenntnis, als askriptives Symbol für Teile einer auf der Basis des Islam politisierten Bevölkerungsgruppe Bosnien-Herzegowinas sowie auf den Appell an die Einhaltung islamischer Verhaltensnormen eingeeignet. Dabei änderte sich nicht zuletzt die radikal antiwestliche Diktion der bosnisch-muslimischen Protagonisten; Bosnien-Herzegowina wurde nun als (west-)»europäische Nation« artikuliert. Durch die Verpflichtung der politischen Führung auf ein am westlichen Vorbild orientiertes bürgerliches Staatsmodell wurden die wesentlichen Charakteristika des Islamismus, nämlich das Ziel einer Islamischen Ordnung mit der »šarī'a« als gesellschaftlich-sozial verbindlichem Rechts- und Normensystem, offiziell aufgegeben. Der politische Diskurs der Eliten um Izetbegović verkörperte daher ab 1991 einen islamischen Ethnonationalismus, der die Konzeption des »Bošnjastvo« zu großen Teilen absorbierte, jedoch nicht insgesamt in diesem aufging. Die Konflikte zwischen den bürgerlich-laizistischen Kräften innerhalb der bosnischen Muslime und den Akteuren eines politisierten Islam verschwanden daher nicht vollständig, konnten jedoch im wesentlichen in das gemeinsame Projekt einer bosnischen Nation integriert werden. Diese erhielt mit der Verfassungsänderung vom 30. März 1994, der Änderung der nationalen Nominalbezeichnung von »Musliman« in »Bosniake«, auch ihre nominelle Weihe.¹¹⁰

Insbesondere der radikal-islamische Diskurs innerhalb des bosnisch-muslimischen Ethnonationalismus wies jedoch trotz des offiziellen Be-

109 Siehe Smail Balić: Wir wollen keine Minderheit sein. Vortrag vom 19. Dezember 1998 im Leutherheider Forum im Eva-Kleinewefers-Haus Heydevelthof in D-41334 Nettetal. In: <http://members.aol.com/chrislages/welcome/html>. S. 5.

110 Siehe Aydin Babuna: Die nationale Entwicklung der bosnischen Muslime. Frankfurt am Main. 1996. S. 304.

kenntnisses der politischen Führung zur Demokratie und zur multiethnischen Gesellschaft einen radikalen Populismus auf, innerhalb derer man den Gegner radikal negierte und dehumanisierte, wie ein Beispiel aus der muslimischen Zeitung »Ljiljan« zeigt:

»Ein Serbe ähnelt einem Menschen nur, wenn er tot oder eingesperrt ist. Lieber Leser, sieh Dir die obigen Gesichter an! Es sind Gesichter der eingesperrten Tschetniks in Tuzla: rasiert, gereinigt, fast menschlich. Und schau auch in Dein Gesicht, Du Muslim: es ist hell – wie der Ramadan!«¹¹¹

Die Angehörigen der serbischen Bevölkerungsgruppe wurden in diesem radikal zugespitzten islamischen Nationalismus nicht nur als Negation des Muslimseins, sondern des Menschseins überhaupt artikuliert. So griff auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen in den Jahren 1992 bis 1995 in Sarajevo und anderen bosnisch-muslimischen Gebieten eine gegen Serben und Kroaten gerichtete Pogromstimmung um sich, die ebenso wie in den von Serben und Kroaten kontrollierten Gebieten in sogenannten »ethnischen Säuberungen«, d. h. in der Vertreibung der Angehörigen der jeweils anderen »ethnischen Gruppen« gipfelte. Die Schaffung einer allgemeinen Bedrohungssituation, in deren Kontext die inkriminierten Bevölkerungsgruppen daran gehindert wurden, sich am gesellschaftlich-sozialen Leben zu beteiligen und öffentliche Institutionen in Anspruch zu nehmen, bedeutete de facto die Suspendierung der bürgerlichen Rechte für Nichtmuslime.¹¹² Während man somit, rekurrierend auf westliche Unterstützung, innerhalb der offiziellen Diskurse an einen multiethnischen bosnischen Gesamtstaat appellierte, in welchem allen ethnisch konzipierten Nationen die gleichen Rechte zugestanden werden sollten, entstand auf den unteren und mittleren Ebenen der Gemeinschaft ein radikaler, gegen Serben und Kroaten gerichteter Populismus.¹¹³ Tendenziell verselbständigte und radikalisierte sich der Nationalismus daher wieder gegenüber den nationalen Eliten selbst, deren Diskurse ihn doch erst hervorgebracht hatten. Diejenigen Kräfte innerhalb der bosnischen Muslime, die sich auf diese Weise um die Verschiebung der Differenzverhält-

111 Zitiert nach Nachfahren des Leibeigenen Siman. In: »konkret«. Hamburg vom April 1994. S. 37.

112 Siehe Jürgen Elsässer: Die islamische Karte. In: Wolfgang Schneider (Hrsg.): Bei Andruck Mord. Hamburg 1997. S. 166.

113 Yahya Sadowski: Bosnia's Muslims? A fundamentalist threat? *Brooking Review* January 1995. In: http://www.kentlaw.edu/cgi-bin/Idn_news/-h+law.listserv.bosnet+1044. S. 6.

nisse innerhalb des nationalen Diskurses auf einen antagonistischen Bruch bemühten, konnten sich allerdings nie vollständig durchsetzen. Die Artikulationsformen der rivalisierenden Lager innerhalb der muslimischen Gemeinschaft, der liberalen Bosniaken sowie bosniakischen und islamischen Nationalisten, blieben immer umkämpft und oszillierten – als Mittel im Kampf um die Repräsentation des »bosnisch-muslimischen Volkes« – zwischen antagonistischen und einfachen differentiellen Manifestationen. Das kohäsive und übergreifende Element stellte dabei jedoch die – um den Islam als identitäres Symbol angeordnet – Konzeption des »Bošnjaštvo«, d. h. des Bosniakentums, dar. Diese identifikatorische Kontinuität war es, die die muslimische Nation über alle politischen Konflikte und Widersprüche hinweg vereinte und auf dieser Basis als solche erst hervorbrachte. Dabei bedurfte es jedoch immer wieder spezieller Interventionen Izetbegovićs, um auch die islamistischen Kräfte für das Projekt eines bürgerlichen Bosnien-Herzegowinas nicht zu verlieren:

»Wir sind zwar eine europäische Nation, [...] aber das heißt doch nicht, daß wir all diesen europäischen Lastern wie Alkohol, Pornographie, Drogen und wilden Orgien die Tür öffnen. Wir wehren uns gegen jeden falschen Kultureinfluß und jeden falschen Friedensbegriff.«¹¹⁴

Es galt, den Balanceakt zwischen einer bürgerlichen Staatskonzeption und einem islamischen Normensystem, zwischen laizistischen Nationalisten und Islamisten mithin, welches im Kontext islamistischer Diskurse eine wesentliche Politisierungsbasis für große Teile der bosnisch-muslimischen Bevölkerung gebildet hatte, immer wieder neu zu vollziehen.

Festzuhalten bleibt, daß in Bosnien-Herzegowina zwei zunächst völlig unterschiedliche Diskurse existierten, nämlich der antiwestlich und antinational artikulierte Islamismus einerseits sowie ein bürgerlich-nationales Bosniakentum andererseits, deren zentrales Topoi in jeweils unterschiedlicher Akzentuierung der Islam bildete. Die Protagonisten beider gründeten schließlich im Jahr 1990 die gemeinsame Partei SDA. Der Islamismus transformierte vor dem Hintergrund externer und interner Faktoren und der sich verschärfenden Konflikte zwischen den drei Bevölkerungsgruppen in Bosnien-Herzegowina zu einem nationalistisch-islamischen Diskurs und gewann auf dieser Grundlage eine Massenbasis.

114 Alija Izetbegović nach Blasse Gesichter. In: »Der Spiegel«. Hamburg (1992)13. S. 156.

MUSLIMANSTVO UND INTERNATIONALER ISLAMISMUS

Der bosnische Islamismus der siebziger und achtziger Jahre, der in der »Islamska Deklaracija« von Alija Izetbegović seinen Niederschlag fand, steht dabei sowohl zeitlich als auch weltanschaulich in engem Zusammenhang mit der Entstehung des »modernen« Islamismus, als dessen ideologische Basis Ägypten und der Nahe Osten betrachtet wird. In den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts entstand, wie die Islamforscher Michael Pohly und Khalid Duran belegen, in der islamischen Welt eine neue »Schule«, die auf einer Neufassung des islamischen Begriffs des »Djihad« basierte. Der traditionellen islamischen Überlieferung zufolge wird, mit Bezug auf eine Äußerung des Propheten, zwischen dem großen und dem kleinen »Djihad« unterschieden. Der kleine »Djihad« bedeutet demzufolge die Verteidigung des monotheistischen Glaubens mit der Waffe, der große »Djihad« hingegen wird als ein Akt der Selbstläuterung, der Selbstüberwindung und der inneren Anstrengung zur Vervollkommnung der Gläubigen interpretiert.¹¹⁵ In den siebziger Jahren verfaßte der Ägypter Omar Abder Rahman an der islamischen Al-Azhar-Universität in Kairo eine umfängliche Dissertation zum Thema »Djihad«. Darin reduzierte Rahman den Begriff auf den bewaffneten Kampf gegen die Ungläubigen und vertrat die Auffassung, die traditionelle Überlieferung sei eine Verfälschung der Worte des Propheten. Der Islam habe sich immer mit der Waffe durchgesetzt und daher könne sich der Islam auch in Zukunft nur mit Waffengewalt behaupten.¹¹⁶ Diese Neufassung des »Djihad«-Begriffes wurde zu einem Kernelement der sich zunächst in Ägypten und bald darauf im Libanon, in den Palästinensergebieten und in Algerien formierenden radikalen islamistischen Gruppen – wie der ägyptischen Gama'a Islamiya, der palästinensischen HAMAS, der schiitischen Hisbollah im Libanon, der »Front Islamique du Salut« in Algerien und anderer. Der als heiliger Krieg gegen die Ungläubigen verstandene »Djihad« ist für diese Gruppen Mittel zur Erreichung des Ziels der Rückkehr zu einem unverfälschten Islam und einer islamischen Sozialordnung. Es geht dabei um die Zurückweisung aller unislamischen Ideen, Entwicklungen und Einflüsse sowie um die Befreiung der islamischen Welt von der Usurpation durch Ungläubige und ihre Statthalter in den

115 Siehe Michael Pohly/Khalid Duran: Osama bin Laden und der internationale Terrorismus. München 2001. S. 18f.

116 Ebenda. S. 23.

islamischen Ländern. In der Regel wird der Islam darüber hinaus als universelle Lösung und Modell für die gesamte Menschheit verstanden. All dies findet sich, wie gezeigt wurde, in der »Islamska Deklaracija« Izetbegovićs wieder.

Die von Izetbegović verfaßte »Islamska Deklaracija« stellt daher – wie begründet – eines der ersten neueren Manifeste des politischen Islam dar. Sie wurde etwa zeitgleich mit der Dissertation Rahmans in der arabischen Welt verbreitet. Möglicherweise ist die »Islamska Deklaracija« eine der prägenden Inspirationsquellen islamistischer Gruppierungen, wengleich ihre Bedeutung für den neueren politischen Islamismus noch nicht hinreichend untersucht wurde. Dies ist nicht zuletzt einer Selektivität der Forschungsorientierung in den westeuropäischen und US-amerikanischen Sozialwissenschaften im Bereich der jüngeren Geschichte Südosteuropas geschuldet. Während sich mit Abhandlungen über den serbischen Nationalismus mittlerweile ganze Bibliotheken füllen lassen, sind ähnliche Publikationen und Untersuchungen über die südslawischen Muslime äußerst dünn gesät.

Aus diesem Grund auch wird zumindest in Westeuropa erst seit den Terroranschlägen in New York und Washington registriert, daß radikale islamistische Gruppen, wie beispielsweise die von Osama bin Laden finanzierte und geförderte Al Qaida, bereits seit langem auf dem Balken involviert sind. Noch im Jahr 2000 vertrat Wolfgang Petritsch, Bosnienbeauftragter der »Internationalen Gemeinschaft«, in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin »Focus« die Position, daß der Einfluß und die Anwesenheit arabischer Mujaheddin in Bosnien-Herzegowina überschätzt werde. Die Zahl der arabischen Mujaheddin, die noch in Bosnien seien, bewege sich im zweistelligen Bereich, so Petritsch.¹¹⁷ Selbst die bosnische Regierung hingegen räumt ein, daß sich mindestens noch einige hundert islamistische Kämpfer in Bosnien aufhielten, die in enger Verbindung zu der Organisation Al Qaida stehen. Im Oktober verhafteten SFOR-Soldaten in Bosnien-Herzegowina zwölf mutmaßliche Al-Qaida-Mitglieder mit arabischer Herkunft. Einem Bericht der Wochenzeitung »Die Zeit« zufolge, habe ein SFOR-Sprecher den Zugriff mit der Bemerkung kommentiert, daß damit eine wichtige Verbindung zu Al Qaida auf dem Balkan unterbrochen worden sei. Bereits im Sommer 2001, so schreibt Michael Schmitz in der »Zeit«, habe die SFOR mehrere arabi-

117 Siehe Gudrun Dometeit: »Licht im Tunnel«. Der Bosnien-Beauftragte Wolfgang Petritsch warnt vor einem Rückzug aus Sarajevo. In: Focus. München (2000)16. S. 277.

sche Mujaheddin verhaftet, nach denen kanadische, französische, kroatische und ägyptische Behörden bereits seit Jahren fahndeten.¹¹⁸ Der »New York Times« sowie der »Washington Post« zufolge leisten Aktivisten der »Al Qaida« nach wie vor wichtige logistische und finanzielle Unterstützung für die kosovo-albanische UÇK. Laut der »Weltwoche« verdichten sich die Hinweise darauf, daß Bin Laden in den neunziger Jahren, als Organisator und Finanzier von Waffenlieferungen für die bosnische Armee, in den Besitz eines bosnisch-herzegowinischen Passes gelangte. Sicher ist, daß sich zahlreiche islamische Freiwillige aus dem Iran, aus Afghanistan sowie aus arabischen Ländern, die Zahlenangaben schwanken je nach Quelle zwischen 400 und 7.000, an der Seite ihrer bosnisch-muslimischen Glaubensbrüder an den Kämpfen in Bosnien-Herzegowina beteiligten.¹¹⁹ Etliche der islamischen Mujaheddin erhielten zum Dank die bosnische Staatsangehörigkeit.

Die bosnische Regierung ist bemüht, den Verdacht eigener Verstrickungen in islamistische Netzwerke zu zerstreuen. Es gäbe Beweise, daß Leute bin Ladens im Lande seien, verlautbart der neue bosnische Ministerpräsident, Zlatko Lagumdžija; seine Regierung gehe jedoch gegen diese Leute vor und unterstütze den Kampf gegen den Terror nach Kräften.¹²⁰ Wenngleich sich in Bosnien jedoch einerseits die politischen, um den Islam angeordneten Diskurse nicht zuletzt vor dem Hintergrund westlichen Drucks und der Hoffnung auf westliche Unterstützung bei der Herstellung der staatlichen Unabhängigkeit transformierten und Elemente eines politischen Liberalismus aufnahmen, so spielt der politische Islam andererseits bis heute eine wichtige Rolle in der politischen Alltagskultur des Landes. Muhammed Filipović von der Universität in Sarajevo möchte zwar nicht von einer Islamisierung Bosniens reden, er stellt allerdings fest, daß der Islam für politische Ziele genutzt werde. Die Politisierung der Religion habe ihre Kulmination erreicht, so Filipović, es gäbe praktisch keine religiöse Manifestation ohne politische Beiklänge.¹²¹

118 Siehe Michael Schmitz: Schule des Hasses auf dem Balkan. In »Die Zeit«. Hamburg vom 31. Oktober 2001. S. 5.

119 Siehe Jürgen Elsässer: Allah ist Albaner. In: konkret. Hamburg (2001) November. S. 32-34.

120 Siehe Michael Schmitz: Schule des Hasses auf dem Balkan. In »Die Zeit«. Hamburg vom 31. Oktober 2001. S. 5.

121 Siehe Endgültige Teilung Bosniens (Heri Erceg: Bosna više ne postoji / Bosnien existiert nicht mehr. Interview mit Muhamed Filipović. In: »Feral Tribune« vom 10. November 1997. S. 4f.). In: Osteuropa-Archiv. Stuttgart (1999) Juni. S. A269.

Eine ausschließliche Reduktion auf die Opferposition wird der Rolle der bosnischen Muslime im Kontext der Spaltungs- und Ethnisierungsprozesse im ehemaligen Jugoslawien daher zweifellos nicht gerecht. Denn die partikularen Konzepte des Islamismus als Mobilisierungsfaktor des Muslimantums sowie das Bosniakentum haben einen entscheidenden Beitrag zur ethnonationalen Polarisierung geleistet. Der »Demokratisierung« der Diskurse »von oben« wirkte andererseits ein Populismus »von unten« entgegen, der als Element der Radikalisierung die Art und Weise der Auseinandersetzung maßgeblich prägte.

Die Implikationen der Rezeption des Krieges in Bosnien-Herzegowina in der westlichen Öffentlichkeit können hier nicht ausführlicher erörtert werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Form der Berichterstattung und der publizistischen Auseinandersetzung häufig weniger der Erörterung von Sachverhalten, denn der Aufrechterhaltung und Vertiefung von Feindbildern mit einer antiserbischen Akzentuierung Rechnung trug.¹²² In diesem Kontext nahm man die Protagonistenrolle, die den Muslimen innerhalb des Konfliktes zweifellos zukam, und die bis heute wirksame Verstrickung in internationale islamistische Netzwerke, kaum wahr. Sie ist demgemäß völlig unzureichend aufgearbeitet worden.¹²³

122 Siehe Marie-Janine Calic: *Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina*. Erw. Neuauflage. Frankfurt am Main 1996. S. 136.

123 Siehe Peter Brock: *Bei Andruck Mord*. In: Wolfgang Schneider (Hrsg.): *Bei Andruck Mord*. Hamburg 1997. S. 120-142.

DOKUMENT

ALIJA IZETBEGOVIĆ

The Islamic Declaration (A Programme for the Islamicisation of Moslems and Moslem Peoples)¹

1970

Our Aim: Islamicisation of Moslems

Our Slogan: To Believe And To Fight

[S. 57]

IN THE NAME OF GOD, THE COMPASSIONATE, THE MERCIFUL

The Declaration which we are presenting to the public today is not the kind of literature needed to demonstrate to aliens, or those who doubt, the superiority of Islam over this or that system, this or that group of ideas.

This is addressed to Moslems who know where they belong and who feel in their hearts clearly where they stand. To such, this Declaration is an appeal to act in accordance with the obligations imposed by their love and adherence.

The whole Moslem world is in a state of ferment and change. Whatever this world will look like in the future, one thing is certain: it will no longer be the world of the first half of this century. The epoch of passivity and inaction is gone forever.

Everyone tries to take advantages of this period of change and movement and particularly so the powerful foreigners in the East and West. Instead of their armies they now commit their ideologies and capital,

1 Veröffentlicht in The South Slav Journal, Dositey Obradovich Circle. Band 3-15. London: Circle 1983-00-00. S. 56–89 (ISSN: 0141-6146). Die Schreibweise des Dokuments wurde nach der englischen Veröffentlichung übernommen; korrigiert wurden nur offensichtliche orthographische und Druckfehler; in eckigen Klammern ist die Seitenzählung des Originals angegeben (siehe oben).

and with this new form of influence they try again to achieve the same aim: to maintain their presence and to continue to hold the Moslem peoples in a state of spiritual impotence and material and political dependence.

China, Russia and the Western powers squabble over their respective areas of patronage in the Moslem world. Their quarrel is to no purpose. The Islamic world does not belong to them but to the Moslem peoples.

Because a world, with 700 million people, vast natural resources and in a first-rate geographical position, the successor of a colossal cultural and political tradition and the bearer of the living Islamic ideal, cannot remain for long in the position of a hireling. There is no might which could prevent the new Moslem generation from putting an end to this abnormal situation.

With this conviction we declare to friend and foe that the Moslems have resolved to take the destiny of the Islamic world into their own hands and to order that world according to their own design.

In this respect the Declaration does not contain ideas which could be considered novel. It is primarily a synthesis of the ideas expressed with growing frequency in different places and of a fairly general validity in all parts of the Moslem world. Nevertheless, its novelty lies in the fact that it seeks to move from ideas and plans to organized action aimed at their realization.

The struggle for these new aims does not begin today. On the contrary, the history of this struggle already has its martyrs and its pages covered with records of sufferings and sacrifices. Nevertheless, this was the sacrifice of outstanding individuals or of small courageous groups in conflict with the powerful forces of ignorance. The magnitude of the problems and difficulties demands, however, the organized action of millions.

We dedicate this message to the memory of our comrades who have fallen in the cause of Islam.

July 1970

Dzumadel-ula, 1390

[S. 58]

THE ISLAMIC DECLARATION

Do we want the Islamic peoples to leave the vicious circle of dependence, backwardness and poverty?

Do we want them to walk again with a sure step along the path of dignity and enlightenment and to become masters of their own destiny?

Do we want them to display again with full force bravery, genius and virtue?

Then let us clearly point to the path that leads thereto:

The implementation of Islam in all fields, in the life of the Individual, the family, and society, through the renewal of Islamic religious thought and the creation of a single Islamic community from Morocco to Indonesia.

This aim may seem both improbable and distant, but it is realistic because it is the only feasible one. On the contrary, any non-Islamic programme may create the illusion that it is practical and on target, and yet, for the Islamic world, it is pure Utopia because it is within the realm of impossibility.

History demonstrates a clear fact: Islam is the only concept which was able to stir the imagination of the Moslem peoples and inspire them with the necessary degree of discipline, enthusiasm and energy. No other ideal, alien to Islam, has ever succeeded in achieving anything of significance in the fields of culture and statecraft. In fact, everything in the history of the Moslem peoples that is great and worthy of mention was created under the symbol of Islam. A few thousand genuine Islamic fighters alone forced the English to pull out of Suez in the 1950th, whereas the united armies of the Arab nationalist regimes have lost the battle against Israel three times already. As an Islamic country, Turkey ruled the world. As a fake European country, Turkey is a third-rate power among the hundreds of such in the world.

A people, as well as an individual, which has embraced Islam, is incapable afterwards of living or dying for any other ideal. It is inconceivable for a Moslem to sacrifice himself for any king or ruler, or whatever he is called, or the glory of a nation, party or similar, because with the strongest Islamic instinct, he recognizes in it a kind of godlessness and idolatry. A Moslem may only die with the name of Allah on his lips or for the glory of Islam – or he must flee the battlefield.

Therefore, the periods of passivity and stagnation really represent the absence of an Islamic alternative or the lack of readiness of the Moslem peoples to set off on this uphill path. These are the negative manifestations of the spiritual monopoly of Islam over the Islamic world.

Accepting this position as an expression of God's will, *we clearly affirm that the Islamic world cannot be restored without Islam and against Islam. Islam and its concepts about the role of man in the world, the purpose of human life and the relationship between man and God, and man and man, remain the lasting and irreplaceable ethical, philosophical, ideational and political basis of any genuine undertaking for the regeneration and improvement of the position of the Moslem peoples.*

The alternative is clear: either a movement in the direction of an Islam renaissance, or passivity and stagnation. A third possibility for the Moslem peoples does not exist.

[S. 59]

I. THE BACKWARDNESS OF THE MOSLEM PEOPLES

Conservatives and Modernists

The idea of an Islamic renaissance, with its concept of the capability of Islam not only to educate man but also to order the world, will always have two kinds of opponents: conservatives who want the old moulds, and the modernists who want foreign models. The former drag Islam into the past, the latter prepare it for an alien future.

Regardless of the great differences between them, these two categories of people have something in common: both see Islam only as a religion, understood in the European meaning of the word. A certain lack of grasp of the finer points of language and logic, but more, the misunderstanding of the essence of Islam and its role in history and the world, leads them to identify the Islamic *faith* with religion which, for one particular reason, is entirely mistaken.

Although it presents a repetition and confirmation of the fundamental truths about the origin and mission of man, in one respect the approach of Islam is entirely new: in its injunction that religion and science, morals and politics, ideals and interests be united. Recognizing the existence of two worlds, the physical and the spiritual, Islam teaches that it is man, in fact, who spans the gulf between the two worlds. Without

this unifying quality religion relapses into backwardness (the rejecting of creativity), and science into atheism.

Starting from the premise that Islam is only a religion, the conservatives conclude that Islam ought not, and the progressives, that Islam cannot, act upon the physical world. The end result is the same.

The chief, although not the only champion of the conservative concept in the Moslem world today is the class of *khojahs* and *sheiks* who have organized themselves, contrary to the clear precepts about the absence of priesthood in Islam, as a special class which monopolizes the interpretation of Islam, and has established itself as the intermediary between the Koran and the believer. As priests they are theologians, and as theologians they are inevitably dogmatists, and since the faith was revealed for all time, according to their way of thinking, it was also interpreted forever, and it is best to leave everything as it was given and defined a thousand or more years ago. Anchored in this inexorable logic of the dogmatists, the theologians become bitter enemies of all that is new. The further development of the *sharia* as a law in the sense of applying the principles of the Koran to the novel situations which world developments bring in their wake, is considered tantamount to an attack on the integrity of the religion. Perhaps there is love of Islam in this, but it is the pathological love of narrow-minded and reactionary people whose deadly embrace has almost choked the still vibrant Islamic thought.

However, it would be mistaken to think that in the hands of the theologians Islam has remained a closed book. Ever more closed to science and open to mysticism, theology has permitted many irrational – and to Islamic teaching – completely alien elements and even blatant superstitions, to be added to it. It will be clear to anybody who [S. 60] is acquainted with the nature of theology why it found itself unable to resist the temptation of mythology and why it even saw in this a certain enrichment of religious thought. The monotheism of the Koran, the purest and most perfect in the history of religious teaching, was gradually compromised, and a repulsive commercialism appeared in its practice. Those who called themselves the interpreters and guardians of the faith, made after all, a very agreeable and profitable profession of it, and without too many pangs of conscience, accepted a state of affairs in which its injunctions were generally not put into effect.

The theologians have thus become the wrong people in the wrong place. And now, when the Moslem world shows every sign of rousing itself, this class becomes an expression of all that is gloomy and sclero-

tic in it. It has shown itself to be completely incapable of undertaking any kind of constructive step in the Islamic world's confrontation with the troubles which beset it.

With regard to the so-called progressives, westerners, modernists and whatever they are called, they represent a misfortune everywhere in the Moslem world because they are significantly numerous and influential, particularly in the administration, education and public life generally. Identifying Islam with the *khajahs* and conservatives, and persuading others of that, the modernists rise up publicly against everything represented by this idea. You will recognize these self-styled reformers in contemporary Moslem countries by the fact that they are usually proud of things they ought to be ashamed of, and ashamed of that of which they ought to be proud. The majority of them are well to do youngsters who are educated in Europe from whence they return with a feeling of deep inferiority towards the affluent West, and personal superiority towards the poor and backward environment from which they have sprung. Lacking an Islamic upbringing and spiritual and moral links with the people, they quickly lose sight of basic criteria and imagine that by destroying indigenous beliefs, customs and convictions, and introducing novel ones instead, overnight on their native soil they will recreate America, a country which they inordinately admire. Instead of having standards, they introduce the cult of standards, instead of developing the native potential, they stimulate appetites, thus paving the way to corruption, primitivism and moral chaos. They fail to comprehend that the might of the West does not consist in its way of life, but in the way it operates; that its strength does not lie in fashion, godlessness, night-clubs, and a degenerate young generation, but in the exceptional diligence, persistence, knowledge and responsibility of its people.

Consequently, the main trouble is not that our westerners have used foreign models, but that they do not know how to use them, or, better still, that in the process they have not developed appropriate discrimination. They have not acquired the useful article but the harmful, stifling by-product of a civilizing process.

The requisites of doubtful value which our westerner brings home include usually various »revolutionary« ideas, reform programmes and similar »salvation doctrines« acting as a panacea. Examples of incredible shortsightedness and improvisation are found among these »reforms«. Thus, for example, Kemal Ataturk, who was evidently a greater military leader than cultural reformer, and whose services to Turkey must be

realistically re-assessed, banned the wearing of the *fez*. It was quickly demonstrated that [S. 61] a change of headgear cannot affect the thinking and customs of the wearers, even less their actual condition, and, consequently, all problems besetting the Turks, under the *fez* yesterday, the hat today, have remained almost entirely the same.

For more than a century many nations situated outside the confines of Western civilization have been faced with the problem of their relationship with that civilization. Should they, in this confrontation, adopt a position of total rejection, of cautious adaptation, or acceptance of every aspect of the West?

There are reforms which reflect the wisdom of a nation and there are those that betoken its own betrayal. Japan and Turkey are classic examples of this in contemporary history. At the turn of the century, these two countries offered a picture of very similar, hence »comparable« countries. Both were old empires, with particular physiognomies and their own place in history. They were both at approximately the same level of development and with a glorious past, which can mean both a great privilege and a great burden. Briefly, their future held almost the same chances for success.

Then followed the well known reforms in both countries. In order to live its own, and not an alien life, Japan attempted to combine tradition and progress. The Turkish modernists, however, chose the contrary path. Today, Turkey is a third rate country whereas Japan has climbed to the very summit of the world's nations.

Nowhere, perhaps, are the differences between the attitudes of the Japanese and Turkish reformers so clear and characteristic as in the question of writing. While Turkey abolished the Arabic script, which because of its simplicity and fact that it has only 28 symbols belongs to the most perfect and universal of the world's alphabets, Japan refused the demand of its »Romans« to introduce the Latin script. She kept her own complicated script which, after reforms, contained 880 Chinese ideograms in addition to 46 symbols. Today, there is no illiteracy in Japan whereas in Turkey, forty years after the introduction of the Latin script, more than half of the population is illiterate, a consequence which even a blind man could have foreseen.

Not only that. It quickly became apparent that it was not only a question of the script, used simply for recording purposes. The real reasons, and therefore the consequences also, are much deeper and significant. The essence of every human civilization and progress lies in

continuity, not in destruction and negation. Its script is a way in which a nation »remembers« and endures through history. With the abolition of the Arabic script, Turkey lost, on the whole, all the treasures of the past preserved in the written word, and this single stroke reduced it almost to the very edge of barbarity. Due to this and a series of related reforms, the new Turkish generation found itself bereft of spiritual support, in a kind of spiritual vacuum. Turkey lost its »memory«, its past. Whoever needed this?

The proponents of modernism in the Islamic world were not, in fact, wise men of the people who know how to realize in a novel way old ideals and values under changing circumstances. They negated the values themselves, and often with icy cynicism and amazing shortsightedness, they trampled on the sacred beliefs of the people and destroyed life's authenticity in favour of a sham. As a consequence of this vandalism in Turkey and elsewhere, »counterfeit nations« have been created or are on the way to being created: spiritually confused countries without their own physiognomies and sense of direction. Everything about them is unoriginal and artificial, without genuine [S. 62] enthusiasm and strength, like the false splendour of their Europeanised cities.

Can a country without an identity and roots have a clear idea about its destination and its aspirations?

The example of some of Kemal's reforms may seem drastic but these reforms represent, none the less, the model for every westerner's approach to the problems of the Islamic world and the ways in which they hope to »improve« it. This is always an alienation, an escape from the real problems, from the painstaking work needed for the genuine moral and educational advancement of the people and an orientation to the external, the superficial.

What was the meaning of independence to a Moslem country in which the leadership was surrendered to this kind of people? How did they use that privilege?

By accepting alien ideational patterns and seeking political support from foreigners, whether in the West or East, each of these countries consented to its repeated enslavement through the agency of its new rulers. This created a spiritual and material dependence based on an alien philosophy and way of life, on foreign aid, foreign capital and support. These countries acquired formal independence but they did not attain real freedom, because freedom is, first of all, a spiritual achievement. The independence of a people which has not first won this spiritual

freedom will soon be reduced to a hymn and flag which are hardly sufficient for real independence.

The struggle for the true independence of the Moslem peoples must, therefore, begin anew.

Causes of weakness

These two kinds of people, conservatives and modernists, represent the key to understanding the present-day position of the Moslem peoples. Nevertheless, they are not the true and ultimate cause of this position. A deeper analysis shows conservatism and modernism to be only an expression and manifestation of a deeper cause: the degradation of rejection of Islamic thought.

The history of Islam, even in its greater part, is not only an account of the progressive realization of Islam in real life. It is just as much a story of the mis-conception, neglect, abuse and misuse of this thought. Hence, the history of every Moslem people is simultaneously a chronology of brilliant accomplishments and victories as well as depressing errors and mistakes. All of our successes and failures, political as well as moral, are really only a reflection of our acceptance of Islam and its practical applications. The weakening of Islamic influences in everyday life was always accompanied by the degradation of people and political and social institutions.

The whole history of Islam, from its inception down to our times, has developed under the inexorable influence of this coincidence. One of the laws of Islamic history and something of the unalterable destiny of Moslem nations is to be found in this »duality«. Two characteristic moments from the history of Islam, one from the period of ascendancy, the other from that of decadence, illustrate very clearly the operation of this law.

Mohammed died in 632, and less than a hundred years later the spiritual and political power of Islam embraced a vast area, from the Atlantic ocean to the rivers of [S. 63] India and China, and from the Aral lake to the lowr reaches of the Nile. Syria was conquered in 634, Damascus fell in 635, Ctesiphon in 637, India and Egypt were reached in 641, Carthage in 647, Samarkand in 676, Spain in 710. The Moslems stood before the gates of Byzantium in 717 and in southern France in 720.

Beginning with the year 700, mosques made their appearance in Shantung and by approximately 830 Islam reached Java.

This unique expansion without parallel before or since created room for the development of an Islamic civilization within three cultural areas: in Spain, the Middle East and India covering a period of history of almost a thousand years.

What do Moslems represent in the world today? The question could be alternatively phrased: how much Moslem are we? Answers to these questions are mutually linked. We are enslaved: at a particular moment in 1919 not a single independent Moslem country existed; a state of affairs never known before or since. We are un-enlightened: literacy never amounted to more than 50% in anyone Moslem country between the two world wars. At independence, Pakistan had an illiteracy rate of 75%, Algiers 80%, and Nigeria even 90%. (The Islamic Spain of the 10th and 11th century, however, knew no illiteracy according to Draper). We are poor: the national income per head of population amounts to \$220 in Iran, \$240 in Turkey, \$250 in Malaysia, \$90 in Pakistan, \$85 in Afghanistan, \$70 in Indonesia. In comparison the national income per head of population in the USA amounts to \$3,000 (all data from 1966). The participation of industry in the national income of most Moslem countries varies between 10 and 20%. On average the number of calories in the daily food intake amounts to 2,000 as compared with 3,000–3,500 in the countries of Western Europe. We are a split community: instead of being a society without extremes of penury and opulence it has become the opposite of this. In defiance of the Koran's injunction »... that these riches (properties) may not remain with the wealthy among you« (Koran 39/7), wealth was gradually accumulated by a minority. Prior to the agrarian reform in Iraq in 1958, approximately 18 million dunum (1 dunum = 10 ares) or 82% of the arable land out of a total of 22 million dunum, was in the possession of large landowners. At the same time 1,400,000 peasants had no land at all.

This is the condition which some described with good reason as the night of »Islam«. In fact, that »night« began as a dusk in our hearts. Whatever has happened to us or is occurring today, is but an echo and a repetition of whatever has previously taken place within ourselves (Koran, 13/12). For as Moslems we cannot be enslaved, unenlightened and divided; we can suffer thus only as apostates. All our defeats from the very first one at Ohod, to the latest one in the Sinai, confirm this.

The phenomenon of the abandonment of Islam, expressed most often in the shifting of the Islamic concept from the creative and active sphere into that of the sporadic and passive, can be most clearly observed in the example of the Koran as the central element of Islamic ideology and practice.

It is noteworthy that each period of ascendancy of the Islamic peoples, each period of dignity, began with the affirmation of the Koran. The expansion of early Islam, whose miraculous course we have charted here and which, in the course of two generations, led Islam to the shores of the Atlantic ocean in the west, and to the approaches of China in the east, does not portray the sole example, but only the most famous. All the great movements in Islamic history confirm this law of parallelism.

[S. 64] What was the position of the Koran in the time preceding the period of stagnation and retreat? Respect for this book did not cease, but its dynamic character was obscured by its irrational and mystical aspect. The Koran lost the authority of the law and became a »holy« object. In the sphere of research and exegesis, wisdom yielded to hair-splitting, essence to form and deep thoughts to the art of recitation. Under the continual influence of theological formalism, the Koran was read less frequently while the practice of formal »recital« grew apace, and the injunctions about struggle, righteousness and personal and material sacrifice, sharp and hostile to our inertia, dissolved and vanished in the melodious sound of the Koran being recited. This unnatural state was gradually accepted as normal, as this suited that growing number of Moslems who could neither break with the Koran nor had the strength to alter their lives in accordance with its precepts. It is here that the psychological explanation for the excessive reciting of the Koran should be sought. They recite the Koran, they expound it and then recite again, they study it and again recite. They repeat one of its sentences a thousand times so as not to have to put it into practice, not even once. They have created a detailed and pedantic science of how the Koran should be pronounced to avoid the question of how to put it into practice. Finally, they transformed the Koran into a bare sound without meaning and content.

The whole reality of the Moslem world, with its discrepancy between word and deed; its dissoluteness, filth, injustice and cowardice; its monumental but deserted mosques; its big, white turbans without ideals and courage; its hypocritical Islamic slogans and religious poses; and its

empty shell of a faith, is only the outward expression of this fundamental contradictions in which the Koran figures, and in which zealous respect for this book has been gradually combined with an absolute disregard for the applications of its principles.

In this altered role of the Koran is to be found the first and most important cause of the regression and impotence of the Moslem peoples. The other reason of such universal significance is education, that is, the educational system in the broadest sense.

For centuries already, our peoples have had no educated elite. Instead they have two other categories, both equally undesirable: the uneducated and the wrongly educated. Not a single Moslem country has an adequately developed education system which, at the same time, would correspond to the moral concepts of Islam and people's needs. This most sensitive institution of any society has either been neglected by our rulers or else abandoned to foreigners. Schools funded and staffed by foreigners, and consequently teaching an alien programme and ideology, do not produce Moslems or even nationalists. These schools train our future intellectuals in the »virtues« of obedience, submission and admiration for the might and wealth of foreigners; foreign teachers invest this intelligentsia with a vassalage mentality, and tomorrow it will admirably fill their tutorial posts because they will feel and behave like true strangers in their own land. It would be rather instructive to establish how large is the number of schools and colleges which are maintained, directly or indirectly, by foreigners, and to ponder seriously the reasons for this extraordinary generosity. One should delve into the syllabuses of these institutions and establish what they do, and even more so what they do not contain. It would become clear that the real question is not whether our intelligentsia want and wish to find the way to their own people and their genuine aspirations and interests, but whether the intelligentsia, such as they are, can find the way at all. It is a matter of the type of values [S. 65] and ideals which are inculcated and the psychological chasm which is created. Chains are no longer required to hold our peoples in submission since the silken threads of this alien »enlightenment« which paralyses the will and consciousness of the educated elite have the same power. While this type of education exists foreign rulers and their vassals in the Moslem countries need not fear for their positions. Instead of being a source of rebellion and resistance against them, such education is their best ally.

This tragic chasm between the intelligentsia and the people, which represents one of the saddest characteristics of our general situation, is being widened from the other end too. Sensing the alien and non-Islamic character of the education offered to them, the people instinctively reject it, and the estrangement becomes mutual. An absurd allegation is made concerning Moslem disinclination towards schooling and enlightenment. It is clear, however, that this is not a hostility towards education as such but that it is aimed against education which is alien and has no spiritual connection with Islam and the people.

The Indifference of the Moslem Masses

The revolution which the modernists carried out in a number of Moslem countries was as a rule anti-religious and was executed under the slogans of laicization of political and social life. In this respect it is reminiscent of the struggle between the burgeoning national states and the Church in Europe at the end of the Middle Ages.

But that which in a Western concept might mean progress and lawfulness, represented an unnatural process in the Islamic world with the consequence that no constructive change took place. Laicism and nationalism in this instance did not have any positive meaning and, in fact, were only a negation. Alien in their origin and content, they fully expressed the existing spiritual poverty. The last act of the Moslem world practically began with them, and could be termed a »dual absurdity« in accordance with the situation which had arisen.

Every renaissance is a consequence of creative contact, of sympathy or internal consensus among the aware, leading elements of a society and the broad masses. The leading group is the will and the mind, the people, the heart and blood of every deep-rooted movement. Without the participation, or at least, the consent of the ordinary man, any action is superficial and without real striking power. It is possible to overcome the sluggishness of the masses only if the latter is a consequence of a natural resistance to tension, danger and strife. This inertia cannot be overcome, however, if it represents the rejection of the motivation itself because that ideal is contrary to the most intimate will and feelings of the masses.

In fact, this second case, in a more or less distinct form, may be observed in those Moslem countries where the modernists are attemp-

ting to introduce their ideas. They threaten and cajole, plead and pressurize, organize and reorganize, change names and personalities, but they meet the stubborn rejection and indifference of the ordinary people who make up the majority of a nation. Habib Bourgiba – and he is mentioned here only as an example and a representative of a widespread tendency – wears a European suit, speaks French at home, isolates Tunis not only from Islam but even from the Arab world, restricts religious training, calls for the fast of Ramadan to be abandoned »because the fast reduces productivity«, and publicly drinks orange juice in order to [S. 66] set a good example, and then he wonders at the passivity and lack of support shown by the Tunisian masses for his »learned« reforms. The modernists would not be what they are if they did not show this kind of blindness. The Moslem peoples will never accept anything explicitly contrary to Islam, because Islam is not only an idea and a law, Islam has become love and emotion. The man who denies Islam will reap nothing but hatred and resistance.

The Modernists have created a situation of internal conflict and confusion where any programme, either Islamic or foreign, becomes impossible. The masses want Islamic action but they are helpless without the intelligentsia. The alienated intelligentsia impose their own programme but are unable to mobilize sufficient forces willing to give blood, sweat and enthusiasm for their insubstantial ideals. The result is deadlock and a peculiar state of impotence and paralysis.

There is a social order, dynamism, prosperity and progress which can be developed but it is not the system, progress and affluence of Europe and America. The indifference of the Moslem masses is not a general indifference. It is the manner in which Islam is defended from external, alien attacks. Wherever the least chance of an Islamic struggle has appeared, the ordinary man has offered proof of his readiness to fight, suffer and die. This is illustrated by the example of Turkey during the liberation war against Greece after the Turkish defeat in World War I, the heroic resistance in Libya against the Italian occupation, the recent examples of the anti-British struggle at Suez, the Algerian liberation war, the struggle for the preservation of Indonesia and the Islamic constitution in Pakistan. Whenever it was necessary to stir up the masses, Islamic slogans were used, at least temporarily and insincerely. There is no indifference where Islam is concerned.

An idea is needed to set in motion and channel the manifest emotions of the Moslem masses. But it cannot be just any idea. It has to be

commensurate with these powerful emotions and, therefore, this can only be the idea of Islam.

There is no hope that the Moslem masses and their present intellectual and political leadership might agree that either of them abandon their respective ideals, regardless of the duration of the present state of indecision and expectancy. Seen in perspective, there is only one solution: the growth and assembling of a new intelligentsia imbued with Islam. Then, having raised the banner of Islam, this intelligentsia, together with the Moslem masses, would initiate a campaign for its realization.

II. THE ISLAMIC ORDER

Faith and the Law

The Islamic order – what is the meaning of this word in the context of our generation?

The briefest definition of the Islamic order is rendered as the unity of faith and law, upbringing and strength, ideal and interest, the spiritual community and state, willingness and compulsion.

A synthesis of these components, Islam has two fundamental assumptions: the [S. 67] Islamic society and government. The first is the content, the second the form of the Islamic order. Islamic society without an Islamic government is incomplete and impotent; an Islamic government without an Islamic society is either an Utopia or a tyranny.

A Moslem, on the whole, does not exist as an individual. If he wants to live and exist as a Moslem, he must create an environment, a community, a social order. He must change the world or he himself will be changed. *History does not know of a single truly Islamic movement which was not simultaneously a political movement.* This is because Islam is a religion, but at the same time it is also a philosophy, a morality, a social order, a style, an atmosphere – in a word, a comprehensive way of life. *It is impossible to believe in Islam and yet work, earn a living, amuse oneself and govern in a non-Islamic way.* This disharmony will either create hypocrites (they worship God in the mosque, outside it they deceive Him), or wretches in conflict with themselves (they can neither give up the Koran nor find the strength to change their actual circumstances); alternatively it creates hermits and eccentrics (they withdraw from the world because it is not Islamic) or, finally,

those who in such a dilemma abandon Islam and accept life and the world as they find it, i.e. created by others.

The Islamic order is a society without division and a system of relationships within which the Moslem is in complete harmony with his environment.

To the question: what is a Moslem society, we answer: it is a community composed of Moslems, and we consider that this says it all, or nearly all.

This means that there is no system of institutions, relationships and laws separable from the people who are its subjects, and describable as an Islamic system. No system is Islamic or non-Islamic in itself. It is the people who underpin it who give it its character.

The European believes that society is organized with the help of laws. Ever since Plato's »Republic«, through well-known Utopias concerning the ideal society, and right up to the most recent of these, Marxism, the European mind has been searching for a plan, a scheme of things which would bring about the ideal society simply by altering relations between individuals or groups of people.

Therefore, in the Koran, there are relatively few genuine »laws« but much more »faith« and demands for its practical application.

A multitude of laws and complex legislation is usually a sure indication of »rot« in a society and that *it is necessary to stop introducing laws and to begin educating people*. When the corruption of a society becomes excessive, laws become impotent. They either fall prey to a corrupt judiciary or become the object of overt and/or covert evasion by a venal society.

Drinking, gambling and fortune-telling – three vices very widespread and well entrenched throughout the whole region of the middle and the Near East, were eliminated for a long period and in an immense area by a single verse from the Koran and the one simple explanation that God had forbidden them. With the weakening of faith, inebriation and superstition reappeared with equal force and the incomparably higher cultural development of the society did not act as an obstacle. The Prohibition laws in America, proclaimed in the name of 20th century science and implemented with the might of one of the best organized societies in the world, finally had to be withdrawn in the 1930th, after thirteen years of futile effort, much violence and crime. The attempt [S. 68] to introduce prohibition in the Scandinavian countries met with equal failure.

This and many similar examples clearly indicate that society can only be improved in the name of God and through the education of men, and we must travel the only path which assuredly leads to that goal.

Confirming the principle of a spiritual, inner approach in all of its manifestations Islam, nevertheless, does not stop here. It has endeavoured to deprive the devil of his weapons. If, in the man-world relationship, Islam did not proceed from man, it would not be a religion; and if it stopped there, it would be solely a religion and simply repeat the teaching of Jesus about ideals and man's soul. Through Mohammed and the Koran Islam turned to the real man, the external world and nature, *to become the teaching about the whole of man and totality of life*. Added to faith was law; to education, force. Islam became a social order.

Islam is not only a religion

In this respect, which marks a true turning point in the evolution of religious teaching, Islam differs from all other religions, doctrines and philosophies. Here is a novel viewpoint and approach reflecting an aspect of Islam's totally original philosophy. The essence of this philosophy is the postulate that life be lived simultaneously on the internal and external plane, both morally and socially, spiritually and physically, or more precisely, that these two aspects of life be accepted both wittingly and willingly as human destiny and the meaning of life on earth (Koran, 28/77). Translated into practical terms it could be formulated thus: he who believes that life must be based, not only on faith and prayer, but also on work and science; whose world view not only permits but also demands that the shrine and factory stand together; who deems that it is not only necessary to educate people but also to improve their lot on earth, and that these aims are not mutually exclusive – that person belongs to Islam.

Besides faith in God, this constitutes the main message of the Koran and within it is the whole of Islam. All else is but decoration and its interpretation. This aspect of Islam, besides containing the very principle of the Islamic order as a unity of faith and politics, also leads to other important conclusions which are of immense significance, in principle and in practice.

The first and most important of these is certainly the one that concerns the incompatibility of Islam and non-Islamic systems. There is no

peace or co-existence between the »Islamic faith« and non-Islamic social and political institutions. The malfunction of these institutions and the instability of the regimes in Moslem countries, manifested in frequent changes and coups, is most often the result of their *a priori* hostility to Islam as the fundamental and ruling emotion of the people in these countries. *Claiming the right to order its own world, Islam clearly denies the right and opportunity of activity in its own domain to any alien ideology.* The principle of secularism is, consequently, not recognized while the state must be the expression and upholder of religious, moral concepts.

This is only the first and most important conclusion derived from a view of Islam as an integral socio-religious system. The other three – just as important, but less exclusive – conclusions are:

Firstly, by the very fact of opting for this world, Islam opts for the best [S. 69] constituted world. Nothing making this world a better place can be rejected *a priori* as non-Islamic.

Secondly, openness towards nature means openness towards science. To be Islamic, every solution must fulfil two conditions: it must be maximally efficient and maximally humane. Hence, it must be the highest expression of correlation between faith and science; and

Thirdly, by pointing to an aspect of interconnection between faith and science, morals and politics, the individual and the collective, the spiritual and the material questions which have divided the present-day world – Islam again acquires the role of an intermediate idea, and the Islamic world the role of an intermediary in a divided world. Representing the promise of »religion without mysticism, and science without atheism«, Islam is of equal interest to all without distinction.

The contemporary Islamic social order

Whereas Islamic principles which determine the relationship between man and man, and man and society, are unalterable, there is no unalterable Islamic economic, social or political system. No description of such a system is to be found in Islamic sources. The economic, social and political organization of the Moslem society will therefore differ from the way in which it was organized in the past. It is the task of every age and generation to find new forms and means of putting into practice the fundamental messages of Islam, which are unalterable and eternal in a

world not eternal and subject to constant change. Our generation too must take its chances in making the attempt.

Aware of all of the inevitable imperfections of definitions of this type, and limiting ourselves to principles which seem to us to have greater significance at this moment, we present them in the following order:

1. Man and Society

The Islamic society is an organized community of believers. There is no purely scientific, revolutionary, socialist or any other kind of exclusively secular salvation for man and society. Salvation which also does not mean conversion, the re-birth of man, inner regeneration – and there is none of this without God – is a lie.

Islamic society cannot be based only on social or economic interests, or any other external, merely technical means of association. As a community of believers, it contains at its core a religious, emotional element of belonging. This element is very clearly apparent and contained within the *d·emat*,² the basic unit of Islamic society.

In contrast to a society which is an artificial community with a mechanical relationship of its members, the *d·emat* is a cohesive, substantial community, based on a spiritual membership and where social intercourse is maintained by direct, personal contact and familiarity. Within it, an individual relates to an individual and is not an anonymous member of society. As a factor of identification and rapprochement, the *d·emat* contributes to the solidarity and harmony of society and it helps in fighting the spirit of isolation and alienation brought to us by technology and growing urbanization.

In addition to this, the *d·emat* creates a type of public opinion which operates [S. 70] without violence, but nevertheless, very efficaciously against potential transgressors of social and moral norms. In the *d·emat* no-one is alone in a two-fold manner: he is not alone to be able to do whatever he wants, nor is he abandoned without moral and material support. If a Moslem does not sense the presence of others, the Moslem society has failed.

Islam wants man to offer his hand to his fellow directly. In a real sense, nothing is done until this is achieved. Islam is against perpetuating a situation in which the state must use force and protect one man

2 D·emat – Islamic religious community.

from another. Islam can only accept this state of affairs conditionally and temporarily. Force and law are but the tools of justice. Justice is to be found only in mens' hearts or else it does not exist.

2. The equality of man

Two facts of major difference – the oneness of the Divinity and the equality of men – are established by the Koran in such a clear and explicit way that they allow of only one, literal interpretation: there is no god but the one God; there is no chosen people, chosen race or chosen class – all men are equal.

Islam cannot accept the division and grouping of men according to an external, objective criterion such as a social class. Any differentiation of people which does not include moral criteria is unacceptable to Islam as a religious-moral movement. People must be distinguished – if they are to be differentiated – primarily according to who they actually are, that is, according to their spiritual and ethical worth (Koran, 49/13). All honest people, regardless of how they earn their living, belong to the same community, just as scoundrels and rogues of all kinds belong to the same »class«, regardless of their political beliefs and profession.

Class division is equally both unjust, and morally and humanly unacceptable, just as are national and racial differentiation and discrimination.

3. The Brotherhood of Moslems

»Moslems are brothers« (Koran, 49/10). In this message, the Koran sets a target which, because of its remoteness, can be a source of inspiration for constant progress. Immense changes in man and the world are to be achieved to shorten the road to brotherhood.

The Principle empowers the Islamic community and also makes it its duty to create suitable institutions and to introduce specific measures for the purpose of ensuring that the relations between Moslems may, in reality, increasingly acquire the elements and features of brotherhood. The number and types of measures, initiatives and laws which could be introduced by a genuinely Islamic government, invoking the principle of the brotherhood of all Moslems are practically limitless.

As the most extreme example, let us mention feudalism and the great social and property differences in society. The relationship between the villein and the feudal lord is not brotherhood, but a relationship of submission and dependence like this is in direct opposition to the Koran and the above-mentioned principle.

4. *The Unity of Moslems*

Islam contains the principle of the *ummet*,³ that is, the tendency to unite all [S. 71] Moslems in a single religious, cultural and political community. Islam is not a nationality but a supra-national community.

Whatever divides people in this community, whether it be ideational (sects, *Mezhebs*,⁴ political parties etc.) or material (great property differences, social rank etc.) is contrary to this principle of unity and as such must be limited and eliminated.

Islam and Pan-Islamism define the border line between Islamic and non-Islamic tendencies in the present Moslem world. A community is Islamic in proportion to the degree in which Islam determines its internal relations, and Pan-Islamism its external relations. Islam is its ideology and Pan-Islamism its policy.

5. *Property*

Although Islam recognizes private property, the new Islamic society will have to state clearly that all large sources of social wealth, and particularly material resources will have to be the property of the community and be used for the benefit of its members. The supervision of the wealth resources by society is necessary to prevent the unjustified acquisition of wealth and power by individuals on the one hand, and also to ensure the material basis for the realization of a programme of development which the community will undertake in accordance with the growing role of organized society in the life of the people. Although of a different character, society in the USA, the USSR or Sweden participates to an equal degree in the solving of matters of common concern, showing this to be not a question of ideological or political choice, but

3 Ummet – people; followers of a prophet.

4 Me- heb – Islamic Law School.

of necessity, which arises from the conditions of human life in the contemporary world.

Private property is subject to yet one more limitation on the basis of the explicit injunction of the Koran – the obligation to use it for the common good (Koran 49/34). Consequently, there is no private property in Islam in the sense of Roman law. In comparison with Roman law, the *Sharia* property concept has a right less (*ius abutendi* – the law of misuse) and an obligation more (the obligation to use property for the common good). For a genuine Islamic government, the practical consequences of this difference are far-reaching. On its basis and that of the cited regulations of the Koran, all lawful and practical measures against the different forms of non-use and misuse of private property are legal. The elimination of injustice, inequality and particularly luxury and waste in the midst of poverty – phenomena undermining society and dividing people – will, at some point, be set before the Islamic order as a matter of its survival, and as a touchstone of the real worth of the ethical and social attitudes it represents.

6. *The Zekjat⁵ and interest rates*

Among the Islamic regulations having an explicit social stress, one injunction and one prohibition occupy a special position: the *zekjat* and the prohibition of interest charges.

The *zekjat* establishes the principle of mutual responsibility and mutual concern for everyone's welfare. This principle, once proclaimed, can become the basis of different new forms of welfare in accordance with the development, needs and possibilities of society.

Currently, the *zekjat* is the private affair of each individual, and with the present state of social and religious awareness, it is totally ineffectual. The absence of the *zekjat* [S. 72] is obvious everywhere. The *zekjat* is a public and legal institution of the Islamic system and its functioning must be ensured in every way, including the use of force.

The prohibition of interest charges (Koran, 278/279) establishes a permanent Islamic society norm – *the prohibition and outlawing of every type of rent and all forms of parasitic living*, that is, the acquisition

5 Zekjat – annual alms given by Moslems; annual religious tax.

of property on the sheer basis of possession – as phenomena contrary to the moral concepts and foundations on which Islamic public order rests.

7. *The Republican principle*

Except in property matters, Islam does not recognize any principle of inheritance of any kind of power with absolute prerogatives. *The recognition of the absolute power of Allah means the absolute non-recognition of every other almighty power* (Koran, 7/3, 12/40). »Any submission to a creature which implies non-submission to the Creator, is forbidden (Mohammed). In the history of the first, and perhaps until now, the only authentic social order – the period of the first four caliphs – three essential aspects of the republican principle of power can be differentiated:

- 1) The electiveness of the head of state,
- 2) The responsibility of the head of the state to the people, and
- 3) The use of consensus in dealing with common and public affairs. The latter the Koran also explicitly commands (3/159, 42/38).

The first four rulers in Islamic history were not kings or emperors. They were chosen by the people. The hereditary caliphate represents the abandonment of electiveness which was established as a definite Islamic political institution.

8. *There is no god but God*

To the same degree that we consider the implementation of the Islamic order to be a sacrosanct goal, which cannot be subjected to majority decisions, we reject the sacrosanctity of the individual, regardless of merit and position. *In this sense, the Islamic order is the synthesis of absolute authority (in relation to the programme) and absolute democracy (in relation to the individual).*

In Islam there are no all-wise, omniscient, blameless and immortal people. Mohammed himself was fallible and was rebuked as such (Koran, 80/1–12). In this respect, the Koran is a realistic, almost anti-heroic book. The phenomenon of the personality cult, very common in the East as well as in the West, today as well as in the past, is explicitly

foreign to Islam also because it represents a kind of idolatry, (Koran, 9/31). The measure of man's real worth is his personal life and the proportion between what he gives and takes from the community. All praise and thanks belongs only to God and only God can judge the real merits of men.

9. Education

Since faith is the basis of Islamic society, education is not only one of its functions but also a condition of its existence. This is primarily religious and moral instruction within the family and then at all levels of school.

A particular task of the Islamic system is an efficacious struggle to eliminate all forms of anti-education. Islam has forbidden, and the Islamic system will eradicate with concrete measures:

[S. 73]

- all forms of alcoholism,
- public and secret prostitution,
- pornography in word, pictures, on film and television,
- gaming-houses, dancing and nightclubs, and other forms of entertainment which are incompatible with the moral precepts of Islam.

10. Schooling

An integral part of this integral education is the schooling of new generations, and the forming of working habits and training. Besides unity, education is the second decisive factor for the speedy emancipation of the Moslem world from its present inferior position. As Moslem countries do not have sufficient capital, then they must invest their available means into what is most profitable: education.

There is no true independence without our ability to apply and make use of the scientific achievements and develop them further. In its beginnings, Islam undertook, without prejudice, the study and collection of the whole body of knowledge inherited from earlier civilizations. We do not see why Islam today should adopt a different attitude to the achievements of the Euro-American civilization with which it has such broad contacts.

Consequently, it is not a question of whether we should or should not accept science and technology – because we will have to accept them if we want to survive – but whether we should do this creatively or mechanically, with dignity or with inferiority. The question is, therefore, whether we should vanish in the course of this inevitable process or whether we should preserve our individuality, culture and values.

With regard to these facts, we can declare with certainty that school education in the present Moslem world is an institution which most urgently demands radical qualitative and quantitative changes. Qualitatively – in order to free education from the spiritual, and in some cases also, material, dependence on foreigners and begin to serve the upbringing of Moslems as people and as members of the Islamic community. Quantitatively – in order to eliminate the chronic insufficiency in this respect, and to create in the shortest time the conditions for education and training the upcoming generation and all strata of the population. In the initial stage, the mosque can again be used as a school. Nowhere can we be defeated if we do not fail, here, in education.

II. Freedom of conscience

The education of the people, and especially the media of enormous influence – the press, television and film – must be in the hands of people whose Islamic moral and intellectual authority is indisputable. It should not be permitted that these media should be seized by corrupt and degenerate people – as is normally the case – to transmit the senselessness and emptiness of their own lives to others. What can be expected if completely contradictory messages come from the mosque and the television?

However, in no wise does this mean that an Islamic system should be turned into a spiritual dictatorship in which the government proclaims truths and raises a uniform and impersonal youth. However, there are some elementary attitudes and some basic rules of conduct which have to be respected under any circumstances. In Islam, with regard to [S. 74] the proclaimed principle of freedom of belief (Koran 2/266), all compulsion, physical and psychological, in questions of conscience and convictions, is expressly prohibited, and with regard to the principle of consensus, unnecessary also («My people cannot agree in error» – Mohammed). However much it is morally puritanical, because of its open-

ess to nature and joy, Islam is liberal, and the whole of Islamic history bears witness to this. *Since it acknowledges God but not any sort of dogma and hierarchy, Islam cannot be transformed into a dictatorship and any form of inquisition and spiritual terror is impossible.*

12. Islam and Independence

There is no Islamic system without independence and freedom. And conversely: there is no independence and freedom without Islam. The latter conclusion has a two-fold meaning: firstly, independence is true and durable only if it is a result of achieving spiritual and ideational independence, consequently, if it shows that a people has found itself and revealed its inner strength without which the independence achieved cannot become meaningful nor maintained for long. In its implementation of the Islamic thought in practical life, every Moslem people experiences this identification with itself – its spiritual liberation – as a condition of its social and political deliverance.

Secondly, the actual support which a Moslem people gives to a regime in power is in direct proportion to its Islamic character and, consequently, it diminishes proportionately to the regime's growing alienation from Islam. Non-Islamic regimes are left almost completely deprived of this backing and therefore, willy-nilly, have to seek foreign support. Their consequent dependence is a direct result of their non-Islamic orientation.

These facts also determine the character of the Islamic system as a democracy; not democracy as a formality but as a function, as a consensus. This kind of democracy exists where a government transforms what the people feel into thought and action, where it acts as a direct expression of this will. The establishment of an Islamic system is the manifestation of the supreme act of democracy because it means the realization of the deepest aspirations of the Moslem peoples and the ordinary man. One thing is certain: regardless of what a part of the wealthy and the intelligentsia want, the ordinary man wants Islam and life in an Islamic community. Here, democracy does not proceed from principles and proclamations but from facts. The Islamic order does not use force simply because it has no need for it. Conversely, a non-Islamic system, sensing the constant resistance and hostility of the people, sees the only solution in applying force. Its transformation into a dicta-

torship develops in accordance with an inner logic, a fate which it cannot escape.

13. Work and Struggle

An Islamic society must take on the task of mobilizing human and natural resources and instigate work and activity with its measures. The existence, power or weakness of an Islamic society is subject to the same laws of work and struggle as in other communities and in this respect our society enjoys no special favour from God (Koran 5/57).

It is necessary to eliminate two things from the psychology of our public opinion: belief in miracles and the expectation of foreign help. Miracles do not exist except for those created by the labour and knowledge of man. There are no *Mahdis*⁶ who will drive out our enemies in a miraculous way, eliminate poverty and spread education and [S. 75] prosperity. The *Mahdi* is a name for our indolence or rather for the false hope which grows from a feeling of our impotence when the magnitude of the difficulties and problems is totally disproportionate to the possibilities and resources of the struggle.

The reliance on foreign help is another form of superstition. It has become our habit to seek among non-Islamic countries for either generous friends or sworn enemies, and we call this our foreign policy. When we understand that, in fact, there are no real enemies or real friends, and that we ought to blame ourselves more for our misfortunes than the »fiendish plans of enemies«, we shall have begun to mature and the future will bring less troubles and disappointments. After all, even if there should be those who would be prepared to give help without disproportionate political and material favours in return, this could not essentially change our position. *Because prosperity cannot be introduced Into a country. It has to be created in that country itself through its own efforts.* Whatever we wish to attain we must do ourselves. No one shall and can do this for us.

This programme of work and activity has a foundation which could be a source of extraordinary inspiration. The natural wealth and possibilities of the Islamic world are enormous. Only a part of that world, Indonesia, represents the third richest compact territory in the world

6 Mahdi – Moslem spiritual and temporal leader.

after the USA and the USSR. Taken as a whole, the Islamic world takes the first place in this respect.

In proclaiming this renaissance we are not proclaiming a period of safety and tranquility but a period of turmoil and trial. There are too many things begging to be destroyed. Therefore, these will not be days of prosperity but days of dignity. A people that sleeps can only be aroused with blows. Whoever wishes good to our community must not spare it strain, danger and misfortune. On the contrary, he must do everything so that this community uses all of its strength as soon as possible to test its potential to take risks, in a word, not to sleep but to live. Only awake and active can it find itself and its path.

14. Women and the family

The position of the woman in Moslem society has to be changed everywhere in accordance with her task as a mother and the natural teacher of children. An uneducated, neglected and unhappy mother cannot raise and educate sons and daughters who are capable of initiating and successfully conducting the rebirth of the Moslem peoples. Islam has to take the lead in granting motherhood the rank of a social function. Harems have to be abolished. No-one has the right to quote Islam in order to keep women without rights and an end must be made of abuses of this sort.

These views are not feminism of the Western type which expresses the desire to impose the criteria, caprices and supremacy of a corrupt class of women on society. They are not equality in the European sense; *they stress the equal worth of man and woman while emphasising their differences which must be preserved.* The principle of equal value is also a direct consequence of the rule on equal religious and moral duties which is plainly expressed in many places in the Koran (especially the passage 33/55).

Civilization has turned woman into an object which is either used or by which one is enslaved, but it has deprived woman of her personality which alone can be the recipient of worth and respect. By neglecting motherhood, it has deprived woman of her [S. 76] fundamental and irreplaceable function.

At a time when the family is passing through a serious crisis and when its value is questioned, Islam reaffirms its devotion to this form of

human life. In contributing to the security of the family home and removing external and internal threats (alcohol, immorality and irresponsibility), Islam practically protects the genuinely true interest of the sound and normal woman. Instead of an abstract equality, she is assured of love, marriage and children with everything these three things mean to her.

The family and marriage law, formulated in the first centuries of Islam, will necessarily be examined in accordance with the present needs and level of development of human and social consciousness, with the tendency to reduce radically the practice of polygamy and gradually eliminate it, as well as to limit divorce and provide efficacious material protection for women and children in these circumstances.

15. The ends do not justify the means

In the struggle for an Islamic system, the use of all means is allowed, except crime. No-one has the right to besmirch the beautiful name of Islam and this struggle by the uncontrolled and excessive use of force. The Islamic community must confirm once again that justice is one of its foundations. The Koran has not commanded us to love our enemies but it has expressly commanded us to be just and to forgive (Koran, 4/135 and 16/126). The use of force has to correspond with this principle.

The formula, that ends justify the means, has been the reason for countless crimes. A sublime goal cannot sanctify unworthy means while the use of unworthy means can degrade and compromise any aim. The stronger we are morally, the less need we have of force which in the final analysis is the weapon of the weak and not of the strong. What force cannot achieve, generosity, perseverance and wise conduct can (Koran, 16/125, 26/34–35).

16. Minorities

The Islamic order can be realized only in those countries in which Moslems represent the majority of the population. Without this majority, the Islamic system is reduced only to naked power (because the second element, the Islamic society, is missing) and may turn into tyranny.

Non-Moslem minorities within an Islamic state, on condition of loyalty, enjoy religious freedom and every protection.

Moslem minorities within non-Islamic communities, conditional on a guarantee of religious freedom and a normal life and development, are loyal and duty bound to observe every obligation to that community with the exception of those harming Islam and Moslems.

The position of Moslem minorities in non-Islamic communities will always depend, in practice, on the strength and reputation of the world Islamic community.

17. Relations towards other communities

The relationship of the Islamic community towards others in the world rests on the principles of: 1) Freedom of religious choice (Koran, 2/256); 2) Strength and a decisive [S. 77] and active defence (Koran, 8/61, 42/39–42, 2/190–192); 3) Prohibition of wars of aggression and crime (Koran, 2/190–192, 42/42); 4) Mutual co-operation and rapprochement between peoples (Koran, 49/13); 5) Respect for established obligations and treaties (Koran, 9/4) and 6) Reciprocity (Koran, 9/8).

III. PROBLEMS OF THE ISLAMIC SYSTEM TODAY. THE ISLAMIC RENAISSANCE – RELIGIOUS OR POLITICAL REVOLUTION?

The Islamic social order represents the unity of religion and the socio-political system. Does the path to it lead through religious rebirth or political revolution?

This is the answer: the Islamic renaissance cannot begin without a religious revolution, and it cannot be successfully continued and completed without a political one.

This answer, which clearly defines the Islamic renaissance as a two-fold revolution, moral and social, but which clearly gives priority to religious rebirth, issues from the principles and nature of Islam, as well as from some sombre facts which denote the reality of the modern Moslem world.

These facts speak of the difficult moral situation in the Moslem world, lack of purity, the rule of corruption and superstition, sloth and hypocrisy, the adoption of non-Islamic customs and habits, chronic ma-

terialism and the worrying absence of enthusiasm and hope. Can any kind of social and political transformation begin immediately under such conditions?

Before being called upon to fulfil its role in history, every nation had to experience a period of internal cleansing and the practical acceptance of some fundamental moral attitudes. Every worldly power begins as moral strength. Every defeat originates in moral failure. Every achievement must first be won in the soul of man.

What does a religious rebirth as a prerequisite of an Islamic social order mean? Primarily, it means two things: a new awareness and a new will.

Religious renewal is the clear awareness of the real meaning of life, of what one lives for and what one ought to live for. Is this goal a personal or a communal standard, the glory and grandeur of one's race or nation, the affirmation of one's own personality or the power of God's law on earth? In our case, religious renewal means in practical terms the »Islamization« of people who call themselves Moslems or whom others usually call by that name. The starting point of this »Islamization« is a firm belief in God and the strict and sincere practice of Islamic religious and moral norms by Moslems.

The second component of the religious renewal is the readiness to fulfil the obligation imposed by awareness of the goal. Therefore, religious renaissance is a quality of moral enlightenment and enthusiasm, a psychosis of the superiority of the spirit over matter, a condition of experienced and practical idealism inspiring ordinary people to extraordinary deeds of bravery and self-sacrifice. It is also a new quality of faith and will which abolishes everyday criteria of the possible, and unexpectedly causes individuals and [S. 78] entire groups to sacrifice themselves for their ideals. It is impossible to achieve any kind of genuine change in the modern Moslem world without this new state of the soul and emotion.

The assumption of a shorter path to an Islamic order by gaining power – then creating appropriate institutions and introducing the systematic, religious, moral and cultural education of the people as a precondition for the building of an Islamic society – will always be present, even if only momentarily, in these considerations.

This, however, is only a temptation. History does not know of a single genuine revolution imposed from above. Every revolution begins with education and in essence is a moral call.

Besides, the formula which entrusts the establishment of an Islamic order to a government and its institutions does not answer the questions of the very origins of this government. Who will establish and run it, and of what sort of people will it and its institutions be composed? Finally, who will control the government itself and ensure that it does not degenerate and pursue its own ends instead of serving the purpose for which it was established?

It is possible for one group to supersede another in power, and that is almost an everyday occurrence. It is possible to exchange one tyranny for another, and to replace the proprietors of material goods. It is possible to change titles, flags, hymns and slogans in the name of those for whom all this is done. Nevertheless, this does not bring closer – not by a single step – the Islamic order as a new world view and the relationship of man towards himself, others and the world.

The idea always to appeal for help from some power or authority is rooted in man's natural tendency to avoid the first and most difficult phase of the *jihad*⁷ – the struggle with himself. It is difficult to train people, and even more so to train oneself. By its very definition, religious rebirth implies beginning with oneself, one's own life. Conversely, force always means someone else, hence the attraction of the idea.

Therefore, a movement having as its chief aim an Islamic order must, above all, be moral. It must inspire people morally and be a moral factor edifying people and improving them. Herein lies the difference between the Islamic movement and a political party which assumes similarity of opinion and interests, without, however, including ethical criteria and moral commitment.

The priority of religious renewal, inter alia, also has the clear support of Islamic sources. Firstly, the Koran states the regeneration is a prerequisite of any change and improvement in the situation of a people (Koran, 13/12). Secondly, the practice of early Islam and Mohammed's struggle to establish the first Islamic order in history confirms this law. This is illustrated by the fact that during the first thirteen years, the Koran continued to settle and stress questions of faith and responsibility exclusively and, during that period, did not consider social or political problems or formulate any kind of law concerning an Islam based society.

Another three important things are expected from a religious renaissance:

7 Jihad – Moslem religious war, crusade.

1. Only a religious renewal can produce the determination necessary to apply, without hesitation and compromise, the commands of the Koran, especially those directed against deep-rooted social evils or which adversely affect the wielders of power and [S. 79] the wealthy. The religious rebirth can cause these ordinances to be introduced without violence and hatred because everyone, or at least the vast majority of the regenerated society, will understand and accept them as the implementation of God's decrees and as a matter of justice.

2. The Islamic renaissance not only cannot be conceived without people prepared to suffer huge personal and material sacrifices, but also without a great degree of mutual trust and loyal co-operation. What can be done to ensure that the efforts, privations and sacrifices of some are not used for the personal ends of others? What can prevent the repetition of tragic moral failure, so often enacted in recent Islamic history? Any social order, even an Islamic one, will more resemble the people who create and introduce it than the principles ascribed to it.

3. Because of great backwardness, the Islamic world will have to accept a very rapid rate of education and industrialization. Speedy development is fraught with side effects such as: despotism, corruption, family breakdown, quick and dubious profit-making, the emergence of resourceful and unscrupulous individuals, rapid urbanization and the abandonment of traditions, the vulgarization of social intercourse, widespread alcoholism, drug addition and prostitution. *The only defence against this flood of barbarity and primitivism is a pure and firm faith in God and the practice of religious ordinances by all levels of society. Only faith can ensure that civilization does not destroy culture.* Naked material and technical progress, as some cases clearly show, can turn into an open return to barbarism.

Islamic Government –

To stress the primacy of the religious and moral regeneration does not mean, nor can it be interpreted to mean, that an Islamic order can be created without holding power. This only means that our path does not begin with winning power but winning over the people, and that Islamic renaissance is first of all, a revolution in education and only then in politics.

Consequently, we must first be preachers and then soldiers. Our first methods are personal example, books and words. When shall these methods also be joined by force?

The choosing of this moment is always a specific problem and depends on a number of factors. Nevertheless, a general rule can be made: an Islamic movement ought and can undertake a power take-over as soon as it is morally and numerically strong enough so that it can *not only overthrow the existing non-Islamic government but also set up the new Islamic one*. This distinction is important because to demolish and to build does not require an equal degree of psychological and material preparedness.

To move too early at this juncture is equally as dangerous as being too late.

To gain power on the basis of a fortunate concurrence of circumstances, without sufficient moral and psychological preparations and the necessary minimum of dependable and trained cadres, means executing yet another *coup d'état* and not an Islamic revolution (and a *coup d'état* is the continuation of a non-Islamic policy by other groups in the name of other principles). To be too late in taking over power means depriving oneself of a powerful means for the implementation of the goals of the Islamic order, and it offers the non-Islamic government the possibility of striking the movement a blow [S. 80] and decimating its cadres. Recent history offers enough tragic and instructive examples of the latter.

Pakistan – an Islamic Republic

Speaking of Islamic government it is not possible to overlook the example of Pakistan as the only declared Islamic republic today. We salute Pakistan, regardless of certain failures and difficulties, because it is the fruit of these aspirations to establish an Islamic order and also because those who conceived Pakistan, like those who created it, were guided by the true Islamic idea. Pakistan is a dress rehearsal for the introduction of an Islamic order under modern conditions and the present level of development. The protagonists of Islam must, and can, learn from the example of Pakistan what they must and must not do.

The negative experiences of Pakistan – and negative experiences are always more important – may be summed up in these two points:

1. Insufficient unity and maturity of the forces which fulfilled Iqbal's⁸ plan for Pakistan. Soon after Pakistan had been created it became clear that the Moslem League consisted of very different elements which did not see eye to eye on fundamental issues concerning the organization of society and state. The League was little more than a political party of the classical type and, faced with the considerable dilemmas which Pakistan had to deal with, was unable to maintain its unity.

2. Formalistic and dogmatic approach to the realization of Islamic tenets in Pakistan. Instead of beginning with the urgent problem of education, the intellectuals and lawyers of Pakistan exhausted their energy and finally fell out over questions concerning the milder or stricter application of the *Sharia*⁹ criminal and marriage law. While they engaged in endless discussions about whether to cut off the hand of a thief or simply to send him to prison, a particular type of theft, i.e. corruption, assumed unprecedented proportions and led to a crisis which shook the foundations of Pakistan as a state.

The lessons from the twenty year existence of Pakistan are clear. They are:

Firstly, the struggle for an Islamic order and the fundamental reconstruction of Moslem society can be conducted successfully only by experienced and mature people forming part of a strong and homogeneous organization. This organization is not a political party of the Western democratic type; it is a movement based on Islamic ideology and with well defined moral and ideational criteria for membership.

Secondly, the struggle for an Islamic system today is a struggle to realize the essence of Islam, and this means to ensure in practice the religious and moral education of the people and the basic elements of social justice. Appearances, at the moment, are of secondary significance.

Thirdly, the function of an Islamic republic is not primarily to declare the equality of people and the brotherhood of all Moslems, but to fight to implement something of these high principles in practice. *Awakened Islam – whatever its location – must take up the banner of the struggle for a more equitable social order and must clearly stress that*

8 Iqbal – Sir Mohammed Iqbal (1875–1938), Indian poet and philosopher, regarded almost as a prophet by Moslems.

9 Sharia – Islamic regulations.

the struggle for Islam is inseparable from war against ignorance, injustice and poverty, a war without compromise or retreat. If this is not done, that banner will be taken up by demagogues and false prophets in order to carry out their own hypocritical aims.

[S. 81] These lessons have the taste of gall. Nevertheless, we retain our faith in Pakistan and its mission in the service of world Islam. There is no Moslem heart that will not beat faster at the mention of something so dear as Pakistan, although this love, like any other, knows of its own fears and anxiety. Pakistan is our great hope, full of temptation.

Panislamism and Nationalism

In one of the theses for a modern Islamic order, we stated that a natural function of that order is to aspire to gather together all Moslems and all Moslem communities in the world. Under modern circumstances, this means a striving to create a great Islamic federation from Morocco to Indonesia, from tropical Africa to central Asia.

We are well aware that mention of this vision upsets in our midst people who call themselves, or consider themselves, realists, and therefore we expressly emphasize this goal clearly and loudly. We ignore this »realism« condemning the Moslem people to a permanently inferior position and leaving no room for any effort and hope. That realism, originating in faint-heartedness and respect for the mighty of this world, allows masters to stay masters, and servants to remain servants. History, however, is not only a tale of constant change but also of the constant realization of the impossible and the unexpected. Almost everything which constitutes the reality of the contemporary world seemed impossible fifty years ago.

Clearly there exists two types of realism: ours and that of the diffident and the weak. It seems to us that there is nothing more natural, and therefore nothing more realistic, than the demand that Moslems implement different forms of unity to resolve common problems and to develop gradually certain supra-national structures, economic, cultural and political, for the purpose of co-ordinated and joint activities in some of the more important fields. To our »realists« (i.e. weaklings) this project seems unreal. They sanction the existing state of things which, again, according to our concept of realism, represents a glaring example of a violation of the natural order of things and, moreover, an absurdity. For

example, it is absolutely unacceptable and unreal to us that in the present age of togetherness and association, one people, the Arabs, are divided into thirteen states; that they hold opposite views on a number of important world issues; that the suffering of Moslems in Ethiopia and Kashmir should not concern Moslem Egypt; that at a time of the sharpest conflict between Arab countries and Israel, Moslem Persia maintains friendly relations with the aggressor, etc., etc., etc. If, consequently, there is something which is not realistic, then it is not the unity of Moslems but its absence, in fact, the present situation of disunity and disharmony.

The historical goal does not exist – unless it be contrary to natural or historical realities – which cannot be reached by people possessed of a common will, and acting in unison. A Utopia in which one believes and for which one labours ceases to be a Utopia. Yet our weaklings are unable to believe and unwilling to work, and it is here that the explanation for their degrading »realism« should be sought. When they say that the unity of Moslems is a pipe-dream, they are really only expressing their own impotence. *»Impossibility« does not exist in the world of facts but in their hearts.*

The idea of the unity of all Moslems is not anyone's invention, or the fanciful wish of this or that reformer or ideologue. The Koran itself set its foundations with the famous maxim »Moslems are brothers«, while Islam has maintained and renewed it in the awareness [S. 82] of the people through common fasting and the pilgrimage to Mecca and Caaba – a unifying, spiritual centre, thus creating a constant and identical feeling of belonging and togetherness throughout the Moslem world. Whoever has gone among ordinary people after some misfortune had befallen a distant Moslem people could convince himself of the intensity of the feelings of sympathy and solidarity.

How is it that this »popular Pan-Islamism«, undoubtedly powerfully present in the feelings of the people, remains without much influence on the life and politics of Moslem countries? Why does it exist only as an emotion without rising to a genuine awareness of a common fate? How to explain the fact that news about the suffering of Moslems, those in Palestine or those in the Crimea, Sinkiang, Kashmir or Ethiopia, provokes a feeling of depression and unanimous condemnation everywhere, but that action is always absent or else in complete disproportion to what is felt?

The answer to this question lies in the fact that, contrary to the feeling of the ordinary people, the conscious activity of the leading circles, educated in the West or under the West's influence, is not Pan-Islamic but nationalistic. The instinct and the awareness of the Moslem peoples are divided and in conflict and, under such conditions, any significant action is, and will remain, impossible.

Contemporary Pan-Islamism, therefore, is primarily an effort to reconcile awareness with emotions so as to want what we feel and reject what we do not feel.

This condition determines both the character and the fate of nationalism within the modern Moslem world.

While nationalism everywhere in the world shows the characteristics of a broad national movement, because it represents the affirmation of national aspirations and folk-music, folklore, and especially language, in Moslem countries, as a rule, one will meet a stunted form of nationalism, or even a nationalism which is a-national and alien to the people. This can be explained by the fact that Pan-Islamism has absorbed national feelings, and that, here, nationalism is conceived as a substitute for Islam and thus from its very inception has represented an anti-Islamic movement. Being in natural conflict with the past and the traditions of the people – because these traditions are always and solely Islamic – nationalist movements in a series of Moslem countries cause a kind of de-nationalization, very similar to that of their colonial predecessors. The position of the Arabic language, for example, in some Arab countries, at least with regard to the attitude of the nationalist administration, is not much more satisfactory than during the Anglo-French occupation. Yet, even if something is done in this respect, it is done without real enthusiasm or it is the achievement of healthy elements (compare: the Jews in Israel have introduced the almost forgotten Hebrew language). The reason for such an attitude to the Arab language is simple: this language, as the language of the Koran and the Islamic civilization, is the instrument of Islamic rather than Arabic, and nationalist feelings generally. The protagonists of nationalism correctly notice this fact (rather, they sense it instinctively) and find an unprecedented solution: they and their administration speak the language of former occupiers. *In the Moslem world there is no patriotism without Islam.*

These conclusions are further confirmed by the fact that nationalist ideas in the Moslem world are non-Islamic in their origin. This is most evident in the Middle East where the pioneers of nationalism are Syrian

intellectuals and Christian Lebanese, [S. 83] educated at the American Institute (originally the Syrian Protestant College) and at the University of St. George in Beirut. An investigation of Kemal's movement in Turkey, Sukarno's »Pancha Shila« in Indonesia, of the Baathist parties in some Arab countries (especially some of its factions), and a whole series of nationalist and »revolutionary« groups throughout the Moslem world, confirms this conclusion. Pan-Islamism has always come from the very heart of the Moslem peoples, nationalism has always been imported. Consequently, the Moslem peoples have never had an »aptitude« for nationalism. Should one be distressed by that?

Even were we to neglect for the moment the obvious truth that the concept of spiritual community is superior to that of nation, we should advise our people, considering the time in which we are writing this message, not to attempt to master this »ability«. Even peoples who have been living in national communities for centuries have to accustom themselves gradually – in view of future developments – to novel forms of much broader communities. Far-sighted people in present-day France and Germany advise their fellow countrymen to consider themselves more European than French or German. The creation of the European Economic Community – although at first this statement may appear unacceptable – represents the most constructive event in European history of the twentieth century. The formation of this supra-national structure is the first real victory of the European nations over nationalism. Nationalism has become a luxury, too expensive for the small, and even for the medium-sized nation.

The contemporary world faces a development which, in a certain respect, is without parallel in history. With its unbelievably expensive programmes of education, research, economics, defence and others, this development requires an hitherto un-precedented and unheard of concentration of people and resources, and in fact, offers a chance only to large nations, or more exactly, alliances of nations. In the world at the moment, two *unions* hold sway, the American and the Soviet, and a third, the European, is announcing its arrival. A community which cannot assemble 200 million inhabitants and create a national income of 200 billion dollars, and these figures have a tendency to grow, cannot keep pace with this development, and will have to reconcile itself to a subordinate position. It cannot hope to control its own destiny and least of all to lord it over others. The degree of development ceases to be a decisive factor and is replaced by sheer size. In the development pro-

cess China lags significantly behind France and England, but thanks to its immense population and huge resources, it is markedly superior in the present contest. This situation presents an opportunity for a Moslem world which is not developed but large.

There is yet one more factor urging the rallying of Moslem countries and the uniting of their efforts.

The phenomenon of the sudden population growth increasingly aggravates the economic and cultural backwardness of the Moslem countries. Two Moslem countries, Egypt and Pakistan, currently have the highest birthrate in the world. According to some estimates, 20 million Moslems are born each year, and if this growth rate continues, the Moslem world within its existing borders will double by the end of the century. Can we accept, feed, educate and create work for so many millions who are waiting to be born? If this dramatic, demographic development is not accompanied by an equally fast economic and social progress, it will be full of potential dangers and uncertainties. During [S. 84] the last twenty years this »demographic inflation« has, on the whole, absorbed all production growth so that the per capital income in the majority of Moslem countries is less today than it was two decades ago. Instead of being a factor of power in a united Moslem world, this growth in population is becoming a source of crisis and desperation in the disunited Moslem countries.

Each Moslem country can build its own freedom and wealth only if, in doing so, it builds the freedom and wealth of all Moslems.

Wealthy Kuwait and Libya cannot survive as islands of prosperity in a sea of poverty. If they do not stimulate Islamic solidarity and help neighbouring Moslem countries but instead indulge in selfishness, will they not be teaching these countries to behave in a similar manner? This, however, would lead to hatred and chaos which is what enemies secretly desire. In carrying out their Islamic duty, the rich Moslem countries will also act in accordance with their most vital interests.

The alternative facing each Moslem country is clear: either unity with other Moslem countries to ensure survival, progress and the strength to confront trials, or increasingly fall behind and become dependent on wealthy foreigners. The present moment in history gives this unity a new dimension: *it is no longer only the fanciful wish of idealists and visionaries; unity has become a necessity, a need, a law of survival and a condition of dignity in today's world.* Those who support the

present divisiveness, for whatever reason or motive, are, in practice, on the side of enemies.

The Pan-Islamic instinct of the Moslem masses perfectly coincides with this imperative of the historical situation. Yet, here, it is once again the progressives, blinded by their nationalism, who see nothing.

Christianity and Judaism

For reasons of space, it is not possible in this text to expound the attitude of Islam to the more important alien doctrines and systems. It is necessary, nevertheless, to state its attitude towards the two most important religions, Christianity and Judaism, and the two ruling social systems, capitalism and socialism.

With regard to Christianity, we make a distinction between Christ's teaching and the Church. In the former, we see God's announcement, albeit somewhat distorted, and in the latter we see an organization which, with its inevitable hierarchy, policies, wealth and interests, has not only become non-Islamic but even anti-Christian. Whoever is required to determine his attitude towards Christianity seeks to have it first defined: whether it concerns Christ's teaching or the Inquisition, throughout its existence the Church has constantly swung between these two poles. The more it is the expression and interpreter of the ethical teachings of the Gospels, the farther it is from the Inquisition, and, consequently, the nearer to Islam. We welcome the new tendencies in the Church, manifested at the last Vatican Council, because we regard them as moving closer to the original Christian fundamentals. If Christians should want it, the future may offer an example of the understanding and co-operation of two great religions for the well-being of all people and mankind, just as the past was the scene of their senseless intolerance and friction.

The attitude of Islam towards Judaism rests on a similar principle. We have lived [S. 85] together with the Jews for centuries and have even created a culture, so that in some cases it is not possible to distinguish reliably its Islamic from its Jewish contribution.

Under the leadership of the Zionists, however, the Jews in Palestine have begun an action which is equally inhuman and arrogant as much as shortsighted and adventurous. This policy only takes into account the momentary and temporary state of affairs while losing sight of lasting

factors and the comparative power relationship between Jews and Moslems in the world. In Palestine it has thrown down a challenge to all the world's Moslems. Jerusalem is not only a Palestinian or an Arab problem. In order to keep Jerusalem, the Jews would have to defeat Islam and the Moslems, but this, thank God, is not within their power.

We would want to differentiate between Jews and Zionists if the Jews themselves found the strength to draw this distinction. Let us hope that their military victories, gained against quarrelling Arab regimes (not against Arabs or against Moslems), will not completely unhinge their minds and that they will endeavour to end the confrontation which they themselves have created, so that a way may be found for a common life in Palestine. Nevertheless, if they continue on the path along which their arrogance drives them, which at the moment seems more likely, there is only one solution for the Islamic movement and every Moslem in the world: to continue the struggle, to expand and prolong it, from day to day, from year to year, regardless of the sacrifice and how long it could last, until the Zionists are forced to return every inch of occupied land. Any sort of bargain or compromise which could bring into question these elementary rights of our Palestinian brothers represents a betrayal which may also undermine the very moral system on which our world rests.

These views are not the expression of any new policy of Islam towards Christians and Jews dictated by momentary considerations. They are only the practical conclusion drawn from the Islamic principle concerning the recognition of Christianity and Judaism, and they originate almost literally from the Koran (Koran, 29/45, 2/136, 5/47–49).

Capitalism and Socialism

In what forms and political structures shall the Islamic renaissance of our age be manifested and realized? Will some Western organizational forms of state and society – representative democracy, capitalism, socialism – also apply to the Islamic society, and will our society also have to pass through these?

During the last two centuries, the world has seen the growth of a firm conviction that every country must experience a revolution in favour of representative democracy. Recent development, and especially the period between the two great wars, has established some contrary

facts, and shown that classical democracy is not an inevitable stage in the evolution of social and political bodies. Similarly, some people attempt to prove that socialism is the ineluctable direction in which human society moves, whether it wants to or not. The contemporary development of the so-called capitalist countries in Europe and America, however, is a sufficiently cogent rebuttal of these preachers of historical necessity and points to some new and unexpected trends. At the other end of the world, Japan has passed directly from a feudal economy to what would be called in Europe a higher form of monopolist capitalism. The theories created to systematise historical development have turned out to be very relative, and although society develops according to laws, [S. 86] these are evidently not of the nature ascribed to them by European thinkers of the eighteenth and nineteenth centuries.

This invented determinism has hardened the conscience of latter generations and, in addition, has been exploited as a powerful psychological means for the dissemination of doctrines. In fact, a system influences the condition of a country only insofar as it stimulates, with greater or lesser success, or directly organizes, labour, which is the real source of all wealth.

Liberated from the psychosis of historical inevitability, and thanks to the middle position taken up by Islam, we may examine without prejudice the good and bad sides of the existing systems, no longer as capitalism and socialism but as the practical working schemes used by contemporary societies in today's world.

Pure forms of capitalism and socialism no longer exist anywhere. The rapid development after the Second World War has left them far behind. Only the petrified Marxist political economy, which is less and less a science and increasingly the handmaiden of politics, reiterates its original conclusions as if nothing has happened in the world during the last fifty years. Many important symptoms indicate that the classical criteria of »capitalism« and »socialism« will soon become totally inadequate for designating economic and social phenomena in the immediate future.

Whilst not being influenced by slogans and nomenclature, and considering the facts only, we have to acknowledge the extraordinary progress of the capitalist world during the last thirty years, its dynamism, its capability to stimulate the economy and science, and to ensure a high degree of political freedom and civic security. At the same time, we should not ignore the achievements of the socialist system, particularly

the mobilization of material resources, in education and in the elimination of the classical forms of poverty.

Simultaneously, we note the dark and unacceptable aspects of their progress and the serious crises periodically convulsing both systems.

The pragmatic openness of Islam to questions of world order is a vantage point from which the positive and negative experiences of others, primarily the USA, the USSR and Japan, can be studied and used without prejudice. These three countries represent, in principle and in practice, three different approaches to the resolving of the basic questions of prosperity and power.

The development of capitalism during the last thirty years has shown the inaccuracy of some of the basic tenets of Marxism. To mention only three:

1) The contradiction between forces of production and production relations has not turned out to be ineluctable. Not only has capitalism overcome this contradiction, but at the same time it has brought about an undreamt of development and surge in production, science and labour productivity.

2) The working class in the main capitalist countries has not become revolution minded, and

3) The relationship between being and awareness, the »base« and »super-structure«, is not as postulated by Marx. We have capitalism in Sweden and in Argentina. The differences between the types of the »base« in these countries are quantitative – a matter of degree; the differences, however, in their »superstructures« (forms of political power, laws, religion, ruling philosophy, art, etc.), are qualitative – i.e., essential.

[S. 87] Hence in view of the above, the world's development has not taken the path mapped out by Marx. The progressive countries have retained and further developed capitalism, while socialism has made conquests in a number of undeveloped countries which from the Marxist viewpoint is an inexplicable anomaly. How should one explain the interest of undeveloped countries in certain aspects of the socialist economy?

Firstly, this form of economic management seems more suitable for the setting up of an extensive economy in countries lacking capital, skilled cadres, labour discipline etc.,

Secondly, a backward milieu reconciles itself more easily to different limitations (reduced personal freedom, centralism, strong government, etc.) which always accompany certain types of socialism; and

Thirdly, although superseded as a science, socialism remains alive as a myth and as an adventure. This very important aspect of socialism is not the only explanation of the reasons for its exceptionally greater influence in Roman Catholic and Latin countries as compared with Protestant and Germanic ones.

The pragmatic spirit of capitalism is better suited to the rationalism of a developed society. It has been shown that developed forms of the capitalist economy successfully function in a society with democratic systems of government, a high cultural level and a high degree of personal and political freedom. Under these conditions, some of the objectionable aspects of the capitalist economy can even be significantly neutralized without essentially impairing its efficacy.

Consequently, there is nothing of the invented inevitability of this or that system. What is truly inevitable is the incessant economic activity based on the constant progress of science and technology. The perfecting of tools and labour processes is, it seems, the only »obligatory« activity in this sphere. Therefore, just like the world in general, Islam is not faced with the dilemma of capitalism versus socialism – such a dilemma is invented and artificial – but a question of choice and constant perfecting of a system of property relations and production which, in accordance with Islamic concepts of social justice, would efficiently and in the best possible manner stimulate work and activity, and resolve problems set by the ineluctable development of production and technology.

IV. Conclusion

These are some of the chief ideas and essential dilemmas of the Islamic renaissance which, in the minds of the people, gains increasingly the meaning of a general transformation of the Moslem peoples, morally, culturally and politically. In the midst of defeats and disappointments the Islamic renaissance is the name for hope and a solution in a considerable area of the world. Not a single Moslem for whom belonging to Islam is not a mere accident, but a plan for action and a duty, can deny this vision, though many will ask in confusion: where are the forces which will realize this vision?

In answering this unavoidable question, we point to the new Islamic generation which is coming of age. This generation of a hundred million

young men and women, born into Islam, brought up in the bitterness of defeat and humiliation, united in a new Islamic patriotism and refusing to live off past glory and foreign help, will rally around [S. 88] goals representing truth, life and dignity and will carry within itself the strength needed to achieve this impossible undertaking and confront any trial.

This generation could not have appeared sooner. The epoch of illusion and errors had to be lived to its final conclusion to show the impotence of false gods, assorted saviours of the fatherland and society, kings and *mahdis*; we had to suffer the defeat in Sinai, Indonesia had to be endangered, Pakistan shaken, and much talk about freedom, prosperity and progress endured while only tyranny, poverty and corruption emerged – all this was necessary so that a time for sober thoughts may come and a new generation to whom the futility of all this wandering should become obvious and who will realize that there is only one solution: to turn to one's own spiritual and material resources – Islam and Moslems.

Today's Moslem world is an extraordinary medley of races, laws and influences, but it has something which is met in every corner of that world with equal respect and devotion: the Koran and an emotion identical in Java, as in India, Algeria or Nigeria, the feeling of belonging to a universal Islamic community. These two loyalties in the hearts of millions of ordinary people are a store of quiescent energy and represent that which is the same and equal in the contemporary Moslem world. Already, now, they have converted it into a community of truly identical feeling on a world scale, perhaps even the only multinational community with a single emotional identity (as yet not organized) in the world. As an integral part of these feelings and a result of the long influence of Islamic ethics, we find everywhere in the world – in the shape of popular wisdom – living concepts of the equality of people, of social justice, tolerance and compassion for everything that lives. These facts do not signify by themselves a better and more humane world, but they offer a promise of it. The feelings of which we speak show that the Moslem world is alive because where there is love and compassion it is not death but love that reigns. The Islamic world is not a desert; it is a virgin soil which awaits its ploughmen.

Because of this our task is realistic and possible. It consists in transforming these feelings, now quiescent, into active forces. Devotion to the Koran has to transform itself into a resolve to apply its precepts. The Islamic community's unity of feeling needs to be transformed into

an organized, aware community, and the people's humanism into clearly defined concepts which will become the moral and social foundation of future laws and institutions. Who will execute this transformation and how will they do it?

Each influence on events is a social influence. Each successful struggle is only a common and organized struggle. The young generation will be able to perform their task of transformation only if its aspirations and idealism are converted into an organized movement in which enthusiasm and personal worth of individuals will be united with methods of co-ordinated and joint action. The formation of this movement, with a single basic aim and programme, appears as an unalterable condition and starting point for the renaissance of each Moslem country.

This movement will gather the trained, teach the untrained, elevate and summon, define aims and find paths to them. Everywhere it will spread life, thought and action. It will become the awareness and will of a world emerging from a long and deep sleep. In addressing this message to all Moslems of the world we clearly stress that there is no promised land, no miracle workers and no *mahdis*. There is only work, struggle and sacrifice.

[S. 89] In times of trial let us always keep in mind two things: we have God's blessing and the support of our people.

Kritik und Information

HOLGER POLITT

»Brückenland Sachsen. Chancen und Defizite der EU-Osterweiterung«. Bericht über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. (Bautzen, 7./8. Juni 2002)

Eine erste Bemerkung sei dem Ort gewidmet, an dem die sächsische Rosa-Luxemburg-Stiftung die zweite Auflage ihrer im vorigen Jahr begonnenen Reihe der Rosa-Luxemburg-Konferenzen durchführte. Die Wahl des Ortes kann als glücklich bezeichnet werden, wofür vor allem zwei Gründe den Ausschlag gegeben haben dürften. Erstens verlangte das diesjährige Thema von vornherein eine auch territoriale Annäherung an die unmittelbare Nahtstelle zwischen heutigem EU-Bereich und zukünftigen Mitgliedern der Union. Es tat der Konferenz in jedem Fall gut, daß die sächsische Stiftung sich aufmachte aus vertrauter Leipziger oder Dresdner Umgebung. Zweitens aber wurde während der Konferenz auch deutlich, welche herausragende Bedeutung der Veranstaltungsort Bautzen für das kulturelle Leben der einzigen in Deutschland anerkannten slawischen Minderheit besitzt. Insbesondere die Gäste aus Polen und der Tschechischen Republik zeigten sich angenehm überrascht, solch nahe Verwandte in Nachbarsland zu wissen. Da die Veranstaltung selbst im Gebäude des Sorbischen Nationalensembles stattfand, gab es für alle Teilnehmer in den Veranstaltungspausen und bei einem abendlichen Kulturprogramm genügend Gelegenheiten, sprachliche und kulturelle Seltenheit zu erleben.

Der Eröffnungstag gehörte beinahe ganz den aktiven Politikern, die - mit Hans Modrow (Berlin) beginnend - keinen Zweifel an der Erwartung ließen, daß der eingeleitete Erweiterungsprozeß zu einem vorerst von allen maßgebenden Seiten erwarteten Ergebnis führen wird. Doch der

Schwierigkeiten und Probleme wird es nach dem erfolgten Beitritt nicht mangeln. Allerdings wäre es für die politische Linke töricht und höchst gefährlich, sich deshalb strikt gegen den Erweiterungsprozeß als solchen zu stellen, käme sie dann doch in gefährliche Nachbarschaft zu rechts-populistischen Bewegungen und Parteien, die insbesondere durch Ausnutzen der vorhandenen EU-Skepsis und der Ängste vieler Menschen vor einer schnell durchgezogenen Erweiterung stimmenmäßig teilweise beträchtlich an Boden gewinnen. Bezogen auf die Beitrittsländer, wäre eine das Ziel des Beitritts grundsätzlich ablehnende Linke dann allenfalls Partner höchst problematischer Bewegungen, die sich an die Spitze der Gegner eines Beitritts zur EU gesetzt haben. Modrow wies in seinem Beitrag zudem auf die Tatsache hin, daß der linken Fraktion im Europaparlament ohnehin lediglich aus Tschechien und Zypern zahlenmäßige Stärkung zuwachse. Für alle anderen Länder Ostmitteleuropas und des Baltikums bestehe leider die Situation, daß die dortigen, im Parlament vertretenen politischen Linkskräfte wohl ausschließlich auf die Bindung zu den Partnern aus der Sozialistischen Internationale setzten.

In seinem Beitrag stellte Jaromir Kohlíček (Dečín), der für die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens im tschechischen Parlament als Abgeordneter tätig war und neuerlich in dieses gewählt wurde, die Beitrittssituation aus Sicht der tschechischen Kommunisten dar. Auf der einen Seite gebe es nach wie vor eine hohe Erwartungshaltung, die ausschlaggebend sein dürfte für einen positiven Ausgang eines möglichen Referendums. Allerdings mehrten sich nach den jüngsten Attacken aus einigen Nachbarländern im Zusammenhang mit den sogenannten Beneš-Dekreten die Stimmen derjenigen, die eine Stärkung der als richtig und grundlegend erachteten tschechischen Position in diesem Prozeß verlangten.

Ilja Seifert (Berlin), der als Bundestagsabgeordneter seinen Wahlkreis in unmittelbarer Nachbarschaft zu Tschechien und Polen weiß, wies in seinem sehr persönlich ausgerichteten Beitrag vor allem auf die nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung der kulturellen und vor allem sprachlichen Kommunikation mit den Beitrittsländern hin. Es könne nicht hingenommen werden, wenn vor allem jüngere Menschen auf der deutschen Seite wie selbstverständlich von der Tatsache ausgingen, daß sie mit ihrer Muttersprache in Polen oder Tschechien gut verstanden werden, andererseits jedoch keinen Schritt unternehmen, auch selbst etwas für die sprachliche Annäherung an die Nachbarn zu tun. Seifert machte

in dieser Hinsicht trotz vereinzelter guter Beispiele auf Defizite in der Schulpolitik des Freistaats Sachsen aufmerksam.

Aus Polen sprach Zbigniew Wictor (Wroclaw) über soziale Defizite des Transformationsprozesses. Wictor stellte sich als Vertreter der Kommunistischen Partei Polens vor. Aus seiner Sicht sei der gesamte Erweiterungsprozeß der EU nichts weiter als die marktwirtschaftliche Eroberung großer Teile Ostmitteleuropas. In drastischen Farben malte er allerdings ein überaus verzerrtes Bild des heutigen Polen, in dem er etwa lediglich eine schmale Schicht der »Kompradorenbourgeoisie« und korrupte Politiker als alleinige Gewinner des Beitritts unter den Polen vorstellte. Seine Überlegungen über die zunehmende soziale Verelendung von Teilen der polnischen Bevölkerung sind sicherlich bedenkenswert, doch klang es zuweilen so, als sei Polens gesamte Bevölkerung vom sozialen Niedergang betroffen. Indem er darauf verzichtete, ein soziologisch differenziertes oder zumindest differenzierteres Bild zu zeichnen, vergab sich Wictor die Chance, eine Ahnung über den komplexen, widersprüchlichen, aber auch außerordentlich interessanten Prozeß der wirtschaftlichen Angleichung Polens an das durchschnittliche EU-Niveau zu vermitteln. Sein Auftritt führte zu heftiger Reaktion von namhafter polnischer Seite, trat doch mit Norbert Honsza (Wroclaw) einer der verdienstvollsten Germanisten des Landes anderntags mit einer Erklärung gegen den Auftritt seines polnischen Kollegen vor das Publikum. Er mahnte zukünftig mehr Sorgfalt bei der Auswahl der Redebeiträge an, denn der Sinn einer solchen Konferenz könne doch nicht darin bestehen, einen gewißlich komplizierten Prozeß ausschließlich pauschal und dazu in theoretisch haltloser Weise zu diskreditieren.

Den Schlußpunkt des ersten Tages setzte mit Eckart Mehls (Berlin) ein Historiker, der sich detailliert und schlüssig den sogenannten Beneš-Dekreten und der aktuellen Debatte im Zusammenhang mit Tschechiens EU-Beitritt widmete. Kenntnisreich widerlegte er die im öffentlichen Meinungsbild der Bundesrepublik kolportierte These, Tschechien müsse, wolle es der EU beitreten, die gesamten Beneš-Dekrete für nichtig erklären. Eigentlich gehe der Streit um einen kleinen Teil dieser Dekrete. Außerdem werde in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, daß Beneš ein bürgerlicher Politiker gewesen war, also nicht unter den Generalverdacht des Kommunismus falle.

Der zweite Tag gehörte zunächst ganz den Arbeitskreisen, in denen »Soziale und ökonomische Aspekte« beziehungsweise »Kulturelle Aspekte« des Beitrittsprozesses im Mittelpunkt standen. Der breitgespannte

Bogen des ersten Arbeitskreises reichte von Problemen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bis zur Wahrnehmung der EU-Erweiterung in der sächsischen Unternehmerwelt. Im zweiten Arbeitskreis entstand auf der Grundlage gut vorbereiteter Beiträge eine anspruchsvolle Diskussionsatmosphäre, in denen auch diejenigen Dinge zur Sprache kamen, die meistens rechts und links des Weges auf das vorgegebene Ziel liegen bleiben. Hervorzuheben sei beispielsweise der Vortrag von Norbert Honsza (Wrocław), der sich der Bedeutung des literarischen Werkes von Günter Grass für den deutsch-polnischen Dialog widmete.

Ein Höhepunkt der Konferenz war der Auftritt von Sylvia-Yvonne Kaufmann (Berlin), die über ihre Arbeit im sogenannten EU-Konvent oder auch EU-Reform-Konvent berichtete. Insgesamt zählt dieser Konvent 105 Mitglieder, die in den kommenden zwei Jahren versuchen werden, »wesentliche Fragen« für die »künftige Entwicklung der Union« aufzuwerfen. Die einzelnen Mitglieder vertreten im Konvent die EU-Kommission, die nationalen Regierungen, die nationalen Parlamente, die Fraktionen im Europaparlament und die Regierungen sowie Parlamente der Beitrittskandidaten. Für die Fraktion der Vereinigten Linken im Europaparlament sitzt vorerst lediglich die Referentin im Konvent, ihr steht ein Stellvertreter aus Finnland zur Seite, dazu kommt aus den Reihen der Beitrittskandidaten ein weiterer Vertreter der zypriotischen AKEL. Wenn man allerdings bedenkt, daß anfangs zu befürchten stand, der Konvent werde überhaupt ohne Beteiligung der Vereinigten Europäischen Linken gebildet, ist der Referentin viel Durchhaltevermögen und Glück zu wünschen. Sie bewertete allein die Einberufung eines solchen Konvents als Erfolg und wolle sich einsetzen für einen verständlichen Ablauf der EU-Gesetzgebung, für die politische Vielfalt im Europaparlament, in der auch Minderheitenmeinungen gehört und berücksichtigt werden sollen. Insgesamt gehe es ihr um eine möglichst effiziente und transparente Art des Regierens auf der EU-Ebene.

Den Abschluß der Konferenz bildete eine Podiumsdiskussion, bei der es um Fragen der öffentlichen und persönlichen Sicherheit ging. Interessante Einblicke aus seiner beruflichen Praxis vermittelte der sächsische Landtagsabgeordnete Klaus Bartl (Chemnitz), der als Anwalt häufig in Fällen tätig ist, die typisch für eine »EU-Außengrenze« sein dürften. Der anwesende Vertreter der polizeilichen Ordnungsmacht bestätigte bei Nachfrage, daß Sachsen trotz vorhandener Nachbarschaft zu Polen und Tschechien keine erhöhte Kriminalitätsrate gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt zu verzeichnen habe. Glücklicherweise sprang Wolf-

gang Ullmann (Berlin), früherer Europaparlamentarier für die Grüne Fraktion, angesichts der ausschließlich ordnungspolitischen Dimension der Thematik ein wenig aus der Rolle, öffnete er doch mit gewohntem Charme und Witz die etwas enge Agenda. Bei seiner Wortmeldung spürte der Zuhörer, daß ihm die Sache der europäischen Verständigung sehr am Herzen liegt und er dieses Feld nur ungern Ordnungs-, Wirtschafts- politikern und Technokraten aller Art überlassen wissen möchte.

Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2003

- | | |
|------------|---|
| 20.02.2003 | Prof. Dr. Helmut Steiner (Berlin): Betrachtungen zu Rosa Luxemburg und Alexandra M. Kollontai |
| 20.03.2003 | Dr. Hannes Hofbauer (Wien): Neuordnung des Balkans und Stabilitätspakt für Südosteuropa |
| 24.04.2003 | Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Zur Politik der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation |
| 22.05.2003 | Dr. Holger Politt (Leipzig/Warschau): Die polnische Debatte um die EU-Osterweiterung |
| 10.10.2003 | Prof. Dr. Nikolai Genov (Sofia): Politischer Strukturwandel in Bulgarien seit 1989/1990 (angefragt) |
| 13.11.2003 | Dr. Manfred Schünemann (Berlin): Bündnisstrukturen im postsowjetischen Raum (angefragt) |
| 11.12.2003 | Prof. Dr. Wolfgang Geier (Leipzig/Klagenfurt): Zur Entwicklung der Osteuropa-Wissenschaft in Leipzig |

III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. in Leipzig

»AUFSTIEG UND SCHEITERN DES OSTEUROPÄISCHEN STAATSSOZIALISMUS. URSACHEN UND FOLGEN«

(evtl. 19./20. September 2003, Programm wird später veröffentlicht)

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen – Grenzen – Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S. [Enthält u. a. Jörg Roesler: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Zur Vorgeschichte und zu Problemen des wirtschaftlichen Anschlusses Ostmitteleuropas an den Westen. S. 7–33. – Sarkis Latchinian: Die Osterweiterung der NATO im Interessenwiderstreit der Betroffenen. S. 35–56. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. S. 57–88. – Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick. S. 89–101. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. S. 103–136. – Eckart Mehls: Der 21. August 1968. Persönliche Betrachtungen zur Vorgeschichte, Geschichte und Folgen einer interventionistischen »Hilfsaktion«. S. 137–167. – Dokument I: Zweitausend Worte an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Wissenschaftler, Künstler und an alle. S. 169–176. – Dokument II: Über den Verlauf der Beratungen des Oktober-, Dezember- und Januarplenums des Zentralkomitees der KPTsch. S. 177–209. – Werner Röhr: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. S. 211–246. – Dokumentation: Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung sowie der dazu ergangene Briefwechsel. S. 247–254. – Waltraud Bayer: Kunstsammeln unter Stalin, 1928–1953. S. 255–271. – Olaf Kirchner/Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 273–286.] – *Band 2(7): Leipzig 2000. 348 S.* [Enthält unter anderem Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. S. 7–52. – Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Fokus der Interessen Rußlands und der NATO. S. 53–88. – Eugen Faude: Zum Stand und zu den weiteren Perspektiven der Reformpolitik in Rußland (Thesen). S. 89–107. – Eckart Mehls: Der »Runde Tisch« in Polen 1989. Seine nationale und internationale Dimension. S. 109–136. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkir-

chen (Teil II). S. 137–155. – Willi Beitz: Neue Einblicke in die Literaturpolitik und in Biographien russischer Schriftsteller der Stalinzeit. S. 157–178. – Holger Politt: Ungelebte Volksrepublik. Anmerkungen zu einer polnischen Geschichtsdebatte. S. 179–197. – Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU), Belgrad, Herbst 1986. S. 199–207. – Dokument: Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Übersetzt aus dem Serbo-Kroatischen von Dietmar Endler). S. 209–272. – Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. S. 273–329. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 331–336.] – *Band 3(1): Leipzig 2001. 362 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzig – Sachsen – Osteuropa. S. 9–30. – Peter Hoffmann: »Ich blicke über ein Jahrhundert hinaus ...«: Radischtschews Zukunftsvision. S. 31–49. – Erhard Hexelschneider: Michail Bakunin in Sachsen. S. 51–87. – Wolfgang Geier: Iwan Schischmanow (1862–1928): Student in Leipzig – Gelehrter – Politiker. S. 89–98. – Adelheid Latchinian: Leipzig und Armenien. Zu kulturellen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. S. 99–125. – Holger Politt: Messianistisches aus Dresden. S. 127–138. – Hilmar Walter: Der »Aufruf« Iwan Bogorows aus der ersten bulgarischen Zeitung »Bulgarischer Adler«. S. 139–150. – Dokument: Iwan Bogorow: Aufruf. S. 151–155. – Volker Hölzer: Georg Sacke und sein Literaturbericht von 1934 zur Geschichtsschreibung über Rußland. S. 157–186. – Dokument: Georg Sacke: Geschichte Rußlands in russischer und deutscher historischer Literatur der Nachkriegszeit. S. 187–215. – Ernstgert Kalbe: Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. S. 217–247. – Dokument: Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). S. 249–283. – Dietmar Endler: Leipzig und die Bulgaren. Kulturhistorische Miniaturen. S. 285–324. – Jürgen Kunze/Herbert Schmidt: Das Deutsch-Russische Zentrum in Leipzig. Die Integration von Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. S. 325–343. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 345–347.] – *Band 3/2 (9): Leipzig 2001. 379 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. S. 9–35. – Wolfgang Geier: Auf der Suche nach Identität. Der Eurasismus in den zwanziger Jahren. S. 37–51. – Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution. S. 53–78. – Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. S. 79–103. – Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung. S. 105–127. – Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa. S. 129–150. – Volker Hölzer: Georg Sackes erste Haft 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen. S. 151–169. – Willi Beitz: Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik. S. 171–177. – Dokument: Andrej Platonow: Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik von Kamenka). S. 179–191. – Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albanien. S. 193–218. – Dokument: Koço Tashko: Bericht an die Komintern. S. 219–250. – Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion – in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. S. 251–284. – Dietmar Endler: Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow und Deutschland. S. 285–306. – Hilmar Walter: Dositej Obradović und Johann Christoph Adelung. S. 307–316. – Helmut Meier: Ost- und Südosteuropa in den

Mitteuropa-Plänen von Constantin Frantz. S. 317–327. – Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markova »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«. S. 329–353.]

Texte zur politischen Bildung

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche – eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S.

Texte zur Philosophie

Heft 3: Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

Texte zur Literatur

Heft 4: »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Heft 2: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Manuskriptdruck. Leipzig 2001. o. S.

Diskurs

Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus

Heft 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 4:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. – *Heft 5:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. – *Heft 8:* Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S.

Monographien

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretzschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz. Leipzig 1999. 196 S.

Von Dostojewski bis Kundera. Beiträge zum europäischen Roman und zur Romantheorie. Hrsg. von Willi Beitz unter Mitwirkung von Christiane Chulz und Silke Waber. Leipzig 1999. 239 S.

Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Brennpunkt strategischer Interessen Rußlands und der USA. Leipzig 1999. 64 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. 335 S. (Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band III).

Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

»Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

1. Jahrgang: Heft 4. Leipzig 1992. 104 S. [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93.] – *2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält unter anderem Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65 bis 77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Czimer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146. – Polina Giaourowa: Rezension zu Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. I–VI. Göttingen 1975ff. S. 152 bis 155. – Lutz-Dieter Behrendt: Rezension zu Manfred Hellmann/GottfriedSchramm/Klaus Zernack (Hrsg.). Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1–3. Stuttgart 1981ff.] – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126–127.] – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barberkerson: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.] – *3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus – Nationalitäten – Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsowjetischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. S. 76–79.] – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.] – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.*

[Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70.]

»Kulturosoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

»Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.
Wissenschaftliche Halbjahreshefte.
Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe

4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen – Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija – »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830–1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198–203.] – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221.] – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178.] – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177.] – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej

Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176.]. – 7. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 1998. 244 S.* [Enthält u. a. Annegret Haase: Kleine Minderheiten mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. S. 126–145. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 182–194.]. – 8. *Jahrgang: Heft 1. Berlin 1999. 195 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Polen in der europäischen Geschichte. S. 7–28. – Anke Heynoldt: Die polnische Kulturgeschichtsschreibung und das Problem Sarmatismus. S. 29 bis 68. – Holger Politt: 1918 – Polens Abschied vom 19. Jahrhundert. S. 69–88. – Annegret Haase: Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. S. 89–154. – Viorel Roman: Imperium & Limes '99. S. 155–171. – Besprechungen. S. 173–191.]. – 8. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 1999. 218 S.* [Enthält u. a. Sylvia Meierewert: Tschechische Kulturstandards aus der Sicht österreichischer Manager. S. 149–172.]. – 9. *Jahrgang: Heft 1. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Ungarn in der europäischen Geschichte. Anmerkungen zu einem Millenium und zu einer Publikation. S. 9 bis 44. – Erhard Crome: Der »Gulasch-Kommunismus« als sozio-kulturelles Gefüge. S. 45 bis 55. – Sylvia Meyerewert/Katalin Topcu: Kulturstandards im österreichischen Zentral- und Osteuropa-Management: Österreich und Ungarn. S. 57–69. – Christian Gracza: Rückblick eines Einsichtigen. Der ungarische Pavillon auf der 51. Frankfurter Buchmesse 1999. S. 71–78. – Annegret Haase: Brücke zwischen Ost und West oder neuer »Limes des Westens«? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. S. 79–112. – Bálint Balla: Die Zeit aus knappheitssoziologischer Sicht – allgemein und im Sowjetsystem. S. 113–131. – Besprechungen. S. 151–191.]. – 9. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Lucia Nicolau: Die Transsilvanische Schule (Școala Ardeleană) im europäischen Kontext. S. 43 bis 56. – Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. S. 83–110. – Besprechungen. S. 161–180.]. – 10. *Jahrgang: Heft 1. Berlin 2001. 225 S.* [Enthält u. a. Anne Schnirch: Rußlandberichte aus drei Jahrhunderten. Herberstein, Olearius und Weber im Vergleich. S. 9–72. – Eckart Mehls: Kleine Staaten – Große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. S. 73–94. Holger Politt: Schwarze Vision trotz gewonnener Schlacht gegen den »Bolschewismus«. Florian Znanieckis Sorge um den Bestand der abendländischen Zivilisation. S. 95–114. Andreas Wust: Grenzen und Grenzregionen im östlichen Europa. Aktuelle Fragen der Forschung. S. 115–138. – Sylvia Meyerewert/Claudia Feichtinger/Josef Langer: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien. Begegnungen mit einer anderen Kultur? S. 139–162. – Erhard Crome: Der »Gentry«-Faktor. S. 163–176. – Hannes Hofbauer: Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine sozio-ökonomische Bilanz. S. 177 bis 194. – Besprechungen. S. 195–223.]. – 10. *Jahrgang: Heft 2. Berlin 2001. 240 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Auf der Suche nach der russischen Identität: Der Eurasismus zwischen 1920 und 1935. Kulturhistorische und kulturosoziologische Befunde. S. 97

bis 118. Lutz-Dieter Behrendt: Institute der Roten Professur und sowjetische Nationalitätenpolitik. Zu den Chancen nichttrussischer Kader zwischen 1921 und 1938. Einige kultursoziologische Gesichtspunkte. S. 119–156. – Helmut Steiner: Privatization and the Emergence of New Business Elites in Russia. S. 157–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu »Social Studies on Eastern Europe«. Bd. 1: Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. S. 203–220.J.

Wolfgang Geier: Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen. Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Wolfgang Geier: Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten. Wiesbaden 2001. X, 276 S.

Zu den Autoren dieses Bandes

Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe (geb. 1931); Studium der Geschichte und Bulgaristik in Leipzig, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa. 1961 zum beauftragten Dozenten für Geschichte Südosteuropas, 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen, leitete er seit 1974 bis zur Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kultursoziologie e. V., die 1994 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen beitrug und von dieser mitgetragen wird. Kalbe legte zahlreiche Monographien vor, darunter: »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus« (Berlin 1962), »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß« (Berlin 1963), »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa« (Berlin 1974), »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft« (Berlin 1981), »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus« (Berlin 1988), »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt« (Leipzig 1993), »Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan« (Leipzig 1999). Kalbe ist Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin, Mitherausgeber von »Kultursoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente« (Leipzig 1995ff.) sowie verantwortlicher Herausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel« (Leipzig 1994ff.).

Prof. Dr. sc. phil. Eckart Mehls (geb. 1935); studierte von 1953 bis 1959 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und war danach bis 1961 als Lehrer an der Erweiterten Oberschule Wolgast tätig. 1961 bis 1979 arbeitete er in der Universitätsleitung der Humboldt-Universität, seit 1969 als Direktor für internationale Beziehungen. Nach planmäßiger Aspirantur von 1979 bis 1982 und Promotion zum Dr. sc. phil. wurde er 1983 zum Dozenten für Geschichte des sozialistischen Weltsystems und 1986 zum a. o. Professor an der Humboldt-Universität berufen. Im Zuge der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft wurde er 1993 »betriebsbedingt« aus der Humboldt-Universität entlassen. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Geschichte Polens und der Beziehungen zwischen DDR und VRP. 1990 gehörte er zu den Gründern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und war bis 1992 deren Vizepräsident.

Prof. Dr. sc. phil. Erwin Lewin (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Albanologie in Leipzig und Tirana, spezialisierte sich auf albanische und südosteuropäi-

sche Geschichte, danach auf Geschichte der Komintern. 1965 promovierte er zur albanischen Unabhängigkeitsbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg, 1986 Habilitation über die Bündnispolitik der Komintern gegenüber der Bauernschaft 1919–1928. Bis 1969 war Lewin an der Universität Leipzig tätig, danach bis zur Abwicklung 1992 am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, resp. am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. 1987 wurde er zum Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen – Aufsätze, Studienbände und Dokumenteneditionen – gehören unter anderen »Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale« (1974), »Illustrierte Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943« (1978a), »In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR« (1991), »Protokoll der Brüssler Konferenz der KPD 1935« (1997, 2 Bde.), dasselbe auch als CD-ROM (2000). In den letzten Jahren als freier Wissenschaftler, Übersetzer und Dolmetscher für albanische Sprache tätig.

Dr. sc. phil. PD Sonja Striegnitz (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961–1963 Studienaufenthalt an der Staatlichen Universität Leningrad. Ab 1963 und bis 1996 war sie an der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung zur Geschichte Rußlands/der Sowjetunion tätig (1970 Promotion, 1986 Habilitation), seit 1989 als a. o. Dozentin und seit 1994 als Privatdozentin für Osteuropäische Geschichte. Ihre wissenschaftliche Arbeit u. a. zu Problemen des Bürgerkrieges, zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und über die Wolgadeutschen ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert, darunter »Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht« (Berlin 1979) und »Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart« (Berlin 1992, zusammen mit Michael Schippan). Striegnitz ist Mitherausgeberin zahlreicher Dokumentenveröffentlichungen, u. a. der ersten Dekrete der Sowjetmacht, Dokumente zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR 1939/1940, über deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920 und zur Russischen Revolution 1917.

Doz. Dr. phil. habil. Wolfgang Geier (geb. 1937); studierte Philosophie, Soziologie und Kulturgeschichte. Nach Promotion (1974) und Habilitation (1980) war er bis 1981 in der jugend- und kultursociologischen Forschung tätig, danach bis Anfang 2001 Hochschullehrer am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, Geschichte der Kulturauffassungen und Kulturwissenschaften (Propädeutik) sowie Religionen, Konfessionen und Kirchen in der Kulturgeschichte des östlichen Europa. Geier ist seit Oktober 2000 Gastprofessor an der Universität Klagenfurt (Österreich). Er ist Verantwortlicher Herausgeber der wissenschaftlichen Halbjahresbände »Kultursoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente« (seit 1992) und Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« (seit 1994). In jüngster Zeit veröffentlichte er u. a. »Zur Soziologie des Postkommunismus« (Münster, Hamburg 1994), »Zeitbrüche im Osten« (Wiesbaden 1995), »Rußland und Europa« (Wiesbaden 1996) und »Bulgarien zwischen West und Ost« (Wiesbaden 2001).

Dr. Achim Engelberg (geb. 1965); studierte bis 1993 Geschichts- und Theaterwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und promovierte dort 1998 über den europäischen Erzähler John Berger (»Über Dörfer und Städte«). Derzeit ist er Mitarbei-

ter von »Zeitzeugen TV« in Berlin. Bislang publizierte er Reportagen, Essays, Interviews und das Buch »Über Dörfer und Städte. Der europäische Erzähler John Berger«. Seine Artikel über Südosteuropa erscheinen in der Wochenzeitung »Freitag«.

Prof. Dr. Jörg Roesler (geb. 1940); Wirtschaftshistoriker aus Berlin. 1964–1974 Seminare und Vorlesungen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität, ab 1974 Leiter der Forschungsgruppe »Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder« an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1978–1989 Vorlesungen zur Geschichte der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in sozialistischen Ländern an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Nach Abwicklung der Akademie-Institute arbeitete er ab 1992 zur DDR-Wirtschaftsgeschichte am Forschungsschwerpunkt »Zeithistorische Studien« in Potsdam. 1992 und 1994/1995 war er Gastprofessor an kanadischen Universitäten. An der Universität Toronto hielt er Vorlesungen zur deutschen Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart und zur Geschichte der ostmittel- und südosteuropäischen Länder über den gleichen Zeitraum. In zahlreichen Publikationen hat sich Roesler vor allem zur Wirtschaftsentwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der DDR und den anderen RGW-Ländern geäußert. Seine Buchpublikationen beschäftigen sich mit der Wirtschaftsgeschichte der DDR, u. a. »Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR« (Berlin 1990). Er ist Mitglied der Association of Comparative Economic Studies (USA), der European Association of Comparative Economic Studies und der Leibniz-Sozietät zu Berlin.

Dr. Jens Becker (geb. 1964); wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Dort arbeitet er in dem Forschungsprojekt »Europäische Metropolen im Zeitalter der Globalisierung – Berlin, Budapest, Warschau und Wien im Vergleich«. Er ist Mitglied des editorial board der Zeitschrift »South East Europe Review« und publizierte bisher u. a. »Heinrich Brandler – eine politische Biographie« (Hamburg 2001), »Diffusion und Globalisierung. Migration, Klimawandel und Aids – empirische Befunde« (Wiesbaden 2001) sowie zuletzt in Iring Fetscher/Wolfgang Schmidt (Hrsg.): Emanzipation als Versöhnung. Zu Adornos Kritik der »Warentausch«-Gesellschaft und Perspektiven der Transformation« den Beitrag »Der Konflikt zwischen dem SDS und der SPD-Führung in den fünfziger und sechziger Jahren« (Frankfurt am Main 2002).

Dr. rer. pol. habil. Erhard Crome (geb. 1951); studierte am Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen. Seit Mitte der siebziger Jahre arbeitet er auf dem Gebiet der Osteuropaforschung. Seine Promotion (1980) und Habilitation (1987) beschäftigten sich mit Problemen der politischen Entwicklung Ungarns. 1990 bis 2000 war er an der Universität Potsdam im Fachbereich Politikwissenschaft tätig. Seine Arbeitsthemen sind internationale Entwicklungen, Frieden und Sicherheit, der Systemwechsel in Ost- und Ostmitteleuropa, die Geschichte der DDR und der DDR-Außenpolitik. Dazu legte er zahlreiche Publikationen vor. Er ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Berliner Debatte INITIAL. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs« und Mitglied im Beirat der Zeitschrift »WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien«. Zuletzt publizierte er »Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat« (Berlin 2001), im Ostberliner Nachfolger der »Weltbühne« »Das Blättchen« sowie in der Wochenzeitschrift »Freitag«.

Prof. Dr. phil. habil. Karl-Heinz Gräfe (geb. 1938); studierte von 1956 bis 1959 an der Pädagogischen Hochschule Dresden Slawistik, Geschichte und Pädagogik und war danach als Lehrer tätig. Seit 1963 arbeitete er im Lehrstuhl Allgemeine Geschichte am Institut für Geschichte der PH Dresden, promovierte 1971 an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg und habilitierte sich 1977 an der PH Dresden. Als ordentlicher Professor für Geschichte leitete er seit 1982 den Lehrstuhl Allgemeine Geschichte und vertrat das Fachgebiet Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems in Lehre und Forschung. Nach Abwicklung 1993 war er freiberuflich auf seinem Fachgebiet tätig und forscht auf dem Gebiet der deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Beziehungen sowie zur Geschichte des Ostjudentums.

Dr. phil. Holger Politt (geb. 1958); studierte von 1980 bis 1985 Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1994 promovierte er an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg über ein Thema der Philosophiegeschichte Polens. Politt publiziert regelmäßig zu Fragen der polnischen Denk- und Literaturgeschichte, u. a. ist von ihm eine Monographie über den polnischen Denker Stanisław Brzozowski erschienen (Wiesbaden 1996). Seit 1994 nimmt er einen Lehrauftrag für Kulturgeschichte Polens an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg wahr. Seit 1998 ist er Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel«. Politt ist Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft e. V. in der Bundesrepublik Deutschland. Er ist seit 1. Mai 2002 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Achim Beinsen (geb. 1959); studierte zunächst Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Hildesheim und später Soziologie, Politik, Sozialpsychologie und Völkerrecht im Studiengang Diplom-Sozialwissenschaften an der Universität Hannover. Er beschäftigte sich mit Kritischer Psychologie, Kritischer Theorie, Ideologietheorie und Nationalismusforschung. In diesem Zusammenhang richtete sich sein Forschungsinteresse auf die jüngere Geschichte Südosteuropas. Seine Arbeit über die Entstehung der muslimischen Nation in Bosnien-Herzegowina erhielt 2001 den 2. Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (erscheint demnächst in Leipzig). Derzeit promoviert Beinsen an der Universität Hannover über »Ausgewählte Indikatoren ethnischer und ethnonationaler Subjektwerdung in Südosteuropa« Er ist in einer Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migranten in Südhessen tätig.

